

This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + Refrain from automated querying Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at http://books.google.com/



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

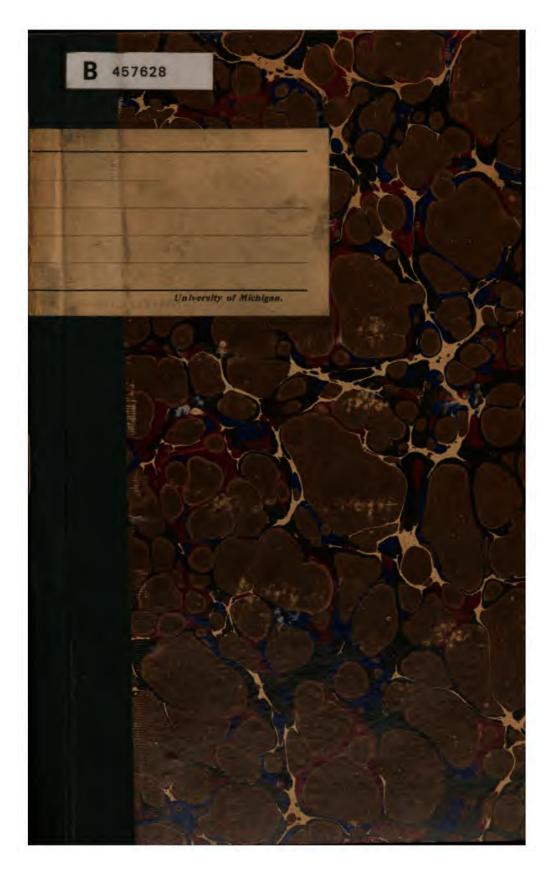
Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

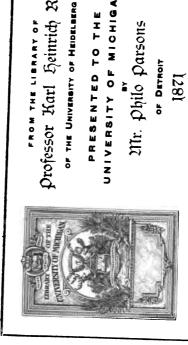
Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + Beibehaltung von Google-Markenelementen Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

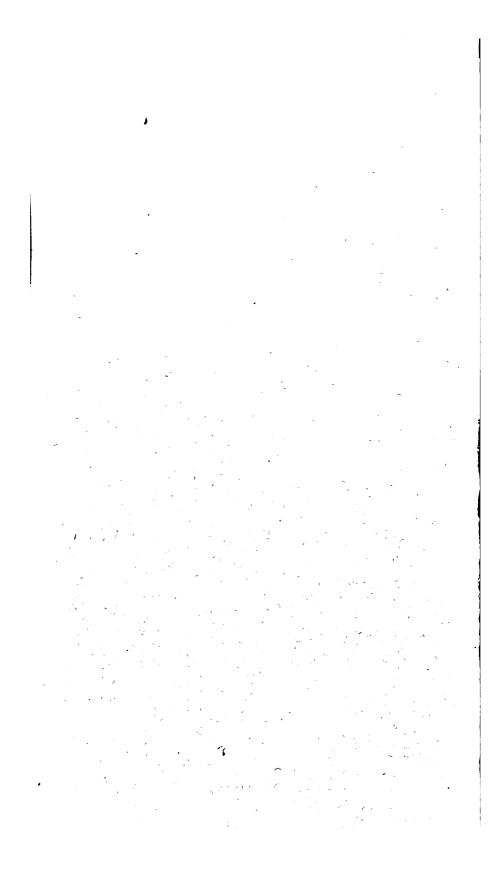
Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter http://books.google.com/durchsuchen.



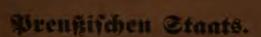


Professor Karl Heinrich Rau UNIVERSITY OF MICHIGAN OF THE UNIVERSITY OF HEIDELBERG



neuen Agrar-Gefete

ned



Bom 2, und 11. Marg 1850.

Ditt ben

Motiven ber Megierung und ber Rammern

nebft Gachregifter und Anmertnugen.

Фентальности

1000

Berrmann Wulften,

Ronigt Weglerungkrotte.

Erfte Liefernng.

Frankfurt an ber Wber.

Bel Roads & Comp.

1850.

- Percondition of the particular of the particul

Gescheint in S & & Lieferungen. Das Gange wird nicht getrennt.

3 n b n l L

- () Das Gelet, betreffent bie Ablofung ber Menllaften aus bie Negutirung ber gutobereilichen und Kinerifichen Berhältniffe, vom 2. Marg 1650.
- 2) Das Gefen aber bie Errichtung von Rentenbanfen, vom 2 Marg 1866.
- Das Gefes, betreffent bie Gegängung und Abanberung ber Gemeinheilstheilungs Dremmg unm 7. Juni 1821 und einiger anbern über Gemeinbeiteffeilungen ergangenen Gefebe, vom Z. März 1850.
- 4) Das Glefch vom 11. Mary 1850, betreffent bie auf Müblichgenefilden boftenbem Reallaften.



Geset.

betreffenb

uchos & 4 10.28 11.1 Ablöfung ber Reallaften und bie Regulirung ber gutsherrlichen und bauerlichen Berhältniffe.

Bom 9. März 1850.

23 ir Friedrich Bilhelm, von Gottes Gnaben, Ronig von Preußen zc. zc.

verordnen, mit Zustimmung beiber Kammern, für ben ganzen Umfang der Monarchie, mit Ausnahme der auf dem linken Rheinufer belegenen Landestheile, was folgt:

S. 1.

Mit bem Zeitpunkte ber Verfündigung bes gegenwärtigen Gesetes treten folgende Gefete außer Rraft:

- 1) die Verordnung über die Ablösung der Domanial=Abgaben jeber Art, vom 16. Marg 1811 (Geset-Sammlung 1811, S. 157.);
- 2) das Ebift vom 14. September 1811, betreffend die Regulis rung ber gutsherrlichen und bauerlichen Berhaltniffe (G. . S. 1811, S. 281:);
- 3) die Deflaration bes Ebifts vom 14. September 1811, wegen Regulirung ber gutsherrlichen und bauerlichen Berhaltniffe, vom 29. Mai 1816 (G. - S. 1816, S. 154.);
- 4) bie Berordnung vom 31. Mai 1816, wegen Ablösung bes Erbpachtzinses von Grundstuden, die ben geistlichen und milben Stiftungen gehören (G. . S. 1816, S. 181.);

- 5) bie Berordnung vom 9. Juni 1819, wegen Erklärung einisger zweiselhafter Bestimmungen der Edikte vom 14. Septems ber 1811 und 29. Mai 1816, die Regulirung der gutsherrslichen hund bäuerlichen Verhältnisse betreffend (G. . S. 1819, S. 151.);
- 6) die Berordnung vom 18. November 1819, wegen Anwendung des Edikts vom 14. September 1811, die Regulirung der gutsherrlichen und baueritehen Berhältnisse betreffend, auf den Kottbusser Kreis (G. S. 1819, S. 249.);
- 7) die Ordnung vom 7. Juni 1821, wegen Ablösung der Dienste, Matural- und Geldleistungen von Grundstücken, welche eigewthumlich zu Erbzins oder Erbyachtrecht besessen werden (G. . S. 1821, S. 77.);
- 8) das Geset vom 21. Juli 1821, wagen Anwendung des Ebitts vom 14. September 1811, die Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse betreffend, und der spätern darüber erlassenen Gesetze auf die Obers und Nieders Lausit und das Amt Senstenberg (G. S. 1821, S. 110.);
- 9) die Deflaration vom 24. Mar; 1823, betreffend die Bergütigung für Hulfsdienste regulirter Wirthe (G.S. 1823, S. 35);
- 10) das Geset vom 8. April 1823, wegen Regulirung der guteherrlichen und bäuerlichen Berhältnisse im Großherzogthum
 Posen, den mit Westpreußen wieder vereinigten Distritten, dem Kulm = und Michelauischen Kreise und in dem Landgebiete
 der Stadt Thorn (G.=S. 1823, S. 49.);
- 11) das Geset vom 8. April 1823, wegen Anwendung des Edikts vom 14. September 1811, die Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Berhältnisse betressend und der später darüber erlassenen Gesete, imgleichen wegen Anwendung der Ordnung, die Ablösung der Dienste x. betressend, vom 7. Juni 1821, auf das Landgebiet der Stadt Danzig (G.=E. 1823, S. 73.);
- 12) die Kabinets-Ordre vom 13. Februar 1825, durch welche die Mentioniten von den Wirkungen des Regulirungs-Edikts vom 14. September 1811 ausgeschlossen werden;
- 13) die Berordnung vom 13. Juli 1827, zur nähern Bestimmung des Art. 5. Buchstabe a. der Deflaration vom 29. Mai 1816, wegen Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Berhält=

niffe in der Amwendung auf die Garmer und andere Bestiger geringer Ruftisalstellen in Oberschlessen u. s. w. (G. : S. 1827, S. 79.);

- 14) die Ordnung vom 13. Juli 1829, wegen Ablösung der Reallasten in benjenigen Landestheilen, welche vormals zum Königreich Westphalen, zum Großherzogthum Berg oder zu den französischen Departements gehört haben (G.=S. 1829, S. 65.);
- 15) bie Rabinets Orbre vom 11. Dezember 1831, über bie Bergütigung ber vorbehaltenen Sulfsbienfte in ber Proving Bommern;
- 16) bas Geset vom 19. Juli 1832, betreffend bie Laubemien 2c., von Ruftikalstellen in Schlesten (G. S. 1832, S. 194.);
- 17) das Gesetz vom 25. April 1835, wegen Erleichterung der Ablösung des Heimfallrechts in der Provinz Westphalen (G.=S. 1835, S. 53.);

ŝ

D

aj:

M

·gib

5):

His

14111

Dem

riete

)ift8

Hen

über

ung

821,

823

e bie

vom

nung

1816

chalt":

- 18) die Rabinets-Ordre vom 26. Oktober 1835, über Feststellung von Mormalpreisen für worbehaltene Hülfsdienste in dem Umsfange des Brandenburgischen Provinzialverbandes (G. . S. 1835, S. 228.);
- 19) die Deklaration und Abanderung des Gesetes vom 8. April 1823, über die Regulirung der guteherrlichen und bäuerlichen Berhältnisse im Großherzogthum Posen und in den mit der Provinz Preußen wieder vereinigten Distrikten, dem Kulm und Michelauischen Kreise und dem Landgebiete der Stadt Thorn, vom 10. Juli 1836 (G. «S. 1826, S. 204.);
- 20) bie Rabinets Drbre vom 19. Juni 1837, wegen Ablösung ber Domanialrenten jum 25fachen Betrage;
- 24) die Kabinets Drore vom 17. Februar 1838, wegen Ablbsung ber Hulfsbienste in der Provinz Preußen (G. S. 1838, S. 237.);
- 22) die Verordnung vom 28. November 1839, betreffend die Allos distitation der nicht zur Klasse der bäuerlichen gehörigen lans desherelichen Lehne im Herzogthume Westphalen (G. .S. 1840, S. 5.);
- 23) die \$6. 33. und 35. des Gesetes vom 22. Dezember 1839, betreffend die Rechtsverhältnisse der Grundbesitzer und die Abslöfung der Reallasten in den Grafschaften Wittgenstein, Bersleburg 1c. (G. 5. 1840, S. 6.);

- 24) bie Ordnung wegen Ablöfung ber Reallasten im Herzogthum Westphalen, vom 18. Juni 1840 (G. S. 1840, S. 156.);
- 25) die Bestimmungen unter Rr. 3. und 5. im §. 1. des Gesetes vom 18. Juni 1840, über die Rechtsverhältnisse des Grundsbesites und über die Ablösung der Realberechtigungen im Fürstenthum Siegen (G. S. 1840, S. 151.);
- 26) das Geset vom 4. Juli 1840, wegen Ablösung der Reallaften in den vormals Naffauischen Landestheilen und in der
 Stadt Beslar mit Gebiet (G. S. 1840, S. 195.);
- 27) das Geset vom 30. Juni 1841, wegen Erleichterung der Abslösung gewerblicher u. s. w. auf dem Grundbesith haftender Leistungen (G. S. 1841, S. 136.);
- 28) das Geset vom 31. Januar 1845, betreffend die Zulässigeit von Verträgen über unablösliche Geld- und Getreide-Abgaben (G.-S. 1845, S. 93.);
- 29) das Geset vom 18. Juli 1845, betreffend die Ablösung der Dienste in benjenigen Theilen der Provinz Sachsen, in welschen die Ablösungs Dronung vom 7. Juni 1821 gilt (G. S. 1845, S. 502.);
- 30) das Geset vom 31. Oktober 1845, betreffend die Ablösung ber Dienste in der Proving Schlesien (G. S. 1845, S. 682.);
- 31) ber §. 3. bes Gesetes vom 8. Februar 1846, wegen ber Präsflusion ber Ansprüche früherer Besitzer regulirungsfähiger bäuerslicher Stellen im Großherzogthum Posen, im ehemaligen Kulms-Michelauischen Kreise und im Landgebiete ber Stadt Thorn (G. S. 1846, S. 219.);
- 32) die provisorische Berordnung vom 20. Dezember 1848, die interimistische Regulirung der gutsherrlichen und bauerlichen Berhältnisse in der Provinz Schlesien betreffend (G. S. 1848, S. 427.);
- 33) bas Geset, betreffend die Feststellung der bei Ablösung der Reallasten zu beachtenden Normal-Preise und Normal-Marktorte, vom 19. November 1849 (G. . S. 1849, S. 413.);

Auch werden die Bestimmungen der vorstehend nicht aufgehosenen Gesetze außer Kraft gesetzt, welche den Vorschriften des gegenswärtigen Gesetzes entgegenstehen oder mit demselben sich nicht verseinigen lassen.

1. Motive zum Erlaffe biefes Gefeges und bes f. 1.

Schon feit langer Beit ift bie Breufische Staateregierung mit Gifer barauf bebacht gemefen, gur Rraftigung bes Landes und feiner Bewohner ben Grundbefit von allen, beffen erfprieflichere Benutung bemmenben Befchrantungen gu befreien, und inebefonbere biejenigen Berbaltniffe gu lofen, welche als Refte einer bergangenen Beit ben, bem Bauernftanbe angeborigen Berfonen und Grundftuden, ben Guteberren und ihrem Grundbefige gegenüber, eine Abhangigfeit und Gebundenheit auferlegten. Das Goift bom 9. Oftober 1807 bob bie Erbunterthanigfeit, ben Unterterschied zwischen ben Freien und Unfreien ganglich auf; es geftattete ben Erwerb von abelichen, burgerlichen und bauerlichen Grundftuden allen Das Gbift bom 14. September 1811 gewährte ben lafftischen bauerlichen Wirthen einen Rechtsanfpruch auf Berleihung bes Eigenthums ber in ihrem Befite befindlichen Grundftude gegen eine Entschädigung an ben Guteberrn, Die fo bemeffen wurde, bag ber regulirende Birth im Stande blieb, feine Abgaben an ben Staat und ben Guteberen ferner ju entrichten und fich nebft feiner Familie ju ernahren. Spater folgenbe Befete geftatteten bie Ablofung ber Dienfte, grundherrlichen Abgaben und anderer Praftationen, auch von ben bereits ju Gigenthum, Erbpacht ober Erbzine befeffenen Grundftuden, und eröffneten ben Weg jur Aufhebung ber ber Landesfultur ichablichen Gervituten und Bemeinheiten.

Die gesicherte Lage und der Wohlstand, bessen fich ein großer Theil bes bauerlichen Standes bereits erfreut, sind unverkennbar die wohlthätigen Folgen jener Geset. Allein die spätere Legislation verließ mehrsach diese Bahn konsequenten Fortschritts. Das Golft vom 14. September 1811 wurde durch die Deklaration vom 29. Mai 1816 und durch spätere Berordnungen mehrsach modisizit und namentlich der Anspruch und Werleihung des Eigenthums an lasstischen Grundstücken auf größere bäuerliche Stellen beschränkt. Auch die Ablösung der Dienste von kleinen eigenthumlich besessen. Stellen blieb in den meisten Landestheilen ausgeschlossen und ward erst in neuerer Zeit in einigen Provinzen (Sachsen, Schlesten) zugelassen. Ebenso blieben noch manche Abgaben und Leistungen, welche den freien Verkehr mit dem Grundeigenihum beschrän-

1

ľ

Ď.

ng

,);

rå/

eti

len

ıbt

oie

en 18,

der irft

?ho=

iens

pet:

ken, unablöslich.

Im Laufe ber letten Jahre ist bas Bedürfniß gefühlt und vielfach in Anregung gebracht, diese noch übrig gebliebenen, der freien Entwickslung aller Kräfte ber ländlichen Industrie schädlichen Ueberreste des gutsberrlichen bäuerlichen Berbältnisses zu beseitigen. Gegenwärtig aber ist diese Beseitigung unerläßlich geworden, nachdem durch den Artisel 40. der neuen Berfassung über des Grundeigenthum setaates das Recht der freien Berfügung über das Grundeigenthum sestgestellt, die Theilbarfeit dieses Eigenthums und die Ablösbarfeit der Grundlasten gewährleistet, zugleich aber auch die unentgeltliche Aushebung der Gerichtsberrlichseit, der gutsberrlichen Bolizei, der obrigseitlichen Gewalt und der aus diesen Besugniffen, sowie aus der Schupherrlichseit, der früheren Erbunterthäsnigkeit, der früheren Steuers und Gewerbes Verfassung herstammenden Berpssichtungen ausdrücklich ausgesprochen worden ist.

Außerbem fest ber Artifel 104. Der Verfaffunge - Urkunde, indem er allen, mithin auch ben landlichen Gemeinden die felbstftandige Bermaltung ihrer Gemeindeangelegenheiten zusichert, die Einführung einer bem entsprechenden Gemeinde-Ordnung auch für biejenigen Provinzen voraus,

in welchen es auf bem kande an einer solchen zur Beit noch fehlt. Das Batent vom 5. Dezember v. 3. hat die baldige Borlegung des Entwurfs einer solchen Gemeinde-Ordnung an die Kammern auch bereits in Aussicht gestellt. Es leuchtet aber ein, daß ein gedeihliches Zusammenwirken der bisderigen gutöherrlichen und der bäuerlichen Grundbestger zu einem freien, gessunden Gemeindewesen nur dann erst zu erwarten ist, wenn außer der durch die Werfassung schon ausgesprochenen Ausbedung der politischen Borrechte der früheren Gutöherren auch daszeinige Abhängigkeits Berhältniß fobald als möglich gelöst wird, in welchem die bäuerlichen Besthet zu ihren ehemasligen Grundberren vermöge der ihnen obliegenden Verpflichtung zu mannigsachen Abgaben, Diensten und andern Leistungen noch gegenwärtig stehen.

Endlich ift nicht ohne Grund oft barüber geflagt worden, bag et ben über die Ablöfung ber Reallaften und die Regulirung ber gutöhertstichen und bauerlichen Berhältniffe bestehenden gefehlichen Borschriften, die seit dem Jahre 1811, je nach dem Bedürfniß und der zunehmenden Erweiterung des Staatsgebiets abgefaßt, und in einer langen Reihe einzelner, einander bald ergänzender, bald abandernder Berordnungen für die verschiedenen Landestheile zerstreut sind, durchaus an der nöttigen Uebereinstimmung und leberschilichteit sehle, und die Staats-Regierung hat sich daher längst die Aufgabe gestellt, jene Borschriften zu einem einstacheren, der praktischen Brauchbarkeit mehr entsprechenden Ganzen zu verbinden.

In Anerkennung biefer mehrfachen Bedürfniffe, unter benen allerbings die Rothwendigkeit einer weiteren Ausführung des oben ermähnten Artikel 40. der Berfaffungs-Urkunde den erften Riag einnimmt, find die von der Staatsvermaltung vorgelegten beiden mit einander eng gusammenbangenden Gesebe

aber die Ablösung ber Reallaften und die Regulirung ber gutsherrii-

then Berhaltniffe

und

aber Die Errichtung bon Rentenbanten, entworfen worben.

Die Sauptgrundfate, won welchen in biefen Entwurfen ausgegangen ift, und bie, um guvorberft einen allgemeinen Ueberblid über beibe gu ge-

mabren, bier zusammengestellt werben, finb folgenbe:

1) Ohne Entschädigung des Berechtigten sollen außer den im Arztifel 40. der Berfaffungs-Urfunde erwähnten, aus der Gerichtsberrlichkeit, der gutsherrlichen Polizei, der obrigfeitlichen Gewalt, der Shupherrliche feit, der Erbunterthänigkeit und der früheren Steuer= und Gewerde-Berzfaffung u. s. w. herstammenden, auch solche, die freie Verfügung über das Grundeigenthum beschränkende Berechtigungen fortsatten, welche dem berechtigten entweder gar keinen materiellen oder doch nur einen selten zu reallstrenden, von ganz zusälligen Umftänden abhängigen Vortheil ges währen.

2) Alle auf ben ursprünglich zu Eigenthum befeffenen ober auf Grund ber bisherigen Gesetze ober ber gegenwärtigen Gefetz- Entwürfe in Eigenthum verwandelten Grundftuden haftenben Reallaften, mit alleiniger Ausnahme ber Steuern und ahnlicher öffentlicher Abgaben und Laften,

follen abgelöft werben.

3) Zu diesem Zwest sollen alle vergleichen Reallasten in feste Geldrenten verwandelt werden. 4) Ge foll hierbei bas Prinzip feftgefalten werben, bag bie pflichtigen Stellen in praftationsfähigem Buftande bleiben muffen.

5) Der Berpflichtete foll befugt fein, Die hiernach fefigeftellte jabre liche Belbrente burch Baargablung ihres achtzehnfachen Betrages abzulofen.

6) Bill ber Berpflichtete von biefer Befugnif feinen Gebrauch maschen, so foll bie Rente auf bie zu errichtenben Rentenbanfen übergeben, ber Berechtigte von biefen, mit bem zwanzigfachen Betrage ber vollen Rente in Rentenbriefen, welche mit 4 Procent verzinft werben, abgefunden, bem Berpflichteten aber 1/10 ber an bie Rentenbank übergebenden Rente sofort erlaffen werben.

7) Der hierdurch bei ben Rentenbanken gewonnene Ueberfchuß von 3/2 Brocent foll zur allmäligen Tilgung ber Rentenbriefe verwondet wer- ben, fo daß spätestene nach Ablauf von 56 Jahren biefe Tilgung vollenbet ift und ber Berpflichtete von ber ferneten Entrichtung ber Rente

vollftandig befreit mirb.

1

ħ

K

Ą۶

11:

;c#

160

25

it,

eri

bet

epi

ten

ge

auf

in

nk

jen,

1

8) Aber auch mabrend Diefer Sojabrigen Beriode foll der Berpflichtete befugt fein, feine Ersparniffe felbft in den kleinften Summen gur ganzlichen oder theilweifen Ablöfung feiner Rente zu verwenden, wobei ibm das angesammelte Amortisationsquantum bergeftalt zu Gute gerechnet wird, daß fich die Ablöfungssumme von Jahr zu Jahr vermindert.

9) Die Roften ber Arntenbanten, fowie Die Garantie für Die benfelben auferlegten Berpflichtungen follen vom Staate übernommen werden.

10) Alle laffitisch beseffenen Stellen follen gegen Entschädigung bes Gutoberrn burch eine Belbrente in ein freies Eigentoum verwandelt werden.

11) Bei erblicher Ueberlaffung eines Grundflude foll fortan nur

bie Uebertragung bes vollen Gigenshums julaffig fein.

12) Belaftet werben fann ein Grundftud in Bukunft nur mit ablösbasen festen Gelbrenten ober mit fundbaren Rapitalien. Die Rundbarkeit eines folchen Rapitals barf nur auf 30 Jahre ausgeschloffen werben.

Durch Ausführung diefer Grundfage wird jede noch vorhandene Besichränkung der freien und möglichk erhrieflichen Benugung des Grundseigenthums, jedes Abhängigkeitoverhältniß der bauerlichen Stellenbefiger von den Gutaberren beseitigt und der bauerliche Stand zu einem dem gutsberrlichen gleichberechtigten erhoben, mithin derjenige Bustand herbeigeführt werden, welcher die veränderte Staatsverfassung, insbesondere die beabsichtigten ländlichen Kommunal-Ordnung erheischen und der eben deshalb gegenwärtig zum Moble, nicht blos der bäuerlichen Stellenbesiger, sondern auch der Gutsberren unerlässisch ift.

Diese ans den Bewegungen der neuesten Beit jedem Unbefangenen sich aufdringende Aleberzeugung berechtigt zugleich zu der Erwartung, daß die Gutsberren diesenigen Opfer und Einschränkungen an ihren dieberigen Rechten billig tragen werden, welche die vorliegend entworfenen Gefthe in nanchen Beziehungen ihnen auserlegen. Ohne diese Opferen beren Umfang übrigens, wie sich dei näherer Betrachtung der einzelnen Vorschriften zeigen wird, geringer ist, als es auf den ersten Blid erscheint, würde die Erreichung des hochwichtigen Zwocks dieser Gesehe unmöglich seine richtige Einsicht in die Zeitverhöltnisse wird die Gutsberren davon überzeugen, daß sie durch eine solche Hingebung nicht bloß das allgemeine, sondern vorzugsweise auch ihr eigenes Interess sicher und sürbern. Ausderntheils erscheiten aber auch die Erseisterungen, welche

bie Gefey-Entwurfe ben Berpflichteten burch biefe ben Berechtigten auferlegte Opfer, sowie burch die vom Staat zu übernehmende Garantie und Roften für die Rentenbanken gewähren, durchaus genügend. Wenn andere Staaten, in welchen die ländliche Bevölkerung bisher noch unter schwerem Drucke schmachtet, neuerlich zu beren schnelkeren Entlastung auch noch anderweitige direkte Beihülfen und Entschädigungen aus Staatsmitzteln gewährt oder wenigstens in Aussicht gestellt haben, so kann eine solche Maaßregel im Breußischen Taate nicht bevorwortet werden; sie wirde ungerechterweise eine höhere Steuerbelastung aller Staatsbürger und unter ihnen auch solcher Klassen derselben zur nothwendigen Folge haben, die sich in einer minder günftigen Lage als die bäuerlichen Grundsbester besinden.

Was zunächst ben Entwurf bes Gesetes über die Ablösung ber Reallasten u. s. w. anbetrifft, bessen nähere Motivirung in dem Nachstehenden geschehen soll, so beginnt derselbe in seinem §. 1. mit Ausbebung derjenigen früheren Ablösungs und Regulirungs Gesete, an deren Setele die neuen Borschriften treten sollen; es bleiben von diesen Geseten nur diesenigen Bestimmungen in Kraft, welche in das gegenwärtige Gesets ausgenommen oder in demselben bestätigt worden sind. Die dieherisgen Geset gen Geset geber die Gemeinheitstheilungen und über das Versahren in Auseinandersetzungssachen werden durch diesen Paragraphen nicht betrof-

fen; ihre minder bringende Revifton bleibt für jest vorbehalten.

Der übrige Inhalt bes Entwurfe zerfällt in vier Abschnitte:

In dem ersten find Bestimmungen über diejenigen Berechtig ungen enthalten, welche ohne Entschäbigung aufgehoben werden sollen. Im Wesentlichen stimmen Diese Vorschriften mit denen überein, welche in dem besonderen Geset. Entwurf unter dem 10. Juli v. J. der damaligen Versammlung zur Vereinbarung der Staatsversassung vorgezlegt, von derselben aber nur theilweise berathen und deshalb bisher (mit Ausnahme der interimistischen Anwendung, welche ihnen für die Prowing Schlessen durch das provisorische Geset vom 20. Dezember v. J., Geset. Sammlung 1848, Seite 427. gegeben wurde) noch nicht zur Ausstührung gekommen sind. Wenn der vorliegende Geset. Entwurf von der unentgeltlichen Aussehung einzelner in jenem früheren Entwurf dazu vorwägung der vielsachen, insbesondere auch von Seiten der Provinzial Beshörden gegen das frühere Projest ausgestellten Erinnerungen geschehen, welche weiter unten dargelegt werden sollen.

Der zweite Abichnitt Des Entwurfes enthält Die neuen Bestimmungen über Die Ablofung Der Reallaften von folden Grundftuden, welche auf eigenthumlich ober bisher erbpachts, ober erbzinsweise beseffe-

nen Grunbftuden baften.

Diese Vorschriften treten an die Stelle der bisherigen, für die versschiedenen Provinzen ergangenen Ablösungs-Ordnungen; fle sollen ihre Wirfsamkeit aber nicht blos auf die Provinzen, sondern auf die ganze Monarchie, mit Ausnahme allein der auf dem linken Rheinufer belegenen Landestheile, mithin auch auf Neu-Vorpommern erstrecken, welches bisher keine Ablösungs-Ordnung hatte, derselben jedoch ebenfalls bedarf.

In dem dritten Abschnitt find die neuen Bestimmungen enthalten über die Regulirung und Eigenthums = Berleihung der noch nicht bieber

eigenthumlich ober zu Erbzins- ober Erbpachtsrecht befeffenen landlichen Grundstücke. Diese Bestimmungen sollen an die Stelle ber besfallsigen Borsschriften des Evilts vom 14. September 1811 und des Geseyes vom 8. April 1823 treten und nur für diejenigen Landestheile Geseyestraft erbalten, in denen die eben gedachten Gesethe bisher galten. Weshalb es für die übrigen Landestheile ähnlicher Bestimmungen nicht bedarf, wird weiter unten bei Durchgehung der einzelnen Paragraphen gezeigt werden.

Der vierte Abschnitt endlich enthält eine Reihe einzelner allgemeisner Bestimmungen, die sich sowohl auf die Ablösungen, als die Resgulirungen beziehen, zum Theil aber auch nur transttorischer Art find und beshalb ben früheren Abschnitten nicht füglich einverleibt werben

fonnten.

2. Ueber die Grunde, aus welchem das Gefes nicht auf die Landestheile am linken Rheinufer ausgedehnt ift, läßt fich die Agrar-Commiffion der zweiten Rammer, nachdem fie fich mit dem von der Regierung aufgestellten Rotiven zur Erlassung des Gesets im Wesentlichen einverftanden erflärt hat, dahin aus:

Die Mitglieder ber Agrar-Commiffion find getheilter Meinung barüber gewesen, ob auch auf die am linfen Rheinufer belegenen Landes-

theile bas gegenwärtige Befet auszubehnen fei ober nicht.

Bekanntlich fommen noch jest in den Landestheilen auf dem linken Meinufer hauptsächlich folgende französtiche Gesete zur Anwendung, welche über die unentgeltliche Aushebung der Reallasten und über die Ablösung der bestehen gebliebenen handeln, nämlich:

Gefes vom 4/1. August 1789.

1/4. März 1790.

1/5. Dezember 1790.

1/5. August 1791.

1/6. Oftober 1791.

1/6. Ottober 1791.

1/6. August 1792.

1/7. Juli 1793.

Decret vom 1. Oftober 1804, (9. Vendemiaire XIII.)

Da die verschiedenen Theile bes jest preußischen linken Rheinufers zu verschiedenen Zeiten an Frankreich gekommen, so gelten zwar nicht alle vorerwähnten Gesete in allen Theilen des preußischen linken Rheinusers, auch walten darüber, ob die einzelnen angeführten Gesete in einzelnen Diftrikten gehörig publicirt worden, erhebliche Zweisel ob; dennoch tann als gewiß angenommen werden, daß auf dem linken Rheinuser solzgende Grundsätze zur Anwendung kommen:

1) Die Lehns-, Guts- und Gerichtsherrlichkeit mit allen baraus entspringenden ober an ihre Stelle getretenen Abgaben und Laften, namentlich auch alle Zehnten und Laften, welche an die Stelle der tobten hand (Hörigkeit) getreten, alle Arten von Zehnten, welche von geiftlichen und weltlichen Körperschaften, geistlichen Pfründen und Stiftern bezogen wurden, die Lehnszehnten, wenn fie die Beschaffenheit der Lehns- oder herrschaftlichen Zinsgebühren haben, sind ohne Entsschädigung ausgeboben.

2) Dagegen find besteben geblieben alle fur bie Uebertragung bon Grundeigenthum übernommenen reinen Grundrenten, Behnten ober

fonftigen Laften.

3) Es galt aber ber Grundfah, bag jebes Grundeigenthum als frei von allen Lehn= und Bindrechten angesehen werben solle, wenn nicht bas Gegentheil in ber vorgeschriebenen Form erwiesen worden.

- 4) Das Decret vom 1. Oftober 1804 (9. Vendemiaire XIII.) giebt nähere Borschriften über die Brasumtion, indem es verordnet, daß Abgaben, bekannt unter dem Ramen: Erblichen, Erblehen, Erbvers leihung, Erbbestand, Erbpacht, Erbzins, Laudemium, Handlehen, heerschatz, medum, Theiltrauben, Theilwein, Grundpacht, Grundzins oder Bodenzins, insosern diese nicht auf der Gesammtheit von Grundftücken einer Gemeinde haften, welche von derselben Gerrschaft abhängig find, desgleichen die Zinsen und Gütten; auf Grundftücken haftend, die nicht einer Gerrschaft zustehenden Grundpächte, Grundzinsen oder Bodenzinsen, endlich is für ein Etablissentan einen schiff- oder flößbaren Fluß zu entrichtenden Masseriausgebühren, als reine Grundabgaben präsumirt werden sollen (Art. 1.), daß alle übrigen älteren Abgaben, Leistungen und Rechte, den Statuten und Landesgewohnheiten gemäß, als Fendalrechte präsumirt und aufgehoben werden sollen (Art. 2.)
- Endlich ift
 5) durch die Cabinete-Ordre vom 29. Oftober 1835 (Gesetz-Sammlung Seite 231.) bestimmt worden, daß bei densenigen Grundrechten, welche bis jum 1. April 1834 oder in einem späteren Texmine entrichtet worden, eine Vermuthung für den feudalen Urssprung derselben nicht mehr stattsinden soll, vielmehr diesenigen Schuldner, welche eine solche Entstehung behaupten, den Beweis zu führen schuldig find.

6) Alle hiernach bestehen gebliebenen Renten und Laften haben ihre Immobiliar-Natur verloren und werben ben beweglichen Sachen gleichgeachtet. Ste können von einer Spothek nicht mehr betrof-

fen werben.

Art. 1., Titel 1. des Gesetzes vom 11/2. Marz 1790. Art. 529. 526. 535. des burgerlichen Gesetzbuches. Art. 7. des Gesetzes vom 1. Nobember 1798. Art. 2114. 2118. 2119. Code civil.

7) Alle Renten find ablöslich, aber nur auf Antrag bes Berpflichteten.

8) Die Ablösung erfolgt burch Rapital.

9) Werthe-Ermittelung.

Getreibr-Renten werden nach dem 14jahrigen Durchschnitt berechnet. Biftualien ebenfalls nach dem Markipreis ebent, nach dem Abichage gungs-Tarif (Normal-Breife).

Dienfte, ebenfo.

Bei Theilfrüchten wird veranschlagt, was das Grundftud in einem gemeinen Jahr, b. h. nach einem zehnjährigen Durchschnitt, tragen fann.

Bei Laudemien werden unterschieden: a) Beränderungsfälle durch Berfauf.

b) Beranberungefälle anberer Art.

Beide Arten ber Berpflichtung werden besonders entschädigt. Für bie erstere Berpflichtung beträgt die Entschälgung nach Berhältniß ber Sibe ber Abgabe zwischen 3/4 nines ehemaligen Laubemium und einem vollen solchen Laubemium.

3ft der Beitag bes Landemium in beiben Arten ber Beifinderungsfälle nicht verfchieben, fo beträgt bie Entschädigung %, eines einmaligen gaubemiums.

(Ift ber Betrag ber Abgabe verschieben, fo kann hiernach bie Ente schöftligung höchstens ben einfachen Betrag eines ehemaligen Laubemiums erreichen. L. eines folden iff die getingste Entlichen bet

exreichen. 1. eines folden ift die geringfte Entschädigung.) Das ehemalige Laubemium wird nach bem letten Erwerdspreis in ben letten gehn Jahren, event. nach Abschähung bes Grundfluckes be-

filmmt.

Bei bieber undunbbaren Rapijalien erfolgt bie Ablofung nach bem urfpranglich feftgeftellten Kapitald Betrag.

Bei anderen feften Getbrenten bilbet ber 20fache Betrag bie Rabis

taid - Entichabigung.

Alle übrigen Braftationen werben mit bem Abfachen Betrag ibres Gelbwerthes abgeloft.

Sin Abzug wegen ber Steuer (Fühltel Abzug) wird nicht gemacht.
Steht bem Bervflichteten vertragsmäßig tein Steuerabung auf bie

Steht bem Berpflichteten vertragsmäßig tein Steuerabzug auf bie Rente zu, fo wird bem Ablofungs-Capital 1/16 hinzugefest.

Rentert an ben Domainen-Fietus fonnten nach bem Gefete vom 1. Januar 1800 mit bem 15fachen Betrag abgeioft werben. Durch bie Cabinets - Orbre vom 5. September 1821 wurde biefe Begunftigung aufsthuben, frater aber bei fleineren Betragen wieder zugekaffen.

Die Ablöfungs = Berhanblungen und Bertrage werben von ben Ge-

richten aufgenommen.

Bon Seiben des Commissatus der königlichen Regerung ist mitgestheit werden, daß saft alle vors noch vorkommenden Abgaben a. nicht an Guidszerten, sondern an Städte, Airthen, Gelftliche a. entrichtet werd den, daß überdes Dienste, Laubemien saft gar nicht mehr, sondern nur nuch vereinzeite Gelde und Getreide Abgaben, so wie Theiltrauden, vorstommen und für solche die bestehenden Ablösungs-Gesetze audreichend seien. Derseide hat sich bestalb durchaus gegen die Ausbehnung der Bestimmungen der gegenwärtigen Ablösungs-Ordnung auf die Kundesstholle an den beiden Rheinusern erklärt, und dieser Ansticht beitwetend, hat auch die Agrar-Commission mit 8 gegen 7 Stimmen für die und veründerte Beibehaltung der Ueberschrift des Gesetze Entwurfes sich entschlieben.

Die Majorität findet mit dem Commiffarius der Konigl. Regierung bie Begründung diefer Anficht barin, daß die Zwecke des gegennärtigen Gefeses auf dem Iinten Abeinufer langft erreicht find, indem alle mit dem gutoberrlichen Berhältniß irgend in Berbindung ftebenden Laften, Abgaben und Rechte ohne Weiteres aufgehoben worden find, die übrigen Grundlaften aber thre bringliche Ratur verloren haben. Was die Abidiquing felbft anlangt, so werden die Abgaben, welche in baarem Gelde be-

fleben, boet fchon fest jum 20fachen Befrage abgeloft.

Es wird baher nur die Berichiebenheit obwalten, bag die übrigen Beffungen nur gegen Erfegung bes 25fathen Betrages ihres Jahreswerths

ublossar find.

Es könne für dest dahin gestellt bleiben, ob es zweilmäßig sein möchte, diese letztere Bestimmung auf dem linken Acheinuser abzuändern, jes denfalls werde es unzweilmäßig sein, ein Gesetz von 109 Paragraphen in einem Kandestheile einzusühren, wenn nur ein einziger Paragraph besteben doet

zur Geltung tommen follte, während alle übrigen Bestimmungen biefes Beietes bort durchaus nicht paffen, vielmehr leicht Berwirrung und unnötbige Aufregung hervorrufen könnten. Es könne hier beispielsweise nur auf den §. 4. des Geset-Entwurfes aufmerkam gemacht werden, wonach die aus der Lehnsherrlichkeit, Guts- und Grundherrlichkeit herrichrenden Abgaben z. bestehen bleiben, während sie auf dem linken Rhein-

ufer langft weggefallen find.

Bollte man daher in den Ablöfungs-Grundfagen auf dem linken Rheinufer etwas ändern, so werde es besser durch ein besonderes Geset, als durch Ausdehnung der Absösungs-Ordnung erfolgen können, um so mehr, als selbst hierdurch eine gleichmäßige Gesetzebung links und rechts des Rheines nicht herbeigeführt werden wurde, indem die Gesetzgebung auf dem linken Rheinufer in Beziehung auf Aushebung der Reallaften viel weiter gegangen sei, als man gegenwärtig gehen wolle, eine Gleichmäßigkeit mithin nur dadurch erlangt werden könne, daß man entweder hier Alles ausheben mußte, was dort ausgehoben sei, oder dort wieder einführen mußte, was hier bestehen bleibe.

Die Minorität ber Commission hat dagegen für ihre Ansicht angeführt, daß das gegenwärtige Gesetz selbstrebend für Berhältniffe außer Anwendung bleibe, welche am linken Ufer nicht vorhanden seien, und daß die Besorgniß einer Berwirrung oder Aufregung in Folge der Einführung des Gesets deshalb ungegründet erscheine, weil die französische Gesetzebung dort die Berhältnisse bereits in einer Beise geregelt habe, daß über beren Bedeutung die Rheinländer nicht in Zweisel seien.

Eine Gleichmäßigkeit in ben Ablöfungenormen könnten und wurden bie Staats-Angehörigen in jenen Landestheilen um so mehr verlangen, als in ihnen das Streben zur Gerstellung einer Einheit in der Gefetgebung tief begründet sei, und fie daher die Bestimmungen der gegenwartigen Gefetgebung gern gegen die früheren französischen Ordres vertausschen wurden.

Die Rammern haben bie Grunde ber Majoritat als burchgreifend

anerfannt.

3. Die Rammern haben die Fassung bes f. 1. erweitert, resp. ab-

geanbert und grar aus folgenben Grunben:

Außer ben hier bezeichneten Geseten ift auch die Austhebung ber Bervordung vom 16. März 1811 über die Ablösung der Domanial-Abgaben jeder Art und der Cabinets-Ordre vom 19. Juni 1837 für erforderlich erachtet worden. Erstere enthält die Bestimmungen für die Ablösungen in den Domainen, welche in mehrsacher Beziehung von den allgemeinen Ablösungs-Ordnungen abweicht, und kann, da dieselbe in Form eines Gesets erschlenen ist, nur im verkassingen Wege aufgeboben werden. Die Cabinets-Ordre vom 19. Juni 1837 will die Ablösungen nur gegen Zahlung des Zbsachen Betrages der Renten gestation. Dieselbe dat Gesegestraft und deren ausdrückliche Aushebung erscheint daber nothswendia.

Der Schluffat bes §. 1., nach welchem von ben aufgehobenen Gefegen nur diejenigen Bestimmungen in Kraft bleiben, welche in das gegenwärtige Geset mit aufgenommen ober in demselben bestätigt worden
sind, versteht sich ganz von selbst. Die Agrar-Commission erachtet es
beshalb für angemessen und beantragt, denselben wegzulassen. Dagegen
enthalten noch andere Geset, namentlich die drei Gesetz vom 21. Abril

1825, für bie weftlichen Landestheile Bestimmungen, welche mit bem Befety-Entwurf in Biberfpruch fteben und baber ausbrucklich aufgehoben werben muffen. Dies erkennt auch ber Schluffat bes §. 108. bes Gefety-Entwurfes an, indem er folche anderweitig widersprechenden Beftimmungen außer Rraft gefett wiffen will. Die Commiffion ift jeboch ber Unficht gewesen, bag eine hierauf bezügliche Bestimmung am Schluffe bes S. 1. ihren Blat finden muffe und beantragt beghalb in Stelle bes oben als überfluffig bezeichneten Sages, Die Annahme folgender Bestimmung:

"Auch werben bie Bestimmungen ber vorstehend nicht aufgehobenen Befete außer Kraft gefest, welche ben Borfchriften bes gegenwärtis gen Befeges entgegenfteben ober fich mit benfelben nicht bereinigen laffen."

Anmerkung. Der Gesetz-Entwurf erwähnt im S. 1. nicht ber Berordzung vom 16. März 1811, ber Kabinets: Orbre vom 19. Juni 1837, ber proz visorischen Berordnung vom 20. Dezember 1848 und bes Gesetze vom 19. Rozvember 1849. Der Schlußsatz besselben lautete:

"Bon ber Aussebung bleiben nur biesenigen Bestimmungen ber vorstehend

bezeichneten Gesetze ausgeschloffen, welche in bas gegenwärtige Gesetz mit

aufgenommen ober in bemfelben bestätigt find. "

Erster Abschnitt.

- Berechtigungen, welche ohne Entschädigung aufgehoben werden.

Dhne Entschäbigung werben folgende Berechtigungen, soweit fie noch bestehen, hiermit aufgehoben:

1) Das Obereigenthum bes Lehnsherrn und die lediglich aus bemfelben entspringenden, in bem §. 5. nicht als fortbestehend bezeichneten Rechte bei allen innerhalb bes Staates belegenen Lehnen, mit alleiniger Ausnahme ber Thronlehne;

2) das Obereigenthum des Guts, oder Grundherrn und des Erbzinsherrn, besgleichen bas Eigenthumsrecht bes Erbverpachters; ber Erbzinsmann und ber Erbpachter erlangen mit bem Tage ber Rechtsfraft bes gegenwärtigen Gesepes, und lebiglich auf Grund beffelben, bas volle Eigenthum;

3) der Anspruch auf-Regulirung eines Allodistsationszinses für die aufgehobene Lehnsherrlichkeit in benjenigen Landestheilen, welche vormals zum Königreich Westphalen, zum Großherzogthum Berg, zu ben französisch shanseatischen Departements ober dem Lippe = Departement gehört haben;

4) das grundherrliche und gutsherrliche Heimfallsrecht an Grundftuden und Gerechtsamen jeder Art innerhalb des Staates, phne Unterschieb, ob ber Staat, moralische Berfonen ober Brivatpersonen bie Berechtigten finb;

5) die Berechtigung bes Erbverpachters ober des Zinsberechtige ten, ben ihm auftehenden Kanon ober Zins willburlich zu erbohen.

6) die Borfauss-, Näher- und Retractrechte an Immobilien, mit Ausnahme ber im &. 4. ausgeführten;

7) die auf Grundstuden haftende Berpflichtung, gegen das in ber Gegend übliche Tagelohn zu arbeiten.

8) die Befugniß, zu verlangen, daß ein Privat-Grundbesitzer sein Grundstud mit Maulbeerbaumen bepflanze oder solche unterhalte;

9) die auf Grundstüden haftende Verpflichtung des sogenannten flamingschen Kirchganges.

1. Motive.

Die in dem S. 2. aufgeführeten Berechtigungen laffen fich zwar im Allgemeinen nicht unter Die nach Urt. 40. der Berfaffungs-Urkunde wegfallenden subsumiren, und es könnte daher der Zweifel entstehen, ob ihre hier dennoch ausgesprochene unentgeltiche Aufhebung nicht mit der im Art. 8. a. a. D. festgesetzten Unverletzlichkeit des Eigenthums in Wisderspruch trete.

Dan ift indeffen bei Abfaffung bes Entwurfs über biefen Zweifel um beshalb hinweggegangen, well Die meiften Diefer Berechtigungen, wie fich bei ihrer naberen Betrachtung ergiebt, ihram Inhaber autweber gan teinen wirklichen, in Gelbe ichagbaren und zu einer Enifchabigung bei ber Ablofung fich eignenben, ober nur einen folden Bortheil, ber von rein gufälligen Unrftanben abbangig ift, gewähren, gleichwohl aber ber im Urt. 49. ber Berfaffungs - Urfunde gugeficherten freien Berfügung über bas Grundeigenthum bindernd in den Weg treten und beshalb bem offentlichen Boble ichablich find. Aus biefen Grunden war ihre unentgeltliche Aufhebung bereits in bem unter bem 10. Juli v. 3. ber bamaligen Berfammlung ber Bolfebertreter wergelegten Gefeb-Entwurf borgeichlagen, und es erfchien um fo mehr angemeffen, biefen Borfchlag jest erneuert ber Erwägung ber Bolksverireter zu unterwerfen, als in bem gleichzeitig mit ber Publikation ber Berkaffungs-Urkunde erlaffenen Patente vom 5. Dezember (Gofet - Sammlung 1848, Seite 393.) Die Biebervorlegung eines Gefehes über Die unentgeltliche Aufhebung verfchiebener Laften und Abgaben verheißen, hierbei aber vornehmlich auch an folche Laften gedacht worden ift, beren Aufhebung nicht schon aus ben Bestimmungen bes Art. 40. nothwendig folgt. Die naberen Grunde, welche fur die Aufbebung ber einzelnen, in Dem vorliegenden und ben folgenden Baragraphen aufgeführten Berechtigungen fprechen, find bereits ausführlich in den gedruckten Motiven zu jenem fruberen Gefet - Entwurf bom AO. Juli v. 3. entwickelt. Es wird baber genugen, Diefelben bier fury nur nochmals augubeuten.

Bu 1. Das Dhereigenihum bes Lebnsheren, welches mit bem auf Leiftung ber Beeresfolge abgreckenben Lebn Berbaltnig überhaupt feit ber Ausbildung ber Landeshoheit und ber ftebenden Beere feine eigentliche Bedeutung langft verloren bat, ift bereits in vielen Provingen, namentlich bei ben Staatslehnen, gang aufgehoben. Wo baffeibe noch fortbeftebt, gewährt es dem Berechtigten felten noch und meift nur bei bem Gineritt febr gufälliger Umftande (Upertur-, Beim-Falle) einen wirflichen Bortheil; wohl aber wirft es burch bie Befugniffe, welche es meift bem Lehnsberrn giebt, ber Beraußerung, Berfchuldung, Berftudelung bes Bebngutes gu widersprechen ober wenigstens feine Einwilligung bagu an laftige und foftspielige Vormalitäten zu knupfen, noch eben fo hemmenb als früher auf Die freie Benutung bes Grund und Bobens Geitens bes befigenben Mafallen und es außert fich biefe fcabliche Wirfung minder auf Meinere bauerliche Befitungen, ale auf Die größeren Ritterguter, ba gerabe bei folden bas Lebnsverhaltniß haufiger noch fich finbet. Behalt nun, wie as in bem vorliegenden Entwurf & 4. geschehen ift, bem Lehns-Ober-eigenthumer Diejenigen Rechte auf Abgaben und Leiftungen vor, welche ibm als folden bieber guftanben, fo fann im Uebrigen Die unentgeltliche Aufhebung bes Obereigenthums mobi feinem Bebenfen unterliegen.

Bu 2. Mit einem gleichen Vorbehalt (cf. §. 4.) erscheint aus gleicher flücksicht auf die uothwendige Entfesselung des Grundbesitzes auch die unentgeltliche Aufbebung des Obereigenthums des Grundberwn und des Erhindherrn, sowie des Eigenthums des Erberpächters gerechtfertigt. Bo ein lassitischer Bestiger dem Guts- oder Grundherrn gegenüber steht, kommt das Recht des Letzteren, welches alsdann ein wirsliches Eigenthum ift, hier nicht in Betracht, da für die Aussigung dieses Verhältnisses besondere Normen in dem britten Abschmiet des Entwurfs aufgestellt find. Es handelt sich hier also nur noch um die jedenfalls viel kielnere Zahl von Fällen, in welchen sonft woch etwa sin solches guts- oder grundherrliches Obereigenthum vorkomwen könnte.

Das der Lehnsherrlichkeit nahe verwandte Obereigenthum des Erbzinsherrn, sowie das Eigenthum des Erbverpächters verlieren nach Abzlösung des Erbzinses und Erbpachts-Ranons, für welche in dem solgenden Abschieben Berechtigten alle Bedeutsamkeit. So lange diese Ablösung noch nicht geschehen ift, äußert sich im Wesentlichen ihre Wirksamkeit für den Erbzinsherrn nur in der Aussicht auf den Kücksall des Erbzinss-Grundftücks dei versäumter Linszahlung, für den Erbpächter aber in dem ihm im Konkurse zustehenden Vorzugsrecht für die Kanannuckstäunde. Diese Borrechte bleiben nach S. 4. des Entwurse vorbehalten; unter diese Ausgeschung aber erscheint im Uedrigen die unbedingte unentgelzliche Ausbedenstäung aber erscheint im Uedrigen die unbedingte unentgelzliche Ausbedenstlich und es ist nicht nothwendig, diese Ausbedenst, wie es in dem früheren Entwurf vom 10. Juli v. 3. vorgeschlagen war, von der vorgängigen Ablösung des Erbzinses oder Kanons abhängig zu machen.

Bu 3. Mit ber unter Mr. 1. ausgesprochenen Aufhebung ber Lehnsherrlichkeit erscheint es angemessen, auch ben Anspruch auf Regulirung eines Allobistationszinses für fortsallend zu erklären, welcher ben ehemaligen Lehnsherrn in ben westlichen Landestheilen durch die \$5.71. n. folg. und \$5.51. und folg. der drei Gesege vom 21. April 1825 zugestanden ift: ber Berluft, ben Einzelne berfelben baburch erleiben tonnen, ift jebenfalls ein febr geringfügiger, ba jener Bins geseylich nur auf 1 Brocent
von bem Reinertrag ber ehemals lehnspflichtigen Grundstücke zu berechnen ift.

Bu 4. Auch das heimfallsrecht kommt fast nur noch in jenen westlichen Landestheilen vor. Es ist dort in der Regel gegen eine Rente von 2 Procent des Reinertrags des verpflichteten Grundstuds ablöslich; nur wenn letteres auf 4 oder 2 Augen steht, erhöht sich diese Rente auf resp. 5 oder 10 Procent. Gegenwärtig, nachdem durch §. 2. der Berordnung vom 18. Dezember v. 3. (Gesep-Sammlung 1848, Seite 425.) die bis dahin gettenden Bestimmungen der Gesep vom 21. April 1825

nach welchen ein bem heimfallerecht unterworfenes Grundftud nach benjenigen Grundfagen vererbt werben foll, welche vor Einführung

ber fremben Befege bestanden haben,

aufgehoben morden find, und also bie Bererbung nach benfelben Regeln wie bei allen übrigen bortigen Bauerngutern erfolgt, kann ber heimfall an ben Guts- ober Grundherrn nur noch felten eintreten. Um so bes benklicher erscheint es, Diefes oft zu vielen Zweiseln und prozessualifchen Streitigkeiten Anlag gebende Recht jest ohne Weiteres gang zu befeitigen.

Bu 5. Die bisweilen vorfommende Berechtigung des Erbverpachters vor Zinsberechtigten, den Kanon oder Zins nach Ablauf gewisser Berioben willfürlich zu erhöhen, muß unentgeltlich fortfallen, da sie der Ablofung dieser Abgaben hinderlich und zu einer Abschäung in Gelde nicht geeignet ift. hierunter ift indessen, wie auch eine Bergleichung mit S. 28. des Entwurfs ergiebt, nicht dassenige Verhältniß zu verstehen, dei welchem ebensowohl im Interesse des Berechtigten als des Verpflichteten bestimmt ift, daß der Werth eines in Körnern festgesetzen, allein in Gelde abzusührenden Kanons periodisch nach den wechselnden Getreidespreisen neu abgeschätzt wird.

Bu 6. Das Bortaufs ., Naber . ober Retraft - Recht, moge es auf Gefegen oder Willensertlarung beruhen, ift eine febr laftige Befdranfung bes Grundeigenthums, indem es Raufluftige zurudichrect, ba biefelben niemals ficher fein tonnen, burch einen, bon ihnen oft mit Dube und Roften eingeleiteten Banbel über ein Gut zum Biele zu gelangen. Bur ben Berechtigten fann baffelbe unter Umftanben allerdings von Intereffe fein, im Allgemeinen aber lagt fich ein Werth Diefes Rechts in Gelbe nicht angeben und beshalb auch feine Ablöfungenorm bafur aufftellen; vielmehr bleibt nur bie unentgeltliche Aufhebung bas einzige Ausfunftsmittel. Die früher geltenden, geseslichen Bortauferechte find burch S. 3. bes Ebifts vom 9. Oftober 1807 fcon auf bie ber Lehne - Obereigenthumer, Erbginsberen, Erbverpachter, Miteigenthumer und auf Diejenigen Balle befdranft, wo eine mit andern Grundftuden vermischte ober von Diefen umschloffene Befigung veräußert wird. Auch hat in bem letteren Sinne neuerlich ber S. 15. bes Gefeges vom 3. November 1838 über Die Gifenbahnunternehmungen noch ein folches Borfauferecht bem Erpropriirten an ben zu ben Bweden ber Gifenbahngefellschaft ibm fruber entzogenen und fpater bagu nicht mehr nothigen Grundftuden gugeftanben.

Der vorliegende Entwurf hat von allen biefen gefettlichen Vorfaufes rechten nur noch bas ber Miteigenthumer an ben ibeellen Theilen einer gemeinfchaftlichen Sache, sowie bas ihm ahnliche Art. 841, bes Rheis

nischen Civil-Gefesons ben Miterben gewährte Retract-Recht beibehaleten und zwar aus der beachtenswerten Rudficht, daß sowohl das gesellschaftliche als das Familienverhältnis vor dem willfürlichen Sich-Einsbrängen dritter Bersonen geschützt bleiben muß. Die Aufhebung dages gen der Borfaufsrechte des Lehns- und Erdzinsherrn so wie des Erdwerpächters ist eine consequente Folge der Aushebung dieser genannten Rechtsverhältnisse überdaupt, und auch das Vorsaufbrecht an den versmischten oder umschlossend Bestungen kann füglich ausgehoben werden, weil seine praktische Bedeutung an sich nicht erheblich und überdieß durch die Julässtgleit der Gemeinheitstheilungen schon sehr veringert worden ist.

Bu 7. Die in einigen Gegenden auf bauerlichen Grundstücken haftende Berpflichtung der Bestiger, dem Gutoberrn gegen das dort übliche Tagelohn zu arbeiten, ist eine verwersliche Beschränkung der personlichen Freiheit und hat für den Gutoberrn selten noch einen irgend namhaften Berth, da für das am Orte übliche Tagelohn wohl überall auch freiwillig sich darbietende Arbeiter zu erlangen sein werden.

2. Die Ugrar-Commission ift ber Unsicht ber Regierung ad 1. 2. 3. 4. 5. und 7. überall beigetreten, bat aber ad 6. Die Ausnahme

erweitert und zwar aus folgenden Grunden:

Es hat Die Ugrar-Commission gegen ben Borschlag ber Regierung fich nicht auf die vorstehenden beiden Ausnahmen beschränft, vielmehr auch für Die Beibehaltung

a) ber burch Bertrage begrundeten Borfauferechte und

b) bes durch §. 16. soq. des Gefetes vom 3. November 1838 über die Eifenbahn-Unternehmungen (Gefet - Sammlung 1838, Seite 508.) eingeführten Vorfauferechtes an den zu den Zweden der Cifenbahn-Unternehmungen nicht weiter nöthigen Grundfluden, und zwar unter Ausdehnung beffelben auf alle Expropriationsfälle, auch zu anderen Zweden, als denen der Eifenbahn-Anlagen,

mit 23 gegen 2 Stimmen fich enticheiben zu muffen geglaubt.

Was die vertragsmäßigen Vorkaufsrechte betrifft, so ist zwar nicht zu verkennen, daß auch diese die freie Berfügung über ein Grundstück beschränken und deshalb Rüglichkeits-Gründe eine Aushebung derselben wünschenswerth machen können. Es ist aber auf der anderen Seite auch nicht außer Betracht zu lassen, daß die Stipulation solcher Vorlaussrechte, wenn jene bei der Beräußerung von Grundstücken erfolgte, auf die Söhe des Kausselbes ihren Einstuß geäußert und auch hier in der Regel durch lokale und wirthschaftliche Berhältnisse geboten ward. Bei Abwägung der für und gegen die Aushebung der vertragsmäßigen Vorlaussrechte prechenden Gründe hat die Agrar-Commission sich biernach um so mehr zegen die letzere aussprechen zu mussen geglaubt, als die Verfassungs-Urstunde vertragsmäßige Vorlaussrechte nicht ausseht, und nicht ablösdar macht, und im Wege der Gesetzeite nicht aussehe, auch die Freiheit der Versstügung über ein Grundstück nicht beschränkt werden kann.

Durch die Ausbehnung des gesehlichen Borfaufsrechts an den zu ben Zweden der Eisenbahn-Unternehmungen nicht weiter nöthigen Grundsftuden auf alle übrigen Erpropriations-Källe wird ein noch nicht bestandenes Borfaufsrecht neu eingeführt. Die Agrar-Commission hat sedoch dies durch die Erwägung für gerechtfertigt erachtet, daß auch bei Chausses

und andern Anlegen, für welche Expedicionsrechte gewährt werben, dieselben Rücksten ohwalten, welche das Borlaufsrecht an Eisenbahns Grundstücken begründen, und daher beine Beranlassung varliegt, jene anders zu hehandeln, als die zu Eisenbahnen verwandten Grundstücke. Den Grund zur Beibehaltung rest. Ausbehnung diese Rorfaufsrechtes sand wan übrigens darin, daß mit dem Wegfall des Zweckes der Exprevieustion, des angewandten Zwanges, zunächst der freie Wille des zeltigen Eigenthümers des durch den ursprünglichen Exwerd verkleinerten Grundstückes darüber zu entscheiden nabe, ob jener Zwang mit Nachtbeilen für die wirthschaftlichen Verhältnisse verbunden gewesen und die Nachtbeile durch den Rückerverb der Parzellen zu beseitigen seien.

hiernach bat Die Agrar-Commiffion fich für folgende Abanderun-

gen entschieden:

1) bie Rr. 6. bes S. 2. babin gu faffen:

"Die Borfaufarechte, Raber- und Metract- Rechte an Immobilien mit Ausnahme ber im S. Ja. angeführten,"

und

2) zwischen ben S. 3. und 4. einem neuen S. 3m. in folgender Buffung einzuschalten:

"Das durch Berträge begrundete Borfauferecht, das Borfauferecht der Mitzigenthumer an den Anthellen der gemeinschaftlichen Sache, sowie das Retract-Recht der Miterben nach dem Rheinisichen Givil-Gesehuch bleiben auch fernerhin in Kraft."

"Ein gesehliches Borfaufstrecht findet ferner wegen aller Grundftide ftatt, preiche in Volge des von dem Staate ansgeübten eder verliebenen Erdrapriationsrechts zu gemeinnühigen Bwecken haben beräußert werden mulfen, wenn in der Folge das expudpriirte Grundftid zu dem bestimmten Bweck gang ober theilweife nicht

weiter nathwendig ift und veräußert werben foll."

"Das Vorkauferecht fteht bem zeitigen Eigenehumer bes burch ben ursprünglichen Experb verfieinerten Grundftucks zu. Die Behörde ober Gesellschaft, welche bas Expropriationerecht ausgeübt hat, hat die Absicht ber Beräuferung und den angehotenen Kaufpreis dem berechtigten Eigenthumer anzuzeigen, welcher sein Borfauserecht verliert, wenn er sich nicht binnen zwei Monaten barüber extlärt. Wird die Anzeige unterlassen, so fann der Berechtigte seinen Anspruch gegen jeden Besiger geltend machen."

Ferner hat Die Commission ben Bufan sub 8. folgenbermaagen

motivirt:

Endlich ift in ber Agrar-Commission ber Antrag gestellt worben, am Schluffe bes S. 2. poch zur unentgeltlichen Aufhebung zu bezeichnen:

8) Die Befugnif, zu verlangen, daß ein Privatgrundbefiger fein Grundftud mit Waulbeerbaumen bepflanze und folche unterhalte.

Eine solche Berpflichenng jum Bflangen und Unterhalten von Raubbeerbaumen ift haufig im borigen Jahrhundert bei Berauberung der Grundftinde bes Staates an Privaten ben Bestgern auferlegt morben, um ben inländischen Seidenbau zu beben.

Bur Begrundung Diefes Antrages wurde angeführt, daß eine folche Befchränfung in ber Benuhung der Grundflude mit ben Beftimmungen bes Urt. 40. ber Berfaffunge-Urfunde nicht vereinbar, baber zu befeitis

gen' feit ile tonne aber auch bie unentgeltliche Aufhobung fener Gefchianfung nicht bebenflich fein, weil die Staatsregierung es langft aufgegeben hat, in jener Beschränkung ein Mittel gur Gebung ber Inbuftrie ju fin-ben, beshalb auf Die Erfullung jener Berbindlichkeit nicht bringe, und Die Fortbauer ber Beichrunfung für Diefelbe teinen nunbaren Berth habe.

Endlich ift bei ber Berathung bes Gefeges bon ben Rammern ber Bufat sub 9. angenommen. Die bafür geltend gemachten Grunbe find

folgende:

Das sogenannte figmingsche Rirchgangsrecht ift eine Singularität bes Rreifes Sangerehaufen, beffen golbene Ane von urfprunglich nieberlandifchen Roloniften, Flamandern, entwaffert und angebaut worben ift, und beftebt in ber Berpflichtung, bei ber Beraugerung eines, einem berheitatheten Blamander geborigen Grundftudes einen Rirchgang (um ben Mitar) ju halten und babei Gelb (in neuerer Beit 21/4 Rithir, in ber Regel) auf ben Altar ju legen. Dies war eingeführt zur Erinnerung an Das gemeinfame Band, was urfprlinglich bie Rotoniften umfchlungen, und galt als Sombol. Dann wurde ein Rirthgangebrief ausgefertigt, ber ale Beraußerunge-Urfunde galt.

Burbe ber Rirchgang unterlaffen, fo hatte es bie Folge, bag beim Tobe eines Chegatten ber britte Theil bes Gutes ber Guteberrichaft gus fiel. Un die Stelle bes Rirchganges ift fpater eine Muthung, wie beim Leben, an einigen Orten getreten; Diefelbe Folge aber an Die Unterfaf-

fung ber Muthung gefnüpft.

Diefes Recht tann indeffen nur ale eine exorbitante Gigenthumebefchränfung angesehen werben, Die rielleicht in der erften Beit der Unftedelung von den Umftanden geboten war, um die Gemeinschaft der Roloniften gu befestigen. Das qu. Recht verläugnete aber fpater offenbar feinen Urfprung, und ift ale Einnahmequelle ber Guteberrichaft feineswegs gerechtfertigt, weshalb es, in Uebereinftimmung mit ber Abficht bes Befetes, aufgegeben werben mußte.

Aumerkung 1. Ad S. 2. ju 1. entfleht bie Frage, ob (in ber Laufig namentlich) bie Lehne als ganzlich aufgehoben zu betrachten seien? — Diese Bruge barfte zu verneinen sein, ba die Rechte ber Mitbelehnten resp. ber Napuaten nicht berührt sind. — Ad §. 24. M. v. 30. Juni 1834 werden fünstig nur bie im Bhootheten : Buche vermertten Anwarter ober Mitbelehnten gugu= rieften fein.

Anmerfung 2. Ad S. 2. gu 5. 3ft hierquier auch ber Fall zu verfteben, wenn contractlich eine periodische Erhöhung bes Kanons, auf Grund revidicter

Anschläge, wom Berechtigten verlangt werben burfte?

Es durfte diese Frage zu keinhen soin, weil hiernuter: willfürlich mit der Ensschliß des Berechtigten, von seinem Rechte Gebrauch machen zu wollen, verstanden werben kamn. Fälle, in denen Jemand berechtigt sein sollte, ganz nach Belieben, ohne allen Anschlag oder fonstigen in den Berhältnissen begründeten Anhalt, den Jins oder Kanon zu erhöhen, ist für ein contractliches Berhältniss nicht wohl denkbar, auch wohl schwerlich in der Praxis bisher vorgefommen.

8. 3.

Es werben ferner folgende Berechtigungen, sowett sie noch bestehen, ohne Enkebädigung aufgehoben:

1) Das Recht, einen Antheil ober ein einzelnes Stück aus einer Berlassenschaft vermöge guts-, grund- ober gerichtsherrlichen Berhältnisses zu fordern;

2) das in einigen Landestheilen noch bestehende Recht bes zu Abgaben und Leiftungen Berechtigten, der Zerstückelung bes

pflichtigen Grundstudes zu widersprechen;

3) alle Abgaben und Leistungen ber Nichtangesessenen an bie bisberige Guts-, Grund- ober Gerichtsherrschaft, soweit sie aus biesem Berhältnisse herzuleiten find und nicht auf anderweitigen Berträgen beruhen;

4) bie unter verschiebenen Benennungen vorkommenden, Beisträge und Leistungen zur Uebertragung der Lasten der Prisvatgerichtsbarkeit und gutsherrlichen Bolizeiverwaltung;

5) alle Abgaben und Leistungen, welche außer ben Koften, beren Erhebung sich auf die gesetzlich bestehenden Gebühren-Taren gründet, für einzelne gerichtliche Alte oder bei Gelegenheit berfelben entrichtet werden;

6) alle in Beziehung auf die Jagd obliegenden Dienste und

Leistungen:

7) alle Dienste, Abgaben und Leistungen zur Bewachung gutsherrlicher Gebäude und Grundstude;

8) alle Dienste zu persönlichen Bedürsniffen ber Gutsherrschaft und ihrer Beamten, z. B. zum Reinigen ber Häuser und Höfe, zur Krankenpflege, zum Bewachen und Ausläuten ber Leichen, zu Reisen bes Gutsherrn und seiner Beamten;

- 9) alle Abgaben zur Ausstattung ober bei Taufen von Familiens gliebern bes Guts ober Grundherrn; insbesondere bas in einigen Gegenden vorkommende Recht, die Ganse ber bauers lichen Wirthe berupfen zu laffen;
- 10) bie aus den früheren gutsherrlichen, schubherrlichen und grundherrlichen Rechten abgeleiteten und hergebrachten Abgaben und Leistungen, welche, ohne zum öffentlichen Steuereinstommen zu gehören, die Natur der Steuern haben; insbesonbere die in einigen Theilen der Rheinprovinz und der Propinz Westphalen, oder sonst noch vorsommende Abgabe für die Benuhung des sließenden Wassers in Privatslüssen.

Unter biefen Abgaben für die Benugung des fließenden Baffers find bie Muhlenabgaben nicht begriffen;

- 11) alle Abgaben für die Gesaubniß, auf eigenem Grund und Boben gewiffe Bieharten ober Bienen zu halten;
- 12) die Berpflichtung jum Berlauf von Bachs und anderen landwirthschaftlichen Erzeugnissen an die Gutsherrschaft;
- 13) bie aus dem guts ober grundherrlichen Rechte hergeleitete Befugniß, die auf fremden Hofraumen, Garten, Aedern und Wiesen gerstreut stehenden Baume und Straucher sich anzueigenen und zu benuhen;
- 14) bie unter bem Namen Straßengerechtigfeit ober Auenrecht vorkommende Befugniß bes Gutsherrn, über die nicht zu ben Wegen nöthigen freien Plate innerhalb ber Dorflage zu versfügen, soweit jene aus ber gutsherrlichen Polizeigerichtsbarkeit hergeleitet wird.

Das Eigenthum bieser Grundstüde fällt, insosern dieselben nicht schon vor Berkündigung des Gesetes vom 9. Ottober 1848 (Geset. Sammlung 1848, Seite 276.) in die private Benutung des Gutsherrn oder eines dritten übergegangen, oder zwischen der Gutsherrschaft und der Dorfgemeinde rechtsverbindlich getheilt worden sind, der Ortsgemeinde als solcher zu, welche aber fortan auch die bieber damit verbunden gewesenen Lasten, z. B. die Instandhaltung der Dorfstraße, der Brüden, Stege u. s. w. zu tragen hat.

Borftehende Bestimmungen treten erft mit Einführung ber neuen Gemeindes Ordnung in den einzelnen Gemeinden in Rraft.

15) alle unmittelbaren Gegenleistungen, welche bei ben sammtlischen in bem §. 2. und vorstehend unter 1 bis 14. aufgehosbenen Leistungen bem Berechtigten oblagen, sowie die von dem Gutöherrn zu leistenden Leichenfuhren, Hochzeits und Kindtaufsuhren, Doktors und Hebeammensuhren.

Insofern jedoch die in diesem Paragraphen gedachten Dienste, Abgaben und Leistungen für die Berleihung oder Berausperung eines Grundstückes ausdrücklich übernommen worden find, bleibt deren unentgeltliche Aufhebung ausgeschlossen.

Inwieweit Besithveranderungs - Abgaben ohne Entschädisgung aufgehoben werden sollen, ift in den \$5. 36. folg. bes gegenwärtigen Gesets bestimmt.

1 Mattoc

3m S. 3. find blejenigen Berechtigungen aufgeführt, berem unentgeltliche Aufbebung theils in Folge bes Wegfalls bes Obereigenthums des Gute - ober Grundberen, theils nach ber Bestimmung bes Bert. 40. der Berfaffunge-Urfunde erfolgen muß.

Die von ben Auseinanderfegungs = und fonftigen Brovingial = Beborben erforderten Berichte haben übrigens zu ber Uebeigeugung geführt, buff in ben verfcbiebenen Lanbestheilen Abgaben, welche ihrer Matur nach ganglich verschieden find, oft mit einem und bemfelben Ramen bezeichnet worben und baf baber bie in bem fruberen Gefet . Entwurf vom 10, Juli v. 3. befolgte Methobe, einzelne ber aufzuhebenben Abgaben und Leiftungen beispielsweife namhaft zu machen, hochft bebentlich und beshalb nicht ferner rathsam ift. Bwar hat allerbings bie blofie Aufftellung von Rategorieen zur Bezeichnung biefer aufzuhebenben Rechte auch viel Bebentliches; fie tann zu einer allzugroßen Ausbehnung bes Gefehes und zu proceffualifchen Streitigfeiten fubren; Die lettern aber find jebenfalls auch burch bloge Anführung von Beispielen nicht zu verhindern, benn ber Nachweis in concreto, bag eine mit einer folden als Beifpiel aufgeführten, gleichnamigen Abgabe, ihrer Ratur nach nicht zu ben unentgeltlich aufzuhebenden gebore, barf ben Berechtigten nicht verschraft werben. Es steht zu besorgen, daß gerade burch solche beispielsweise Namhaftmachung einzelner Abgaben im Gefete Proceffe über Die fonft unzweifelbafte Ratur anderer gleichnamiger Abgaben berborgerufen werben wurden.

Unlangend bie in bem S. 3. unter Rr. 1-15. aufgeführten einzelnen Berechtigungen, fo wird es bei einer jeben berfelben einer fpeziellen Angabe ber Motive, aus benen ihre unenigeliliche Aufhebung beaniragt worden ift, wohl nicht bedürfen; bei ben meiften treten biefe Motive fcon von felbft bervor, indem bie nabere Bezeichnung biefer Berechtigungen ergiebt, bag biefelben aus ben aufgehobenen Rechten ber Guts. Grund=, Berichtes und aus ber Schutherrlichfeit x. entfprungen find und beshalb ebenfalls guthoren muffen. Rur wo noch besondere Grunde obwalten, ober eine nabere Erlauterung erforberlich ift, merben bie Do-

tive in bem Nachstehenden speciell angegeben werden.

Bu Mr. 1. Das aus der Erbunterthänigfeit entspringende Recht Des Gutsherrn, einen Untheil ober ein Stud aus ber Berlaffenfchaft bes Berpflichteten zu forbern, gewöhnlich unter bem Ramen Mortuarium, Sterbefall, Befthaupt, Rurmebe bortommend, ift in ben bormals weftphalifchen und frangofficen Lanbestheilen bereits burch bie Gefete bont 21. April 1825 (S. 10.) aufgehoben. Um so unbedenklicher enscheint es daher, dasselbe auch da aufzuheben, wo es sonft noch besteht.

Bu Rr. 2. Unter ben unentgeltlich aufzuhebenben Berechtigungen wat in bem Gefet. Entwurf bom 10. Juli v. J. auch bas Recht bes Gute ober Grundherrn, Obereigenthumers und Erbvernachters zu ber Beraugerung, Bererbung, Berftudelung ober Berfchulbung ber berpflichteten Grundftude Die Einwilligung ju verfagen, mit aufgenommen. Dies ift jest nicht mehr erforberlich, ba biefes nur ferundare Recht mit jenem Dbereigenthum und mit bem Eigenthum bes Erbberpachters bon felbft fortfällt. Dagegen fonnte bisher noch in benjenigen ehemals frembherrlichen Landesthellen, in welchen Die brei Gefete bom 21. April 1825 gelten, nach S. 40. berfelben, auch ber bios zu Abgaben und Leiftungen Berechtigte, ohne Unterschieb, ob bas pflichtige Grundftud jum vollen ober

junt nutherren Gigenifum befeffen trieb, ber Zofftudelung weberfreichen, und biefe bem Grifto ber Berfaffung wiberfprechenbe Berechtigung mußte

baber, wie hier gescheben, besondere aufgehoben werben.

Bu Nr. 6. 7. 8. 9. Die unentgeltliche Aufhebung affer hier näher bezeichneten, nicht zum landwirthschaftstichen, sondern nur zum versönlichen Nupen der Gutsherrschaft und ihrer Beamten gereichenden Dienste und Abgaben wird genügend durch die Erwägung gerechtfertigt, daß alle dersartige Dienste und Abgaben lediglich ein, mit der persönlichen Freiheit nicht vereindarer Aussluß der früheren Erhunterthänigseit find.

Bu Rr. 13. Des in einigen Landestheilen, 3. B. in Schlesten, in der Niederlausitz und Neumarf, noch vorknmende Recht des Gutoberen, fich die auf den bäuerlichen hofraumen, Acckern, Garten und Wiesey stehenden Bäume zuzueignen, ist offenhar aus dem früheren Obereigensthum am Grund und Boden entsprungen und muß um so niehr mit diesem fortfallen, als es zu nachtheiligen Weiterungen führt. Auf Forstagrundstücke oder gemeinschaftliche hütung diese Ausbehung auszubehnen, würde unangemessen sein, da hier ein solches Recht als Ausstuß einer Servitut oder eines Miteigenthumsrechts an diesen Grundstücken erscheint,

2. Die Ugrar. Commiffion ift theils ber Regierung beigetreten, theils bat fie bie Faffung verandert und Die Beftimmungen erweitert.

Ihre Grunde geben babin:

Die unenigeltliche Aufhebung ber im S. 3. bezeichneten Berechtigungen bat die Agrar-Commissionschappech für gerechtfertigt erachtet, daß das gutsund grundherrliche Obereigs; ihrm (S. 2. Nr. 2.) die Gerichtsherrlichkeit,
die gutsherrliche Bolizei, die Schutzberrlichkeit, sowie die Erbunterthänigteit (Arr, 40. der Berfassungs-Urkunde) unentgeltlich aufgehoben worden
find und mit diesen Institutionen auch die Ausflüsse derfelben in Wegfall
kommen unuffen.

Es find jedoch im Schoofe ber Commission noch Bebenken theils gegen die Fassung des Entwurfs, theils gegen die Vollständigkeit deffelben erhoben und diese einer näheren Prüsung unterwarfen, auch theils

weife ale begründet erachtet worden.

Bu Rr. 3. wurde von einem Mitgliede die Besorguiß ausgesprochen, daß der baselbft gebrauchte Ausdruck "Gutsberrschaft" Zweisel erregen und vielleicht das Gesinde und die Tagelohner zu Ansprüchen auf Bestreiung von contractlichen Leistungen verleiten könne, und deshalb beautragt, an die Stelle der Worte: "an die bisherige Gutsa, Grunds oder Schutherrschaft" zu setzen:

"welche lediglich aus ber früheren Berichtsbarteit, Schutherrlichkeit

aber Grundberrlichfeit entspringen,"

Es erhielt dieser Antrag jedoch nicht die Zustimmung der Commission, weil die letztere jene Besorgnis nicht theilte, vielmehr der Auflicht war, daß die Fastung der Regierungsporlage dem Sprachgebrauche entspreche, und auch der Ausdruck, an die bisherige Gutaberrschaft" es nicht zweiselhast erscheinen lasse, daß nur solche Abgaben und Leiftungen der Nichtungelessenn gemeint seien, welche in der nunmehr aufgehobenen Gutsberrlicheit ihre Begründung haben.

Bei Ar. 6. wurde von mehreren Mitgliedern ber Commiffon geltend gemacht, daß die von der Regierung, pprzeichlegene Fasung eine nicht beabstchtigte Ausbehnung zulasse und beshalb einer solchen Abanderung bedürfe, welche die wentgeltliche Ausbebung auf mittelbare und perfonliche Leiftungen jur Jago beschränke. Diefe Bebenken mußten als Begrundet anerkannt werden, und die Commission hat fich beshalb babere entschieden, die im provisorischen Gesetze für Schlesten vom 20. Dezember b. 3. enthaltene Kaffung:

"bie Zagdbienfte, Die Berpflichtung, Jagdbunde ju füttern, Sager aufzunehmen und fonftige unmittelbare, jum Zwede ber Jago ob-

liegende Leiftungen,"

bier beizubehalten und ber zweiten Rammer zur Genehmigung zu empfehlen. Die Bestimmung ber Rr. 7. gab mehreren Mitgliedern zu ber Bemerfung Anlaß, wie es an einigen Orten in der Proving Schlesten bersgebracht sei, daß zur Bewachung gutsherrlicher Gebäude nicht allein Dienste, sondern auch Gelb und Getreide gewährt werde und wegen des gleichartigen Ursprungs dieser Leistungen auch das Gesey auf solche Leistungen ausgedehnt werden musse. Die Commission hat das als gerechtefertigt anerkannt und beshalb binter den Worten: alle Dienste, den Zusap: "und Leistungen" für erforderlich erachtet.

Bu Mr. 8. wurde am Schluft der Zusat "n. s. w." und zu Mr. 9. hinter den Worten: "zur Ausstattung" der Zusat; "oder bei Taufen!" und zwar ersterer zur Vermeidung von Misverständniffen, und letzterer mit Rücksicht darauf, daß folche Abaaben in der Provinz Schleffen vorstommen und unverkennbar ein Ausstuß der längst aufgehobenen Erbun-

tertbanigfeit feien, bon ber Commiffion fur nothig befunden.

Ebenso wurde auch die Bestimmung weeter. 10: "Wach welcher untigeltlich aufgehoben werden soll: "Water

phalen vorfommende Recht, fur ble Benugung bes fliegenben BBaffere in Brivatfluffen eine Steuer zu erbeben,

nicht für eine genügende erachtet. Neben dem allgemeinen Besteuerungsspstem des Staates kann ein eigentliches Besteuerungsrecht des Gutsberrn nicht besteben, und es find daber auch in der Verfassungs-Ur kunde vom 5. Dezember v. 3. die aus einer früheren Steuerverfassung berstammenden Leistungen unentgeltlich aufgeboben worden. Die Fassung der Regierungsvorlage kann zu dem Zweifel Anlaß geben, als ob jene Bestimmung der Verfassungs-Urkunde in ihrer ganzen Ausdehnung zur Ausführung gebracht und nicht vielmehr auf den näher bezeichneten Wasserlaufzins beschränkt werden soll.

Um solden Zweifeln zu begegnen, hat die Agrar-Commission es für erforderlich erachtet, dieser Bestimmung eine solde Fassung zu geben, welche sich näber an die Verfassungs-Urfunde anschließt und insbesondere auch die gleichförmige Disposition der drei Gesetz vom 21. April 1825 in sich ausnimmt, und sich beshalb für eine Abanderung der Nr. 10.

babin entichieben, daß an Stelle ber lettern gefest werbe:

"Die aus den früheren guteberrlichen, fougherrlichen und grundberrlichen Rechten abgeleiteten und hergebrachten Abgaben und Leiflungen, welche, ohne zum öffentlichen Steuereinkommen zu gehören, die Natur der Steuern haben, insbesondere die in einigen Theilen der Rheinbrobinz und der Brovinz Westphalen vorkommende gutsherrliche Abgabe für die Benugung des flessenden Wasser."

Die unentgeltliche Aufhebung ber sub. 11. 12. und 13. bezeichneten gutoberrlichen Rechte bat in ber Agrar-Commission auch nicht bie entsferntesten Bebenten erregt. Dagegen waren in Betreff ber sub 14. ber

Regierungsborlage in Borfchlag gebrachten unentgeltlichen Aufbebung bes fogenannten Auenrechtes ber Gutsberrichaft bie Mitglieber getheilter Meinung. Darin ftimmten fammiliche Mitglieber überein, bag, wenn Die Befugnig ber Guteberren, über bie nicht qu' ben Wegen notbigen freien Blage innerhalb ber Dorfftrage zu verfügen, aus ber aufgehobenen gutsberrlichen Bolizeigerichtsbarfeit bergeleitet werbe, Die unentgeltliche Aufbebung berfelben eine nothwendige Folge ber aufgehobenen guteberre lichen Bolizeiverwaltung und baber burchaus gerechtfertigt fei, bag anberenfalls aber und inebesondere, wenn jene Befugnif fich auf eine private Erwerbung begrunde, einen verwerflichen Gingriff in De Brivatrechte enthalte und abgulebnen fei. Ginige Mitglieder ber Commifffon verlang-ten jedoch die Streichung bes Sages Nr. 14., weil einestheils bier nicht ber Ort fei, Seftsegungen ber gebachten Urt zu treffen und anberentheils ber Uebergang bes Auenrechtes, foweit baffelbe aus ber Bolizeigerichtebarteit originire, mit ber Bolizeiverwaltung auf Die politifche Gemeinde bes Ortes nach ber Emanirung ber neuen Gemeinde Ordnung fich bon felbit verfteben merbe. Undere Mitalieber maren bagegen für Die Beibehaltung bes Sates, meil in bem f. 3. noch mehrere Ausfluffe ber polizeilichen Gerichtsbarkeit unentgeltlich aufgeboben wurden und die Bermerfung ber Regierungevorlagen in biefem Buntte um fo mehr zu entichlebenen Bweifeln Unlaß geben fonne, als auch bas probis forifde Regulirunge - und Ablofunge - Gefet für Die Brobing Schleffen bom 20. Dezember v. 3. bereits eine gleiche Beftimmung publicirt habe und bie unentgeltliche Aufhebung bes autsberrlichen Auenrechtes in ber oben gebachten Bedeutung bolltommen begrundet fei. Diefer Theil ber Mitalieber balt es jeboch für erforberlich, bem erften Alinea ber Rr. 14. ben Rufak zu geben:

"foweit jene aus ber gutsberrlichen Bolizeigewalt bergeleitet wird." Diese zulest entwickelte Ansicht erhielt auch die Zustimmung der Commission, indem der Antrag auf Streichung der Nr. 14. im §. 3. der Regierungsvorlage mit 14 gegen 9 Stimmen verworfen und der oben bezeichnete Zusatz mit 14 gegen 9 Stimmen angenommen wurde.

Hernächst wurde zum zweiten Alinea ber Antrag gestellt, in der vorletten Zeile das Wort: "etwa" zu streichen und dieses durch die Besdauptung zu begründen gesucht, wie es ganz unzweiselhaft ist, daß die bier bezeichneten Lasten eine unmittelbare Gegenleistung bei dem Auensrechte seien. Gegen diesen Antrag wurde zwar geltend gemacht, daß die Verbsticktungen zur Instandbaltung von Brüden z. auch auf bekonderen Rechtstiteln beruben können und daher eine hieraus abzielende Besweisssührung nicht wohl ausgeschlossen werden könne. Es wurde sedoch wuch jener Antrag auf Streichung des gedachten Wortes "etwa" mit 13 gegen 10 Stimmen und hiernächst der so amendirte Sah Nr. 14. mit 20 gegen 3 Stimmen angenommen.

Der in einer Betition enthaltene Antrag:

"bas Auenrecht nicht allein innerhalb ber Dorflage, sonbern auch innerhalb ber ganzen Feldmark unentgeltlich aufzuheben," ift cleichzeitig einer nähern Erwägung unterworfen worden. Die Commissen hat benjelben jedoch zur Befürwortung nicht geeignet gefunden, weil der Umfang besielben außerhalb der Dorflage provinzialrechtlich nicht unstreitig und insbesondere die behauptete Bedeutung, das dasselbe aus der gutsherrlichen Bolizeigerichtsbarkeit originire, nicht erweitelich sei.

Die Rr. 18. wurde von fammtlichen Mitgliebern als vötig gerechts fertigt anerkannt, ba mit ber Aufhebung ber Rechte ber Guteberren, welche wegen ber veränderten Berfaffung und Berhältniffe nicht beibehals ben werden können, auch confequenterweise die hierauf bezüglichen Gegensteitungen unentgeltlich fortfallen muffen.

Kerner ift bon einigen Mitgliedern ber Commiffton noch ber Antrag

geftellt morben:

a) ben Fleisch und Blutzehnt;

b) die unbestimmten Dienste in den zu den Provinzen Bestphalen und Sachsen gehörigen, durch ben Vertrag von 29. Dai 1815 au iBreußen abgetretenen, vormals hannöverschen Landesthalten und im Gerzogthum Westphalen, nach Maaßgabe der für die übrigen Thelle der Broving, welcher diese Landestheile zugekhlagen find, geltenden Bestimmungen und

o) Die unter bem Namen: Balbpurgieschoß, Schof, Bebegelb, Scho

ferfteuer und Spinnbienfte, borfommenben Abgaben

ausdrudlich aufzuheben. Es bat biefer Antrag jedoch nur eine fehr geringe Unterftugung gefunden und ift beshalb abgelehnt worben.

In Betreff bes Fleisch = und Blutzehnten machte fich die Anfichet geltond, bag biefer auf keinem andern Rechtsverhältniffe berube, als ber Fruchtzehnt, und selbst die Antragsteller vermochten nicht ben Nachweis zu führen, daß berfelbe aus ber früheren Leibelgenschaft originite.

Für ben Untrag auf unentgeltliche Aufhebung ber ungemeffenen Dienfte in ben burch ben Bertrag vom 19. Mat 1815 an Breufen abgetretenen vormals hannsverschen Landestheilen (Amt Reckeberg) wurde angeführt, bag biefelbe ichon burch bas Gefen bom 21. April 1825 ite berselben Weife hatte geschehen sollen, wie auch in ben übrigen, ehemals weftphälisch gewesenen Landedtheilen die burch die Frembhetrichaft becretiete Aufbebung ber ungemeffenen Dienfte beibehalten worben und ber qufällige Umftand, daß bei ber Wieberbefinahme bie gange weftphälisebe Befengebung in Sannover aufgehoben und lediglich bie früheren Befege wiederbergestellt waren, nicht geeignet gewesen fei, eine Gleichstellung bes gebachten Umte Reckeberg mit ben übrigen, vormale weftphillichen Lan-bestheilen auszuschließen, wie es im §. 118. bes Gefetes vom 21. Abeil 1825 (Mr. 983.) gescheben sei. Bon ber Majoritat ber Commission wurde jedoch gegen biefe Argumentation geltend gemacht, bag bie feje gige Gefengebung zu einer folchen unentgeltlichen Aufhebung ber ungemeffenen Dienfte an fich keinen innern Brund abgeben konne; wenn man aber einen folden annehmen wolle, biefer bann confequent gu einer gleichen Mangregel in ben öftlichen Provingen führen muffe. Abgefeben bavon, bag eine folche Husbehnung fich in keiner Beife rechtfertigen laffen wlitbe, trete aber bem Antrage ber Umftanb entgegen, bag eine Menge früherer ungemeffener Dienfte bereits in folche verwandelt feien, welche nach ihrer jezigen Leiftungsart als gemeffene Dienfte zu betrachten maren, und babet burch bie unenigeliliche Aufhebung ber ungemeffenen Dienfte in ben bezeichneten Landesthellen, wie es in ber Altmart gefchehen fei, vinte Proceffe bervorrufen wurden. Denn bem Dienftpflichtigen murde ber Machweis nicht abgefchnitten werben tonnen, bag bie gemeffenen Dienfte an Die Stelle urftirunglich ungemeffenet getreten feien und ebenfo warben Die früheren Streitigfeiten über ben Bepriff ber ungemeffenen Dienfte wieber auftaniten.

Bur Bestündung bes Mittages auf unentgektliche Aufhebung bet unter ben Benennungen: Waldpurgisschof, Schoff, Bedogild, Schäferstener, Spinnbienfte, vorkommenden Abgaben, wurde von dem Antragskeller auf den unternt 10. Juli v. 3. der damaligen Bolfsvertretung vorgelegten Gesey-Entwurf und die Rottbe defielden Bezug genommen. Die überwiegende Majorität der Commission glaubte dessennungeachtet jonnem Antrage ihre Bustimmung versagen zu mussen, weil einzig und alleim nur die in den S. 2. und 3. bezeichneten Kattgorieen von Leistungen zur wentgeitlichen Ausbebung geeignet sind, und man nicht ohne Weittrest annehmen könne, daß die oben bezeichneten Asgaben überalt unter jewe fallen.

Die Commission hat sich überzeugen muffen, daß in den verschieden nen Landestheilen Abgaben, welche ihrer Ratur nach ganzlich verschieden find, oft mit einem und demseiben Ramen bezeichnet werden, und est beshalb für angemessen erachtet, eine beispielsweise Ramhaftmachung der einzelnen unentgeltlich aufzuhebenden Abgaben und Leistungen, soweit es

irgend nur thunlich, zu bermeiben.

Endlich ift über Die Beibehaltung ober Streichung bes Schlußfates

bes S. 3:

"insofern jedoch eine ber vorstehend unter 1 bis 15. gebachten Abgaben und Leiftungen bei der Berleihung ober Beräußerung eines Grundstückes als Gegenleiftung für die Berleihung ober Beräußerung ausbrücklich übernommen worden ift, bleibt deren unentgelt- liche Aufhrbung ausgeschloffen"

in ber Agrar. Commiffion eine nicht unbebeutenbe Deinungsverschieben-

beit gewefen.

Für die Beibehaltung jenes Sates wurde angeführt, daß die bei dem Erwerbe eines Grundflückes ausdrücklich übernammenen Abgaben und Leiftungen einen Theil der Kaufsumme bildeten und daher jene mit dem somt aus dem Bertrage ersichtlichen Kaufweise zusammen den wahrenz von den Contrahenten beabsichtigten Kaufweise zusammen den wahrenz von den Contrahenten deabsichtigten Kaufweise susmachten; daß serner eine stehe unentgelliche Ausbebung eines Theils jenes Kaufpreises mit der im Art. 8. der Verfaffungs-Urfunde vom 5. December a. pr. sestendliche underletztichkeitet des Eigenthums in direktem Wiederund siehe und daher unter keinen Umftanden gestattet werden könne, nut daß auch nur mit Rückliche auf die demnächstigs Beibehaltung des in Rode siehenden Schlinflages von den für die teyten Kinnnenden Mitglieden der Commission die unentgeltliche Aushebung der auch 1 bis 15. bezeichneten Bestechtigungen ausgenommen set.

Bon der andern Seite wurde gegen die fragliche Bestimmung in der Regierungsvorlage geltend gemacht, daß der Art. 40. der Berfassungs untunde die bezeichneten Abgaben und Leistungen bereits ohne Entschädigung ausgehoben habe, ohne einen Umterschied zu machen zwischen Abgaben, welche in Form einer Gegenleistung übernommen worden, und solchen, die eine solche Gestalt nicht haben. Abgaben aus der Gerichts Gerfassung der gutsberrlichen Bolizeiverwaltung und Schutzberrlichteit wien vielsach in Erwerbungsbocumenten übernommen worden und könnsten deshatd als Gegenleisung bezeichnet werden. Wenn aber dassenige Berhältnis geändert werde, welches den Gutsberrn veranlaste, eine solche Abgabe worzubehalter: wenn berfolde, wie z. B. ad 3. und 4. des §. 3. den Schut, zu wolchem ar verwischtet, wicht nucht leifte, such in: Beine

ber veränderten Staats - Verfassung zu leisten nicht mehr im Stande sei, so mußten auch die entsprechenden Abgaben, selbst wenn sie in Form von Gegenleistungen stipulirt worden, ohne Weiteres wegfallen. Uebrigens könne nicht anerkannt werden, daß Abgaben und Letstungen der in Rede stehenden Art als Gegenleistung für die Veräußerung eines Grundstüdes auserlegt worden seien; sei es dennoch in dieser Form geschehen, so musse angenommen werden, daß die Abgaben von dem Grundberrn nur deshalb vorbehalten seien, weil er sich bei der Verleihung eines Grundstüdes bewußt gewesen, daß er in Folge der letzteren auch die Schutherreimstell, Gerichtsbarkeit z. mit den daraus entspringenden Rechten und Verbindlichseiten überkomme.

Rach ausführlicher Erörterung ber vorstehend entwidelten Grunde entschied fich jedoch die Agrar-Commission mit 13 gegen 11 Stimmen für die Streichung des oben bezeichneten Schluffages des §. 3. und be-

ftbloß, folche bei ber zweiten Rammer in Untrag zu bringen.

Anmerkung 1. Bemerkt wird hierzu, daß zu Mr. 3. die Besorgnif eines Mitgliebes sich ber Kammer mitgetheilt und diese veranlaßt hat, den Zusatzu beschließen: daß der Autrag der Commission ad 6. verworfen, der Zusatz ad 8. 1c. verworfen, der Zusatz ad 9. angenommen und die Streichung des Schlussatzes des §. 3. nicht angenommen worden ist.

Anmerkung 2. Ad §. 3. zu 8. Sind die Reisesuhren, welche Pfarz-bauern den Pfarrern zu leisten haben, hierunter mitzuverstehen? Ich glaube, ja, und zwar weil in einem solchen Falle die Pfarre die qu. Fuhren als Guts-herrschaft bezieht. Danegen ist es zweiselhafter, ob diesenigen Neisesuhren, welche mit andern Diensten und Abgaben mitunter den Pfarrern auf einzelne Bauerhöse, die deshalb aus ihrem Berhältniß zur Gutsherrschaft nicht heraustreten, vielmehr an diese neben jenen Diensten und Abgaben, Leistungen aller Art zu prästiren haben, überwiesen sind, als ohne Entschädigung aufgehoben zu erachten sein werden?

Für die verneinende Ansicht burfte geltend zu machen sein, daß nur die Dienke zu verfönlichen Bedurfniffen der Gutsherrschaft aufgehoben find, und beshalb banerliche Dienfte, welche der Pfarrer, nach der Zuweisung zu Reifen verwendet, nicht als solche zu persönlichen Bedurfniffen der Gutsherrschaft ansgesehen werben können; während für die Bejahung der Frage prechen mochte, daß der Gutsherr, welcher Dienste an Pfarren überwies, diesen nur die Dienste

so überweisen konnte, wie fie ihm felbst zustanden.

Anmerkung 3. Ad S. 3. zu 13. Siernach wird die Benutung auf Sutung erevieren zerstreut stehender Baume und Sträucher nicht unentgeltlich aufgehoben und eben so wenig durch diese Bestimmung das Holzungerecht, cf. SS. 128 bis 130. G. T. D. vom 7. Juni 1821, berührt worden.

Es ist vielmehr mit Rufficht auf ben Schlußsat bes §. 1. anzunehmen, baß es in beiben Beziehungen bei ben Borschriften ber G. T. D. verbleiben

foll.

Anmerkung 4. Ad §. 3. zu 14. Wofür streitet bei entstehenden Prozessen die Bermuthung? In dem Betracht, daß, wie auch bei den Kammervers handlunden näher ausgeführt worden, die Nutung der Dorfstraße, das Aurecht, eben wegen der vom Guteherrn zu tragenden Lasten der Polizeigerichtebarkeit und gewissermaaßen als Aequivalent geübt worden ist, durfte die Bermuthung für den Ursprung aus der Bolizeigerichtebarkeit streiten und dem Guteherrn also der Beweis obliegen, daß er das Aurecht auf Grund besonderer Titel erzworden habe.

Anmerkung 5. Ad &. 3, ju 11. Es fragt fich, ob damit auch ber Bies nenzehnt aufgehoben fei und wie berfelbe event, abzulofen fein werbe ?

Bird ber Bienenzehnt lediglich für bie Erlaubnif, Bienen zu halten, ges geben, dann fällt er weg nach § 3., Nr. 11.; sonft wird berselbe in Gemäße, heit der Bestimmungen sub Tit V. wie jeder Ratural - Fruchtzehnt abzulosen sein,

Anmerkung 6. Ad S. 3. Der Fleische und Blutzehnt ift nicht als aufgehoben zu erachten und wirb (of. Grunde ber Agran Commission zu ben SS. 32 — 35.) in Gemäßheit ber Bestimmungen bes Tit. VIII. S. 58. zur Abidsfung zu bringen sein.

S. 4.

Das burch Berträge ober lettwillige Verfügungen begründete Borfauserecht an Immobilien, das Vorfauserecht berjenigen, die eine Sache gemeinschaftlich zu vollem Eigenthum bestigen, an deren Antheilen, sowie das Retract-Recht der Miterben nach dem Rheinischen Civil-Gesethuch, bleiben in Kraft.

Ein gesesliches Borkauserecht findet ferner wegen aller Theile von Grundstüden statt, die in Folge des von dem Staate ausgeübten oder verliehenen Expropriationsrechtes zu gemeinnützigen Zweden haben veräußert werden muffen, wenn in der Folge das expropriirte Grundstüd ganz oder theilweise zu dem bestimmten Zwed nicht weiter nothwendig ist und verdußert werden soll.

Das Vorkauserecht steht dem zeitigen Eigenthümer des durch den ursprünglichen Erwerb verkleinerten Grundstücks zu. Wer das Expropriationsrecht ausgeübt hat, muß die Absicht der Veräußerung und den angebotenen Kauspreis dem berechtigten Eigenthümer anzeigen, welcher sein Vorkaussrecht verliert, wenn er sich nicht binnen zwei Monaten darüber erklärt. Wird die Anzeige unterlassen, so kann der Verechtigte seinen Anspruch gegen jeden Vesüger gelztend machen.

Anmerfung. Cf. bie Grunbe ber Agrar : Commiffion ad §. 2. gu 6.

S. 5.

Die in dem §. 2., Ar. 1. und 2. bestimmte Aushebung des Obereigenthums des Lehnsherrn, Guis oder Grundherrn und Erdsinsherrn, so wie des Eigenthums des Erdverpächters, hat nicht zugleich die Aushebung der aus diesen Verhältnissen entspringens den Berechtigungen auf Abgaben oder Leistungen oder ausdrücklich vorbehaltene Augungen zur Folge; vielmehr bleiben diese Verechtigungen, sosern sie nicht etwa in dem gegenwärtigen Geset besons ders für aufgehoden erklärt worden sind, fortbestehend, und zwar mit denselben Vorzugsrechten in dem Vermögen der Verpflichteten, welche sieher darin hatten.

Mit ber Bestimmung biefes Paragraphen haben bie Radmern fich einerstanden erflärt, und auch bem Antrage eines ihrer Mitglieber, an Stelle ber Worte:

"fofern fle nicht etwa in bem gegenwärtigen Gefet befonbers" zu feben:

"fofern fie nicht etwa in bem gegenwärtigen Gefes ober ander = weitig,"

nicht ibre Buftimmung ertheilt, weil die bereits anderweitig aufgebosenen Berechtigungen nirgends wieber in Rraft gefest worben feien.

Anmerkung. Nach ben Bestimmungen bieses 8. in Zusummenhaltung mit den Bestimmungen der § 8. 214. 215. 221 — 224. Tit. 24., Theil 4. A. R. M. anid § 8. 382 a. und b., und 528. Tit. 50., Theil I. N. G. D. wegen der Borzugsrechte der Erdverpächter beim Bermögensverfalle des Erdvächters erzied sich, daß dem Erhvervächter im Wesentlichen von seinen Rechten nichts entwegen ist, indem das Obereigenthum, als solches, in der Regel niemals eine besondere Einnahme oder einen reellen Ausen gewährte, da das Finden eines Schapes zu den höchsten Selsenheiten gehört. Dagegen büst der Erdzinsherr alle seine Borrechte ein, da ihm von den im 18. Titel des I. Theils des A. L. R. bezeichsnetten feins verbletbt und er nach § 8. 398. solg. und 527. Tit. 50., Theil 1. N. G. der in getheiltes Eigenihum hatte und dem jeht auch der Antheil des Erdzinsherru zuzesalen ist, (es. §. I. ad 1. und 4.) zweisährige Erdzinsrücklände zu fordern.

Zweiter Abschnitt.

Ablösung der Reallasten.

Tit. 1.

Ablösbarteit.

8. 6.

Alle beständigen Abgaben und Leistungen, welche auf eigensthumlich oder bisher erbpachts oder erbzinsweise besessenndsstüden oder Gerechtigkeiten haften (Reallasten) sind nach den Borsschriften dieses Abschnittes ablösbox.

Ausgeschlossen von der Ablösbarkeit nach den Bestimmungen dieses Wesetze find die öffentlichen Lasten mit Einschluß der Gesmeindelasten, Gemeindeabgaden und Gemeindedienste, sowie der auf eine Deichs oder ähnliche Societät sich beziehrenden Lasten, sowie ner Abgaben und Leistungen zur Gebauung oder Unterhaltung der Lirchens, Pfarrs und SchulsGebäude, wenn Lestere nicht die Gesgenleistung einer ablösbaren Reallast find, in welchem Kalle solche zugleich mit dieser abgelöst werden.

Abgaben und Leiftungen, welche ben Gemeinden und ben ges bachten Societäten aus allgemeinen Rechtsverhaltniffen 3. B. dem

guteberrlichen Berhaltnif, ober bem Zeintrecht pufteben, find von ber Ablofung nicht ausgeschloffen.

S. 7.

Auf Grundgerechtigkeiten (Servitute) und andere nach den Grundschen der Gemeinheitstheilungs Dronung abzulösende Bershältniffe findet das gegenwärtige Gesetz keine Anwendung, soweit der dritte Abschnitt keine Ausnahme enthält.

1. Motive.

Die vorliegenden Baragraphen beschäftigen sich mit der nichtigen Brage, welche Beallasten ablösbar sein sollen? Sie gehen, wie dies im Wesentlichen auch die Ablösungs-Ordnungen für die westlichen Provinzen und namentlich die vom 13. Juli 1829, §. 1. bereits gethan haben, von dem der jezigen Staats-Verfassung Art. 40. entsprechenden Grundsquus, das in der Regel alle Reallasten, ohne Rücksch auf die Qualität des verpflichteten Guts, auf dem sie hatten, ablösbar sind. Durch diesen im §. 5. des Entwurfes ausgesprochenen Sap wird die beschrämfende Vorschrift der §§. 1. und L. der Ablösungs-Ordnung vom 7. Juni 1821 ausgehoben, daß Dienste nur dann ablösbar sind, wenn die verspsichtete Stelle eine Ackernahrung und nicht eine sogenannte Diensbssatilienstelle ist. Für die Provinzen Sachsen und Schlesten war diese Unterschied zwar schon durch die Gesetze vom 18. Juli und 31. Oktober 1845 beseitigt, indessen ist eine gleiche Beseitigung auch für die übrigen älteren Provinzen ersprechtich.

Was die zur Wahrung des öffentlichen Interesse erfordertichen Ausenahmen von jener Regel betrifft, so schließt sich der Entwurf in den dieserhalb inn S. G. aufgestellten Vorschriften ebenfalls fast durchweg dem Ablöfungs-Ordnungen für die westlichen Provinzen an, indem er numentalich unbedingt alle öffentlichen Lasten mit Ginschluß der Gemeinde=Lasten, Gemeinde-Abgaben, Gemeinde-Dienste, sowie die auf Deichs und ähnliche Societäten sich beziehenden Lasten für nicht ablödbar erflärt. Danegen weicht er darin von diesen Ablösungs-Ordnungen ab, daß er nicht, wie sie es thun, auch "alle aus dem Kirchen- und Schulverdande entspringenden Lasten", vielmehr nur die "Abgaben und Leistungen zur Erbauung und Unterhaltung der Kirchen, Pfarrs und Schulgebande" von der Ablösebarteit ausschließt. Die Gründe dieser Abweichung sind folgende:

Die Erfahrung hat gelehrt, daß es nicht nur häusig sehr schwer ift, zu ermitteln, ob eine Abgabe ober Leiftung aus dem Archen- oder Schulsverdande und nicht vielmehr aus einem andern Rechtsverhältnisse entswingt, sondern daß auch gerade bei Ablieserung solcher Natural-Abgad ben oder bei der Leistung der Natural-Dienste vielsacher Streit zwischen den Verpslichteten und den geistlichen Instituten entsteht. Es liegt daher im Allgemeinen ein gleiches praftischen Bedürfniß zur Lösung diese Rechtsverhältnisses vor, wie bei dem zwischen andern Privat-Interssenten; auch würde die Befreiung des Grundeigenthums nur sehr unvollständig erreicht worden sein, wenn man alle aus dem Schul- und Kirchenverband herz rührenden Abgaben und Leistungen ferner aussthließen wollte. Wohl aber erscheint es gerechtserigt, alle Abgaben, Dienste und Leistungen zur

Erbauung ber Kirchen, Bfatr- und Schulgebaube einstwellen, und bis ju einer anderweitigen Ordnung ber Berbaltniffe der Kirchengemeinden von der Ablösbarkeit noch auszuschließen, weil jonft, bevor nicht auf diesem Wege die Aufbringung der Koften für diese Zwecke neu geregelt und ficher gestellt worden ift, die Erhaltang jener den Gemeinden unentbehrslichen Gebäude gefährdet werden konnte.

Die Grunde ber Agrar = Commiffion fur Annahme, refp. Mobificisrung ber Faffung biefer aus ben urfprunglichen SS. 5. 6. und 7. jufam=

mengezogenen SS. 6. und 7. geben babin:

Diefe Baragraphen ftellen feft, welche Gegenftande nach ben Bor-

fcriften Diefes Wefeges überhaupt ablosbar finb.

Der §. 5., jetzt ber erfte Say bes §. 6.; bezeichnet als folche fammtliche Reallasten im Gegensay zu ben Servituten, welche nach §. 7 nicht mach diesem Geset, sondern nach der Gemeinheitstheilungs-Ordnung v. 7. Juni 1821 ausgehoben werden können.

Es fann in einzelnen Fallen zweifelhaft fein, ob etwas eine Reals laft ober ein Servitut, und somit ob es diesem Gesetse ober ber Gemeinheitstheilungs-Ordnung unterliege. Bisher find jedoch diese Zweifa
kon feiner großen praftischen Bedeutung gewesen. Die Agrar-Comntisfion hat beshalb auch fein Bedurfniß auerkennen können, in Diefer hin-

ficht im Wege ber Gefengebung einzuschreiten.

Der S. C., jest der zweite Sas des S. C., enthält Bestimmungen die bei einer scharfen Auffassung des zum Grunde liegenden Rechtsverhältenisse sich eigentlich von selbst verstehen, deren Aufnahme im Geses aber zur Bermeidung vielfach rorgesommener Zweisel als zweckmäßig anerkannt werden muß. Denn daß die Mitglieder einer Corporation oder eines Gemeindeuesens, also die Mitglieder des Staates, der Gemeindes, Kreise und Societäts-Werbände, die Lasten, welche sie in ihrer gedachten Mitzgliedstaft zu tragen haben, nicht ablösen können, hat darin seine Besgründung, daß sie diese Ablösung eigentlich gegen sich selbst vornehmen, da der Inbegriff sämmtlicher Mitglieder den Gemeinde-Verband bildet, und ohnehin zu jeder Zeit durch einen Beschluß der Gemeinde oder Societät die Ausbedung oder Umwandlung solder Lasten erfolgen fannt Lasten dieser Art find daher mehr persönlicher Natur und nur mit Ruckstatt auf den Grundbests vertheilt.

Gegen die Faffung und resp. ben Inhalt des erften Alinea dieses Baragraphen ift zwar das Bedenken angeregt worden, daß im Sinbiid auf die Bestimmung des Art. 40. der Verfassungs-Urfunde es anscheinend nicht gerechtsertigt sei, Ausnahmen von der Ablösbarkeit der Grundlaften zu machen und insbesondere Abgaben und Leistungen zur Erbauung und Unterhaltung der Kirchen, Pfarr- und Schulgebäude von der Ablösung allgemein, mithin auch in dem Fall auszuschließen, wenn solche auf einem Grundstüde ohne Rücksicht auf die Mitgliedschaft an dem Schul- und

Rirchen - Berbanbe baften.

Die überwiegende Majorität ber Kommission hat jedoch jenes Bebenken nicht als begründet, dagegen abet als nothwendig anerkannt, daß Leistungen zum Bau und der Unterhaltung der Kirchen=, Pfarr= und Schulgebäude bis zur anderweitigen Regelung der Verhältnisse der Kirchengemeinden von der Ablösbarkeit ausgeschlossen werden. Rur in dem Balle hat dieselbe eine Ablösung von Leistungen der zuletzt gedachten Art für zulässig erachtet, wenn letztere die Gegenleistung einer zur Abiösung fommenden Reallaft find, wie bies 3. B. in einigen Landestheilen bei ber Berpflichtung des Zehntberechtigten zur Erbauung der Kirche ober eines Theils derfelben der Fall ift. Es ift daher für erforderlich erachetet worden, und die Agrar-Commission stellt den Antrag, am Schlusse bes erften Sages des §. 6. noch die Worte hinzugufügen:

"wenn lettere nicht die Gegenleiftung einer ablosbaren Reallaft

find, in welchem galle folche mit biefer abgelöft werben." Schließlich wird jum §. 7. noch bemerkt, bag ber brite Abschnitt Bestimmungen wegen Ablosbarkeit von Grundgerechtigkeiten in Folge ber gutsherrlich-bauerlichen Regulirung enthalt. Es ift baber für erforber- lich erachtet worben, biefem §. 7. einen Busat babin zu geben:

"fo weit ber britte Abichnift feine Ausnahmen enthalt."

§. 8.

Bur Feststellung ber bem Berechtigten gebührenben Absindung wird ber jahrliche Geldwerth ber abzulösenden Reallasten nach den Bestimmungen ber folgenden Titel ermittelt.

Motive.

Diefe Borichrift, welche ben Uebergang zu ben nachfolgenben Regein über die Bemirfung ber Ablösung ber verschiebenen Reallaften bil-bet, beutet zugleich burch ihre Bestimmung, daß zur Feststellung ber ben Berechtigten gebührenden Abfindung der jahrliche Geldwerth ber abzulofenden Reallaft ermittelt werden foll, bas Sauptpringip an, burch melches biefes neue Ablofungs. Gefet fich von ben bisher geltend gewesenen unterscheibet. Bahrend namlich bie Lettern wegen einiger, und zwar ber erheblichften Reallaften bem Provotaten in ber Regel Die Bahl geftatteten, ob Die Abfindung Des Berechtigten burch Land ober Geld geichehen folle, bestimmt ber vorliegende Entwurf, bag in Ermangelung einer gutlichen Ginigung unter ben Intereffenten (cf. §. 98.) Die Ablo-jung ftets burch Berwandlung ber Reallasten in feste Gelbrente und bem-, nadft burch Ablöfung Diefer vermittelft baarer Rapitalzahlung ober Abfindung bes Berechtigten burch Rentenbriefe bewirft werben foll. Erfahrung hat ergeben, baf bie Abfindung in Land bald bem einen, bald bem andern Theile nicht zusagt. Bereinzelte Landparcellen fann oft der Berechtigte nicht wirthschaftlich benugen; follen fie aber zusammengelegt werben, fo werden bie Intereffenten zu einer Landvertaufchung bin-gebrangt, Die lediglich fur Die fen Bwed fich nicht mohl rechtfertigen lagt. Aus biefen und manchen andern Grunden wünschten bald bie Berechtigten, zur Annahme von Land nicht gezwungen zu werden, bald Die Berpflichteten, ber Abtretung von Land überhoben zu fein, Die auch befonders ben fleineren, gegenwärtig auch gur Ablösung zu berftattenden Wirthen meiftens fehr hart fallen wurde. Jene bisher den Provocaten allein gestattete Bahl zwischen Land oder Rente, welche ber Lofung bes Abhängigfelte - Berhaltniffes ber Berpflichteten ju ben Berechtigten fo binberlich geworden ift, burfte baber nicht ferner beibehalten werden, viels mehr erfchien es rathfamer und bei weitem naturgemaßer, es, wie ber Entwurf dies im §. 98. thut, lediglich bem Ermeffen und ber Ueber= einkunft beiber Intereffenten zu überlaffen, ob fie bennoch vielleicht Die Land = Entschädigung gum Ausgleichungsmittel unter fich mablen wollen

Tit. II.

Dienfte

S. 9.

Sind für alljährlich vorkommende Dienste während der letten zehn Jahre, für nicht alljährlich vorkommende Dienste während der letten zwanzig Jahre vor Andringung der Provocation, oder, wenn zwischen diesem Zeitpunkte und der Berkündung des Gesets vom 9. Oktober 1848 eine Umschaffung der Gesteistung eingetreten ist, während der letten zehn, resp. zwanzig Jahre vor Verkündung des gedachten Gesets, Geldwergütungen ohne Widerspruch bezahlt und angenommen worden, so sind diese Bergütungen und, wenn sie während dieser Zeiträume gewechselt haben, der Durchsschnitt der gezahlten Beträge der Feststellung des Geldwerthes zum Grunde zu legen.

In Ermangelung solcher Preise ist zu unterscheiden zwischen ben nach Lagen und ben nach dem Umfange der Arbeit bemeffennen Diensten.

1. Motive.

Die Abstudung soll so viel als möglich demjenigen Werth entsprechen, welchen die abzulösende Leistung bieber für den Berechtigten sowohl, als für den Verpflichteten gehabt hat. Sind aber die Leistungen disher schon längere Zeit hindurch (10 oder resp. 20 Jahr lang) in Geld vergütet worden, so ist augenscheinsich anzunehmen, daß beide Theile übereinstimmend diese Geldvergütigung als den wahren Werth der Leistungen auers kannt haben und es kann daber keinem Bedenken unterliegen, in Fällen solcher Art die Gestdergütigung auch gesehlich als jenen Werth zu bes zeichnen und der Berechnung der Absündung zum Grunde zu legen.

Dieser Grundsat ist nicht nur in dem vorliegenden S. 9. in Bezug

Dieser Grundsat ift nicht nur in dem vorliegenden S. 9. in Bezug auf die Abläsung von Diensten, sondern auch in den später folgenden SS. 29. und 32. bei der Ablösung der nicht in Körnern bestehenden Nastural-Abgaben, so wie der Natural-Fruchtzehnten in Anwendung gebracht. Die 10- oder 20jährige Frist, welche bierbei entscheidend sein soll wird in der Regel von dem Zeitpunkt der Andringung der Arovocation zurück zu rechnen sein. Da aber das Bekanntwerden dieser jest nun erst entworsenen gesehlichen Borschrift einen oder den andern derzeitigen Iverestenen, zwischen welchen bisher eine solche Geldvergütung üblich gewesen ist, leicht veranlassen könnte, noch vor Aublistation des gegenwärtigen Gesebes einseitig dieses bisher stattgesundene Verhältnis auszuheben, und in Hoss-nung auf eine künstig ihm günstigere Berechnung der Absündung stati der Geldvergütung die Wiederherstellung der Naturalleistung zu sordern, so erschien es, um dem neuen Gesebe möglichst gegen solche Spekulationen den Erfolg zu stichern, angemessen, alle diezenigen Källe unbedingt der neuen gesehlichen Vorschrift zu unterwersen, in welchen schon 10 oder 20 Jahre vor Publication des unterm 9. October v. 3., wegen einste

weiliger Sistirung ber Ablösungen, ergangenen Geselcher Bers gutungen ber Dienste u. burch Gelb unter ben Betheiligten üblich gewesfen find.

2. Gründe ber Agrar-Commufffinn. Abri Reuxsbeilung der Panistriffen dieses Paragranten ift festgubalten, daß es hier nicht auf das Rechtsverhältniß, sondern auf die Feststellung des Werths der Dienste ankommt. Die Werthschapung Bleibt die zu einem gewissen Grade immer atwas Unsicheres, in welcher Form und von wem sie auch vorgenommen werden mag. Hat für zu leistende Dienste in Volge des Einsverständnisses der Bethelligten mährend 180 resp. 20 Jahmen eine Geldvergütung Kattgefunden, so kann angenommen werden, daß diese Guldvergütung dem wahren Werthe, d. h. dem Werthe, den beibe Thelle Vielen Diensten bellegen, am meisten entspricht.

Die Agent-Countiffion bat beebalb auch bas bier aufgestellte. Brin-

sip ale vollkommen genechtferigt anerfannt.

Ban einem Mitgliede ift ber Antrag geftellt worben, in ben S. 9.

einen Bufat babin aufzunehmen:

"In Sallen, wo für micht gesorberte und nicht geleiftete Dienfte eine Geld-Entschädigung urkundlich ober durch Provinzial-Gesche festgeset ift, wird ber Betrag bieser Entschädigung zum Grunde gelegt,"

eventuell folgende Bestimmungen anzunehmen:

"Sind alljährlich vorfommende Dienste während der letten 10 Kahne. Die micht milithelich vorfommenden inchtrend der Letten 20 Jahre micht wirklich geleistet, so ist, im Fall für die nicht geleisteten Dienste urfundlich oder nach Inhalt von Provinzial-Gesezen der Betrag der Geld-Entschädigung seffektett, bieser Betrag

ber Ablöfung zum Grunde ju Jegen."

Diefer Antrag wurde dadurch motivirt, daß in einzelnen Landestheismu, mannenstäh in iber Meading Wefthalen, solde Geldisträge für nicht gesoderte und daher nicht peloistete Dienste gutar Zustummung der Betheiligten festgeset worden (Register-Säge) und auch jett noch ungewendet würden, hiernach über um so mehr anzunehmen seit, duß sie den wahren Werth der Leistung sestjeten, als dieselben ursprünglich auf einer Vereindarung der Betheiligten beruhren. Die Majorität der Agraccomsussissen hat jedach jenem Antrug zur Bestirmontung nicht, gesignet gefunstung zum Grunde iege, daß die Dienste von dem Verechtigten zur Verwirtschaftung vines Innudities nicht gebraucht werden vor des wirtschaftung vines Innudities nicht gebraucht werden vor des ullgemeine Abläsungs-Krincip nicht haßert werden dürse.

5. 10.

Sind bie Dienste nach Tagen bestimmt, so wird ihr Werth nach den für den betreffenden Bezirk festgestellten Normalpreisen (188. CV. n. Vola.) bereihnet.

Bei Beststellung solcher Normalpreise, und zwar sowohl A

Sand = ale Spannbienfte, fint in Betrucht zu gieben:

- a) bie Dauer ber Arbeitszeit;
- b) die Art ber Arbeit;
- c) die Jahredzeiten, in welchen solche zu verrichten ift;
- d) die Beschaffenheit der in der Gegend gewöhnlich in Anwen-

§. 11.

Sind bagegen Dienste nach dem Umfange der zu leistenden Arbeit bestimmt, oder sind dieselben ungemessen, so wird ihr Werth badurch ermittelt, daß durch schiedsrichterlichen Ausspruch bestimmt wird, welche Kosten der Dienstberechtigte aufzuwenden hat, um die dem Dienstpflichtigen obliegende Arbeit durch eigenes oder gesmiethetes Gespann, durch Gesinde oder Tagelöhner zu bestreiten.

Hierbei ist auf die mindere Bollsommenheit, in welcher die Arbeit von den Dienstpflichtigen verrichtet zu werden pflegt, Rudssicht zu nehmen.

S. 12.

In Ansehung ber Roften für Haltung eines Gespanns, bes Gesindes und ber Tagelöhner sind ebenfalls Normalfage (of. §8. 67. u. folg.) festzustellen.

§. 13.

Sind die Dienste zugleich nach Tagen und nach bem Umfange der Arbeit bestimmt, so erfolgt die Ermittelung des Werths nach den Vorschriften der §§. 11. und 12.

S. 14.

Der Werth der Baudienste, welche nicht nach Tagen bestimmt sind (§. 10.), ist in jedem Falle nach ihrem jährlichen Durchschnittsbetrage abzuschäpen. Dabei ist die Bauart der Gebäude, zu welchen die Dienste geleistet werden mussen, ihr Umfang und ihr bäuerlicher Zustand zur Zeit der Abschähung, die Art der Dienstleistung des Verpflichteten und bei den Fuhren die Entsernung, aus welcher die Materialien heranzusahren sind, und die Beschaffenheit der Wege zu berücksichtigen.

Wenn die Parteien sich nicht über den Werth einigen, so muß er durch schiederichterlichen Ausspruch festgestellt werden.

Für Distrifte, in welchen nach bem Ermeffen ber Diftrifts-Commission (8. 67. u. folg.) hiezu ein Bedurfniß vorhanden ift und bie Beschaffenheit und die Bauart ber Gebäude es gestatten, können von jenen unter Zuziehung eines Bau-Sachverständigen Rormalsähe in Betreff ber ber Ablösungsberechnung zum Grunde zu legenden Positionen sestgestellt werden.

S. 15.

Die in einigen kandestheilen vorkommenden sogenannten walzenden Dienste, d. h. solche, bei denen die Art der Ableistung
oder der Umfang der Dienste oder Beides zugleich sich nach der
jedesmaligen Wirthschaftseinrichtung des Verpflichteten bestimmt,
werden, wenn ihr Maaß oder ihre Zahl nicht sesssteht, in Anrechnung gebracht, sosenn sie alljährlich wiederkehren, nach dem Durchschnitt der in den letzten zehn Jahren vor Andringung der Provokation geleisteten Dienste, sosenn sie aber in längeren Zeiträumen
wiederkehren, nach dem Durchschnitt der in den letzten zwanzig
Jahren vor Andringung der Provokation geleisteten Dienste.

S. 16.

Rann in den Fällen des §. 15. zur Aufbringung der Entsichäbigung kein anderer Maaßstab zur Bertheilung als rechtsversbindlich nachgewiesen werden, so ist ohne Rücksicht, ob zur Zeit Spanndienste oder Handbienste oder gar keine Dienste geleistet werden, die Entschäbigung für den Spanndienst von sämmtlichen Aderbesigern nach Verhältniß des Flächenmaaßes ihrer Aeder aufzubringen, die Entschädigung für den Handdienst aber auf die vorshandenen Hauskellen und zwar, insofern nicht dei Leistung der Dienste ein anderes, alsdann auch für die Absindung maaßgedensdes Verhältniß stattgefunden hat, zu gleichen Theilen zu verstweisen.

Rach bemfelben Verhältniß wird ber Werth ber Gegenleis fung und die etwa von den Dienstberechtigten für den Mehrwerth zu gewährende Abfindung vertheilt.

Die Feststellung bes Flächenmaaßes der Acker erfolgt in ber Regel ohne Vermessung nach Flurbüchern, Ratastern, ober sonst auf die möglichst einsache Weise; ist jedoch eine spezielle Vermessung schon geschehen, oder wird eine solche von einem beider Theile auf seine Kosten beantragt, so ist dieselbe zum Grunde zu legen.

9. 17.

Wenn bie einem Gute zufteffentien Bienfte nuch ber in ber Gegent üblichen Wirthschaftbaer uficht filmmtlich gebraucht werben, fo erfolgt die Abfindung nur fur biejenigen Dienfte, bes ren bas Gut wirthschaftlich bebarf.

Diefes Bedürfniß wird burch ichieberichterlichen Muspruch nach ber in ber Gegent ublichen Birthichaftbatt festgestellt.

Es finden jeboch biese Bestimmungen in benfeuigen Kallen feine Anwendung, in benen ber Berechtigte bie Befugniß hat, Diesenigen Dienste, die er felbst nicht benutzen fann, einem Anbern zu überlaffen, ober folde von bem Berpflichteten fich bezahlen zu laffen.

1. Motte e.

Die Anwendung von Mormalpreifen für bie jur Ablösung, tommenben Gegenstande, hat fich in ben wefflichen Provingen, fur welche bie-fes Berfahren in ben bort eingeführten Ablöfunge Debrungen vonges fcrieben ift, als fehr zwedmäßig bewährt. Sie beugt ben Streitigfeiten por, welche über bie Bobe ber Enichabigung erfahrungemäßig fo oft ba eintraten, wo nach ben Grundfagen ber für die öftlichen Provinzen er-gangenen Ablbfunge Dednungen vom 7. Junt 1991 bie Abfchigung ber gut letfteribent Dienfte umb zu fieferirben Gegenstlieber im febeno einzeliech Falle erfolgen mußte, und gewährt ben Bortheil, duß die Intereffenten fich fcon im Voraus ben Betrag ber Entschädigung überfchlagen und hienach eine gultiche Enigung untet einander treffen tormen:

Es in baber in bem vonliegenven Gejes-Entipatefe ble Annenving. von Normalpreifen für bie Abschähung aller berjenigen Leiftungen und Gegenstande angebronet, in Unfebung beren bie Befiftellung, folder Breife überhaupt nibgfid erfcheint. Lefftungen und Gegenftunbe, beren Rutur Wed nicht gestattet, werben auch ferner in jevenr einzelnen Fath befordbers abgeschätzt werden müssen. Der Entwurf hat aber jugleich, sie solle Halle, in denen voraussichtlich die Abschäung durch Sachverstandige besonders wettläusige, zetteaubettbe und kostinistigs Bereinungenerfordern wurde, wie z. B. bei den Baudiensten (§. 14.) die Ferfichten bes Wertig durch Schiedsrichter angeordnet.

In welcher Welfe bie Normalpvelfe unter Buglebung ber Betheiligwie git evertieffe und festendiellen fint, fit metrer miten in vom Ditell All. bes vorliegenben Abschnitts bes Enwauefs vorgefehrteben.

Brunde ber Agtar-Commiffion:

Die Anweindung von Rormafpreifen fite bie zur Abliffung friedmenben Gegenstände ift von ber zweiten Cammer burd bie Unnahme bes Gefete-Entwurfes, betreffend bie Feststellung von Normalpreifen und Rormalpreifen und Rormalpreifen, bereits gebilligt, und bestalb auch in ber Agvare Contriffic auster allem Zweffet gewesen.

In Anlug einiger eingegangenen Betitionen ift bas Bobenten ange-regt worben, ob bie Entschäbigung ber Brediger fur bie hauft bei ben Bererbpachtungen ihrer Grundftude borbehaltenen Fuffett nich beit Bis

Mut-Birchen umter Anivervang ber Mormalfäge eine ausreichende feln werbe, und of es baber nicht greedmagiger fein tourbe, folde Dienfte in jebem Balle nach ben britigen Berhaltniffen abfchaten zu laffen. Die Commiffion hat jedech biefe Boventen nicht getheilt, war Bieliteft ber Unficet, bag es Cache bet Diftelie Commiffion fet, bei geftftellung bet Roemalfage ferre Berbalfniffe gu beracfichtigen und eventuell für biefe befondere Abedfurigs fot gu nermiren. Eine Abanderung bes §. 10. vor-guichtagen, bat biernach bie Commiffion nicht fitr nothig erachtet.

Die Ermittelung bes Berthe ber Baublenfte ift mit einem nicht geringen Roften und Beitaufwande verbunden, und bie Agrat'-Commiffion bat es beshalb als zwectbienlich anerfannt, bas jur Bernielbung von prozeffualifchen Weitläuftigfeiten auch bier bas int g. 31, ber Berordnung bom 30. Juni 1834 vorgeschriebene schlederichterfliche Beefahren

einstreten fost.

Diefes Berfahren wied im Mangel eines mutlichen Ginfaung ber Betheiligten in jedom fpeziellen Halle eintreten und buburch ein geitrau-

bendes und toffpieliges werben.

In Gegenben, wo bie Banbienfte allgemein und in bielleicht nicht geringer Ausbehnung vortvinnen, wird aber Die Beachtting jenet Borfcrift bei bem baufigen Mangel an Bau - Gachbetftanbigen eine große Betzögerung bes Auselnanberfegungs-Berfahrene herbeiführen und babet bas Bedüsfnig hervortreten, in einer noch einfacheten Weife jene Ermittefung bes Wertho ber Bunblenfte betrieben ju laffen. Die bierüber in ber Commiffion gepflogenen Berathungen haben gu bem Refulidte gefabet, buf eine folde grofere Bereinfachung bes Berfahrens nur in bem Falle möglich, menn Die Beschaffenheit ber Gebaube in Beftiniatett Die ftritten von der Art ift, bag folde in leicht zu erkennende Rlaffen ein-getheilt werben tonnen und in viefem Falle erteicht werben fann, daß für die Ablösung der Baudienfte durch die Diftrifte-Comeniffett gewiffe Rormen bergeftale fofigefete werben, buf ber Mudeinamberfetjunge Commiffarius bie Entichabigungs - Berechnung auf eine einfache Beife und ofne Bugiebang eines Bau. Sachvetftanbigen ermitteln tann.

Bet ben Ermittelung ber Entionbigung für Banbienfte ift ber

Grundfath feffinkalten:

Daff bein Bereibtigten eine Rente gemabrt werbeu muß, welche under hingurechnung einfacher Birfen ihm folgenbes glebt!

a) bie Roften ber zu febem Renbau gu lefftenben Baubienfte,

b) Die Koften ber bie jum nachften Renbau und bet toit einem Meuban gum andern gu lefftenben Dienfte.

Unter Befithaltung biefes Grundfages find, um eine Baublenfiwertibe-Brodinung aufzuffellen, folgende Faftoren zu ermitteln:

1) bie Belt bis gum nächsten Renbun; 2) bie Jeft worr einem Renbau gum anbern; 3) die Diensto, welche bei sebem Reubau geletstet werden uniffen;

4) die Bienste, welche zu ben Reparaturen bis jum nachsten Neubau

und borr einem Reuban gum andern erforberlich find.

Ad 1. Die Ermittelung, wie lange bie vorhandenen Gebaube noch fichen kommen over mit anbern Worten, mach Ablauf welchen Beitratime De nachfie Moubaut erforberfich ift, tann von einem gefchiffestundigen Coulemffertus auch phite Anglebung eines Ben - Sachverffendigen duf informatiorifden Wege ohne Weiterungen feftgeftellt werben, wenn er treif, twelder

Beitraum bon einem Neubau gum anberen angunehmen ift.

Ad 2. Anlangend Die Beit von einem Neubau bis jum anbern, fo kommt babei vorzugsweife ber Bwed und bie Bauart bes Gebaubes in Betracht. Es werben fich für eine gewisse Gegend bestimmte Gebaube-Elaffen bergeftalt annehmen laffen, baß für jebe Rlaffe eine bestimmte Bauperiode feftgeftellt werben fann. Sowohl Diefe Gebaudetlaffen, als Die anzunehmende Bauberiode fonnen von ben Diftrifts = Commiffionen unter Bugiebung eines Bau-Sachverftanbigen feftgeftellt werben.

Ad. 3. Sinfichtlich ber bei jedem Neubau zu leiftenben Dienfte ift

ju untericheiben, gwifchen

a) ben Sandbienften, b) ben Sponnbienften.

Bu a. Für jebe mit Rudficht auf Die Bauart festgestellte Gebaubeflaffe laffen fich bie erforberlichen Sandbienfte pro Quabratruthe ber

Brunbflache bes Gebaubes ein - für allemal fefiftellen.

Bu b. Bum Behufe ber Ermittelung ber Spannbienfte tann burch Die Diftrifte - Commiffion feftgeftellt werben, welches und wieviel Baumaterial in jeder Gebaudeflaffe pro Quadratruthe ber Grundflache beranzuschaffen ift, und welches Gewicht bas erforderliche Quantum in jeber Urt bes Baumateriale, in Centnern ausgebruckt, bat.

Welche Ladung ein Zweigespann unter Berudfichtigung ber Befchaf-fenheit ber Wege, und in welcher Entfernung, an einem Tage heranfchaffen fann, wird bann ber Museinanberfegungs-Commiffarius ju bemeffen haben. Die Diftrifte = Commiffionen werben biernach in bem oben

bezeichneten Falle festzuftellen baben:

I. Die in dem Diftrifte anzunehmenden Gebäudeflaffen;

II. für jede Bebäudeflaffe Die Beit von einem Reubau bis gum andern;

III. Die in jeder Gebaubeflaffe pro Quabrat-Ruthe ber Grund-

flache erforberlichen Bandbienfte;

IV. bas in jeder Gebaubeflaffe pro Quadrat-Ruthe ber Grundflache heranzuschaffende Baumaterial, in Centnern ausgebruckt.

Sind biefe Gage gegeben, fo hat ber Auseinandersetzunge - Commiffarius jur Unlegung ber Entichabigungs . Berechnung feinerfeits nur noch gu ermitteln bie Beit bis zum nachften Neubau, Die Gefpannfrafte, welche zur Geranschaffung Des erforderlichen Baumaterials nothwendig find, fowie endlich ben Quadrat=Inhalt ber Grundflache ber zu befrohn-Denden Gebaude, um ben Kapitalwerth ber ju jedem Reubau erforderlichen Baudienfte, feststellen zu tonnen. Rach bem Lettern wird bann, un= ter Unwendung ber bon bem Koniglichen Finanzminifterium unterm 4. Mai 1834, refp. 28. Januar 1838 befannt gemachten Brocent = Sabellen, beren Ginleitung Die nabere Aufflarung über Die Berechnungeart ergiebt, Die Entschädigungs = Rente leicht ermittelt werben fonnen.

In ben bier bezeichneten Tabellen ift auf Die zu ben Reparaturen erforderlichen Dienfte feine Rudficht genommen, Die Braxis hat in neuerer Beit feinen Unterschied zwischen ben Reparaturen bis zum nachften Meubau und zwischen benen, welche von einem Neubau bis zum andern vorkommen, gemacht, weil biefer Unterschied mehr in ber Theorie gut Denken, als in ber Wirklichkeit zu fassen ift. Man hat gang allgemein bie Reparaturen in Procenten ber zum Neubau erforberlichen Dienfte ausgebrückt, und es ift baber ausreichend, wenn von ber Diftrifts-Commission

V. Der Brocentsat fur Die Dienfte zu ben Reparaturen aller Art im Berhaltniß zu ben zum Reubau erforderlichen Dienften

feftgefest wirb.

Die Agrar - Commiffion ftellt hiernach ben Antrag, gum S. 14. fol-

genben Bufat anzunehmen:

"Für Diftrifte, in welchen nach bem Ermeffen ber Diftrifts- Commiffion (§. 67. u. folg.) hierzu ein Bedürfniß vorhanden ift und die Beschaffenheit und Bauart ber Gebäude es gestatten, können von jenen unter Zuziehung eines Bau-Sachberständigen, Normalfäte in Betreff ber ber Ablöfungs-Berechnung zum Grunde zu legenden Bostionen festgestellt werben."

Die §§. 15. und 16. find aus bem Gefes vom 18. Juli 1845 unter gleichzeitiger Anwendung des im §. 10. festgestellten Brincips entsnommen und den eigenthumlichen Berbaltniffen desjenigen Theils der
Brobing Sachsen in welchem die sogenannten walzenden Dienste vorzugs-

weise vorkommen, entsprechend.

Die Agrar = Commission hat bieselbe für angemessen und beren Generalistrung als nothwendig erachtet, ba auch in andern Provingen malzende Dienste vorkommen. Abanderungsvorschläge hat bieselbe nicht zu.

machen gehabt.

Das erfte Mlinea des §. 17. entspricht der Borschrift des §. 10. der Ablösungs = Ordnung vom 7. Juni 1821. Es ist jedoch auch die Bestimmung in dem dritten Alinea dieses Paragraphen von der Agrar-Commission als ein Bedürfniß anerkannt worden, weil die hier angedeutete Besugniß des Berechtigten, Dienste, die er selbst gebraucht, einem Andern zu überlassen, oder sich von dem Veryslichteten bezahlen zu lassen, namentlich in der Eigenthums = Ordnung des Fürstenthums Münster vom 10. Mai 1770 (Abeil II. Tit. 7. §. 5.), in der Münsterschen Erbsachts = Ordnung vom 21. September 1783 (§. 91.), in der Eigenthums Ordnung vom 3. April 1781 für die Grasschaft Recklinghausen und der Eigenthums = Ordnung vom 26. November 1741 für das Fürstenthum Minden und die Grasschaft Ravensberg (Cap. V. §. 2.) eine rechtliche Begründung und auch in der Ablösungs Ordnung vom 13. Juli 1829 ihre Anerkennung gefunden hat. Es ist daher auch diese Bestimmung als gerechtsertigt erachtet worden.

Anmerkung 1. Ad §§. 11. 14. und 17. ift, in Gemäßheit bes Beihluffes ber erften Rammer die Ausbehnung schiederichterlichen Berfahrens auf bie hier bezeichneten Fälle angenommen.

Anm erfung 2. Ad §§. 10. 11. und 13. Die hier unterschiebenen Dienfte finb:

a) Rach Tagen bestimmte,

b) ungemeffene, ober nach bem Umfange ber zu leiftenben Arbeit bestimmte, und

c) nach Tagen und bem Umfange ber Arbeit bestimmte.

Der Werth ber ad a. wird letiglich nach ben Normalpreisen, ber ad b. und c. unter Beachtung ber Normalpreise burch Schieberichter bestimmt.

Unmerkung 3. Ad § 17. fragt fich, ob, falls bie Dienste beshalb nicht sammtlich gebraucht werben, weil ber Gutsherr aus Bequemlichkeit ober aus

andern Gründen selbst Gestann gehalten und in der Wichsschaft verwendet habe, diese Gespanne zunächst auf den Bedarf des Guis angezeignet werden nicksen. Diese Frage durfte wohl zu bejahen sein, da der faltische Zustand bei allen Andeinandersehungen seinehalten werden nunß, und durch deussiben auch die Wirthoschaftsart zum Aell bestimmt ist.

Tit. III.

Sefte Abgaben in Rornern.

s. 18.

Unter festen Abgaben in Körnern werben nur biesenigen jährlich ober in anderen bestimmten Berioden wiedertehrenden Abgaben verstanden, welche in bestimmter Menge in Körnern von Halms und anderen Felbfrüchten, die einen allgemeinen Marktpreis haben, entrichtet werben.

s. 19.

Der Werth bieser Abgaben ist nach bemjenigen Martinis Marktpreis festzustellen, welcher sich im Durchschnitt ber letten vierundzwanzig Jahre vor Andringung der Provosation erzgiebt, wenn die zwei theuersten und zwei wohlseilsten von diessem Jahren außer Anfah bleiben.

s. 20.

Unter Martini= Marfipreis wirb ber Durchschnittspreis berjenigen funfzehn Tage verstanden, in beren Mitte ber Martini=
tag fallt.

S. 21.

Für biejenigen Gegenben, wo ber lebhafteste Setreivevertehn in einer andern Jahredzeit, als um ben Martinitag, stattsendet, kann ein anderer Zeitpunkt auf bem in ben 38. 49n. folg. bezeichneten Wege sestgestellt werben.

S. 22.

Diefe Durchschnitts-Markpreife (88. 19 bis 21.) werben alljährlich durch bas Amtoblatt bekannt gemacht.

S. 23.

Der Maftplat, beffen Preise zum Grunde zu legen find, wird nach ben Bestimmungen ber §8. 67 u. folg, sestgestellt.

9. 24.

Wenn eine Gegent feine regelmäffigen Gerreibemartte hat, so wird für bieselbe ein möglichst benachbarter wirklicher Markt-

ort angewiesen. Die Preise bieses Marktoris werden mit ben Preisen jener Gegend in den letten vierundzwanzig, Jahren. von Berkündigung des gegenwäntigen Gesetzet, mit Beglassung der beiven iheuersten und der beiden wohlstellten Jahre, vergsischen und es wird daraus ein bleibendes Normal-Verhältnis beider Anethe berechnet. Bei ken für jene Gegend vorzunehmensden Preisermittelungen wird sodann der Preis des angenommenen Markortes zum Grunde gelegt und nach dem bleibend bestimmten Normalverhältnis erhöht oder vermindert.

£ 25.

Ift ein Bezirk, in welchem sich ein wirklicher Markort besindet, so ausgedehnt, daß in dessen entlegeneren Theilen die Preise regelmäßig geringer oder höher als an dem Markorte seldst zu fein pflegen, so ist der ganze Bezirk in kleinere Bezirke zu theilen und für jeden derselben ein bleibendes Rormal-Berhältniß zum Preise des Marktorts festzustallen.

Motfve.

Die Bestimmung der Ablösungs-Ordnung vom 7. Juni 1821 §. 27., wonach die Entschädigung für Körner-Abgaben zwar in Gelde, jedoch nach den wechselnden Markipreisen des Roggens zu einem steigenden oder kaltenden Betrage abgestihrt werden soll, konnte nicht fernen beibehalten werden, weil die jest durch die Errichtung von Mentendanken boabsichtigte definitive Ablösung der Reallatten eine Verwandlung derselben
in seste Geldrenten unumgängsich nothwendig macht. And sir diesen Freetkonnte es auf die Regel an, nach welchen in sedem einzelnen Halle der
angemessene Durchschnittspreis zu bestimmen ist.

Nach ben Ablösunge-Debnungen für ble westlichen Provinzen wird bei Feststellung bes 14jährigen Preisbundschning ber Kower in vor Arverschren, daß sowohl der Durchschnitt dersenigen Marktveise, welche in ben 14 Jahren vor Aublikation sener Ordnungen stattsanden, als der Durchschitt bevienigen, welche in den 14 Ichron vor Aublingung der Provasion galten, (jedoch in beiden Fällen mit Weglassung der keiden ihnersten und der beiden wohlseilsten Jahre) ermittelt und die Fraktion mit beiden Durchschnissbreisen als Morn für die Abstadung angenommus wird.

Die fernere Beibehaltung biefar Bestimmung und beren Ausbehnung, auch auf die östlichen Landestheile wurde schon um deshald nicht zweismäßig sein, weil zu hossen ist, daß die Provokationen auf neue Ablösungen der Bublikation des gegenwärtigen Gesetze bald nachfolgen werden, unter klefer Boraussehung aber jene besten Perieden, welche bei der Beruchstanung des Durchschninspreises beriatschift nerden sellen, meistend: zusammenkallan würden. Der Entwurf ist daher im Allgemeinen bei der einsachen Berechnungs-Methode der Ablösungs-Ordnung von 1821 verstbielerr. Da indeffen der gegen dies Restode von mehreren Aussinan-

bersehungs-Behörden geltend gemachte. Einwand begründet erscheint, das die Berudsichtigung einer nur 14jahrigen der jedesmaligen Brovokation vorhergegangene Preis-Beriode in den einzelnen Ablöfungsfällen allzu verschiedene Resultate liefern werde, so ist in dem Entwurfe die Dauer dieser Beriode auf 24 Jahre erweitert, dabei aber bestimmt worden, das die beiden theuersten und die beiden wohlfeilsten Jahre dieser Periode außer Ansah bleiben sollen.

Die Borfdriften ber S. 20. bis 23. fcbließen fich im Wefentlichen

an bie bisherigen Ablöfungs - Befete an.

In manchen Gegenden namentlich der Proving Westphalen sehlt es an Markten, auf denen ein bedeutender und regelmäßiger Berkehr mit Getreide stattfände; die eigentlichen Kornmärkte liegen vielmehr außerhalb dieser Gegenden an den größeren Flüßen und so entsernt, daß die Producenten solche nicht füglich selbst beziehen können. Der Getreldehandel wird deshalb in diesen Gegenden meist in den Saufern der Fruchtfändeler geschlossen. Auf Berhältnisse dieser Art sind die Bestimmungen der §5. 43. und 44. in der Ablösungs-Ordnung vom 13. Juli 1829 besechnet. Ihre in den beiden vorliegenden §5. 24. und 25. erfolgte Ueberstragung war daher nothwendig für die Landestheile, in denen die gedachte Ablösungs-Ordnung bisher gegolten hat; sie entspricht aber auch dem Bedürsnisse in anderen Landestheilen, in denen zum Theil ähnliche Verhältnisse obwalten.

Anmertung. Die Rammern haben biefe Baragraphen nach bem Borsichlage ber Regierung angenommen.

§. 26.

Bon den nach \$5. 19. bis 25. zu ermittelnden Preisen kommen funf Procent wegen der geringeren Beschaffenheit des Zinsgetreides im Verhältniß zum marktgängigen in Abzug.

Für Marktsuhrkoften findet ein besonderer Abzug nicht statt, dieselben find jedoch bei Feststellung der Normalverhaltniffe nach \$. 25. mit zu berücksichtigen.

_§. 27.

Wenn auf einem Marktplate (§. 23.) für gewiffe Körnersarten ober für Körnerarten in einer besonderen Qualität, z. B. Samengetreibe, Metgetreibe für Müller, keine Preise aufgezeichnet werben, so muffen die in solchen Körnerarten besteshenden Abgaben nach Tit. IV. abgeschät werben.

S. 28.

Bei benjenigen Getreiberenten, welche auf Grund ber bisher gultig gewesenen Regulirungs - und Ablösungs - Gesete als Entschädigung für ausgehobene Reallasten rechtsverbindlich stipulitt worden sind, und nach einem gehn - oder mehrjährigen Durchfchnitt ber Getreibepreise in Gelbe abgeführt worben, erfolgt die Feststellung bes jährlichen Geldwerthes nach demjenigen Geldbetrag, welcher an dem der Anbringung der Provototion (S. 94.) zunächst vorhergegangenen Fälligkeitstermine zu
entrichten gewesen ift.

Ruß dagegen eine solche Getreiberente nach einem niebern, als zehnjährigen Durchschnitt ber Getreibepreise, ober nach bem jedesmaligen jährlichen Marktpreise eines bestimmten Ortes in Gelde abgeführt werden, so erfolgt die Feststellung des jährlichen Geldwerthes nach dem Durchschnitte der bei der Abführung maaßgebenden Markpreise dieses Ortes. Bei Ermittelung dieses Durchschnitts werden die Preise der letten vierundzwanzig Jahre, vor Andringung der Provokation, mit Beglassung der beiden theuersten und der beiden wohlseilsten zu Grunde gelegt.

1. Motive.

Das allgemeine Landrecht (Theil II. Tit. 7. §. 475.) beftimmt zwar, daß Abgaben, die in einem gewissen bestimmten Maage von Früchten u. s. w. bestehen, dergestalt, wie sie auf dem zinsbaren Sute gewonnen werden, rein und unvermengt entrichtet und angenommen werden muffen. Diese Borschrift verhindert indessen, der Ersahrung nach, nicht, daß das Zinsgetreide, welches der Landmann abliefert, in der Regel von geringerer Qualität ist, als dassenige, welches er zum Martte subrt. Wollte man daber den Marktpreis dieses besteren Getreides bei der Abschäuung des schlechteren Zinsgetreides ohne Weiteres zum Grunde legen, so wurde die Entsichäugung zu hoch aussalten. Eine Reduktion jenes Preises in Rücksichauf die geringere Qualität des Zinögetreides erscheint daber nothwendig und der Entwurf hat solche auf 5 Procent bestimmen zu musten geglaubt.

bestimmen zu muffen geglaubt.

Ginen ferneren Abzug von dem Marktpreise in Rudsicht auf die Marktfuhrkoften zu machen, erscheint im Allgemeinen nicht zulässig. Bwar können diese Rosten den Breis des zu Markte geführten Getreides, im Vergleich zu demjenigen Werthe, welchen dasselbe an dem Produktionsorte hatte, erhöhen; die Marktstadt ift aber nicht die einzige Berkufsstätte; der Zug des Fruchthandels wechselt oft; nicht selten bestimmt auch der lokale Bedarf den Preis, und treibt ihn selbst über den Preis der Marktstadt hinaus. Deshald zeigt die Ersahrung, das der Kaufspreis des Getreides an den Produktions-Orten sich in der Regel mit den Preise des Getreides an den Produktions-Orten sich in der Regel mit den Warktschen, welche überdies nach der Entsernung, der Beschaffenheit der Wege und der Jahreszeit wechseln, und deshalb im Allgemeinen nicht sicher zu schägen sind, auf den Kauspreis wenig oder gar keinen Einfluss ausüben. Es muß daher von deren Beachtung bei der Ablösung in der Regel abgesten werden.

Eine Ausnahme hiervon erscheint nur für bie im S. 25. bes Ents

murfs gedachten größeren Mark-Beziele nothwendig, in deren und ren Theilen blefe Preise regelmäßig bober ober geringer als am Marktort find. Gier wird meiftentheils ein Grund blefer Preisbifferenz auch mit in den Markifuhrloften liegen aufd is verfteht file bann von felbft, baff bei ber Eintheikung bes Breisbegirfs in fleinere Begirfe Diefer Amftand Berudfichtigung verbient.

Grunde ber Agrar-Rommiffion.

Der 5. 26. michkit die Beffinnnung, bug von ben ermitielten Preissen ber festen Abgaben in Könnern 5 Brocent avegen ber geringmen Beschaffenheit bes Binsgetreibes im Berhältniß zum markgangigen in Abeng gebrucht werden follen. Gegen Diefelbe wurde von einem Ditgliebe geltenb gemacht, daß die Schigung bes Brocentfabel toenen ber geringeren Qualität in dem Bintle, weim febon in venlichen Benbultniffen. Die lettere begrundet fei, zwecfmäßig ber Enticheidung der Diftrifte-Commiffionen unterzustellen fein werbe, und daber folgenden Bufat beuntragt:

"In Wegenden, wo burch bas Gerfommen ober Durch Provingial-Befeige festificht, daß nur martgiebige Frucht, daß heißt falle, wie fie ber Berpflichtete geerndtet hat, geliefert zu werden braucht, foll naber etmittelt werben, in welchem Minder- Procent-Berhaltnig Diefe markgiebige Frucht gegen marktgangige fich berausstellt. Diefes

Minder = Brocent = Berbaltnig ift maafgebenb."

Die Ugrar - Kommiffion hat biefem Antrage feboth wicht thee Buffinmung eribollen gu fonnen genlaubt, weil es an fich unbestrieten und auch fin § 475. Titel 7. Th. II. bes Landrechts anerkannt eft, bag die Getretbe-Albaaben, fo wie fie auf bem ginsbaren Gute gewonnen werden, rein wied undermengt entrichtet und angenommen werben muffen. Bur Bernet dung weitläuftiger, oft unficherer Ermittelungen, erfcheine es baber burchand prodicientich und ber Erfahrung entiprechend, daß das abgebieferm Bindgetreibe in ber Megel von geringerer Qualität, als basjenige, weiches jum Martte gebracht wird, im Gefete bas Berhalenis feftzufeben, in welchem jenes zum marftgängigen Getreide fich herausftellt.

In Betreff ber Bobe biefes Brocentfages warb von einem Witgliebe ber Antrag gestellt, folche micht, wie in ber Regierungs-Boringe gefchoffen,

auf 5 Brocent, sondern auf 10 Brocent anmenebmen.

Die überwiegende Mehrheit ber Mitglieder der Agene Commiffion hat fich jedoch dem Borschlage der Regierung in Betreff Dieses Punkes angeschlaffen, weil auch ficon feither fast allgemein von den Elusvinandersehungs-Behörden angenonmen worden ist, daß durch einen Abung von 5 Pracent wegen ber geringeren Beschaffenbeit bes Binsgetreibes im Berbalinif gum marftgangigen eine gerechte Alusgleichung begrundet merve, und feine Falle befannt geworben find, in welchen burth Unwondung jenes Sapes eine Benachtheiligung ber Berpflichteten herbeigeführt mur-Den fei.

Um ubrigens außer Zweifel zu ftellen, bag in ben gallen, mo enttweber eine gang vorgügliche ober weit schlechtere, als bie auf eigenem Belbe gewonnene Betreibeforte an ben Berechtigten abzuliefern ift, bie Boftime mung des \$. 26. ausgeschioffen bleibt, hat es die Agrar-Commission für ersorderlich erachtet, durch Unführung von Beispielen im §. 27. Die bienach nothige Andeutung zu geben. Demzufolge Reitt Die Angene - Commiffon ju S. 27. ben Antrpg, dimber ben Worten: "Wort auf einem

Martiplate (S. 27.) für gewiffe Kornerarten" einzuschalten:

nich glaubt, bag burch Aunehme biefes Bufages ferneren Breifeln über bie mahre Bedeutung ber im §. 26, enthaltmen Bestimmung mit Sider-

beit vorgeheugt werden wird.

Black Inhalt bes § 28. wil, wenn nach einem mehrfährigen Durchichnitte ber Getreibevreife allfährlich eine Gelbrente abzuführen ift, bie Befiftellung bes allfährlichen Geldwerths nach bemjenigen Gelbbetrage erfolgen, welcher an bem ber Anbringung ber Prowdation junachst noch bergegangenen Fälligkeitstermine zu entrichten gewesen ift.

Dies gründet fich auf die auch bem §. 24. jum Grunde liegende Erwägung, daß es zur Festikellung einer gerechten Entschädigung nothwendig arscheint, ben Durchschnittspreis einer langen Reihe von Jahren zu berücksichtigen. Diese Rücksicht ift jedoch in der von der Regierung vorgeschlagenen Fassung des §. 28. nicht gewahrt, denn nach dem Ausbrucke im ehr jährigen wurde auch der Durchschnittspreis der letzen zwei oder drei Jahre vor Anbringung der Provosation, wenn danach die Geldrente ubgeführt werden mußte, den Geldwerth bestimmen.

Eine solde Festsetzung steht mit den bieber angenommenen Prinziplem nicht im Einklange und ist nach der vom Regierungs-Commissatut ertheiten Auskunft von der Regierung auch nicht beabsichtigt worden, vielmehr hat diese in dem ersten Alinea des §. 28, vorzugsweise die nach §. 73, der Gemeinheitstheilungs-Ordnung vom 7. Juni 1821 und Art, 67, der Dessatun vom 19. Mai 1816 mit den Getreidepreisen steigenden und sallenden Beldrenten beruckstigen ivollen.

Die Agrar-Commission halt es hiernach für erfordersich und fiellt ben Antrag, im ersten Alinea des S. 28. statt des Wortes: "mehrjährigen"

"zehn- ober mehrschrigen" zu sehen und im zweiten Alinea hinter ben Worten: "muß dagegen eine solche Getrekvernte" einzuschaften:

"nach einem nieberen als gehnfährigen Durchfchnitt bet Seitube-

Anmerkung 1. 3m S. 30. ift in Gemäßheit bes Befchluffes ber erften Rammer bas schieberichterliche Berfahren beliebt.

An markinng 2. Ad Sc. 27. 29. 30. wird fechythelien sein, das, wenn feine Markipreise aufgezeichnet worden, junachst ad §. 29. nach dem Durche sicht der eina bezahlten Beträge die Festesung geschehen muß Sind diese nicht zu ermittete, so komen die Mormaldreise zur Anwerdung. In aber mie kundlich über die zu entrichtende Qualität etwas Anderes bestimmt, so krick schiederlicher Ansspruch ein. Gollte übrigens anzunehmen sein, wostur allerdinge die Modive sprechen, dass namentlich meter Gamenge treide Ketz eine bestere Qualität als das markfangige Gekreide zu verstehen sei, so wird, salls keine Markfreise ansgezeichnet und reine Durchschnlitsbeträge des Bezahltus zu emitteln sind, sosat schiederliche Emischeidung eineren undsein

Anmerkung 3. Ad § 28. fragt fich, wie foll es mit Bakkelling bes Geldwerthe in solchen Sachen gehalten werben, in benen bereits fteigende und faktonde Benten feit mehreren Inhren (Perioden) bezahlt find, ohne daß die jetzt der Races ehgeschlaffen ift, da is diesen Sachen doch nicht kauf figlich auf die Beit vor Andringung der Provocation zurückgegungen werden faun? In sichen Bille len muß wohl auf den letzten Killsfeitstermin vor Publikation des Geleges vom 2. März 1830 gurückgegaugen werden, weil nach § 95. dieses Gefanes einen nene Provokation nicht nothwendig erscheint und nach § 91. von jetzt au, keine anderen als seste Gelventen bestätigt werden dürsen.

Anmerkung 4. Bei ber bestimmten hinweisung bes §. 28. auf die burch bie Regulirungs- und Ablösungs- Sefețe festgestellten stelgenden und fallenden Getreide-Renten muß, trot der oben alleg. Aeußerung des Regierungs Commissarius in der Agrar- Commission, daß die Regierung die nach §. 73. der G. T. D. vom 7. Juni 1821 sestzustellenden Getreide-Renten habe berücksichtigen wollen, dennoch angenommen werden, daß diejenigen Getreide-renten, welche dei Gemeinheiteisbeilungen zur Ausgleichung gegeben woerden, (cf. §. 60. G. T. D. vom 7. Juni 1821) den Bestimmungen des Ablösungs-Gesehes in der Regel nicht unterliegen (cf. §. 54., wo die Ausnahme bestimmt ist.)

Tit. IV.

Befte, nicht in Rornern beftehenbe Ratural-Abgaben.

§. 29.

Sind für feste, nicht in Körnern bestehende Naturalabgaben, welche jährlich wiederkehren, während der letten zehn Jahre, für die in längeren Perioden wiederkehrenden aber während der letten zwanzig Jahre vor Andringung der Provokation, oder, wenn zwischen diesem Zeitpunkte und der Berkündigung des Gesets vom 9. Oktober 1848 eine Umschaffung der Geldsleistung eingetreten ist, während der letten zehn resp. zwanzig Jahre vor Verkündung des gedachten Gesets, Geldvergütunzen ohne Widerspruch bezahlt und angenommen worden, so sind diese Vergütungen und, wenn sie innerhalb der gedachten Zeiträume gewechselt haben, der Durchschnitt der bezahlten Besträge der Feststellung des Geldwerths dieser Abgaben zum Grunde zu legen.

S. 30.

Rann ber jährliche Geldwerth solcher Naturalabgaben nach ben Bestimmungen bes §. 29. nicht ermittelt werden, so kommen Rormalpreise (§§. 67. u. folg.) in Anwendung, bei beren Feststellung in der Regel auf die Preise in den letten zwanzig Jahren zu rücksichtigen und in Ansehung solcher Gegenstände, deren Qualität eine verschiedene sein kann, von der Voraussezzung auszugehen ist, daß die Abgabe in der geringeren Quaslität zu entrichten sei.

If aber in einem gegebenen Falle über die zu entrichtende Qualität urfundlich etwas Anderes bestimmt, so sind die seste gestellten Normalpreise dabei nicht zum Grunde zu legen, vielsmehr muß alsdann der Werth der Abgabe durch schiedsrichters lichen Ausspruch festgestellt werden.

Motlbe.

Die Bestimmung des §. 30., daß bei Feststellung von Normal-Breisen für Natural-Abgaben solcher Gegenstände, die eine verschiedene Qualität haben können, von der Boraussetzung auszugehen sei, daß die Abgaben in der geringeren Qualität zu entrichten, entspricht zwar nicht den bisherigen gesetzlichen Borschriften, wohl aber der Birklichkeit. Sie ist daher durch den allgemeinen, im gegenwärtigen Gesetz-Entwurse überall durchgeführten Grundsatz, daß bei der Entschädigung, soweit es irgend möglich, der faktische Zustand zur Zeit ber Ablösung maaßgebend sein foll, gerechtsertigt.

Anmerfung. Die Rammer ift bemfelben beigetreten.

S. 31.

Auf Abgaben in Wein finden die Bestimmungen bes \$. 30. feine Anwendung. Der jährliche Geldwerth folder Abgaben muß vielmehr, wenn die Borschrift bes \$. 29. nicht Plat greift, durch schiederichterlichen Ausspruch bestimmt und hierbei auf ben Ort des Erzeugnisses, sowie auf den Preis in den letten zwanzig Jahren vor Andringung der Provokation Rückscht gesnommen werden.

Motive.

Diefer Paragraph ift aus ber Ablöfungs Drbnung vom 4. Juli 1840, §. 39. für die ehemals naffaulichen andestheile übernommen. Die barin enthaltene Bestimmung erscheint für die bortigen Landestheile unsentbebriid.

Anmerfung. Die Rammer hat bagegen nichts zu erinnern gehabt und ift außerbem bem Beschlusse ber ersten Rammer wegen Anwenbbarfeit bes schiebs: richterlichen Berfahrens beigetreten.

Tit. V.

Ratural - Fruchtzehnt.

8. 32.

Hat der Berechtigte während der letten zehn Jahre vor Andringung der Provokation, oder, wenn zwischen diesem Zeitspunkte und der Berkündung des Gesets vom 9. Oktober 1848 der Natural-Fruchtzehnt wieder erhoben worden ist, während der letten zehn Jahre vor Berkündung des gedachten Gesetschur den Ratural-Fruchtzehnten, einen Pachtzins bezogen oder eine Abgabe in Geld oder Getreide statt des Natural-Fruchtzehnten ohne Widerspruch angenommen, so bildet der jährliche Betrag des Pachtzinses oder der Abgabe, und, wenn diese Be-

trage gewechselt haben, ber Durchschnitt ber gezahlten Beirage ben Jahreswerth bes Behntrechts. Sind solche Bachte ober Abgaben in Körnern entrichtet worden, so werden fie nach Tit. III. 88. 19. bis 27. in Gelbe veranschlagt.

9. 33.

Ereten die Boraussehungen des & 32 nicht ein, so ist ber Ertrag an Naturalerzeugnissen, welchen der Zehntberechtigte im Durchschnitt der Inhre von dem Zehnt beziehen kann, nach dem Zustande und der Wirthschaftsart der zehntpflichtigen Grundstüde bei Andringung der Provosation sachverständig zu bemeffen. Bei dem Geneide ist dieser Ertrag in Körnern und Stroh bestonders sestzusehen.

Der Preis der Körner wird nach den Borschriften des Gefetzes Tit. III. \$8. 19. bis 27. bestimmt; es sindet jedoch bas bei der im \$. 26. gedachte Abzug von & Procent nicht statt. Bei Festsetung der Preises der übrigen Naturaserzeugnisse kommen die Bestimmungen des Tit. IV. in Anwendung.

Bur Feststellung bes jahrlichen Geldwerths werben von bem Robertrage die Koften in Abzug gebracht, welche ber Berechtigte auswenden muß, um den Reinertrag zu erhalten.

Den Sachverständigen bleibt überlaffen zu beurtheiten, im wierweit die vorzulegenden Zehntregister, Grundstauer-Raufter, sowie andere nach ihrem Ermeffen einzuziehende Nachrichten, ohne Vermeffung und Bonitirung für die von ihnen vorzunehmenden Feststellungen ausreichend find.

S. 34.

Die vorstehend wegen der Zehnten ertheilten Borschriften sinden auch auf die Garbenpacht von den sogenannten Garbenhofen Anwendung.

§. 35.

Bon bem Tage ab, ant welchem bas gegenwärtige Gefes in Rraft tritt, kann von Banbereien, von welchen ein Zehnt noch nicht bezogen worben, berfelbe nicht gesorbert werben.

Die Ablosung bes Zehnten nach Maaggabe ber Bestimmungen bieses Titels schließt baber auch die Aufhebung bes Zehnten

vom Renfande (Reubrucheimt, Rottzeint) mit ein und fann bafür nicht noch eine besondere Abfindung verlangt werben.

1. Motibe.

Die M. 34. bis 35. find aus ben Ablofungs Drbnungen bom refb. 18. Juni 1840 und 4. Juli 1840 übernommen worben.

2. Grunde ber Agrar-Commiffion.

Die bier borgefcblagenen Beftimmungen enthalten bie Normen für Die Ablöfung bes Raturalfruchtzehnten und find unter gleichzeitiger Ausbehnung bes in ben SS. 9. und 29. enthaltenen Pringips aus ben feitber gultigen Ablofungogefegen übernommen worben.

Gin Bedürfnig jur Abanderung ift bier nicht bothanden, und bie After-Commission hat baber ben vorgeschlagenen Bestimmungen auch

nur ihre Buftimmung geben fonnen.

Bon einem Mitgliebe ift ber Antrag gemacht worben, biefe Befimmungen nicht auf ben Raturalfruchtzehnten zu beschränten, fonbern gleichzeitig auf ben Fleisch- und Blutzehnten auszubehnen und zu biesem Bebufe in ber Ueberfchrift und im S. 32. ftatt bes Bortes: "Raturalfruchtzehnten" zu feten: "Naturalzehnten," ba auch in ben feither gulti-gen Abidfungsgefegen beibe Arten bes Naturalzehnten nach gleichen Grunbfagen zur Aufhebung gefommen feien und bie SS. 32. und 33. auch für ben Fleisch- und Blutzehnten ausreichenbe Abidfungsnormen entbieften.

Die Maforitat ber Agrar-Commiffion bat es jeboch fur angemeffener gehalten, Die im Tit. VIII. enthaltenen Beftfepungen für Die 2666

fring bes Fleisch- und Blutzehnten zur Anwendung bringen zu taffen, und beshalb jenen Antrag mit 14 gegen 12 Stimmen berworfen.
Die Fassung bes §. 32., wonach ber in jedem der legten zehn Jahren bezogene Rachtzins die nachste Norm für die Ablösung sein soll, weicht von ber Faffung ber auf gleichen Bringipien beruhenben SS. 9. u. 29. infofern ab, als in ben letteren ftatt ber Borte: "in jebem" bas Bort: "mabrenb" gebraucht worben ift.

Da etwas Abweichenbes bier nicht hat beflimmt werben follen, fo bat es bie Agrar-Commiffion jur Bermelbung von ferneren Zweifeln für zweckmäßig erachtet und ftellt beshalb ben Antrag, an bie Stelle ber

Borte: "in jedem" in ber erften Belle bes S. 32. ju fegen: "während." Enblich hat bas lette Allnea bes g. 33. bet einem Mitgliebe bas Bebenten erregt, bag nach ber Faffung beffelben ben Sachverftanbigen ine etwa nöthig befundene Berückschigung ber Grundfteuer-Ratafter in benjenigen Landestheilen, in welchen folche Ratafter vorhanden find, abgeschnitten fein tonne.

Wenngleich Dieses Bebenten nicht allseitig als begrundet erachtet wurde, fo bat es bennoch bie Agrar-Commiffion gur vollftanbigen Erledigung beffelben für angemeffen erachtet, bei ber zweiten Rammer ben Antrag zu ftellen, hinter bem Borte "Behntregifter" ble Ginschaltung bes Wortes: "Grundfleuer - Ratafter" ju genehmigen.

Anmerkung. Ad S. 33. Die abweichenbe Bestimmung, bag bier,fo wie ad S. 56. bei event. Ermittelung bes Werthe gewerblicher it. Abgaben te. Sachverkanbige fait Schleberichter zugezogen werben follen, hat wohl ween Grund nur barin, bag oft weitlauftige Berechnungen zuvor zugelegt werben muffen, und eine wieberholte forgfältige Prufung burch andere Sachverftanbige in zweiter Inftanz hat möglich erhalten werben follen.

Tit. VI.

Befigveranberunge-Abgaben.

s. 36.

Das Recht, Besithveränderungs Abgaben (Laudemien, Lehnswaaren, Antrittsgelber, Gewinngelber u. f. w.) bei denjenigen Beränderungsfällen zu fordern, welche auf irgend eine Weise in herrschender Hand eintreten, wird ohne Entschädigung bes Berrechtigten aufgehoben.

Motive.

Die Befigberanderunge-Abgaben welchen barin bon ben meiften Real-Abgaben ab, bag ihr Betrag in ber Regel febr veranderlich ift. Derfelbe wird gewöhnlich nach Procenten bes Werthe bes Bruflichteten Grundftude, mithin nach einem im Laufe ber Beit veranderlichen Daag-ftabe beftimmt, er ift aber außerbem ftete von bem rein zufälligen Umftande abhangig, ob und wie oft burch Bererbung ober Beraugerung eine Befigberanderung bei bem betheiligten Grundftude eintritt. Bermoge biefer ihrer Beranderlichfeit find Die Laudemien im Laufe ber Jahrbunberte, besonders aber in ber neueren Beit, in welcher ber Grundbefit überhaupt feinen rubenben Charafter verloren, und mit bem fleigenben Berfehr zugleich ber Werth ber Grundftude fich auf bas Erheblichfte gefteigert bat, eine bei weitem brudenbere Laft geworben, ale fie fruber waren. Sieraus erflaren fich Die heftigen Unfeindungen, welche gegen-wartig wider Diese Abgaben allgemein erhoben find, und die Berwurfniffe, Die vornämlich in Diefer Beziehung zwischen ben Berechtigten und Berpflichteten in manchen Provingen, namentlich in Schleften, berborge-Den letteren liegen aber auch noch anbre Beranlaffungen treten find. zu Grunde.

In den meisten Gegenden, in welchen Laudemien überhaupt vortomsmen, besonders in Schlesten, sind Bestyungen gleicher Gattung in demsselben Ort in der Regel auch gleichmäßig mit dieser Abgabe behaftet, oder von derselben befreit. So lehrt es das herkommen; der Verpstichstete und der Berechtigte haben es nicht anders gewußt, und in diesem Bewußtein ihre Güter und Grundstüde übernommen. Erst als in neuerer Zeit wegen der häusiger werdenden Beräußerung von Grundstüsten und des steigenden Kauswerths derselben, die Streitigkeiten über die Existenz der Laudemialpslichtzunahmen, als die in Anspruch Genommesnen in jedem einzelnen Entrichtungsfall den Beweis der vorhandenen Beserchtigung verlangten, einen Beweis, welcher der Ratur der Sache nach oft von sehr zusälligen Umständen abhing, z. B. ob der Urkauf ausbeswahrt worden war, ob die Zahlung des Laudemiums während der Verziährungsfrift in der ersorderlichen Anzahl von Källen nachgewiesen wersiährungsfrift in der ersorderlichen Anzahl von Källen nachgewiesen wers

ben konnte, ob bas Borhandenfein einer Observanz anzunehmen 2c. 2c., ba fingen Diese Prozesse an, Lotteriespielen abnlich zu werden und ben ver-

berblichften Einfluß auf Die Bevolferung ju außern.

Der eine Rlager verlor, ber andere gewann ben Prozef, ungeachtet bas naturliche Rechtsgefühl Die Gleichheit ber obwaltenben Rechtsverhaltniffe für beide Falle barlegte. Der Gine erhielt bas gedachte Laudemium jurud, ber Andere mußte es nachzahlen, obgleich Die Bablung in bem einem wie in bem andern Falle in gutem Glauben geleiftet und angenommen worden war. Die in ber Ablöfunge-Ordnung vom 7. Juni 1821 ertheilten Borichriften für Die Ablöfung ber Laubemial - Berpflichtungen vermehrten noch biefe fchroffen Ungleichheiten. Für gang gleiche Berpflichtungen von Stellen von gang gleichem Berth mußten Die verschiedenartigften Abfindungen gezahlt werben, je nachdem ber Bufall es fügte, bag Beranderungefalle aus fruberer Beit aufgefunden, und in bie Entschädigunge = Berechnung gezogen werben fonnten, ober nur neuere bobe Raufpreise Die Norm fur Die Abfindung bilbeten. Am gehäffigften erichienen aber bie Dachschuffrenten, Die um fo brudenber maren, ale ber Berpflichtete burch bie Brovofation bes Berechtigten zu einer Baargablung von Summen genothigt werden fonnte, Die haufig meber mit bem Berthe ber Berpflichtung, noch mit bem Berthe ber Stelle überhaupt im Berhältnisse fanden, und auf die er sich vorzubereiten in keiner Weise im Stande gewesen war. Ja, es kam nicht selten vor, daß durch die Höhe ber Nachschuß - Renten die Entschädigung für eine Verpflichtung geringes ren Umfanges höher zu stehen kam, als sur eine von größerem Umfange, und daß nicht nur die Brozesse über diesen Umfang vergeblich gesuhr waren, fondern fogar ber gunftige Ausfall bei ber Entichabigung gum Radtheil gereichte. Berudfichtigt man endlich noch ben Umftaub, bag fofern eine Ablofung ber Laubemialpflicht anhängig war, über Diefe Berpflichtung inr Allgemeinen, Die Auseinanderjegungs-Beborbe, Dagegen über bie Berpflichtung jur Bahlung ober Ruckahlung in einem fpegiellen Beranderungsfall, bas Gericht ju entscheiben hatte, und es bei Diefem wiefachen Rompeteng-Berhaltniß vorfam, bag ein und berfelbe Fall von ber Auseinandersegungs Behörde für einen laudemialpflichtigen geachtet, bon dem Gerichte bagegen erkannt wurde, bag bas in diefem Fall ents richtete Laudemium zurudzuzahlen fei, ober umgefehrt, fo wird man fich ben aufregenden Ginfluß, welchen biefe überaus zahlreichen Brozeffe auf die bauerliche Bebolterung gemacht haben, leicht erflaren und ermeffen tonnen, welches Mißtrauen gegen bie Gutsherren und gegen bie Behorben nothwendig hierdurch hervorgerufen werden mußte.

Ce ift baher gewiß eine hochft bringende Aufgabe ber Gesetzgebung, biese Uebelftande, wo fie bereits bestehen, zu beseitigen, und in benjenigen

Brobingen, in welchen fle erft zu entfteben broben, gu berbuten.

Eine Aufhebung aller Laubemien und sonstigen BefitveränderungsAbgaben läßt sich in keiner Weise rechtsertigen. Da, wo sie erweislich
als Fructus jurisdictionis zu betrachten, fallen sie ohnehin schon nach
ber Versassungs-Urfunde weg. Säusig stammen sie aber unzweiselhaft
nicht aus der Gerichtsherrlichkeit ber, sondern find vielmehr reine GrundAbgaben. In diesen Fällen mangelt jeder Grund zu ihrer unentgeltlichen Aushebung.

Eben fo wenig erscheint es rathfam, überall auf ben Ursprung ber Abgabe gurudgugeben und ibr Fortbesteben lediglich von ber Rechtsgul-

tigkeit blefes Urfprungs abhängig zu machen. In einzelnen Källen wütbe man gwar hierbei finden, bag bie Abgabe ohne rechtlichen Grund eingeführt worben, in anderen bagegen auch, baf fie rollfommen rechieberbindlich flipulirt worden; in ben meiften Fallen aber würde ficherlich bas Refultat burchaus zweifelhaft bleiben, mithin auf Diefem Bege weber eine Berminberung ber Streitigfeiten, noch eine Beruhigung ber Bemitther berbeigeführt, fondern im Gegentheil eine große Bahl neuer zweifelhafter Prozeffe und schwankender Entscheibungen in benselben bervorgerufen, die Quelle ber jest schon bestehenden Aufregung alfo eher erweitert, als berftopft merben.

Nach ben gemachten Erfahrungen fann vielmehr ein gebefblicher Erfolg von ber Befetgebung nur baburch erreicht werben, bag zur möglichften Beseitigung ber hervorgetretenen ungablichen Prozesse rudfichtlich ber am baufigften vortommenben Streitfragen gefehliche Brafumtionen, und zwar unter befonderer Berücksichtigung ber Entscheidungen bes bochften Gerichtshofes, aufgestellt werben, bag ber Beweis ber Laubemialpflicht mehr bem praktischen Bedürfnig und bem natürlichen Rechtsgefahl ber Intereffenten angepaßt, als von furibifchen Spipfinbigfeiten abbangig gemacht und fo eine Gleichmäßigfeit ber Entfchelbung bei in ber That gfeichen Bechtsverhältniffen möglichst erzielt werde, daß aber namentlich auch vie Abgabe selbst va, wo ste zu drückend ist, erleichtert, die Ents schabigung möglichft gering und möglichft gleichmäßig für gleiche Berpflichtungen regulirt werbe.

Bon biefen Grunbfagen ift bei bem gegenwärtigen Gefet - Entwurf ansgegangen und fo bie Angelegenheit gewiffermaafen im Bece eines Bergleiche, bei bem fowohl bie Berechtigten als bie Berpflichteten von ihren unzweifelhaften Rechten gum Beften bes Ganzen etwas aufgeben, lediglich nach ber Billigfelt und aus bem prattifchen Gefichtspuntte georb-

net worden.

Mach dem früheren Gefet - Entwurf vom 10. Juli v. 3. follten alle Befigheranderunge = Abgaben, Laubentien u. f. w., welche von Desgendenten, Abgenbenten, Chegatten und Berlobten bes Befigers gu entrichten find, ohne Entichabigung bes Berechtigten wegfallen. Go bat fich aber ergeben, bag in ben weftlichen Provinzen Befigveranberunge = Abgaben baufig nur beim Uebergang bes pflichtigen Grundftude auf Deszenbenten bes Befigere zu entrichten find, mahrend Beraugerungen an Frentbe ber Abgabe nicht unterliegen. Der Gefet - Entwurf beabsidrigte feineswens, Die Laubemialpflicht im Allgemeinen ganglich aufzuheben, fondern Diefelbe nur, namentlich in ben bfilichen Provingen, wefentlich zu erleithtern; feine Ausführung wurde aber gerade in ben weftlichen Sandestheis fen, in welchen Die Befitveranberunge Abgaben viel weniger brudenb find, als in ben öfflichen, in vielen Fallen gur vollftanbigen Aufhebung der Laudemialpflicht führen.

Um nun nicht verschlebene materielle Befilmmungen für bie berfchiebenen Landestheile in Vorschlag zu bringen, wohl aber überall, wie es beabsichtigt ift, Erleichterungen zu gewilhren, ift in bem vorliegenben Gefet = Entwurf zwar die Aufhebung ber Laubemialpflicht ber Descendenten, Abcenbenten, Chegatten und Berlobten nicht ausgefprochen, bagegen aber barin die Bestimmung aufgenommen worden, daß bei Ermittelung ber Entschädigung niemals mehr als brei Beranderungsfälle auf Ein Jahrhundert gerechnet werden follen. Dies hat bei Befiftellung ber AbidfungsMente für bie öftlichen Provingen gung biefeibe Wirfung, als wenn Die Laubemialpflicht ber Descenbenten aufgehoben morben ware, und gewährt in ben weftlichen Provinzen eine gleiche Erleichterung in ben Fallen, in welchen bie Befitzveranderunge-Abgabe nicht nur bei Bererbungen an Detcenbenten, fondern auch bei Beraugerungen an grembe entrichtet werben mußte. Denn bie Bobe ber Entschädigung war auch fcon bisber bon ber Bahl ber auf ein Jahrhundert zu rechnenden Befigberanberungsfälle abhangig; bas Gefen beftimmte jeboth, bag hierbel auf einen folden Beitraum gwei Falle ber Beraugerungen an Frembe, zwei Falle ber Bereichung an Descenbenten und ein gall ber Bereibung an Geltenvertunibte und Anbere gu rechnen feten. Wenn nun aber nach bet vorgeftifagenen Beftimmung bes Entwurfs fortan überhaupt nur bochftens brei Berauberungefalle auf Gin Jahrhundert gerechnet werben burfen, mabrend bieber fünf folder Boffe und mehr in Amrechnung fommen tonnten, fo werben fünftig immer nur bie Berauferngen an Frembe, ober bie Bererbungen an Descenbenten, niemals aber beiberlei Balle jugleich bei Befffellung ber Bobe ber Entichibigung Berudfichtigung fine ben. Der Unterfebied in ber Birfung amifchen bem frliberen und bem gegemparisjen Befeg - Entwurf boftebt nur barin, bag nach letterem bis gur Provolation auf Abibfung ber Lautemialuflicht bas kaubemium auch von Descendenden, Abcendenten u. f. w. noch entrichtet werden muß, währerd nach bem früheren Entwurf biefe Berpflichtung icon nit Publifation bes Ablofungs-Gefenes aufgebort haben wurde. Diefer Unterschied ift um fo unerheblicher, als jedem Berpflichteten die Provofation auf Ablöfung ber Laubemialpflicht zu eller Beit freifteht und nach S. 47. bes Entwurfs icon bon bem Beitpunkt ber Anbringung ber Provotation ab bie Beffeveranderungs - Abgabe nicht mehr geforbert worben barf.

Bu ben einzehnen Banagraphen bes gegenwärtigen Aliels ift außer

bem vorftebend Gefagien nur noch Folgendes ju bemerten;

Bu J. 36. Die Berpflichtung, Laubemien bei Bestigveränderungen in herrschen der hand zu entrichten, ist nicht gemeinrechtlich (S. 738, Li, 18, Xb. 1, Alls, Kandnacht) und kommet auch nur in menigen Gegenden vor. Wo sie aus dem Lehnsverhältnis entspringt, erscheint ihre unntgelissiche Ausbebung schon durch die der Lehnsberrlickseit, welche der S. 2. Nr. 1. des Entwurfs ausgesprochen hat, gleichzeitig gerochtertigt Aber auch in anderen Fällen verdient diese Abgabe keinen serventsertigten sehn bei Gerbeischung des Kalles, in welchem sie, wenigstens dei Beräuserungen, entrichtet werden nuß, nang in die Willfür des Benntutigten gestellt ist. Aus diesen Gründen ist in dem vorliegenden Ausgaben die zuentgelisiche Aussbewar ist in dem vorliegenden den Paragraphen die zuentgelisiche Aussbeward dieser Art von Bestigneränderungs-Abgaben allgemein ausgesprochen.

Anmerkung. Die Agrar : Commission und bie Rammern find beigetreten.

8. 37.

Alle unfixirten Befigweristberungs-Abgeben, weiche nach Einführung bes Edifts vom 14. September 1811 wegen Befot-berung der Landesfultur (Gefet-Sammlung 1811, Seite 300.) neu entstanden find, fallen undeschadet der Gültigkeit der übrisgen Bestimmungen der Beränferung ober Berleihung ohne Ents

schäbigung bes Berechtigten fort. Abgaben, bie bei Besitwers anberungen in einer ein für allemal bestimmten Summe entrichstet werben muffen,- sind für unfixirte Besityveranderungs Abgasen nicht zu erachten.

Motive.

Anmerkung. Die Rammern haben fich biefen Motiven angefchloffen.

§. 38.

Bon einem und demselben Grundstüde darf fortan niemals mehr als eine Art von Besitzveränderungs-Abgaben entrichtet werden. Sind bisher mehrere Arten von Besitzveränderungs-Abgaben neben einander entrichtet worden, so wird vermuthet, daß die höhere dieser Abgaben eine Grundabgabe sei und daher sortbestehe, die geringere dagegen zu den im §. 3. aufgehobenen Abgaben gehöre.

§. 39.

Bon benjenigen Abgaben, welche bei Besthveränberungen unter dem Ramen Schreibegebühren, Siegelgelber, Consirmations-, Aussertigungs-Gebühren, Zählgelber ober unter andern auf Gerichtshandlungen deutenden Ramen vorsommen, gilt auch in solchen Fällen, in welchen neben ihnen keine andern Besthver- anderungs-Abgaben entrichtet werden, die Bermuthung, daß sie Berichtssporteln sind und zu den nach S. 3. Nr. 5. aufgeho- benen Abgaben gehören.

Motive.

Diese beiben Borschriften verfolgen ben 3med, einige in ber Braxis bisher vorgekommene und in ben Erkenntniffen ber richterlichen Be-

hörben höchst verschieben beurtheilte Zweisel und zwar zu Gunften ber Berpflichteten, abzuschneiben. Es entspricht ber Natur ber Sache, daß von einem Grundstüd nur eine Art von Bestheranderungs-Abgaben zu entrichten ist. Da, wo bisher mehrere erhoben worden sind, ist gewiß nicht ohne Grund anzunehmen, daß die übrigen keine eigentlichen Laudemien, sondern lediglich aus dem gerichtsherrlichen Verhältnisse entsprungen, und daher nach §. 3. des Entwurfes ausgehoben sind. Da der Name dieser verschiedenen Abgaben selten einen sichern Anhalt für die Entscheidung darüber bietet, welche von ihnen als eigentliches Laudemium zu betrachten sei, so erschien es angemessen, in dem Geseh mit einer aus der Söhe des Betrags zu entnehmenden Präsumtion der richeteilichen Entscheidung zu Gulle zu sommen.

terlichen Entscheidung zu Gulfe zu fommen.
Die im §. 39. zu gleichem Zweck aufgestellte Bermuthung, daß gewise, bei Bestigveranderungen vorkommende Abgaben, deren Benennungen auf Gerichtschandlungen hindeuten, keine Laudemien find, sondern zu
ben im §. 3. unentgeltlich aufgehobenen Gerlchtssporteln gehören, ist besonders für die Broninz Schlesten von Wichtigkeit und darauf berechnet,
die vielsach bierüber entstandenen Streitigkeiten möglichst abzuschneiden.
Uebrigens soll diese Bermuthung nicht etwa eine praesumtio juris et
de jure, vielmehr dem Berechtigten der Beweis des Gegentheils ftets

freigelaffen fein.

Anmerkung. Dem haben fich bie Rammern angeschloffen.

§. 40.

Der Nachweis, daß ein Grundstüd zu Besitzveränderungs-Abgaben verpflichtet ist, kann fortan durch Berufung auf Observanz nicht mehr geführt werden. Dagegen genügt es zu diesem Rachweis, wenn ein Besitzer des Grundstüds die Verpflichtung, auch ohne Angabe des Nechtsgrundes derselben, in einer öffentlichen Urkunde anerkannt hat. Selbst ein solches Anerkenntniß kann jedoch die Fortdauer solcher Besitzveränderungs-Abgaben, welche nach \$. 36. bis 38. unbedingt ausgehoben sind, nicht bewirken.

Motive.

Diese Borschrift hat sich vornehmlich in Schlesten als bringendes Bedürsniß herausgestellt. Wenn auch die Observanz an sich ein zulässische Beweismittel für das Dasein der Laudemialpslicht und selbst in mehren Gesten ausdrücklich auf sie verwiesen worden ist, so haben doch bekannt-lich von jeher die Meinungen sowohl der Rechtslehrer als der Richter über den Begriff und die Ersordernisse einer Observanz sowohl in abstracto als in concreto dergestalt geschwankt, daß in den desfallstgen Prozessen, bei völliger Gleichartigkeit der Verhältnisse, die allerverschiebensten Entscheidungen hervortraten, während andrerseits urtundliche Beweismittel, z. B. Aufzeichnungen der Berechtigungen und Verhstlichtungen in den Erwerbs-Dotumenten, Anerkenntnisse darüber vor der Spyothekenbehörde, bei den erkennenden Richtern häusig nicht diesenige

Beachtung fanden, twelche ihnen das natürliche Bechtsgefithl der Intereffenten, der Berpflichteten sowohl als der Berechtigten, entschieden beimilit.

Bom pratischen Standpunkt erscheint es daher gerechtfertigt, dem Rachweis der Laudemialpflichtigkeit, welche durch Berufung auf Observanz gesührt werden soll, nicht ferner zu gestatten. Dies bestimmt der Entwurf; zugleich aber fügt er, um auf der anderen Seite die Beweissmittel der Vercchtigten wiederum zu ergänzen, die Vorschrift binzu, daß es zu dem Rachweise der Laudemialpslichtigkeit genüge, wenn dieselbe von einem Bestiger des verpslichteten Grundstäds in einer öffentlichen Urkunde, wenn auch ohne Angabe des Rechtsgrundes, anerkannt worden sei. Dieses Mittel empfiehlt sich offenbar als das natürlichte und zugleich um deshalb als das zweidentsprechendte, da solche Anerkenntnisse in der Resgel gleichmäßig von den Gleicherpflichteten abgegeben worden sind und auf diese Weise ein Hauptzweck, — gleiche Entschlung bei gleichen Verspslichtungen berbeizussissen, — erreicht wird.

Die Bestimmungen bes §. 40. follten in bem Entwurf ursprünglich nur für Schlesten ertheilt werben. Die meisten Auseinandersengs Bestörben ber übrigen Provinzen, in benen Bestisveränderungs Abgaben vordommen, haben aber darauf angetragen, diesen Paragraphen zu genestliften, und es ist hierauf um so mehr eingegangen worden, als das durch die Gleichsörmigkeit der Gesetzgebung für alle Provinzen enhalten und der Entstehung solcher Misverhältnisse, wie sie in Schlesten schon hervorgetreten sind, in den übrigen Provinzen von vornherein entgegen-

getreten wirb.

Anmerfung. Diefen Grunden ift bie Rammer beigetreten.

5. 41.

Bur Ermittelung bes Werthe ber abzulofenben Befigveranberungs-Abgaben ift

- 1) bie Bahl ber auf ein Jahrhundert anzunehmenben Befthe veranberungsfälle;
- 2) der Betrag ber Befitvoeranderunge-Abgabe feftzustellen.

S. 42.

In der Regel find brei Besityveranderungsfälle auf ein Sabrhundert zu rechnen.

Ift jeboch die Befigveranderunge - Abgabe

- 1) nur bet allen Beräußerungen an Andere, als an Descensbenten bes Besitzers zu entrichten, so werben zwei Berganberungsfälle auf ein Jahrhundert gerechnet;
 - 2) daffelbe findet statt, wenn die Abgabe bei jeder Art ber Bestiherwerbung Seitens eines Descendenten entrichtet werden muß;

3) ft bie Abgabe nur bei gewiffen Arten ber Berfingerung an Andere als an Descendenten zu entrichten, bei andern aber nicht, fo wird nur Gin Beranberungsfall auf Gin Jahrhundert gerechnet:

4) daffelbe findet statt, wenn die Abgabe nur bei gewiffen Arten der Besitzerwerbung Seitens eines Descendenten

gu entrichten ift, bei andern aber nicht;

5) ift die Abgabe ausschließlich ober noch außerdem in ans dern Fällen als bei ben unter 1. bis 4. genannten Arten bes Besitzerwerbs zu entrichten (g. B. bei Gelrathen bes Befigers), so ift für ben Eintritt eines jeben folchen Falls Ein Beränderungsfall auf Ein Jahrhundert ju rednen.

Mehr als brei Beränderungsfälle dürfen aber niemals auf Ein Jahrhundert gerechnet werden.

Grande ber Agrar-Commiffion.

Gezen die Bestimmung im 5. 42., daß niemals nuhr als drei Beranderungefälle auf ein Jahrhundert gerechnet werden fotien, find in ber Commiffion mit Rudficht auf ben in ber Einleitung Dieses Berichts jum Titel VI. bezeichneten Bwede Diefer Festfepungen feine Erinnerungen ge-Ein Mitglied bat givar ben Antrag geftellt, Die vorge-Schlagenen brei Falle auf zwei Balle fur ein Jahrhundert zu befchranten; es ift jeboch Diefer Untrag nicht naber begrundet und mit 22 gegen 4 Silmmen verworfen worden.

Dagegen baben mehrere Mitglieber in ber Beftimmung eine Barte ertemen ju muffen geglaubt, bag in ber Borlage ber Roniglichen Regierung bei Berauferungen an Andere, als Descenbenten, zwei Falle auf ein Indrhundert gerechnet werben follen, und eben fo viel Falle auch wieder, wenn bas Laubentium bei Berauferungen an Descenbenten entrichtet wird. Danach werben in bem Galle, wenn in allen Beraußerungsfallen (mithin an Descendenten und an Andere) ein kaubeminm gezahlt wird, auf ein Jahrhumbert vier, ober nach ber im Gefet - Entwurfe an-

genommenen Reduction brei Balle gerechnet.

Rach ber feitherigen Gefengebung,

1. 33. der Ablöfungs Drbnung vom 7. Juni 1821, 5. 69. ber Ablofunge Dronung bom 13. Juli 1820,

1. 71. ber Ablöfunge Drbnung für bas Bergogthum Beftphalen bom 18. Juli 1840,

6 51. ber Ablosungs Drbnung für die vormals naffauischen Landesthelle und bas Gebiet ber Stadt Beglar bom 4. Juli 1840, find aber nur zwei Balle auf ein Jahrhundert angenommen worden, wenn ein Konbemium in ben Berangerungsfällen zu entrichten war.

We murde baher und da nach der Anscht jener Mitglieder der Come mission die gemachten Erfahrungen zu einer Erhöhung jenes Sapes teis nen Anfaß geben, beantragt, in Diesem Buntte Die seitherige Gefotgebung Wign bubalter.

Gegen biefen Antrag wurde von dem Commissarius der Koniglichen Regierung geltend gemacht, daß zwar in der vorstehend entwickelten Weise die sammtlichen Ablösungs-Gesetz in einigen Provinzen, namentlich in der Provinz Sachsen zur Anwendung gekommen, die Auseinandersetzungs-Behörde für Schlesten aber seither auch judicando vier Källe auf ein Jahrhundert gerechnet habe, wenn das Laudemium bei Beraußerungen an Fremde und an Descendenten zu entrichten gewesen seizer Gefetz-Entwurf beabsichtigte eine Ausgleichung wegen dieser Berschiesbenheit und habe biese in dem Borschlage wegen Annahme von drei Fällen auf ein Jahrhundert für das vorbezeichnete Rechtsverhältniß sinden zu müssen geglaubt. Dieser Ausführung des Königlichen Regierungs-Commissens hat sich hiernächst auch die Majorität der Agrar-Commission angeschlossen und den obigen Antrag mit 14 gegen 12 Stimmen verworsen.

Gegen die Fassung bes §. 42. ist in der Commission angeführt worben, daß dieselbe nicht erschöpfend und ausreichend sei. Es wurde dies auch von dem Commissarius der Königlichen Regierung als richtig anerkannt, und unter Zustimmung des Letteren haben die Kommissionsmitglieder sich dahin vereinigt, der zweiten Kammer die Annahme folgender Fassung vorzuschlagen:

"In der Regel find drei Bestigveranderungsfälle auf ein Jahrhundert zu rechnen. Ift die Bestigveranderungs-Abgabe bei allen Beräußerungen an Andere als Descendenten des Bestigers zu entrichten, so werden zwei Beränderungsfälle auf ein Jahrhundert gerechnet.

Daffelbe findet Statt, wenn die Abgabe bei jeder Art ber Erwerbung Seitens eines Descendenten entrichtet werben muß.

Sind Descendenten nur bei gewiffen Arten ber Erwerbung bes pflichtigen Grundstuds die Bestsveranderungs Abgabe zu entrichten schuldig, bei andern Arten ber Erwerbung aber von der Abgabe befreit, so wird nur ein Beränderungsfall auf ein Jahr-hundert gerechnet. Dasselbe geschieht wenn die Abgabe nur bei gewiffen Arten der Beräußerung an Andere als Descendenten entrichtet werden muß, andere Arten solcher Beräußerungen dagegen von der Abgabe befreit sind.

Muß die Bestigveranderungs-Abgabe in einem ober mehreren, außer den vorstehend erwähnten Beranderungsfallen entrichtet werden, so wird immer nur ein Beranderungsfall auf ein Jahr-bundert gerechnet.

Mehr als brei Beranberungsfälle burfen niemals auf ein Sabr-

hundert gerechnet werben."

S. 43.

Ift der Betrag der Besigveränderungs Abgabe weber ein für allemal, noch auch nach Procenten des Werths oder Erwerbspreises des verpstichteten Grundstüds rechtsgültig bestimmt, so wird der Durchschnitt derjenigen Beträge, welche in den letten sechs Beränderungsfällen wirklich bezahlt worden, oder zu zahlen gewesen sind, und wenn dieses nicht ermittelt

werben fann, ber Durchschnitt berjenigen Betrage, welche bestannt find, als Einheit zu Grunde gelegt.

Sollte auf biese Beise ber Betrag ber Gewinngelber von mahljahrigen Besithern nicht ausgemittelt werden können, so soll ber halbe Betrag eines vollen Gewinngelbes ber wirklichen Besither besselben Grundstuds angenommen werben.

Ift ber Betrag ber Besitveranberungs Abgabe in einem gegebenen Falle aus bem Grunbe nicht genau festzustellen, weil ber Sterbefall und ber Gewinn zusammen in einer Summe bes handelt wurden, so soll die halfte bieser Summe als Betrag ber Gewinngelber angenommen werben.

Motive.

Diefer Baragraph ift aus ben Ablösungs Drbnungen fur bie weftlichen Brobingen übernommen worben, indem namentlich in Westphalen Bestigveranderungs Abgaben vorsommen, beren Betrag nach ben besonberen Berhältniffen bes Verpflichteten und nach andern zufälligen Umftanden in jedem einzelnen Fall besonders bestimmt werden muß.

Anmerfung. Mahljahrige Befiger -- Interims Birth (cf. Runbe, Brivat : Recht S. 522. b.).

S. 44.

Besteht die Besthveranderungs-Abgabe in Procenten von dem Werthe oder Erwerbspreise des verpstichteten Grundstuds, so erfolgt die Feststellung des bei der Ablösung zum Grunde zu legenden Werths oder Preises nach dem in Pausch und Bosgen durch Schiedsrichter abzuschähenden gemeinen Kauswerth des Grundstuds.

Gebäube und Inventarienstude find bei bieser Abschähung nur bann ju Erudsichtigen, wenn fich bie Berpflichtung zu ber Besteranderungs-Abgabe auf fie mit erstredt.

Bon bemt so ermittelten Kaufwerth kommen jedoch noch in Abjug:

a) die zur Ablösung von Diensten, Abgaben, Grundgerechstigkeiten ober andern Lasten des Grundstücks von dem gesenwärtigen oder einem früheren Besitzer desselben gezahlten Kapitalien, vorguszesetzt, daß die abgelösten Lasten dem Grundstück nicht etwa ohne Einwilligung des zu der Besstyveränderungs-Abgabe Berechtigten auferlegt worden waren, entgegengesetzten Falles ist der Abzug jener Kapitalien, unstatthast;

- b) zwanzig Procent bes Werthes ber jum Grunbftide getiecken;
- e) fungig Procent bes Werthes ber Gebaude und Inventa-

Motibe.

Die Borfceift, daß bei den sogenannten Procent-Laubemlen die Seftstellung des bei der Ablösung zum Grunde zu legenden Werths des Grundstücks nach dem in Nausch und Bogen abzuschähenden gemeinen Kauswerth besselben erfolgen solle, wird keiner besonderen Rechtsextigung bedürfen.

Bas die in dem britten Alinea des Paragraphen unter a bis e verordneten Abzüge von diesem Werth betrifft, so beruht die Bestimmung unter a. wegen der früher gezahlten Ablösungs-Kapitalien auf der Deklaration vom 25. April 1845 (Geset-Sammlung 1845,

Seite 243.),

unter b. c. wegen ber Abzüge von resp. 20 und 50 Procent bes Werthe ber Ländereien, so wie ber Gebaude und Inventatienftude,

thells auf ber Besorgniß, daß sonft ber der Ablösung zum Grumbe zu legende Weth leicht zu hoch zu steben kommen wurde, theils aber auch suf ber Amsicht, daß eine folche Ermäßigung biefes Werths zu Grunten der Berpflichteten in hinsicht auf die Bortheile, welche ber §. 49. des Entwurfs den Berechtigten in Aussicht stellt, der Billigkeit entspreche.

Anmerkung. Nach bem Beschlusse ber Rammer ift aus allgemeinen Brockmistigleite Granben bestimmt worben, daß die Abschätzung burch Schieberichter geschehen solle.

S. 45.

Ist der Betrag oder Procentsat der Besithveränderungs-Abegabe nach Berschiedenheit der Besithveränderungsfälle verschieden, so ist der Durchschnitt der nach S. 42. in Einem Jahrhundert zu ensrichtenden Beträge als Einheit des Betrages oder Procentsates der Besthyveränderungs-Abgabe anzusehen.

Mehr als brei Beränderungsfälle durfen auch hierbei auf Ein Jahrhundert nicht gerechnet werden.

Fallen mehr als brei Beränderungsfälle auf Ein Jahrhunbert, so ist ber Durchschnitt ber brei höchsten Beträge ber Besitsveranderungs-Abgabe maakgebend.

1. Protine.

Bein bei berschiedenen Atten von Besthretänderungsfällen (3. B. bei Subhastationen, bei andern Beräuserungen, bei Bererbungen 2.) ein verschiedener Betrag ober Procentsat entrichtet werben muß, so ift stoffer bei Berechnung bet Absindung bon ben Behörden, in Ermangelung gesehlicher Borschriften, ein sehr verschiedenes Bersachtet

worden. Nur das Reglement vam 9. April 1845 für die Allgungstasse in den Kreisen Mühlhausen 2c. enthält hierüber besondere Bestimmungen, welche jedoch, da sie gesehliche Borschriften über die von jeder besonderen Art der Bestimeränderungen auf ein Jahrhundert zu rechnende Bahl von Beränderungsfällen voraussehen, nach Inhalt des §. 42. des vorliegenden Gesetz-Entwurfs nicht mehr ausstührdar sind. Der vorliegende Beragraph bestimmt daher, daß ohne Kücksch darauf, wie viel Beränderungsfälle sich in einem Jahrhundert ereignen möchten, lediglich der Durchschritt aller vorsommenden verschiedenen Procentsähe, und betaubenien, welche nicht nach Procenten, sondern nach bestimmten Besträgen entrichter werden, der Durchschnitt aller vorsommenden verschliedenen Beträge — nicht der Durchschnitt der zu ermittelnden in einem Jahrhundert zu entrichten gewesenen Laudemial-Beträge — als Einheit der Berndung zu Grunde gelegt werden soll. Diese Ragel empsiehtt sich durch ihre Einsachheit.

2. Grunde ber Agrar-Commiffion.

Die hier vorgeschlagene Bestimmung kann unter Umftanben babin führen, daß für das größere Recht eine geringere Entschädigung bewilligt wird, als für das fleinere Recht. Das in den Motiven der Königlichen Regierung angegebene Besspiel wird dies verdeutlichen. Wenn z. B. von dem Bestier eines Grundstalls bei allen Beräußerungen, also auch bei Beräußerungen an Descendenten, 10 Procent des Kauswerths gezahlt werden, so find drei Fälle auf ein Jahrhundert zu rechnen, mithin

30 Procent bes Raufwerths.

Beträgt der lettere 100 Abaler, so wird die fährliche EntschäbigungsKente 9 Sgr. betragen. Muß außerdem noch bei Bererbungen an Deseendenten 5 Procent des Kauswerths als Laudemium entrichtet werden,
so soll nach S. 45. der Regierungsvorlage der Durchschnitt dieser des
den Procentsche (10 4 5 = 15) genommen werden und dieser ift 7½
Procent. Da nach S. 42. unter allen Umständen nicht mehr wie der
Välle auf ein Jahrhundert gerechnet werden, so kommen in diesem Falle
die auf ein Jahrhundert. Wird der obige Kauswerth von
100 Abaler beibehalten, so erhält der Berechtigte in diesem Halle eine
jährliche Entschädigungs Rente von 6 Sgr. 9 Pf. Müssen auch bei
anderen Vererbungen noch 8 Procent gezahlt werden, so beträgt der
Durchschnitt 7½ Procent und es kommen daher auf ein Jahrhundert
23 Procent, mithin nach dem obigen Beispiele als jährliche EntscheidungsRente 6 Sgr. 10½ Pf.

Rach den hier ausgestellten Beispielen hat daher der Berechtigte,

Nach ben hier aufgestellten Beispielen hat baber ber Berechtigte, welcher nur bei Beräußerungen Laubemien erhält, eine höhere Entschäbigung zu empfangen, als berjenige, welcher außer ben Beräußerungs- Laubemien nach bas ausgedehntere Recht auf Laubemien in allen Berers bungsfällen hat. Diese Nachtheile werden vermieden, wenn nicht bett Durchschitt ber nach S. 42. in einem Jahrhundert zu entrichtenden Besträge als Einheit angesehen, in dem Falle aber, wenn mehr als brei Källe auf ein Jahrhundert fallen, und daher nach S. 42. eine Reductiont derselben eintreten muß, der Durchschnitt der brei höchen Bettäge deb

Befitheranderunge - Abgabe ale maafgebend erachtet wird.

Bon ber Nothwendigfeit einer folden Abanberung bes S. 45. bes Entwurfs bat auch ber Commiffarine ber Königlichen Regierung fich überzeuat.

\$. 46.

Det hundertste Theil der Summe berjenigen einzelnen Besträge, welche nach ben vorstehenden Bestimmungen in den auf Ein Jahrhundert treffenden Bestip-Beränderungsfällen zu entrichten sein wurden, bildet den Jahreswerth der abzulösenden Bestechtigung.

8. 47.

Bon bem Zeitpunkte ab, an welchem eine Provokation auf Ablösung bei ber Auseinandersetzungs-Behörde angebracht wird, darf von denjenigen Grundstüden, auf welche sich die Provokation erstreckt (§8. 94. und 95.), für die später sich ereignenden Bestsperänderungs-Abgabe nicht mehr gesfordert werden.

Dagegen ift von eben diesem Zeitpunkte ab die zu ermittelnde Ablösungs-Rente von den Verpflichteten zu entrichten.

Gründe ber Agrar-Commission. Die seitherigen Ablösungsgesetze find von den Spruchbehörden schon dabin ausgelegt worden, daß nach erfolgtem Antrage auf Ablösung ber Bestigveranderungs-Abgaben deren Entrichtung nicht weiter stattsinde, wenn im Lause der Auseinandersetzung ein Veränderungsfall eintritt. Dies gründet sich zwar zunächst auf die seitherige Berechnungsart der Rente und die Verplichtung des Bestigers zur Bahlung der Nachschustzeiten (S. 48.); die Agrar-Commission hat aber auch bei der Rage der gegenwärtigen Gesetzgebung sich dem vorgelegten Gesez-Entwurse angesichlossen, weil hierdurch eine Gleichmäßigseit in der Entschädigung, welche hon den in gleicher Art Berpslichteten zu gewähren ist, herbeigeführt wird,

§. 48.

Rachichuß. Renten werden bei Ablofung ber Besithverandes runge-Abgaben nicht ferner seftgestellt.

Bründe der Agrar-Commission.
Nach den bisherigen Ablösungs-Geseten mußte ber Laudemialpsichtige zur vollständigen Entschädigung des Berechtigten die ermittelte Abslösungs-Rente seit dem letten Veränderungsfalle nachzahlen. Diese Vorschrift hat hauptsächlich Misstimmung gegen die Laudemial-Ablösungen bervorgerusen, und zwar, wie sich nicht leugnen läst, nicht ganz mit Unrecht. Denn dieselbe hat zur Folge gehabt, daß bei Stellen von gleisem Werthe und mit gleicher Laudemial-Belastung die Sohe der Entschädigungsrenten verschieden seitgestellt-werden mußte, und in einzelnen Fällen, wenn, wie es vorgesommen, die Nachzahlungen für 40 bis 60 Jahre geleistet werden mußten, fast dem Werthe der Stellen gleich sam. Iene Vorschrift hat in der Annahme ihre Begründung gehabt, daß nach

ber Auficht Einiger die Laubemien pontnumerando zu gablen gewesen find, ober daß nach ber Unficht Unberer burch Diefelben und unter hinzurechnung ber laufenden Bente ber Berechtigte in den Stand gesetht werde, bei bem nächsten Beranderungsfalle das volle Laudemium zu beben, deffen Erhebung durch die Ablösung unmöglich geworden.

Dag aber Die Richtigfeit jener Borausfegung nicht erweislich und biefer Art ber Berechnung nicht ein mathematifch richtiges Brincip zum

Brunde liegt, bedarf feiner weiteren Ausführung.

Die Abschaffung der Nachschuprenten für alle fünftigen Ablösungen hat hiernach die Agrar-Commission für durchaus gerechtsertigt gehalten; dieselbe hat aber auch nicht beantragen zu können geglaubt, daß in der ren Stelle etwas Anderes geseht werde, vielmehr die Ausgleichung in dieser hinsicht in den Bestimmungen der SS. 44. und 49. gefunden.

§. 49.

Eine Ruckforderung der vor Berkundung des gegenwärtigen Gesetes gezahlten Besithveränderungs-Abgaben aller Art ist nur zuläffig, wenn die Zahlung entweder unter schriftlichem Bordeshalte der Ruckforderung geleistet oder durch administrative Erekution erzwungen worden ist, obgleich der Berpflichtete vor Bollstredung der Exekution seine Zahlungs-Berbindlichkeit bestritten hatte.

Motive.

Die Bestimmung bieses Baragraphen ift hauptsächlich nur fur Schlesten von Bedeutung, dort aber auch für herstellung eines friedlichen Bustandes dringendes Bedürfnis. Die früherhin bona side gezahlten und angenommenen Bestigveränderungs Abgaben werden in neuerer Beit dort in unzähligen Processen zurudgefordert. Es genügt zur Klage die Behauptung, daß keine Berpflichtung zur Bahlung vorhanden gewesen. Der Beweis der Verpflichtung liegt dann dem Verechtigten oder dem Empfänger des Laudemiums ob, der oft, weil er den Bestig bes Gutes inzwischen aufgegeben hat, nicht einmal mehr in der Lage ift, den Bes

weis mit Leichtigfeit führen zu fonnen.

Gerade. Diese Rudforderungs-Rlagen üben ben verberblichsten morralischen Einfluß aus. Sie find ein Gegenstand der Spekulation bos-williger Bucherer geworden, welche fich für ein geringes Getd dergleichen Rlage-Ansprüche von den laudemialpflichtigen bäuerlichen Besitzern cedizten lassen und dieselben alsdann mit aller rabuliftischen Energie gegen die früheren Empfänger der Laudemien oder beren Erben versolgen, derzestalt, daß keiner dieser Berechtigten jest mehr sicher davor ist, durch derzeleichen Processe wegen längst empfangener Bahlungen noch jest beunzuhigt zu werden. Gegen dieses arge Trelben ist das neue Geset, die Laudemialberechtigten in Schutz zu nehmen, um so mehr verbunden, als dasselbe andererseins diesen Personen mancherlei Opter zur Erleichterung der Laudemialverpflichteten zumuthet.

Schließlich foll bier noch burch ein Beispiel anschaulich gemacht werben, ju welchem Ergebniß bie Grundfate bes Entwurfs über bie Ablöfung ber Befitveranberungs-Abgaben fuhren. Wenn auf einem Grundflåct die Berpflichtung haftet, bei Berdugerungen an Freiter to Brosent bes Erwerbspetijes, bei Bererbungen und Betäußerungen an Dessendenten 5 Procent und bei Beterbungen an Seitenverwundte und Assendenten & Procent an Kaudemien gu entrichten, außerbem cher auch noch bei jeder, oder bei einer oder der andern jener Bestzdenüberungen den Marfgroschen mit 2 Procent des Erwerdspreises zu entrichten, so würde bei der Ablösung zunächst des Erwerdspreises zu entrichtung des Marfgroschens ganz megfallen (§. 38.). Angenommen nun feinet, der gemeine Ausswerth des gangen Grundfilch beirüge 1000 Athir. und bie Gebäude und Indentarienstiller und 800 Rehlr. auf die übrigen Grundstädte zu rechnen, so würde

a) bom Berth ber Gebaube und Inventarienftude

Summa 260 Kthlr. in Abzug zu bringen fein und mithin der laubentalpflichtige Weth des Grundfluck 740 Rthlr. betragen (§. 44.). Der Durchschnitt von 10, 5, ... und 8 Procent beträgt 7½ Procent (§. 45.), nach diesem Sate würsden also in zedem Beränderungsfullt von den 740 Rthlr. detrugenden Werthe 56 Athlr. 22 Sgr. an Laubenten zu zehlen fein; und da nach §. 48. hier drei Beränderungsfälle auf Ein Jahrbundert zu rechnen sein würden, so betrüge die jährliche Abldungsrente nach §. 46. den eindungbertsten Theil von 8×56 Athlr. 22 Sgr. ober von 170 Athlr. 8 Sgr. mithin 1 Athlr. 21 Sgr. 1 Pf.

Tit. VII.

Befte Gelb:Abgaben.

S. 50:

Fefte jahrliche Gelb-Abgaben werden nach ihrem Jahredbetrage in Rechnung geftellt.

\$. 51.

Ift eine feste Geld-Abgabe nicht alljuhrlich, sondern nach Ablauf einer bestimmten Anzuhl von Jahren zu entrichten, so wird ihr Betrag durch die Jahl dieser Jahre getheilt und der Duvtient stellt alsdann den Jahredwerth der Abgade dar.

6, 52

Auch diesenigen Renten, bei benen das Kapital, burch weteches sie kunftig abgelöst werden können, nach bem bisherigen gesehlichen Ablösungssat der Kapitalistrung zu 4 Procent im Boraus sestgestellt ift, kommen als seste Geld-Abguben nach ihrem Jahres Betrage in Rechnung.

Daffelbe gilt von ben vorbedungenen Binfen ber nach bem bieherigen gesehlichen Abiblungsfat und nach Maaggabe speciell

ermitteter Entschädigungs-Rente festgestellten Allofungs-Rapis tallen, beren Rundigung nur bem Berpflichteten zusteht.

g. **5**3.

Ift bagegen in den Fällen bes 8. 52. eine Frist zur Zahtung des Ablösungs-Rapitals rechtsverbindlich sestgesett oder die Besugniß zur Kündigung besselben oder der Ablösungs-Rente auch dem Berechtigten, wenn auch nur unter-gewissen Boraussezzungen eingeräumt, so hat es bei diesen Festsetungen lediglich sein Bewenden, und es sinden auf Fälle dieser Art die Bestimmungen des gegenwärtigen Gesehes, mit Ausnahme der §§. 91. 92. 93., seine Anwendung.

S. 54.

Nach eben biesen Grundsagen (8. 53.) unterliegen auch bie aus Gemeinheitstheilungen entsprungenen Renten ber Ablösung nach ben Borschriften bes gegenwärtigen Gesehes nur bann, wenn ber Berechtigte sich bes in Ansehung solcher Renten gesehelich ihm zustehenden Kundigungsrecht begeben hat.

1. Motive.

Diese Bestimmungen verstehen sich eigentlich von selbst, sie haben jebock, des besteren Zusammenhanges wegen, und um jeden Zweisel barüber, daß auch Geld-Abgaben bei der Zusammenrechnung sammtlicher Leistungen und Gegenleistungen nicht haben ausgeschlossen werden sollen, ausgenommen werden mulfen.

Rach ben bisherigen gesetlichen Bestimmungen mußte, wenn eine, durch einen Ablösungs-Regeft festgeftellte Rente in ber Folge burch Rapitaljahlung abgelöft werden follte, ein neuer Reczp aufgenommen und Um Diese Doppelte Operation und Die baraus entftebestätigt werben. benden Weiterungen und Roften im Borque zu vermeiben, suchten Die Auseinandersenungs Beborben allmälig babin zu wirken, daß bie Ablojungen von bornberein, ftatt auf die beantragte blobe Beftfenung einer Bente, fogleich auf die Beftfegung eines, nach bem gefeglichen Ablofungsfat bes 25fachen ber Rente berechneten und gu 4 Brocent verginelichen Rapitule gerichtet, und bierhei nur ber, ebenfalle ben Gefegen entfpre-Arnbe Borbehalt gemacht wurde, bag biefes Rapital nicht von bem Berichtigten gefündigt werden burfe. Auf Diefe Beife vertraten bie Binfen eines folden Rapitals gang Die Stelle einer Ablöfunge - Ronte. 200 aber Die Partelen auf ein tlebereinfommen biefer Art nicht eingeben wollten, waren mehrere Museinanberfenungs - Behörben wenigstens barauf bebacht, in die auf Beftiegung einer Ablofungs-Rente fich beschränkenden Rezeffe zugleich die gefegliche Boftimmung aufzunehmen, daß bei einer fünftigen befinitiven Ablofung ber Wifache Betrag ber Rente als Ablofungs-Rapital ju etlegen und hierüber ein befonderer Regest aufzunehmen fei.

Es läßt fich nicht, wie es bereits geschen if, behaupten, bag burch bergleichen in bie Regeffe, lebiglich aus formellen Grunben, aufgenommene

gefehliche Beftimmungen, bem Berechtigien ein bertragsmäßiger Anfpruch ermachsen fei, bei ber fünftigen befinitiven Ablofung burch Rapital jedenfalls bas 25fache ber Rente zu forbern, und bag baber bas vorliegende neue Ablöfungegefen, welches biefen Ablöfungefan abanbernd auf bas 18. und refp. 20fache bestimmt, auf Falle ber fraglichen Art nicht angewandt werden burfe. Denn jene Rezegbeftimmungen gemahren bem Berechtigten burchaus fein mehreres Recht, als ihm auch ohne Diefelben gefetlich guftanb; er feinerseits ift nicht befugt, burch Rundigung ben Berpflichteten zur Rapital=Abzahlung zu nöthigen; er hat also durch ben Regeß nur allein einen Unfpruch auf Fortgablung ber Rente ober ber ibr gleichkommenden Binfen bes im Boraus berechneten Ablofungs - Rapitale erlangt, und fteht mithin, bem Gefet gegenüber, benjenigen anbern Berechtigten völlig gleich, welche bisber ohne einen folchen Regeß eine Belbrente bezogen haben, und nach Erfcheinung bes neuen Ablofunge - Befeges Die früher, gefeglich ihnen gewährte Ausficht verlieren, bei funftig von bem Berpflichteten beantragter Rapital = Ablofung, noch ferner bas 25fache ber Rente ju erhalten. Aus biefen Grunben find baber in bem vorliegenden Baragraphen alle Diefe Falle ausbrudlich Der Regel bes S. 50. unterworfen worden.

Anders gestaltet sich aber die Sache, wenn in einem bereits abgesfaßten Ablösungs-Rezesse auch dem Berechtigten die Befugniß zur Kunsbigung eines solchen im Boraus zu dem bisherigen gesetzlichen Ablösungs-say von 4 Procent bestimmten Ablösungs-Kapitals vorbehalten worden ift. In einem solchen Falle hatte der Berechtigte bisher nicht blos einen Unspruch auf die Rente, sondern es hing auch von seiner freien Entschliesung ab, den Berpflichteten zur Zahlung des Kapitals in jenem bestimmsten Betrage des Zosachen der Rente zu nöthigen, und dieses sein wohlerwordenes Recht darf ihm allerdings durch das neue Ablösungs-Geses nicht entzogen werden. Fälle dieser Art mußten daher, wie es in dem §. 53. geschehen ift, von der Einwirkung dieses Gesess ausgeschlossen werden.

Aus gleichem Grunde aber ist im §. 54. bes Entwurfs eine folche Ausschließung auch in Ansehung bersenigen Renten angeordnet, welche aus Gemeinheitstheilungen entsprungen find, da bei Renten dieser Art dem Berechtigten gesetzlich (§. 75. der Gemeinheitstheilungs-Ordnung vom 7. Juni 1821) das Recht zusteht, im Wege der Kündigung von dem Berpflichteten zu fordern, daß er die Rente durch Erlegung des 25fachen derselben ablöse.

Endlich erschien es auch nothwendig, von der Einwirfung des vorliegenden neuen Gesetes diejenigen Fälle auszuschließen, in welchen unter den Barteien bereits früher ein anderer, als der bisher gesetzliche Ablössungssat der Kapitalistrung zu 4 Procent und zwar entweder ein höherer oder geringerer, recht everbindlich sestgestellt worden ist. Dergleichen von dem bisherigen Geset abweichende Stipulationen können nur auf beschonderen saftischen Gründen beruhen, deren Einfluß auf die Auseinanderseung lediglich der Beurtheilung und dem Uebereinsommen der Baciscenten überlassen bleiben muß. Ift ein solches Uebereinsommen aber einmal rechtsverbindlich getroffen, so kann dasselbe einer Abänderung durch ein späteres neues Geset ohne Ungerechtigkeit nicht unterworfen werden.

2. Grunbe ber Agrat-Commiffion.

Die Bestimmungen ber SS. 50. 51. 53. 54, find bon ber Rommif-

fon ohne Erinnerung angenommen worben.

Dagegen hat der §. 52. des Gesey-Entwurfs bei einigen Mitgliedern Bedenken erregt. Nach demselben sollen Renten, bei denen das Kapital, durch welches sie fünstig abgelöft werden können, nach dem bisderigen gesestilchen Ablösungssage der Kapitalistrung ju 4 Procent im Boraus festzgestellt ift, dem gegenwärtigen Ablösungs-Gesetz unterliegen, und nach ihrem Jahresbetrage als seste Geld-Abgaben in Rechnung kommen. Gegen diese Bestimmung wurde angeführt, daß in den bezeichneten Fällen die seitherigen gesetzlichen Ablösungssätz zu vertragsmäßigen erhoben worsen, daß jene daher das Eigenthum und die heiligkeit rechtsgültig gesschlossen Berträge verletze und damit das Rechtsbewußtsein im Bolse immer mehr und mehr untergrabe. Unter keinen Umständen könne man die Berpslichteten für besugt erachten, die Ablösung der rezesmäßig übernommenen Kenten nach anderen, als den seither gültigen Gesetzen zu verslangen. Von diesen Mitgliedern wurde beshalb der Antrag gestellt, am Schlisse des ersten Alinea dieses Paragraphen solgenden Zusat anzusnehmen:

"Benn jedoch ber Berpflichtete auf die Ablöfung anträgt, fo behält es bei ben durch die bisherigen Gesetze festgestellten Bestimmurgen sein Bewenden."

Für die unveränderte Beibehaltung der Bestimmung des Geses-Entwurfs der Königlichen Regierung wurde dagegen angeführt, daß in den bier vorausgesesten Fallen die Bestimmungen über die Ablösung der Renten nur formell zu einem Theile der Verträge gemacht worden, die Absicht der Parteien aber nicht dahin gegangen sei, für den Fall der fünstigen Ablösung Bestimmungen zu treffen, welche den zur Beit der fünstigen Abschließung der Renten-Ablösunge-Verträge geltenden Geses prajudiciren sollten.

Dies trete als ganz unzweiselhaft hervor, wenn man den seitherigen Gang der agrarischen Auseinandersetzungen sich vergegenwärtige. Nach demselben wurden die Auseinandersetzungs-Rezesse nach den von den Parteien abgegebenen Anerkenntnissen über die zugelegten Entschädigungs-Berechnungen und resp. nach den Judisaten über die Letzteren entworfen und vor der Bollziehung der Austinandersetzungs-Behörde vorgelegt. Bon dieser sei in der Regel zur Belehrung der Betheiligten, und um die Berpflichteten gegen die Nachtheile zu schützen, welche ihnen aus der Jahlung von Ablösungs-Kapitalien, ohne vorherige Freigebung der Letzteren leitens der Auseinandersetzungs-Behörde erwachsen können, die Austinahme der Fieslichen Ablösungsprincipien in dem Rezesse angeordnet worden. Wenn aber die in Rede stehenden Stipulationen solchen Umständen ihre Entstehung verdansten, so könnten dieselsben auch nur als die gesetzlichen Bestimmungen angeseben und das Recht der Gesetzebung, diese zu ändern, nicht in Zweisel gezogen werden.

Siernach und gang abgesehen bavon, daß durch Ausschliegung ber rezestmäßig fefigestellten Renten von den Borschriften des gegenwärtigen Besetzentwurfes an der, als ein dringendes Bedürfniß anerkannten, Erleichterung der Ablösung der Grundlaften der größte Theil der Ber-

pflichteten nicht Afeil nehmen binne, erfcheine baber ben vorgelegte Ge-

fet - Entwurf burchque gerechtfertigt.

Diesen zulest entwickelten Grunden ift benn auch die überwiegende Majorität ber Agrar-Commission beigetreten, indem fie mit 21 gegen 4 Stimmen unter Berwerfung bes obigen beantragten Busapes ben §. 52. unverandert angenommen hat,

Anmerkung. Ad. S. 52. hiernach werben auch bie Berabrebungen wegen Fofikellung bes Ablösungosages ber Kapitaliftrung zu 4 Procent bei fteiz genben und falleuben Getreibe-Renten bei ber Ablösung resp. Ueberweisung an bie Rontenbanken zu ignoniren sein.

S. 55.

Auf Renten bei welchen ein anderer als der bisherige gefepliche Ablöfungsfat der Kapitalistung zu 4 Procent im Boraus rechtsverdindlich festgesett ist, so wie auf Jinsen folder Ablösungskapitalien, bei deren Feststellung ein anderer als diefer disherige gesetzliche Ablösungsfat zur Anwendung gesommen ist, endlich auf Jinsen solcher Ablösungskapitalien, welche im Wege eines nicht auf Grund einer speciellen Werthsermittelung geschlossen Bergleichs und ohne Zugrundelezung des damals gesetzlichen Ablösungsfates vertragsweise sestgestellt worden sind, sindet das gegenwärtige Geset, mit Ausnahme der \$8. 31. 32.

Die Rammern haben beschloffen, Die Beftimmung biefes Paragra-

"Binfen folder Ablöfungstapitalien, welche im Wege eines nicht auf Grund einer fpeciellen Werthsermittelung geschioffenen Bergleichs und ohne Bugrundelegung bes bamals gefestichen Ablo-

fungefages vertrageweife feftgeftelt worben finb"

austudehnen; übrigens aber die Anwendbarkeit der Bestimmungen ber PS. 91. 92. und 93. des Gesetzes ohne alle Ausnahme anzuerkennen. Die Gründe, welche für diesen Beschluß in der Kanmersthung vom 30. Rovember 1849 geltend gemacht worden, sind im Wesentlichen folgende:

- 1) die füusprocentigen Ambitalien dieser Art werben zwar burch & & . (in kiner ursprünglichen Fassung) ausgeschloffen sein, aber hinsssicht ber vierprocentigen bleibt dies zwiselhaft. Diese muffen aber ebenfalls ausgeschlossen werben; denn bei ihnen nerden, weber eine Ronte noch ein Ablösungssat, also gerade die eigewillichen Handaben bes Geses angetroffen, vielmehr handelt au sich hier ganz einfach um durch eine Novation entstandene Schuldkapitatien und deren Zinsen, nicht um Ronten und deren Ablösungsssatien und deren Albissungssspilen.
- 2) Die Answedbarteit der Bestimmungen in den §S. 91. 92. regb 98. ohne alle Andnahme mußte aber auch hier ausgesprochen werden,

wenn jebe Gelegenheit jur Umgehung bes Gefetes befeitigt merben follte.

\$, 56,

In den Fällen der 88. 53. 54. 55. soll jedoch dem Bereche tigten freistehen, auf Abstudung in Rentenbeiefen nach Maaßgabe des Geseyes über die Errichtung von Rentenbanken anzutragen, wenn der Berpflichtete nicht die Absindung nach den Befimmungen den Bertrages vorzieht.

Die Ueberweisung an die Rentendank kann aber von der Behörde insoweit verweigert werden, als die zu übernehmenden Amten oder Zinsen zwei Dritthelle des nach §. 63, zu ermittelneden Keinertrags des Grundklick übersteigen.

Diefer Baragraph ift in dem Gefets-Entwurfe nicht enthalten und erft von den Kammern beschloffen worden. Die Grunde, aus welchen biefer Reschieß bervorgegangen, lauten im Meinetlichen babin:

Diefer Bufap- Pawagraph beakstatigt, eine Vernittelung durch die Bentenhanken auch in den §§. 53. 54, und 55. hezeichneten Andsvadiglen eintreten zu lassen, und zwar nur nach der Wahl der Berechtigten, indem er gleichzeitig die Befuguiß des Verpflichteten sestlichtet, die Abiosung nach dem Bertrage bewirken zu lassen. Dies kann aber nur dedurch geschehen, daß wide Theile fich darüber einigen, also eines neuen Vertrag errichten; desbald ist kein Grund vorhauden, dies an sich greckmäßige und den Bestimmungen des §. 65. entsprechende Vervollsftändigung des Gesess abzulehren (ac. 65ste Sigung vom 30. Novemsber 1849).

Aumerkung. Es burfte zwedmäßig fein, die Kommissarien allgemein anzweisen, daß sie die Interessentzu dazüber befragen, ob sie Abidfung durch Bermittelung der Rentendanken beantragen wollen. Die Prilfung in Boses par Respective fann wahl nur ellejn wor der Auseinandersetzunge: Bes hirde ausgehen.

Tit. VIII.

Undere Abgaben und Leiffungen

\$. 57.

Der Hahreswerth der Berpflichtung dur Hakung von Samenvich und zur Aussätterung von Bieh wird nach Rormahreisen seltgestellt.

Dergleichen Normalpreise find bei den Verpflichtung zur Sale tung von Samenvich für jedes Stud des Mutterviehs und bei der Berpflichtung zur Ausschitterung von Bich für jedes auszusüte tende Bich nach §2.67. u. folg. zu bestimmen.

\$. 58.

Der Jahreswerth gewerblicher, handwerksmäßiger und aller übrigen Abgaben und Leistungen, welche nicht zu den in den Titeln II. bis VI. aufgeführten gehören, wird in jedem einzelnen Falle nach denjenigen Borschriften des gegenwärtigen Abschnittes, welche darsauf anwendbar erscheinen, wenn aber diese Borschriften keinen Anhalt darbieten, nach sachverständigem Ermessen bestimmt.

Die Aufhebung ber \$8. 1. bis 5. ber Gewerbe=Ordnung vom 17. Januar 1845 genannten Rechte erfolgt, insoweit dieselsben verfassungsmäßig noch bestehen, nicht nach ben Bestimmunsen des gegenwärtigen Gesets, sondern nach benen der Gewerbes Ordnung (Geset-Sammlung 1845, S. 41.).

Motive.

Die Motive Diefer Paragraphen werben größtentheils von selbst einsleuchten. Daß in dem §. 57. hinsichtlich ber Abschägung des Werths solcher Abgaben und Leistungen, für welche in den vorhergebenden Tieteln keine besondere Taxations-Grundsäge aufgestellt worden find, die analoge Anwendung dieser Grundsäge, soweit sie darauf anwendbar ersicheinen, und nur erst eventuell die besondere Abschägung durch sachverzständiges Ermessen vorgeschrieben worden, durfte ebenfalls ohne Weiteres gerechtsertigt erscheinen.

Tit. IX.

Begenleiftungen.

§. 59.

Der Jahreswerth ber Gegenleistungen ber Berechtigten wird ebenfalls nach ben vorstehenden Bestimmungen dieses Abschnitts ermittelt. Dies gilt jedoch nicht von solchen Gegenleistungen und Berpslichtungen, deren Aushebung den Borschriften der Gemeinheitsstheilungs Dronung vom 7. Juni 1821 unterliegt.

Motive.

Bon ber hier zunächst aufgestellten Regel, daß der Jahreswerth der Gegenleistungen des Berechtigten ebenfalls nach den vorhergehenden Bestimmungen dieses Abschnitts zu ermitteln sei, mußten — wie es in dem zweiten Sage des Paragraphen geschehen ist — diesenigen Gegenleistungen und Berpslichtungen ausgenommen werden, deren Ausbehung den Borschriften der Gemeinheitstheilungs-Ordnung vom 7. Juni 1821 unterliegt, weil in diesem Gesetz ganz andere Ablösungs-Grundsätze für dergleichen Leistungen (z. B. für Servituten) und wenn deren Bermandlung in Geldrente geschehen ift, zugleich ein höherer Satz für die Rapistalistrung einer solchen Rente, als dersenige, welchen der vorliegende Ge-

fets-Entwurf bestimmt, festgestellt, mithin eine Kompensation bes 3abreswerths biefer Gegenleiftungen mit bem ber Leiftungen bes Berpflichteten unzuläffig ift und zu einer Beeintrachtigung beffen führen wurde, bem biefe Gegenleiftungen gebühren.

Tit. X.

Abfindung ber Berechtigten.

S. 60.

Bon der Summe des ermittelten jährlichen Geldwerths der sammtlichen ablösdaren Reallasten (Titel I. die VIII.) wird die Summe des ermittelten jährlichen Geldwerthes der Gegenleistungen (Titel IX.) in Abzug gebracht. Der Ueberschuß bildet den Geldbetrag, dessen Ablösung nach den SS. 64. die 66. angegedenen Grundsähert erfolgt, insoweit nicht eine Ermäßigung desselben nach S. 63. eintreten muß. Wenn die Leistung und Gegenleistung nicht zwischen denselben Personen stattsindet, sondern Lettere, einer dritten Person zusteht, wie dies z. B. in einigen Landestheislen dei der Berpslichtung der Zehntberechtigten zur Erbauung der Kirche oder eines Theils derselben, der Fall ist, so tritt keine Kompensation ein, vielmehr wird der Werth der Gegenleistung dem zu Letterer unmittelbar Berechtigten gewährt.

S. 61.

Uebersteigt ber jährliche Geldwerth ber Gegenleiftungen ben jährlichen Geldwerth ber Hauptleistungen, so wird ber Mehrwerth ber Gegenleistungen nach ben Bestimmungen bes §. 64. abgelost.

Eine Ausnahme hievon findet nur statt, wenn dem Berechstigten aus einem besonderen Rechtsgrunde die Befugniß zusteht, wider den Willen des Verpflichteten auf die Leistungen zu verzichten und sich badurch von den Gegenleiftungen zu befreien.

1. Motive.

Nachbem in den vorhergebenden Titeln die Grundfäge für die Absichaung der abzulöfenden Reallaften festgestellt sind, bestimmt der ges genwärtige Titel die Regeln, nach welchen die Absindung berechnet und entrichtet werden foll.

Bu biefem Ende schreiben die §§. 60. und 61. zunächst vor, daß da, wo Leiftungen und Gegenleistungen einander gegenüberstehen, die Jahreswerthe beider gegeneinander kompensirt und nur der etwa überschießende Theil der einen oder der andern abgelöst werden soll. Durch diese Bestimmungen und namentlich durch den in dem ersten Absat des §. 61. ausgesprochenen Theil derselben, wird die abweichende Vorschrift des §. 12. der Ablösungs-Ordnung vom 7. Juni 1821 beseitigt, nach wels

der bei Dienftablofungen ber Dienftpflichtige, ber unn bem Berachtigtger eine Gegenleiftung bon höberem Werthe gu forbern botte, bennoch für Diefelbe teine größere Entschädigung, als ben Erlaß bes Dienftes forbern konnte. Die Ungerechtigkeit biefer Borfchrift leuchtet von felbft ein und bat fich auch in ber Praris ftere fublbar gemacht, weshalb man benn auch icon fruber barauf bedacht gemefen ift, Dieje Borfcbrift fur Die Brobingen Sachsen und Schleften, in benen Dienftverhaltniffe folder Art am baufigften vortommen, burch bie Specialgefese vom 18. Juli und 31. Oftober (Gefes-Sammlung 1845, Seite 502. und 682.) aufzuheben; es ift aber jest vallfommen an ber Beit, Diefe Aufhebung allgemein eintreten zu laffen.

Die Ausnahme, welche in bem zweiten Gage bas 5. 61. fur biejenigen Balle vorgefchrieben ift, in benen bem Berechtigten aus einem befan Des ren Rechtagrunde die Befugniß zufteht, wiber ben Willen bes Berpflichteten auf Die Leiftungen zu verzichten und fich baburch bon ben Gegenleiftungen gu bofreien, war auch bereits in bem f. 2. ber eben angeflibeton Specialgologo für Sachsen und Schlesten gewacht, und mucht apoch

bier porbehalten bleiben.

2, Grunde ber Agrar-Commission.

Der S. 60, behandelt ben Fall, wenn die Gegenleiftung ben Berfonen obliegt, welche die entsprechende Leiftung zu forbern haben.

We ift aber in der Agrar Commission hement worden, baf auf Dem rechten Abeinufen in ber Regel ber Behntberechtigte als Gogenfeis fung für ben Bebuten Die Berbindlichkeit jur Erhauung ber Rirche ober eines Thelle berfelben, bes Pfarr- ober Schulbaufes habe. Die Blung Diefes Berhaltniffes bei Gelegonheit ber Bohne-Abtofung ericheint um fo bringlicher ale die Behntberechtigung nicht nothwendig mit einem Grundftud verbunden ift und baber nach Ablöfung bes Behnten burch Rapitalanblung ober Mentenbuiefe bie betheiligte Gienzeinde Gefahr läuft, ibr Recht zu perlieren,

Diefe Rudficht hat ben Bufat zum g. 60. bes vorliegenden Gefet-Entwurfs nothweibig gemacht, welcher oben beantragt morten ift. Sor Wille biefer Art taun felbstrebend feine Ragrpenfation bes Warths ber Leiftung mit bem ber Gegenleiftung eintreten und wird baber bier Die Aufnahme einer befonderen Bestimmung entweder ale Bufat ju S. 60. ober in einem neuen Paragraphen erforberlich. Die Agrar-Commiffion beantpegt bober, eine folde in nachftebender Boffung anzunehmen:

"Wenn die Leiftung und Gegenleiftung nicht zwischen benfelben Berfonen ftattfindet, fondern Betiere einer britter Berfon gu-ftebt, wie Dies 3, B. in einigen Kandestheilen bei ber Berpflichtung bes Behntberechtigten gur Erbauung ber Rirche ober eines Theils berfelben ber Fall ift, fo tritt teine Rompenfation ein, vielmehr wird ber Werth ber Gegenleiftung bem gu lettern unmittelbar Berechtigten gewährt."

Anmerkung. Dieser Busab ift von ben Kommern genehmigt,

S. 62.

Bestellen die Gegenleistungen eines zu Diensten Berechtigten in der Ueberlassung eines gewissen Antheils an den eingeernberten pber zum Altsorusch gekommenen Feibfrüchten, wie 3. B. bei bem Zehntschnitts ober DreschgärtnersBerhältniß, so wird der Mehre werth dieser Gegenleistungen, und zwar in der Regel in Land, nach den Borschriften der Semeinheitethellungs-Odnung, vergletet. Es ist aber dei Feststellung dieses Mehrwerths der Werthsfämmtlicher von dem Dienstpflichtigen dem Berechtigten zu leistenden nach den 88. 2. und 3. nicht aufgehodenen Dienste von dem Werth der gedachten Gegenleistungen in Abrechnung zu deringen.

Motive.

Abweichend bagegen von ben Grundfagen der so eben angeführten beiten Spreigl - Dienstablösungsgeste, welche ausbrucklich bestimmen, daß bie Bergütung bes Rehrwerths der Gegendeistungen eines Dienstberechtigten, wenn beide Theile sich nicht anders einigen, in einer sesten Gelderente erfolgen foll, verordnet der vorliegende Paragraph des Entwurfs, das ein sacher Webwerth in gewissen Fällen nach win Marschriften vor Gemeinheitstheilungs - Ordnung und zwar in der Regel in kand zu vergüten sei. Diese Abänderung ift dringend von den Behörden der bei den gedachten Brovinzen Sachsen und Schlesten bevorwortet worden und es spricht dafür allerdings die Billigkeit, indem dergleichen pienstpslicheilge Stellen in der Regel zu flein sind, um die Weirhe durch die Bearbeitung der etgenen Grundstüde allein zu ernähren, so daß dieselben nur durch eine Landentschädigung für den in Körnern oder Stroch bestehenden Diechrwerth ihrer Dienstbelohnung in ihrem bisherigen wirtsschaftsichen Justand erhaften werden können. Wenn sedoch in einzelnen Fällen seine Gelegendelt der Entschädigung in Land vorhanden ist, so versieht es sich von selbst, daß der Abzusindende, ebenso wie bei Gemeinheitsthellungen, eine Eurschädigung in Rente annehmen muß.

Aumerkung. Es ift hier also (in Uebereinstimmung mit § 84.) bie Bergdtung eines Plus bei Berechnung ber Dienste und Gegenleistungen für biese auf Seiten des Berpflichteten und zwar in Land bestimmt, während in Bezug auf die übrigen Reallasten die Ablbsung nur durch Kente resp. Kapital gestosen foll, ben Fall gutlicher Einigung naturlich ausgenommen.

Es wird baber auch hier genau ju unterfcheiben fein, welche Gogenleiftung

gen gerabe für bie Dieufte ftipulirt worben find.

§. 63.

Der Besiger einer jeden Stelle (Hands oder Hofstelle nedft Zudehör) ist zu fordern berechtigt, daß ihm dei Feststellung der für die abzudösenden Reallasten zu leistenden Absindung ein Drietel des Reinertrages der Stelle verbleibe, und daß mithin, soweit es hierzu erforderlich, die Absindung für die zur Ablösung komsmenden Reallasten vermindert werde.

Solche Geld- ober Getreibe-Renten, welche auf Grund der bisher gultig gewesenen Regulirungs-, Ablösungs- und Bemeins haitetheilungs-Gefete als Absudung rechtsverbindlich stipuliet

worben find, unterliegen jedoch einer folden Berminderung nicht.

Stehen bem verpflichteten Stellenbesther mehrere Berechtigte gegenüber, welche fich hiernach eine Berminberung ihrer Abfühzrung gefallen laffen muffen, so erfolgt die Berminberung nach Berhältniß ber Größe ber Abfindung.

Der Reinertrag ber Stelle wird in folgender Art ermittelt: Es wird der gemeine Rauswerth, den die Stelle bei Berückssichtigung aller auf ihr ruhenden Lasten und Abgaden, sowie aller ihr zustehenden Berechtigungen hat, in Pausch und Bogen durch Schieddrichter festgestellt. Alsdann werden 4 Procent diesses Rauswerths mit dem Jahreswerth aller ablösbaren Reallasten der Stelle nach Abzug der nach 88. 59. und 60. zu berücksichtisgenden Gegenleistungen zusammengerechnet. Die Summe beider stellt den Reinertrag der Stelle dar.

1. Motibe.

Der hier ausgesprochene Grundfas, daß bem Befiger einer jeben Stelle bei Ablösung ber Reallaften berfelben auf fein Berlangen ein Drittel bes Reinertrags ber Stelle freigelaffen und zu bem Ende nothigenfalls Die Abfindung Des Berechtigten vermindert werden muffe, bezweckt lebiglich die Erhaltung ber verpflichteten Stellen im praftationefabigem Buftande. Diefer Zwed muß bei feber Auseinandersepung im Auge behalten werben, er berfolgt nur icheinbar eine Begunftigung bes Berpflichteten und eine Ginfchrantung Des Berechtigten, welche Letterer fich gefallen zu laffen nicht nothig hatte. Offenbar fann ber Berechtigte nur forbern, für ben Dugen, ben ihm die abzulofende Berechtigung bisher gewährt hat, vollständig entschädigt zu werben. Es liegt aber in ber Ratur der Sache, daß dieser bisher ihm wirklich zugeflossene Rugen nicht mehr betragen haben fann, als der Bestger der verpflichteten Stelle, nach deren Beschaffenheit, davon zu leisten im Stande war. Ist daher auch vielleicht der rechtliche Umfang der Ansprüche des Berechtigten ein größerer, so kann doch bei der Ablösung diese Differenz gegen ben in ber Birklichkeit nur julaffigen und möglichen Umfang nicht berudfichtigt werden. Es fommt j. B. nicht felten vor, bag auf einer bauerlichen Stelle mehr Dienfte haften, ale in ber Birflichfeit bavon geleiftet werden fonnen und beshalb auch ftete nur geleiftet worden finb. In folthen Fällen und bei einer, lediglich nach dem rechtlichen Umfang ber Dienstberechtigung ohne Rudficht auf Die Rrafte und Praftationsfähigfeit ber Stelle erfolgten Abmeffung murbe die Rente ben wirflichen Berth ber Leiftung offenbar überfteigen, auf Den überburdeten Stellen wurde fein Birth befteben fonnen, und Die Rentenbant murbe fur eint fo hobe Rente feine Sicherheit haben.

Rur für ben wirklichen geficherten Ertrag ber Leiftung fann ber Berechtigte Entschädigung forbern. Das Princip bes Entwurfs, bag ber Berechtigte fich unter folchen Umftanben eine Rebuttion feines Rechts

nach Raafgabe ber Braftationsfähigteit ber berbflichteten Stelle gefallen laffen muffe, liegt im Wefentlichen auch ben in den §§. 444. u. folg. Lit. 7. Th. 11. Allg. L. R. gestatteten fogenannten Unmöglichkeitstlagen zum Grunde.

So wenig Bebenten aber auch Diesem Brincipe an fich entgegenfte-

ben, fo ift boch beffen gefetliche Durchführung fehr schwierig.

Die Erfahrung lebrt, bag die Feftftellung des Reinertrags eines landlichen Grundftude überhaupd eine bochft unsichere Operation ift; diese Unsicherheit fteigert fich bei tleineren bauerlichen Stellen, auf welche es bier hauptfachlich antommt, und bei blogen Sauslerftellen ift nach dem bisherigen Berfahren eine Abschähung des Reinertrags fast unausfuhrbar. Jedenfalls wurden die auf diese Weise erzielten Resultate mit ber

Birflichfeit faft niemals übereinftimmen.

Den beften und einzig fichern Unhalt zur Beurtheilung bes Reinertrags bietet ber Breis bar, mit welchem eine folche Stelle, wie fie fteht und liegt, b. b. mit Berudfichtigung aller auf ihr rubenden Laften und Abgaben, fowie ber ibr zuftebenben Berechtigungen, bei einem etwanigen Berfauf im gewöhnlichen Berfehr bezahlt werden wurde. Ermagt man, daß ein folder Raufer zu bem Raufgelde, welches er fur bie Realitaten und die Berechtigungen ber Stelle gablt, auch noch bie fernere Tragung ber barauf rubenden Laften übernimmt, fo folgt von felbft, daß ber eigentliche Raufwerth ber Stelle in berjenigen Summe besteht, welche bei Bufammenrechnung bes wirflich gezahlten Raufpreifes und bes Rapitalwerthes jener Laften heraustommt. Es bilden alfo nicht bie Binfen bes Raufpreifes allein, fondern Diefe erft mit hingurechnung bes Jahreswerths ber Laften, ben eigentlichen Jahresertrag ber Stelle. Benn g. B. fur eine Stelle, auf welcher Abgaben, Dienfte u. jum jährlichen Werth von 20 Rthlr. haften, ber Raufer unter Uebernahme Diefer Laften noch einen Breis von 200 Rthlr. gablt, fo ift ber eigentliche Raufwerth bei Unnahme eines Binefuges von 4 Procent um 500 Rthlr. höher, ale ber gezahlte Raufpreis, mithin auf 700 Riblr. zu veranschlagen, benn fo viel murbe Diefer Breis betragen haben, menn jene Laften nicht barauf hafteten.

Dies find die Ansichten, von benen ber Entwurf in dem vorletten Allinea des S. 63. bei Aufstellung der Regel über die Ermittelung des Reinertrags ausgegangen ift. Wenn hierbei ausdrucklich nur die Beachtung der ablösbaren Reallasten der Stelle vorgeschrieben ift, so ist dies um deshalb geschen, weil die nicht ablösbaren an den Staat oder die Gemeinde zu entrichtenden Reallasten in der Regel gleichmäßig auf allen ähnlichen Stellen ruhen, mithin nicht als etwas Eigenthumsliches einer einzelnen Stelle zu betrachten sind, und deshalb auch bei Bestimmung des individuellen Werthet, den eine solche Stelle im Verkehr hat, nicht veranschlagt zu werden pflegen. Ferner ist bei Verechnung des Reinertrags, soweit derselbe aus den Insen des Rauswerthes hergeleitet werden soll, nicht der jest übliche Zinssuß von 5 Procent, sondern der von 4 Procent um deshalb zu Grunde gelegt, weil auch jest noch die in bäuer-lichen Stellen angelegten Kapitalien in der Regel nicht mehr als 4 Pro-

cent Binfen zu tragen pflegen.

Dies vorausgeschieft, beruht nun ber in bem erften Alinea aufgesftellte Sauptfas bes §. 63., bag bem Berpflichteten, bamit er praftationsfähig erhalten werbe, ein Drittel bes nach bem Borftebenben zu er-

mitteinden Keinertrags seiner Stelle frei bleiben muffe, lediglich auf ber praktischen Ersahrung, daß unter solcher Borausseyung eine Ueberlastung nicht eintritt, vielzuehr das Fortbestehen des Nerpslichteten auf der Smelle möglich ist. Die demnächst in dem zweiten Alinea ron jenem Saudigage gemachte Ausnahme, daß die auf der Stelle bereits ruhenden seiner Berminderung unterliegen sollen, hat theils darin ihren Grund, daß dei Leistungen solcher Art die Last, welche durch sie der verpslichteten Stelle bereits auferlegt ist, dergeskalt übersichtlich seststeht, daß der Bestiger dei Uebernahme der Stelle flar ermessen fonnte, ob deren Kräfte diese Lest auch zu tragen im Stande seine — theils dernht diese Ausnahme Borechtst auf der auch von dem Gesegeber wohl zu beachtenden Unantastbarteit rechtsgültig gescholsener Berträge. Die Rühlengrundstüde emdich haben von den Bestimmungen dieses Baragraphen desbalb ausgeschlossen werden müssen, well in Bezug auf die den Müblenbesigern zu gemährenden Erleichterungen ein besonderes Geseh in Aussische steht.

Einige Beifpiele merben übrigens Die Regeln Diefes Baragraphen in

ibrer Unwendung noch beutlicher machen.

Summa 26 Athir. ind der gemeine Kaufwerth der Stelle wurde auf 100 Rithte. abgeschäpt, fo wurde der Reinertrag der Stelle auf 4 Brocent hieroon mithin auf 4 Athir. 4- 26 Athir., also überhaupt auf 30 Athir. anzunehmen fein. Dem Berpflichteten muffen hiervon if oder 10 Athir. frei bleiben, er hat also nur noch 30 Athir. jabrlich an den Berechtigten zu entrichten, und ber Lethere ethält dafer außer den bereits feststehen Gelbatgaben sub a. und b. feine weitere Entschälqung.

Bare bagegen außer ben Abgaben sub a. und b. auch bie Laubemialverpflichtung aub c. bereits rechtsverbindlich in eine fefte jahrliche Gelbrente von 2 Athle. verwandelt, fo mußte ber Berpflichtete, wentsgleich feine Stelle nur einen Reinertrag von 30 Athle. hat, bennoch bie

bereits feftgeftellten Gelbabgaben von 22 Rible. fortentrichten.

Sollte eine Stelle bergeftalt belaftet fein, daß fie gar keinen Raufwetth batte und betrüge ber Jahreswerth ber ablolichen Renlaften 12 Bitfir., so murbe die Ablolungsrente auf 8 herabzusepen fein. Ware aber unter ben 12 Rithir. eine fefte Gelbrente von 10 Rithir. enthalten, fo mußte es bei diefer bewenden und es konnte alfo nur eine Verminderung ber Rente um 2 Athlir. eintreten.

Schlieslich ift noch barauf aufmerkfan zu machen, daß die gange Borfchrift des §. 63., wie auch die Faffung der Eingangsworte barthut, nur allein auf eigentliche Stellen (Ackernahrungen, Koffiethen, Gärtner, Säuslerstellen z.) Anwendung finden soll, nicht aber auf die sogenannten Wandelätter. Diese find um bebhalb ansgeschloffen worden, weil bei ihnen der Grundsat des §. 63. zu erheblichen Schwierige beiten führen, überbies aber meift ohne praftische Wietung bieben wurde,

ba duf Biffgungen biefer Art in ber Rogel wur Gelbafguten faften, nicht aber Maturalbienfte, auf bie es im S. 63. hauptfächlich aufommt.

Die Beriplitterung bes Befiges ift in benjenigen Gegenben, in mel den Die Banbelader borberrichend find, außerorbentlich, und es ift nichts Ungewöhnliches, daß Flächen von 1 Morgen aus 10 und mehreren einnetnen felbfiftanbigen Grunbftuden befteben. Es geben folche Grunbftude einzeln, oder auch mehrere ober wenigere zusammen, fortwährend aus einer Gand in Die andere, fo dag ein bauerlicher Birth, welcher beute eine Sofftelle und 20 Morgen eingelner Grundftude befitt, ohne alle Bebrudung Die barauf haftenben Laften aufzubringen im Stande ift, mahrend morgen, nachbem er bie Aeder gang voer theilipeife veraußert hat, feine Birthichafteinrichtung fich vollftandig umgeftaltet bat. Dagu tommt, daß, wenn Ratural-Dienfte vortommen, der Umfang und Die Att berfelben baufig lediglich bon ber Wirthschafts-Ginrichtung bedingt find, inbem g. B. jeder, Der Spannvieh halt, gu Spannbienften, jober andere Grundbefiger aber nur zu Sandbienften verpflichtet ift, ber Befiger ein und berfelben Saus- und hofftelle mithin, je nachbem et nebenbei mehr ober weniger Wanbelgrundftude befigt, balb Spannbienfte bald nur Bandblenfte zu leiften braucht, Die Dienfte mitbin gar nicht auf einzelnen bestimmten, fondern auf bem gangen zu einer bestimmten Feldmart geborigen Complexus von Grundftuden haften. (Bergleiche f. 15. n. folg.)

2 Gründe ber Agrar-Commiffion.

Die Borfcprift bes f. 63. bes Gefen-Entwurfes bezweckt, bas wiche tige Pringip zur Geltung zu bringen, bag bem Stellenbefiger nur eine folde Entichabigung auferlegt werben foll, welche mit ber Leiftungsfas higieit feines Grundftud's nicht außer allem Berhaltniß fieht, und bemfeiben geftattet, and unter Erfüllung feiner Pflichten gegen ben Staat und die Gemeinde im Genuffe feiner Stelle zu verbleiben. Bei ben Actes nahrungen, auf welche im Befentlichen bie Befugniß gur Regulirung und Ablöfung feither beschränft mar, bat bas Beburfnig gur Unwenbung jeues Brincips im Allgemeinen fich weniger fühlbur gemacht, well bei jenen nur in feltenen Fallen Die auferlegte Bente Die Rrafte bes Befibere überfteigen mag. Anders gestaltet fich bas Berhältniß bei ben fleinen Stellen, welche nach ber gegenwärtigen Gefengebung jur Ablofung verstattet werden follen. Der Umfang und ber Ertrag folder Stellen in vielen Fallen fo gering, daß berfelbe in einem Difoerhaltniß zu bem Berthe ber Dienfte und Abgaben fteht. Wollte man in folden Fallen nicht jenes Brincip zur Unwendung bringen, fo murbe bie Ableftung Die fleinm Stellenbefiger zwar in ben Genug ber perfontiden Preiheit, gleichgeitig aber auch in die Gefahr fegen, bas Grundftud felbft gn verlieren.

Benn auch nicht fanmtliche Mitglieder ber Agrar-Commiffion in , ben Gründen für die im erften Allinea des g. 63. enthaltene Bestimmung übereinstimmten, fo waren dieselben both mit bem ausgesprochenen Belestip der Erhaltung ber Stellenbesitzer im praftationsfählgen Zuftande

bollig einbetftanben.

Dagegen wurde bon einem Mitgliebe ber Antrag geftellt, bem erften

Alinea ben Bufag zu geben:

"Die Entichabigung für ben bei Berechnung bes freien Drittels bem feither Berechtigten entgebenben Rugungs-Ertrag tragt bee Stnat," und bles baburch zu motiviren gefucht, bag zur Beit teine positive Borichrift besteht, welche ben Berechtigten bie Berbindlichteit auferlege, ben Dienst- und Abgabenpflichtigen, welche ihre Stellen eigenthumlich befigen,

einen folden Erlag ber Entschädigungerente zu gewähren.

Diefer Antrag wurde jedoch mit 23 gegen 3 Stimmen verworfen, indem die Majorität von der Anficht ausging, daß bei folden überlafteten Stellen, bei welchen eine Ermäßigung eintreten foll, auch seither Ausfälle an Dienften und Leiftungen gewesen, und daß durch die Uebernahme der regulirten Renten von folden Stellen auf die zu errichtenden Rentenbanken unter Garantie des Staates auch den Berechtigten Bortheile gewährt wurden, welche sie seither nicht gehabt hätten.

Bon einem andern Mitglied ift beantragt worden, nicht ein Drittel des Reinertrags überall frei zu laffen, sondern die Braftationsfähige teit an fich aufrecht zu erhalten und in jedem speziellen Fall veranschlagen zu laffen, wieviel auf jene zurudzurechnen sei. Es ift jedoch auch dieser Antrag mit 22 gegen 4 Stimmen verworfen worden und dagegen die Regierungs-Borlage unterandert angenommen worden. Die Rajoriät hielt den angenommenen Sat durch die Erfahrung für gerechtsertigt und glaubte einer solchen besinitiven Festjetzung den Borzug vor einer

mehr ober minder unficheren Abichatung geben gu muffen.

In bem zweiten Alinea bes S. 63. ift bestimmt, bag in Folge ber Freilaffung Des britten Theile Des Reinertrages für ben Stellenbefiter eine Berminderung der festen Geldabgaben, fowie ber bereits festgestellten Regulirunge = und Ablofunge = Renten nicht eintreten burfe. Gegen Diefe Bestimmung wurde erinnert, daß namentlich im schlesischen Gebirge eine fo überaus große Belaftung ber fleinen Stellen mit Gelbabgaben fattfinde, bag bie Befiger ber letteren nur in ben gallen, wenn ihnen befondere gunftige Gelegenheit ju lohnender Arbeit gewährt morben, im Stande gewefen feien, ihren Berpflichtungen gegen Die Buteberrichaft nachzutommen, in ber Regel aber Diefelben in fummerlicher Lage nur ben nothwendigften Lebensunterhalt gehabt und Die Gutsherrschaften nicht unbe-Deutende Ausfälle an folchen Geldabgaben erlitten batten. Es erfordere baber nicht allein die Billigfeit gegen Die Befiger folder fleinen Stellen, fonbern mit Rudficht auf Die seitherigen Ausfälle auch Die Gerechtigkeit in bem hier borausgesetten Falle, eine Ermäßigung ber feften Belbabgaben zu geftatten.

hierauf murbe von einem Mitgliede ber Untrag gegründet, in ber erften Beile bes zweiten Alinea Die Borte: "fefte Gelbabgaben, fowie"

wegzulaffen.

Die Agrar=Commiffion bat jeboch Diefen Antrag mit 14 gegen

12 Stimmen ablehnen zu muffen geglaubt.

Die Majorität ging hierbei von der Anficht aus, daß bei den auf einer Stelle bereits ruhenden festen Geldabgaben andere Rücksichten ob- walteten, als bei den Diensten, deren Werth in Rente nach dem ersten Allinea, ebentuell einer Ermäßigung unterliegen soll. Bei den Diensten Eei maaßgebend, daß die in baarem Gelde zu entrichtende Rente in der ersparten Zeit nicht immer verdient werden könne; dazu gehöre store legenheit zur lohnenden Arbeit, sowie daß keine sonstigen erheblichen Störungen in der Fähigkeit zum Erwerbe eintreten. In den Fällen, wo ursprünglich feste Geld-Abgaben stipulirt worden, habe der Bestzer der Stelle anerkannt, daß seine Kräfte auch diese Kast zu tragen im Stande

feien, wenigftens habe er flar überfefen tonnen, ob und inivieweit ibm bies moalich fein werbe.

Aus gleichen Grunden murbe auch ber von einem anderen Mitgliebe

gestellte und noch weiter gebenbe Untrag:

bas zweite Alinea biefes Baragraphen gang zu ftreichen,

mit 21 gegen 5 Stimmen gang verworfen, indem die Majorität unter teinen Umftanben eine Revifton und eventuelle Abanderung ber bier bezeichneten Regulirungs - und Ablofungs - Gefete befürworten gu fon-

nen glaubte,

Die im vorletten Alinea aufgestellte Art ber Ermittelung bes Reinertrage hat mit ber unten zu ermahnenben Mobififation bie Buftimmung ber Agrar-Commiffion erlangt. Es ift zwar von einem Ditgliede barauf ausmerksam gemacht worben, bag oft gang andere Refultate erlangt wurden, wenn einer Stelle mit Rudficht ber ihr beigelegten Berechtigungen auch höhere Praftationen auferlegt worben, Diefe beiben Fattoren nun im Berfehr als gang gleich in ihrem Werthe angenommen wurden und alsbann eine fpezielle Tare aufgenommen werben follte. Es ift jedoch, nachdem man fich babin verftandigt hatte, bag ein Drittel nicht allein bes Reinertrages ber Grundftude, fondern auch ber Berechtigungen bem Stellenbefiger freigelaffen werben folle, von jenem Bebenten Abftand und Daber aus jenem tein Anlag zur Ginbringung eines Abanderungs-Borichlages genommen worben. Dagegen wurde beantragt, in bem zweiten Sape diefes Alinea an Stelle ber Worte "4 Brocent" zu feten "5 Procent," und Diefer Untrag auch mit 13 Stimmen gegen 9 angenommen, indem die Mojoritat Diefe Abanderung ale eine nothwendige Ronfequeng bes in ben folgenden Baragraphen angenommenen Brincips in Beireff ber bobe bes Rinsfates erachtete.

Anmertung. hierzu ift zu bemerten, bag bie Kammern bem Antrage a) auf Streichung ber Worte: "fefte Gelbabgaben"

beigetreten find, b) ben Antrag ber Commission ftatt: "4 Procent" zu feten: "5 Procent"

verworfen, e) bie Feststellung bes Raufwerthe burch Schieberichter

angenommen und d) den Schluffat des Entwurfs : Baragraphen, welcher lautete:

"Auf Duhlengrundftude finden biefe Bestimmungen bes Paragraphen feine Amvendung, " geftrichen haben.

Als Grunde bafür find im Wefentlichen geltend gemacht, baß:

ad a. badurch nur benjenigen Stellen, auf welchen feste Geldabgaben ruben, gegenüber, ber Grundsab, die Stellenbesitzer in praftationsfähigem Stande zu erhalten, bewahrt werben könne; ad b. die in ben Regierungs - Motiven hervorgehobenen Grunde überwiegenb

erfcheinen,

ad c. baburch Roften vermieben und bas Tarverfahren abgefürzt wurden, ad d. in Bezug auf Die Ablösung ber Realtaften von Muhlengrundftuden be= fondere Bestimmungen bevorftanben.

§. 64.

Der nach ben \$8. 60. und 61. ober \$. 63. festgestellte Gelb= betrag fann von bem hierzu Verpflichteten burch Baarzahlung bes 18fachen Betrages an ben Berechtigten abgeloft werben.

Die Babfung mus, fin Mangel einer anbertvelitgeit Ginb

gung, fpateftens im Ausführungstermine erfolgen.

Will der Verpflichtete eine folde Ablöfung durch Kapitalzahlung nicht vornelsmen, so erfolgt die Ablösung nach ben Bestimmungen des Gesehes dom heutigen Tage über die Errichtung von Neutenbanken.

Will ber Berpflichtete die Ablösung durch Baarzastung bes 18fachen Betrages berokten, so steht dem Berechtigten den noch frei, die Absindung zum 20fachen Betrage der Jahredzente in Nentenderbesen zu verlängen. Wählt der Berechtigte biese Absindung, so leistet der Betpflichtete die Baarzastung bes 18fachen Betrages an die Staatslasse, welche dagegen die dem Verpflichteten nach Mansgade des Gesehes wegen Errichtung der Rentendanken obliegenden Zahlungen an die Reatendank zu leisten hat. Das Nährer bestimmt das Rentendanken Geses.

t. Molise.

Die hier gegebene Boxschrift, bag bie Blenter von bem Bempfichkeine beuch Buarzahlung bes blichent Betruges abgefoft werden konne, ift bereits von munchen Seiten angesechten und fogat alle eine ungerechte bezeichnes werden. Die Manenton gehor fast famunket beiden aus, die ben Berechtigten bei der Ablöfung derecht Kapital ber Wistellich gebühre, und das jede Kapitalistrung unter diefem Betrage einen Verluft far fie herbeifuhre. Diese Angitalistrung unter derem Betrage einen Verluft far fie herbeifuhre. Diese Angitalisten bar eine irrtbunliche.

Die Kapitals-Gutschäbigung foll ein Nequebalent ber Wente sein. Wenn aber ber gewöhnliche Zinsfuß im Sanbel und Wandel A Presert beträgt, wie es gegenwärig ber Fall iff, so erhielte ber Berechtigte burch Entschäbigung mit einem Kapital, welches bem Wischen Betrage ber Rente gleichsommt, einen Vorthell, auf ben er lein Necht hat. Denn wenn er bestpielsweise eine Kente bon I V Kielle. allschrlich zu beziehen hatte, und bafür eine Entschäbigung von 250 Auslie, allschrieb, so tönnte er sich batür unter ben jezigen Unständen: 1214. Mithe. an Jinsen verschaffen, mithis 214. Rither, alle er bishes zu fordern

berecktict war.

Herne der Kente ber biederige gestelliche Absöfunge Maafstat gewesen sein Denn nicht bem Berechtigten, jondern nur dem Verpflickten fand die Besugnist zu, auf Ablösung der Mente duuch Kapital zu provacisan; der Berechtigte hatte mithin nur ein Recht auf die Fortissischung der Mente, und wenn gegenwärtig die Ablösung solder Renten durch das Gefen neu geordnet, und auch dem Verechtigten die Provosionsbestageniß beigelegt wird, so darf ihm hierbei an Kapital nicht mehr zwestanden werden, als bir ihn erforderlich ift, um sich durch dasselbe nach den beigesen Gelverschlitusssen die Keinte wieder zu verschussen. Sierza grnügt aber, bei dem Ainsigh von b Poscont, die Gemährung eines Kapitals.

meldes ben Befachen Betrage ber Rente gleichtommt. Wengleich ber Entweif ben Beruchtigten bei Abloftungen burd Baargobbang eines Rapitels nur bus 18fache ber Bente jugeficht, fo if biebbel erwogen morben, baf ber Berechtigte burth Die Ablofung überhaupt infofern gunftle ger gur fteben toment, ale er fortam bie Roffen für Die Erhebung ber Rente effart und gegen alle Mubfille an ber Wente, Die an manchen Orten nicht felten vorgetommen find, gefichert und jeber weiteren Berbflichtung zu etwanigen Remifflonen überhoben wird. Schlägt man biefe Roften und Diefes Stiffte auf 3 Bracent an, wie Dies 3. 8. in bem Gefet went 22. Dezemben 1839, betreffend bie Rechtsverbaltniffe ber Grundbefter in ben Gruffchaften Wittgenfiefn u. f. w. gefchoben ift, fo wurde fich bet Rapital-Abfindung Des Berechtigten mit Dem 18fachen Betrage ber Bente ber materfelle Berluft berfelben im Berbutinif gur ber bieberigen Ehrnahme auf 7 Brocent alljährlich belaufen, ein Berluft, ber burch bie freitich nicht in Golbe fchatbaren Borthelle aufgewogen merben burfte, melebe für ben Berechtigten aus ber Mobiliffrung ber Rente überhaupt, und aus ber Löfting bes Berhaltniffes erwachfen, bas billhet gwiffen ibm und benn Berpflichteten beftanb.

Will ober bann bagegen ber Berpflichtete die Ablöfung nicht burch bane Kapitalgahlung bewirken, so erfolgs vieselbe von Ameswegen burch die Mentenbank, welche alsbann — wie der dieserhalb abgofafte befonstere Gefog-Entwurf nährt sestiegt — dem Berechtigten ein Ablösungschiell in Kentondriesen zum Wfachen Betrage der Kento Kberwelft.

2. Grunde ber Agrer-Commiffian.

Roch bem Borfchlage ber Königlichen Regierung in diefem Paragraphen foll ber Werpflichete bie festgestellten Ablöfungs-Beträge, burch Bargustung bes 18fachen Betruges, wenn folches im Ausführungsterwine afeige, ablöfen tonnen und eventuell die Absthung burch Bermitting ber zu errichtenden Landrentenbunten bewirft werden.

Durüber find sammiliche Mitglieber ber Agrar-Commission einverkanden, bag die Errichtung von Rentenbanken ober eines Surrogats beseichen, vielleicht ün Aeberweifung ber Renten an landschaftliche Erebit-Institute, das geeigneiste Mittel ift, die Ablösung der Reallasten zu erklättern.

Die mihrere Bestimmungen hierüber bleiben zwar der Berathung ihr ben von der Königsichen Kegierung eingebrachten Gesch-Entwurf über die Ersihftung ver Kenkenbarken vordehulten, die Agrar-Commission hab ieden gestandt, schon dier die obige Erktärung abgeden zu mussen, weit der S. 64. auf diese Art der günzschen Lösung des Verhälntisse zwission den Berechtigten und Verechtigten und Verechtigten hinvelst. Leber die Höhe des Abstragslages sire die Kentenbanken sit die bestinitive Beschungungene sire die Kentenbanken sit die bestinitive Beständnungsliche sir des Aussichtungen der Aktentenbanken-Gesess andgeset worden. Se sind siese mit wiesschieden word wir Kantenbanken den Lösusche lungen den Kantens-Abdisangssap angenommen wissen wollten, sammische über Kantens-Abdisangssap angenommen wissen wollten, sammische über Lösusssap der Kantens-Abdisangssap angenommen wissen werden und die der Verschungsn die des Paragraphen daren dungegangen, duß für die hier bes planeten Tälle

ber Wiffige Betrag ber Arnten ale Raptiat in Rentenbritfen

Dagegen find die Commissionsmitglieber über die Beibehaltung bes 18fachen Betrags der Rente als Rapital-Ablösungsfat für Baarzahlunsgen verschiedener Anficht gewesen. Ein Theil verlangte dieselbe. Dagegen wurde auf der einen Seite von drei Mitgliedern die Annahme des 16fachen Betrages der Rente, auf der andern Seite von 12 Mitgliedern die Feststellung des 20fachen Betrags begehrt. Es hat jedoch ichließlich, nach Berwerfung der entgegenstehenden Abanderungs-Antrage, die Commission mit 17 gegen 10 Stimmen fich für die unveränderte

Beibehaltung bes erften Alinea bes S. 64, entschieben.

für Die Seftstellung bes 18fachen Betrages ber Rente als Rapital-Ablöfungefat murbe angeführt, daß Diefer Sat fogar für Ablöfungen gegen Rentenbriefe im Baberbornichen feftgestellt fei. Wenn bort die Entschäbigung in Diefer Art auch nur auf Antrag bes Berechtigten fattfinde, fo fei fie boch faft burchgangig beantragt, weil bie Berechtigten febr mohl erfannten, bag in ber balbigen und befinitiven Lofung ibres Berhaltniffes ju ben Berpflichteten ben Anforderungen ber Beit Rechnung getragen werbe. Es wurde ferner behauptet, daß bie Rechtsbeftanbigfeit ber Abgaben boch immer eine schwankende fei. In ben bereits feftgeftellten Renten tonne Die Entschädigung für Laften enthalten fein, welche jest unentgeltlich aufgehoben murben, mitunter auch für folche, welche die Pflichtigen nach ihrem natürlichen Rechtsgefühl nicht als begrundete anerkannten, wie dies g. B. bei ben Entschädigungen fur einen Theil von ungemeffenen Dienften ober fur Dienfte, welche feit Jahrhunberten nicht mehr in natura geleiftet, aber nach ihrem Naturalwerthe in Rechnung geftellt worben, ber Fall fei. Diefe Radficht erfordere gebieterisch bie ichleunige Lösung biefes Berhaltniffes, und bies werbe baburch erreicht, daß man burch Seftstellung eines geringeren Ablofungs fages für Baargablungen Die Lettere begunftige. Es fonne aber endlich auch nicht zugeftanden werben, daß ber von ber Roniglichen Regierung vorgeschlagene Ablösungsbetrag mit Rachtheilen für Die Berechtigten verbunden fei. Denn einmal wurden biefe in ber Regel im Stande fein, die Rapitalien gur Ausführung von Meliorationen ju benuten und taburch noch höhere als bie landesüblichen Binfen zu erlangen, und anberentheils wurden baburch bie Berechtigten ber ferneren Erhebungsund Berwaltungstoften, welche in einzelnen Landestheilen fehr bedeutend, überhoben, auch von Remiffions - Anfprücken, welche bei Ungluckfällen ber Berpflichteten wurden, befreit. Diesen Gründen ichlossen fich auch Diejenigen Mitglieder der Commiffion an, welche ben 16fachen Betrag ber Rente als Rapital=Ablöfungefat feftgeftellt wiffen wollten.

Dagegen wurde zur Begründung der Annahme des 20facen Betrages. Der Rente, als Kapital-Ablösungssates, behauptet, daß nachdem durch die angenommenen billigen Ablösungssate dafür geforgt sei, daß der Jahreswerth der abzulösenden Brästationen dem wirklichen Ruthungswerth der Berechtigungen entsprechend ermittelt werde, es nur als ein gewaltsamer Eingriff in ein unbezweiseltes Eigenthum des Berechtigten angesehen werden könne, wenn sich der Letztere mit einem Kapitale begnügen solle, welches ihm nicht mehr eine dem Jahreswerthe entsprechende Rente mit Sicherheit gewähre. Bei der Ablösung zum 18fachen Betrage würden den Spoothefengläubigern die Sicherheiten geschmälert, durch die Kapitalskündigungen der Letztern die Berechtigten großen Gesahren ausgesetz und auf Kosten der Letztern die Berechtigten großen Gesahren ausgesetz und auf Kosten der Letztern die Bester der größeren bäuerlichen Stellen hegünstigt, der

ren inbivibuelle Bebürfuiffe bies nicht bringenb erforberten; benn bie burchichnittliche. Wohlhabenheit ber größeren Eigenthumer fei notorifch. Das, was man für biefen geringen Ablofungefat anführe, fei nicht gutreffent, benn einwal konne man ben Binefuß nirgend höher als 5 Procent anschlagen, wenn man fich nicht auf gewagte Beschäfte einlaffen wolle und anderentheils wurde in der Regel ber Berechtigte die Ablösungs = Rapitalien jur Abftogung bon Schulden berwenden muffen. Augerbem fei aber auch in ben meiften ganbesthellen bie Erhebung ber Renten mit Roften nicht verbunden gewefen und ein Erlag von Renten nicht geforbert, am wenigften ein folder Unfbruch rechtlich begrundet worben.

Anmerkung. Der Jusak zu biesem Paragraph: "Bill ber Berpflichtete bie Ablösung burch Baarzahlung" u. s. w. ift von den Kannnern beschloffen. Die dafür hervorgehobenen Grunde bestehen

wesentlich in folgenden:

well der Berpflichtete eher dazu schreiten würde, Baarzahlung zu leisten, daburch Gelb in Circulation komme, was dem Verkehr häusig entzogen, und das Rissto dei der Rentenerhebung (Ausfälle u. s. w.) vermindert würde; der Berechtigte aber jedemfalls vollständige Entschäßigung nach ben Grundfaten bes Gefetes erhalte.

S. 65.

Ift ein Grunbstud außerhalb einer guteberrlich bauerlichen Regulirung ober Ablösung ober ohne Begrundung eines gutsherrlich-bäuerlichen Berhältniffes mittelft eines vor Berfundung bes gegenwärtigen Gefetes errichteten schriftlichen Bertrages gegen Entrichtung eines Ranons ober Zinses und anderer Leiftungen zu Erbracht, Erbzins ober Eigenthum überlaffen worben, fo finden bie Bestimmungen ber \$5. 63. und 64. feine Anwendung.

Es fann vielmehr in einem folden Kalle ber Ranon ober Bins, sowie ber Geldwerth ber übrigen etwa noch stipulirten Leistungen nach Abrechnung bes Gelbwerthes ber Gegenleiftungen, jum Wachen Betrage und zwar auf ben Antrag bes Berechtigten, nur burch Bermittelung ber Rentenbanken und auf ben Antrag bes Bervflichteten nur burch Baarzahlung beffelben nach vorhergegangener sechomonatlicher Rundigung abgeloft werben. Berpflichtete ift befugt, bas Rapital in vier aufeinandersolgenden einjährigen Terminen, von dem Ablauf der Kundigungsfrist an gerechnet, au gleichen Theilen abzutragen. Doch ift ber Berechtigte nur folde Theiliahlungen anzunehmen verbunden, die minbestens Einhundert Thaler betragen. Der jedesmalige Rudstand ift mit 5 Procent jährlich zu verzinsen.

Uebrigens finden auch hier die Borfdriften ber 88. 53. 55.

und 56. Anwendung.

Ausgeschloffen von ben Bestimmungen ber 88. 64. und 65.

bleiben bie Rentlaften, weiche Alechen, Pharven, Kufteveien und Schulen guftelen. Die Bestimmung fiber beren funftige befindstive Ablöfung bleibt einem besonderen Gefege vorbehalten; bis zu biefem Zeitpunfte werben bir nach dem gegenwärtigen Gefet vermittelten Gestrenten bireft an die gebachten Institute entrichtet.

Anwertung. Der Entuner baties Bongeraphen laufet bahin: "Ausgenommen von den Bestimmungen bes §. 64. Aleibt berjenige Kanon aber Ting, welcher für die Uoberlaffung eines Grundstückes zu Erbracht, Erhzins ober Eigenthum in einem vor Berkurdigung bes gegenwärtigen Gesehes errichteten schrift-

lichen Bertrage ftipulirt weeten ift.

Ein solie er Kansen sebet Jins fann nur auf Antang des Berestlichkeiten burch Baarzeliden ibes Woschen Betruges mach vorherzugangener sechenmanklicher Mientergung abgelöft werden. Der Bereflichtete ift besugt, das Kapitsellin wir aufdinner berhösenden nicht kreinen Stendigungen Krindigungelicht an gesechnen, zu geichen Eheiben abzutragen. Dach ift der Bereitigkeiner nur solche Abeitsphingen anzunehmen webanden, die meinderhauf Antanken Ehaler betragen. Der jedenmalige Mürfland in meit ib Pencent schnicht zu werzinfen."

1. Motive.

Früher war eine Bestimmung beabfichtigt, baf auch Erbpachter, Erbgine- und ginebefiger an ber Erfeichterung burch Alefffung mit bem 18fachen Betrage ober burch Ablofung vermittelft ber Rentenbant bann Theil nehmen follten, wenn ber von ihnen zu entrichtenbe Ramon wert Bind meniger nis 100 Rible. beträgt. Die Befiger größerer, mur Enb. mut unen staunlig girman Ether render sandbande ange ichnet beshalb ausschließen ju muffen, weil fich biese in ber Regel in einer geficherten Lage befinden, und bei ihnen überhaupt von einem guteberefiche Bauerfichen Bertralenis, freffen Lofung bas Bofes hauptfürhlich bemerrit, nicht bie Rebe ift. Millein eben biefer Grund liegt auch por, menn Gwund. ftude gegen einen weniger als 100 Rthir, betragenben Bind ju Erbpacht, Erbzins over Eigenehum ausgetham find, wie dies namentlich in der neueren Jest ihnufig vorgekommun ik. In solden Killen ift zu einer Willen bes bestragsmäßig eingegangenen Werhaltnisses miber den Willen bes Verpflichteten kein Grund vorhanden, und zwar um so weniger, als nuch Artifel 40. ber Berfaffunge - Urtumbe auch tanftighin Bertrage, burth welche bas Eigenithum am Grundftuden gegen einen festen ablättlie den Bins harlieben mirb., geffigttet bieiben follen. Es fam baber mur barauf an, bei einem folden Ranon ober Bins überhaupt ben Ablofungefat mit bem gegenwärtig üblichen Bingfuß und mit bem fünftig gur'anmernbung fannannben Ablifungs albefet in Cinflang zu bringen. Bies ift in bem bortigenben Barngruppen gefcheben.

2. Brunde ber Agran-Commission.

Das erfte Alinea des S. 65. hat in der Agsar-Commission zu mehrfachen Bebenten Anlas gegeben. Darin still sämmtliche Mitglieder einverstanden gewesen, daß für Gunidstücke, welche ohne Begröndung eines gutsherrlich-bäuerlichen Werhärtnisses genen Porbehutt rines Kapnons ober Zinses überlassen worden. Die zum S. 64. angeführten Womente für die Abstruck zum Issachen Betrage nicht obwalten und daber jur solche die Feststellung einer Ausnahme von der Regel des S. 68. gewechtstetigt ist.

Mienso ift barüber fein Mweifel gewefen, bag ffir folche Bielle bie Musnahme micht, mie es in ber Regierungs - Mortage gefcheben ift, auf ben Ranon ober Bins befchrantt, fondern auch auf bie stmaigen übrigen

Leiftungen aus bemielben Bentrege ausgehehnt iverben nuß.

Denn es weinde an bem gabe, menn in einem Erbpachts- ober Erbindvertrage neben bem Ramon ober Bins auch von andere Leiftungen Shuelirt svorden und mit biefen nach S. 60. Geganleiftungen kompenfirt werden follen, zweifalhaft fein, ab zunächst wit von Legberen nach ber Regierungs - Barlage (f. 64.) jum 18fachen Beirage (f. 65.) ablos-baren Kanon ober Bins tompensirt werben muß, in beiben Fallen aber ein gang werfcbiedenes Resultet erlangt werden. Auch erfcheint es nicht angemellen, am tuenigften aber gerachtfertigt, Leiftungen que einem und bemieben Bartnege nach berichiebenen Gagen gur Ablofung gu bringen.

Sienach bat baber bie Kommiffion eine Abundenung Des erften Alliuen bes & Gb. jem fo mehr für erforberlich grachtet, als bie jegige Gaf-Jung heffelben auch die gogen Mante rogneirten Stellen treffan könnte, für biefe aber unter allen Umftonden bie Anwendung bes S. 64. bes kontnurfs gemohrt warben fall. Diese Absicht hat die Commission nach besonders durch außer Zweifel gestellt, daß fle das non einem Mit-aliede gestellte Amendement, im expten Attinea hinter dem Worte: Ber-

mar, amunicipalien:

wooder Magulirungs Mereffe bis zum Jahre 1830"

mit 22 gegen 1 Stimme verworfen hat.

Um fene Befichtebunkte aufrecht zu erhalten und gleichzeitig bie nachtheiligen Kalgen zu beseitigen, melde aus der Unficherheit bes Rechtsbeengreu stelleben fangen, ift bon einem Mitgliebe worge-Migen worden, von der Anmendung bes is. 64. auszuschließen:
1) unbedingt die Erhachts-, Erhzins- und Gigenthumsguter, welche

mach Ginführung des Stille vom 9. Oliober 1807 durch einen

schriftlichen Bertrag gegründet warden find, und .

2) von ben vor Ginführung bes Gbifts vom 9. Ditober 1807 burch einen ichriftlichen Pertrag gegenndeten Erhpaches-, Erbeins- und Wigenthumagutern mur Diejemigen, welche an Ranon ober Bins und anderen Leiftungen jährlich mehr als 30 Ablr. zu entrichton shaken.

Dieser Antrag, zu melchem bie Unter-Amendements gestellt waren, Batt 30 Mille in fegen 25 Mobie, eventuell 10 Mille, wurde dunch die Boauptung ju rechtfertigen gefucht, bag im 17ten ju. 18ten Jahrhundert inter ben Einfluffen des damals ausgebehnten laffitifchen und noch wicht -dry den := 84thepapter Ashinsterhälteifes fagenaunte Arhpatite und Erbindenntrage abgeschloffen inorden seien, welche Mucklusse des früheren Archeltenfältnisses in sieh aufgenommen hätten. Mit Sicherheit laffe sieh annehmen, bag feit Einführung bes Ebifte nom 9. Oftober 1807, welche aleichwitg ben Lehus - und Sehaltommiftbesthern bie Agrertpochtung von Grundfluten enleichtert babe, bargleichen faubaliftliche Werhaltniffe nicht begründet worden feien. Die feit dieser Zeit geschlosenen Werträge wurden faber genter allen Umftanden von Der Anwendung bes im S. 64. "Mossellten Muincips quezpspliefen fein. Ann den vor diefer Beit ab-Befcoffenen Erbpachte - ober Erbzinevertragen tonnten bagegen mit einis er Sicherheit mur diesenigen gle reine Erbygches- pher Erhunsverträge Midfinet murben, fin greichen ein werhaltnipmabig hober Ranon ober Bine filpulirt worden, wie bies namentlich bei ben im vorigen Jahrhunsbert erfolgten vielen Bererbpachtungen von Domainen, von Rirchens und

Bfarr -, fowie Rammereigntern ber gall fei.

Die Majorität der Commission hat jedoch ben obigen Antrag und mit diesem auch die gestellten Unter-Amendements mit 13 gegen 10 Stimmen abgelehnt, indem dieselbe von der Ansicht ausging, daß eine Untersscheidung zwischen den vor und rest. nach Einführung des Schifts vom B. Oftober 1807 errichteten Erbschafts- und Zinsverträgen in diesem Gift noch nicht eine genügende Rechtsertigung sinde und daher dieselbe immer eine willfürliche sei.

Rach bem zweiten Alinea biefes §. 65. foll ein solcher Kanon ober Bins nur auf ben Antrag bes Verpflichteten burch Baarzahlung bes 20fachen Betrages abgelöft werben können. Ein Mitglied wollte ftatt des 20fachen Betrages überall ben 25fachen Betrag und ein anderes den letzen als Regel und ausnahmsweise ben 20fachen Betrag für die Fälle sestgert, wenn der Kanon oder Jins jährlich 5 Thaler oder weniger betrage. Es sind diese Anträge sedoch saft einstimmig verworfen worden, weil die landesüblichen Jinsen 5 Procent betragen und danach der Ablösungsfat normirt werden muß.

Ferner ift von einem Mitgliebe unter ber Begrundung, bag auch bier rechtsgultig abgeschlossene Bertrage über bie Sobe bes Kapital - Ablöfungssaches aufrecht erhalten werben mußten, ber Antrag gestellt worben, in ber ersten Beile bieses Alinea hinter ben Worten "bes Berpflichteten"

einzuschalten: "wenn bie Bertrage ein anderes nicht bestimmen."

Dagegen machte ein anderes Mitglied unter Bezugnahme auf bie Borfchriften ber § 52. und 55. und bie zu benfelben angegebenen Motive ben Borfchlag, am Schluffe biefes Alinea hinzuzufugen: "Uebrigens finden auch hier bie Borfchriften ber § 52. und 55. Anwendung."

Die Commiffton hat jedoch ben guerft ermahnten Untrag mit 14 gegen 8 Stimmen abgelehnt, bagegen ben gulest ermahnten Bufat faft ein-

ftimmig angenommen.

Endlich wurde von einem Mitgliede geltend gemacht, daß die Aussschließung der in Rede kehenden Geldbeträge von der Uebernahme auf die Kentenbanken sich darauf gründe, daß durch die Lettere möglichers weise der Berechtigte benachtheiligt werden könne. Dieser Grund falle weg, wenn der Berechtigte selbst es in seinem Interesse sinde, die Vermittelung der Land-Kentenbanken in Anspruch zu nehmen und diesen den Borzug vor dem Fortgenusse der festgestellten Kenten zu geben. Diese werde namentlich in Betress der Erbrächter von den kleinen Stellen der Fall sein und auch diesen die Aussicht begründen, an den Wohlthaten der gegenwärtigen Gesetzebung Theil zu nehmen. Eine zu große Belastung der Kentenbanken sei hierbei nicht zu besorgen, da einestheils die Bahl solcher Stellen nicht übermäßig groß sei und anderentheils auch im Geset über die Errichtung der Kentenbanken einer solchen durch Feststellung eines Termins, dis zu welchem die Ablösung durch die Kentenbanken stattsinden solle, vorgebeugt werden könne.

Sierauf wurde ber Untrag gegrundet, ftatt ber Worte: "nur auf ben Untrag bes Berpflichten burch Baarzahlung bes 20fachen Betrages"

zu feten:

"fann zum 20fachen Betrage und zwar auf ben Antrag bes Berechtigten nur burch Bermittelung ber Rentenbanten und auf

ben Antrag bes Berpflichteten nur burch Baarzahlung beffelben"

Diefer Untrag ift benn auch bon ber Commiffion einstimmig angenommen worben.

Nach bem Borftebenben bat. Die Commiffion fich über folgenbe gas fung bes S. 65. vereinigt und erlaubt fich folde ber zweiten Rammer

aur Genehmigung gu empfehlen:

"Ift ein Grundftud außerhalb einer guteberrlich = bauerlichen Regulirung ober Ablofung ohne Begrunbung eines gutsberrlichbauerlichen Berhaltniffes mittelft eines bor Berfundigung bes gegenwärtigen Gefetes errichteten fchriftlichen Vertrages gegen Ents richtung eines Ranons ober Binfes und anderer Leiftungen gu Erhpacht, Erbzins ober Gigenthum überlaffen worben, fo finden bie Beftimmungen bes S. 64. feine Univenbung.

Es fann vielmehr in folchem Salle ber Ranon ober Bins, fowie ber Geldwerth der übrigen etwa noch flipulirten Leiftungen nach Abrechnung bes Gelbwerthe ber Begenleiftungen gum 20fachen Betrage und givar auf Antrag bes Berechtigten nur burch Bermittelung ber Rentenbanken, auf ben Antrag bes Berpflichteten aber nur burch Baargablung beffelben nach borbergegangener feche-

monatlicher Runbigung abgelöft werben.

Der Berpflichtete ift in Diefem Falle befugt, bas Rapital in vier aufeinanderfolgenden einjährigen Terminen, bon bem Ablauf ber Rundigungefrift ab gerechnet, zu gleichen Theilen abzutragen. Doch ift ber Berechtigte nur folche Theilgahlungen angunehmen berbunben, Die minbeftens Ginbunbert Thaler betragen. Der jebesmalige Rückstand ift mit 5 Procent jährlich zu verzinsen.

Uebrigens finden auch hier die Grundfate ber S. 52. und 55.

Univen bung."

Anmerfung 1. Der Schluffat biefes Baragraphen wegen ber ben Rirchen , Pfarren 10. guffanbigen Reallaften ift von ben Kammern beschloffen, weil von allen Seiten bie Prediger und Geiftlichen bagegen remonstrirten und ihre Eriftenz burch bie unveranderte Annahme des Geset : Entwurfs und beffen Anwens bung auf bie ihnen zuständigen Ginnahmen gefährdet, sowie bas Bermogen ber milben Stiffungen bem Untergange gewidmet erflarten. Die Rammern glaubten bierauf Rucflicht nehmen und die vollftandige Ablosbarteit biefer Reallasten einem befonderen Gefete vorbehalten zu muffen, indem fie fur jest nur die Berwande= lung biefer Lasten in Gelbrenten feststellten, was füglich geschehen konne, weil bas Brincip bes Gefetes baburch nicht umgestoßen werbe.

Anmerkung 2. Der Ausbruck: "ohne Begründung eines guteherrlich-banerlichen-Berhältnisses" durfte zu mancherlet Streitigkeiten Verantassung ge-ben, da sich aus den bestehenden Verhältnissen oft schwer wird erkennen lassen, ob ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis von dem Guteherrn beabsichtigt war. Ein solches Abhängigkeitsverhältnis ist in der Regel nur aus dem alten

Feubalfpftem abzuleiten und alfo auch mur als ein Ausfluß beffelben amzusehen. Es durfte baher in ben Fallen, in welchen feit bem Berfall biefes Spftems Grundstude ausgethan find, wenn bas Gegentheil nicht erwiesen werben kann, anzunehmen sein, daß ein solches Abhängigkeitsverhaltniß nicht habe begründet werben follen.

S. 66.

Bei Ablösung ber Reallasten nach den Bestimmungen biefes Gefehes findet weder eine Ermäßigung der Absindung wegen ber den pflichtigen Grundftuden auferlogten ober aufzulegenden Grundfteuern, noch auch eine Umschreibung ber von ben berechtigten Grundftuden für die abgelöften Reallaften zu entrichtenden Steuern auf die vorpflichteten Grundftude flatt.

Dagegen bewendet es'bis zur Ausführung ber Ablöfung bei ben gefestichen Bestimmungen über bie Aufprüche ber Berpflicheteten auf eine Bergütung biefer Grundsteuern ober auf einen Abzug von ben Leistungen wegen ber gebachten Grundsteuern.

Tit. IV. des Gesetzes som 21. April 1825, Ar. 938. (Gesetze Cammung 1825, S. 74.)

Tit. IV. bes Gesetzes von bemfelben Tage, Rr. 939. (Gesetze Sammlung 1825, S. 94.)

Tit. IV. bes Gasebes von bemfalben Tage, Rr. 940. (G.: S. 1825, S. 112.) S. 2. bes Gesetes vom 18. Juni 1840, über die Rechtsverhältnisse des Grundbesites 2c. im Fürstenthum Siegen (Geset-Samulung 1840, S. 151.).

8. 1. des Gesetes vom I8. Juni 1840 über die den Grundbesitz betreffenden Berhältnisse im Herzogthum Westphalen (Geset-Sammlung 1840, S. 153.).

\$. 16. und folg. des Raffauischen Gestes vom 10. und 14. Rebruar 1809.

Ift bei einer Verwandlung in Rente ober bei einer Ablofung burch Rapital in Gemäßheit ber Bestimmungen bes & 127. ber Ordnung vom 13. Juli 1829, wegen Ablösung ber Redlaften in benjenigen Landestheilen, wolche ehemals jum Ronigreiche Westphalen 2c. gebort haben (Geset-Sammlung 1829, S. 65.1 bes \$. 131. ber Ordnung vom 18. Juni 1840, wegen Ablöfung der Reallasten im Berzogthum Westphalen (Geles-Sommung 1840, Seite 156.) und bes S. 197. bes Befches wom 4. Juli 1840, wegen Ablösung der Reallasten in ben vormals Raffauischen Landestheilen (Geset-Sammtung 1840, S. 195.), bereits eine Ermäßigung ber Abfindungsrente ober bes Abfindungstapitals wegen ber Grundsteuern eingeweten, fo fonnen bereicitien Renten, sowie die Zinsen von solchen Abfindungstapitalien, auch wenn die Bedingungen bes S. 52. des gegenwärtigen Besepes vorhanden find, dennoch nur in dem Falle nach Mackgabe bes S. 64. bes gegenwärtigen Befetes abgeloft werben, wenn ber Rente ober bem Kapital berjenige Betrag wieber hinjugerechnet wird, welcher bei der Berwandlung ober Ablösung wegen der Grunchstener in Abzug gebracht worden ist. Will sich der Berpstichtete dies nicht gesallen lassen, so sindet auf die vorges bachten Jinsen das gegunwärtige Goseh Keine Amvendung; die vorgedachten Ablösungsrenten können aber in einem solchen Falle nur mit ihrem Zösachen Betrage durch Kapitalzahlung auf Anstong der Bempflichteten abgelöst werden.

Eine solche Kapitalablösung ersolgt nach vorhergegangenet sechsmonatlicher Kündigung. Der Berpflichtete ist befugt, das Kapital in vier aufeinanderholgenden einsibhrigen Terminen, von dem Ablaufe der Kündigungsfrist an gerechnet, zu gleichen Theisten abzutragen. Dach ist der Berechtigte nur solche Theilzahluns son anzuweimen verbunden, die mindestens Sinhandert Rible. der tragen. Der sedermatige Kücksand ist mit 4 Procent sährlich zu persiusen.

1. Motibe

Der §. 66. bemähnt gunächst mur die ausflichen Kandeltheile; seine Machtentigung arfordert ein näheres Eingeben auf die dontigen Berhältniffe. Das Gefen über die Grundstemmu im wormeligen Königreich Wostphalen vom 18. August 1808 verordnete:

Aut. 4. "Ju febem Jahre wird non ber Megierung eine Grund-

Amer els un Bulage-Centimen, durch das himangeset bestimmt u. f. w." Art. 5. "Die Grundseuer wird in verhälterismäßiger Gleichheit auf Wandigabe des fteuerboren minen Ginsommens und ahne alle weiteren Rusnahmen, als diejenigen, welche weiter

mutan in. f. iw. gestattet wenden, veranlagt."

Art, ho. "Die Schähung des steinerbaren Einkommens aub die Besturrung ber Grundställe aller Ant, follen ohne Rüstsicht auf die Keiten. Grundställe aller Ant, follen ohne Rüstsicht auf die Keiten. Grundsteilen, welche bavon in Früchten Grundsteilen. Gesteiler werden milsen, geschesen. Den Grundstissen, welche Kenten und andere beständigen Kröstnationen zu entrichten seinen Activit indessen wordsalten, nach Werhälteis der Grundsteur, das wie ihren Gaukigern einen Abgug zu machen, jedoch undeschadet der Wolleitung der Verträge, wodurch stischweigend oder ausdrücklich salche Kanten die Entrichtung der öffentlichen Abgaben übernommen haben, den die Entrichtung der öffentlichen Abgaben seiner anderen Klausel geschlossen worden sind, woraus die Keiweinkunst der Parkien hervorgeht, daß die Kintlisten Abgaben dem Benkepstichtigen, außer der Kente zurd der Bestien seinen sollen."

Art. 60. "Diefer Abzug foll überhaubt nicht ftatifinden bei den ingenannten Meiengütern und anderen Gütenn diefer Art, deren Bestiger und demachnheiten verhslichtet find, die Stouern außer den darauf haftenden Renten noch besonders zu entrichten; as mare dem ben dienlicher zwischen dem Gutschern and dem Meder aber dem

Inhaber nine andere Alebeneinkunft igetroffen imorban ware.".

Durch bas Defret bom 31. Mai 1812, bie Grundstenern betreffmi wurde in dem Konigreich Westphalen Die Grundsteuer auf 20 Brom ober ben funften Theil bes reinen Ertrage bes fleuerbaren Grundeige

thums bestimmt und im Art. 5. angeordnet:

"In Gemäßheit bes Urt. 59. Des Gefepes vom 18. Auguft 180 foll von jest an ber Unterschied aufhören, welcher bisher in verschiebe nen Theilen bes Ronigreichs in Rudficht ber Erhebung ber Grundfleuer zwischen ben mit Renten, Grundzinsen und anderen Matural - ober Gelb Braftationen beschwerten und ben mit folden Abgaben nicht befdwerten Grundftuden fattgefunden bat.

Die Pflichtigen follen bie Grundfteuer gang bezahlen und ben Gigenthuniern ber Praftationen ben fünften Theil berfelben in Abgug ju bringen ermachtigt fein, jeboch nur in ben Fällen, mo in Gemagbeit ber Urt. 59, und 60. bes Gefeges bom 18. August 1808, Diefer Abzug gemacht

merben barf."

In ben frangöfischen Departements grundete fich bas Abzagerecht ber Rentepflichtigen auf Art. 35. bes Defrets vom 9. December 1811, welches im Wefentlichen aus bem gebachten weftphalischen Gefete von

1808 entnommen ift.

Im Großherzogthum Berg endlich ift bie frangofische Grunbfteuer burch ein ausbrudliches Gefet nicht eingeführt; fie beftand jedoch fattifc ebenso wie in bem ehematigen Ronigreich Weftphalen und ben frangoffschen Departements, und es ift ble Gültigkeit ber hierauf bezüglichen Be fete in ben lettgebachten Landestheilen auch in bem Großberzogihum Berg niemals bezweifelt worben.

Das Gefen vom 25. September 1820 über Die autsberrlich = bauer Ilden Berhaltniffe in ben fammtlichen vorgebachten Landestheilen, ertannte im Befentlichen Die Bestimmungen ber oben gebachten weftphälischen Ge

setze an, indem es §. 29. verordnete: "leberall, two die unter der frangofischen, königkich westphälischen ober bergifchen herrichaft eingeführte Grundftener-Berfaffung bei ben bauerlichen Befigungen noch befteht, find bie Bauern befugt, von allen aus bem bauerlichen Berhaltniß in Naturalien ober in Gelbe ju ente richtenben Leiftungen, bent Berechtigten ben fünften Theil in Abjug # Jedoch barf biefer Abgug niemals mehr, ale bie bon bem Bauet bezahlte Grundfteuer felbft betragen, auch fteht es bem Gutsherm fei, ben wirflichen Reinertrag bes Bauergute nachzuweifen, und imm fic baraus. ergiebt, daß die Grundsteuer meniger als ein gunftel biefe tele nen Ertrages beträgt, auch ben Abzug in bemfelben Berbaltniß gu betminbern."

S. 30. "Der im S. 29. bestimmte Abzug foll ebenfo bei allen Ben ten ftattfinden, ohne Unterschied, ob biefelben bei einem guteberrichen

Berhältniß, ober auf einem andern Grunde beruhen."

Der S. 32. enthielt nun Die Ausnahmen, in welchen ber gunftel-Abzug nicht ftattfinden follte, nach Maaggabe bes weftebaliften Gefeges, und fügte nur in Bezug auf Renten, welche an Die Stelle zufälliger Rechte getreten und auf Dienfte eine Ausnahme bei, welche übrigens fowohl ber Braxis als ben Worten ber gebachten frembherrlichen Gefete entsprach.

Das Gefet vom 25. Septembet 1820 murbe in Folge mehrfacher, namentlich auch Seitens ber Berechtigten über ben gunftel-Abzug faut gewordener Klagen einer Rebiffon unterworfen, aus weicher die brei Geseste vom 21. April 1825 für das ehemalige Königreich Westphalen, das Großberzogthum Berg und die französtich-hanfeatischen Departements hervorgingen. In dem Titel IV. dieser Gesetz find fast völlig gleichlaustende, allein sehr komplizirte Bestimmungen über die Grundsteuer und deren Bertheilung zwischen den Berechtigten und Berpflichteten enthalten.

Diefelben geben hauptsächlich auf Die Berhaltniffe vor Einführung ber frembherrlichen Steuergesetze jurud, und es wird burch fie Die Befugnip ber Berpflichteten jum Funftel-Abzug zur Ausnahme, mahrend
fie nach ben frembherrlichen Gesegen und bem Gefete vom 25. Septem-

ber 1820 die Regel bildete.

Diese Borschriften haben niemals fich bes Beifalls ber betreffenden Laudestheile zu erfreuen gehabt, wie zur Genüge aus ben mehrfach barn über geführten Beschwerden von Privatpersonen und Gemeinden, sowie aus den Petitionen der rheinischen Landtage hervorgeht, die namentlich eine unbedingte Ausdehnung bes Fünftel-Abzuges auf alle Zehntpflichtigen sorberten.

Auch neuerlich noch find häufig Antrage auf eine folche allgemeine ober wenigstens erweiterte Ausbehnung ber Befugnig jum Funftel-Abjug

gemacht.

Andererseits ift aber gegen die in dem vorliegenden Gesets-Entswurf in Aussicht gestellte Kapitalistrung der Ablösungs-Rente mit dem 18sachen statt des bisherigen 25sachen Betrages nirgends größerer Widerspruch erhoben worden, als in den westlichen Landestheilen, und na-

mentlich in ber Proving Weftphalen.

Benn nun auch im Allgemeinen bie Behauptung nicht zugegeben werden fann, daß die Berechtigten in Diefen Landestheilen genothigt worden kien, den Berpflichteten erheblich größere Opfer zu bringen, als Den Berechtigten in ben übrigen Landestheilen zugemuthet worden find, fo tann wenigstens ber Ginwand nicht in Abrede gestellt werden und unberudfichtigt bleiben, daß bereits durch die Einwirfung ber fremdherrlis den Gefete Die gutsherrliche ober feubale Natur ber Abgaben und Leiftungen ber bauerlichen Stellenbefitzer jener westlichen Provinzen faft wöllig beseitigt worden ift, daß ferner bergleichen Abgaben bort ichon ein Gesenstand bes freien Berkehrs geworden find, und fich zum großen Theil nicht mehr in ben Sanden ber urfprunglich berechtigten Guteberren, fonbern in benen von milben Stiftungen, Gemeinden und Privatpersonen befinden, welche beren Acquifition ale bas ficherfte Mittel zu einer gun-Wien Anlegung ihrer Rapitalien betrachtet haben. Deshalb find benn auch von borther gegen bie in bem Promemoria vom 10. Juni v. 3. Profettite Ablösung mit bem 18fachen Betrage ber Rente eine Menge von Alogen eingegangen. Um lebhafteften haben fich in Diefer Beziehung Die flabifiche Bermaltung Des Waifenbaufes und ber Armen - Anftalten gu Soeft geaußert. Sie veranschlagen ben burch bas projectirte Ablöfungs-Befes ber Rammerei und ben Urmen -Unftalten brobenben Rapitaleverluft auf 45,000 Rthlr., ben Berluft einzelner Burger ber Stadt aber auf mehr als 100,000 Riblr. und beben babei bervor, daß die Ausfälla in ben ftabtischen Ginnahmen von ben Ginmohnern wieder aufzubringen kien, phyleich biefe zum großen Theil in viel schlechteren Bermogene-Uma fanden fich befänden, als die Befiger ber landlichen Grundflude. Um fo weniger: fei dit Geund withunden, ben Lefteren mit bent ineffestionen benen Eigenthum ber Stadt und ihrer Bimper ein Gefchent ju machen,

Co darf hier fetner nicht unbemert bleden, baß in ben westlichen Laubedtheilen Seitens der Bexpflichten Köher nuch keine Riegen Aber vie Siche bes tibberigen Abläfungsfunge faut geworden find. Wohl aber wird vielseitig von dutther die Gesturtung bes Fünstel-Abzugs von best Gelde nuch Natural-Abgavon, namentlich von den Ratural-Fruchtzehn-

ten, ale ein bringenbes Webunfnift barneftelt.

Die Frage, ob biefer Funftel-Abjug in ber Regol recht fich geforbert werben tonne, til gwar bei ben Borbenthungen über bie Gefete bom 21. Abril 1825 von ber bamale mit ber Revifton bot Gefetes von 25. September 1820 beauftragten Commifficen mit geoßer Grandlichfeit unterfacht und erwogen worden; eine Uebereinftimmung ber Deineingen miter ben Miggliedern ber Communistion bas jedoch nicht herbeigeführt wer-Den tommen. Dage wenigstene Die Billigseit in ben meiften Fällen fer bie Beffintung bes gunftel- Abgugs foricht, tamm offenbur uicht vertanne merben. Ermägt man aber, daß die Borfdpriften der Gefete bont 21. April 1825 über biefem Gegenfland num fchom felt 24 Jahren zur Anmendung gefommen, und in Diefent Beitvamme bes größte Theil ber bei ber Frage betheiligten Grundftude ohne Rudficht auf Die Befennts gu biefem Funftel - Abguge in Die Ganbe ihrer jestgen Befiger übergegangen iff, fo beuchtet ein, daß, wenn man erft gegenwärtig biefe Befugniff ben Berpflichteten einrannen wollte, Die baburch beabfichtigte Boblebnt nicht mehr bewienigen, welche urfprünglich Anftruch barnuf barten, fondern meiftens folchen zu Theil werben wiede, benen fein Merfboud parmer miffebt.

Der Berfuch einer Ausgleichung unter ben gegenwärtigen und ben fruberen Bufigen ber verpflichteten Gunbftuck mubbe aber offenbar ge

ben größten Weiterungen führen.

Es lenchtet ferner ein, baß, wenn man neben bem gunftel-Abguge auch noch eine Kapitalifirung nit dem Ikfachen ftatt bes bisherigen Befachen Betroges gestutten wollte, die Berechtigten auf das Aienfesser gefährdet, ju zum großen Aheil zu Grunde gerichtet werden wurden.

Endlich ift aber auch klar, daß der Fünftel-Abzug mit ber jest beabsichtigten Einrichtung von Rentenbanken durchaus nicht zu vereinigen ist, indem durch desse Dorbältniß zwischen dem Beroftlichteten und bem Berochtigken sogleich gelöft, die Bente fortan nicht mehr in bere Berochtigien, sondern an die Bank entrichtet, aber auch allmällich annewister werden und nach einer gewissen Reihe von Jahren ganz aufhören sall, wo alsbann jeder Gumb zu einem Abzug von derfelben wenfällt.

Bei Erwägung aller diefer lämftände erschien es am angemeffenfter, meis der jest benbsichtigten erleichterten Ablösung der Remten durch Erlegung entweder ihres lösechen Betrugs in banrom Gelve oder ihres 20sachen Betrags in Kentondriefen zugleich alle weiteren Amprokehe der Berpflichteten auf den Fünftel-Idhang für beseitigt zu erflären. Es wird hier bereitigtweiten nicht nur für die Bereitigtweit in den im iveflichen Landestheilen die Härte, wolche sonft das newe Wissquagsgesen und der darin bestimmte geringere Ablösungsfas für sie allerdings haben wiede, derien Genischert, sond der auch den Verpflichteten nicht zu nahe getreken. Denn während diese beider die einer Kapital-Ablösung den Loffachen Beitrag der Kende ein bieber der Grundseuer zurücke-

Heldmergu alleisen verlangten, wied ihnen das Letztene fehom jett bei der Ablöfung durch vie Bentendank gewährt, indem fie hier fottam nur den Wolfachen Botten, der Rentendank gewährt, indem fie hier fottam nur den Wolfachen Botten, der Rente durch einsweilige Fortschlung der seine der finst den Abdülung dusch die Neutenbank die sofortige darre Zahlung des Abdülung dapitals, so stellt sich dies für sie noch günstiger, indem sie abdülung des bei Rente zu erlegen brauchen, und mithin auf die von ihnen fortzuzahlende Grundsteuer nicht blos 20, sondern 28 Prosente der Rente weitet exhalten.

Ein abnliches Berfahren, wie das vorliegend in dem Entwurf gemahlte, ift schon in dem Gesehe vone 22. September 1839, betreffend die Becheldverhättinsse der Grundbesther und die Ablösung: der Reallasten in den Grundbaften Wittgenftein-Wittgenftein u. s. w. (Geseh-Sammlung 1840 G. C.) angewandt worden, indem auch dart (H. 18. seq. a. er. D.) den Verpflichteten ohne Unterschied ein Fünftel der flatt ihrer Real-Abgaben ermittelten Rente erlassen, hierdurch aber seber Anspruch auf einen Abgug ober eine Vergütung wegen der Grundsseuern für be-

feitige erflärt munde.

Dies find Die Grande, auf welchen Die im Eingange bos & 66: ausgesprochene Borfchnift beruht, bag bei Ablösung ber Reallaften (nach ben: Grundfagen biefes neuen Abloftungsgefeiges) fornerhin eine Ermäßi gung ben Mofindung wegen ber bem verpflichteten Grundftud auferlegten Grundfteuer nicht ftattfinden folle. Bis gur Ausführung blefer 2006. lofung mußten aber, - wie es in bem nachftfolgenden Cape bes Baragraphen bestimmt ift - Die im ben: meftlichen Landestheilen wegen bes Funftel - Abzuge bestehenden Borichriften aufrecht erhalten bleiben. Endlich aber mar es nothwendig, auch Bestimmungen für Diejenigen Falle in jenen Brobingen gu treffen, in benen nach ben bisberigen Ablofungsgefeten eine Regulirung ber Ablofungerente ober eines verzinelichen Ab-Bifongellentrate bereits singetreten, und hierbei bem Beupftich beine Grim bftoner-Bergutung burth Ermäßigung jener Bente ober jenes Rapitale fcon gewährt worden ift. Ge leuchtet ein, daß folchen Berpflichteten nicht geftattet werben fann, Die ermäßigte Rente ober ble Binfen des emaßigten Kapitule burth Erlegung Hoes nur Issachen Betrages abzudifen, meil ihnen souft jum Rachtheil ber Bereikigten eine bappelig Ermüßigung für die Grundsteuerpflicht zu Theil werden würde. Rudfichtlich ihrer war baber bet Bufag in bem Gefes erforberlich, bag falls fie eine Abligung nach ben Beftinrmungen bes Lefteren vornehmen wollen Abor ihrer Rente ober bem bon ihnen verzinsten Ablofungelapt tal berjenige Betrag wieder hinzugefest werden muffe, welcher babon biebet wegen ber Grundsteuer in Albaug gebracht worden ift. Will fich ein foligie Berpflichteter bies nicht gefullen laffen, fo folgt bon felbit, bag en auf bie Exleichtenungen bod volliegenben nauem Gefetes nicht Anforuch machen, fondern eine befinitive Entlaffung von feiner Rente ober pon ben Binfen bes Ablöfungetapitale nur nach ben bieber geltend gewesenen Office freberge fann.

2. Grunde bet Agrar-Commiffion.

Die im S. 66. enthaltene Bestimmung bat bie Agrar-Commission butte the bon ber Königfichen Regierung in ben eingereichten Motiben

ausführlich bargelegten Grande für vollständig gerechtfertigt erachtet.

Diefelbe bat fich beshalb berfelben einftimmig angefcoloffen.

Nur zum letten Alinea Diefes Paragraphen ift zu bemerken, bag baffelbe nunmehr einer andern Faffung bedarf, weil ber §. 65. bes Gefetsentwurfes eine Abanderung erlitten hat und baber eine Bezugnahme auf benfelben nicht mehr flattfinden fann.

Die Ugrar-Commiffion beantragt baber, bemfelben folgende Faffung

gu geben :

"Eine folche Kapitale-Ablöfung erfolgt nach vorhergegangener fechemonatlicher Rundigung. Der Verpflichtete ift befugt, das Kapital in vier aufeinanderfolgenden einjährigen Terminen, von dem Ablaufe der Rundigungöfrift an gerechnet, zu gleichen Theilen abzutragen. Doch ift der Berechtigte nur folche Theilzahlungen anzunehmen verbunden, die mindestens Einhundert Athle. betragen. Der jedesmalige Ruchtand ift mit 4 Procent jährlich zu verzinfen."

Anmerkung 1. 3m §. 16. bes Naffauischen Gesetes vom 10. und 14. Festruar 1809 wird ber Belastete verpflichtet, die Steuer von den auf seinem Gute haftenden Lasten zu entrichten, gleichzeitig aber zum Abzuge bes Steuers betrages von ber Abgabe an den Berechtigten für befugt erklart.

Anmerkung 2. hienach werben also im Bullichaus Schwiebnser Kreife, sowie in Schlessen in Betreff ber auf Diensten ic. rabicirten Grundfteuern bei Ablösung ber Reallasten fernerhin weber Ermäßigung ber Absindungen noch Umschreibungen der Steuern flattsinden.

Tit. XI.

Veftstellung ber Normal-Breife und Normal-Marttorte.

S. 67.

Bur Feststellung ber Normal-Preise und Normal-Marktorte (of. §§. 10. 12. 21. 23. bis 25. 30. 57.) werden von der Auseinandersehungs-Behörde angemessene Distrikte bestimmt. Für jeden solchen Distrikt wird eine Commission gebildet, welche aus mehreren nach §. 68. zu erwählenden sachkundigen Eingessessenen des Distrikts und einem von der Auseinandersehungsbehörde ohne Stimmrecht zu ernennenden Vorsigenden besteht. Die Commission macht auf Grund der von ihr vorzunehmenden Ermittelungen der Auseinandersehungs-Behörde Vorschäfte über die in dem Distrikte zu bildenden Preisbezirke, über die Normal-Preise für jeden dieser Bezirke, sowie über die anzunehmens den Normal-Marktorte.

Die Auseinandersetungs-Behörde bestätigt diese Vorschläge ober entscheidet, wenn die Commissionsmitglieder sich nicht has ben einigen können. Gegen diese Entscheidung steht den Mitsgliedern der Commission der Returs an das Revisions-Collesgium für Landeskultursachen zu, welchen sie innerhalb drei Wos

chen vom Tage der Publikation bei der Auseinandersebungs. Bes hörde einzulegen haben. Das Revisions-Collegium entscheidet endgültig.

5. 68.

Bei ber Bahl ber aus den Diftrifts-Eingeseffenen zu ents nehmenden Mitglieder der Commission ift nach folgenden Regeln zu versahren:

1) die Bahl biefer Personen wird jur einen Salfte von ben verpflichteten Grundbesitern, jur andern Salfte von ben

Berechtigten gewählt;

2) umfaßt der Distrikt nur Einen landrathlichen Kreis, so wird in jeder Gemeinde besselben, unter Leitung des Gemeindevorstandes, von den Besitzern der mit Reallasten behasteten Grundstüde ein Wahlmann gewählt. Sämmtliche Wahlmanner des Kreises werden alsdann von dem Kreisvorstande zusammenberusen, und unter dem Vorsitze desselben erwählen die von ihnen Erschienenen nach dem Ermessen der Auseinandersetzungs-Behörde zwei oder mehrere Mitglieder für die Distrikts-Commission.

Die Berechtigten im Rreife bagegen erwählen, unter bem Borfipe bes Rreisvorftanbes, unmittelbar eine eben

folde Bahl von Commissions- Mitgliedern;

3) umfaßt der Diftritt mehrere landrathliche Kreise, so werden in jedem berselben, sowohl von Seiten der Berpflichteten als der Berechtigten, zwei Mitglieder für die Commission auf dem unter Rr. 2. bezeichneten Wege erwählt;

4) alle diese Wahlen ersolgen nach absoluter Stimmenmehrheit der Erschienenen nach Magsgabe des Wahlreglements vom 31. Mai 1849 wegen der Wahl der Abgeordneten;

5) bie Prüfung und Bestätigung ber Wahlen gebührt ber

Auseinandersetungs - Behörde;

6) auf diese Behörde geht auch das Recht zur Wahl der Commissions. Mitglieder für diejenige Partei über, welche die Wahl verweigert oder solche unterlassen hat.

s. 69.

Bon zehn zu zehn Jahren ist in dem 8. 67. bezeichneten Wege eine Revision der sestgestellten Rormal-Preise und Rormals Marktorte vorzunehmen.

Die ermäßten Mitglicher ber Diftrifte-Commiffionen erfielten Reife = und Behrungetoften aus ber Staatstaffe: 1 Mille. 15 Sar. Tagegelber und an Reisetoften 10 Sgr. pro Deile.

Die Diftritto Eingefeffenen haben wegen ber Behufs ber Babl ber Mitglieber ber Difivitta-Commiffionen gemuchten Ret fen und fonftigen Auslagen teinen Anfpruch auf Bergotung.

S. 71.

In ber Regel fommen bie Marft, und Rormal, Preise besjenigen Bezirks zur Anwendung, in welchem ber zur Ablieferung ber Abgabe ober ber zur Leiftung ber Berpflichtung bestimmte Ort belegen ift. Ift biefer nicht bestimmt, ober muß bie Abgabe ober Leiftung an verschiebenen Orten abgeliefert ober verrichtet werben, fo kommen die Markt - ober Rormal - Preise besienigen Begirfs gur Anwendung, in welchem bas verpflichtete Grundftud belegen ift.

S. 72.

Sollten in einzelnen Diftriften Leiftungen und Abgaben. für beren Ablösung nach bem gegenwärtigen Gesete Mormalfabe festgestellt werben sollen, gar nicht wehr, aber boch nur in sehr geringem Umfang vortommen, fo fann mit Genehmigung bes Ministeriums für landwirthschaftliche Ungelegenheiten in foithen Diftriften die Festsegung von Normal-Breisen unterbleiben.

Rommt es in folden Diftribten auf eine Abichapung an, fo erfolgt diese durch Schieberichter,

Dritter Abschuttt.

Regulirung ber guteberrlichen und bauerlichen Berhältniffe Behufs der Gigenthums. Berleibuna.

S. 73.

Die Borichriften biefes britten Abschnitts treten an bie Stelle bes Edifts vom 14. September 1811, über die Regulirung ber autsberrlichen und bauerlichen Werhaltniffe (Gefet . Sammlung 1811, S. 281.) sowie des Gefetes nom 8. April 1823 wegen Regulirung ber gutoberrlichen und bauertichen Berhaltniffe im

Surffsprzegthein Vosen &. f. w. (Gefet Gammlung 1823, S. 49.) sie finden daher nur Anwendung in denjenigen Landestheilen, in welchen das gedachte Edits ober das gedachte Gefet disher gegolsten haben.

S. 74.

Der Regulirung Behufs der Eigenthums. Berleihung unterliegen alle vor Ginführung des Edifts vom September 1811 ober von Berfündung der Kabinets. Order vom 6. Mai 1819 (Geses Sammlung 1849, S. 183.) in den betreffenden Landestheilen des stehend gewesenen landlichen, ihren Besitzern nicht zu Eigenthumss, Erdinss oder Erdpachtsrechten zugehörenden Stellen, welche entsweder zu lasstischen Rechten nach Maaßgade der §s. 626. u. solg. Int. 21. Ih. I. Augemeinen Landrechts zur Kultur oder Kuhung ausgethan, oder mit Abgaben oder Diensten an die Gutsherrsschaft belastet sind, beiderlei Stellen sedoch nur insosern, als sie entweder zu einem erdlichen oder dergestalt zu einem zeitweisen Ruhungsrecht verliehen sind, daß im Fall der Besitzerledigung nach Geses oder Hersommen ihre Wiederbesetzung mit einem Wirthe erfolgte.

Alle bergleichen Stellen sind regulirungsfähig, ohne Rudsicht auf Umfang und Beschaffenheit (ob sie Adernahrungen ober Dreschgärtnerstellen u. s. w. mit Mühlen, Schmieben, Krügen verbunden sind ober nicht); ferner ohne Rudsicht darauf, wem das Eigenthum zusteht, und ob sie auf bäuerlichen ober anderen Grundstäden gegründet sind.

Regulirungsfähig find hiernach nicht: die ohne Begründung oder Fortsehung eines gutsherrlichen und bauerlichen Berhaltnisses burch Bertrag in Zeitpacht gegebenen Stellen und Grundstüde, sowie die den Hauss, Forsts, Hüttens und Wirthschaftsbeamsten, Dienstboten oder Tagelöhnern, Hüttens und Bergwerksarsbeiten mit Rücksicht auf dieses Berhältniß zur Benuhung überslassenen Stellen und Grundstüde, gleichgültig, ob dieselben Acersnahrungen waren oder nicht.

S. 75.

Außer ben im 8. 74. bezeichneten Stellen find, infofern fie vor ben bort genannten Zeitpunkten schon bestanden, auch regusirungsfahig:

a) im Großherzogthum Pofen, im Kulm, und Michelauischen

Rreise und im Landgebiete der Stadt Thorn biejenigen Stellen, welche entweder als sogenannte emphyteutische Guter auf bestimmte Jahre oder Geschlechtssolgen, oder als Zeitpachtgüter besessen werden, beiderlei Arten ohne Rucssicht darauf, ob sie der Gutsherrschaft dienste oder absgabenpslichtig sind, jedoch nur dann, wenn deren Besitzer in Steuer- oder sonstigen amtlichen Berzeichnissen, Urbarien, Prästationstadellen, in Berleihungsbriesen oder Contrasten als Leute bäuerlichen Standes (Stan chlopaki) oder die Besitzungen selbst als solche, die von Leuten bäuerlichen Standes besessen, mit gemein-, provinziell- oder ortsüblichen Benennungen bezeichnet sind;

b) in ber Proving Preußen bie auf bestimmte Jahre ober Geschlechtsfolgen verliehenen emphyteutischen Guter.

1. Motibe.

In ben nach bem Tilfter Frieden dem Preußischen Staate verbliebenen Provinzen war früher ein sehr bedeutender Theil des bauerlichen Grundbestes Gigenthum des Gutsherrn, welcher die Grundftude an bäuerliche Wirthe zur Rugung verlieh. Gesehliche Rormen über die Bedingungen der Berleihung sehlten, und der dienerliche Stand hatte daher durch allmälige gutsherrliche Einziehungen seiner Grundftude verschwinden fönnen, wenn nicht in vielen Gegenden durch Gerfommen ein erbliches Rugungsrecht der bauerlichen Wirthe sich ausgebildet hate, und die Staatsgewalt ein Interesse bekommen hätte, für die Erhaltung der bäuerlichen Stellen zu sopgen.

Als sich nämlich die neuern Steuerprincipien zu entwickeln begannen, und eine an den Staat dauernd zu entrichtende Grundsteuer üblich wurde, waren die bauerlichen Besthungen die vorzugsweise steuerpflichtigen Grundstüde. Da die Rittergüter in Ansehung der ihnen obliegenden Abgaben melstens sixirt waren, und durch die Einziehung bauerlischer Grundstüde sich dieser Betrag nicht erdöbte, so wurde der willkürslichen Einziehung der Letztern gesehlich Einhalt gethan, und zugleich die Berpflichtung der Guteberren sestzelt, die bauerlichen Wirthe in konstributionsfähigem Justande zu erhalten, und deren Steuern und andere öffentliche Leistungen zu vertreten.

Diese Berhältniffe, worüber die §§. 626. bis 650. Tit. 21. Theil I. des Allgemeinen Landrechts handeln, und Tit. VII. Theil II. die nähere Entwickelung hinsichtlich der Reallasten enthalten, wurden durch das Edift vom 14. September 1811 für die Provingen, aus benen damals die Monarchie bestand, aufgefaßt, und es war dort burch die §§ 3. und 35. dieses Gesess allen erblichen sowohl, als nicht erblichen Inhabern dersenigen bäuerlichen Grundstücke, welche der Gutsberr nicht einziehen durste, sondern mit Personen des Bauernstandes besetzt erhalten mußte,

ein Anspruch auf Berleihung bes vollen Eigenthums verlieben; im S. 46. a. a. D. wurden nur blejenigen Landleute ausgenommen, welche nur wenige Morgen besagen und handbienfte leifteten.

Diefe febr umfaffenden Beftimmungen bes Woltts vom 14. September 1811 wurden indeffen burch bie Deflaration bom 29. Mai 1816, Art. 4. wefentlich befchrantt, indem barin nur biejenigen Gofe fur regulirungsfähig erffart murben, bei welchen fich gleichzeitig folgende Mertmale finben :

a) bag ihre hauptbestimmung ift, ihren Inhaber ale felbftftanbigen Aderwirth zu ernahren, (wobei zugleich als entscheidendes Merf-mal einer Adernahrung bezeichnet wurde: Die Leiftung von

Spannbienften ober bas Salten von Spannvieb);

b) daß fie in ben Steuerschlägen ber Proving überhaupt als bauer-

liche Befigungen tataftrirt finb;

c) daß fie in ben Rormaljahren ber Broving, nämlich in ben Darten und Bommern icon am 15. Februar 1763, in Schleffen por bem 14. Juli 1749, in Oftpreugen und ben Memtern Das rienwerber, Riesenburg, Schönberg und Deutsch-Splau vor bem Jahre 1752, in Weftpreugen und Ermland vor bem Jahre 1774 mit besondern bauerlichen Biriben befest, und

d) bei Bublifation bes Ebifts vom 14. September 1811 noch mit ber Berpflichtung fur ben Gutebefiger belaftet waren, Diefelben mit

befonderen Birthen befegt ju erhalten.

Musgefchloffen von ber Regulirungsfähigfeit murben biernach in ben Artifeln 5. und 7. ber Deflaration ausbrudlich Die fogenannten Dienfietabliffements, Die auf Borwerfeland gegrundeten, Die nicht tataftrirten ober erft nach ben Rormaljahren etablirten Stellen, ferner Diejenigen Bofe, gu beren Gingiehung bie Benehmigung ber Regierung ertheilt mar, und bie in Rultur gegebenen ober berpachteten Bfarr - und Rirchenlan-Dereien und Pfarrbauerhofe.

Mit ahnlichen Mobififationen ber Regulirungefähigfeit murben nach bem Befreiungefriege bas Ebitt von 1811 und beffen Deflaration burch Die Berordnung bom 18. November 1819 in ben Rottbuffer Rreis, und durch bas Gefet vom 21. Juli 1819 in die Dber- und Rieder-

laufig und bas Amt Genftenberg eingeführt.

Erheblicher ward durch die Berordnung rom 13. Juli 1827 (Gefet-Sammlung S. 79.) Die Regulirungefahigfeit ber fleineren bauerliden Stellen für einen großen Theil Dberichleftens, namentlich für ben Bezirk ber Oberschlesischen Landschaft mit Ginschluß bes Ujefter-, Galte- und bee Rreugburger Rreifes beschränkt.

Es wurden davon ausgeschloffen alle in ber flebenten Abtheilung Des Ratafters eingetragenen Stellen, mit Musnahme berjenigen, ju melden wenigstens 25 Morgen mittlerer Bodenflaffe gehoren, und Die

gleichzeitia

a) entweder nach bem Ratafter, ober nach alteren, bor bem Ebift ben 1811 gefchloffenen Bertragen u. f. w. ju Spannbienften berbflichtet find,

b) ober für welche bie Entichabigung bes Gutsherrn fofort in unge-

theilter Rapitalfumme entrichtet werben fann.

Fur die Proving Bofen, Die mit Weftpreugen wieder ver-einigten Diftrifte, ben Rulm- und Michelauifchen Kreis und bas Landgebiet ber Stadt Thorn, wo die Leibeigenschaft burch Die Bergoglich Warschauische Regierung aufgehoben mar, wurde burch Die Kabinete. Orbre vom 6. Mai 1819 (Gefet. Sammlung S. 153.)

bostimat, daß die Rechte und Pflichten der bamerlichen Wirthe an den ihnen jur Kultur und Nuhung eingeräumten Stellen und die Bestagnit der Sutsherren zu ihrer Entseung, soweit darüber in besonderen Berträgen nicht anderweitige Bestimmungen getroffen find, lediglich nach dem S. 15. der Patente vom 9. November 1816, wegen Wiedereinsuhrung der Breußischen Sesegebung, und den S. 629. u. folg. Tit. 21. I. des Allgemeinen Landrechts zu beurtheilen und Entsehungen der bäuerlichen Wirthe außer den hierin bestimmten Fällen blos auf den Grund gutsherrlicher Kündigung nicht zulässig sein sollten.

Der g. 15. ber gedachten Batente enthält nun die Beftimmung, bag bie nicht erblichen Bauern und Landleute als personlich völlig frei die ihnen überloffenen Grundstücke in Nuhmiegung haben und dafür bestimmte Prästationen abführen, die Bezugnahme auf den angeführten Abschnitt des Allgemeinen Landrechts über die zur Anltur ausgesehten Grundstücke weist unmittelbar auf das sogenannte lasstifiche Berhalt-

nig bin.

hiernachst erging für diese Landestheile das Regulirungs Gesth vom 8. April 1823, wodurch zur Eigenthums-Berselhung die damaligen Inhaber von bauerlichen Ackenahrungen verstattet wurden, welche diese Nahrungen als Zeitpächter oder Zeitemphyteuten mit oder ohne Befugniß, nach Ablauf der im Kontrott bestimmten Frist die neue Berleihung zu fordern oder als Las-Besther im Sinne des J. 626. u. seileihung zu fordern oder als Las-Besther im Sinne des J. 626. u. seichen rechtmäßig besoßen. Der Begriff der Ackenahrung mutde auch hier an die Merkmale oder Leistung des Spannbleustes oder des Haltens don Zugvieh gefnüpft. Für bäuerlich wurde diesenige Ackenahrung erstärt, welche

a) zu ben ichon 1772 und 1773 in Beft genommenen Sandebeseilen geborig, in ben mabrent biefes Befiges aufgenommenen Stemtrollen zur bauerlichen Sufenfleuer ober boch als Dannifer, Relater

u. f. w. zu Schutgelb beranfthlagt ftrib;

b) ober bei Publikation bes Geleges bom 8. April 1823 mit Dinften zur Bewirthschaftung eines herrschaftlichen Gutes belaftel waren, ober als zur Aultur ansgesetzte Güter im Sinne bes Allgemeinen Landrechts (Lafgutet) zu erblichen ober nicht erblichen Rechten
besessen;

c) ober bei einer Flache bon 200 Morgen und weniger, gwat ftel von Blenften, aber als fogenannte emphyteutifche Guter auf beffimmte Beit, Geschlechtöfolgen und selbst auf Beitpacht besesten wurden, infofern eines ber beet nuchfolgenben Mertmale flati-

fand, daß

1) die Bestiger solcher Stellen in amilichen Berzeichnissen ober in Berträgen als Leute bäuerlichen Standes ober die Bestungen selbst als solche, die von Leuten bäuerlichen Standes besessen werben, mit provinziell ober deilich üblichen Benennungen bezeichnet waren, z. B. als Banern, Gufner, Meier, Gartner, Roffather, Danniker, Stataper und ben entsprechenden poinischen Namen,

2) die Stellen fowohl zur Beit ber Befanntniachung ber Berzoglich Barfchanifchen Berfaffunge urfunde vom 29. Juli 1808, ale

in ber Berfon bod terfrengehenbeit Biblies son einem erbunter-

thanigen befeffen wurden,

3) die Stellen gur Beit bet Befanntmachung ber Gerzoglich Warsischung Gen Bevordnung bom 21. Dezember 1807 wegen näherer Bestimmung über die Folgen ber Aufbebang ber Erbunterthäsniste auf die oben Lit, b. ermähnte Weise beseifen wurden.

Audensmannen von der Begulizung waren diesenigen Barerbife, weiche bereits vor Publikation der Berordnung tom 6. Rai 1819 eins gegen, ober erft nachher gegekkidet waren, desgleichen diesenigen, zu des ein finziehung die Landes-Bölizelbehörde bereits vor der Publikation des Geieges vom 2. April 1823 die Genehatigung ertheilt hatte.

Die Deflatation vom 10. Juli 1836 führte einige Beschräntungen ein, indem fle ben Begriff ber Ackernahnung von ben Werfmalen ber Spannblenfipflicht, bes biobetigen gewöhnlichen Saltens eines Gefpanns bon 2 Bierben ober Dchien, ober eines Handbefiges von 20 Morgen Gerfland moiter Alaffe abbangig machte. Ferner wurden alle Stellen bon ber Begulinung ausgefichtoffen, welche ju ben fcon 177% von Prema Ben in Befig genommenen Landestheilen geholig, erft mach Aufnahme . Det Sienerollen auf Berwerkstand errichtet worden find, besgleichen bis nech jener Beit gu regulirungsfähigen Stellen zugelegten Bormertislambereien. Buch Saude und Wirthfchaftebenmte und Dienftboten bes Builpern, welche bauerliche Adernahrungen als Befoldungen, Dienftettelumente over Dienftiohn zur Bemitfung befigen, wurden von ber Cigenthums - Berleibung ausgeschioffen , besgleichen Bailler , Schmiebe, Relis ger und andere Gewerbereibenbe, welchen bauerliche Adernahrungen jur Berguing für geworbliche Beurichtungen verliehen find, envila auch bies migen Acernahrungen, welche mit einer gewerblichen Unlage in Berbinding bleiben muffen, um in ber bisher ublichen Betriebsart ber Legteren feine Gebrung Berbeigtiführen.

Für das Landgebiet von Danzig murbe burch das Geses vom 8. Meil 1823, das Eddt vom 14. September 1811 und die Deflaration vom 29. Mai 1826 mit der nöberen Boftimunng über die Regulis ungflähigkeit eingesichtt, daß nur bauertiche Ackernnheungen, b. h. Nahrungen, vom welchen Spanndferifte zu leisten waren, oder deren Bester bieber gewöhreich zur Bewirthstaftung Zugvirh gehalten batten und bei denen solches fortdauernd erfarberlich war, zur Regultrung berfattet

wurden, infofern fie entweder

a) in ben aufgewimmenen Steinerauschlägen und Steinereollen gur bauerlichen hufenftener ober boch ale Danniter und Rataber u. f. w. im Schwigelb werauschaftent, ober

bi bet ber Bertimbigung bes Gefehre entweber

1) unt Dienften gent Bewirthfchaftung eines herrichaftlichen Gutes

befastet waven, over

9) 666 frogermannte emphysicutifche Süter auf bestämmte Jahre ober Geschlischussolgen mit ober ohne Wefugniß, nach Ablauf der Frist die Bertängerung des Kontrasies fordern zu können ober abs zur Kultur ausgesehrte Gilter (Laßguter) im Steine des G. 626. u. folg. Tit. 21. Th. I. Allgein, Landerschith, sei es zu erbischen ober nicht erblichen Mechten, ober zeitpachenoelse von Leuten bäuer- lichen Sientes bestsen wurden.

Diese gesehlichen Beschränkungen ber Etegustrungsfähigsteit neben ber Loderung bes alten Bandes zwischen ben Inhabern ber fleineren ländtischen nicht eigenthümlichen Stellen und ihren Gutsherren öffnete ber Umgestaltung bes kestehenden Berhältnisses einen willsurichen Spielraum. Bon manchen Gutsherren ist derselbe zwedmäßig benupt und ste haben das Berhältnis so geordnet, wie es ihrer durch die Ausbedung der Spannbienste nöttig gewordenen neuen Wirthschaftseinrichtung entdrech. Bielsstielt aber ist der Erfolg auch ein ganz unerwünschter gewesen. Die Accter, welche die kleinen bäuerlichen Wirthe, wenn auch mit mangelschafter Einsicht, doch mit der, dieser Alasse von Landwirthen eignen Sorgsamseit bedaut hatten, wurden von den Gutsherren zu ihren Borwersen eingezogen, zu deren frästigen Bewirthschaftung es ihnen ichon vorher au dem nöthigen Betriebskapital geschlt hatte. Ihre Wirthschaften hätten der intensiven, nicht der extensiven Sebung bedurft, sie blieben daher mangelhaft, fränkeln oft jeht noch mehr als zuvor, und bieten den auf Beschäftigung bei ihnen angewiesenen, in den Lagelöhnerstand getremen Reinen Stellenbessigern nicht die gesicherte Gelegenheit zum sortiausendenen Berdienst, welcher zum Bestehen diesen Stellenbessigen zum Bestehen diese Standes nothwendig ist.

Das Gemeinwohl erforbert, bem weiteren Umfichgreisen bieset Meise ein Ziel zu sehen. Im Allgemeinen ist anzunehmen, daß die Einziehung der bäuerlichen Stellen da, wo sie den neuen Zuftänden Wirtslich entsprach, bereits ersolgt ist, wo aber noch kleine uneigenthumliche Stellen bestehen, erscheint ihre Erhaltung zum Wohl des Ganzen ersprießestellen bestehen, erscheint ihre Erhaltung zum Wohl des Ganzen ersprießestellen bestehen aber die Inhaber derselben ihre Kräfte in der Kultur der Grundtüde frei entwideln können, so müssen sie Eigenthumer derfelben werden und den bisherigen Grundherren muß eine angemessene Entschädigung für die Dienste und andere Leistungen werden, welche sich webe und mehr als unverträglich mit jedem neuen Ausschwunge in der Landwwirthschaft und mit jedem Fortschritte in den Sitten der arbeitenden

Bolteflaffe zeigen murben.

Alle biefe Gründe machen fich hauptfächlich in ben öftlichen Theilen ber Monarchie fühlbar. Rur durch die Erweiterung der Regulirungsfähigfeit kann in diesen Provinzen die Erhaltung der kleineren landlichen Stellen gefichert werden, welche den Besthosen das Aufsteigen in die Rlasse der Besthosen erleichtern und den Boden eines als Mitglied in der Kette des Ganzen unentbehrlichen Standes bilben.

In einzelnen Landestheilen wird baburch zugleich ber zweifelhafte und ftorenbe Streit: ob die Stellen icon Eigenthum ber Inhabet und

ob fie erblich find ober nicht? geschlichtet werben.

Bas bie übrigen vorstehend nicht namhaft gemachten Landestheile betrifft, so fommt in ihnen, namentlich in dem Gerzogthum Sachfen und dem am rechten Elbufer belegenen Theile des Regierungsbezirks Ragdeburg das Nerhältniß eines nicht eigenthümlichen zur Regulizung fich eignenden bäuerlichen Grundbestiges gar nicht vor, und in den früher zum Königreich Weltphalen, dem Großberzogthum Berg und zu den französischen Departements gehörig gewesenen Landestheilen ift dieses Berhältniß, wo es bestand, unter dem Einsluß ber fremdherrlichen Gesetzgebung längst beseitigt.

Eben fo wenig besteht ein foldes Berbaltnif noch in Neuvorpommern. Die frühere Erbunterthänigkeit ift bort bereits burch bas ichwebifde Geset vom 4. Juli 1816 aufgehoben. Da sammtliche erbunterthanige bauerliche Birthe feine erblichen Rechte an ben von ihnen bes wirtschafteten Grundftuden hatten und wegen der Eigenthums-Berleis hung am fie jewes Geseh nichts verordnete, so verblieben die Grundstude freies Cigenthum bet Gutsherren und sind von benselben seitdem belies big zur eigenen Bewirthschaftung eingezogen, ober nach Gefallen in Zeitspacht ausgethan. Ein mehr als vierzigjähriger Zeitraum hat daher in diesem Landestheile die Berhältnisse bergestalt für das unbeschränkte Eigens ihum des Gutsherrn an den Grundstuden, welche nicht in Erbpacht gegeben ober verlauft worden sind, herausgebildet, daß ein Einschreiten der Gesetzgebung hierzegen unzulässig erscheint, und beshalb auch von den darwider befragten Behörden dieses Landestheiles durchaus widerrathen worden ift.

Aus diesen Gründen find in dem S. 73. des Entwurfs die weiterhin folgenden Borschriften dieses Abschnitts nur auf diesenigen Laudestheile beschränkt worden, in welchen bisher das Edikt vom 14. September 1811 und das für die Broving Posen ergangene Geset vom 8. April

1823 Anwendung gefunden haben.

Bas nun Diefe meiteren Vorschriften anbetrifft, fo gewährt bie vbige Darftellung ber in biefen ebengebachten Landestheilen gegenwartig geitenben Beftimmungen über Die Regulirungefähigfeit ein anschauliches Bilb ber Schwierigfeiten, mit welchen Die Befetgebung bei Aufftellung biefes Begriffs und berjenigen Merkmale zu tampfen gebabt bat, nach welchen Die Der freien Berfügung Des Guteberrn vorzubehaltenben, von ber Regulirung auszuschließenben Grundftude von benjenigen gefonbert werben follen, welche als zur Regulirung und Eigenthums - Berleibung geeignet zu erachten finb. Diefe Schwierigfeiten entsprangen hauptsächlich aus bem Umftande, bag bie frubere Gefengebung bas gutsherrlich-bauerliche Berbaltnig in feinen Details nicht jum Gegenstande ihrer Ginwirfung gemacht und biefes Berhaltniß fich vielmehr nur gewohnheiterechtlich in fleineren Diftriften, ja felbft oft gang lofal, mithin bochft berfdiebenartig ausgebilbet hatte. Wo auf Diefem Wege bie Erblichfeit bes Befites fich feftgeftellt hatte, mar Die legislative Aufgabe leichter ju lofen; bet bem nicht erblich geworbenen Befite war bagegen Die Grange zwiften einer zur freien Disposition bes Gutsberrn ftebenben und einer flets wiederum an einen bäuerlichen Wirth zu verleihenden Stelle schwerer zu gieben, und bie Gesetzgebung mußte hier hauptfachlich mit großer Borficht berfabren, um ber Gefahr ju entgeben, mit offenbarer Berlegung bet Rechte ber Guteberren, felbft bie von bemfelben ju einem blogen Pachts wer Mietheverbaltnig an bauerliche Befiger ausgeihanen Grundftude für regulirungefähig zu erflaren.

Bar es aber schon bei dem Erlaß der früheren Regulirungsgesetze, schwierig, die Merkmale der Regulirungsfähigkeit scharf zu bestimmen, so erhöht sich diese Schwierigkeit jetzt, wo es sich, um den Anforderungen der Zeit und Erfahrung zu genügen, darum handelt, den Unterschied zwischen größeren und kleineren, spanndienstpssichtigen und handdienstepsischien Stellen hinsichtlich der Regulirungsfähigkeit aufzuheben. Dem abgesehen davon, daß bei diesen kleineren Stellen der Unterschied zwischen einem reinen Miethes ader Bachtverhältniß und dem gutsherrlichen lasstischen an und für sich schwerer zu erkennen, so kommt noch hinzu, daß durch die neuere Gesetzgebung selbst größere Verwickelungen entstanden sind, indem durch die Verordnung vom 14. Februar 1808 für Ofts

und Westpreußen, vom 27. März 1869 für Schiesten und vom L. Januar 1810 für die Marken und Pommern die Ginziehung der nicht erkitchen bänerlichen Grundstücke unter gewissen Bedingungen gestattet wurde, auch durch die Dessartion vom 29. Mai 1816, Art. 76. und 101. die richt erblichen Rahrungen den Gutsherren zur freien Verfügung gestellt wurden, serner das Gesey vom 8. April 1823, in den §§. 99. und 2000, zwar die Einziehung der eigentlichen bäuerlichen Ackrunkrungen im Gegenstige der Dienstsamilienskellen untersigte, den siehen nicht welchieben Stellen aber keinen Schutz gewährte und zugleich im §. 5. die vor der Rublikation der Kabinets-Order vom 6. Rai 1819 einzezogenen und die nachber gegründeren Bauernahrungen für nicht vegnlirungeskisch ein-

Wenn es nun auf ber einen Seite keinem Bebenken unterliegen fonnte, Diejenigen Stellen, welche ber Gutkherr auf Grund ber bisher güttigen Gefetze wirklich eingezogen, von der Regulirungsführstelt ausgubschließen, so durfte doch, wenn die wohlthätige Abstät des Gesehls nicht gänzlich verfehlt werden sollte, diese Ausschließung nicht aus diesenhand Stellen ausgedehnt werden, welche von dem Gutsherrn mach den gesehlichen Bestimmungen zwar eingezogen werden konnten, aber in der Wirtslicht nicht eingezogen, sondern wie früher anderweit beseht werden ben sind.

Es erschien ferner unbebenklich, die nicht zu erblichen Rechten, fonsbern unr auf Lebenszeit ober auf eine bestimmte Beit, aber boch in laffitissichen Verhältniß besessehen Stellen ber Regulirung zu unterwerfen, wenne man nicht gerade die Mehrzahl berjenigen Stellen, bei welchen fich das Berbufniß ber Regulirung, namentlich in Schlesten und Polen, am brinigenbsten beransgestellt hat, hätte ausschließen wollen, während auf ber andern Seite reine Zeitpachtverhältnisse ber Regulirung webet unterwer-

fen werden fonnen noch follen.

Auf diefen Grundfägen beruben die §§. 74. und 75. des Gefet Ente wurfs. Die Fassung des §. 74., über welche hauptsächich die betreffenden Provinzial-Behörden zu Rathe gezogen worden stud, wird zwar bore aussichtlich bei der Anwendung in concreto nicht alle Zweisel über ben Begriff und den Umfang der Regulirungsfähigkeit lösen und es wird mamentlich in manchen Fällen, in denen die Eigenthims-Berleitung won Stellen gefordert wird, die nur zu einem zeitweisen Ruhungsrecht wertiehen find, oft schwierig sein, darzuthun und zu entschein, ab — wie der Geste Entwurf es bedagt — diese Stellen dergestalt verliehen worden,

"baß im Falle ber Befigerledigung nach Gefet ober hertemmen

ihre Wieberbefegung mit einem Wirthe exfolgte."

Albgesehen aber davon, daß diese Schwierigkeiben sehr hansig ihren Grund in der über das faktische Berhältnis obwaktenden Ungewischeit haben werden, die das Geset zu beseitigen offenbar ganz auser Stunde ift, so durfte es auch bei der unendüchen Mannigsaktigkeit, in der sich biese dauerlichen Bestwerbaltnisse in den verschiedenen Gegenden gestaltet haben, für den Gestgeber ganz unmöglich sein, durch Ankleumg speken, für den Gestgeber ganz unmöglich sein, durch Ankleumgeste bestieden, bereingen and abstracto die Gennzen der Regulivmanskipfeit bestiemture und zutressender zu bezeichnen, als es in denn werliegenden Baspaphen gestwehen ist. Man nur vielmehr den Michter verstanzen buch er, eingebend in den Geist des ganzen Geses, diese allgemeiner gestaltene Worschied in dem gegebenen Baske richtig zu bewien und zu andere

fcheiven wiffen wieb, ob bem Befit bes fraglichen Grunbfifice ein bie fes Beltpachts - ober Dienftverhatenif, ober ein zur Sigenthums - Beriebhung berechtigenbes lufftisches jam Grunde liegt.

2 Grunde ber Agrer-Commiffion.

Die Agrut-Commission hat sich mit ber Röniglichen Regierung and ven Golinden, welche von berselben in ihren dem Geseg-Entwurse beigegebend Motivon entwicket worden find, dabin einverstanden erstärt, daß zur Betweldung von Zweifeln die im driven Abschnitte enthaltenen Regullungs-Botschriften ausdrücklich auf diesenigen Landesthelle beschränkt werden, in welchen die Regullungs-Eviste vom 14. September 1811 um 2. April 1833 bisher gegotten.

Dugenen hat bei einigen Mitgliebern ber im f. 74. aufgestellte Besgriff ber Reguliungefähligfeit Bebenten erregt. In Betreff ber Fassung bed einen Alinea find bie Commissionsnitglieber überftimmend ber Anstitut geweben, bag zweifentfift ber Inhaft bes f. 74. durch Gintchaltung

ber Borte Binter ben Borten "unterflegen alle"

"bor Cinfubrung bes Ebifts vom 14. September 1811 ober vor Berfündigung ber Kabinets-Opbre vom 6. Mal 1819 in ben betreffenben Landestheilen bestebenb gewefenen"

aufzumbmen und ftatt ber Bestimmung, "welche entweder nach Maggabe ber 55. 626. u. folg. Ait. 21. Ab. I. ves Allgemeinen Landrichts zus "Auftur wusgethan," zu sehen:

"welche entweber zu la ffitischen Rechten nach Maafigebe ber §6. 626. u. folg. Sit. 21. Th. 8. des Allgemeinen Bandrechts zur

Kultur ober Nugung ausgethan,"
wach den Schußfat des ersten Alinea: "Ein foldes Gerkommen ift in der Regel u. s. w." wegzulassen fit. Der zuletzt orwähnte Schlußfat fann zu erheblichen Berletzungen führen und ist zur rechtlichen Begrünzbinng vor lasstiten Qualität einer Stelle nicht geolgaet. Die Ernschaltung der Worte "zu lasstischen Rechten," so wie der "oder Nugung ist aber dochals für zweitmäßig erachtet worden, weil gener Ausgung in weilich etastnischer geworden und der Zusatz der Erzten Worte den Zweifal beseitigen wird, als ob die bereits kultivirten Stellen, wenn sonst die Repiktite worhanden sind, don der Regulirung hätten ausgeschiossen werden ben sollen.

Die oben erwähnten Bebenken find aus den Worten hergeleitet worden, "beiderlei Stellen jedoch nur insofern als sie u. s. w." Bon einem Ritgliede wurde geltend gemacht, daß, nachdem die Berpflichtung zur Wiederbesetzung der noch nicht regulirten Stellen saft überall aufgehöhen sef, in der gebrunchten Bezeichnung kein characteristisches Rechnal ver Regustrungsfähigkeit einer Stelle erkannt werden könne und daher jene zu Risdeutungen Anlaß gebe, und hierauf der Antrag, gestätzt, statt jener Worte zu seben:

"lettere jedoch nur in bem Fulle, wenn fie fest gu erdlichen Rech-

wie Beissen werben."
Die Majorink hat sooch jene Bebenken nicht getheilt, vielmehr unter Berwerfung bieses Autrages sich für die Beibehaltung bes Geses-Entwurfes in Betrest vieles Punttes entschieden, indem die Regierungsvortlage mit ber feitherigen Gesetzgebung im Einklange fiehe und hier eine Ausbehnung ber Letteren auf die kleinen Stellen beabsichtigt werbe.

Gegen bas britte Alinea bes §. 74. ift erinnert worden, bas auch bie burch Bertrag in Zeitpacht gegebenen Stellen von ber Regulicung auszuschließen seien, weil in Betreff bieser auf Grund ber in der Deflaration vom 29. Rai 1816 erfolgten Aufbebung der Wiederbesetzungsplicht der Gutsbestiger eine Bereinigung mit der Bestzung oes Gutsbertre (Consolibation) erfolgt sei und die hierburch begründeten Rechte dem Legteren nicht entzogen werden könnten. Dieser Ansicht ift auch die Majoristät der Commission beigetreten und dieselbe hat daher und in Beruckstigung der Bergwerksverhältnisse in Oberschlesten, solgende Fassung des britten Alinea bei der zweiten Kammer in Antrag zu bringen beschiossen:

"Ausgeschlossen von der Regulirung bleiben die durch Bertrag in Beitpacht gegebenen Stellen und Grundstüde, sowie die ben Saus . Forft., Sutten. und Wirthschaftsbeamten, Dienstboten ober Tagelöhnern, hutten. und Bergwertsarbeitern mit Rudficht auf dieses Berhältniß jur Benugung überlaffenen Stellen und Geundstüde, gleichgultig, ob dieselben Ackernahrungen waren ober nicht."

Bu S. 75. sub a. ift von einigen Mitgliebern ber Commiffion bie Bemerkung gemacht worben, daß nicht fammtliche angegebene Namen Kategorien von Stellenbesitzern bezeichnen. Namentlich werden in einigen Gegenden unter "Rataber" die Pferbe- ober Ochsenkuechte und unter "Komornike" die eigentlichen herrschaftlichen Tagelohner verstanden.

Bur Befeitigung etwaiger Aweifel hat Die Majoritat ber Commiffion es beshalb für zwedmäßig erachtet und ftellt bei ber zweiten Kammer

ben Antrag, ben Sag:

"Bu ben Bezeichnungen biefer Art gehören u. f. w." bis zu ben Borten "zagrodnit, chalupnit u. f. w."

wegzulaffen. Der \$ 76 fe

Der S. 76. fällt wegen ber oben borgeschlagenen anderweiten Bafung bes S. 74. meg.

Anmerkung. Der S. 76. bes Entwurfs lautete bahin: Die Besitzer bersemigen Stellen, welche nach Einführung bes Evikts vom 14. September 1811 ober nach Berkündung ber Kabinets: Orbre vom 6. Mai 1819 (G. 28. 1819, S. 153.) in ben betreffenden Landestheisen neu gegründet worden sind, haben keinen Anspruch auf Eigenthums: Berleihung nach dem gegenwärtigen Gesetze.

§. 76.

Der Anspruch auf Eigenthums Berleihung steht bemienigen zu, der das zum Eigenthum zu verleihende Grundstück aus eigenem Recht besitzt. Es haben daher z. B. Interimswirthe oder diesenigen, welche die Stelle vom eigentlichen Wirth gepachtet oder geliehen haben, keinen solchen Anspruch.

Von bemjenigen, welcher das Grundstüd zur Zeit ber Berstündung bes Gesets vom 9. Oftober 1848 (Gesets Sammlung 1848, Seite 276.) aus eigenem Recht besessen hat, wird vermusthet, daß er ber rechtmäßige Bester sei. Bei ben bisher nicht

ju erblichen Rechten besessenen Stellen kann biese Bermuthung in Ansehung ber aus ber Zeit vor Berfündung bes gedachten Gesesse herrührenden Ansprüche nur durch Urfunden entfraftet werden.

S. 77.

Ift zur Zeit der Bestherledigung einer nach dem gegenwärstigen Gesche noch zu regulirenden Stelle Riemand mehr vorshanden, dem ein Anspruch auf Eigenthums Berleihung zustände, so hört die Berpstichtung der Gutsherrschaft zur Wiederbesetzung der Stelle auf, und die Gutsherrschaft kann über die Stelle unbeschadet der Rechte dritter Personen frei verfügen.

S. 78.

Alle biejenigen, welche auf Grund eines früheren ober bes gegenwärtigen Gesets Ansprüche auf regulirungsfähige, von ihnen ober ihren Erblassern früher besessene Stellen, ober Entsschäugungsansprüche wegen beren Entziehung herleiten wollen, mussen diese Ansprüche bis zum 1. Januar 1852 bei der Auseinandersetzungs-Behörde des Bezirks, in welchem die Stelle liegt, anmelden, widrigenfalls sie mit denselben prakludirt sein sollen.

In der Provinz Posen, in den mit Westpreußen wieder vereinigten Distrikten des Kulms und Michelauischen Kreises, sowie in dem Landgebiete der Stadt Thorn, verbleibt jedoch die Bestimmung des §. 1. des Gesetes vom 8. Februar 1846 (Gesete) sammlung 1846, S. 219.) wegen der schon mit dem 1. Jasnuar 1849 eingetretenen Präklusion der Ansprüche früherer Bestiher regulirungsfähiger bäuerlicher Stellen in Krast. Auf die im §. 2. des eben gedachten Gesetes bezeichneten Stellen dagegen sindet die oben bestimmte mit dem 1. Januar 1852 eintretende Präklusion Anwendung.

S. 79.

Bon bem Zeitpunkte ab, an welchem bas gegenwärtige Gesfeth Geseheskraft erlangt, wird in Ansehung aller nach demselben zu regulirenden Stellen, auch wenn deren Besther noch vor ersfolgter Regulirung versterben, das Recht auf Regulirung bergesstalt vererbt, als wenn die Stellen selbst bereits Eigenthum dies ser Besther gewesen wären.

motio.

Diese Borfchriften bezweden lediglich eine Berminberung ber Brageffe und die balbige Gerbeiführung eines volltommen geficherten Buftanbes bes Befigers; fie grunden fich bauptsachlich auf die aus der Erfahrung hervorgegangenen Borfchläge der betreffenden Auseinandersetungs - Behörden.

S. 80.

Bei ber Regulirung fommen in Betracht:

- a) Un Rechten ber Gutsherrschaft:
 - 1) bas Eigenthumsrecht;

2) die Hofwehr;

- 3) das Recht auf Dieuste, Geld, ober Ratural-Abgaben und Leistungen aller Art, welche nach dem gegenwärtis gen Gefete ablösbar find;
- 4) die gesehlich ablosbaren Servitute auf den bauerlichen Grundstüden.
- b) An Rechten ber Stellenbefiger:

1) ber Unfpruch auf Unterftugung bei Ungladofallen;

- 2) die Berpflichtung der Gutdherrschaft, den Stellenbesiger, wenn derselbe unvermögend wird, bei den öffentlichen Abgaben und Leistungen zu vertreten;
- 8) die Verpflichtung ber Gutsherrschaft zum Aufbau und zur Reparatur ber Gebäude, sowie zur Berabfolgung von Bauholz;
- 4) sammtliche nach bem gegenwärtigen Gesetze ablösbaren Leiftungen ber Gutsberrschaft;
- 3) alle gesetlich ablösbaren Berechtigungen auf ben Geundsstücken ber Gutsherrschaft, als Weibe-, Brennholz-, Streuberechtigungen u. f. w.

5. 81.

Bei der Frage über die zur Stelle gehörigen Ländereien, for wie über die derselben gegen die Gutöherrschaft zustehenden Bereck-tigungen und obliegenden Verpflichtungen wird der zur Zeit der Vertändung des Gesebes vom 9. October 1848 (G. S. S. 276.) vorhanden gewesene Besitztand als der rechtmäßige vermuthet. Diese Vertmuthung kann nur durch Urkunden entkräftet werden.

S. 82.

Ohne Entschädigung dafür leiften zu dürfen, erhält

a) der Stellenbesiter bas Eigenthumsrecht und die Hofwehr (\$. 80. a. 1. und 2.)

b) die Gutsherrschaft die Befreiung von den Verpflichtungen zur Unterflügung in Unglücksfällen und zur Vertretung bei öffentlichen Abgaben und Leistungen (§. 80. d. 1. u. 2.)

§. 83.

Der Werth ber 8. 80. Lit. b. Rr. 3. angegebenen Berpflichtimg ber Gutcherricaft jum Aufbau und jur Reparatur ber Gebaube, sowie jur Berabfolgung von Bauholz, muß nach dem jahrlichen Durchschnittsbeirage biefer Berpflichtungen abgeschätt und in Ermangelung einer Bereinigung burch Schiebsrichter festgestellt woarden.

Chenso wird auch ber Werth ber nach 8. 80. n. 4. und b. 5. aussuhebenben Grundgerechtigkeiten ermittelt und in Mangel einer Einigung burch Schieberichter feftgestellt.

Für Diftritte, in welchem nach dem Ermeffen der Diftrittes Commissionen hierzu ein Bedürfniß vorhanden ist, können von ben Legteren unter Zuziehung von Sachverständigen Rormalsage in Betreff der, der Ablösungsberechnung zum Grunde zu legens den Positionen festgestellt werden.

S. 84.

Der Jahreswerth ber 8. 80. b. 4. bezeichneten Berpflichtungen ber Gutsherrschaft, sowie ber 8. 80. a. 3. angegebenen Berpflichtungen ber Stellenbesitzer, wird nach ben Borschriften bes zweiten Abschnitts bes gegenwärtigen Gesets ermittelt.

Bon der Summe des ermittelten jahrlichen Geldwerths der sammtlichen Berpflichtungen des Stellenbesigers wird die Summe des ermittelten jahrlichen Geldwerths der sammtlichen Verpflichtungen der Gutsherrschaft in Abzug gebracht. Ergiebt sich hiernach ein von dem Stellenbesiger zu entrichtender Ueberschuß, so erfolgt dessen Ablösung nach Vorschrift des §. 64.

Uebersteigt ber jährliche Gelbbetrag ber Verpflichtungen ber Buidherschaft ben jährlichen Betrag ber Verpflichtungen bes Stelsienbesthers, so braucht ber Gutoberr einen folden Ueberschuß nicht gu vergeien. Der Stellenbesther muß fich vielmehr mit ber Kompensation ber gegenseitigen Verochtigungen und Verpflichtungen begnügen.

Diefe Kompensation findet jedoch bei ben Stellen, beren Besitzer einen Antheil an der Erndte genießen (Mandel, Garben) nicht ftatt, tondern es muß diesen auch der Ueberschuß vergütet werden.

s. 85.

Der Stellenbesitzer ist jedenfalls zu fordern berechtigt, daß ihm bei Feststellung der zu leistenden Absindung ein Drittel des Reinertrages der Stelle verbleibe und daß mithin, soweit es hierzu erforderlich, die Absindung des Berechtigten vermindert werde.

Bur Ermittelung bieses Reinertrages ber Stelle wird ber gemeine Rauswerth, ben die Stelle bei Berudsichtigung aller auf ihr ruhenden Lasten und Abgaben, sowie aller ihr zustehenden Berechtigungen hat, durch Schiedsrichter in Pausch und Bogen sestgesellt. Alsdann werden vier Procent dieses Kauswerths mit dem Jahreswerth aller ablösbaren Reallasten der Stelle nach Abzug der nach den \$8. 59. und 60. zu berucksichtigenden Gegenleistungen zusammengerechnet. Die Summe beider stellt den Reinertrag der Stelle dar, von welchem das Drittel dem Stellenbesiger verbleibt.

Es wird daher ber Werth ber nach §. 80. b. 5. ablosbaren Berechtigungen erft nach Ermittelung ber bei Berudsichtigung ber Praftationsfähigkeit von bem Stellenbesitzer noch zu zahlenben Rente in Abzug gebracht.

\$. 86.

Liegen die zu den bäuerlichen Stellen gehörigen Grundstüde im Gemenge mit den gutsherrlichen Grundstüden, so muß eine zwedmäßige Zusammenlegung von Amtswegen nach den Borschriften der Gemeinheitstheilungs-Ordnung erfolgen. Bei einer solchen Gemeinheitstheilung können auch die keiner Gemeinheit unterliegenden Grundstüde einer nach den Borschriften des gegenswärtigen Abschnitts zu regulirenden Stelle wider den Willen des Bestigers derselben in den Auseinandersetzungsplan gezogen und der Umlegung unterworsen werden.

8. 87.

Das Eigenthumsrecht an der Stelle geht mit dem Termine, an welchem die Regulirung ausgeführt wird, auf den Stellendessitzer über. Dieses Recht erstrecht sich auf die Stelle und deren Zubehör, zu welchem Letteren auch das auf den Grundstüden der Stelle stehende Holz zu rechnen ist. Die Ausführung der Regulirung ist von der nach §. 86. zu bewirkenden Auseinandersetzung unabhängig und darf durch Lettere nicht ausgehalten werden.

Die Ausübung ber Sutung auf ben in gemischter Lage be-

ferbeiten Grundfluden ift"bis jur Ausführung biefer Bufammenlegung erforberlichen Falls burch ein Interimiftitum ju orbnen.

Anmerkung. Da hier bestimmt ist, daß die Aussührung der Regulirungen nach den damit verbundenen Gemeinheitetheilungen nicht ausgehalten
werden soll, die Renteablötung durch Vermittelung der Rentendanken aber
von der Bestättignung der Regulirungsverzesse abhängig ist, so werden die Behörden und Commissarien die Regulirungsverhandlungen von denen der Gemeins
helbsteilung möglichst getrennt zu halten, sedensalls aber dasur zu sorgen hadar, das Erdere schleunigst durch Rezessestättigung besudigt werden.

S. 88.

Das Eigenthumsrecht bes Stellenbesitzers erstrecht fich auch auf bie Vosstlien, insofern folche nach ben Landes ober Provinsial-Befehen bem Eigenthumer bes Bobens zustehen.

Die von der Sutsherrichaft vor Berfündung des gegenwärstigen Gesets auf dauerlichen Grunden aufgeschloffenen mineralischen Lagerstätten, Erzförderungen und Gruben, Ralls und Steinbrüche, sowie Thons, Lehms, Mergelgruben und Torfstiche verdselben der Gutsherrschaft, vorbehaltlich der dem Stellenbestiger zu gewährenden, durch Schiederichter sestzustellenden Entschädigung für die ihm entzogene Benugung und die Verschlechterung der Bobenstäche.

In ben Rechtsverhaltniffen in Bezug auf biejenigen Erbfure und Mitbaurechte, welche gur Zeit ber Bertunbung biefes Gesfete hereits erworben find, wird burch baffelbe nichts geanbert.

In allen anberen nicht aus ben hier zu regulirenben Eigenthumeverhaleniffen herzuleitenden Beziehungen verbleibt es bei ben Benfinmungen ber Berggesetzebung.

8. 89.

Die Gutsherrschaft behålt die ausschließlich von ihr bes nunten, auf den Grundstüden der Stelle befindlichen Gebäude, 3. B. die zu Tagelöhnerwohnungen benuten. Sie ist aber verzischichtet, sich die Bersetung dieser Gebäude auf ihren Grund und Soben gefallen zu laffen, wenn der Stellenbesitzer solche verstannt und die Kosten dazu herzugeben bereit ift.

Eine gleiche Bersehung, und zwar auf Koften ber Gutsherrfofft, ift ber Stellenbefiger zu fordern berechtigt, wenn die Gutsherrschaft einen Roubau dieser Gebäude vornehmen will.

Die Bauftelle fallt, wenn eine Berfepung erfolgt, bem Stel-

ben in ben Geholim ber Gieffenbefter, au bezugen befreit fin. Daifer bas Gefest teine Bestimmungen enthalt, in wird anzunehmen felicher bas Gefes teine Bestimmungen erthalt, in wird anzunehmen felichen Guteferen biefe Befagulf & jogen werben follen.

· S. '90.

Wit der Anbringung der Proposation auf Regultrung hört bie Berpflichtung ber Guthherrichaft auf. Berlufte an bet Sofwehr zu erfeben. Dagegen bauern alle übrigen Berpftittengen beiber Theile bis jum Ausführenastermine fort.

1. Masion. Bas Die Auseinandersetung zwijden ben Guteberren und ben po-gulteungofichigen Stellenbesiern anlangt, von welcher Die beritigenben Baragraphen fenbein, fo ift ber Entwurf von ben bembitgieten Grund. fagen, welche hieruber bas Ebift vam 14, September 1811 adieftellt batte, abgegangen und bat fich vielmehr ben einfacheren und nature licheren Arineiplen bes Bofenfchen Regulirungs - Gefestes bom & 2 1893 angefchloffen, indem en im Wefentlichen beftimmt bat, bag guthe parft sinoxicità

ber Stellen befiger bas bis babin ber Guisberrichaft guftebenbe Eigenthumbrecht an ber gangen Stelle und beren Bertinenglen.

fomie an ben Sofwebe,

aubererfeitst aber bie Befreiung von ben Berpflichtungen jur Unterftugung bes Stellenbefigers in Ungludefatten und gur Bertratung hat offentligen Abgaben jund Reifbungen,

abne Entschädigung basur leiften zu burfen, erhalten folle, baliebte bem nachst alle übrigen gegenseitigen Berechtigungen und Berpflichtungen bei ber Theile, ebenso wie bei eigenthumtich beseffenen Stellen abgeloft im

vergutet werben follen.

Diete einfachere Mit ber Andenandenfegung, bei ben ben einer Abeie lung ber ju ber lafftiften Stelle geborenben Andereien mifchen bem Guteberen und bem Stellenbefiger, wie fie bas Goift vom 14. Cobien. ber 1811 in der Regel verlangt, micht bie Rebe ift, erscheint nicht nur um beshalb nothwendig, weil es fich gegenwärtig bauptfachlich mir noch um bie Regulirung flemerer bauerlicher Befigungen banbelt, bei benen eine folde Landthellung melt unpraftifch, fa fetbft unausfahreat f nutbe, sonhern fe bat auch im Mengleich mit ban Apinchien genes, willen, noch ben Borgug, daß burch fie eine größere Uebereinstimmung zwischen ben Entschädigungen in Ansehung ber eigenthümlich und ber nicht etgenthumlich besessen Stellen erreiche, auch bei ben Stellen ber letteren Art ber Unterstieben genischen ben geblich und bes nicht grande befessenn fast ganglich beseitigt und bierburch bie Andeinaphersenung und bie babet zu gewährende Absindung bem zur Zeit bestehenden Buftanbe entsprechenden wird. Denn bie materiellen Boribeile und Rachibeile find für ben Buteberrn gang gleich, er moge big Dienfte, Binfen mi fi me beziehen pon Stellenbefigern, Die zu Eigenthum, ober pon folden, Die nicht zu Sigenthum Befigen, ober er moge bie Ausubung von Gutungs-Golzungs = ober andern Servituten auf feinen Randereien ben Befiftete eigenthumlider aber nicht eigenthumlichen bäuerlicher Stellen gefoatem mußfei. Einfo ift filt bei Beupflichtelen gut Aufbelagung ber Leffinigen und ben Guttberen gleiche Anftrengung erforbertic, und bie Ausübung jetere Gerbiut-Berechtigungen gemährt ihm gleichen Gentif, er mag feine Greife eigenhümlich ober nicht eigenthümlich, erbilch aber utart orbiich beflass.

Din miglicherweife bierbei aufguwerfende Grage, ub bie bieber regus lirungsfählgen Stellenkefiber, welcht nach bent Golft wum 14. Sebtenber 1811, wenn fle erblich befagen, in der Rogel ein Deittel, wonn fte abet nicht erblich befagen, Die Galfte ibrer Stellen an Die Guesberrichaft abindu mußten, telcht bielleicht nach ben Grunbfagen bes Gefth-Entmutfe fteischter gu fteben tommon murben? laft fich freille im Alligemeinen mit einiger Buverläffigfeit weber bejahrn noch verneinen, ba bet einzelnen Fälle zu verfcwiedenartig gestaltet find, und oft schon geringe Abrakhungen im ben falbifchen Berhaltniffen ju fohr abweichenven Refulteten bei ber Attbeinanberjehung führen. Erwägt man aber, baf nach dem Wille bisher der vegulirende Wirth famintliche auf der angethellten Skile tafteben Rommungi - und Gocietats - Laften und aufettien nach bufdinge ibernehmen mußte, daß bem Gutsberen freifiand, auf Gemabnen dur Suber Mormal-Entschädigung angutragen, wobei auf bis Buffitientfabigleit gar teine Rudficht genommen wurde, fo erfettitt et webt faft gewiß, daß die neuen Grundfabe bes Gefet. Entwierfs util namentlich ber bes S. 85. (jest 84.), nach welchem bem regulfreitben Steler unbebingt ein Drittel bes Reinertrugs ber Stelle frei bleb bm felt, eine größern Gewähr gegen Ueberbarbung foldet Befiber bleten; als es bas Epift thut.

Bunfchenswerth iraue ob allerbings gewelen, wonn in bem Regulirungsverfahren gleich alle gegenseltigen Beruntigungen und Beriffichtungen jur Beranfchlagung, Konsperiation und Ereifchleigung hatten
gebruch werben fannen und wenn nicht, wie es in bem Gefes-Entwurf
befinnt ift, Die Servitut-Berechtigungen babet ausgeschloffen und zur

befonderen Entfeträdigung verwiefen waten.

Benn vielleicht in einzelnen. Difeitien, g. B. in Sterftifeften, tie bu limfang ber bisber nicht regulirungsfähigen Stellen bis ju 25 Morgen Mittlibben feigen finn, bas Bedürfulf einer Band. Entfchalgenig für bie Getellut. Bereiteinungen nicht fo allgenein freverriet, vielmoft für elten

Shell biefen Softenbufiter id ber Megnikrung bie Kontienfatibit aller Berechtigungen und Berpflichtungen und eine hierburch herbeigestitute Penminderung ber Regulitungerente vortheilhafter sein möchte, so kann boch die Geschung auf folche gang preielten Berhältniffe feine besondere Rudficht nehmen, wuch est vielmehr ben ansführenden Behörben übenlassen, in solchen Fällen vergleichsmeise oder durch schiederichtenlichen Spruch eine den Berhältnissen entsprechende Auseinandersehmig berveiguführen.

Die fpeciellen Bestimmungen ber SS. 87. bis 90. fint jum größten Theil auf ben bisberigen Gefeten wieder mis aufgenommen worben, ba

le fich als gwedmägig bemabre baben.

2. Gründe ber Agrar-Commiffion.
Der Gefen-Entwurf ber Königlichen Regierung hat in bemis. 81.
u, folg. (jest 80. u. folg.) die im Regulirungs-Colfte vom 14. Geptember 1811 aufgestellten Rormen zur Auseinandersehung zwiffelt bem Gutöherrn und den Stellenbesigern verlassen und schließt sich bem Begulirungs-Principien im Gefege für das Großherzogthutn Bofen bom 8. April 1823 dahin an, daß die gegenseitigen Leiftungen sofortraut

Strundlage bei ber gutsberrlichen Entschädigung angenommen Bor-

ben follen. -Gegen biefe Bestimmung ift ber: Amtrag bes Abgeorbneten won Richthofen, gerichtet, welcher ber Agrar-Commiffion gur Bogietachjung überwiesen worden ift und in bem Untranfteller felbft in ber Commiffton feinen Bertheidiger gefunden bat. Dach biefem Botfchlage foll die gutsherrliche Entschädigung unter Rompenfation aller gegenfeitigen Berechtigungen und Berpflichtungen auf Die Balfte bei Reinertrage ber ju regulirenben Stelle feftgefest und biefe burch Boargablung, Pfand, ober Rentenbriefe gemahrt werben. Die Motive gu Diefem Antrage find bem von bem oberfchlefichen Berein gur. Forberung ber Intereffen bes Grundbefiges eingefandten, an fammtliche Abgeorunge ton mitgethellton Entwurfe eines Special-Gefetes fur Dberfettleffen, betreffend Die Eigenthume Berleibung an Die Runnieger bieber nicht eigenthumlicher bauerlichen Stellen, porangefiellt. Außerdem ift mit:Rudficht parauf, bag die Emanation eines Special-Gefebes fur Oberfcheffen nicht befürmortet werden fonne, jur Begrundung jenes Antrages mach ange-führt worden, daß einestheils das Auseinanderfegungs Werfahre nach jenem Antrage, wefentlich vereinfacht werbe und Prozeffe über Ebellede mungerechte und beren Umfang ichen im Boraus abgefcmitten wir bent; anderentheile aber auch bie borgefchlagenen Auseinanderfegunge Birmen eben fo gerecht als billig feien. Bergegenwärtige man fich ben Urfbrung bes Berhaltniffes, fo fonne wohl nicht begroeifelt werben, bag bie: Una fpruche ber Stellenbeftper auf Eigenthums Ermerbung einer ftrengrechte lichen Begrundung entbehren und bie Gefetgebung, menn-fie foliche anerfannte, in bas Privat - Gigenthum, tief eingeschnitten babe. Auferbem fot es gewiß die Ubficht ber Kontrabenten bei ber urfbrunglichen Werleibung gewesen, ben Umfang ber Laften nach bem Werthe ber Stellen zu beftimmen, in Diefem Balle murde Daber unter Rompenfation : ber Leiftungen und Berechtigungen ber gefammte Reinertrag ber verbleibenbent Stelle als autsberrliche Entschädigung um fo mehr gemabrt werben muffen; ale Die beranderten Rechteberbaltniffe auch bem Gutaberen gu Gute toens men, muften, me Sei, dies ober richtig, fo beruhe as gewiß in ber Billige feltermenne, bent Citellenfuftet bis Stiffe wol Mointetrugef ber Stelle belaffen, under batund beffen kunftige Benfulenwofdhigtett außer allem Jusch fot gestiffe werben folle.

Db. Agras - Commiffion bat jedach biefen Antrag falt 18 gegen S Stimmen abgelahnt und fich fur die Beibehaltung bos in ber Regierangs

porlage ausgelprochenen Abrincips erflären ju miffen geplaubt.

Die Migjorität ift biebei won ber Auficht geleitet mieben, bag, wenn auch greicheben werben muffe, bag in bem obigen Antrage eine mefents liche Erleichterung bes Auseinanberfehungs - Berfahrens begrundet werbe, Die Annahme bes: Antrages boch zu ber wohl nicht unbegrundeten Beforgnif Anlag gebe, daß die Unwendung jener Normen mit exheblichen Radificilen für ben Stellenbefiter verbunden fei. Det Umfang und bie Belafting ber Stellen in ben verfchiebenen Lanbesthellen, ja fogar in ben Rreifen und einzelnen Ortichaften fei fo verschieben, bag man nibe im Bunut ganehmen fonne, bag ber Werth ber Stellen und beren Berechtigungen in einem gleichen Berbaltniffe ju bem Webrb ber Leiftungen fithe A laffe fich fogar nicht einnigl überfeben, ob auch nur bei einer Bannamilitinden Stelle Die Borandfehungen jenes Antroges gntreffenb feterage Ef tomme aber auch nicht gugegeben werben, bag bie Unfprüche ber zu regultrenden Stellen fo prefarer Raint feien, ale es von bein Untragteller menneint metbe. Wenigftens ben erhlichen Stellenbefigen gegens her fer bas Gigenehumsrecht bes Gutsheuen ohne nugbaren Werth und fone for ben Leitern feinen Anfornet auf Entichabigung begründen. wenn bie bei f. 2. bes Befet Entwurfes angenommenen Grundfape fone kequent Durchgeführt werden follten. Bei jenen Stellenbefigern laffe fil baber ber rechtliche Anfpruch auf eine gemeue Berechnung bes Werth ber gegenspitigen Leiftungen nicht megleugnen und eine folche fet auch nicht mit Machthellen für ben Gutsberen verbunben.

Degegen hat die Agrar-Commission in einer andern Beziehung don bem: Gesetz-Eutwurfe der Königlichen Regierung abweichen zu mussen geglaubt. Während nach dem Letzteren (§. 86.) die gegenseitigen Grundsgreichten, und zwar einerseits die gutöherriichen Setvitute auf dei däugrlichen: Grundflücken, und andererseits die Gerotute der Swillenbessischen Ausgleichung gebencht werden, in einem besonderen Werfahren, zur Ausgleichung gebencht werden sollen, hat die Agrar-Commission soll eine gleichgeltige Ausdehnung der gutöherrlichen und die bie gleichgeltige Ausdehnung der gutöherrlichen und diener lichen Megultrung auf die Ausdeinandersetung wegen sewer gegenseitignt Beschtigung für nothwendig erachtet. Denne einestheils beruhen die Littles und der Albide innige Draumg ablösdaren Reclikiverhältnisse, als wie die nach der Ausdehrung kniesern in dem beiberseitigen Interesse begründet, als dadurch eine erhölliche Ermäßigung der Entschädigungsrente herbeigesührt werd. Es wird daher dei der zweiten Kammer hierdurch beantragt, im §. 81. sub a.

(jest 1. 80.) unter einer neuen Rummer einzufchalten :

und die gefentich ablobnaren Servitute auf ben bauerlichen Grumbflücken," - und web b. gleichfalls unter einer neuen Rummer:

ich) alle ablosbaren Berechtigungen auf allen Grundflicken ber Gutsherrsfchaft als Weibes, Brennholzs, Streu-Berechtigungen u. f. w. "Die Bestimmung bes §. 82. (jest §. 81.) ist in ber Agrar-Commission einftimmig als eine gerechtfertigte anerkannt worden. Angerbem in noch sin Zusatz zu biefem Paragraphen basin:

"biefe Burmaifereff fand mitr binde Mranbeit entbiffet wortheit, beentragt und auch Viefen mit 13 Gifmmen gegen 9 angenonafizen noording.

Die Minorität hat gegen diefen Zusatz geltend gemacht, das durch benfelben und Mecht seibst von dem Zusuke der Existen siens destimmten Bengismituls abhängig gemacht werde und dies sichen an fich in Werest der erblichen Sarlienbesten und der schan jeht regulirungskühligen dauer-lichen Witche, aber auch noch deshald bedenflich und gesthellich fot, weild denselben dadung Rechts antgagen würden, welche ihnen nach der Luge der Gestamissten gestlichten guftlindig wären.
Die Mojacität der Gemmissien hat diese Wedensen jedes nicht ge-

Die Majacität der Cammission hat blese Bodenten sedest micht gestigt, vielnehr janen. Zusat, zur Boseitzung von Zweifeln, werlche aus seichengen Geschgebung erniehnt werden können und zur Werhalbung vieler, in ihrem Endoorbilg porifelhafter Prozesso, für nachweitig

enachtet.

hur Beidentitlung bed Geletz-Entwurfd ift von einens Mitflide

"mas mach bem jabrtichen Dauchfthuittsbetruge biefer Bertellichsungen" gut fetzent: "noof nach bem gur Belt ber Sindutfinmb-Benleihung vorliesenden wirthschaftlichen Bau- und Aiparutenbederfeits einmal für alle Beiten,"

und dadund in begeinden gefucht worden, daß der Besiger einer zu bis gullrenden Stelle außer der neuergeklichen Gwarbung des Eigenihund em den Gebäuden bothsten nur noch die einmalige Instandsoptionische Kehren und der echtlich nicht bestehen nur fernare Unterhaltung der Gebäude aber rechtlich nicht bestehen, wieden der vertisch nicht bestehen, wieden der vertisch nicht bestehen, wieden der vertisch nicht bestehen, wieden der vertischen der bestehen, wieden der Vanflicht der Majorisch der Grundschung, daß dem Gewähren, wiede besondere Entschäugung für das Eigensthum in den Gebäuden, gestähre, nach dem im f. 83. (jest h. 82.) angenommenen Grundsthy unsährig ih und den Anlynuch des Gellenbeststates auf Bun- und Arperaturbass dessen hen Menthen Werthellen Wertherntitelung bederf, weif in gleicher Weise auch der Werth der Keistungen des Stellenbesthers zur Ausgesichung gebracht wird.

Auferden hat die Agran-Commission mit Mödstatt auf die pam 5. 82. (jagt §. 80.) beschlossen Edwalterung dier die Ausnahme der Um stimmungen über die Ablöhung der Servitute für exsvderbigung, die Amiden fün diese, imie für die Abgeitung der Manhelzberechtigung, die Amiden lung vom Normalsägen für statthase gehalten, wenn nach vom Manission der Distrikts-Commissionen sterzu ein Bedürfrist vorhanden sein kalle. Bar Erreichung diese Zweites sind poel Borschläge genacht vonden. Der enke geht daden, an Stolle des S. 84. folgende Bestimmung zu erching

"Der Inhrestweuth ber S. 81. a. 4; und b. 5. angegebenen Bereitetigungen wirde in der Regest unch Mormes. Mreifen bestätungt. (S. 61.)

Bel Festlegung biefer Normal's Preife ift in Einfehung ber nub m. 4. angegebenen Bewechtigungen: hauptsächlich auf ben Umfatte und bie Basthaffenfiel ber biefen Borachitgungen underliegenben. bauerfichen Grundflücke, in Anschung ber auch d. in, angegebenen Borachitgungen bagogen dus bas Bobürfniß ber banerlichen Stellen Rückficht zu nahmen.

Diefen Beburfnis, wird bei ben Borft Servituten und bent Umfunge ber Stellen und bir Berkungstoften nach ber Entfornung ber Forften; bei um hatungstonenhieungen: much ber nach beit Wiefange under bei Bobanguidfelt ber Gleffe ju futtenben Biefistaiffen fild.

... 195 Gollte in eingelnen Diftelten bir Beftfebung bon folden Ror-11 - Mille Beeifete überhaupt micht andfahrbur erfcheffen', fo ift ber Jahwewerth Diefer Berechtigungen burch Schieberichtet feftenftellen. "

200 gweite Boricoing gehr baben, ben S. 84. ber Beglerungevorlage

feinenten Bisidy angunehmen!

3. Wondo wier auch ver Werth bes nach f. 81. w. 4. und b. b.

3. Wondo wier auch ver Werth bes nach f. 81. w. 4. und b. b.

3. Wondownben Grandgerechtigfeiten ermittelt und im Mangel einer

3. Wondown butch Schieberichter feftgestellt.

wande Difteiter, in welchen had bein Ernieffen bee Diftriffetinklominiffismen sieren win Bebarfaffi worken bei fonnen von best lutemeten unter Buglichung von Sachverftanbigen Rorintiffige in Betuff ber ber Ablofungs Betedmung gutt Grunde ju legenben Bo.

bush feldaeftellt weeden."

Son biefen beiben Borfchlagen bat bis Agette Genintiffish ben gus digun tuit 19 gegen 2 Stutaton aboutiffe und beftofoffen, benfelwillen Rauenter gur Annubute gie vinffehlen. Die Majorität if in ber Anflite geleitet werben, wie fich nicht im Boraus and iffe, bag an allen Drien ber Bebatt ber bareiligen Birthe Fr Swen, Weide und beugleichen gebecht wurden fel ober gewährt werben tonne und baber bie Borausfehung bes etften Boridiages nicht guewsteht anguerkennen felt. Durch ben hveiten und augenvulnnenen Bor-tallige war deglock, den Auseinkunderfehungs Columpfielung in den Stand Justige Die Entludigungs Breichnung ohne Bussehung von Sachverstanen gillegen zu Winnen und Vadurty die fanielle Durchführung ber Ge-lierzie erkeldtern. Welche Postionen für die einselnen Auselnanders unger folgestelle werden müssen, som jenen Jweck zu etreichen, bles und Vogenstand über Instituteion sein müssen. Gier genügt eb, zund der ber Ausfählbarfete einer folepen Beftimmung auf Die Erfflutes rungele fable g. Do. ist biefent Gerichte ge vertreffen; num et bung. Beneeft tilrb; daß, wie fich auch mie bent Gefebe (S. 83.) engleden fort zweite Burfibing von den Antonesn angenommen worden ist.

hap erfton Althen biefes Baragraphen ift zu bemierker, bag ble Dagligibores defictoen: "Lied einfantiefills des mich 9.84: (jest 83.) fest. 12stelliebe Boldiges" der inegsallen müssen, weit vor biefer Ablöfungs. 14stelliebeng zunächt eine Appschrift wegen der Romwönfaston der gegens igent Beiftungeit gegeben werben mitf. Eine folche Beftittitlung Bat bie kapa Consustiffion in folgendem Bufoge ertannt, welcher als zweites Mile

: mir Den ber Gammie bed ernittelten fibefichen Betbiertibs ber fammtliden Berpflichtungen bes Stellenbefigers wird Die Gumme bes er-" Merelten: febelichen Gelbwerthe bet fümntilichen Derpftichtungen ber

Suteberefficht in Abking gebracht.

Erglebt fich Metnuch ein von bent Stellenbefiger gu entefchtenbet Meberfouff, for erfocht beffert Ablofung nach Borfcheift bee f. 64." Die Magnes Committen bearitrage baber bie Arthaline blefes Bufaped: bracht worben, ber vorftebenben Bestimmung nachforgenben Bufat ans

"Nabenfeigt ber ihriber Enthetung ber Bertflichtungen ben Gutsberrfchaft, ben jährliches Gelbettug der Bertflichtungen bes Stillenbefigere, so braucht der Gutsherr einen folden Unberfchaus nicht zu vergiten. Der Stellenbefiger wuß fich vielmehr mit der Kompensation der gegenseitigen Beruchtigungen und Berpflichtungen begnügen."

Bur Motivirung dieses Antrages wurde angeführt; das bas Sigenthumliche Berhältniß der zu regulirenden Stellen eine solche Festistung verchesertige. Bei der Gründung und Recloihung der Letteren sein die Zeistungen bes Bestgers nach dem Umsange und Ertvage der Grundstüde und Berechtigungen der Stelle abgemessen worden, und eine eichtige Werthvermittelung der gagenseitigen Leistungen koner daher niemsle zu dem Resultate subren, daß ichm der Werth der gegenseitigen Leistungen alle Indelich anzunehmen sei, am wenigsten aber zu dem Kesultate, daß der Guteberr nicht allein alle Ansprüche auf, das Eigenthum an der Socie offen Entschäftung ausgegeben, sondern auch ausgerdem woch eine Entschäftungung aus von Stellenbestger zu zehlen habe.

Werbe bennoch in einzelnen Fällen ein hiervon abweichendes Meint tat burch weitläuftige Abschäumgen und Werechnungen gefunden. fo kome ein solches nur auf irrebumliche Schäumge- und Rechnungs-Mostkienen beruhen, und es erfordere baber mindestens die Billigfeit, durch Ampahme der vorgeschlagenen Zusabektimmung den Guesheren vor folden

Berlegungen gut fchügen.

Bon ber andern Seite murbe gegen ben Antrag protefirt und behauptet, haß bie Boraussetung beffelben nicht überall gutreffe, Die Richtigfeit beffelben nicht erweislich fei. Der Werth ber gegenfeitigen Leiftungem gur Bais-iber Gründung einer Stelle konne nicht mehr ermettelt werden; eberfei aber eine Durchaus willfürliche Unnahme, bag überall bie Bobe, ber Caften: ben Werthe der Bercchigungen und Nunungen entsprechend festgefest worden feit Es laffe fich mobl benten, bag zuweilen auch nach ben Unficht bes Gotberen ber Stellenbefiger habe begunftigt, merben follen. In einem fold Falle habe ber Guteberr auch feither bem Werthe nach mehr geleiftet als eme pfangen, und ber Siellenbefiger werde hann burch jene Bufahbeftimmung in Folge Der : Regulixung schlechten gestellt; als feine Lage offine : Bagwistens kunft ber Letteren gewesen fei. Solche Nachtheile habe auch biardischerige Gefengebung vermieben; namentlich fei im Regulirungs-Chift wom & Mont 1823, welches gleichfalls Die gegenseitigen Leiftungen gur Grindige ber Auseinanderfegung mache, Die beantragte Beftimnigung nicht enthallen und man muffe fich baber gegen bie Lettere um fo mehr erftarene ale die Besorgniffe vor unrichtigen Abschätzungen durch die Anmendung we Mormal- Preifen befeitigt wurden, auch eine gleiche Berpfifchtung best Gutabefiners jur Bergutung eines Ueberfcuffes ben Gigenthamern ber Stellen gegenüber bereits im S. 61. fofigeffellt fei.

Unter Erwäqung der vorstehend entwicketen Gründe und Gegengrunde hat die Agrar Commission den obigen Antrag, mit bo gegen 9 Stimmen abgelehnt und danach zur Besürwortung nicht geeignet erachtet. Das zweite Alinea dieses Baragraphen bezweckt die Sekkellung des böchst wichtigen Grundsates, daß die Stellenbesitzer im prästationssissione Bustande auch nach der Ablösung verbseiben sollen (est. die obigen Erläuterungen zum § 63.)
Gegen dies Brincip, sowie gegen die Bestimmung, daß hierzente

w Comaffigung bet foften Selbubgaven einerbien finn, "find feine Rengen gerkniche trorben. Migget ift for Betreff ber Art ber Ermittelung bes Reinertrags ber Stelle und ber Bereitung bes freigulaffenben Drittels von einem Mitgliebe gehieb gemacht warben, bas bas Lettere lediglich von einem Meinertrage ber Stelle, wie folche nach ber Auseinandersehung fich gestalten werbe, m berechnen fei, ba nach erfolgter Aufhebung ber Servituten bem rben fonne, weil er biefen Reinertrag überhaupt nicht mebe wurde beshalb ber Antrag gestellt, hinter ben Borten "jes ber Mobistation Anwendung, daß," einzuschalten:
"ber gemeine Rauswerth ber Stelle ohne Rudssicht auf die bis-

berigen Berechtigungen uub Berpflichtungen zwischen Guteberr-

fat und Stellenbefiger festgestellt wird u. f. m."
De Agrat - Commission hat jedoch diesen Antrag mit großer Stimund die degelehnt weil ber Stellenbefiger baburch, baf jest nach ber anmenutatien abgelehnt weit der Stellenbefiger dadurch, daß jest nach der an-genommiten Abanderung bes S. 81. (jest S. 80.) Die Berechtigungen besfelben auf ben guteberrlichen Grundftuden jur Aufhebung und beren Wert meidenepenfation mit bem Werthe ber Abgaben gebracht werben follen,ratift fchlether geftellt werben tonne, ale wenn ibm Lettere fite

Anirage ben Reinertrag ber Stelle berechnen wollte. Indem baher bie Conneiffion Der Anficht ift," bag bemfetben ein Drittel Des Reinertrages ber Gervitute auch nach ber Auseinanderfrenng unter allen Umften ben rerbielben muß, batt es biefelbe für zwedentibrechend, bem zweiten Alinea Diefes Baragraphen eine präzifere Faffung zu geben und baburch etwaige Zweifel. wegen der Art ber Berechnung bos freizulaffenben Drittels ju befeitigen. Diefe anderweitige gaffung beantragt Die Ugrar Gommiffica in nachfteben ber Art:

Der Stellenbefiger ift jedenfalls ju fordern berechtigt, bag ibm bei Fefiftellung ber ju leiftenben Abfindung ein Drittel bes Reine extrags ber Stelle verbleibe, und bag mithen, foweit es biergu . ; existheriich, die Abfindung des Berechtigten vermindert werbe.

Bur Ermittelung Diefes Reinertrages Der Stelle wird ber gemeine Raufwerth, ben bie Stelle bei Berudfichtigung aller auf ibr rubenben. Laften und Abgaben, fowie aller ihr ju ftebenben Berechtigungen bat, in Paufch und Bogen feftgeftellt. 216. refmerthe aller abiosbaren Beallaften ber Stelle zulammengerodnet. Die Summe beiber ftellt ben Reinertrag ber Stelle bar, Bie bon welchem bas Drittel bem Stellenbefiger verbieibt.

-- ... Es wird haber bie fur Servitnte bem Guteberrn an ben Stel-Imbefiger zu leiftenbe Bergutung erft nach Ermittelung ber bei Berudfichtigung ber Braftationefähigfeit von Leuterem noch gu

whlenden Mente mit Diefer fombenfirt."

Apmerbung. Sierbei wirb bemerkt, bag ber Schluffat biefes S. 84.: "Diefe Kompengution findet jedoch bei ben Stellen, beren Befiger einen Antheil an: ber: Erntbie genteffen u. f. w." bei ber Berathung in ben Rammern angenommen ift, weil in solchen Källen Munghman fel. bog bie Stellenbesther, Die meistens jest erft ragulirungsfahig

waren mit auf bie Ginsahmen aus ben Colleila an ber Gubb au waren und ihr Bestehen durch die Kompensation wurde, gefährbet, ber ihrer Stellen aber aft um die halfte murbe vermindert werben. Iedenfal ben aber badurch Berletzungen von ben tleinen Bestehen abgewestel.
Ferner, daß der Borschlag der Commission in nachstebender Art ..., ber Stellenbestier ift jedenfalls zu fordern berechtigt u. 1. in.

ale & 85. bei ber Berathnung im ben Rammette ausgenominten ift.

Die belben erften Gate Diefes Baragraphen bedurfen einer Abenperung, weil Diefelben in ben SS. 81. und 84. (jest 80. und 83.) unige. faltet worben find, Gegen ben Inhalt bes übrigen Theile Diefes Baragrapben find feine Erinnerungen gemacht morben, und Die Agrar . Co miffion beantragt baber, an Stelle bet beiben erften Gabe bes 1. 86. gu fegen:

"Liegen ble ju ben bauerlichen Stellen gehörigen Grunbunde im Gemenge mit ben gutsherrlichen Grundflicen, fo muß eine pred-mäßige Rusammenlegung von Amtowegen nach ben Backfeiften ber Gemeinheitsthellungs Dronung erfolgen. Bei einer Beiteinen u. f. 10."

Die Bestimmung bes & 87. hat in ben Agrar - Commission in Bebanten feinen Anlag gegeben. Es ift gwar bon einem Beliglice beantrugt worben, hinter ben Borten "ju rechnen ift" einguschalten:

"ber Gutsherr ift von Rubiffation biefes Gefenes in bas Golg

fich angueignen nicht mehr befuge."

Die Commiffion bat jedoch diefen Antrag abgelehnt, meiten bei Mugungerecht bes Stellenbeftvers febon jeht auf bad bolg unt bie bielle geborigen Granbftuden fich erftreit und jener Imfat balat bie

Der Schinffan blefes Paragraphen ift für ben Fall nicht-filt aus fafebar erachtes worden, wenn ein bei ber Regnifeung auszuglefichities gutsberrliches Aufbutungsrecht auf bauerlichen Grundfruden ein uite bei Ausfahrung bes Berfahrens über bie Aufammentegieng ber Grunbflude aufgehoben werden foll.

Um bie Abficht bes Gefetjes ju etreichen, wirb fur einen folden Fall ein Interiniffitum gu regultren, bleb abet biet angeffenten fein. Die Agrar Commiffion beantragt buber gum G. 87. folgenben Bufas

anzunel)nten:

"Die Ausübung ber hitung auf ben in gemifchtet Bige befind-lichen Grundfillen ift bis gur Ausführung biefer Biffeimenlegung erforberlichen galls burch ein Interimffffirm gu Wonen."

Bum erften Alinea bes g. 88, find Abanderungen micht vorgefthagen worden. Degegen fat bie Commiffton befchoffen, mit Rud. ficht auf Die Bergwerteberbaltniffe in Schleften bei ber zweitett Rammer eine Abanberung bes gweiten Affinea biefes Baragtuphen in nachftebenber Art in Antrag ja befingen :

"Die vom ber Gutofferrichaft vor Berfunbigung bed gegenwarti-gen Gefehes aufgebeeten Ergforberangen und Grubent, Rult- unb Steinbruche, Mengels und Rehmpuben wber Sonffliche, bee-gleichen: bie ibn fün fchen genunfprie Garintablen. Brauntoblen - und Galmet - Gruben bibor: geftegenben: Getlint's und bie Dittaureaft an wiefen Gruben verbleften bifferen, bod muß ber Stellenbeffber filt Die film entgebenbe Bendibung bet

Bobenfläche von ber Guishernschaft! und refp. Gewertichaft ent-

And Saltend bet Commiffering ber Raniglichen Regierung ift gegen biefe Meltebenung, nichte arleiten tranben.

Aufterlau g. Diefe Bestimmungen entsprechen ben bereits in Arl. 71. Both ihm 20. Das 1826, enthaltemen wegen ber fchon aufgebeilten Gruben und Luffliche.

Bierter Abfchuitt. Allgemeine Bestimmungen.

5. 91.

Bei erblicher Ueberlaffung eines Grundfluds ift fortan nur be liebenragung bes wollen Gigentfnims qulaffig.

Mit Andnahme fester Gelbrenten burfeit Lasten, welche nach bem gegenwartig en Gesetze ablosbar find, einem Grundstude von jet at nicht ausferlegt werben.

Net auferlegte seste Gelventen ist der Berpflichtete, nach ungingiger sechamonatlicher Kündigung, mit dem 20sachen Bestuge abzuden berechtigt, sosen nicht verungsmäßig etwas Andere bestümmt wird. Es kann jedoch auch vertragsmäßig die Kündigung nau während eines bestimmten Zeitraums, welcher Wahren nicht übensteigen darf, ausgeschlossen, und ein höhmen Wildsungsbetrarg als der Wische der Kente nicht stiputirt weiden ustend gilt auch von den in den 58. 53. die 55. gedachten Renten.

Bertragsmäßige, ben Borfcriften biefes Paragraphen zuwörflaufende Bestimmungen find wirkungslas, unbeschabet ber Achteverdinbiliciteit bes fonftigen Inhalts eines fothen Bertrags;

§. 92.

Die Kündigung von Kapisalien, welche einem Anuspftüde dat finer Gerechtigkeit aufgrlegt werden, sann kinftig nur wicht wir ines destination Beitegund, welchen 30 Jahre nicht übere kinn darf, ausgeschlossen werden. Kapitalien, welche auf einem Annthlickenden einer Gerechtigkeit angelegs sind, und sieher Geitens des Schuldners unfündbar weren, können von jahr ab, bei bal 40 Jahre feit der Neufündung dieses Gespen verstaffen find, mit einer sechnimmen gekung die einer sechnimmen gekung die bei Gehnband gekung diese bei Gehnband gekung die bei Gehnband gekung diese beit diese bei Gehnband gekung diese beit diese bei Gehnband gekung diese bei Gehnband gekung diese beit diese beiteren.

Diese Bestimmungen finden auf frimmiliche Archite Instituta

1. Stotion

Diefe Beftimmungen beruben auf ben Boridviften bos Brifel 40. ber Berfaffungs - Arfunde vom & December 1848 und bienen gul' Deren naberer Ausführung. Die Feftfegung bes Bolibrigen Beieraums billboen's beffen Die Ablofung von Belbrenten und bie Rundigung hoppothefpeticher Rapitalien ausgeschloffen werben barf, ift aus ber in ber Mheimproping geltenben frangofifchen Befehgebung entnommen.

Die Beschräntung bes für neu aufzuerlegende fefte Gelbrenten vertragemäßig zu bestimmenben Ablöfungefages auf bas 25facte ber Rente war beshalb erforberlich, well fonft burch bie Stillufefton höberer Ablofungefage bie Ablosbarteit, ber Berfaffung zumiber, inbireft ausge-

foloffen werben fonnte.

7. 1

2. Grunbe ber Agrar-Commission. Mach bem britten Alinea biefes Barngraphen foll win bobeteil 216iffungs Betrag, als ber 25fache ber Rente, nicht flipulirt perben burfen. Bon einem Mitgliede ift ber Antrag geftellt worben, fatt bes "Bbfachen" zu fegen: "20fachen," weil biefer Betrag im geginnent-

tigen Gefete als maafigebend angenommen mothen ift. Die Gantais fon bat jeboch Diefen Antrag abgelebnt, well berfelbe Die Billensfrei-beit ber Intereffenten zu fehr beichranten murbe.

Benn auch die bier aufgestellte Bestimmung gerechtferlift erftielnit, welt weitete eine Umgehung ber Borichrift bes 3. 91. verhabert, for ift bierdurch bas Bebenten angeregt worden, bag biefelbe auch bie lanbe ichaftlichen Pfandbriefe einer Rundigung unterwerfen tonne, auch einer gleichen Gefahr Die funftigen Rentenbriefe ausgesetzt feien. Diefes Bebenten ift zwar nicht allfeitig getheilt worben, bie Agras Commiffish hat jeboch mit 1.3 gegen 5 Stimmen beschioffen, jur Befeibigung fence Bebenten bie Unnahme folgenden Bufapes jum 5. 92. hierburch in Antrag zu bringen:

"Diefe Bestimmungen finden auf fammtliche Rredit - Inftitute feine

Anwendung. "

白细胞结婚绝 Anmerkung. Der Bufat im S. 91.: "erfteres gilt anch von ben in ben SS. 53. bis 55. gebachten Meltele ... ift bei ber Bergiffung in ben Kammern aus bem Grunde angenomuten , wolf sein Confequenz ber Bestimmungen in ben §5. 53. bis 55. geschehen mußte.

Benn bei Zerftudelung von Grundftuden bie barauf haftenben, ben Bestimmungen bes \$. 64. unterliegenben Realla beit wedet durch Rapital, noch nach den Vorschriften bes Gefenes wer heutigen Tage über Errichtung von Rentenbanken abgeloft werben, fo bleiben für folde Reallaften bas Sauptgrundfille und Die Benwftude in solidum verhaftet.

Danenen ift ber Berechtigte hinfichtlich folder Reinten ; welche ben Bestimmeingen bes g. 64. nicht unterliegen (ggt 53. bis 38u 65. 66. und 91.) verpflichtet, fich eine Bertheilung biefor Remeit auf die Trennflide nach Berhalmis bes Werthe berfelben gefallen au laffen. .ពួកសៅលាក់នៅ គាំ... beirage, weicht: nach der Bertheilung jährlich under 4 Thaler bei trugen Benten beirage, beschienen ber Bertheilung jährlich under 4 Thaler bei trugen Swuch: Kapitalbjahlungen Seitens des Pflichtigen abgelde werden

Son S. 2. des Ebifts vom 14. September 1811, wegen Beforderung der Landestultur, und der S. 2. des Gefeges vom
18. Juni 1840 über die dem Grundbesig betreffenden Rechtsverheitnisse im Herzogehum Westphalen (Gefeg-Sammlung 1846;
S. 153.), soweit er diesen Bestimmungen entgegen ist, worden
ausgehoben.

Motibe.

Bei Zerftückelung von Grundstücken ist wenen Bertheilung solcher Beitaften, welche burch die Rentenbank abgelöft werden können, keine westungeren Bestimmung erforderlich, indem es sowohl dem Berechtigten als dem Rentschausen freisteht, die Ablöfung durch die Rentendank derbeiger führen; eine Wertheilung solcher Reallasten vor deren Berwandlung in Geldernte und vor Ueberweisung der Letzteren an die Rentenbank willed daher eine überstüffige Weiterung sein. Wie es aber bei Zerstückelung wir Grundstücken zu halten, auf welchen Benten für die Rentenbank hafenn, darüber ist das Geforderliche in dem Geses-Entwurf über die Bentenbank der bie Bentenbank auf welchen dem Geses-Entwurf über bie Bentenbanken enthalten.

Bagegen waren rudfichtlich folder Reallaften, welche nicht burch bie Rendenbunten abgeioft werden können, befondere Bestimmungen erforders lich, ba ber J. B. der Abisfungs-Ordnung vom 7. Juni 1891 durch bas gegenwärtige Gefes mit aufgehoben wird und die Bestimmungen bed S. 2, des Rultur-Ediks vom 14. September 1811 nicht ausreichen.

Es find baber bier bie mefentlichen Befilmmungen ber beiben bors ermabnten Gefegesftellen wieber aufgenommen worben.

Anmer fung 1. Der Bufat in Betreff Weftphalens ift burch bie erfte Rammier befchloffen.

Anmerkung 2. Hiernach wird anzunehmen fein, daß die Anseinanders' fehungs-Bohorden auch in denjenigen Fillen von Barzellirungen, die unabhanstig der Ablöhingen, Regulirungen und Gemeinheitstheilungen vorkommen, und wir denen die Moutheilung der Mente ftreitig wird, sowie wenn von den Indera' effenten auf diese Bertheilung provociet wird, competent find.

8. 94.

Auf Ablösung ober auf Regulirung ift sowohl ber Berech-

9. 95.

Die Provolation auf Ablosung Seitens des Berechtigten muß fich steis auf die Ablosung aller Reglasten erstrecken, welche für ihn: auf den Grundstäden desselben Gemeindeverbandes hase ten. Sind wit den Provolaten Grundbesitzer einer anderen Gesmeinde zum Ratural-Fruchtsehnt ider zu Diensten gemeinschafts ich verpflichtet, so muß der Berechtigte seine Provolation zugleich

auch filhan bie Grundbifiger thefer Gemeinte binfichtlich atter auf beten Genteftaden: far ihn haftenben Rentfaften: richten. . : 5 336

In benjenigen ganbentheilen, in welchen ber beitte Albitinatt bes gegenwärtigen Gefetes anwenbbar ift, muß, wem ber Sei redtigte proveeltt, ber Antrag maleich auf Ablofung wied auf Megulleung in dem vorftebend gebachten Umfange gerichtet werben.

Die Propospition auf Abibiung Seitens bes Berpfischteten mas fide ftate, duf fammtliche, feinen Grundftacen: oblinamibi Menliaften erfreden.

Die Burudnahme einer angebrachten Propotation : 160 / 1800 zulässta.

Die auf Grund der Berordnung vom 20. Dezember 1848, (Befet Semmlung 1848, G. 427.) verläufig burchgeffinten Motofungen und Regulirungen in ber Proving Schleften find von Amtswegen in endgültige umzuleiten.

Motive.

In ben früheren Entwürfen war eine Borfchrift in Ausficht geftelb. bağ wenn in einer Gemeinbe von Geiten anch nur Gines Marachtigien ober Berpflichteten auf Ablöfung eines Dienftes ober einer Abgafen an tpagen morden fei, die Ablöfung aller in biefen Gemeinde vortammenben

Alegehen und Leiftungen von Amtowegen vorgenomnum merben folla.... Diefer Grundfat, ber allerdings eine schwellere und minder kaftfiele Uge Durchführung ber Ablöfungen zu erzielen geeignet ware, bas von mehreren Geiten Beifall gefunden, und es ift fogen verlangt worden sibs bebin zu ermeitern, bag bie Alblöfungen überall ben Umtemagen verzunehmen, ober blefelben wenigstens, sobald barauf pnovneint mitt, fert mit ben Gemeinheitstheilungen von Amtswegen zu verbinden feien. Bon anderen Seiten ift dagegen eine berartige Borfcrift, entfichen

als unzwedmäßig und bie Billensfreiheit ber Betheiligten verlenent angefochten worben. Mamentlich ift bies von ben Auseinanberfegungs bonben falder Bravingen gefcheben, in welchen bunfig in ein und bemelben Chataninde: bie ju Beallaften Berpflichteten mehreren Berechtigten gegene über fteben und fogar in ber Regel von einem und bemfetbeit Go ftude an verschiebene Berechtigte Abgaben u. f. w. zu leiften find.

Es last fich such in der That nicht vertennen, bas gwisten folden Grund Abgaben und Leiftangen verschiebenet Beruflichtetet an verschie bene Berechtigte fein inneuer Jusammenbang besteht, und bag g. B. tan Grund obwaltet, weshalb, wenn A. eine Abgabe an ben B. ablofen will, nunnehr auch E. und D., welche mit bem A. an einem Orte mobnen, fore Abgaben und Lefftungen an ben E. und F. u. t. w. ablifen follen. Abgefeben biervon bat es durb erbeblitte Semierinteiten, eine Mitofiting gegen ben Willen bos Bereitsigten und bed Bermilichteren womuneffmen; aud wurde fur, folde Balle ein gang neues Contumacial-Berfahren gefchaften werben inilffen.

in Mitteliere, pingeffileges, daß für Atounfation : auf. Abiditie Seitand

eines Berechtigten fich fleis auf AMBung aller Reallaften erftreden solle, welche für ibn auf den Grundpflichen besiehen Gemeindemeinschandes besten, und daß bei einer gemeinschaftlichen Verhaftung dieser Grundpfliche mit Micht kiner anderen Gemeinde auch diese Letteren in das Abibstungsrestaum; wit hinringengen unrben sollen. Auf diese Weise wird eine zu mitt gehende Beschründung der Millensfreiheit der Interessenten vonmilebet find theilmeise menigstens der Zweit erreicht, die Auseinanderfestellen kafter und mit minderen Kosten durchzusühren.

Andenerkung 1. Ber Insab jum S. 95. wegen Schlesten ift von ben konnens beschloffen, und überall entgelitze Wesulate fchen nach Anweitung ber promiserischen Berordung vom 20. Dezember 1948 S. 16. herbeigelbiet werbandiffen. Of. Rachtrag : Bericht ber Agrar : Commission (S. 1313. Bb. 118. dm: funter, Berichts.)

Anmereingung einer Prausatation ift von ber erfte Kammer vermarten,

Namerfung 3. Da nach S. 6h, die Reallasten an Kirchen, Pharren, Michigen im Schalen in Gestrenten verwandelt, werdt auch für jeht nicht durch krieffen die Anglistet werden follen, sa folgt, daß in den Fällen des S. 93. die Provolation auf Ablösung ze, auch den Antrag auf Romvandelung jener Abgabin in siese Seldrentet enthalten muß.

S. 96.

In Beziehung auf die Kommunalverhältnisse und die Grunde stellen treten außer den Borfchriften des S. 66, durch die Aussichung des gegenwärtigen Gesehes teine Beränderungen ein. Es bleibt vielmehr die Regulirung dieser Nerhältnisse der tungte gen Geneinde-Ordnung und den Gesehen über die Grundsteuern vorbehalten.

An mar fung. Diese Bestimmungen geften wur, mas mobt get beachen ift für bie Regulirung ber guteberrlichen und bauerlichen Berhaltniffe und bie Abeilbfungen.

Die Ablasharfeit ber Reallasten, sowie die Regulinungsfaihigfeit ber noch nicht zu Eigenehum befessenen Stellen, ift ohne Rudsicht auf früher barüber abgegebene Willenserklarungen, auf Bertührung ober früher batüber ergangene Jubikate, lebiglich nach ben Berkhriften bes gegenwartigen Gesets zu beurtheilen.

s. 98.

Der bei einer Abläsung ober Regulirung Betheiligten bleibt es freigestellt, auch über eine andere Art der Auseinandersehung als die in den Abschnitten II. und III. bestimmte sich zu ware einbaren.

Insbesondere bleibt ihnen auch unbenammen, eine bestimmte Absubung in Land verstelecktureise festzustellen.

Das gegenwärtige Geset sinbet, insoweit nicht in demfelben ausbrucklich eine Ausnahme angeordnet wird, auf vergangene Fälle seine Anwendung. Aus der unentgeklichen Aussebung der im Abschnitt I. genannten Rechte und Pflichten kann von denen, zu deren Gunsten sie ersolgt ift, ein Einwand gegen die Nachtheile nicht entnommen werden, welche rechtlich mit gewissen stelle nicht entnommen werden, welche rechtlich mit gewissen Handlungen oder Unterlassungen verbunden sind, insosern diese Handlungen oder Unterlassungen vor Berkündung des Geseses vom 9. Oktober 1848 sich ereigneten. Eben so wenig begründen jene Bestimmungen des Abschnitts I. einen Einwand gegen Zahlung der bis zu dem genannten Tage fällig gewordenen Rückstände, noch einen Anspruch aus Erstattung oder Entschädigung.

In den Landestheilen, für welche die brei Gesetze vom 21. Aprif 1825, (Rr. 938. 939. und 940. der Gesetze Sammslung für 1825) erlassen sind, können jedoch auch die vor Berkündung des Gesetzes vom 9. Oktober 1848 entstandenen Ansprüche aus den nach §. 2. Rr. 1. und 4. des gegenwärtigen Gesetzes ohne Entschädigung aufgehobenen Rechten nur dann gestend gemacht werden, wenn sie durch Bertrag oder rechtskräftiges Erkenntnis bereits festgestellt sind.

Russtande, welcho ben doppelten Betrag der jährlichen Rente nicht übersteigen, können, insofern beibe Theile einig find, nach naherer Bestimmung bes Rentenbant-Gesehes, ber Rentenbank überwiesen werden.

Anmerkung. Es werben bie Commitffarien zwedmäßiger Beise allgemein anzuweisen sein, in Betreff ber Rudftande die Interessenten zu belehren-und in jeber Beite biebin zu wirben, daß sich dieselben über die Tilgung ber Raftanbe burch Bermittelung der Rentenbanken einigen.

§. 100.

Ift vor Vertündung des gegenwärtigen Gefetes in einer Auseinandersehungssache der Rezes bestätigt oder die Ablösung oder Regulirung in Anselhung aller oder einzelner Berechtigungen (Abschnitt I. die III.) so weit gediehen, daß die Absindung durch Bertrag, rechtsträftiges Erkenninis, Anerkeminis des Auseinandersehungsplanes oder sonst rechtsverbindlich bereits seitgeskellt ift, so kann hiergegen aus dem gegenwärtigen Gesehe kein Einwand hergeleitet werden.

noch nicht rechtsverbindlich foftgestellten Berhaltniffe anwendbar,

Ift aber in einer solchen Ablösung ober Regulirung ein Landiheilungsplan bereits ausgeführt, wenn auch noch nicht rechteverbindlich festgestellt, so kann folcher auf Grund bes gegenwärtigen Gesetzes nicht mehr angesochten, sondern die Aussgleichung wegen der nach diesem Gesetze zu berechnenden Absindung wur in einer nach den Bestimmungen der Gemeinheitstheislungs. Ordnung zu behandelnden Rente bewirft werden.

8. 101.

Die Bestimmungen bes §. 95. finden auf alle noch anhans gigen Regulirungen und Ablösungen Anwendung.

§. 102.

Die Bestimmungen bes §. 47. sind auf alle bereits anhangigen Ablösungen von Besitzveränderungs - Abgaben anwendbar, in welchen die Absindung noch nicht rechtsverbindlich sestgestellt ift. (§. 190.)

1. Motive.

Der Entwurf halt in biefen Borfchriften im Wesentlichen ben allgemeinen Rechtsgrundsat fest, bag Gesetze feine rudwirfende Kraft haben, und wendet benfelben nur mit geringen, burch die Natur ber Sache gebotenen Modifitationen auf die durch das gegenwärtige Gesetz berührten

Berbaltniffe an.

Muerdings fann es in mancher Beziehung als ein Uebelftand betrachtet werben, bag blejenigen, welche im Bertrauen auf Die bisherigen Ablofungs = und Regulirungs - Befete fich bereits auseinandergefett haben, anders hierbei beurtheilt worben find, ale es in Unsehung berjenigen gefeben wird, welche fich fünftigbin auseinanderfegen werden, und bag namentlich Verpflichtete, welche bereits abgeloft haben, nicht felten vielleicht eine bobere Entschädigung als bie fünftig Ablofenden und fogar Entichabigungen für jest unentgeltlich aufgebobene Laften fortentrichten Inbeffen treten abnliche Digverhaltniffe mehr ober weniger bei jeber Abanderung materieller Gesetze ein, und sie find baber auch hier nicht zu vermeiden. Ift eine früher geschehene Absindung in Kapital ober Land erfolgt, so leuchtet von selbst ein, daß sie nicht wieder rudgingig gemacht werden kann. Ift dagegen die Absindung durch Verwandlung in Rente geschehen, fo murbe die Lettere grar in folchen Fallen, in benen fle ausschließlich fur eine burch bas gegenwartige neue Befet unentgenlich aufgehobene Laft flipulirt worden ift, für fortan wegfallend erflart werben fonnen; in anderen Fallen bagegen, in welchen eine folche Rente in Berbindung und Busammenrechnung mit ber fur andere, jest nicht unentgelelich aufgehobene Leiftungen festgestellt worben ift, ober in melden es fich allein um Ablofung von Leiftingen ber letteren Art hans befte, fur welche jedoch bas jegige Gefet bem Berechtigten eine geringere Abfindung als das frühere jugefteht, mie g. B. bei ben Laudemien wurde offenbar eine Ausgleichung große Schwierigfeiten haben, und zu der hochft bebenklichen Folge führen, bag alebann mehr ober weniger alle vor bem

Erfcheinen bes neuen Geleges geschloffenen, langt in rechtstelligen Birf-famtet veftebenben Ablojungs Bertrage und Regelfe, auf ben Antrag trgend eines ben Betheiligten einer Meuffon und Abloberung unberworfen werben minten. Gine foiche, purch bie Weisbarbung filit berbeiges führte Vernichtung bestehenber Bertragh, Verhaltuiffe murbe eine fa ge-fahrbrobenbe und Migtrauen erwedenbe allgemeine Efchutterung bes beftebenben Rochtszuftandes zur Bolge habon, daß felbft biefenigen Wingelneu, benen jest daburch geholisst werden foll, weite poet namiger mit darunter leiden wurden. Ihr eigenes Intersie gehietet as baber, pon einer solchen Mauregel Abftand zu nehmen und es ift dies bei Abfajung des Entwurfs um so mehr geschiehen, weile einer nach den beneningen, welche resemangs bereits zur Zahlung einer bestimmten, nach den bisberigen Rormen berechneten Ablojunge Renje verpflichtet find, und hierzu auch ferner verwflichtet bleiben, Die Erleichterungen ebenfalle geboten werden, welche bei einer Rapital Ablofung burch ben im S. 64. bestimmten geringeren Ablofungsfag ober burch bie Mitwirfung ber Renten-

9. Grunde ber Agrar-Commiffion.

Bur Beftimmung biefes Paragraphen bat ein Mitglieb ber Commiffion erinnert, bap bas Siftirunge-Befeg vom 9. Dtieber 1848 bereite alle Prozeffe über Die Ginfordegung ber nach Abschnitt I. ohne Entschädigung aufgehohenen Abgaben und Leiftungen fiftirt und badurch in Aussicht gestellt habe, baß eine Nachforderung solcher Abgaben fet ber Bublifation jenes Gefehes ausgeschlossen wurde. Wennes auch hier babingestellt bleiben tonne, ob nicht icon burch bie Ruble fation ber Berfaffungs. Urfunde jene Laften unbedingt aufgehoben mo ben, fo muffe boch jene im Bejege felbft enthaltene Buffcherung gewährt werben. Es ift beshalb begniragt worden, an Stelle ber Barie; "gegen Unfpruche auf Rudftande" zu fegen:

"gegen Ansprüche auf die bie zur Publikation bes Gefetes bam 9. Oftober 1848 fällig gewordenen Budftanbe, "

Diefen Untrage ift auch Die Commission mit 15 gegen 5 Stimmen beigetreten.

Ferner ift begniragt morben, am Schluffe bes S. 99. einen Bufat

babin aufzunehmen:

"Ift jedoch eine durch das gegenwutige wiene freziellen Berache gehobene Berechtigung allein ober nach einer freziellen Berache nung in Rente verwandelt, fo bort die Berpflichtung jur Bohr Der Rerfündiauna biefes Geleges qui. In "Ift jedoch eine burch bas gegenwärtige Gefet unenigelite auflung ber Letteren mit ber Bertundigung biefes Gefeges auf. allen übrigen Fällen bewendet es bei ben burch Bertrage wer rechisfraftige Erfenntniffe feftgesenten Abfindung." Die Commission hat jedoch diesen Autrag mit 15 gegen 5 Stim-

men abgelebnt.

Bur Begründung bes obigen Antrags wurde angeführt, daß durch ben Rente-Vermandlungs-Vertrag nichts weiter als bas Zablungsmittel geapbert worden fei. Der eigenistiche Rechtsgrund ber Verpflichtung babe feine Umichaffung erlitten, vielmehr fei bie uriprungliche Berpflichtung noch fort und fort der Meditegnund für die zu entrichtende Rente. Dies ergebe die Vorschrift bes. S. 28. der Ablatungs Didung vom 7. Juni 1821, vach welcher die Renten pur das Surgegat ber absee

Bet Bereifelgungen bilben und baffelbe Borzugerecht behalten, bus ben Abgaben und Beiftungen felbft zugeftunden habe. Wenn fest ber Rechtsgrund ber Berpflichtung wegfalle, fo muffe bamft auch bie Rente felbft

megfallen.

Bon ber Majorität der Commission wurde dagegen behanptet, daß barch wie Abestung einer Berbindikhfeit gegen Rente alterdings eine Noe vonfan begründet werbe. Debhalb habe auch der J. 176. der Berordening was 20. Inti 1817 Einwendungen aller Art gegen Ablöfungsinges ausgeschlossen. Bollte man den obigen Antrag annehmen, so wärbe micht dem Gelege rüchviesenbe Kraft beilegen, und die Wirtungen wiese solden Maaßtregel warden im höchsten Grade verberblich fein und die in Sahren muigeschaffenen Verhältniffe in ihren Grundlagen ers schäten.

Gin seviere Jusay ift von einem Mitgliebe babin benntragt worden:
"Nach dem Großberzoglich hestlichen Geset vom 6. November
1869 5. 19. ist den Berpflichteten 1800 Jusay der jährlichen Krikung dafür auferlegt, daß der Berechtigte die Gossmung zum Deimfall aufgeson und sich die Hetplitrerung gefallen lassen nunte. Bei Regulivung der gutshetrilchen und bäuerlichen Bershältisse muß da, wo noch teine Ablösung kattgefunden, dieses 1800 forsfallen.

de ift jedoch auch diefer Antrag mit großer Stimmermertelt abs gelehnt worden, weil auch in den hier bezeichneten Fallen bereits eine Umgeftatung ber Berhältniffe ftattgehabt hube und baher far jene die bet bem burigen Antrage von der Minorität geltend gemichten Grande

Plas greifen mußten.

Endlich ift nadfolgenber Bufat jum S. 99. in Antrag gebracht

wetben:

"In ben Landesihelien, für welche die brei Gefetze bom 21. Apeff 1825, Ar. 938. 939. und 940. der Gefetz-Samailung, erlaffen find, können jedoch auch die bor dem 9. Oftober 1848 entftans benen Anspruche aus den nach f. 2. No. 1. und 4. des gegens würtigen Gefetzes ohne Entschädigung aufgehobenen Rechte nur bann gettend gemacht werden, weten fie durch Vertrug ober Erstruntuis bereits seftgestellt find.

Diefen Antrag bat bie Agrar - Conuntifton für gerechtfertigt etach-

tet end mit 15 gegen 5 Stimmen angenommen.

Der §. 78. des Gefetzes vom 21. April 1825, über die dem Geundsbeitst betreffenden Bechtsverkätenisse u. f. w. in den Landestheilen, welche vormals zum Königreich Westhaulen gehört haben, bestimmt wantich, daß die Bauerleisen, d. d. solche Gater, bei welchen die Neckte der Gutchern aus dem gutsberrlichen und benöherrkichen Verhältnis zusammungescht sind, nicht nach ven über die Lehen, sondern nach bein über die Kinnerlichen Genndfüsse erthiteten Borschriften zu beurtheilen sieben Bestimmung enthaltet der §. 38. des Gesches von demischen Tage für die zu dem ehemisigen Großerzogthume Berg gehörigen Landescheile und der §. 56. des Gesches von demischen Tage für die zu dem vonnels französsischen Departements gehörigen Landescheile.

Die Auslegung ber angesührten Paragruphen ift bieber eine febr ftreitige gewesen. Die Streitigkeiten find theils barüber entstanden, ob in ben einzelnen Vällen Grundftude unter ben gebachten Begriff eines Bauernlebens ober unter ben Beariff eines anbern Lebens fallen , Itheils barüber, welche Succeffton binfichts ber Bauerleben ftatifinde und ob und in welcher Art ein Beimfallerecht babei borfomme?

Das Bedürfniß zu einer Deflaration jener Bestimmung ift fcon

längft erfannt worden.

Durch bie Bestimmungen S. 2. Dr. 1. und 4. biefer Gefetesvorlage ift eine Deflaration fur bie Butunft entbehrlich gemacht. Dagegen murben nach S. 99. bes vorliegenden Entwurfs bergleichen Leben gurudgeforbert werben fonnen, wenn ein Beimfallerecht bei ihnen nachzuweisen ift und bas Ereigniß, wodurch ber Beimfall berbeigeführt murbe, vor bem 9. Ditober 1848 eingetreten ift. Es ift icon erwähnt, daß Die Beantwortung ber bier gur Sprache fommenden Fragen zweiselhaft und bei ben verschiedenen Spruchbeborben verschieben ausgefallen ift. In ber Wirklichkeit hat fich bie Sache fo geftaltet, bag bie in Rebe ftebenben Grunbftude mit anberen bermijcht und feit einer langen Reibe von Jahren gemeinschaftlich befeffen und nach ben Borfchriften bes gemeinen Rechts vererbt worben find, bag fie getheilt und verlauft find, ohne daß Seitens bes fogenannten Lehnsberrn Unfpruche erhoben find. Erft in neuerer Beit find bergleichen Unfpruche bon Diefen ober von folden Berfonen, welche bergleichen Forberungen auf Spetulation erworben haben, erhoben worben. Die hieruber entftanbenen Prozeffe haben bei ber großen Unficherheit ihres Ausganges febr nachtheilig auf Die Befigverhaltniffe in ben betreffenben Gegenden eingewirft.

Mit Rudficht auf ben faktischen Buftand wurde es feinem erheblichen Bebenken unterliegen, bag bie Deflaration ber in Rebe ftebenben gefetlichen Bestimmungen zu Gunften ber Befiger von Leben ber gebach-ten Urt erfolgen muß. Gine folche Deflaration wurde ben Erfolg baben, daß auch aus ber Bergangenheit feine Unfpruche mehr erhoben werben konnen, wenn fie nicht fcon rechtsverbindlich feftfteben. Da es hier nur noch barauf antommt, die Deflaration für die Bergangenheit zu geben, weil ber Gegenftanb für bie Butunft burch bie Beftimmungen S. 2. Nr. 1. und 4. erledigt ift, fo erscheint es zwedmäßig, von einer besondern Detlaration ber in Rebe flebenben Gesetzesftellen Abftand gu nehmen und ben praftifchen Erfolg einer folchen Deflaration baburch gu erreichen, bag bie in bem vorgeschlagenen Bufat enthaltenen Bestimmun-

gen in bas zu erlaffende Gefet aufgenommen werben. 3m S. 2. sub 1. bes Gefet - Entwurfes ift zwar von allen Leben mit Ausnahme ber Thronleben Die Rebe, mabrend bie 3meifel eigentlich nur hinfichts ber Bauerleben bestehen. Der Begriff bes Bauerlebens ift aber, wie ermannt, ein zweifelhafter, und bie biebfalli-gen Bweifel muffen ebenfalls befeitigt werben. Da in ben gebachgen Bweifel muffen ebenfalls befeitigt werben. Da in ben gebach-ten Lanbestheilen bei Ritterleben Falle, wie fie bier beruckfichtigt werben follen, faum vorfommen konnen und auf alle Leben, welche nicht gu ben Ritterleben geboren, Die in Rebe ftebenben Bestimmungen ber gebachten brei Gefete vom 21. April 1825 Unwendung finden Durften, fo fann es nicht bebenflich fein, Die zu erlaffenben Bufap = Befilmmungen auf alle Leben in ben gebachten Lanbesthellen zu erftreden.

Der Bufat zu Diesem Paragraphen wegen ber Rudftande ift beschloffen, weil folder ber Bestimmung bes S. 10. bes Rentenbanten - Gefetes entspricht.

9. 103.

Der Anspruch auf die nach ber Deklaration vom 29. Mai 1816 (Gefets-Sammlung 1816, S. 154.) zu gewährende höshere als die Rormal-Entschädigung fällt fort, wenn diese höhere Entschädigung bei Berkündung des gegenwärtigen Gesetse nicht schon durch Bertrag, rechtskräftiges Erkenntniß, Anerkennung des Auseinandersetzungsplans oder sonst rechtsverbindlich festgestellt ist. Es bewendet in diesem Falle, sowohl dem Berechtigten als dem Berpflichteten gegenüber, lediglich bei der sestgestellten Rormal-Entschädigung.

Der Anspruch auf geringere als die Rormal-Entschädigung wird nach den Borschriften der bisherigen Gesehe erledigt; doch bleibt auch hierbei der Artisel 68. der Deklaration vom 29. Mai 1816 aufer Anwendung.

Motive.

Diese Bestimmung enthält anscheinend eine Beeinträchtigung der Berechtigten. Da jedoch der gegenwärtige Geset-Entwurf im Allgemeinen
auf den Standpunkt des Regulirungs-Edikts vom 14. September 1811
zurucksommt, namentlich aber die Bräftationsfähigleit der pflichtigen
Stellen wieder sesthält, so ist biervon eine nothwendige Folge, daß die
erst durch die Deslaration vom 29. Mai 1816 eingeführte SupernormalEntschädigung, welche jenen Grundsah beseitigt, überall wegfallen mußte,
wo sie nicht bereits rechtsverbindlich sessesellellt worden.

Anmerknng. Dieser und ber §. 112. enthalten beachtungswerthe Ausnahmen in Betreff ber §. 1. aufgehobenen Gesehe. Die für die bauerlichen Birthe ungunftige Bestimmung bes Art. 68. ber Decl. vom 29. Mai 1816 bleibt indessen jedenfalls aufgehoben.

S. 104.

Der Termin zur Ausführung ber Auseinandersetzung wirb, wenn die Interessenten sich über benselben nicht vereinigen, durch die Auseinandersetungs Behörde bestimmt.

S. 105.

Für bas in biesem Geset \$8. 11. 14. 17. 30. 31. 44. 63. 72. 83. 85. 88. angeordnete schiederichterliche Berfahren gelten die \$8. 32. u. folg. der Berordnung vom 30. Juni 1834 wegen des Geschäftsbetriebs in den Angelegenheiten der Gemeinsheitstheilungen u. s. w. (Geset Sammlung 1834, S. 96.) gesgebenen Borschriften.

Die Rammern haben fich für biefen im Entwurf nicht vorhandenen Baragraphen entschieden, weil die in der Berordn. v. 30. Juni 1834 angeordnete Form bes schiederichterlichen Berfahrens durchaus zwedmäßig und

angemeffen ericheint und bie jetile! Ambehnung bes Berfahrens Borichriften über bie Ausführung beffelben erforherlich machte.

s. 106.

Die Kosten ber Regulirungen und Ablösungen, quelchließe lich ber Prozestosten, sind zur einen Gellie von ben Berechtigeten, zur andern Sälfte von den Vernflichteten zu wegen. Mehrere Berechtigte ober mehrere Veruflichtete haben zu ben fie betreffenden Kosten nach Verhältniß des Werths der abgelösten Reallasten und Begenleiftungen beizutragen.

S. 107.

Die Kaften, in noch anhängigen Auseinandersemmen und Prozessen über Berechtigungen, Abgahen und Leisungen, welche in Volge der Bestimmungen des gegenwärtigen Ensemments geltlich wegfallen, werden, insoweit sie nicht bereich bezahlt: Und, niedergeschagen.

Diese Bestimmungen wegen ber Kofian entsprechen theils bem bisber gillig gewesenen Gelegen, theis find fie in Folge ber Aufhebung, mehrerer Berechtigungen ohne Entgeld notbig gemosben.

9. 108.

Die General-Commissionen und landwirthschaftlichen Regierungsabiheilungen, sind besugt, mit der Besorgung einzelner,
zum Auseinandersetungs-Berschren gehöriger Geschäfte, und
selbst mit der vollständigen Bearbeitung einsacher Auseinandersehungen, jeden Staats- und Gemeinde-Beamten zu beauftragen,
welchen sie dazu für geeignet halten. Diese Beamten sind verpslichtet, sich innerhalb ihres Amsbezirks solchen Austrägen zu
untenzishen und überkommen wegen dieser Geschäften gleiche Rechte
und Pslichen, wie die beständigen Commissiorien den Auseimanbersehungsbehörden. Die von ihnen innerhalb der Grenzen kinst
Austrags ausgenommenen Berhandlungen haben diesenige Kraft,
welche im S. 55, der Berordnung vom 20. Juni 1817, den Protokollen der Special-Commissacien beigelegt worden ist.

Die Vollziehung der Auseinandersehungs-Rezesse kann mit der nämlichen Wirkung, wie vor einem als Richter befähigten Justilibeamten oder vor einem Notar, auch vor einem jeden van der General-Commission oder der landwirthschaftlichen Regierungs-abtheilung mit diesem Geschäfte begustragten Staats- oder Gesmeinde-Verwien, erfolgen. Die beschränkende Vorschrift des S. 43. der Verwinnung, von 30. Juni 1834 mied, ausgehoben

Annerstung, Leder ben Mikensty und beit Beisch ber Mestelnfte, welche ben zu beanstragenden Staatsbeamten bewilligt werden dürsen, enthälb bas Geseh keine Bestimmungen. Da indessen zu erwarten steht, bag bei Gesigniste ver beborden montfellt wie Koked Montal Megilatie sie lie Anseinansberistunge Behörden, auch Bestimmung darüber ergeben werde, so werden den Beamten au. die dahin die Diaten und Recterossen werde, so werden den Kranikos vom 20. Martl 1836 und bet Inspecialion vom 30. Jani 1836 bes willigt werden machfan.

S. 109.

Die Legitimation jedes bei einem Auseinandersetungs-Gesichaft fich meldenden Intereffenten, bessen Besitztiel im Hypothes linkuche noch nicht berichtigt worden, ift als geführt zu erachten:

- a) wenn bemfelben von ber betreffenden Gemeindebehörde beicheinigt wird, daß er bad Grundstäd, um welches es sichhandelt, eigenthumlich besige, ober wenn er eine auf die Ewerbung des Eigenthums davon lautende öffentliche Urtude vorzulegen im Stande ift.
- b) wenn dabei die übrigen Theilnehmer des Geschäfts die Legitimation nicht bestreiten und
- e) nach geschehener öffentlicher Besanntmachung ber Auseinsandersehung (Ausführungsgeset vom 7. Juni 1821, 8. 12., Berordnung vom 30. Juni 1834, 8. 25.) und Benachrichtigung ber aus dem Sypothesenbuche etwa ersichtlichen Eigenthums-Brätenbenten bis zur Rezes-Bollziehung kein Anderer bei dem Special-Commissarius oder bei der Auseinandersehungs-Behörde Besthamsprüche erhoben hat.

Wer sich nach Ablauf bes in der öffentlichen Bekanntmachung, angegebenen Termins bis zur Rezeswollziehung als Besitzer meldet und legitimiet, muß Alles gegen sich gelten lassen, was dis zu dem Zeitpunkt seiner Meldung mit dem nach dem obigen Litt. a. und b. vorläusig legitimirten Inhaber des Grundstücks sestentellt worden ist.

Der Hypothenrichter darf die Eintragung des von den Auseinandersehungs Behörden bestätigten Rezesses in das Hypothes
kenduch nicht vorsagen, auch wenn der Rezes mit einem andern
als dem eingetragenen Besitzer abgeschlossen, dei der Bestätigungaber von der Auseinandersehungs Behörde bescheinigt ist, daß die Legitimation der noch nicht titulirten Besitzer in obiger Weise ergänzt sei.

9. F10.

Die bestribere Bisaminnadung ber Aupftel substitionigen an

bie eingetragenen Gläubiger und an die sonstigen Realberechtige ten fällt weg:

- a) insoweit die Rapital-Abfindungen zu ben Einrichtungskoften erforberlich sind;
- b) bei anderweiten Berwendungen in die Substanz des berechtigten Gutes oder zur Abstoßung prioritätisch eingetragener Kapitalposten, ohne Rudsicht darauf, wie hoch sich die eingetragenen Schulden oder Kapital-Absindungen belaufen.

Ob und wie weit die Verwendung in einer, die Glaubiger und Realberechtigten des berechtigten Guts sicherstels lenden Beise erfolgt ift, hat die Auseinandersetzungs Deborbe allein, nach ihrem Ermeffen, zu prufen;

- c) wenn bie Rapitals-Absindung nur 20 Thaler oder wenis ger beträgt;
- d) wegen ber Gelb : Entschädigungen für ben neueften Dungungezuftanb und für Berbefferunge Arbeiten;
- o) wegen berjenigen Kapitals-Abfindungen, welche nach bem Gefete über die Errichtung von Rentenbanken an ben Berechtigten
 - aa. von ben Bepflichteten für Renten ober Renten Antheile unter einem Silbergroschen,
 - bb. von ber Rentenbank für die über ben Rennwerth ber ausgehändigten Rentenbriefe überschießenben Beträge (Rapitalspißen)

gezahlt werben muffen.

Die unter c. d. e. gedachten Absindungsgelber erhalt der Berechtigte, wenn er zugleich im Hypothekenbuch eingetragener Bester ift, zur freien Disposition, und ist insbesondere auch der ren Verwendung in das Lehen, Fibeikommiß, Erdzinsgut zc. nicht zu kontrolliren.

Die Vorschristen bes Gesetes vom 29. Juni 1835, §. 9. — ber Ablösungs Drbnung vom 13. Juli 1829, §. 103. — ber Ablösungs Ordnung vom 18. Juni 1840, §s. 100. 101. — bes Ablösungsgesetes vom 4. Juli 1840, §s. 74. 75. und der Gesmeinheitstheilungs Ordnung vom 7. Juni 1821, §. 152. wers ben aufgehoben.

S. 111.

Eine jebe Bekanntmachung wegen Ravitals-Abfindungen ift

nur an biesenigen Gläubiger und Realberechtigte zu richten, welche im Hypothekenbuche bes berechtigten Gutes eingetragen sind. Eine Ermittelung und Benachrichtigung ihrer nicht eingetragenen Erben, Ceffionarien ober Rechtsnachfolger ist nicht erforberlich, wird vielmehr durch die diffentliche Bekanntmachung ersseht, welche eintreten muß, wenn der eingetragene Creditor todt oder seinem Ausenthaltsorte nach unbekannt oder nicht mehr Bestiger der Forderung ist. Sollte in diesen Källen die Ermitteslung und bekondere Benachrichtung des zeitigen Besigers der Forderung ohne Schwierigkeit zu bewirken sein, so steht es der Auseinanderschungs Behörde frei, diesen Weg, statt der öffentlichen Bekanntmachung einzuschlagen.

Anmerkung. Ad §§. 109. und 111. Durfte es zweckmäßig sein, um Koften möglichst zu ersvaren, die Commissarien anzuweisen, daß sie die Fälle der nötzigen öffentlichen Bekanntmachungen sammeln und alsbann mit einem Male zum Orucke befördern. Dehrere an einem und demselben Orte wohnende Commissarien mussen sich deshalb zusammenthun.

S. 112.

Außer ben abändernden Bestimmungen der §§. 106. bis 111. bleiben vorläusig die übrigen, das Rostenwesen und das Bersahren sowie die Rechte dritter Personen regelnden, beste-henden, gesetzlichen Bestimmungen und die hierauf bezüglichen Borschriften der oben im §. 1. genannten bisherigen Gesetz in Kraft, insoweit sie nicht durch dieses und das Gesetz vom heutigen Tage über die Errichtung von Rentendansen ausdrücklich absgeändert sind.

Anmerkung. Die §§. 108. bis 112. enthalten Bestimmungen über bie Ausführung von agrarischen Auseinandersetungen und bezweden eine Erleichtez rung berfelben. Solche find von beiben Kammern zwedmäßig befunden.

§. 113.

Mit dem Zeitpunkt der Berkundung des gegenwärtigen Ges setzlert bas Gefen vom 9. Oktober 1848

betreffend die Sistirung der Verhandsungen über die Restullirung der gutöherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse und über die Ablösung der Dienste, Raturals und Gelds Abgaben, so wie der über diese Gegenstände anhängigen Brozesse (Geseps Sammlung 1848, Seite 276.)

in Ansehung aller berjenigen Verhandlungen und Prozesse seine Birksamkeit, welche Rechtsverhältnisse zum Gegenstande haben, bie nach bem gegenwärtigen Gesetz geordnet werden sollen.

Ueber bie Mühleit - Abgaben und bie Anweitung bes negenswärtigen Gesetes auf biefelben bfeiben vie naheten Sestinimungen einem besondern Gefete vorbehatten.

Bei der Siftiumg der Möffunge-Bechanblunger und Prozeffe über die Mählen-Abgaben behätt es einstwellen seint Bewenden.

Annerfung. Die Siklieung ber Berhandlungen iber bie Midler: Abgesben ift inzwischen burch bas Gefet, vom 11. Marg 1850 aufgehaben.

S. 114.

Die Aussuhrung bes gegenwärtigen Gesehes in bem Regievungebezirt Etrassund wird ber General-Commission zu Gete gard übertragen. Es sommen hierbei, in Beziehung auf bas Bersahren, bas Rosenwesen und bie Rechte britter Personen, dieselben gesehlichen Vorschriften zur Anwendung, welche in dem bieberigen Geschässebezirt ber gedachten Behörbe gelten.

Urfundlich unter Unferer Sochsteigenhandigen Unterschrift und beigebrucktem Königlichen Inflegel.

Gegeben Charlottenburg, ben 2. Mary 1850.

(L. S.) (gq.) Friedrich Wilhelm.

(313.) Graf von Brandenburg. von Laben berg. von Monteuffel. von der Hehbt. von Raka Simond von Schleinig, von Stadhaufen.

Anmerfungen.

Ad §. 33. Die abweichende Bestimmung, daß hier sowie ad §. 56, bei event. Ermittelung des Werths gewerblicher 2c. Abgaben 2c. Sachverstänsbige statt Schiederichter zugezogen werden follen, hat wohl ihren Grund nur darin, daß ost-weitläustige Werechnungen zuwor zugelegt werden müssen und eine wiedersolle sorgsillige Prüfung durch andere Sachverständige in zweiter Instanz hat möglich erhalten werden solsen.

Ad §5. I... folg. wird nicht anser Acht zw lassen sein, daße im Fusge der vielsfältig angedrachten Provokationen (namentlich Seitens des Fiscus) auf Ablöfung der Laudemten ie. nunmehr die Ablösing nach §. 95. fosort auf die Ablösing aller Realkosdem auszudehnem seine diet. Es dürste zwecknäßig: sein und im Seine und Geiste des Gesehes liegen, wenn zu dem Ende die Kevovskanten zur speziellen Angabe der sämnntlichen Reullassen unter der Bervournung ausgesordert werden, duß die Kosten der im Holge speker erst vorzassendier Angaben nothwendig werdenden Verhandlungen den Provokanten allein würden ausgelegt werden. Ausgerden werden, duße es nothwendig sein, mit Rädflicht auf die Bestimmung das §. 47. die Commissarien von den bei den Bestochten Provokation, Behufs Festikellung des Zeitpunstes, von welchem ab die zu ermittelnve Wössungsventerentrücktet werden unts, in Keintinks zu sehr.

- Ad S. 52. hiernach werben auch bie Berabrebungen wegen Fefifiellung bes Ablösungesages ber Rapitalifirung ju 4 Brozent bei fteigenben und fallenben Getreiberenten bei ber Ablösung, resp. Ueberweisung an bie Rentenbanken ju ianoriren fein.
- Ad S. 36. burfte es awedmaßig fein, bie Commiffarien allgemein angus weisen, baf fie bie Intereffenten barüber befragen, ob fie bie Ablosung burch Bermittelung ber Rentenbanken beantragen wollen.

Die Brufung in Betreff bes Reinertrages tann wohl nur allein von ber Auseinanberfetungs : Behörbe ausgehen.

- Ad S. 62. Es ift hier affo (in Uebereinstimmung mit S. 84.) Die Bergutigung eines Blus bei Berechnung ber Dienfte und Gegenleiftungen fur biefe auf Seiten bes Berpflichteten und gmax in Land bestimmt, mabrend in Bezug mi bie übrigen Reallasten bie Ablofung nur burch Rente refp. Rapital gefcheben jall (ben Fall guttlicher Geniquing nathtriich ausgenammen). We wird ba-ber and beer genou zu unterfeheiben fone, welche Gegenfeistungen gerabe für bie Dienste flipulirt worben finb.
- Ad S. 65. Der Ansbrud: "ofine Begrunbung eines gutsberrlich : bauerli: den Berhaltniffes" burfte zu mancherlei Streitigfeiten Beranlaffung geben, ba fich aus ben bestehenden Berhaltniffen oft schwer wird erkennen laffen, ob ein gewiffes Abhangigfeiteverhaltniß von bem Guteherrn beabfichtigt mar.

Ein seichen Abstangligselleverhiltnis is in der Regel nur aus dem eiten Feidlichtem abzuleiten und alfo auch nur als ein Ausstus desselben anzusehen. Er buffe daher in den Fällen, in welchen feif dem Berfall diefes Systems Ermiftlide ausgethen find, mann bas Ergentheil nicht erwiesen vordem fann; aummehnen sein, daß ein solches Abhangigseilsverhaltniß nicht habe begründet werben follere.

- Ad S. 66. Hiernach werben also im Bullichau a Schwieduser Rreife, sowie in Schleffen, in Betreff ber auf Diensten ic. rabicirten Grundfteuern bei Ablo: fung her Reallaften fernerhin weiter Ermästigung ber Abfindungen noch Um: ichreibungen ber Steuern ftattfinden.
- Ad §. 83. Der lette Sat bee §. 85. ist nicht sofort verständlich. Bei nicherer Untersuchung ergiebt sich indessen, daß der Werth der Berechtigungen bes Berpflichteten ad §. 80. b. 5. von der Absindung des Berechtigten in Absug gebracht werden soll, nachdem diese, unter Berücksichung, der Praftainnssähigteit des Berpflichteten, ermittelt worden was.

Der Commissions : Bericht und bie Berhandengen ber zweiten Rammer iber bat Ablösungs. und. Regulirungs. Geset, sind abgehruck im britten Bande der kingrahfisch Berichte Fot. 1286. 1347. 1371. 1399. 1419. 1439. 1439. 1459. 1479. 1511. 1397. 1611. und im westen Bande Fot. 2739. 2769. und 2877. 16. Die der ersten Kammer sinden sich Hol. 2447. 2473. 2491. 2518. 2531. 2537. 2621. 2533. 2667. und 2835. ic.

Gefet

über

die Errichtung von Rentenbanken. Bom v. März 1850.

pir Friedrich Wilhelm von Gottes Gnaben, Rd, nig von Preußen u. u.

verordnen, mit Zustimmung beiber Kammern, für den ganzen Umfang der Monarchie, mit Ausschluß der auf dem linken Rheinufer belegenen Landestheile, was folgt:

Errichtung von Rentenbanken und beren Bestimmungen.

S. 1.

Zur Beförderung der Ablösung der Reallasten und zur vollsständigen Ablösung des Rechtsverhältnisses zwischen den bisherigen Berechtigten und Verpflichteten soll in seder Provinz eine Rentendank errichtet werden.

Die für die Reinprovinz zu errichtende Rentendank erstreckt ihre Wirksamkeit nur auf die am rechten Rheinufer belegenen Theile der Provinz, und kann mit der Rentendank in der Provinz Westphalen vereinigt werden.

S. 2.

Die Ablösung burch bie Rentenbanken erfolgt, sobalb bie Reallasten in feste Gelbrenten verwandelt worden sind, baburch, baß die Bank den Berechtigten gegen Ueberlassung der Gelbrente für das zu deren Ablösung erforderliche Rapital durch zinstrasgende, allmälig zu amortistrende Schuldverschreibungen (Rentens

briefe) absindet, die Rente aber alsbann von dem Berpflichteten so lange fortbezieht, als dies zur Zahlung der Zinsen und zur allmäligen Amortisation der Rentenbriefe erforderlich ist. Sobald diese Amortisation vollendet ist, hört die Berbindlichkeit des Belasteten zur Entrichtung der Rente ganz auf.

S. 3.

Der Staat garantirt die Erfüllung der durch das gegenwärtige Gesets den Rentenbanken auferlegten Berpflichtungen und wird diese Banken mit dem erforderlichen Betriebssonds versehen.

1. Motive.

In ben Motiven bes mit dem vorstehend bezeichneten gleichzeitig vorgelegten Gesetz-Entwurfs, betreffend die Ablöfung der Reallasten u. ift das dringende Bedürfniß dargethan, den ländlichen Grundbestt von den auf ihm ruhenden Reallasten zu befreien und das in dieser Beziehung noch bestehende Abhängigteits-Berhältniß der bäuerlichen Wirthe zu den disherigen Gutsherren wöllig und zwar möglicht schnell zu lösen. Ingleich ist dort der Weg angegeben, auf welchem jene Reallast in seste Getdrenten verwandelt, diese aber durch Rapitalistrung und Baarzahlung des Kapitals definitiv ausgehoben werden können.

Dies allein genügt aber zu bem Bred noch nicht. Die Gefetgebung muß noch auf ein Mittel Bedacht nehmen, eine folche völlige und schnelle Löfung bes Berhältniffes auch in folchen Fällen möglich zu maden, in welchen es bem Berpflichteten an bem nothigen Gelbe fehlt,

Die Bablung bes Ablöfungs - Rapitale ju bewirten.

Diefe Aufgabe ift es, mit welcher fich ber vorliegende Befet - Ent-

wurf beichäftigt.

Beim ersten Anblick könnte es am natürlichsten erscheinen, wenn man folden bes Geldes zu ben Ablösungen bedürfenden bauerlichen Realverpflichteten nur eine zuverlässige Gelegenheit verschaffte, auf ihre Grundstücke hypothekarische Darlehne gegen Zinsen vorgestreckt zu erhalten, wenn man also zu dem Ende in den altländischen Provinzen die dort schon bestehenden ritterschaftlichen Credit-Anstalten gesehlich verspsichtete, auch Bauergüter mit Pfandbriesen zu beleiben, oder wenn man, salls dies unaussührbar sein sollte, sowohl in diesen als in den übrigen Provinzen, für welche das neue Ablösungsgeset bestimmt ist, andere ähnliche Credit-Anstalten für den bäuerlichen Grundbesth errichtete.

Diefer Weg ift auch in der That von mehreren Seiten empfohlen, ja in der neuesten Zeit in einigen Provinzen bereits angebahnt worden, es wird indeffen weiter unten naher dargethan werden, daß der felbe dem hier zu erreichenden Zwed minder entsprechend ift, als der in dem vorvorliegenden Geses-Entwurf empfohlene — der Errichtung von "Rentenstilgungs-Anstalten" oder "Rentenbanken" — ein Weg, der schon im Jahre 1832 in dem Königreich Sachsen und späterhin auch von der preußischen Regierung für einzelne, einer solchen Gulse damals dringend bedürfende Landestheile, namentlich im Jahre 1835 für die Kreise Paderborn, Büren, Warburg und höhrter, 1839 für die Graf-

forften Bittgeuftein Bittgenftem und Bittgenfteit : Berkeitig, fotole 1843 fur bie Reife Geiligenftatt, Ruhthaufen und Borbis mit fehr gutem Erfolge eingesthlagen worben ift.

Der 3wal und bas Biel folder Rentenbanten ift - wie ton ber

5. 2. bes vorliegenden Gejeg-Entwurfe im Umrif angiobt -

"die Ablösung der in seite Geldrente verwandelten Maallasten dadurch zu bewirfen, daß tie Bant dem Berechtigten gegen Neber-lassung der Geldrente für das zu deren Ablösung erforderliche Kapital durch zinstragende, allmälig zu amortistrende Schuldversschwigen (Mentendriese) absindet, die Rente aber abstann von dem Berpflichteten so lange sortbezieht, als dies per Zahlung der Zinsen und zur allmäligen Amortisation der Rentembriese erforderlich ist. Sobald die Amortisation vollendet ist, hort die Berbindlichkeit des Entlasteten zur Entrichtung der Rente ganz aus."

Bur Ergangung biefes Bilbes ift jeboch aus bem f. 23, bet Be-

fen - Entwurfe word bingugufügen :

"daß dem Berpflichteten freisteht, mabrend der Amoetisations-Boriode außer der von ihm fortzuentrichtenden Mente auch noch zu allen Zeiten Kapitalzahlungen in jeder beliebigen, auch der fleinsten Summe zu leisten und hierdurch die Amoetisation schneller herbeizusühren."

Bevor die einzelnen Bedingungen bargelegt werben, unter benen nach bem Entwurfe die Ablofung ber Renten burch bie neu gu errich-

tenben Banten gefcheben foll, namentlich:

a) ber Betrag ber bom ben Berpflichteten an bie Mentenbant fontgu-

b) bie Große ber ben Berechtigten in Rentenbriefen zu gewichrenben Abfindung,

c) ber Binsfat ber Rentenbriefe,

d) bas von tiefem Bindfat abhangenbe jahrlich zur Amortifation ber Rentenbriefe gu verwendende Quantum,

e) die Dauer ber Anortifatione -Beriebe und

f) bie Garantie für Die Berpflichtungen ber Rentenbanten,

erf chaint es angemessen, in diesen Beziehungen historisch einen kurzen. Blid auf die bereits bestehenden Institute dieser Art und auf deren Go-

folge, fo meit folde befannt find, zu merfen.

Im Rönigreich Sachsen ift die "Landreuten-Bank" am L. Jaconar 1834 ju einer Bott, in der der landenübliche Iinsselfuß 3½ Procent, der der dortigen Staatspapiere aber 3 Procent beirug, ins Leben getreten. Sie des zwelt die Abissung aller gutsberrtich-banenlichen Lasten und Abiguben, und Aubnahma der baven Geldinsen, zugleich aber auch der dunch Abissung von Saudituten entstandenen Benten, obne Unterschied, ob dieselben Rittengübern aber binerlichen Bestigungen zustehen. Der Berpflichtere entrichten die wise Wonte au die Bant; diese aber gewährt dafür dem Bervechtigten als Wissungden Zosuchen Betrag der Bente in Rentendriesen, verziest, die Auftern mit 3½ Procent und verwendet die überschiesenden ¾ Versent der pflichteten seine Auswellanden Verzieden ber pflichteten seine Kapital-Alfchagszahlungen, arfolgen, im So Indren dasse ander wied. Der Staat garantist die Berbindlichsis der Bane und trägt deren Berwendungssofen.

Auf Diefe Wolfe find in Sachsen, nach ben barüber eingegangenen Erfundigungen, bis jum Monat Juni 1846 erwa gehn und eine balbe Million in Rentenbriefen ausgegeben und man glaubt, bag bis jum 1, April 1851, von welchem Tage ab nach einem am 21. Juni 1846 erlaffenen Gefete, feine fernern Ablofungen burch bie Bant mehr gefcheben, permuthlich aber bann auch nicht mehr nothwendig fein werben, Die Summe aller Reprenbriefe bochftens bis auf 15 Millionen fteigen wird. Der Courswerth ber Rentenbriefe bat fic bald nach ibrer erften Ausgabe bis zu 5, jo in Unsehung fleiner Appoints bis gu 7 Brocent über pari gehoben. Ausfälle an ben bon ben Berpflichteten in febr perichebenen Beiträgen zu entrichtenden Rente waren bis zu bem oben gengunten Beitpunkt bei ber Rententaffe gar nicht vorgetommen, Die Gorantie Des Staats mithin niemals jur Wirfjamfeit genothigt. Die jährlichen Berwaltungskoften hatten fich bei der damals schon febr betradiliden Ausbehnung bes Geschäfts bis auf 17,000 Athle. gefteigert, von benen 8000 Rithir, auf Die Santieme fielen, welche fur Die Erbebung per Monten ben Orta- und Begirtbeinnehmern mit reft. 4 und 2 Pienuigen vom Thaler bewilligt find. 3m Jehre 1845 hatte Die Koffe ngd Erfulung aller ihrer Berbindlichfeiten icon einen reinen Bewinn pon etwa 20,000 Riblen. burch Bwiftennugung ihrer Beftanbe, berfpatete Binderhebung ac. angefammelt,

Mad bem Reglement für bie Tilgungstaffe jur Erleichtes rung ber Ablafung ber Reallaften in ben Rreifen Babers horn, Buren, Barburg und Gorter vom 8. Muguft 1836 (Gen fet Cammlung 1836, S. 235.) haben Die Werpflichteten mur 1/4 ber abjulgjenden Geldrente an die Raffe fort zu entrichten; 1/4 berfelben wird ihnen fogleich erluffen; unter gewiffen Borausfehungen werben bie Berpflichteten fogar nach etwas mehr erleichtert. Die Berchtigten arhalten pon ber Raffe ben 18fachen Betrag ber gangen Rente in Rentembriden, Die bis gur Amortifation mit 4 Brocent verginft merben. Bu Diefen Amortijation verwendet die Raffe benjenigen Theil ber empfangenen Renten, melder gu jener Berginfung ber Rentenbriefe nicht enforberlich ift, und einen aus ber Staatsfaffe ihr gufliegenben jahrlichen Bufchuf wot 1 Arpeent des Betrages ber ausgegebenen Rentenbriefe. Mit diefem Mittel erfolgt Die Umortifation in 41 Jahren. Der Strat leiftet Bas tantie für Die Tilgungefaffe und tragt Die Roften ber Bermalmeng. Go viel befannt, find die Operationen bes Inftitutes, ungeachtet Diefelben nur auf Provofgeion ber Berechtigten vor fich geben burften, von bem bellen Erfolge bieber begleitet gewofen und Die Ablofungen felbft burch

Lapitaljahlung raich erfolgt.

Chang abnlich find die Grundfäge der durch das Raglemant vons April 1845 (Gefen-Sammlung 1845, S. 410.) gestifteten Titgung faffe für die Kreife Geiligenstadt, Mühlhausen und Wordis. Sie weichen von denen der Paderborner Kasse nur darin ab, das die Abgrechtigten bei ihr als Absudung statt des Iksachen das 20sache der Ronte in Rentendriesen erhalten, daß aber dagegen diese Bniese die zur Agnartisation wicht mit 4, soudern mit 3 4 Angemt verzinst werden. Die Dauer der Amartisationsporiode ift auf 43 Jahne berechmet.

Bei ber Wittgen fein ichen Tilgung etaffe endich, welche burch bas, Befes, vam 22. Dezember 1839 (Gejes-Sammlung 1840, S. 6.) per Libbing, ber ben fanbesberrlichen Saufern Wittgenftein-Berlebung und Sahn-Bittgenftein-Bittgenftein, von thren Unterfassen gebittemben Abgaben, Behnten z. errichtet ift, zahlen die Verpflichteten 4 der Rente zur Raffe; die Berechtigten aber erhalten als Abfindung ben 25facten Betrag der Rente, nach Abzug von 3 Procent für Ausfälle und Verwaltungskosten, in Rentenbriefen, welche mit 4 Procent verzinst werden. Der Staat garantier das Geschäft und schieft zum Tilgungsfonds so viel zu, daß die Umortisation binnen 41 Jahren vollendet ift.

Außer ben vorftehend genannten, fcon wirflich ins Leben getretenen Renten-Tilgungs-Anftalten find - um auch bies hiftorifc beer

noch ju ermähnen — schon früher einige andere projektirt worden.
Im Jahre 1839 trugen die Stände der preußischen Ober-Laufits auf Errichtung einer Rentenbank an, die sich von der Königlich Sachsteichen nur darin unterscheibet, daß die Rentenbriefe mit 3 % Brocent verzinft, in 71 Jahren amortistrt und die Berwaltungskoften aus beer Benten und durch besondere Beiträge der Berpflichteten aufgebracht werben follten. Die Garantie wollten die Stände selbst übernehmen.

Auch von den Standen der Brovingen Schleften und Bosen ward im Jahre 1845 auf Errichtung von Rentenbanken angetragen. Die Staatsregierung war auch geneigt bierauf einzugehen, und es wurde im Jahre 1846 junachet ein Gesetz für Schlesten vorbereitet, nach welchem die Renten von den Verpflichteten voll gezahlt, die Verechtigten mit dem 22 1/4 sachen Betrage in Rentenbriesen abgefunden, lettere mit 3 1/4 Broeent verzinft und die Berwaltungskoften aus den Mitteln des Instituts getragen werden sollten. Die Amortisations - Periode hatte hierbei 35 1/4 Jahr gedauert. Das Projett kam indessen nicht zur Ausführung, da bekanntlich der im Jahre 1847 versammelte Bereinigte Landtag sich gegen die Garantirung solcher Kentenbanken durch den Staat erklärte.

Endlich ift noch, als der Entwerfung des vorliegenden Gefeges zunächst vorhergegangen, des im vorigen Jahre der Berjammlung zur Bereinbarung der Staatsverfassung vorgelegten Promemoria vom 10. Juni
1848 zu erwähnen, in welchem für alle Landestheile der Monarchie; denen das neue Ablösungsgeses gegeben werden sollte, die Errichtung don Rentendanken in Aussicht gestellt war, bei denen den Berpflichteten /10 der Rente erlassen, den Berechtigten eine Absindung zum 18fachen Betrage in vierprocentigen Rentendriesen gewährt, diese Kentendriese in 41 Jahren amorisiert und endlich die Garantie, sowie die Berwaltungskollen dem Steate übernammen werden follten

toften bom Staate übernommen werden follten.

Bei diesen damals verheißenen Bedingungen ift der jest abgesafte Geses-Entwurf zum größten Theil stehen geblieben und nur in dem einen Puntte abgewichen, daß nämlich die Absindung des Berechtigten in Rentenbriefen nicht auf das 18fache, sondern auf das 20fache bestimmt, in Volge dessen die Dauer der Amortisations-Periode bis auf 56 Jahre verlängert irerden soll. Diese Abweichung ift aus folgenden Grunden geschehen:

Daß bei dem gegenwärtig landublichen Zinsfuß von 5 Procent dem Berechtigten in der Regel das 20fache der Rente als Absindung für diesselbe gebührt, leuchtet von selbst ein und ist auch in den Motiven des Geseg-Entwurfs über die Ablöfung der Reallasten ic. anerkannt. Wenn gleichwohl der S. 64. eben dieses Entwurfs dem Berechtigten zumuthet, sich bei einer Baarzahlung des Ablösungs-Kapitals mit dem 18fachen zu begnügen, weil er durch die Ablösung auch vor Verlusten, die ihm durch

Ausfalle an ben Renten entftehen tonnen, geführet und bon ben Roften ber Renteneinziehung befreit wirb, fo find bies Beunde, Die offenbar ba nicht in bas Gewicht fallen, wo bie Ablösung nicht baar, fonbern in vierprocentigen, vielleicht erft nach langen Jahren gur Umprifation gelangenben Rentenbriefen erfolgt. Wer für 100 Riblr. Rente 1800 Riblr. baares Rapital erhalt, fann burch beffen Ausleihung ju bem jegigen Binefuß bon 5 Procent fogleich eine Rente von 90 Rthirn, wieber erwerben, befommt er bagegen 1800 Athlr. in Rentenbriefen, fo gemabs ren ibm Diefe eine jahrliche Rente von nur 72 Ribirn., und wenn er Die Rentenbriefe veraugern will, um über bas Rapital zu bisponiren, fo brobt ibm hierbei vielleicht ein noch größerer Berluft, ba nicht zu ermarten flebt, Dag biefe Bapiere ben Bari-Cours fobalb erreichen werben. Derjenige Realberechtigte, beffen Gut unverschulbet ift, wird Diefen Berluft burch Aufbewahrung ber Rentenbriefe bis jur Befferung bes Cour's fes ober bis zur Ausloofung und Amortifation derfelben vermeiben fonnen. Ber aber auf feinem berechtigten But Schulden bat, wird, ba beren Sicherheit burch eine folde Ablofung gleichfalls gefährbet icheint, felbft burd gerichtliche Depofition ber in Rentenbriefen empfangenen Abfindung bor Rundigungen Seitens feiner Glaubiger fich nicht immer fchugen tonnen, rielmehr burch folche oft genothigt merben, Die Rentenbriefe jum Tages - Courfe unter ihrem Rennwerthe ju vertaufen und mitbin jenen Berluft am Rapital zu erleiben.

Rachtheilen Diefer Art, welche leicht ben Auin vieler Gutsbefiger und eine allgemeine Erschütterung bes Realtredits zur Folge haben könnten, muß bas Gefet möglichst vorbeugen und es scheint baber unerläßlich, das Ablösungs-Rapital, wenn es in Rentenbriefen gegeben wird, nicht auf bas 18fache, sondern auf das 20fache zu bestimmen, eine Erhöhung, die bielleicht nicht einmal immer ausreicht, ben Berechtigten mit demjeni-

gen gleichzuftellen, ber bas 18fache baar erhalt.

Uebrigens empfiehlt fich biefe Steigerung ber Ablöfungsjumme bei Ablöfungen, Die nicht baar, sondern durch die Rentenbank geschehen, auch noch badurch, daß fie die Verpflichteten anspornen wird, alle Kräfte ausgubieten, um die Ablöfung lieber auf die für fie wohlfeilere Art durch baares Kapital zu bewirken, was die doppelt wohlthätige Volge einer finelberen Durchführung der Ablöfungen überhaupt und eine Verminde-

rung, ber Daffe ber auszugebenden Rentenbriefe haben wird.

Diese nothwendige Abweichung von dem in dem Bromemoria vom 10. Juni v. 3. verheißenen Bedingungen der Ablösung durch die Rentendank hat aber zugleich die unvermeidliche Folge, daß nun auch an den andern dort aufgestellten Bedingungen nicht unverändert sestigehalten werden konnte. Entweder mußte jest der den Berpflichteten in Aussicht gestellte Erlaß eines Zehntheils der Rente wegfallen, oder der auf 4 Procent projektirte Zinssuß der Rente wegfallen, oder der auf 4 Procent projektirte Zinssuß der Rentendriese ermäßigt, oder endlich die auf 41 Jahr berechnete Dauer der Amortisations-Beriode verlängert werden. Die Wahl konnte hier nicht zweiselshaft sein. Bon dem Zehntel-Erlaß durfte um deshalb nicht abgegangen werden, weil es nothwendig erscheint, durch ihn den ärmeren Berpflichteten, welche nicht im Stande sind, ihre Jahreslasten durch Baarzahlung des 18 fachen Werths derselben mit einem Male abzulösen und die eben deshalb; selbst wider ihren Willen, an die Kentendant gewiesen, hier aber zur allmäligen Erlegung des 20 fachen Werths derselben genöthigt werden, als Ersah für diese Er-

10

ficherdung ber ihnen gestellten Bebingungen wieberum eine ungentief Erleichterung und namentlich eine folche zu gewähren, die ihren toolfiteletigen Ginfluß febon fur die jesigen Befiger ber verbflichteten Grundftade, und nicht erft fur beren fodtere Rachfommenschaft außert. Done die Maafregel wurde den neuen Gesesen mit Recht ber Borwurf zu machen sein, das sie den wohlhabenden Landmann vor dem minder wohlhabenben begunftigten. Eben fo wenig erscheint eine Ermäßigung bes Bindfußes ber Rentenfriese etwa bis auf 3 / Protent gulaffig, ba bier burch dem Berechtigten allzu große Opfer auferlegt werden wurden. Es blieb mithin als einziger gulaffiger Ausweg nur bie im Gefet. Entwurf gemablte Berlangerung ber Umortifetions-Beriobe übrig.

Dag biefe jest über 41 Jahre hinans bis gu 56 anfteigt ift allerbings ein Uebeiftand, ber aber baburd wefentlich berringert wird, bag ber Befes - Entwurf ben Berpflichteten ble Befugnif einraumt, gu feber Belt und in ben fleinften Gummen Rapital-Abschlagegablungen gur Rentertfaffe ju leiften und bieburch ben Betrag ihrer Rente ju verminbern. Diefe wohlthätige Ginrichtung, burch welche bie Rentenbant für ben fielperen kandmann zugleich bie Natur einer Sparfaffe annimmt und ihm Belegenheit und Antrieb giebt, alle feine fleinen Ersparniffe völlig Foften. frei ufiglich anzulegen, berechtigt zu ber Goffnung, bag unter einiger-maaßen gunftigen Berfehreverbaltniffen bie meiften Renten ichon lange vor bem Ablauf jener bijahrigen Beriobe zur Algung gelangen werben.")

Rach Diefen allgemeinen Borbemertungen, welche gur Rechtfertis gung bes Entwurfe in feinen Bauptprinelpien bienen werben, moge, bepor zu ber Motivirung ber einzelnen Baragraphen fibergegangen wird, bier nur noch eine furge Darlegung ber Grunbe folgen, meshalb ben Mentenbanten als Mittel zur Ablofung ber Borgug vor ben, wie fcon oben ermabnt wurde, von manchen Soiten gu Diefem Bwedt empfohienen

Credit = Unftalten gegeben werben mußte.

Dag in ber jegigen Beit nicht baran gedacht werben fann, Crebit-Anftalten berjenigen Art ine Beben ju rufen, welche, wie g. B. Die in Rurbeffen beftebenbe Lanbes-Crebit-Raffe, ben verpflichteten Grundbe-Abern gum Bwed ber Ablofung ihrer Reallaften baare Darleben vorftreffen, bebarf feiner Ausführung. Bei bem jehigen Stand ber Gelboers baltniffe mußten Die Binfen folcher Darlebne minbeftens auf 5 Brocent

*) Da es für die Beurtheilung der Sache nicht ohne Interesse fein wird, ju erfahren, wie fich die Dauer der Tilgungsperiode bei Beranderung ober ger berer Kombination ber Ablösungebebingungen gestalten murbe, so sollen bier

einige folder Kombinationen erwähnt werben.

Ließe man nicht blog ben Zehntel-Erlaß fort, sondern ermäßigte augleich bie Abfindung auf bas 18fache in Rentenbriefen zu 4 Procent, so wurde die Amortisation in 32%, Jahren beendet fein.

Bollte man von dem Erlag bes Behntets ber Rente abstehen, Die Berech: tigten aber mit bem 3mangigfachen ber Rente in vierprocentigen Rentebriefen abfinden, so wurde die Amortisation in 41 Jahren vollondet fein, mitbin in eben ber Beit, als wenn man nach bem Promemoria vom 10. Juni v. 3. ben Berpflichteten bas Behntel ber Rente exliefe, ben Berochtigiem aber unt bas 18fache ber Rente in vierprocentigen Rentenbriefen gemahrte.

Wilrbe Die Abfindung bes Berechtigten auf bas 20fache bestimmt, ber Bindfuß ber Rentenbriefe aber auf 31, Procent herangefest, fo ware bie Dauer ber Amortisations : Periode a) bei gleichzeitigem Grlaß bes Behntels 43 Sahre, b) ohne ben Beuntel : Erlaß aber 35 Jabre.

diefelle weben, eine Erkichterung bes Berpflichtelen trite aff durch bas sieftelle woder nugenblidich, noch auch für die Aufunft ein. Es könnte fich int velema folde Anftalten für den inntegenden Zweil angemessense sein möchten, welche, wie es die in den alem Browinzen bestehenden landichaftlichen Groditvereine thun, zinstragende Exedicuapiere (Psandbriefe) auf ihren Namen ausstellen und diefelben and einzelmun, diesen beitretenden Grundbesiger gegen prioritätigen Berpfandung der Beschen ausleihen, sich aber dagenen der Berpfandung nicht blos die Zinsen inner Papiere, sondern in der Regel noch einen Zuschuß für die Berwaltungstosten und zweisem nich zu einem Amortsationafonds zahlen lassen. Ein solcher Weg in par Abeit gegenwärtig von zwei der bestehenden Psandbriefe-Institute ausbahrt.

Die offpneußische Landschaft wird, abweichend von ihren bisherigen Grundsigen fortan nach der durch die Allerhöchte Ordre vom 4. Mai d. 3. (Gefes-Sammlung 1840, S. 182.) ihr erthellten Genehmigung iedes, zu einer selbständigen Ackewirtischaft sich eignende ländliche Grundstät, welches mindefens 500 Athler, werth ift, in ihren Gerband nofosfann und mit Pfandbeiefen beleihen. Diese objective Beschnung der Abeständelt beweift allein sichen zur Genüge, das durch dieses Inflichen die sweigerirten Rentenbanken, welche ohne Unterschied allen, selbst den Meinellen dimerlichen Grundbestsungen zur Ablösung der Reallasten

berfelfen folien, nicht erfest werben.

Beachtendwerther in diesen Beziehungen find die Anerbietungen, welche die schlasische Landschaft den bäuerlichen Grundbestgern jest gemacht hat. Sie will nach dem durch die Allerhöchste Ordre vom Ik. Mat d. 3. (Gesen-Sammlung a. a. D. S. 183.) genehmigten Begulativ, solche bäuerliche Grundstüde bepfandbriesen, die eine nuthare Bodenstäche von mindestens I Morgen haben und einen Credit von wenigkens 20 Mihle. rechtsertigen, also (da der Credit dis zur Sätlie des Berths gegeben wird) überhaupt wenigkens 40 Rihle. werth sind. Den Bestern dieser Grundstäcke, wenn sie den landschaftlichen Grodit zur Ablösung ihrer Beallasten benatzen wollen, bietet die Landschaft eine Summe in sogenannten "neuen landschaftlichen Pfandbriesen" bis zur vollen Sie des gesehlich sestzukellenden Ablösungskapitals, und zum rach der Wahl der Darlehns-Empfänger, entweder in vierprocentigen oder in 3 % procentigen Pfandbriesen; sie fordert dagegen von ihnen

a) Die Bablung son refp. 4% ober 4% Procent jahrlicher Binfen

Der Datlebnefumme in halbfabrlichen Raten,

b) bie Radjahlung bes Darlohns nach einer beiben Theilen zustehenben fechemonatlichen Kundigung,

e) bie Erlegung eines Roftenbetrages von 1/4 Procent Des Dar-

lebns und von einem Thater gur Landichaftefaffe.

Eine Amortifation ber Pfundbriefe ift nicht in Aussicht gestellt. Bon ben 3 Protent, welche die Schuldner über den Betrag ber Pfundbriefszinsen hinauszahlen, wird 1/2 Procent zur Ansummlung eines Sicherheitsfonds und 1/4 Procent zu den Werwaltungstoften verwendet.

Much biefe Amerhietungen ber ichleftichen Landichaft gemahren aber bei Beforberung bes Ablofungsgeschafts nicht gleich große Bortheile, wie es Die jebe projektienen Rentenbanten thun.

Dem Berpflichteten, weicher z. B. 50 Stehlte. fliptlicher Rende Sele ber Rentenbank ablosen will, wird hierdon unter völliger Auflosung seines bisherigen Schuldverhältniffes zu dem Berechtigten soglett Higeraffen; er zahlt fortan der Bank nur noch 45 Riblit. oder 41/4 Pescent des dem Berechtigten in Rentenbriefen von der Bank ausgestellten Ablösungs-Rapitals von 1000 Riblit., gewinnt die Besugnif, zu jeder Beit durch beliebige Rapital-Abschlagszahlungen auch selbst in den Kleinsten Summen seine jährliche Rente allmälig zu vermindern, und wird jedenfalls spätestens in 56 Jahren von seiner Berpflichtung an die Bank

vollftanbig entlaftet.

Bei der schlessischen Landschaft bagegen hat ein sicher Berpflichtester, außer den Kosten der Bepfandbriefung, wenn er sich vierprocentige Pfandbriese aussertigen läßt, an Zinsen des (dem 18sachen seiner bisherigen Kente gleichsommenden) Pfandbriese Kapitals von 900 Riblr. jährlich 4½ Procent zu entrichten; diese betragen zur nur 42 Riblr., also 3 Riblr. weniger als was er der Kentenbank zu zehlen hätte; er bleibt aber nach wie vor durch eine auch noch so lange Fortzahlung dieser Zinsen Schuldner der Landschaft sur das Kapital, ist sechsmenatlicher Kündigung desselben ausgesetzt und kann seinerseits auch nur in diesen Fristen (und zwar mit dem Erfolg einer Zinsverminderung nur in Beträgen von 20 Athlir.) fündigen; was aber der Hauptangtheil ist, er wird durch den Empfang der 900 Athlir. Pfandbriese nicht unbedingt in den Stand gesetzt, sein Schuldverhältuis zu dem Kenteberechtigten zu lösen, muß vielmehr zu diesem Neunwerth der Berechtigte nicht verpflichtet ist, verlausen und wenn sie, was wenigstens für die ersten Zahre höchstwahrscheinlich ist, unter Vari kesenigstens für die ersten Zahre höchstwahrscheinlich ist, unter Vari kesen, die Disserenz zuzahlen.

Das Ganze ift baber ein Geschäft, welches, abgesehen von ben bamit verbundenen Weitlauftigleiten der hippothelarischen Eintragung der Afandbriefe, mit einem für ten kleineren Landmann ganz ungeeigneten Riftlo verknüpft ift, und eine endliche Entlaftung für ihn boch nicht

einmal herbeiführt.

Mag daher die Erweiterung ber landwirthschaftlichen Creditvereine und die Aufnahme ber bauerlichen Grundftude in dieselben in anderer Beziehung immerhin sehr nühlich und heilfam für die Lehtern sein und deshalb jede Beförderung Seitens der Staatsregierung verdienen, Behufs der Ablösung der bauerlichen Reallasten dagegen wird diese Rittel nie einen gleichen Ruten leisten, wie die in dem vorliegenden Geseh-Entwurf projektirten Rentenbanken. Ueberdies erscheint daffelbe
schon deshalb für diesen Zwed minder praktisch und durchgreisend, weile
einmal nur in den öftlichen, nicht in den westlichen Provinzen Pfandbriefs-Creditvereine bestehen und weil ferner der Staat weder diesen
Bereinen die Mitausnahme der dauerlichen Grundbesteher gebieten, noch
auch diese Lehteren, wenn sie wirklich Pfandbriese auf ihre Stellen
aufgenommen und erhalten haben, dazu zwingen kann, dieselben gerade
nur zur Ablösung ihrer Reallasten zu verwenden.

2. Grunde ber Agrar-Commission. Der Gefety-Entwurf, betreffent bie Ablöfung ber Realfaften 20.,

enthalt die Bestimmungen, nach welchen in Bufunft bie auf bem Gemabbests haftenben bringlichen Laften ohne alle Ausnahme in feste Goldrenten verwandelt werden follen. Sierdurch allein wird jedoch bas von allen Seiten als binglich bezeichnete Bedürfniß, nämlich:

bas beftebende Abbangigfeits = Berbaltniß ber Abgaben = Bflichtis gen gu ben Empfangs Berechtigten und gwar möglichft fcnell bergeftalt zu lofen, daß fle, sobald die Auseinandersetzung erfolgt und Die Rente feftgeftellt ift, in gar feine weitere Berührung mit

einander fommen,

nech nicht befriedigt.

Benn ferner ber S. 64. bes Gefet Entwurfes über bie Ablofung ber Beallaften x. barauf hinweift, auf welchem Wege fich ber Bflichtige ben ber auf ihm rubenden Laft ber Rentenzahlung für immer befrien tann, fo mußte Die Gefengebung noch Mittel und Bege ausfinbig ju machen suchen, mittelft welcher es bem Berpflichteten möglich gemacht wird, fich feiner Berpflichtungen innerhalb beftimmter Beitber Andeinanderfepung an bem notbigen Gelbe fehlt, Die Baargablung bes Milings - Rapitale ju bewirfen, jugleich aber auch bem Berechtigten die gemiffe Musficht zu berichaffen, innerhalb bestimmter Friften ben Jaeren Rapitalewerth feiner Renten unverfürzt gu erhalten.

Die Erreichung Diefer Bwede hat fich ber vorgelegte Gefen-Entwurf, betreffend Die Errichtung von Rentenbanten ze., jum Biel gefest. Rach bem Diefem Entwurf jum Grunde liegenden Sauptgedanken foll burd in jeder Proving zu errichtende Rentenbanten bie Ablöfung ber in feste Gelbrente verwandelten Reallasten, infofern fie nicht burch fo-fertige Baargablung erfolgen fann, baburch bewirft werben:

bas Die Baufen bem Berechtigten gegen Ueberlaffung ber Gelbrenten für bas zu beren Ablöfung erforberliche Kapital burch ginstragende, allmälig ju amortifirende Schuldverfchreibungen (Mentenbriefe) abfinden; bie Benten bagegen von bem Pflichtigen fo lange fortbeziehen, als bies zur Bablung ber Binfen an , Die Berechtigten und zur allmäligen Amortifation ber Rentenbriefe erforderlich wird, mit ber Bollenbung ber Amortifation aber jede weitere Berbinblichfeit ber Bflichtigen gur Rentengahlung aufbort.

Damit follen nun aber noch außerbem dem Pflichtigen Mittel geboten werben, fo viel in feinen Rraften fteht, auf die Abfürzung der Amortifatione-Beriobe felbft einzuwirfen, und es foll bemfelben biernach

mitchen:

mabrend biefer Beriode außer ber von ihm zu entrichtenben Mente, zu allen Zeiten Rapitalzahlungen in jeder beliebigen, wenn auch auf ein Minimum beschränften fleinften Summe gu leiften, fonach die Bankanftalten als eine Urt von Sparfaffen nebenbei zu benugen und hiernach ben Beitpunft, von welchem ab er gar feine Renten mehr ju gablen bat, nach feinem Belieben ichneller berbeiguführen.

Bebe Ginrichtung nun, welche Diefes Biel auf bem einfachften, ficherften und schnellften Wege zu erreichen firebt, wird als bas zwedmaßigfte Mittel betrachtet werben muffen, burch welches ber oben be-Monete Bwed erlangt und berbeigeführt werben fann, und bie Commiffion bat hiernach zuförderft die Frage zur Berathung gezogen:

feseften Mittgenflein-Mittgenflein, und Wittgenfold Driefeng, findel. 1845 für die Kreise Seiligenfladt, Mublhausen und Warbis mit febr. gutem Erfolge eingesthlagen worden ift.

Der Bwedt und bas Biel folither Rentenbanken ift '- wie ihn bet

3. 2. bes untliegenden Gejet Entwurfs im Umrif angiebt "die Ablösung der in feste Geldrente verwandelten Meatlasten daburch zu bewirfen, daß die Bank dem Berechtigten gegen Ueberslassung der Geldrente für das zu deren Ablösung erforderliche Kapital durch zinstragende, allmälig zu amortistrende Schuldversschwiesen (Menkenbriefe) absindet, die Mente aber akbann nom dem Barpflichteten so lange sortbezieht, als dies zur Jahlung der Zinsen und zur allmäligen Amortisation der Reutenbriefe erforderlich ist. Sobald die Amortisation vollendei ist, hört die Berbindlichkeit des Entlasteten zur Entrichtung der Rente ganz aus."

Bur Erganzung biefes Bilbes ift jedoch aus bem f. 23. bes Ge-

feb - Entwurfe woch bingugufügen :

"daß dem Aexpflichteten freisteht, während ber Amortisutone-Poziode außer der von ihm fortzuentrichtenden Mente: auch nuch zu allen Zoiten Kapitalzahlungen in jeder beliebigen, auch der keingen Summe zu leisten und hierdurch die Atmortisation schnellen berbeizusühren."

Bebor Die einzelnen Bedingungen bargelegt worden, under beiert nach bem Entwurfe bie Ablofung ber Renten burch bie neu zu ertich-

tenben Banken gefcheben foll, namentlich:

a) ber Betrag ber vom ben Berpflichteten an bie Mentenbant fontgugahlenbem Renten,

b) bie Größe ber ben Berechtigten in Rentembriefen gu gewichrenben Abfindung,

c) ber Binsfat ber Rentenbriefe,

d) bas von tiefem Binsfat abhangenbe fahrlich zur Amortifation ber Rentenbriefe gu vermenbenbe Quantum,

e) die Dauer ber Anoptifatione-Perisbe und

f) die Garantie für die Berpflichtungen der Mentembanken, erf cheint. es augenwsten, in diesen Beziehungen biftorisch einem kungen Blick auf die bereits bestehenden Institute dieser Art. und auf derem Ge-

folge, fo meit folde befannt find, zu merfen.

Im Lönigreich Sachsen ist die "Kandrenten-Bank" and 1. Indunt 1834 ju einer Zeit, in der der landenibliche Zinssens 3 // Procent, ver der dertigen Staatspapiere aber 3 Procent beirng, ind Leben getreten. Sie der zweck die Abistung aller gutiderriich- dänenlichen Lasten und Abgaben, und Andnahme der basen Geldzinfen, zugleich aben auch der dupch Abissung von Servituten entstandenen Benten, ohne Untersähled, ob dieselben Mittergüberw oder binerlichen Bestigungen gustehen. Der Berpflichter enträchtet die wille Kente au die Bauf; dies aber gewährt dafür dem Geroftigten als Abssindung den 25sachen Bestug den Kente in Rentenbriesen, verziest die Sopieur nit 3// Procent und verzugudet die überschießenden // Pracent der kante, zur Amsetisation der Kentenbeles, welche, vern von dem Wedenbeitsten seine Kapital-Abschaftschlungen, erfolgen, in 55. Indren von delle andet, wird. Der Staat garantiet die Berbindlichseit der Bauf und trägt deren Berweltungssollen.

Auf diese Abolie Andrit Sachsen, nach den datieber Angegangenen Extundigungen, bis jum Monat Juni 1846 erma gehn und eine balbe Million in Rengenbriefen ausgegeben und man glaubt, bag bis zum 1, April 1851, von wolchem Tage ab nach einem am 21. Bunt 1846 erlaffenen Gefebe, teine fernern Ablofungen burch bie Bant mebr acicheben, permuthlich aber bann auch nicht mehr nothwendig fein werben, Die Summe aller Rensenbriefe bochftens bis auf 15 Millionen fteigen wift,. Der Courswerth der Rentenbriefe hat fich hald nach ihrer erften Ausgahe bis zu 5, ja in Ansehung kleiner Appoints bis zu 7 Procent über pari gehoben. Ausfälle an ben bon ben Berpflichteten in febr perfchiedenen Beitragen zu entrichtenden Rente woren bis zu dem oben gengunten Beitpunkt bei ber Rentenkaffe gar nicht vorgekommen, Die Garantie Des Staats mithin niemals zur Wirkfamfeit genothigt. Die jahrlichen Bermaltungetoften hatten fich bei ber bamale ichon febr betraditlichen Ausdehnung bes Geschäfts bis auf 17,000 Riblir, gesteigent, von benen 8000 Riblir, auf die Tantieme fielen, welche für die Erbebung ber Renten ben Oria- und Begirfdeinnehmern mit reft. 4 und 2 Brennigen pom Thaler bewilligt find. 3m Jebre 1845 batte Die Roffe nach Erfüllung aller ihrer Berbindlichkeiten icon einen reinen Gewinn pon etwa 20,000 Riblen. burch Zwischennngung ihrer Beftande, berfpatete Binderhebung z. angefammelt,

Rach bem Reglement für die Tilgungstaffe gur Ericichten rung ber Ablofung ber Reallaften in ben Rreifen Rabers horn, Buren, Warburg und Gorter vom 8. Muguft 1836 (Gen fen = Sammlung 1836, &. 235.) haben Die Berpflichteten mur 1/2 ber abzulofenden Belvrente an Die Raffe fort zu entrichten; 1/4 berfelben wird ihnen fogleich erlaffen; unter gemiffen Boraussehungen werben bie Berpflichteten fogar noch etwas mehr erleichtert. Die Berchtigten arhalten pon der Raffe den ISfachen Betrag der gangen Rente in Mentenbriefen; Die bis zur Augertifation mit 4 Procent verzinft merden. Bu Diefen Amortifation verwendet die Raffe denjenigen Theil ber empfangenen Reme ten, welcher zu jener Berginfung ber Bientenbriefe nicht enforberlich ift, und einen aus der Stagtefaffe ihr zufliegenden jahrlichen Bufchnft won 1 Argent des Betrages ber ausgegebenen Rentenbriefe. Mit Diefem Mittel erfolgt Die Umortifation in 41 Jahren. Der Staat leiftet Bas rantie für Die Tifgungefaffe und trägt Die Roften ber Bermaltung. Go viel bekannt, find die Operationen Des Inftitutes, ungeachtet Diefelben nur auf Pravafetion ber Berechtigten vor fich geben durften, von bem haten Erfolge bisher begleitet gemejen und die Ablojungen felbft burch

Hang abnitch find die Grundlage der durch das Reglemant vom L. April 1845 (Gefeg-Sammlung 1845, S. 410.) gestifteten Titgung de faffe für die Areise Geiligenskadt, Mühlhaufen und Wordis. Sie weichen von denen der Paderborner Kasse nur darin ab, daß die Reschicken bei ihr als Absudung statt des Iksachen das Wosache der Monte in Montendriafen erhalten, daß aber dagegen diese Buiese die gum Angertisation uicht mit 4, sondern mit 3 /4 Procent verzinst werden. Die Dauer der Amgrisationsporiode ift auf 43 Jahre berechmet.

Ranitaliablung rafch erfolgt.

Bei ber Bitigen fiein ich en Tilgung stoffe endlich, welche burch bas, Gefest unm 22. Dezember 1839 (Gefes Sammlung 1840, S. 6.) pur Ablöhung, ber ben finnbesberrlichen häufern Wittgenftein-Benlehnen und Sahn Bitigenfieln - Wittgenflein, von ihren Unterfaffen gebitbrenben Abgaben, Behnten x. errichtet ift, gablen Die Verpflichteten 1/2 ber Rente jur Raffe; Die Berechtigten aber erhalten ale Abfindung ben 25fachen Betrag Der Rente, nach Abgug von 3 Brocent für Ausfälle und Ber-waltungefoften, in Rentenbriefen, welche mit 4 Brocent verzinft werben. Der Staat garantire bas Gefchäft und fchiept zum Tilgungefonds fo viel gu, daß die Umortifation binnen 41 Jahren vollendet ift.

Mußer ben vorftebend genannten, fcon wirflich ine Leben getretenen Renten = Tilgungs = Anftalten find - um auch Dies hiftorifch bier

uoch ju ermahnen - fcon früher einige andere projettirt worden. Im Jahre 1839 trugen Die Stande ber preußischen Ober-Laufts auf Errichtung einer Rentenbant an, Die fich von ber Koniglich Sachfe ichen nur barin unterscheibet, bag bie Rentenbriefe mit 3 1/2 Procent verginft, in 71 Jahren amortifirt und Die Berwaltungetoften aus ben Renten und burch besondere Beitrage ber Berpflichteten aufgebracht merben follten. Die Garantie wollten Die Stande felbft übernehmen.

Auch von ben Stanben ber Brovingen Schleften und Bofen warb im Jahre 1845 auf Errichtung von Rentenbanken angetragen. Staateregierung war auch geneigt bierauf einzugehen, und es murbe im Jahre 1846 junachft ein Befet fur Schleften vorbereitet, nach welchem Die Renten von den Verpflichteten voll gegablt, Die Berechligten mit bem 22 / fachen Betrage in Rentenbriefen abgefunden, lettere mit 3 1/4 Brocent verzinft und Die Berwaltungefoften aus ben Mitteln bes Inftituts getragen werben follten. Die Umortifations - Beriode batte bierbei 55 1/4 Jahr gedauert. Das Projekt kam indessen nicht zur Ausführung, Da befanntlich ber im Jahre 1847 verfammelte Bereinigte Landtag fich gegen die Garantirung folder Rentenbanten burch ben Staat erflarte.

Endlich ift noch, als ber Entwerfung bes vorliegenben Gefenes gu-nachft vorhergegangen, bes im vorigen Jahre ber Berfammlung gur Bereinbarung ber Staateverfaffung vorgelegten Promemoria vom 10. Juni 1848 ju ermahnen, in welchem für alle Landestheile ber Monarchie, benen das neue Ablöfungsgefes gegeben werden follte, bie Errichtung bon Rentenbanten in Ausficht geftellt mar, bei benen ben Berpflichteten 1, ber Rente erlaffen, ben Berechtigten eine Abfindung zum 18fachen Betrage in vierprocentigen Rentenbriefen gewährt, Diefe Rentenbriefe in 41 Jahren amortifirt und endlich die Barantie, fowie die Bermaltungsfoften bom Staate übernommen werden follten.

Bei Diefen bamals verheißenen Bedingungen ift ber jest abgefaßte Befet - Entwurf jum größten Theil fteben geblieben und nur in bem einen Punkte abgewichen, daß nämlich die Abfindung des Berechtigten in Rentenbriefen nicht auf bas 18fache, fonbern auf bas 20fache bestimmt, in Volge beffen bie Dauer ber Amortisations-Beriobe bis auf 56 Sabre Diefe Abweichung ift aus folgenben Grunben verlängert irerden soll.

gefcheben :

Daß bei bem gegenwärtig landüblichen Binefuß von 5 Procent bem Berechtigten in Der Regel bas 20fache ber Rente als Abfindung für Diefelbe gebührt, leuchtet von felbft ein und ift auch in ben Motiben bes Gefet - Entwurfe über Die Ablofung ber Reallaften ic. anerkannt. Wenn gleichwohl ber S. 64. eben biefes Entwurfs bem Berechtigten zumuthet, fich bei einer Baarzahlung bes Ablöfungs-Rapitals mit bem 18fachen gu begnügen, weil er burch Die Ablöfung auch vor Berluften, Die ihm burch

Ausfälle an ben Renten entflehen tonmen, gefichert und bon ben Roften ber Renteneinziehung befreit wird, fo find bieb Grunde, bie offenbar ba nicht in das Gewicht fallen, wo die Ablöfung nicht baar, fonbern in vierprocentigen, vielleicht erft nach langen Sahren gur Umortifation gelangenben Rentenbriefen erfolgt. Wer für 100 Riblr. Rente 1800 Riblr. hoares Rapital erhalt, fann burch beffen Uneleihung ju bem jegigen Binefuß von 5 Procent fogleich eine Rente von 90 Rthlen. wieder erwerben, befommt er bagegen 1800 Athlr. in Rentenbriefen, fo gemabe zen ibm diefe eine jabrliche Rente von nur 72 Ribirn., und wenn er bie Rentenbriefe veräußern will, um über bas Rapital zu bisponiren, fo brobt ibm hierbei vielleicht ein noch größerer Berluft, Da nicht zu ermarten ftebt, bag biefe Bapiere ben Bari-Cours fobalb erreichen werben. Derjenige Realberechtigte, beffen Gut unverschuldet ift, wird Diefen Berluft burch Aufbewahrung ber Rentenbriefe bis zur Befferung bes Cour's fes ober bis jur Ausloofung und Amortifation berfelben bermeiben fon-Wer aber auf feinem berechtigten Gut Schulden hat, wird, ba beren Sicherheit burch eine folde Ablofung gleichfalls gefährbet icheint, felbft burch gerichtliche Deposition ber in Rentenbriefen empfangenen Abfindung bor Ründigungen Seitens feiner Gläubiger fich nicht immer fdunen fonnen, rielmehr burch folche oft genothigt merben, Die Rentenbriefe jum Tages . Courfe unter ihrem Dennwerthe ju verfaufen und mitbin jenen Berluft am Rapital zu erleiben.

Rachtheilen dieser Art, welche leicht ben Ruin vieler Gutsbesiger und eine allgemeine Erschütterung des Realtredits zur Folge haben könnten, muß das Gefet möglichst vorbeugen und es scheint daher unerläßlich, das Ablösungs-Kapital, wenn es in Rentenbriesen gegeben wird, nicht auf das 18sache, sondern auf das 20sache zu bestimmen, eine Erhöhung, die vielleicht nicht einmal immer ausreicht, den Berechtigten mit demieni-

gen gleichzuftellen, ber bas 18fache baar erhalt.

Uebrigens empfieht fich biefe Steigerung ber Ablöfungssumme bei Ablöfungen, bie nicht baar, fondern durch die Rentenbank geschehen, auch noch daburch, daß sie die Verpflichteten anspornen wird, alle Kräfte aufzubieten, um die Ablöfung lieber auf die für sie wohlfeilere Urt durch baares Kapital zu bewirken, was die doppelt wohlthätige Folge einer schnelleren Durchsührung der Ablöfungen überhaupt und eine Verminde

rung, ber Daffe ber auszugebenben Rentenbriefe haben wird.

Diese nothwendige Abmelchung von dem in dem Promemoria vom 10. Juni v. 3. verheißenen Bedingungen der Ablösung durch die Rentenbank hat aber zugleich die unvermeidliche Folge, daß nun auch an den andern dort aufgestellten Bedingungen nicht unverändert sestigehalten werden konnte. Entweder mußte jeht der den Berpflichteten in Aussicht gestellte Erlaß eines Zehntheils der Rente wegfallen, oder der auf 4 Procent bevoletirte Bindfuß der Rentenbriefe ermäßigt, oder endlich die auf 13ahr berechnete Dauer der Amortisations Beriode verlängert werden. Die Bahl konnte hier nicht zweiselhaft sein. Bon dem Zehntel-Erlaß durfte um deshalb nicht abgegangen werden, weil es nothwendig erscheint, durch ihn den ärmeren Berpflichteten, welche nicht im Stande sind, ihre Zahreslasten durch Baarzahlung des 18 fachen Werths derseiben mit einem Male abzulösen und die eben deshalb; selbst wider ihren Willen, an die Kentenbant gewiesen, hier aber zur allmäligen Erlegung des 20 fachen Werths derselben genöthigt werden, als Ersat für diese Er-

10

fichredung ber ihnen geftellten Bedingunnen wieberrith eine ungeneilne Erleichterung und namendlich eine folche ju gewähren, Die ihren weftith tigen Ginfluß fcon fur Die jegigen Befiger ber verbflichteten Grunbfildt, und nicht erft fur beren follere Rachtommenfchaft außert. Done bie Magfregel wurde ben neuen Gefegen mit Recht ber Bormurf gu maden fein, bag fie ben wohlhabenben Landmann boe bem minber wohlhaben Wben fo menig erfcbeint eine Ermäßigung bet Bink Den begunftigten. fußes ber Rentenkriese eine bis auf 3 / Procent zuluffig, ba bierburch Dem Berechtigten allzu große Opfer auferlegt werden würden. W blieb mithin als einziger gulaffiger Ausweg nur bie im Gefeh-Entwurf gewählte Berlangerung ber Umortifetions- Beriobe Abrig.

Dag biefe jest über 41 Jahre hinaus bis gu 56 anfteigt ift allerbings ein Uebelftanb, ber aber baburd wefentlich berringert wird, baf ber Befes - Entwurf ben Berrflichteten bie Befugnif einraumt, ju feber Belt und in ben fleinsten Summen Rapital-Abschlagezahlungen gur Amten kaffe zu leiften und bieburch ben Betrag ihrer Rente zu vermittern. Diese wohlthätige Einrichtung, burch welche Die Rentenbank für ben fich peren Kandmann zugleich bie Datur einer Spartaffe annimmt und ihm Belegenbeit und Antrieb giebt, alle feine fleinen Erfparniffe vollig toften. frei natilich anzulegen, berechtigt zu ber Goffnung, bag unter einiger-maaben gunftigen Bertehreverhaltniffen bie meiften Benten icon lange por dem Ablauf jener Sojährigen Beriobe jur Allgung gelangen werben.")

Rach Diefen allgemeinen Borbemertungen, welche gur Rechtfertie gung bes Entwurfs in feinen Sauptprinelpien Dienen werben, moge, bevor zu der Motivirung ber einzelnen Paragraphen ibbergegangen wird, bier nur noch eine furje Darfegung ber Grunbe folgen, weshalb ben Rentenbanfen ale Mittel gur Abiofung ber Borgug vor ben, wie iden aben ermabnt wurde, von manchen Soiten zu Diefem Bweit empfohirmn

Crebit - Unftalten gegeben werben mußte.

Daß in ber jegigen Beit nicht baran gebacht werben fann, Crebit-Anftalten berjonigen Urt ine Beben ju rufen, welche, wie g. B. bie in Rurheffen beflebenbe Lanbes-Grebit-Raffe, ben verpfftichteten Grunder Abern jum Bwed ber Ablofung ihrer Beallaften baare Darleben vorfitete fen, bebarf feiner Ausführung. Bei bem jegigen Stanb ber Beforte baltniffe mußten bie Binfen folcher Darlehne minbeftens auf 5 Protent

") Da es für die Beurtheilung ber Sache nicht ohne Interaffe sein wird, an erfahren, wie fich die Dauer ber Tilgungsperiode bei Beranberung ober berer Kombination ber Ablöfungebedingungen gestalten murbe, fo follen bier einige folder Kombinationen erwähnt werben.

Liebe man nicht blog ben Jehntel Erlaß fort, sondern ermäßigte uigleich bie Abfindung auf das 18fache in Rentenbriefen zu 4 Procent, so wurde die Amortifation in 32%, Jahren beendet sein.

Wollte man von bem Erlag bes Bebntels ber Rente abfteben, Die Berech tigten aber mit bem 3mangigfadien ber Rente in vierprocentigen Rentebriefen abfinden, fo wurde bie Amortifation in Al Jahren vollenbet fein, mitin fa eben ber Beit, ale wenn man nach bem Promemoria vom 10. Juni v. 3 bet Berpflichteten bas Behntel ber Rente erließe, ben Berechtigiem aber unt bos 18fache ber Rente in vierprocentigen Rentenbriefen gemahrte.

Wirbe Die Abfindung bes Berochtigten auf bas 20fache bestimmt, ber Bine: fuß ber Rentenbriefe aber auf 31, Procent herangefest, fo ware bie Daner ber Amortisatione Reviede a) bei gleichzeitigem Erlaß bes Beintete as Jahre, b) ohne ben Behntel-Erlaß aber 35 Jahre.

Meftalls werben, eine Erleichierung bes Bereflichteien trite als durch das Mestalft woder augendlicken, noch auch für die Zukunft ein. Es könnte fin jest vielmehr mur darum handeln, ob etwa solche Anftalten für den aveiliegenden Ziwell angemessener sein möchten, wie es die in den alten Browinzen destenden Landschaftlichen Creditvereine thun, zinstragende Creditvapiere (Pfandbriese) auf ihren Namen ausstellen und dieselben an die einzelmun, diesen beitretenden Grundbesterr gegen prioritäsischen am die einzelmun, diesen beitretenden Grundbesterr gegen prioritäsischen Gerbliedung der Bestandung der Angemen der biesen ausstelben, sich aber dagemen von diesen Schuldung nicht blo die Jinsen jener Rapiere, sondern in der Regel noch einen Zuschuß für die Berwaltungskosten und zuweisem auch zu einem Amordisationskonds zahlen lassen. Ein solcher Weg

Die oftprensisiese Landichaft wird, abweichend von ihren bisherigen Grundfigen fortan nach ber durch die Allerhöchte Ordre vom 4. Mai 3. 3. (Gofch-Sammlung 1840, S. 182.) ihr ertheilten Genehmigung jedes, zu einer selbstftandigen Ackewirthschaft sich eignende ländliche Grundfick, welches weindehmen Ackewirthschaft sich eignende ländliche Grundfick, welches mindehmen Schaud mit Pfamdbriefen beleihen. Diese objective Beschnung wer Wirfsamseit beworft allein schon zur Genäge, das durch dieses Infliment die projectiven Rentenbanken, welche ohne Unterschied allen, selbst den Acimses dämerlichen Grundbestinungen zur Ablösung der Reallasten

berhelfen follen, nicht erfest werben.

Beachtenswerther in Diefen Beziehungen find die Anerbietungen, weiche die schlasische Landschaft den bäuerlichen Grundbesthern jest gemacht hat. Sie will nach dem durch die Allerhöchste Ordre vom
Ik. Mai d. 3. (Geseh-Sammlung a. a. D. S. 183.) genehmigten Megulativ, solche bäuerliche Grundstüde bepfandbriesen, die eine nuthare Bodensläche von mindestens I Morgen haben und einen Gredit von wenigkens 20 Richte. rechtsertigen, also (da der Exedit bis zur Skite des Merths gegeben wird) überhaupt wenigkens 40 Athstr. werth find. Den Besthern dieser Grendbitde, wenn sie den landschaftlichen Grodit zur Abidfung ihrer Beallasten benagen wollen, bietet die Landschaft eine Summe in sogenannten "neuen landschaftlichen Pfandbriesen" bis zur wollen Schwede des gesehlich sestzukellenden Abidfungskapitals, nad zuar nach der Wahl der Darlehns-Empfänger, entweder in vierprocentigen oder in 3 %procentigen Pfandbriesen; ste fordert dagegen von ihnen

a) bie Bablung von reib. 4% ober 4% Procent jahrlicher Binfen

bet Datlebnssumme in halbfahrlichen Raten,

b) bie Radzahlung des Darlehns nach einer beiben Theilen zustehenben fechemonatlichen Kundigung,

e) bie Erlegung eines Roftenbetrages von 1/4 Procent bes Dar-

lebne und von einem Thater jur Landichaftstaffe.

Gine Amortifation ber Bfaubbriefe ift nicht in Aussicht gestellt. Bon ben 3 Procent, welche die Schuldner über ben Betrag ter Pfandbriefszinsen hinanszahlen, wird 1/2 Procent zur Ansammlung eines Sücherheitsfonds und 1/4 Procent zu ben Berwaltungstoften verwendet.

Auch Diese Amerbietungen ber schlestichen Landschaft gemahren aber bei Beforberung bes Ablofungsgeschafts nicht gleich große Bortheile,

wie od Die jest projeftirten Rentenbanten thun.

Dem Berpflichteten, welcher z. B. 56 Achir. fahrlicher Rente bet Mentenbant ablofen will, wird hierdom unter völliger Auflöfung feines bisherigen Schuldverhältniffes zu dem Berechtigten fogleich 1/1, erlaffen; er zahlt fortan der Bant nur noch 45 Athlir. oder 41/2 Precent des dem Berechtigten in Rentenbriefen von der Bant ausgestellten Ablöfungs-Rapitals von 1000 Athlir., gewinnt die Gefugniß, zu jeder Beit durch beliebige Kapital-Abschlagszahlungen auch felbst in den fleinsten Summen seine jährliche Rente allmälig zu vermindern, und wird jedenfalls spätestens in 56 Jahren von seiner Verpflichtung an die Bant

vollständig entlaftet.

Bei der schlesischen Landschaft dagegen hat ein solcher Berpflichteter, außer den Rosten der Bepfandbriefung, wenn er sich vierprocentige Pfandbriefe ausfertigen läßt, an Zinsen des (dem 18facben seiner bisherigen Kente gleichsommenden) Pfandbriefs-Kapitals von 900 Rithlr. jährlich 4% Procent zu entrichten; diese betragen zwur nur 42 Rithlr., also 3 Rithlr. weniger als was er der Kentenbank zu zhen hätte; er bleibt aber nach wie vor durch eine auch noch so lange Fortzahlung dieser Zinsen Schuldner der Kandschaft sür das Kapital, ist sechsmonatlicher Kündigung desselben ausgesetzt und kann seinerseits auch nur in diesen Fristen (und zwar mit dem Erfolg einer Zinsverminderung nur in Beträgen von 20 Rithlr.) fündigen; was aber der Hauptnachtheil ist, er wird durch den Empfang der 900 Rithlr. Pfandbriese nicht unbedingt in den Stand gesetzt, sein Schuldverhällnist zu dem Renteberechtigten zu lösen, muß vielnehr zu diesem Zwerd die Pfandbriese, zu deren Annahme an Zahlungsstatt nach dem Rennwerde der Berechtigte nicht verpslichtet ist, versausen und wenn sie, was wenigstens für die ersten Jahre höchstwahrscheinlich ist, unter Pari sein hen, die Differenz zwischen dem Cours und dem Rennwerthe baar zuzahlen.

Das Ganze ift baber ein Geschäft, welches, abgesehen von ben bamit verbundenen Weitlauftigkeiten ber hopothetarischen Gintragung der Pfandbriefe, mit einem für ten kleineren Landmann ganz ungeeigneten Riffto verknüpft ift, und eine endliche Entlaftung für ihn boch nicht

einmal berbeiführt.

Mag daher die Erweiterung der landwirthschaftlichen Creditvereine und die Aufnahme der bäuerlichen Grundfluck in dieselben in anderer Beziehung immerhin sehr nüglich und heilfam für die Lettern sein und deshalb jede Beförderung Seitens der Staatsregierung verdienen, Bebufs der Ablösung der bäuerlichen Reallasten dagegen wird diese Rittel nie einen gleichen Nugen leisten, wie die in dem vorliegenden Gese-Entwurf projektirten Rentenbanken. Ueberdies erschielt dafselbe schalb für diesen Zwed minder praktisch und durchgreisend, well einmal nur in den öftlichen, nicht in den westlichen Provinzen Pfandeinmal nur in den öftlichen, nicht in den westlichen Provinzen Pfandeinmal nur in den öftlichen, nicht in den westlichen Provinzen Bfanderiese Greditvereine bestehen und weil ferner der Staat weder diesen Bereinen die Mitausnahme der dauerlichen Grundbestzer gebieten, noch auch diese Letzteren, wenn sie wirklich Pfandbriese auf ihre Stellen ausgenommen und erhalten haben, dazu zwingen kann, dieselben gerade nur zur Ablösung ihrer Reallasten zu verwenden.

2. Grunde ber Agrar-Commiffion. Der Gefet Entwurf, betreffent bie Ablöfung ber Realiaften R.,

enthalt die Bostimmungen, nach welchen in Zufunft die auf bem Grundbestis haftenben bringlichen Lasten ohne alle Ausnahme in seste Gelbrenten verwandelt werden sollen. Hierdurch allein wird jedoch das von allen Seiten als dinglich bezeichnete Bedürfniß, nämlich:

bas bestehende Abhängigkeits = Verhältniß ber Abgaben = Bflichtigen zu ben Empfangs - Berechtigten und zwar möglichst schnell bergestalt zu lösen, daß sie, sobald die Auseinandersesung erfolgt und die Rente sestgestellt ift, in gar keine weitere Berührung mit

einander fommen,

Benn ferner der §. 64. des Gefes-Entwurfes über die Ablösung der Beatlasten z. darauf hinweist, auf welchem Wege sich der Bstichtige von der auf ihm ruhenden Last der Rentenzahlung für immer deferden fann, so mußte die Gesetzebung noch Mittel und Wege aussindig zu machen suchen, mittelst welcher es dem Verpflichteten möglich gemacht wird, sich seiner Verpflichtungen innerhalb bestimmter Zeitzümme völlig auch dann zu entledigen, wenn es ihm beim Abschluß der Auseinandersehung an dem nöthigen Gelde sehlt, die Vaarzahlung des Ablösungs-Kapitals zu bewirfen, zugleich aber auch dem Verechtigten die gewisse Aussischt zu verschaffen, innerhalb bestimmter Fristen den

Soaren Rapitaldwerth feiner Renten unverfürzt zu erhalten.
Die Erreichung dieser Zwecke hat sich der vorgelegte Gesetzentswurf, betreffend die Errichtung von Rentenhanken ze., zum Ziel gesetzt. Bach dem diesem Entwurf zum Grunde liegenden Hauptgedanken soll durch in jeder Provinz zu errichtende Rentenhanken die Ablösung der im feste Geldrente verwandelten Reallasten, insofern sie nicht durch so-

fortige Baarzahlung erfolgen fann, baburch bewirft werben:

baß die Banken dem Berechtigten gegen Ueberlassung der Gelderenten für das zu deren Ablösung erforderliche Kapital durch ginstragende, allmälig zu amortistrende Schuldverschreibungen (Mentenbriefe) absinden; die Renten dagegen von dem Pflichtigen so lange fortbeziehen, als dies zur Zahlung der Zinsen an die Berechtigten und zur allmäligen Amortisation der Rentendriefe erfarderlich wird, mit der Bollendung der Amortisation aber jede weisere Berbindlichkeit der Pflichtigen zur Kentenzahlung aufhört.

Damit follen nun aber noch außerbem bem Bflichtigen Mittel geboten werben, so viel in seinen Kraften fteht, auf die Abfürzung ber Amortisfations-Beriobe felbst einzuwirten, und es foll bemfelben biernach

fraifteben:

während dieser Periode außer der von ihm zu entrichtenden Mente, zu allen Zeiten Kapitalzahlungen in jeder beliebigen, wenn auch auf ein Minimum beschränften fleinsten Summe zu leisten, sonach die Bankanstalten als eine Art von Sparkassen nebenbei zu benutzen und hiernach den Zeitpunkt, von welchem ab er gar keine Renten mehr zu zahlen hat, nach seinem Belieben schneller herbeizuführen.

Jede Einrichtung nun, welche diefes Biel auf dem einfachsten, sichersten und schnellften Wege zu erreichen firebt, wird als das zwedmäßigste Mittel betrachtet werden muffen, durch welches der oben bezeichnete Zwed erlangt und herbeigeführt werden fann, und die Commission hat hiernach zusörderst die Frage zur Berathung gezogen: "ob de Gerichtung von Meutenfenten; wie fie nach ben teurgelegten Gefetz-Entwurfe eingerichtet werben follen, ban richtigeund empfehlenswerthefte Mittel zum Erreichung jener Jwockebarbiete,"

ober

"ob andere noch zweitmäßigere Einrichtungen empfohlen werben tonnen?"

Schon in ben vorgelegten Motiven ju bem Geleb. Entwurfe ift

es hervorgehoben:

daß es beim ersten Anblick am natürlichten erscheinen könnder und ausveichend sein würde, den Pflichtigen nur Getegenheit zu verschaffen, auf ihre Grundfliche hypothetarosche vorzänsliche Darleben dergestredt zu erhalten, um mittost derfelben dem Anwitolsten ihrer Reallasten den Gerechtigton gegenüber witt einemwase abzulösen, und hierzu entwoder die in einzelnen Populingen schon vorhandenen Credit-Anstalten zu benugen, abzu andere ähuliche Credit-Auskalten für den bönerlichen Grundsbestig zu errichten.

Du bent, was fich aber hiergegen nach ben gebachten Meetiven fa-

gen läft, wurde noch Frigendest angeführt:

Wenn von einer Seite rorgeschtagen worden, daß im deufenigem Provingen, in welchen beveits landschaftliche Credit-Ankalten bestehen, die Ablösung der Reallasten ohne Weiteres dadurch bewist werdem foder "daß Assandbriefe auf höhe der Abliquegasummen in dem Spoothedens buche des berechtigten Guted abgeschieden und auf das Spoothedens Buche des verpflichteten Grundstädt übertrugen werden," so stehe dem, abgesehen dason, daß dieser Module nicht durchweg untwende der sin würde, das wesentliche Wedenfen entgegen, das den Riahrdbriefe Indoore eine Speeide Spoothes Wedenfen unter leebertrugung der Riandbriefe von den devertitigten Güten auf die verpflichteten Grundstäde, eine Cimwilligung der Phiandbriefe zuhaben der eine Klindigung der Betrospraden Phiandbriefe vorwusgehen mäßte. Operationen, die, twenn sie auch überhaupt durchlichen som sollten, doch sohr wektäuftig sein dürften und mancherlei Berwicklungen herbestühren wärden.

Man hat ferner vongeschlagen, neu ju Preivende bauerliche Mfandbriefe unter ber Berpflichtung bes Berechtigten, Diefelben nach ihrem

Rennwert angunehmen, als Abloftmadmittel gu benugen,

Dies würde indessen wesentlich nichts Anderes sein, als mas auch burch bie Mentenbriefe bezweckt wird, und wenn nun zu auchgem seiz, ,, daß die Errichtung von Rentenbanken sowohl dem Pflichtigen als bem Berechtigten Dwitheite gewährten, welche Credis-Institute spur ganzem Natur nach nicht gewähren konnten," so werde man fich unbedingt pier erstere entsichetben milisen.

Diese Borthelle beständen aber fin die Pflichtigen darin, daß niemald das Ablöfungs-Kapital von ihnen geserbert werden dürse, ihnen eine gewiffe Aussicht auf Amerisation ihrer ganzen Schuld gewährleistet werden könne und ihnen die möglichsten Geleichterungen für ihre Einzahlungen und schnellere Tigung ihrer Schuld burn die Rentenbanken

zu verschaffen find.

Anf der andern Seite fei es burch die Mentenbanken mitgelich, daß die Berocheigten innerhalb bestämmter Friffen ihre gange Abstina bung auf einmal exhielten, Die Berginfung ber Rapitalswerthe bis babin ihnen ficher gestellt werbe, und endich, was nicht boch genug angeschlagen werben könnte, das gange Berhältniß zwischen ihnen und ben Pflichtigen auf einmal und vollständig gelöß werbe.

Alles Diefes fei burch Eredit-Imftitute febon um besbalb nicht au erreichen, weit hierbei ber Pflichtige nicht blos Schulbner ber Rente, fonbern Schuldner eines Rapitale werbe, jur Gingebung eines folden Schuldverhaltniffes aber wider feinem Bilfen burchaus nicht genöthigt werden toune. Ermige man endlich, daß bereits Erfahrungen, wie fie im Königeeich Sachfen und bei ben Tilgungs-Raffen in ben Rreifen Paberborn, Buren, Barburg und Garter, ferner in ben Rreifen Beiligenftadt, Dauflaufen und Borbis, fowie bei ber wittgenfteinschen Tilgunge - Raffe gemacht worden, nur ju Gunften ber Rentenbanten bredgen, fo muffe man ju ber Hebargeugung gelangen:

baß fe bas geeignetfte Mittel barboten, um Die bezeichneten Amede am ficherffen ju erreichen und jebe andere Ginrichtung

micht biefelben ober noch größere Bortheile gewährten.

Aus Diefen Grunden, walche in ber Commiffton allieitig anerkannt morkon, hat fich Diefelbe bonn auch einstimmig fur bas Arincip ber Rentonbanfen entschieden und ihren weiteren Berathungen lediglich ben

vorgelegien Gefen-Entwurf gun Grunde gelegt.

Bu benifalben find jedoch bereits von mehreren Abneordneten ber weiten Rammer Abanderungs - Borichlage eingereicht und ber Agrar-Commission zur Berathung überwiesen worden, welche in ihren einzels nen Theiler, infoferm ber eine oben ber enbeue fich Geltung verfchaffent follte, von bem wefentlichten Ginfing auf Die Bauptgrundfage, auf welche ber vorgelegte Gefen Entwurf fich ftunt, fein wurden, und Die daher mit Lagterm zigleich einer forgfältigen Prüfung in der Commiffion unterlegen haben.

Diefe Manbeunge-Boufchlage lauten bahin:

Der bon bam Abgaszbueten Gattig und Benoffen:

Die Rammer wolle beschließen:

"ben Gefen-Entwurf über Die Rentenbanten nach folgenben

Grundfägen abyllandern:

1) Die Bentenbank gewährt bem Berechtigten % Bes Abfin-bungs-Rapitals in Renembriefen und % in ginslofen Rentembanticheinen, welche gleichfalls burch bie Rentenbant, jedoch nach ben Mentenbriefen, zu tilgen find;

2) ber im 5. 10. bes Gefet Entwurfd ausgesprochne Erlag von 1/10 ber Renten findet nicht fant; baffelbe wird viel-

mehr ebenfalls jur Amerijation verwandt;

3) bem Rentepflichtigen ift geftattet, Dir Rapitalzahlung gur Ablöfung ber Rante bei Der Mentenbank im Rentenbriefen jum Mennwerth ju leiften."

IL Der von bem Abgemaneten Gamanger und Genoffen:

Die Rammer wolle besthießen;

"daß pas Rentenbant-Gofet nach folgenden Gunbfagen abgean-

bert wende:

1) Die bem Fistus guftebenden Renten werben nach benfelben Grundfägen, welche fur bie Brinatherechtigten gelten, auf Die gu aprichtenbe Sand-Rantenbant übernommen.

2) Es werden von ber Land-Rentenbant bie Berrat-Berechtigten burch Rentenbriefe Lit. A., ber Fissus burch Rentenbriefe Lit. B. abgefunden.

3) Zwischen biesen beiben Arten von Rentenbriefen findet nur der Unterschied ftatt, daß erft nach gänglicher Amortisation der Mentenbriefe Lit. A. die Rentenbriefe Lit. B., welche bis dahin in den Sanden des Fistus und als außer dem Berkebr bleiben, zur Amortisation fommen.

außer bem Bertehr bleiben, zur Amortifation fommen.
4) Auch in ben Fällen, wo ber Berpfichtete Die Ablöfung burch Baarzahlung des 18fachen Betrages wählt, ift der Berechtigte den Wifachen Betrag in Rentenbriefen zu rerlangen befugt. Geschieht dies, so erfolgt die Baarzahlung des 18fachen Betrags Seitens des Berpflichteten (in defen ihm nach dem zu erlassenden Abidfungs-Gesetz zustehen der Befugniß nichts geandert wird) an die Rentenbank.

5) Es wird nur eine Rentenbant errichtet. Diefelbe hat ihrm Sig in Berlin und beren Gefchafte werben ber haupwermaltung ber Staatsschulben mit übertragen.

6) In den einzelnen Rreisen werden Bentenkaffen errichtet. Diesen liegt ob: Die Vereinahmung ber Renten- und der Ablösungs-Kapitalien, die Führung der Bentenbucher, die Kapital-Ablösung der ber Rentenbank schon überwiesenen Renten und die Vertheilung berselben bei Olemensbrationen."

III. Gin nicht gebrucker Abanberungs-Borichlag bes Abgeordneten Langer und Genoffen:

Die Rammer wolle beschließen :

"Das Gefet über Errichtung von Rentenbanten folgenbermeife ab-

1) Bu S. 16. ben Busat: "Bom 1. Ottober 1851 ab muffen jedoch alle- gur Ablösung tommenben Renten auf Die Rentenbant überwiesen werden."

2) Bu S. 22. in ber erften Belle: fatt ber Bablen "56 1/2, und 673" ju feien: 26 1/2 Jahren ober 313 Monaten *"

und 673" zu setzen: 26 //. Jahren oder 313 Monaten x."

3) Bu S. 29. statt ber ersten Zeile zu setzen: "Diese Absindung (S. 28.) wird zur hälfte in verzinslichen Rentenderen nach beren Nennwerth, zur zweiten hälfte in und verzinslichen Renten-Ablösungsscheinen, in Appoints pu. 1, 5, 10, und 25 Rithr., welchen gleiche Rechte wie den Kaffen-Anweisungen zuerkannt werden, und x."

4) Bu S. 38. folgende Faffung anzunehmen: "Der Ueberichus von 2½ Procent, welchen die Rentenbanken badurch ets halten, daß sie %, der vollen Rente, also 4½ Procent der ganzen Ablösungs-Rapitalssumme einziehen, Letztere aber nur zur halfte mit 4 Procent einziehen, muß unvermindert zur Amortisation der Rentenbriefe verwendet werden."

5) Bu S. 40. ben Busat bingugufügen: "Rachdem biernach in 15 Sahren fammtliche verzinstliche Rentenbriefe ausgelooft find, kann die Rentenbank aufgeloft werben. Die volle Rente wird bann nach 11 1/1. Jahren an die Staatstaffe eingezahlt, durch welche für ben vollen Betrag unverzinstliche Renten = Mblifungeficheine eingezogen und unter gleicher Rontrolle, wie die Staatsschuld, vernichtet werben. Ift bie gange Summe eingezogen, fo bort die Zahlung ber Rente gang auf."

Die in ben Abanderungs-Antragen bes Abgeordneten Elwanger und Genoffen unter Rr. 1. 2. 3. und 5. gemachten Borichlage muffen

bon felbft auf Die Erörterung ber Borfragen führen:

a) Db ber Errichtung einer Central-Rentenbant für ben gangen Staat in Berlin ber Borgug vor ber Einsehung von Brovingials Rentenbanten, wie ber Gefet Entwurf vorschlägt, zu geben fel, und

b) ob die Domainen-Einsaffen, welche Renten an ben Domainen-Fisfust zu entrichten haben, gleichfalls und zwar besonders um beshalb zu den Rentenbanken heranzuziehen sein wurden, um die von jenen einzugabienden Amortisations-Beträge zunächst zur Tilgung ber Rentenbriefe ber Privat-Grundbesitzer zu verwenden.

Beide Fragen ftehen nach ber eigenen Unficht bes herrn Antragftellers infofern miteinander in Berbindung, als berjenige Zwed, welcher bei einer bejahenden Beantwortung ber zweiten Frage erreicht werden foll, am ficherften und einfachsten nur burch Errichtung einer Central-Rentenbant erlangt werben fonne, und es wurde hiernach beantragt, über

biefe zweite Frage zuborderft Beichluß zu faffen.

Bur Bertheibigung des Verlangens, daß die zur jährlichen Amortifation von sammtlichen Rentepslichtigen, ohne Unterschled, ob dieselben an den Domainen-Fissus ober an Privatgrundbesitzer Rente zu entrichten hatten, an die Rentendanken zu zahlenden baaren Veträge znvörderst zur Amortisation der für die Privatberechtigten auszufertigenden und mit Lit. A. zu bezeichnenden Rentendriese verwandt und erst nach gänzlicher Tilgung die siskalischen Lit. B. zu bezeichnenden Rentendriese zur Amortisation gelangen sollen, wurde angeführt:

Es muffe jedes Mittel erwünscht scheinen, welches bazu biene, um swohl im Interesse ber Rentenbriefdempfänger, als auch im allgemeinen Interfe bes Staatderedite, den funftigen Cours der Rentenbriese auf Bari oder hoch wenig darunter zu beben, da einmal die Ungemeffenheit der Abfindung der Berechtigten mit davon abhänge, wenn sie genöthigt wären, Rentenbriese vor ihrer Ausloosung in baares Geld umzusehen, der Staat aber die Garantie für die Rentenbriese übernehmen solle.

Der gemachte Borschlag biete nun gewiß ein solches Mittel bar, benn mabrend auf ber einen Seite die Laften der Berpflichteten bei Ausführung besiehen auch nicht im Mindesten vergrößert wurden, da fie unter allen Umftänden nur die festgestellten Rentenbeträge mahrend einer und brielben Amortisations Beriode an die Rentenbant einzugablen hatten, so erlangten auf der andern Seite die Brivat-Rentenbriesbesther ben gewiß erheblichen Bortheil, daß sie mit Sicherheit darauf rechnen können, um eirea 16 bis 20 Jahr früher in den baaren Besty ihrer Abidsungs-Rapitalien durch Ausloosung der Brivat-Rentenbriese, als dies nach dem Gese-Entwurf überhaupt möglich sei, zu gelangen.

Es werde nun nicht in Abrede gestellt werden können, daß eine Overation, mittelft welcher fich fur die Brivat-Rentenbriefe die Aussicht eröffne, in der möglichst fürzesten Frist zur Ausloofung und Realistrung durch Baarzahlung zu gelangen, auf ihren Cours wesentlich einwirke und

ju ber Saffmung berechtigte, für fie ben Rennterth auf bem Gelbmarfte

An arreichen.

Aber auch im fistalischen Interess erscheine ber Werschlag vortheilhaft, da Fistus dann nicht genöthigt sein wurde, die einzehenden Baarzahlungen vorzugeweise zum Antauf 3/4 pracentiger Staatsschutbischeine zu verwenden, dielwehr um so länger im Genuß A Procent tragender Rindunbriefe bleibe, dis diese durch Auchoofung nach ihran vollen Niennwach zum Realisation tänen.

Entscheibe man sich aber für biefen Borschlag, bunn sei auch eine Vereinigung ber gesammten Mentendomkägeschäfte in einer Gentralbank ensorderlich, weiß nur dann es möglich set, die dunch jene Operation beabsischie Begünstigung der Privat-Reutendusses für alle Provinze des Staats verhältnis und gleichmäßig dunchgulühren, es werde auch die gesamnte Benraltung dadunch wesentlich vereinsache, wund nach Monteliation der Privat-Reutenberiese, könnten dann stummtide bis zum Abinal der Stigungsperiode noch kunsenden Renten mer haupverwaltung der Staatsichulben überwiesen werden.

Gegen biefe Busführung wurde jedoch eingewendet:

Es fonne von vanherein nicht unbedingt zugegeben werden, das burch eine denartige Einrichtung so wesentlich auf den Cours der Poliusbertenbriese und seine Hebung werde eingewicht werden kunen; bei dem Spsten der abhährlichen Ausborjung einer bestimmten Anzuhr von Mentensbeisen sei es für die Bestiger versetben völlig ungwohf, ob ihre Bentundrich in den nächsten Jahren oder erst nach einer 30- bis Stifatrigen Periode zur baaren Ausgahlung gelangen würden, schwe deshalb woor gerindrüber,

ob biefe Beriode auch noch eiwas langer bauere.

Der Geners salcher Napiere werde wohl vornämlich burch die Sicherbeit des Unterpfandes, wordus fie bastr seien, dutch die Giche der Imsen, welche sie gewährten, die prompte und sichene Zahlung ber Legaum, besonders aber auch dadurch bestämmt, ob sie vorandsubstächt in der Mehraubl in selbe Gände übergeben und weniger ein Gegenstand des weckstwoden Bereichts auf dem Geldmarkt sein würden. Bei der großen Sicherbeit, welche den Mentendriesen durch den Gesegnstung derselben unt Albert einer Garuntie des Staats und einer Berginfung derselben unt Albert eine, könne unt großer Wahrschielichkeit voransgesigt wenden, das sie sein solles Appier werden dürften, welches in sesten, das sie sehe hald ein solles Papier werden dürften, welches in seste Sand best gehen wird, zuwol ein sehr großer Theit dieser Rentenkvies zur Deposition und nicht in den öffentlichem Rersehr kammen wird.

Muß bied aber nach ber ganzen Sachlage angenommen werden, dann durfte as für den größten Theil der Acutenbriefd-Inhuber wälle schenswend feine, so lange als möglich in dem gesicherten Ziestgenuf von 4- Puscent zu verbleiben, und gerade die Lingere Amostisations-Periode

würde von ihnen vorgezogen werben.

Mothen aber auch alle diese Boranssetzungen, weil fie eben mit seiche find, für die Zufunft nicht zutreffen, so fländen bodd bem genachten Vorschlage die Bestimmungen der Vorwednung vom 17. Januar. 1800 wegen der fünstigen Behandung das gefammen Staatsschusbenwesens Sobses Saumlung per 1820, Nr. 2. Fal. 9.) geradige emigegen:

In dieser sei muter Na. VII. unzweibeutig mivilich bestimmt: Int rezeintäßigen Berginfung und Tilgung (ber Startsschulden) überweisen wir hiermit: 1) Die fammikichen Domainen- und Fouft - Revennen mit Mudficht

auf die Befimmungen ju IAL.;

2) ben Erlos aus ben von jest ab nur gegen baares Gelb zu bewira kenden Berkäufen won Stuatsgutern ober Ablösungen won Domanigl = Renten, Erbpachtegelbern und andern Grundababen, Binfen, Behnten, Dienften ze, und

3) bie Salgrebennen, fo viel beren gur ausreichenben Ergangung bes Staatsichulben. Tilgungstoffenbebarfe erforbert wirb.

Die Einzahlung Diefer Fonds geschieht von ben Provinzial-Kaffen under Wernntmartlichkeit der benfelben vorgeseten Beborben ohne die geringfte Berfürzung in monatlichen Raten birect an bie Staatsschule bewa-Kilgungskaffe, Bom I. Januar 1820 ab fann die Berausgabung vorftebender Intraden Seitens ber Provinzialfaffen nur burch Quittungen ber ohen genannten Raffen rechnungemäßig juftificirt werben.

Bon bemielben Beitpunkt ab fonnen nur bie bei ben nach 2. für Beräußerungen ben Staatsgütern, Ablöfungen zo. zu leiftenben Bablungen als gultig anerkannt werden, welche von der in den folgenden Abschnitten naber zu bezeichnenden Staatsschulden Berwaltungsbeborde bescheinigt

Berben.

Nach biefen Bestimmungen tonne es auch nicht im Entfernteften im Ameifel gezogen merben, bag ben Staatsglanbigern gang unbedingt

maefichere und verbrieft worden:

es folle jede gegen baares Gelb fattfindende Beräußerung von Staatsgütern ober die Ablöfung von Domanial-Renten, Erbpachtegethern und anderen Grundabachen ac. fafort und ahne Die geringste Werfürzung vom 1. Januar 1820 ab nur zur regelmä-

Bigen Tilgung ber Staatsschulben verwendet werben.

Die bon ben Domainen-Einfaffen jahrlich einzugahlenben und gur Umgetisation bestimmten Rentenbetrage und Die fouft etwa von ihnen 24 leiftenden bearen Kapitalseinzahlungen fonnten aber gar nicht anders, wie als haare Geldzahlungen für den Wegfall ihrer Grundlaften betrachtet merben, bie Stoatsglaubiger feien unboffreitbar berechtigt, ju verlangen. haß biefe Enjahlungen nur einzig und allein nach obigen gesetlichen Be-Pimmungen fafort und unverfürzt verwendet und mit ihnen weber gang noch theilmeife, auch nur für eine gewisse Beit, eine ambere Berwendung vangenommen werbe, ba fie ihnen ausbrudlich und fpeciell verpfanbet feien.

Sieran burfe im großen Intereffe best allgemeinen Staatscredits wicht geruttelt aber gebeutelt und baburch bas Bertrauen in bie Redlichfeit ber Buficherungen, welche ben Staatsglaubigern auf eine rechteparbindliche Beije verburgt worden, auch nicht im Entfernteften er-Schüttert werben, wenn auch bie etwanigen Bortheile bes gemachten Barichlages noch evidenter nachgewiefen werden fonnten, als bies bis jest, wa biefe Bortheile minbeftens zweifelhaft maren, geschehen fet.

Ge fei baber die Tilgung ber Domainenrenten mit benen ber Pris vahrenten nicht zu vermengen, vielmehr bie Amortisation beiber, wie bies

im. Gefen . Entwurfe gefcheben, auseinander zu halten.

Diefe Anfichten wurden auch von bem in ber Commiffion anwelen-ben herrn Finang-Meiniften und ben hernen Commissarien best laubwirthichaftlichen, Minifteriums, auf bas. Entschiedenfte vertreten und bie Extlarung abgegeben .. daß, die Regierung aus den vorentwickelten Grunben fich bem gemachten Banfchlage nicht anschließen toune.

Die Commiffion hat hierauf bie unter Rr. 1. 2. 3. enthalunen Antrage bes herrn Abgeordneten Elmanger mit 18 gegen 6 Stimmen abgelehnt und empfiehlt ber Rammer:

"bie Beibehaltung bes in bem Gefet - Entwurf in Diefer Begiehung

aufgeftellten Brincips."

Der gedachte Gerr Antragsteller hat nun zwar seinen unter Rr. 5. gestellten Antrag wegen Errichtung einer Land-Rentenbant zuruchgezogen,
indessen ift berselbe anderweltig aufgenommen und sonach die oben sub a.
bezeichnete Frage noch einer weitern Erörterung unterworfen worden.

Bur Die Errichtung einer Central=Rentenbant mit ben erforberlichen

Filial-Inftituten in ben Provingen wurde angeführt:

Ebenso, wie ber Gefes-Entwurf über bie Ablösung ber Reallaften allgemeine Brincipien und Grundsate für ben ganzen Staat aufftelle und bie verschiedene für einzelne Provinzen bestehende Gesezgebung biefer Richtung beseitige, baburch aber mit darauf hinvirte, die provinziellen Unterschiede zu verwischen, so murbe auch eine Central-Rentenbant buzu beitragen, das noch bestehende gespannte Berdältniß zwischen Berechtigten und Berpflichteten sehr bald ganzlich verschwinden zu machen.

Es fonne nicht fehlen, daß in einzelnen Landestheilen die Rapitalszahlungen schneller und in größern Maffen eingehen murben wie in anbern. Die Rentenbriefe berjenigen Banten, welche schneller amortistren, wurden schneller im Course steigen, mabrend berfelbe bei ben langjamer

amortiffrenben Banten gurudbleiben wurbe.

Rentenbriefe beffelben Rennwerths wurden baburch in ben verschiebenen Brovingen zu verschiedenen Breisen zum Berkauf gelangen und bie Berechtigten in ber einen Berlufte erleiben, mahrend bie ber andern

gewinnen.

Nur durch eine Central-Rentenbank könne ein möglichst gleichmästiger Cours sammtlicher Rentenbriefe erzielt werben, durch eine solche allein ware die Amortisation in der Art durchzuführen, daß die dis zum Schluß des halbjahres eingezahlten gesammten Ablösungs-Kapitalien nach Verhältniß des Rennwerths sammtlicher von den Filialbanken ausgegebenen Kentenbriefe auf die einzelnen Provinzen vertheilt und in jeder ein entsprechender Theil der Rentenbriefe zur Ausstochung gebracht werde; den Filialbanken musse dagegen die Ausstellung der Letzern, die Annahme der Kenten und Kapitalien, so wie die Realisation der Condons, überlassen bleiben, dergestalt jedoch, daß sie nur Organe der Condons, überlassen bildeten, von Zeit zu Zeit ein Verzeichniß der ausgegegebenen Kentenbriefe, ihres Kennwerthes u. s. w. einsendeten und diesienigen Kapitalien, welche nicht zur Bezahlung der Coupons erforderlich sind, einsendeten.

Endlich fei zu erwägen, daß es einer in Berlin bestehenden Gentral-Rentenbant viel leichter werden wurde, Gelber auf furze Beit vortetbeilhafter zu benuten, wie in einer Provinzialftadt, daß ferner die Roften beträchtlich geringer ausfallen wurden, als bei der Errichtung besonderer Brovinzial-Rentenbanten, und es endlich wohl ausführbar fein durfte, die Berwaltung ber Central-Rentenbant der Sauptverwaltung

ber Staatsschulben als ein Rebengeschäft mit gu übertragen.

Diefen Ausführungen wurde jedoch andererseits entgegengesett: Wenn die gesammten Geschäfte, welche durch die Ueberweifung und Amortisation aller im Staat bereits bestehenden und in Folge des neuen

Ablofungagefebes noch zu freirenben Ablofungerenten nothwendig entftehen mußten, in einer Central-Beborbe vereinigt werben follten, fo werbe bei bem großen Umfang berfelben und ber Ausbehnung bes Staates ber Befchaftegang in Bezug auf Die Uebernahme ber Renten auf Die Bant ein außerordentlich fchwerfalliger und zeitraubender werden, ohne daß man fich babon wirfliche praftifche Bortheile fo wenig im Intereffe ber Berechtigten ele ber Berpflichteten verfprechen fonne.

Bur die überwiegende Debrzahl ber Pflichtigen werbe für jeden Einzelnen ein befonderes Conto bei ben Rentenbanten gu führen fein und baburch, wenn bies bei ber Centralbant gefebeben follte, ichon allein ein fehr gablreiches Berfonal für blefe erforberlich werben, fo bag, gang abgeseben bavon, bag bie Sauptverwaltung ber Staateschulben eben aut andschließlich mit biefer betraut ift, eine Bereinigung ber Berwalstung ber Gentral - Rentenbant mit biefer nicht ausführbar erfcheine.

Sollten aber die Sauptgeschäfte von ben Filialbanten in ben Browingen und namentlich von Diefer auch die Buhrung ber Specialfontos beforgt werben, bann murbe eben biefe mehr ober weniger bie Stelle bon Brovingial-Rentenbanten vertreten, und es fei fein burchgreifenber Grund berhanden, warum ihnen bann nicht auch noch bie Ausloofung

ber zu amortiftrenden Rentenbriefe übertragen werden folle.

Db und inwiefern eine gleichmäßige Amortisation aller Rentenbriefe im gangen Staat auf beren Cours einwirfen werbe, fei minbe-Rens nach bem, was bereits oben bei Wiberlegung bes erften Antrags ausgeführt worben, zweifelhaft, und wenn zugegeben fei, bag bie baaren Einzahlungen in ben einzelnen Brobingen febr berichiebenartig quegefal-Ien und banach Die Löfung ber gangen Berhaltniffe in ber einen fruber, in bet anbern fpater eintreten fonne, fo fei boch grabe bierbei bie Rothe wendigfeit einer Ausgleichung im ganzen Staate nicht einzusehen.

Ueberhaupt burfe die Anficht nicht festgehalten werden, daß man ben Rentenbriefen ben eigentlichen Charafter ber Staatspapiere beigulegen habe; ber Staat fichere nur beren regelmäßige Berginfung und Amortifation, im Uebrigen aber blieben fle im Befentlichen Schuldrerfcreibungen ber Rentenbanten in ben einzelnen Brovingen, ben einzel-

nen Berechtigten in benfelben gegenüber.

Es fei baber auch nur billig und gerecht, baf bie etwanigen Bortheile, welche durch größere Baarzahlungen in der einen Proving gegen die andere entfteben mochten, ben einzelnen Betheiligten in Diefer Proving allein zu Gute samen, gang befonders aber ericheine es nicht gerechtfertigt, daß man burch ein folde Centralisation Die in ben Brovingen cirfulirenden Geldmittel wieberum mehr in ber hauptstadt vereinigen wolle, mahrend man noch in neuefter Beit burch Errrichtung von Filial-Unftalten ber Sauptbant in Berlin, für eine erleichterte Cirfulation bes Gelbes im allgemeinen und wohlverftandenem Intereffe bes Bertehre und Sanbele in ben Provingen gesorgt babe.

Gine mefentliche Roftenersparnig fei auch burch Errichtung einer Gentralbant mit einer großen Menge von Fillal - Anftalten nicht zu erwarten, und unter allen Umftanben fei eine einfachere und zwedmäßigere Abwidelung ber Sache burch Die Einrichtung von Provinzial-Rentenbanten eine Erleichterung bes Berfahrens für alle Betheiligten und ein rafcheres und fcnelleres Bufammenwirten ber Auseinanderfebungs - Beborben mit ber Bermaltung ber Provinzial-Rentenbanken zu hoffen.

Die Bertreter ber Meglerung fraten Diefen Anfthien Durchweg Bet und führten ausbruttlich an, daß gerabe biefer Begenftand ber forgitt. tigften Erwägung in allen Beglebungen bei ben Borbernthungen übet ben Gefeg. Entwurf unterlegen habe und Geftens ber Regierung man bie Errichtung von Brovingfal-Rentenbanten, ale allen Intereffen befonbere entsprechend, nur befürmorten fonne.

Der Antrag ber Errichtung einer Centralbant ift biernach von ber Commiffion mit 17 gegen 7 Stimmen abgelehnt worben, und Diefelbe

empfiehlt ber Rammer:

"bas Princip bes Gefeb-Entwurfes in biefer Beziehung aufrecht

zu erhalten."

Nach Beidlugnahme ber Commiffion über biefe Borfragen erfcbien es zwedmäßig, zur Prüfung ber einzelnen Paragraphen bes Gefet. Cut murfe überzugeben und an ben betreffenben Stellen bie Antrage bet

Berren Amendementefteller gur Erbrterung gu bringen. Gegen Die Ueberschrift bes Gefetes find in ber Commiffion feine Bebenten gewefen, und zwar um fo weniger, als fie bem, was barübet bei bem Ablofungs-Gefet ausgeführt worben, vollemmen entfpricht, fomit aus benfelben Grunden, wie bort bas Gefet über bie Errichtung von Rentenbanten in den auf dem linten Rheinufer belegenen Lundes theilen feine Anwendung finden fann; diefe Ueberfchrift wird baber ber

Rammer gur unveranderten Annahme empfohlen.

Wenngleich nach bem bereits Ausgeführten fich Die Aberwiegenbe Majoritat ber Commiffion fur Die Errichtung von Brodingial-Rentenbanten entschieben bat und fomit im Allgemeinen mit bem erften Alinet bes S. 1. fich einverftanden erffarte, fo wurde both barauf bingewiesen, bag in ber Rheinproving, wo überhaupt bie Thatigfeit ber Rentenbanten nur auf bem rechten Rheinufer in Anfpruch genommen werbe, nach al-Ten vorliegenden Rachrichten, verhaltnigmäßig nur noch wenige Rentenbriefe treirt werben burften und fonach es felbftrebent ber Errichtung einer besonderen Rentenbant für biefe Probing mahrscheinlich beburfen würde, für biefen gall aber es bem Grmeffen ber Bermaltung pa überlaffen fei, Die Rentenbanfgeschafte in ber Rheinproving ber für Beit phalen zu errichtenben Rentenbant mit zu übertragen.

Dit Rudficht bierauf wurde ber Untrag geftellt, bas zweite Alinea

bes S. 1. babin zu faffen:

Die für bie Rheinproving zu errichtenbe Rentenbant erftrect: ihre Birtfamteit nur auf bie auf bem rechten Oheinufer belegenen Theile ber Brobing und fann mit ber Rentenbant ber Brobing Weftphalen vereinigt werben."

Diefer Antrag fand bie allgemeine Buftimmung ber Commiffion und wird hiernach die Annahme bes S. 1. mit biefer Abanderung beantragt.

Der f. 2. wurde eine andere Raffung erhalten muffen, wenn bas in ben Antragen ber Abgeordneten Sattig und Genoffen unter Rr. &

aufgeftellte Princip:

baß entweber 1/4, wie Erftere, ober bie Gaifte bes ben Berechtigten zu gemahrenben Ablofungs - Rapitale, wie Lettere wollen, in zinstofen Rentenbanticheinen, welche jedoch erft nach ben Bentenbriefen zu tilgen find, und nur ber Ueberreft in verzinellchen Rentenbriefen gewährt werben follte,

fic Weitung verfchaft, und es mußte bafer die nichete Erönterung beffelben providerst erfolgen.

Die Abgepordneten Sattig und Genoffen finden die Begründung

ihres Borfchlages barin:

daß daburch wesentlich eine so sehr wünschenswerthe fürzere Amortisations. Periode herbeigeführt werbe, und sind der Ansicht, daß eine Bermehrung des zinslosen Papiergeldes um eina 12½ Rillionen Rihlr, weder im Sinken des Conres des Papiergeldes im Allgemeinen, noch überhaupt einen irgend wesentlichen Ginfluß auf den Credit des Staates haben werde, indem für diese zinslosen Rentenscheine ganz sichere Unterpfänder vorhanden wären und ihre Wiedereinziehung in bestimmten Friften mit vollsommener Sicherheit in Aussicht gestellt werden könne.

hierbei ift jedoch zuvörderst überseben, daß bei diesem Barschlage die dem Domainen-Fistus zustehenden Renten ganz außer Acht gelassen werben, und daß, wenn man diesenigen Pflichtigen, welche an jenen Renten zu zahlen haben, nicht schlechter in Bezug auf die Amortisationes Beriode stellen will, auch bier noch eiren 8 Millionen zinstofer Papiere

ju freiren fein murben.

Mit diesen mußten, wenn dies überhaupt aussuhrbar sein sollte, Staatsschuldscheine angekauft und diese vernichtet werden, um die das durch ersparten Zinsen zum Ersat der inzwischen ausfallenden Domainenskenten, welche mit zue Amorikation der Arlbat-Rentenbriese verwendet werden sollen, zu erhalten, wenn man nicht etwa der Finang-Berwaltung zumuthen will, den Aussall dieser Domainen-Renten zu übertrassen und die zinslichen Rentenscheine bis zu ihrer fünstigen Einziehung ad depositum zu nehmen, was aber den oben angeführten Bestimmuns gen des Gesetzes vom 17. Januar 1820 dieset widersprechen würde.

Sonad wurde icon nach biefem Borfchlage eine Bermehrung bes

sinstofen Babiergelbes von mehr als 20 Millionen eintreten.

Run ift aber weiter wohl zu bedenken, daß, wenn überhaupt biefe gindlofen Rentenbriefe einen angemeffenen Courswerth behalten follen, biefer nur dadurch mit berheigeführt werden konnte, daß ber Staat die Berpflichtung übernahme, fie unter allen Umftanden in seinen Kaffen als baares Geld augunehmen und fie erforderlichen Falls nach ihrem Nenn-

wert gu jeber Beit zu realiffren.

Eine folche Berpflichtung wurde aber von der Finang-Berwaltung auf has Bestimmtefte abgelehnt und dabei von allen Seiten hervorgestoben, daß eine folche ungemeine Bermehrung des zinstofen Papiergeldes mit den gesammten Staatscredit und den Werth des schon jest vorhantenen Papiergeldes hächst verderbilch einwirfen werde und am wenigsten bei den jetigen politischen Justanden des Landes zu empfehlen sei; da nur zu leicht Momente eintreten könnten, wo die baaren Geldmittel des Staats nicht ausreichen dürften, um dem Andrange zur Realistrung der zinstofen Papiere zu genügen.

Alles Diefes fieht aber in noch bei weitem vergrößertem Maabftabe bem Antrage ber Abgeordneten Langer und Genoffen entgegen, und biefe Antrage haben baber auch in ihrer Commiffton von keiner Seite

eine lanterftatung gefunden, vielmehr beantragt Diefelbe:

"bie unbebingte Bermerfung berfelben, banach aber bie unberanberte Annahme bes §. 2." Sollen überhaupt bie Bentenbanken ihre Bestimmung vollftanbig erfüllen und die Rentenbriefe einen möglichst gesicherten, bem Rennwerth antsprechenden Cours erhalten, fo find die im S. 3. enthaltenen Bestim-

mungen unerläßlich.

Auch wird nach ber allgemeinen Anficht ber Commiffion bie barin ausgesprochene Staats-Garantie für die Erfüllung der den Rentenbansten ausgestegten Berpflichtungen besonders nur eine moralische Wirfung haben und nicht zu befürchten sein, daß bei den Bestimmungen des S. 18. des Entwurfs jemals eine große Bertretung ausgesallener Renten eintreten wird, zumal auch nach S. 52. noch für ein substdiäres Mittel zur Deckung solcher Renten vorgesehen ist.

Für diese Ansicht sprechen auch die Ersahrungen, welche im Ronigreich Sachsen in dieser Beziehung gemacht worden, wo bei einer Summe von 12 Millionen ausgegebener Rentenbriese bis in neuester Beit der Rückfand bei den auf die Rentenbank übernommenen Renten nicht mehr als überbaupt 374 Athler, betragen bat, die Commission tann

baber nur bie Unnahme bes S. 3. bringend empfehlen.

Anmerkung. Den hier geltend gemachten Principien ift die erfte Kammer iberall beigetreten. Die in berfelben beschlossenen Abanderungen, welche demnachst auch von der zweiten Kammer angenommen worden, betreffen im Besseutlichen nur die Fassung einzelner Paragraphen.

Musführende Behörden.

S. 4.

Die Fesssehung ber an die Stelle ber Reallassen tretenden Gelbrenten, die Verhandlungen zwischen den Parteien über die Ueberweisung dieser Gelbrenten an die Rentendanken und die Entscheidung sowohl hierüber, als über die Höhe der den Berechtigten von der Rentendank zu gewährenden Absindung, liegt den Auseinandersehungs Behörden ob, welche nicht nur bei diesen Geschäften, sondern auch in der Folge, wenn es sich um die Frage handelt, ob und in wieweit der Berechtigte in der Disposition über die zu seiner Absindung bestimmten Rentendriese oder über die dei deren Amortisation zur Auszahlung kommenden Kapitalien durch Rechte dritter Personen beschränkt ist, den des stehenden Gesegen gemäß, die Rechte dieser Personen wahrzusnehmen hat.

Alle übrigen bei den Operationen ber Rentenbanken vorkommenden Geschäfte werden der für eine jede Provinz unter dem Ramen "Direction der Rentenbank" einzusesenden Berwaltungs-Behörde, so wie den zur Einziehung der directen Staatosteuern bestimmten Behörden nach den naheren Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes übertragen.

S. 3.

Jebe Direction einer Rentenbant besteht aus einem Director und dem erforderlichen Gulfe- und Subaltern-Berfonal.

Die Directionen ber Rentenbanken stehen unter ber Ober-Aufsicht ber Ministerien für die Finanzen und für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten; fie find ben Regierungen und Auseinandersehungs-Behörden koordinirt und führen ihre Geschäfte unter Mitwirkung und Kontrolle der Provinzial-Vertretung.

1. Motive.

Bei ben für einzelne Rreife im Baberbornichen und im Gichefelbe fchon beffehenben Tilgungbfaffen ift ben Directionen berfelben mit ber eigentlichen Rentenbant-Berwaltung jugleich bie Bearbeitung ber jeber Uebernahme von Renten vorhergebenden Auseinanderfegung zwischen ben Berechtigten und Berpflichteten übertrugen, fo bag rudfichtlich biefer. Gefchafte bie Directionen an bie Stelle ber fonft fompetenten Auseinanberfesunge-Beborben getreten find, und Lettere nur noch über bie babei portommenben Streitigleiten gu entscheiben haben. Diefe Ginrichtung gemabrt zwar ben Bortheil einer Bereinfachung und Abfürzung bes Berfabrend; fie ift aber praftifch nur burchführbar bei jenen auf einen gang tieinen Gefchaftsbegirt beschränften Inftituten, nicht aber auch bei bem gegenmartig ju errichtenben Rentenbaufen, beren jebe ihre Birffamteit aben eine gange Proving erftreden foll, und von benen einzelne, namentlich Die Rentenbanten fur Die Provingen Breugen und Brandenburg, Die Befchäfisbezirfe mehrerer Auseinanderfesungs = Beborben zugleich umfaffen merben. Bei einer folden Ausbehnung bes Befforts wurde bie Berbin-Dung bes Ablöfungs-Berfahrens mit bem eigentlichen Rentenbant-Defchaft in ben Banben ber Rentenbanf Direction nicht mehr gur Bereine: fachung, fondern nur zu Beiterungen führen, überdies aber zugleich bie machtheilige- Folge haben, bag bie Museinanberfepungs - Beborben fortan Lediglich auf Die Begrbeitung ber Gemeinheitetheilungen befürantt, von Den Ablofunge-Geschäften aber ungeachtet ber baufigen Berührung berfelben mit ben Gemeinheitetheilungen, gang ausgefchloffen wurden, mas jebenfalls ju ben größten Uebelftanben fugren konnte.

In Erwägung Dieser Grunde hat der Gefet Entwurf den auch im Rönigreich Sachsen gewählten, der Ratur der Sache entsprechenden Weg eingeschlagen und die Bearbeitung der Ablosungen bis zur befinitiv ersolgten Festigung der an die Stelle der abgelöften Reallasten tretenden seine Geldernite lediglich den Auseinandersetzungs-Behörden überlassen, dergestalt, daß den Rentenbant Directionen nur das Geschäft zufällt, jene festigesetzen Geldrenten, sofern sie nicht sofort durch baare Ravitalzahlung, sondern durch die Rentenbant abgelöst werden sollen, auf diese zu übernucktnett und die Bann weiter erforderlichen Operationen zu leiten.

Die am Schluffe bes §. 5. vorgeschlagene Mitwirfung ber Probingial-Bertretung bei ben Rentenbant-Geschäften hat lediglich ben Grund, bas Bertrauen bes Publitums zu biesem wichtigen, bie Interessen ber meiften Einwohner ber Probing so nahe berührenben Institute zu erwelten. Es burfte zu bem Ende genügen, biese Mitwirfung von Abgeordneten ber Probingial-Bertretung guf eine allgemeine Kontrolle barüber zu beschränken, daß die Rentenbank-Directionen ihren Berpflichtungen im Beziehung auf die Austrofung, Amortisution der Rentenbriefe und die gehörige Berweitung der Kaffeigester firth genögen. Die nähern Bestimmungen bierüher werden um sa nube einer besonderen Influention vorzubehalten sein, als dis seht über die Provinzial-Bertretung seloft gesehlten noch nichts festgestellt ift.

2. Die Kammern haben ben g. 4. unberandert angenommen, ben Bulfat ad S. 5. in Betroff einer Rontralle ber Bank-Berestionen burch bie

Brovingial - Bertretung aber falgent begrundet;

"Bel dem § 5. wurde von einer Seite der Antrag gestellt, im erften Alinea hinter den Worten "aus einem Director" einzuschalten:
"zwei Migliedern," welche aus der Brodinzial-Vertretung bestimmt
werden thunten, um die gruße Berantwortlichteit, welche auf der Birection einer solchen Anftalt hafte, durch den kollegfalischen Charafter derfelben mehr ficher zu kellen.

Demnächst murbe aber auch barauf hingewiesen, baß es zweitnäßig erfcheine, schon bier die Mitwhenng ber Provinzial-Bertretung mater zu präcifiren, beshalb einmal ber Antvag gestelle, statt bes Wortes "Mitwirfung" im zweiten Alinea bas Bort: "Kontrolle" zu sehen, sobann aber hinter bem Worte "Mitwirfung" die Worte: "und Kontrolle" ein-

zuichalten.

Die Commission war in ihrer Majorität ber Ansicht, baß es Sache ber aussubernben Behörden fei, barüber zu bestimmen, in welcher Art und Weife die Geschelte der Directionen der Banken zu führen seien und wodung die ihnen obliegende Berantwortlichkeit am besten sicher zu fielen under, dagegen erscheine es allerdings zweilmäßig, der Broufingist. Bertrotung bei ihrer allgemeinen Mimirkung in Bezug auf die Geschäfte der Rentendanken, zur Stärfung des öffentlichen Wertrauens in dieselben, schon im Gesche eine Kontrollo dieser Geschäfte zu sichen, und sie hat sich daher mit 14 gegen Leitungen dem letzten Abanderungsanstage angeschlossen und beantragt:

"Die Aufnahme ber Borto "und Kontrolle" hinter bem Borte. "Mitwirfung" im zweiten Alinea, mit biefer Abanberung aber

bie Annahme bes gangen S. 5."

Reallasten, welche gur Ablosung durch bie Renteubunten

Ş. 6,

Welche Realfasten zur Ablösung burch die Rentendanden geeignet find, ist in dem Gesetze vom heutigen Tage, betreffend die Ablösung der Realfasten und Regulirung der gutscherrlich-bauer-lichen Verhältnisse (Abschnitt II. Titel X., Abschnitt III. 2. 285. und Abschnitt IV. 5. 99.) bestimmt. Ausgeschlossen von dieser Ablösung bleiben außer den in dem gedachten Gesete (\$5. 53. bis 25. 65. 66.) angegebenen Reallasten auch die nach dessen Aertandung neu auferlegten Gebrenten (\$. 91. a. a. D.).

8. 7.

Ausgeschloffen von ber Ablösung durch die Rentenbanken bleiben ferner alle dem Domainen-Fistus als Berechtigten mikes henden Rentafton; in Anschung ihrer Ablösung ist im 9. 64. des gegenwärtigen Gesehes das Erforberliche bestimmt.

§. 8.

Die Uebernahme einer Rente auf die Rentendank ift erst bann zulässig, wenn sämmtliche auf einem Grundstüde hastende, zur Abkösung durch die Rentendank geeignete Reallasten in seste Geschehen, so kann so-wehl der Berechtigte als der Berpflichtete die Ueberweitsung der Geldrente an die Rentendank Behus der Ablösung verlangen, wenngleich die Auseinandersehung in Anschung der übrigen Grundstäde derselben Gemeinde nach nicht zum Abschluß gekommen ist (S. 95. des Gesess über die Ablösung der Reallasten z. vom heutigen Tage).

1. Matise

Bu S. 6. Die Motive zu diesem Baragraphen sind in benen zu bem Gesein-Entwurf über die Abstüllung der Reallasten bereits angegeben.

Au S. 7. Den dem Domainen-Fistus zu Abgaben zu. Verpflichieten sollen zwar nach S. 58. des Entwurfs in Beziehung auf die Abslösdarkeit der ihnen obliegenden Reallasten wöllig eben dieselben Anjprücke gewährt werden, wolche anderen Reallasten wöllig eben dieselben Anjprücke gewährt werden, wolche anderen Real-Prepsichteten durch das gegenswärtige Geses eingerflumt worden sind, es leuchtet aber ein, das es eine gang unnötige Operation sein wurde, wenn der Domainen-Fissus eine ihm bei der Auseinandersehung mit jenen Berpflichteten festgestelten Geldum bei der Auseinandersehung mit jenen Berpflichteten festgestelten Geldum einen den Rentenhanten überwessen und katmätig zu amortistrende Kentenbriese absinden lassen wollte, da es vielmehr viel einstigtiger zum Ist stührt, wenn diese sischen Kenten Menten unmittelbar zur Staatsschulben-Tilgung estasischen Renten unmittelbar zur Staatsschulben-Tilgung estasischen Kentenbanf-Kasse. Aus diesem Ernne sehre verrechnet werden, als des der Pkentenbanf-Kasse. Aus diesem Ernne schließus zustehenden Mealrenden von der Estischung der Kentenbanfen aus.

Bu & & Pa wird in Aufunft for beibe Abeile uon großer Erbeblichfeit feln, ob die Uebernahme der Mente auf die Rentenhant früber
oder frater erfolgt; man wird daber, obgleich der Berechtigte gegen alle Berpflichtete eines und besselben Orts zugleich provoctren nuß, doch nicht dappat bestehen kannn, das auch nur Ein Megeh zwischen ihm und sammtlichen Berpflichteten angefertigt werde, indem diesenigen Berpflichteten, wolche sich schnell mit dem Berechtigten einigen, Nachtheil badurch exleiden wurden, wenn fie den Ausgang der mit Undern entstandenen vielleicht langmierigen Prozesse abwarten follten.

11 *

2. Grunbe ber Agtar-Commiffion.

Benn ber bon ibrer Commiffion in Betreff bes S. 65. bes Gefete Entwurfe über bie Ablofung ber Heallaften gemachte Abanderungeborfolag, nach welchem

ber bort bezeichnete Ranon ober Bins auf ben Antrag bes Berechtigten ebenfalls burch Bermittelung ber Land-Rentenbanken

gur Ablöfung geftellt werben fann, Die Benehmigung ber Rammer erhalten follte, fo muß auch in bem S. 6. bes vorliegenden Entwurfs bie Allegation bes S. 65. jenes Gefetes megfallen, im Uebrigen aber haben fich segen biefen Baragraphen, sowie gegen SS. 7. und 8. im Schoofe bar. Commiffton teine Ginvenbangen er hoben, und es wird somit bie Annahme berfeiben mit ber eventuellen Begfreichung bes im S. 6. angezogenen S. 65, beantragt.

Anmetfung 1. Nach ben Rammerverhandlungen (II. Rammer 71. Sigung. Stenogr. Berichte Banb 3, & 1657. und I. Rammer 117, Sigung. Stenogr. Be-

richte S. 2720.) ift beschlossen, den S. C. so zu fassen: Stenlogt. Bezrichte S. 2720.) ift beschlossen, den S. C. so zu fassen: "Welche Reallasten zur Absölung durch die Rentenbanken geeignet sind, ist in dem Gesehe vom heutigen Tage, betressend die Ablösung von Keallasten und Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Berhältuisse (Abschnitt II. Titel X., Abschnitt III. S. 85 ") und Abschnitt IV. S. 99.) bestimmt, Ausgeschlossen von diesen der in dem gebachten Gesetze § 5. 53. 54. und 66. angegebenen Reallasten auch die nach desen Berkudung neu ausgelegten Geldrenten (§ 91. a. a. D.)" weil, nachdem in den § 5. 56. (im Entwurfe § 55.) und § 65. des Ablössungs-Gesetzes dem Berechtigten die Besugniß auf Ablösung durch Bermittelung der Rentenbansen anzutragen, beigelegt worden, die § 56. und 65. hier im

S. 6. nicht meiter expaint werden komen.
Sieraus ergiebt fich, daß der S. 6. unrichtig abgedruckt ift, indem es statt:
"(\$\$. 53. die 55., 65., 66.)" heißen muß: "(\$\$. 53. 54., 66.)"
was auch durch Bergleichung mit den Bestimmungen dieser Paragraphen be-

ftatigt wird.

Anmerkung 2. Ad S. 8. Es burfte zwechmäßig fein, bie Commifferien anguweifen, baf fie bie mit Gingelnen gu Stande gefommenen Uebereinfommen, umter Berudfichtigung bes §. 12. in Rezefform bringen und biefe alebann ohne _ Aufenthalt gur Beftätigung einreichen.

Beftstellung der Renten Behufs deren Ueberweisung die Rentenbank.

s. 9.

Wenn bet einem Ablofungs - Berfahren ber Berpflichtete erflart, von der im S. 64. des Gesenes über die Ablosung ber Reallasten 2c. vom heutigen Tage ihm gegebenen Befugnis die an die Stelle ber Reallasten tretende feste Gelbrente burch Baargahlung bes Rapital-Betrages berfelben abgulofen, feinen Ges brauch machen ju wollen, fo hat die Auseinanderfegungs Be-

^{*)} Nuch hier muß es ebenso wie im Texte bes S. 6. ftatt: "S. 85." het: Ben: "S. 24.4", weil ber im Entwurfe mit 85. bezeichnete Baragraph jest ber S. 84. geworben und bies bei bem Abbrucken bes Gefetes überfeben ift.

horbe bie Abloquing ber Gelbrente burch bie Rentenbant von

Bill ber Verpflichtete die Ablosung nach S. 64. a. a. D. burch Baarzahlung des 18fachen Betrages bewirken, der Berechtigte aber von der im vierten Saze des obengedachten S. 64. ihm eingeräumten Befugniß, den 20fachen Betrag in Rentendriesen verlangen zu können, Gebrauch machen, so sinden in solchem Falle die Vorschriften der §§. 59. bis 63. des gegenwartigen Gesets Anwendung.

In Ansehung berjenigen sesten Gelbabgaben, welche zwar zur Ablösung durch die Rentenbank geeignet sind, hinsichtlich welcher es aber zur Ermittelung ihres Jahres Betrages, anser dem im §. 65. des Gesetes über die Ablösung der Reallasten zu vorzgeschenen Kalle, keiner weitern Auseinandersehung bedarf (§§. 50. und 52. a. a. D.), kann sowohl von dem Berechtigten als von dem Berpflichteten in dem Falle der §§. 56. und 65. des Gessetzes über die Ablösung der Reallasten zu, aber nur von dem Berechtigten, auf Ablösung durch die Rentenbank dei der Ausseinandersehungs Behörde angetragen werden.

1. Motive.

Die Bestimmung, daß die Ablösung durch die Rentendank von Amthiregen erfolgen muß, sofern sich die Interessenten nicht über eine Kapital-Absindung einigen, erscheint durch die schon mehrsach erwähnte Nothwendigkeit einer schleunigen und endlichen Besinn von gegenseitigen Berechtigungen und Verpflichtungen beruhenden Verbands zwischen den Guteherren und den Verpflichteten gerechtertigt. Eine Härte für diesenigen Interessenten, welche besverseits eine Ablösung durch die Rentendank nicht wünschen, liegt in dieser Bestimmung deshalb nicht, weil ihnen freisteht, durch Verabredung einer Aabital-Abidsung, juch Esteffellung eines spätern Zahlungsterntins für das Abidsungs-Aabital die Mitwirkung vor Rentenbank auszuschließen.

geführt ift, geftellt. Dlach beriffetelei 196me Abdala Anke Kuundenungenung, bag ber mBospla, bod, gemeblerschneidereift anderbeieferdenungliche bein Bentenescheichburgungengen von der und eine Bude escheichburgungen bei bei bei bei bei bei beiten bereichte beich escheich westen der bei bei bei bei bei bei bei beich beich beich mitteliting Were Inbres Detruges" bie Borte: "außer bein in g. M. bes Ablöfungs Gefetes vorgesehenen Falle" und ferner hinter ben Worten: "als von ben Berpflichteten" bie Worte einzuschalten:

"in bein Balle bes \$. 65. bes Gefeges aber Die Abibfung ber

Redlinften uber nut ben bem Beitipfigten."

Mit biefen Bufagen wird bie Annahme Des S. B. von ber Commiffton einftimmig beantragt.

Anmerkung. Die Abanberungen im letten Abfat biefes Baragraphen find bebingt burch bie Amahme bet 33, 36. und 93. bes Ablofunge Gefebet. Der zweite Sat biefes Baragraphen ift burch bie Annahme bes 3. bb. 368 Abflings Gefebes und ber größern Bollständigkeit wegen nothwendig geworden.

\$. 10.

In allen Källen, in welchen die Ablösung ver Neinte durch bie Bentenbank erfolgt, hat der Bespflichtete nur neun Zehnihelle die ermittelten vollen Geldrente (g. 64. des Geseyes über die Ablösfang der Neallasten is. vom heutigen Tage) an die Rentendank zu entrichten. Ein Zehntheil der Rente wird demselben vom Tage thred Uederganges auf die Rentendank an erkassen.

Dem Berpflichteten steht jedoch auch die Wahl frei, ob et volle Rente oder nur neum Zehntheile derfelben kunflighin an die Rentenbank entrichten will. — Auf die Höhe der Entschädzgung des Berechtigten ist vieses aber ohne Einfluß, und es wird nur die Amöttisations-Periode der Renten dei Einzahlung des vollen Betrages abgekurzt. Bon der einmal getroffenen Wahl kann der Berpflichtete nicht wieder abgehen.

Diese dem Betpstichteten zustehende Besugniß, durch Entrichtung der vollen Rente die Amortisations-Periods abzudurzen, fällt jewich werz, wenn der Rentendant nach Borschrift des S. 20. des Geses über die Ablösung der Reallasten it. Racklichte überwiesen werden. Der Verpflichtete hat in viesem Falle noch eine besondere jährliche Rente, weiche in dem Losten Theil der Gumme der Rellästen besteht, zur Thgung der Lesteren un die Rentendant zu entrichten.

1. Gründe ber zweiten Rammer.

In bein \$. 10. ift ber Abanberungs- Dierfaffig ber Abgevirpieden Sattig und Genoffen, wie er oben unter Bir. 1. und 2. iederfich aus-

geführt ist, gestellt. Nach bemielben sollte seboch nur unter ber Boraudsehung, daß ber :Borstolog, 3/4 ber gesammen Rendunbriefe in unverziedlichen Bentenicheinen auszugeben, angenbminen würde, der ben Berpfiliboten hugbführen Erfaß von 3/20 seiner Gesammente ganz wegfallen, bundt buich Die Berbindung beiber Borfchilge eine Bertlisjung ber Ambetifatione

Beriebe von 56 1/1. Inhre auf 83 1/2 Jahre erreicht werbe.

Da die Commission bas Ansgeben unverzindsteher Kentenstheine gu befürwotten fich abifer Ganbe ficht, die Antragfieller felbik uber beide Butschies, wenn ihr Iveil erreicht werden foll, so hatte es eines nahern Eingebens auf diesen Wegfall bes Zehntet-Crisfies ver Reite nicht welter bedurft; es wurde feboch in der Commission setht ber Unitag gestellt:

"zwar nicht ben Behntel Erlaß in g. 10. gang zu freichen, wohl aber biefen Paragraph fakultutiv buhin zu faffen, baß es ber Wahl bes Berpflichteten liberluffen bleibe, ob er von biefem Erlaß Gebebnich manben ober fich zur Bahlung ber vollen Rente ein für allemal verpflichten und baburch für sich eine fürzete Amortisa-

tidht "Bericht berbefführen welle."

Bur Unterftugung Dieses Antrages wurde barauf hingewiefen, baß, wie in ben Motiven jum Gesetz-Entwurf angeführt, fich in ben Fällen, wo die Berpflichteten von bem Zehntel-Erlag teinen Gebrauch machen wollten, bei Aufrechthaltung ber übrigen Bedingungen bes Gesetz-Entwurfes, die Amortifations-Beriode ber Gesammirente um 15 // 2. Jahre ablur, und nur 41 Jahre bause.

abturge und nur 41 Jahre bauer.
Es liege nun in ber That fein ausreichenber Grund vor, warum man es nicht ber Wahl ber Berpflichteten überiaffen wolle, fich für benjenigen Modus zu bestimmen, welchen fie für ihre Interesten am entivrechendsten hielten, zumal daburch eine raschere Lösung bes gangen Ber-

halteniffes möglich werbe.

Es murbe nun war bagegen angeführt, daß bei einer solchen fakultativen Fassung des Gesehes die Geschäfte der Rentenbanken sehr vermidelte und darum noch kostspieligere werden würden, da eine doppelte Buchführung nach den verschiedenen Amortisations-Verioden nicht zu ungehen sei, daß serner besonders bei walzenden Grundküden, wenn sür die auf ihnen hastenden Renten sei dam einen eine andere AmortisationsPeriode wie bei dem andern gelte und sich solche Grundstück in der Gand eines Bestyers besänden, Verwirrungen und Verweckseinungen sast unvermeidlich sein würden und der Pssichtige sehr beld selbst nicht werde überschen können, wie er eigentlich mit seinen Verpslichtungen zur Kentenbank siehe, daß endlich dassenige, was bezweckt werden solle, auch dei der unveränderten Beibehaltung der Bestimmungen im L. A. zu erreichen sei, da es sa sedia seden Afsichtigen freistehe, alle Jahre aucher seiner selbsehenden Rente kleine Kapitalszahlungen zu machen und dadurch die Amortisations-Periode ganz nach seinem Besällen abzusützen, indem er dadurch Jahr sür Jahr seine Rente verringern und sehr dah auf einen solchen Beträng zu teduntren vermöge, daß ihm ihre gänzliche Tilgtung durch Kasinen Grundblag zu entspelben und sehneder den Zehneinschier, sie alleinige Regel sur alle Pslichtige bestubehalten oder überhaupt sur Alle dabon zu ubständirten, nicht noer verschiedene Antorisations Persoden zutusselsen.

Die Mejarität der Commission war zedes der Ansicht, daß unter teinen Umständen der Wegfall des Zehntel-Erlasses zu befürworten sei, da gerade filt eine sehr große Mehrzahl der Pistabligen viese sobiertige und bannerite, wenn ihren Weldenerung ihrer Lasten von sehr gebone Werth fein wurde und ber Abfürgung ber Antortifations- Burbabe voirgezogen werden durfte; dagegen erschienen aber auch die Ginnendungen
gegen eine fatultative Fassung bes S. 10. nicht so erheblich, als daß
nicht hierbei ber eignen freien Entschließung ber Pflichtigen ein geeigneter Spielraum gelaffen werben solle, und es wurde sonach folgender Jusich
gum S. 10. in Vorschlag gebracht:

"Dem Pflichtigen ftebt jedoch auch die Bahl frei, ob er die wolle Rente ober nur %, berfelben fünftighin an die Rentembauf enterichten will. Auf die Sobe ber Entschädigung des Berechtigten ift diefes aber ohne Einfluß, und es wird nur die Amortisations-Beriode bei Einzahlung des vollen Betrages abgefürzt. Bon ber einmal getroffnen Wahl tann ber Pflichtige nicht wieder zuruck-

· lehren."

Diefer Bufat wurde von ber Commiffion mit 18 gegen 10 Stimmen angenommen.

2. Grunbe ber erften Rammer.

3m S. 10. wurde bas erfte und zweite Alinea einstimmig angenommen, jedoch die Aufnahme eines Bufages als brittes Alinea aus folgenben Grunden für nothwendig erachtet:

In S. 9 bes Abiösungs - Gefetzes ift bie Bestimmung aufgenomment:
"Renten - Rudftande, welche ben boppelten Betrag ber jahtlichen
Rente nicht übersteigen, fonnen, insofern beibe Parteien einig find,
nach näherer Bestimmung bes Rentenbant - Gesetzes, ber Rentens
bant überwiesen werden."

Damit nun durch diese Ueberweisung sowohl die Sicherheit der Rentenbank, als die der postlocirten Realgläubiger nicht gefährdet werbe, so thin nur das Zehntheil der Rente, welches nach der Bestimmung des Vision nur das Zehntheil der Rente, welches nach der Bestimmung des Vision Alinea S. 10. dem Pflichtigen erlassen werden soll, zur Deckung Wird Alinea S. 10. dem Pflichtigen erlassen werden soll, zur Deckung Wird Kartandes nie mehr als ein Zehntel der vollen Rente betragen Kartallail Richtigen Magftände auf die Rentenbant Gebrauch macht, kann es seinball Pflichte Wägftände auf die Rentenbant Gebrauch macht, kann es seinball Pflichte Wägftände auf die Rentenbant Gebrauch macht, kann es seinball Pflichte Pflicht die Behufe frührere Amortsation zu zahfen, Millian Bentenbant ihm Antick stellen Behufe freie Zehntel absorbirt würde und nicht feit Wirftlung und Antick Wirftlicht der der Rentenbant überwiesenen Rückflandes Wirftlichte Bedahl der Kentenbant nicht verdasstelle Volle Interestie der Rentenbant nicht verdasstelle Volle Interestiel der Schalle der Rentenbant nicht verdasstelle der Rentenbant der Rentenbant der Rentenbant der Rentenbant der R

nach ber Berschrift im ersten Absatz bes 9. 64. bes Gesetes über die Ablösung ber Reallasten zc. vom heutigen Tage abgeloft wetben.

1. Motive.

Da die Renten, welche ber Rentenbank überwiesen werben, in monnatlichen Raten gezahlt werden sollen (§. 21.), so bildet 1 Silbersgroschen oder 12 Pfennige den geringsten jährlichen Renten-Betrag, welschen die Rentenbank einziehen kann, weil sonst die monatlichen Raten in Bruchpsennigen bestehen würden. Es kann also z. B. von einer vollen Jahrebrente von 2 Silbergroschen, da dieselbe nach Abzug eines Zehntheils (§. 10.) nur noch 1 Silbergroschen 9%. Pfennige beträgt, nur 1 Silbergroschen auf die Rentenbank übernommen werden; die überschießenden 1% pfennige muß der Berpflickte durch Baarzahlung des 18siachen Kapital-Betrages von 14 Silbergroschen 5 Pfennige ablösen. Betrüge die volle Jahrebrente 1 Silbergroschen 1 Pfennig, so würde dieselbe der Erlaß eines Zehntheils nur noch 11%, Pfennige betragen und also auch nicht einwal theilweise zur Ablösung durch die Kentenbank geeigenet seine

2. Grunde ber Agrar-Commiffion.

Bei bem S. 11. wurde von einer Seite bemerklich gemacht, daß in den Gegenden, wo der walzende Grundbesitz vorherrschend sei, häusig der Fall vorkommen wurde, daß bei einer großen Bahl folder Grundklice, die fich in der hand eines Bestgers befänden, auf jedem einzelnen Grundflick, die fich in der hand eines Bestger unter einem Silbergroschen baften wurden; wenn diese nun der Aflichtige alle, wie es S. 11. bestimme, burch Kapital ablösen folle, so könne er dadurch leicht in Bertgenheit gerathen. Für diese Fälle erscheine es daher als ein dringendes Bedürfnis, daß auch Renten im Betrage unter einem Silbergroschen auf die Kentenbank übernommen wurden und sonach der Antrag gerechtigt: den S. 11. ganz zu streichen.

Diefer Antrag wurde jehoch von der Commission mit 21 gegen 2 Silmmen abgelehnt, indem die hervorgehobenen jedenfalls nur sein audrahmsmeise vorkommenden Berhältnisse nicht von der praktischem Bedeutung erschienen, um die dadurch nothwendig entstehenden, auf Bruchtheile vom Silbergroschen sich erstreckenden Berechnungen und Kontosuhrungen: bei ber Rentenbank zu rechtsertigen; bagegen wurde wegen der vorgeschlagenen fabilitativen Fassung des §. 10. zur Bermeidung jedes Misperstandnisses im §. 11. hinter den Worten: "welche nach Abzug

eines Behntheils" Die Ginschaltung bes Bufages:

"Der auch ba, wo die volle Rente Der Rentenbant überwiesen wirb," für nothwendig erachtet, und die Commission beantragt mit Diesem Bufat Me Annahme bes §. 21.

S. 12.

In bem über die Ablösung ober Regulirung aufzunehmenben Rezeß find zugleich die Ergebniffe ber Auseinandersetzung zwischen dem Rentenpflichtigen und der Rentenbant (8. 10.), zwischen dem Ersteren und dem bisherigen Berechtigien (88. 11. und 17.) und zwifthen biefem und bet Rentenbant (S. 38. u. felg.) feftynstellen.

Die Rechte der Rentenbank werden von der Auseinandersfehungs-Behörde von Amtswegen wahrgenommen; der Zuzieshung der Direction der Rentenbank bedarf es daher nicht.

S. 13

Sind zur Zeit der Berkundung des gegenwärtigen Gesetes bie Reallasten eines Grundstäds bereits in feste Gelbrente verswandelt, so wird, wenn die Lehtere duch die Rentendant abges löst werden soll, über die im S. 12. gedachte Andelnandersonnng ein besonderer Rezest aufgenommen.

Streitigkeiten, welche hierbei (§S. 6. 8. bis 13.) enifichen, find in bemfelben Berfahren zu entschelben, welches gefestich bei Mblösungen vorgeschrieben ift.

S. 14.

Die über bas Berhältniß ber Betheiligten zur Rentenbank abgeschlossenen Rezesse (\$8. 12. und 13.) mussen steis von der Auseinandersehungs-Behörde bestätigt und von dieser der Direction der Rentenbank in Aussertigung mitgetheilt werden. Rutr auf Grund eines solchen Rezesses darf eine Rente auf die Rentenbank übernommen werden.

S. 15.

Der Zeitpunkt, an welchem die Rente auf die Rentenbank übernommen und wann sie jum ersten Male au dieselbe entrichtet waben foll, wird von der Direction der Rentenbank bestimmt.

S. 16.

Die Uebernahme einer Rente nuf die Rentenbank barf wur am 1. April ober am 1. Oftober geschehen.

S. 17.

Bis zu bem Zeitpunkt ber liebernahme muß, wenn bie Ausführung ber Auseinanbersehung früher eingetreten ift (5. 104 bes Gesehes über bie Ablösung ber Reallasten 2c. vom heutigen Tage) bie Rente von bem Berpflichteten uumittelbar an ben bisherigen Berechtigten entrichtet werden.

Motine

Die Bestimmungen biefer Paragraphen werben gunachft am besten burch ein Beisbiel erfantett werben.

Gebr haufig wird es vollommen, bag auf einem verpflichteten Brundfind neben einer feften Geldabgabe noch andere Renllaften haften, bie erft einet Bermundlung in fefte Gelbrente bedürfen. In folden Ballen barf nun nicht eima jene Geldabgabe vorweg und allein auf bie Rens tenbant überwitfen, fonbern es muß vielmehr gebor bon ber Auseinanberfegunge Beborbe unth bie Berwandlung ber übrigen Reallaften in Gelbrente vorgenommen und berechnet werben, trieviel überhaupt bas bes ereffende Grundftlick jährlich un fester Gelbrente noch jn entrichten fint. Dies erheifchen nicht nur die Grundfabe bes entworfenen AblofungeGefehes, nuch welchen ber Jahreswerth fammelicher Reullaften eines Grunbftinte gufammengerechnet und von diefet Summe ber Jahreswerth ber etwaigen Gegenleiftungen bes Berechtigten in Abzug gebracht were ben foll, fenbern es ericeint nuch um beshalb nothwendig, banit nicht won einem und bemfelben Grunbflud zu verschiebenen Beiten Wenten auf die Mentenbant überwiefen werben und baffelbe buber an betfchiebenen Stellen in ben Gentenreniftern vorfomme, woburch Berwirrungen und Weitidaftigfeiten herbeigeführt werben murben.

Angenommen nun, Die von bem Grundflud überhaupt noch zu enttichtenbe Inhrestente mare auf 10 Athir. 10 Spr. 10 Bf. ermittelt worden, und ber Berpflichtete batte erflart, bag er nicht bard Rapital ublofen toolle, fo mag in bent Ublofungs- Reneg gugleich mit bestimmt

werben,

1) bag ber Berpflichtete als Abisfingssumme für bie überfchießenben 10 Bf. bireet an ben Berechtigten 15 Ggr. ju gublen babe;

3) buß ber übrige Theil ber Rente, nach Ering bon 1/1, Deffetben fich auf G Riblir. 9 Sgr. ermäßige, und in monatlichen Baten Milt 23 Gge. 3 Pf. on bie Wentenbauf gu entrichten felt

8) bag ber Bebechtigte von ber Mentenbank eine Abfinbung von 306 Mihlr. 20 Sgr. (nämlich ben 20feden Betrug ber vollen Rente con 10 Rithir, 10 Sgt. nach g. 23.) und gwat 200 Ribir. in Mentenbriefen und 6 Bitbit. 20 Gar. in bantent Gelbe pt

erhalten habe (§. 29.).*) Es liegt ferner in ber Ratur ber Sache, bag bie ausgehebenen Rentenbrisfe nur gu beffimmten Terminen verginft, ausgelooft und verwilltet werben konnen, und es ergiebt fich hieraus, buf auch bie Memten ebenfalts nur in bestimmten Terminen und zwar in denfetten, in welchen ble Berginfung ber Mentenbriefe erfolgt, von ber Beneenbank Abenomaica werden fönnen.

Bened of nun auch ber Rentenbauf jur bringenben Pflicht gemacht werben knuß, Die ihr überwiesenen Renten fobato als möglich zu übennehmen, fo fange both nur the allein überfaffen werben, ben Termin wunt bied geschen tann und foll, zu bestimmen, indem Streisigkeiten ber Ghaptelen nach getroffener Festiegung bes Termind, gung unbothen gefebene Ereigniffe, reine Bufülligfeiten, worunter and eine gang unge wohntlige Saufung ber ber Remtenbant zu überweifenben Renten in

Sat ein Berechtigter von mehreren Berpflichteten verschiebene Renten ju fordern, welche zugleich der Rentenbant überwiesen werden, so ift bei der Berechnung der Befräge, die er als Absindung in Rentenbriesen und in butten Gelbe zu empfangen hat, nicht auf die für die einzelnen Renten ihm gebildverwen Absudingen, fondern vielmehr auf die Summe aller biefer Militaringen zu celten.

einem bestimmten Termin ju rechnen, es ber Bentenbank un moglich machen können, die Uebernahme ber Rente in bem von ben Bartnien ober ber Auseinandersetzungs Behörbe bestimmten Terminen zu bewirften. Es wurden hierdurch aber große Beiterungen zwischen ben Intereffenten

und zwischen Diefen und ben Beborben berbeigeführt merben.

Dagegen ift ben Intereffenten unter allen Unständen nicht zuzumusten, bis zu bem Beitpunkt, an welchem bie Rente auf die Rentenbank übersgeht, das bisherige Berhältniß unter fich fortbesteben zu laffen. Es muß ihnen vielmehr freistehen, die Ansführung der Abiöfung, oder mit andern Borsten die Entrichtung der Geldrente anstatt der bisherigen Naturalseistungen, unter sich nach Belieben oder nach Anordnung der Auseinsandershungs Behörde eintreten zu laffen.

Wenn alfo, um bei obigem Beispiel stehen zu bleiben, nach ber Bereinigung ber Austeien ober burch Entscheidung ber Auseinandersetzungs-Behörde ber Ausführungs-Termin auf ben 1. Januar 1850
festgestellt worden ware, so wurde in den Rezes noch mit aufzunehmen sein:

4) daß die Naturalbienfte, Präftationen ober sonstigen Leiftungen am 1. Januar 1850 aufhören, an diesem Termin die Ablösungesumme für die überschießenden Pfennige mit 15 Sgr. zu entrichten und bon diesem Tage ab bis zur Uebernahme der Rente Seitens der Rentenbant die volle Rente mit 10 Athlr. 10 Sgr. direkt an den

Berechtigten zu entrichten fei.

Würde dann der Rezest der Rentenbanf z. B. im Aufang des Monats März 1850 zugehen, so würde es kein Bedenken haben, daß die Kentenbank die Rente noch am 1. April übernehmen und den Verpflichteten, sowie den Berechtigten vorher hiervon noch benachrichtigen könnte. Würde ihr dagegen der Rezest erst in den letzten Tagen des März zusehen und die Uebernahme der Rente zum 1. April nicht mehr möglich sein, so würde sie erst am 1. Oktober erfolgen können und bis dahin die volke Kente von 10 Athle. 10 Sgr. für % Jahre mit 7 Athle. 22 Sgr. 6 Bf. direkt an den Berechtigten entrichtet werden müssen. Dieses Verfahren sindet auch im Königreich Sachsen statt und hat sich bort als durchaus zweckmäßig bewährt.

Haften auf einem Grundstücke nur feste Gelbabgaben so scheint es auf den ersten Blick, als könne die Einmischung der Auseinanderssesungs-Behörde gänzlich unterbleiben. Allein auch in diesem Fall ist der Prüfung, ob die Geldabgabe zur Ablösung durch die Rentendankt geeignet, ob wirklich keine andern durch die Rentendanken ablösdaren Realitäten neben den Geldabgaben auf dem Grundstück haften, fermer die Prüfung der Legitimation der Interessenten und die Wahrnebunung der Rechte britter Bersonen undedingt ersorderlich. Diese Geschäftet geboren jedenfalls zum Kessort der Auseinanderseungs Behörde und müssen vor Ueberweisung der Rente auf die Rentendant zur Erörterung demmen. Da hiernach die Wirssamstell der Auseinanderseungs Behörde und wich die Geldabgaben nicht entbehrt werden kann, so ist es gerechtsertigt, das Versahren bei diesen dem Versahren bei andern Reallasten anzupassen, was um so weniger ein Bedenken haben kann, als dadurch keine Weiterung entsteht, sondern in der Regel die Verhandlung ist wieden zwichten vor Versahren von der Versahren von der Keine Weiterung entsteht, sondern in der Regel die Verhandlung ist wieden zwichten von der Versahren von der Versa

Wint Zusiehung ber Bentenbant. Direction bei Aufnahme ber Rezeste würde bas Geschäft weitläuftiger machen und ist um beshalb entbehrlich, weil die in den Rezessen seinzukellenden Rechte und Berpflichtungen der Rentenbant für jeden einzelnen Fall deutlich aus dem Geses bervorgehend und in Jahlen durch ein bloses Rechnungs Exempel darzustellen find, ilm jedoch ein in dieser Beziehung möglichst gleichmäßiges Berfahren herziehungen, war es nothwendig die Bestätigung der Rezesse, in denen keinesukeren, war es nothwendig die Bestätigung der Rezesse, in denen auf die Rentenbanten überwiesen werden, stets nur: durch die Aussinandersthungs Behörden geschehen zu lassen, stet als den Rezestrungen, Consistorien und Gerichten, denen nach den bisherigen Gesegen berschichen Bestätigungen in gewissen Fällen noch gestattet sind, zu entziehen.

Anmer fung. Diefe Baragraphen find von beiben Rammern unveranbert angenemmen.

Sinziehung und Sicherftellung ber Renten.

S. 18.

Die an die Rentenbank abgetretenen Renten genießen bei Konkurrenz mit andern Verpflichtungen des belasteten Grundstucks dasselbe Borzugsrecht, welches die Gesete den Staatssteuern beislegen. Sie bedürfen keiner Eintragung in das Hopothekenbuch des verpflichteten Grundstucks, welches jedoch für die Dauer der Amortisations-Periode der Rentenbank verhaftet bleibt.

Diesenigen eingetragenen Reallasten, an deren Stelle die Renten getreten sind, werben im Hypothekenbuche koftenfrei gelöscht; dagegen wird in diesem Falle kostenfrei im Hypothekenbuche verment, daß das Grundstud der Rentendank rentenpslichtig ift.

Die Löschung wird von ber Auseinandersehungs-Behörde beantragt, sobald die Nebernahme ber Rente von der Direction der Rentembank und die Absindung des Berechtigten erfolgt find (8.30.).

Motive.

Es leuchtet von selbst ein und ift auch schon in ben Motiven zum 3.1. hervorgehoben, daß die Operationen der Mentenbank nur dann mit Erfolg durchgeführt werden können, wenn auf das richtige Eingesden der Rentenzahlungen stets mit Sicherheit zu rechnen ift. hierzu genügt aber nicht blos, — was wohl in der Regel stets vorausgesest werden kann — daß das rerpssichtete Grundfück überhaupt die Rente aufzubringen vermag, sondern es ist auch ersorderlich, daß die Rentenbank mit ihrer Forderung nicht etwa andern Gläubigern des Grundstäck in Valle der Unzulänglichkeit ver Mittel desselben, nachzustehen genötigtzei. Um sie nun vor dieser Gesahr zu schügen, bestimmet der vorliegende Baragraph des Entwurfs, daß die Kenten in Concurrenz mit andern Berpslichtungen des belasteten Guts dasselbe Vorzugsrecht genießen sollenz welches die Geseh den Staatssteuern beilegen, d. h. mit andern Worz

ten bas Medit, allen übrigen Glaubigern in ber Benel (mit Botinbme

gemiffer alterer Radfaanbe) vorzugeben.

Diefe Beftimmung bes Entwurfs weicht allerbings bon ben beftehenden Gefegen ab, welche junacht nur feftfegen, baf bie Abisfungarente baffelbe Worzugerecht vor ben bipothefariften Glaubigern genief welches ban burch fie abgeloften Abgaben und Leiftungen guftand. (Conf. Abloftinge Dednung vom 7. Juni 1821 und Ablöfunge Dronung vom 13. Suli 1899, S. 91.)

Fragt man aber gunacht, welches Borgugerecht benn bisber gefeb-Uch folden Abgaben und Leiftungen beigelegt war, fo ift die Antwort bierauf für bie Provinzen, in denen bie althroupifche Gefragebung gilt, hauptfachlich aus den 95. 357. und 893. Lit. 30. Theit L der Allgemeinen Gerichts-Ordnung und aus ben SS. 48. u. folg. Eit. I. bee Spotheten-Ordnung zu entnehmen, welche bestimmen:

daß olls bestäudig farifaufenden Laften und Abanben, welche nach ben Verfaffungen bes Orts, bes Krelfes ober ber Brobing, bon allen Grundftuden berfelben Art an Rreistaffen, Rammereien, Buteberrichaften ober an Rirchen- ober Schulbebiente zu entrichten find, im Roncurft (wenigftens mit ihren gweijährigen Ruckftanben) unmittelbar hinten ben Staatsabgaben, in ber greiten Rlaffe locitt werben, in bem Grunbftud und beffen Berth aber allen eingetragenen Glaubigern vorgeben follen, auch in bas Sphothefenbuch nicht eingetragen zu werben brauchen.

Nach diesen Worfchriften haben daber unzweifelhaft die meisten der Bier in Rebe ftebenben Regllaften und mithin que bie an ibre Stelle tretenben Ablöfungerenten icon jest vor allen bopothetariften gorberungen ofn foldes Borgugerecht, wie es ihnen ber g. 18. bes Entwurfs su verleiben bezweckt, Das Dies aber von allen Ablosungerenten gelte, welche kinftig auf die Rentenbant übergeben sollen, lätzt fich freilich nicht behaupten, namentlich wird es bei benjenigen nicht ber Fall fein, welche an Die Stelle folder Beallaften getreten find, Die ihrem Urfprunge ober ihrer Beschaffenhait nach nicht unter eine ber in ben obigen Appfehriften bezeichneten Rategorien zu bringen, z. B. nicht aus ber Orteverfaffung berzuleiten fonbern aus fpeciellen Rechtstiteln entftanben finb. Auch fann es bortommen, bag Renton, Die urfprünglich in ber That fonen Rategorion angehörten, ihr gesehliches Borzugsrecht vor ben übrigen bypothetensicher Forberungen bes verpflichteten Grundftude beshalb wieder verloren haben, weil die zur Erhaltung besselben im g. 38. ber Ablöfunge Dronung vom 7. Juni 1891 und im g. 3. bes Gefess vom 29. Juni 1835 vorgesthriebene Eintragung in bas Spothefenbuch unterbfieben ober nicht rechtzeitig erfolgt ift. Bur Halle biefer Urt andert baber allerbings ber vorgefdlagene neue Grundfat, welcher ben auf Die Rentenbanten aber-gebenben Ronten ein gleiches Borrecht wie ben Staatofteuern beilogen will, ben bestehenden Rechtszuftand gum Rachtheit berfenigen Glaubiger, Die fonft Diefen Renten vorgeben marben.

Erwägt man aber, bag bergleichen Falle gewiß nur febr felten bortommen, baf ferner ber Dachthoil, welcher fcon pripritatifchen Glaubigern in ihren Rechten jebech nur für ben Fall eines Ronfurfes bler angebroht wird, fich baburch wesentlich milbert, bag bie Abiesungsvente burch ihre Ueberweifung an Die Bentenbant gugfelch ihrer Allgung enigegungefilfet wird und buf mit biefer Lehteren, sobald fie eintritt, aller Rachtheil fortfällt; so durfte es gerachtfertigt erfteinen, diefen Schultt hier zu thun, ahne welchen ber Erfolg ber Mentenbanken nicht genägend gesuchent ober wenigstens die Gewährung ber Staatsgarantie

für Diefelben hochft bedenflich fein murbe.

Außer biefer materiellen Sicherheit bes Rentenbantgeschäfts gewährt aber ber gedachte, in ben Eingangsworten bes \$ 18. aufgestellte Grund-fet auch woch ben febr wesentlichen farmellen Rugen einer graßen Werebung biefes Geschäfts. Erhielten ble Menten nicht burch bas Gefich felbst ein folches unbedingtes Borzugerecht vor allen hypathekarise Schniben bes verpflichteten Buts, fonbern verbliebe es babet, bag ihnen nur babfenige Borrecht gehöhre, welches Die Abgaben und Beiftungen, Die fle vertreten, gehabt haben, fo mare gur Sicherung ber Rentenbant flete eine Gintragung ber Rente in bas Sppothefenbuch unerläglich, guch mußte natürlich bie Rente nach erfolgter Tilgung bort wieder gelofcht werden, Es leuchtel ban felbst ein , zu welchen unendlichen Beiterungen und Koften ein felder Bertebr ber Rentenbant - Directionen mit den Spootbefen Bebosben führen wurde. ABird bagegen ber Grundfat bes Entwurfs ababtirt, ja bebare es gar feiner Eintragung ber Bente in bas Sprathetenbuch. Es genugt vielmehr, wenn biejenigen Reallaften, Die bort etwa wieflich ein-getragen fteben, nach ihrer Ueberweifung an Die Rentenbane gelofest und Defe Ueberweiftung babel permertt wirb. Bet andern Grundflucten, beren Reallaften nicht eingetragen find, bebarf es, wenn bie Letteren als Rente auf die Rentenbant übergeben, nicht einmal eines Wermerts in bas ohn bethelenbuch hierister, ba ein jeber, ber fich mit bem Besther bes Grunde finds in ein Giefchaft über baffelbe einlaffen will, burch Erfundigung bei bem Stener-Empfänger bes Orts leicht enfahren fann, ob und mit welcher Rente bas Grundfind für Die Rentenbant belaftet ift.

2. Grunde ber Agrar-Commission.

Der §. 18, stellt die wichtigen, von ber bisherigen allgemeinen Praxis und ber bisherigen Gesetzehung abweichenden Bestimmungen auf, daß sonnt allem ben Mentenbankon überwiesenen Menten die Katur bes Staatsstaupm infasern beigelegt wird, als sie bei einer Kanturrenz mit andern Aerpflichtungen des belasteten Grundstucks dasselbe Vorzugsrecht wie die Staatssteuern genteßen sollen, und sodann es fernerhin einer Entragung bed ben Rentenbankon aberwiesenen Monten in die Spipotheskubiesen ber bei Rentenbankon aberwiesen bedürfen soll.

Die Commission halt biese Bestimmungen aus ben von ber Regien tung angeführten Grunden ebensowohl für durchaus erforderlich; als wie nach beiter Beite hin bebentich und verlegend, ba durch die fescert besinnende Tilgung der der Rentenbant überwiesenen Renten der matertelle Werth des belasteten Grundstüds von Jahr zu Jahr zum Vortheit der etwa eingetragenen Gläubiger verseffert und deren Sicherheit ver-

weitt wird.

Durch die erfte der gedachten Bestimmungen erscheint nun aber auch in der That eine fernere Gintragung folder Renten in die Sprothenbucher nicht erforderlich, of wird badunch eine wesentliche Wereinsachung des ganzen Geschäfts expeicht, und nur, um jeden Zweisel zu beseitigen, wurde noch der Antrag gestellt, dem ersten Alinea dieses Paragraphen hinter ben Worten,, des verpflichteten Grundstäde" den Say hinzugustigen: "Neiben jeboch fitt bie Dauer ber Amertifations-Beriobe ber Mentenbant verbaftet."

Diefer Bufas wurde und mit ihm ber gange S. 18. von ber Commiffion einstimmig angenommen, und betfelbe wird in biefer gaffung ber Rammer gur Annahme empfobien.

Mmerkung 1. Der Bufat im zweiten Sate wegen ber toftenfreien Stichung und Gintragung ift beshalb von ben Rammern angenommen, weil es, Löschung und Eintragung in deshald von den Kammern angenommen, weil es, wie aus der Bestimmung wegen der Kosten hervorgeht, in der Absicht des Gesches liegt, daß die Operationen der Rentendanken überhaupt kokenfrei erheigen sollen, die Eintragung der den Rentendanken überwiefenen Renten, weil sie Mainr der Staatssteuern erlangen, nicht weiter nötzig erachtet ist und als die Lintragung wegen Berbastung des Grundsüdes und die Löschung der abgeläse ten eingetragenen Reallasten ebenfalls kostenstrei geschehen muß, wenn nicht die Bestiger von Grundsüden, auf welchen kallasten eingetragen stehen, mitzkosten kallasten bestaats folgen pan benen kein Reallasten eingetragen stehen, mitzkosten kallasten und den den par beinen kein Reallasten eingetragen stehen, mitzkosten bestaats bei bei bei belaftet werben follen, von benen fein Rachbar frei bleibt.

Anmerkung 2. Die Agrar-Commission wollte in bem ersten Absat bies saragraphen die Bestimmung hinzugefügt haben, daß die Renten für die Daner ber Amortisations Bertobe ber Rentenbank verhaftet bleiben, während

Daner der Amortifations Periode der Kentendank verhaftet bleiden, während in der Kammer das Amendement gestellt wurde, diese Bestimmung so zu kassen, das das mit Kenten belakete Erundstück der Rentendank verhastet bliede. (Cf. 11. Kammer Berhandl. 3. Band, S. 1660.) Wenngleich dieses Amendement abgelehnt und der Vargaranh in der von der Kammer vorgeschlagenen Fassung von der 1. Kammer (cf. 1. Kammer, Berth. 117. Sizung, S. 2731.) angenommen worden, ist es dennoch in das Gesetz ausgenommen. Inzwischen dürste dies gleichgültig sein, da, wie der Berichterskatter ganz tressend demerkte, die Kenten auf dem Grundstück hasteten, also das Grundstück urchaftet sein, wenn die Kenten der Kentendank verhaftet währen; mithin durch das Amendement nur das erzielt wird, was auch aus der Kassund der Commitsion folgt. Saffung ber Commiffion folgt.

S. 19.

Bebaube, auf welchen Renten fur bie Rentenbant haften, muffen auf Berlangen ber Direction ber Rentenbant bei einer Feuerverficherunge Befellichaft bis ju bem, nach ben Grundfagen bieser Gesellschaft zuläffigen Wersh von dem Berpflichteten verfichert werben. Der Verpflichtete kann hierzu von der Direction der Rentenbank durch abministrative Exekution angehalten werben.

Die Direction ber Rentenbank hat biefenigen Verficherungs-Besellschaften, bei welchen ihrem Ermeffen nach bergleichen Bersicherungen erfolgen muffen, zu bestimmen und öffentlich namhaft zu machen.

S. 20.

Bei Zerftudelung von Grundftuden, auf welchen Renten für bie Rentenbanken haften, finden auf diese Renten die gesetlichen Borfdriften über bie Staatsfleuern ebenfalls Anwendung.

Die Direction ber Rentenbank kann jedoch verlangen, baß in solchem Fall Rentenbetrage, welche nach ber Vertheilung ber Rente jabelich weniger ale funf Gubergeofden betragen , fofort burch Rapitalzahlung nach ben Borfcbriften bes §. 28. abgelöft werben.

Die Renten werben in monatlichen Raten mit ben Staats, fteuern postmumerando erhoben.

In Ansehung ihrer Erhebung und Beitreibung hat die Die rection ber Rentenbank biefelben Berechtigungen, welche bie Besetze ben Berwaltunge Behörden bei Erhebung und Beitreibung ber Staatofteuern beilegen.

1. Motive.

Bu S. 19. Die Nothwendigfeit einer Verficherung gegen Feuerdgefahr in Unfebung ber Gebaube, auf benen Renten fur Die Rentenbant haften, leuchtet ohne Beiteres ein; nicht minber aber auch bas Beburfniß, die Bant Directionen gesetzlich zu autorifiren, Die Befitzer folder Gebaude im fürzeften Wege Durch administrative Exefution zut folden Berficherungen, bei benen ftets Gefahr im Berzuge obwaltet, anhalten zu bürfen.

Bu S. 21. Die Jahredrenten werden in Sachsen und im Ciches felbe in vier Terminen, in ben Baberbornfchen Rreifen in feche Terminen, zugleich mit ber Grundfleuer burd bie Steuereinnehmer erhoben, Begen ber Rudftanbe findet Die Erecution im Bermaltungewege fatt. Alle Diefe Bestimmungen, welche fich in ber Anwendung bemabrt haben, find im Befentlichen auch in bem vorliegenden Entwurf beibehalten, und nur barin von ihnen abgewichen, daß gur Erleichterung ber Berpflich. teten Die Einziehung ber Rente in monatlichen Terminen borgefdrieben ift.

Bum S. 19. wurde von einer Seits bemerftich gemacht, daß die barin ben Directionen ber Rentenbanten beigelegte Befugnif, Diejenis gen Berficherunge. Gefellichaften zu beftimmen, bei welchen nach ihrem Erweffen Die Gebaube, auf welchen Renten für Die Banten haften, gegen Reuersaefabr zu verfichern find, jur Bermeibung jeber Barte barauf einjufchranten fein burfte:

· bag ben Directionen nur ein Biberfpruch gegen Berficherungen bei nowrifd unficheren Berficherungs - Gefellichaften eingeräumt

merbe,

und ein bies bezweckender Abanderungs - Antrag gestellt. Anbererseits murbe im ersten Alinea hinter ben Borten "bei einer" die Ginichaltung ber Borte: "vom Staate fonceffionirten" beantragt,

Beibe Untrage haben jedoch nicht bie Buftimmung ber Majorität ber Commission erlangt, welche allgemein ben §. 19. in ber vorgeschlagenen Saffung für zwedentsprechend und nach teiner Richtung für bebenflich erachtete. Die Abanberungs - Untrage wurden mit 16 gegen 7 und refp. 15 gegen 8 Stimmen abgelehnt, und es wird bie unverans berte Annahme bes S. 19. beantragt.

Gegen S. 20. find, in ber Commiffien Arionetungen nicht gestellt. bagegen murbe gum erften Allinea bes S. 21. ber Autrag geftellt:

"bie Ethebung ber Renten nicht in Monats - fondern in Quartale-

raten feftzuftellen."

Begrundet wurde derfelbe baburch, bag es ben Rentenpflichtigen weniger beschwertlich fallen wurde, wenn fie nicht alle Monate Rente ju gablen batten, auch die Roften ber Bufatentenbringung bei Dimriett-

zahlungen minber groß waren.

Die Majorität ber Commission theilte jedoch biefe Auficht nicht, ift bleimehr ber Meinung gewesen, bag gerabe burch bie monatliche Abfilerung ber Menten in Berbindung mit ben fonft aufzubringenben Gantefteuern eine mefentliche Erleichterung für Die Bflichtigen gefunden werben muffe, indem einmal fleinere Summen mit einemmale aufzubringen tvären, die künftig ganz so wie die nivelgen Steuern betrachtet und daber auch eben fo prompt aufgebracht werben wurden, endich aber auch unmöglich eine Roftenvermehrung baburch entstehen toune, ba bie Berichtigung ber Renten eben mit ben Steuern gu gleicher Beit erfolgen wille und Die eiwas größere ober geringere Summe, welche am Sunerfälligkeits-Termin einzugahlen fei, auf eine Roftenvermehrung keinen Einfluß üben fonne. Die Commiffion bet baber ben Autrag mit 19 gegen 3 Stimmen verworfen und ftellt bie unveranderte Annahme ber Si. 20. und 21. anbeim.

Anmerfnng 1. Darüber, ob bas Wort: "Gebanbe" im S. 19. auf alle Gebanbe, affo auch auf bie Birthichaftsgebanbe formlicher Laudmittle ichaften ober nur auf einzeine Gebanbe von Burgern ober hauberen zu weftehen sei, enthält das Geiet seine nahere Bestimmung. Die Auslegung der Gefetzes wird von den Rentendauf-Direction ausgehen muffen. Die Kammerverhandlungen bieten keinen Anhalt. Anmerkung 2. Ad \$, 20. ist zu bemerken, daß, mit Kücksch auf die Bestimmung des \$. 93. des Ablbsungs-Gesehes, bei solchen Parcellirm:

gen bie Auseinandersepunge : Beborben nicht foncurriren.

Tilgung der Renten.

S. 22.

Der Berpflichtete wird entweder burch eine 56%. 3ofre ober 673 Monate lang fortgesette Bahlung ber Rente, wenn er fich bei Ueberweisung ber Rente auf die Aentenbank für den Er las eines Zehntheils der vollen Rente, oder durck eine 41 1/1. Jahre ober 493 Monate lang fortgesehte Zahlung ber vollen Rente, wenn er fich für diese erflart hat (g. 10.), von ber Bers pflichtung zur ferneren Entrichtung ber Rente vollständig befreit.

Auf die zur Tilgung ber Rudftanbe ber Rentenbank überwiesenen Renten finden die fur volle Renten gegebenen Bestims mungen Anwendung.

Dem Berpflichteten fteht indeffen frei, auch ichon mahrend

her im S. 22. ungegebenen Zeitraume bie Reute burch Kapitale jahlung gang ober theilweise zu tilgen.

Welche Summen in den verschiedenen Jahren der beiden Amortisations-Perioden zur Ablösung der verschiedenen Rentenh. B. beträge erforderlich sind, ergiebt sich aus den unter A. und B., beigefügten Tabellen.

Rapitalzahlungen find jedoch flets nur erst dann zulässig wenn der Berpslichtete zuvor die bereits fälligen Rentenzahlungen geleistet hat. Eingehende Rapitalzahlungen muffen daher zunächst auf die noch rucktandigen Rentenzahlungen verrechnet werden.

Rentenbeträge, bie nicht in Silbergroschen sich abrunden, tonnen nicht burch Rapitalzahlung abgeloft werben.

Rentenbeträge unter fünf Silbergroschen können nur dann burch Rapitalzahlung abgelöst werden, wenn die auf einem Grundsstücke Lastende Rente weniger als fünf Silbergroschen beträgt. Es muß jedach in einem solchen Falle die Rente mit einem Male vollkändig abgelöst werden.

9. 24.

Dergleichen Rapitalzahlungen (§. 23.) muffen nach vorhergegangener sechsmonatlicher Kundigung am 31. März ober am 30. September geleistet werben.

Der verminderte Rentenbetrag wird jum ersten Male an bemienigen Rentenzahlungs-Termine entrichtet, welcher auf die jur gehörigen Zeit erfolgte Kapitalzahlung zunächst folgt.

9. 25.

Will ein Rentenpflichtiger ohne vorherige Kündigung Kapitalzahlung leisten, so steht ihm diese zwar frei, allein es kann
eine solche Zahlung nur so angesehen werden, als wenn sie sechs
Monate nach dem auf die Jahlung zunächst solgenden I. März oder
30. September erfolgt märe. Wird eine Kapitalzahlung ahne
vorhergegangene Kündigung am 31. März oder 30. September
geleistet, so hat sie die Wirkung, als wenn sie an dem auf die
Zahlung zunächst solgenden 30. September oder 31. März geleis
stet worden wäre.

S. 26.

Die Kündigungen und Kapitalzahlungen muffen bei ber Direction der Rentenbank ober bei den von Letzierer zur Annahme ber Kundigungen und Aupltatjahlungen autorifirien Beamten erfolgen.

S. 27

Ueber jede Kapitalzahlung ertheilt die Direction der Rentenbank eine Duittung, in welcher zugleich ausgedrückt sein muß, wieviel die verminderte Rente kunftig noch beträgt, und an welchem Termine dieselbe zum ersten Male zu entrichten ist. Nur durch eine solche Quittung wird der Verpflichtete bleibend entlastet.

1. Mptive.

Bu § 9. 22. und 23. Die bis auf 56 1/2. Jahr ausgebehnte Dauer ber Tilgungsperiode ift bereits burch bas oben im Eingang Gefagte motivirt. Die genaue Angabe biefes Zeitraums im Gefete erfchlen zur Wedung bes Bertrauens für bie Anstalt besonders im hinblick auf die bauerlichen Jutereffenten angemessen.

Aber auch mahrend ber Tilgungsperiode mußte ben Berpflichteten, gestattet werden, die Renten durch Rapitalzahlungen ganz ober theilweife zu tilgen, und es mußten besonders in Rucksicht auf die armeren Stellenbesther die möglichst kleinsten Theil-Zahlungen zugelaffen werden.

Im Königreich Sachsen beträgt die tleinste zuläffige Theil-Bahlung 8 gGr. 4, Pf., bei ber Tilgungsfasse im Gichofelbe muß ber abzulösende Rentenbetrag mindestens aus 5 Sgr. bestehen. Diese Vorschrift hat ber Entwurf um so niehr beibehalten, als nach ben in Sachsen gemachtern Ersfahrungen von dem Recht, noch geringere Rentenbeträge zu tigen, fast niemals Gebrauch gemacht wird.

Bu § §. 24. bis 27. Die Kündigung muß, um zur gehörigen Zeit die Rentenregister berichtigen und die Summe der auszuloofenden Mentenbriese hestimmen zu können, mindeftens 2 Monat vor dem Termine der Ausloofung und mithin 6 Monate vor der wirklichen Zahlung des Kapitals (§§. 39. 41. und 42.) erfolgen. Es scheint indessen zur möglichten Förderung des Tigungsgeschäfts und mit Rücksicht auf den kleineren Grundbester, der seine Geldmittel nicht immer schon 6 Monate vorher zu beurtheilen vermag, durchaus rathsam, auch sede ohne vorherzegangene Kündigung angebotene Kapitalsahlung anzunehmen. Die Rente fann sedoch in Folge einer solchen Zahlung erft mit dem nach dem Ablauf der Kündigungsfrist zunächst folgenden Zahlungs-Termin vermindert werden, weil dann erft die Verzinsung eines dem eingezahlten Kapitalsbetrag entsprechenden Kentenbrieß-Betrages aushört, die dahin

alfo die Rente noch zur Bahlung ber Rentenbriefe Binfen erforderlich ift. 2. Gründe ber Agrar Commiffion.

Bu biefem Abschnitt bes Geset Entwurfs muffen alle biejenigen Abanderungs = Borschläge gerechnet und in Betracht gezogen werben, welche eine Abfürzung ber Amortisations Periode ber Rente bezweden, und es gehören hierher die Anträge der Abgeordneten Sattig und Genoffen, oben unter Rr. 1. 1. und 2. so wie die von Langer unter Nr. 111, 2, 3, und 4, aufgeführt.

Es ift aber auch von vielen andern Selten ausgesprechen worden, daß es nur im höchsten Raaße erwünscht sein wurde, wenn durch auß- führbare Borfchläge zu einer fürzeren Amortisations- Beriode, als wie fie der §. 22. des Gefetz-Entwurfes in Ausschit stellt, dies möglich gen macht werden könnte.

Diefer Gegenstand und die jur Erreichung Diefes Zwedes gestellten Antrage find baber auch in ber Commission einer forgfaltigen Brufung unterworfen worben, als beren Enbresultat fich Folgenbes beraus-

geftellt bat.

Eine fürzere Amortisatione-Periode, als die bem Gefes-Entwurf gum Grunde liegende, ift nur burch folgende Mittel herbeizuführen:

1) burch theilweife Ausgabe ginstofer Bentenfcheine fatt verzinslicher Rentenbriefe,

2) burch einen geringeren als ben 20fachen Kapitaliftrungs - Betrag ber vollen Rente, welcher im §. 28. bes Gefet - Entwurfes als Norm aufgestellt wirb,

3) burch Wegfall bes Behntel - Erlaffes,

4) burch eine geringere als bierprocentige Berginsung ber Renten-

briefe.

Wenn es nun auch richtig ift, daß bei Annahme der Borschläge unter Nr. 1. und 2. des Sattigschen Amendements sich die Amortisations-Veriode auf 33½ Jahre stellen, daß serner, wenn man sich entschließen wollte, ein Viertel des Gesammtbetrages sämmtlicher kapitalistreten Renten in zinslosen Rentenscheinen auszugeben, es aber noch außersdem bei dem Zehntel-Erlaß rerbleiben sollte, dann die Tilgungsperiode für sämmtliche verzinsliche Rentenbriese und unverzinsliche Rentensscheine auf 33½ Jahr erniedrigt würde, und endlich dieselbe noch weit mehr absekürzt würde, wenn nach den Langerschen Borschlägen die Hälfte der gesammten Kapitalbeträge der Renten in unverzinslichen Rentenscheinen ausgegeben werden sollte, so ist doch schon oben de §. 2. des Gesey-Entwurfes näher auseinandergesetzt, warum die Commission sich für das Projekt der Creirung zinsloser Rentenscheine nicht zu erklären vermag und ein solches der Kammer gegenüber nicht befürworten kann.

Rach SS. 28. und 32. des Geset-Entwurfes sollen die vollen Renten mit dem 20fachen Betrage kapitalistrt, über diesen Betrag Rentenbriefe ausgestellt und diese bis zu ihrer vollständigen Realistrung mit 4 Procent jährlich verzinst werden; hierdurch bedingt fich aber, in Berbindung mit dem Erlag des zehnten Theils der vollen Rente, die im

S. 22. ausgesprochene Dauer ber Tilgungeperiode allein.

Wurde nun beispielsweise die volle Rente mit dem 18fachen Betrage tapitalisirt, die Rentenbriese nach dem Nennwerth mit 4 Procent versicht, und verbliebe es bei dem Zehntel-Erlaß, so wurde die Amortisations-Beriode 41 Jahre dauern, siele der Zehntel-Erlaß fort, so ermässigte sie sich auf 32 1/4 Jahre.

sigte fie fich auf 32 1/2 Jahre. Bliebe es bei ber 20fachen Kapitaliftrung, wurden aber die Rentenbriefe nach ihrem Rennwerth nur mit 3 1/4 Brocent jährlich verzinft, fo wurde die Tilgungsperiode bei dem Erlag des Zehntels 43 Jahre,

ohne benfelben 35 Jahre bauern.

Die Commission ift nun aber icon bei Berathung bes Ablösungs-Gefetes von ber Anficht ausgegangen, bag nur allein aus ben zu Diesem Gefet entwickelten Grunden ber 20fache Betrag ber vollen Rente bei be-

ren Rapitaliffeung, Nebertreifung und allmäligen Tilgung burch bie Rentenbanten ale gerechtfertigt angewommen werben fonnte, ein geringerer Rabitaliftrungefat aber bei ben burch bie Rentenhant zu tilgenben Renten fich burchaus nicht beffennben liefe, und es fand baber und ein in ber Commiffion geftellter und auf die Rapitaliftrung ber ben Rentenbanten gu überweisenben Renten mit bem 18fachen Betrage geftellter Antrug, welcher überbles guruckgezogen wurde, in ber Commiffion barchaus teine Unterftagung, vielmehr ift biefelbe einftimmig ber Anficht, bag Diefes Mittel jur Berbeiführung einer furgeren Amortifations Deriode ber Rammer nicht empfohlen werben konne.

Aber auch eine Berabsenung bes Binsfufes ber auszugebenben Rentenbriefe von 4 auf 8% Procent vermag die Commiffion nicht zu befürworten, benn nicht nur, bag bann ber Berechtigte bis gut Realisation ber Rentenbriefe noch wieber 1/ Brocent an jahrlichen Binfen für febe Gunbert Thaler Renten Rapital weniger erhielte, fo würde auch eine nothwendige Folge bavon fein, daß, wenn 31/2 procentige Rentenbriefe vor ihrer Ausloofung in Gelb umgefest werben muffen, fie nut bebru-tend unter ihrem Rennwerth zu realiffren fein murten, baburch wientliche Berlufte für ben Berechtigten entfteben mußten und fomit einer folthen Maagregel weber Rechte : noch Billigfeitsgrunde gur Gefte fanben.

Siernach fann eine Abfürzung ber Amprifatione - Beriode nut burth Begfall bes Behntel-Erlaffes erreicht werben, fie wird bann nach ben Motiven bes Gefen entwurfes bei Beibehaltung ber 20fachen Rapitaliftrung ber vollen Renten und vierprocentiger jahrlicher Berginfung ber Rentenbriefe nach ihrem Rennwerth eine Dauer von 41 Jahren ober 492 Monaten haben, Die Bestimmung hierüber aber aus ben fcon oben bei §. 10. angeführten Grunben nur fakultativ zu faffen fein, und bie Commiffion erlaubt fich, ben §. 22. in folgender Faffung zur Annahme vorzuschlagen':

Der Berpflichtete wird entweber burch eine 56 %, Jahre ober 673 Monate lang fortgefeste Bablung ber Rente, wenn er fich bei Uebermiljung ber Rente auf Die Mentenbant fur ben Erlief ron /, ber vollen Rente, ober burch eine 41 / Jahre, gleich 493 Monate, tang fortgefeste Bahlung ber vollen Rente, wenn er fith für diese ertfart hat (§. 10.), von ber Berpflichtung jur

ferneren Entrichtung biefer Rente wollständig befreit."

Es ift jeboth noth außerbem in ber Commiffion ein Borfchig in Unregung gebracht worben, nach welchem es jedem Bflithtigen freifteben folle, Die Rentenbanken neben ihrer eigentlichen Beftimmung als Spartaffen in ber Urt zu benuten, daß von bem Pflichtigen außer feiner forflaufenben Rente noch angerbem ein ju gablendes Rapital von bestimmter 600, burch Ansammlung von Bins ju Bind, ale ein besonderer Amortsations. Konds verwaltet und dadurch eine rafchere Beendigung der Amortifations: Beriode ermöglicht werbe; zu biesem Zwede wurde ber Antrag geftellt, bem S. 22. als Bufat bingugufügen: "Augerbem ift Bebem freigegeben, über bie von ihm eingezogene

Rentenzahlung hinaus, noch Ginzahlungen, jedoch nicht unter 1 Riblr. zu feinem Umortisationefonds zu machen. Diese werben in gleicher Art verwaltet und verwendet, wie die regelmäßige

Amortifation."

Diefer Borithing fand jedoch nicht die ausvelchettee Unlerfichung

in ber Commiffien, es wurde bagegen angeführt, baff, abgefeben von ber febr verwidelten Bermaltung bes gangen Raffengeschafts ber Rentenbanten, welche Die Durchführung einer folden Ibee gur Folge haben muffe, ber beabsichtigte Awert im Wefenelichen burch Die Bestimmungen im erften Alinea bes f. 23. auf eine einfachere Beile ebeufalls zu erreichen fei, benn wenn hiernach jebem Pflichtigen freiftebe, außer feiner Rente ju jeber beliebigen Beit noch Rapital=Abschlagsgablungen ju machen, fo fei baburch die Moglichkeit geboten, Die Amornifatione-Periode nach bem Willen und ben Kraften bes Pflichtigen febr abzufürgen, bei jeder abschlage lichen Rapitaljahlung vermindere fich Die jahrliche Rente, Die baburch erzieltem Erfparuiffe konne ber Pflichtige ju neuen Rapitalzahlungen verwenden und daburch nach feinem freien Belieben bie Amortifatione - Deriode abfürzen.

Der gange Unterschied bestehe nur barin, bag nach bem gemachten Borfchlage Die gemachten Erfparniffe bon ber Rentenbank gusammen gen halten und burch biefelbe auf eine beschleunigtere Amortisation hingewirft werben folle, mabrend bies nach bem Bejes . Entwurf burch ben Bflichtigen, wenn er bies wolle, felbft geschehen muffe. Dies lettere fei jebenfalls vorzugiehen, und es fonne einer Staatsanftalt, wie die Rentenbanfen fein follten, eine brrartige Bermagens - Bernaltung für eine fo große Angahl von Aflichtigen, wie ber Borichtag beabsichtigte, nicht zugemuthet werben, ber Antrag ift sonach auch mit 19 gegen 7 Summen abge-

lebut morben,

Bei dem f. 23. ift juvorderft ber britte Abanderungs = Borfchlag ber

Abgeordneten Gattig und Benoffen, dabin lautenb:

"Dem Rentepflichtigen ift gestattet, Die Rapitalzahlung gur Ablöfrang ber Rente bei ber Rentenbant in Rentenbriefen jum Rennwerth au leiften,"

ju welchem in ber Commiffon noch ber Bufat beautragt wurde:

"wolche außer ben jahrlich zu amoptifirenden Rentenbriefen fofort

ju fafferen find,"

jur Erörterung gezogen worben,

We murbe amerfannt, daß bie bon ben Untragftellern ihrem Borfolage beigefügten Grunde allerbinge febr für bie Munehmbarteit bes Borfcblanes fprachen und ber in ben Motiven bes Gefet . Cutmurfes allein bagegen aufgestellte Grund, bag, wenn Rapitalzahlungen burch Rentenbriefe nach dem Reumwerth geftattet wurden, dann bei jeder Uneloofunge-Periode um fo meniger Reutenbriefe burch Banrachlung getilat werben fannten, Dies aber auf den Cours ber Rentembriefe möglicherwolfe nachtheilig einwirfen konne, nicht von ber Bebeutung erfchiene, unt nicht ben Pflichtigen einen möglichen Bortheil burch Gewinnung ber Coursbiffereng zuzuwenden, und die Commiffion entschied fich baber auch mit 17 gegen 9 Stimmen für Die Unnahme ber obigen Borfchlage.

Bei ber Berathung über ben f. 58, bes Gefes Entwusfes, welcher auch ber Berr Ringng-Minister beimobnte, mußte jedoch auf Diefen Buntt um beshalb noch einmal eingegangen werben, weil hier feftzuftelben mehr. ob nude ben Domainen "Mentenbflichtigen gu gefintten fei, ettennige "Capitalzehlungen nicht baar, fondern dund Mentenbriefe nach bem Rennwerthe ju leiften; und eine ausführliche Disfuffion führte ju ber Mebergengung, buß es bei bem frühern Befchluffe nicht verbleiben konne.

Darüber war man nollfemmen einig, bas alles busicuige, was go-

feslich ben Privat-Mentenpflichtigen zuzugestehen sei, unch bei ben Domainen-Rentenpflichtigen zur Anwendung kommen muffe, daß aber hinssichtlich der Letzteren, wegen der schon oben allegirten Bestimmungen des Staatsschuldentisgungs-Gesehes vom 17. Januar 1820, bei Kapisialzahlungen von Renten nur von Baarzahlungen die Rede sein könne und es völlig unzulässig erscheinen würde, die zum Nennwerth als Kapistalsberichtigung eingezahlten Rentenbriese die zu ihrer Ausloosung zu des poniren, um dann erst den vollen Betrag zur Staatsschuldentisgung zu verwenden. Dies misse abet geschehen, wenn nicht der Finanz-Verwaltung zugemuthet werden solle, die jedesmalige Coursdifferenz bei solchen Rentenbriesen zuzuschießen, die, um den Verpflichtungen, irelche das Staatsschuldentilgungs-Gesetz der Verwaltung der Staatsschulden außerslege, nachzusommen, gleich nach ihrer Einzahlung nach ihrem vollen Nennswerth zur Schuldentilgung verwandt werden müsten, und es sei gar nicht abzusehen, welche Opfer dem Staat dadurch möglicherweise würden auferlegt werden.

Der herr Finang-Minister erflärte fich baber auf bas Entschiedenfte gegen ben bereits gefaßten Beschluß ber Commission, zugleich noch barauf hinweisend, baß, wenn es bei bemfelben verbleiben sollte, dies schon mit dem Brincip, bessen Aufrechterhaltung die Commission bei Erörterung ber beiben Borfragen empsohlen habe, gewissermaaßen in Wiber-

fpruch ftanbe.

Die Commiffion hat baher auch ihren erften Befchluß, wegen Unnahme bes Sattig'fchen Amendements Nr. 3., wieder aufgehoben und

fcblieflich mit 14 gegen 10 Stimmen beffen Unnahme abgelebnt.

Die von ber Commission vorgeschlagenen Abanderungen ber §§. 10. und 22. bes Geseh-Entwurfs bedingen aber auch eine Abanderung ber Fassung ber beiden ersten Alinea bes §. 23., welche nun, jenem Paragraphen entsprechend, babin lauten muffen:

"Dem Berpflichteten fteht indeffen frei, auch icon mabrend ber im §. 22. angegebenen Beitraume Die Rente burd Rapitalzah-

lung gang ober theilweise zu tilgen.

Welche Summen in ben berfchiebenen Jahren ber belben Amortifations-Berioden zur Ablöfung ber berschiebenen Rentenbetrage erforderlich find, ergiebt fich aus ben unter A. und B. beigefügten Sabellen."

Gegen bie übrigen Allinea's bes §. 23. find, fowie gegen bie Bestimmungen ber §§. 24.—27. in ber Commission Erinnerungen nicht gemacht, und es wird baber ter §. 23. mit ben gemachten Fassunge-Abanberungen, bie §§. 24.—27. aber unverändert ber Rammer zur Annahme empfohlen.

S. 28.

Der Berechtigte erhält als Absindung von der Rentenbank ben 20fachen Betrag der vollen Rente (§. 10.) und einstretenden Falls außerdem den 20fachen Betrag der zur Tilgung von Rückftänden der Rentenbank überwiesenen Rente, insoweit nicht nach §. 11. die Absindung für die überschießenden Pfensnige von dem Verpflichteten unmittelbar erfolgt ist.

S. 29.

Diese Abfindung (S. 28.) wird in Rentenbriefen nach beren Renniverth, und soweit burch solche ber von ber Rentenbank au leistende, Abfindungebetrag nicht vollständig gewährt werben fann (§. 32.), in baarem Gelbe geleiftet.

S. 30.

Die Abfindung bee Berechtigten erfolgt zu bemfelben Beitpunkt, an welchem bie Rente auf bie Rentenbank übernommen wird (§§. 15. und 16.)...

S. 31.

Die gefammte Abfindung an Rentenbriefen und baarem Gelbe wird bemjenigen jugeftellt, welchen bie Auseinanberfebunge. Behörbe als ben berechtigten Empfänger bezeichnet (§ 4.).

Grünbe.

Bu biefem Abschnitt mar Mr. 4. ber Abanberungs - Borfchage bes Abgeordneten Elwanger in Ermagung zu gieben.

Er lautet:

"Auch in ben Fallen, wo ber Berpflichtete bie Ablösung bes 18fachen Betrages mablt, ift ber Berechtigte ben 20fachen Betraa in Rentenbriefen zu verlangen befugt.

Gefdieht bies, fo erfolgt bie Baargablung bes 18fachen Betrages Seitens ber Berpflichteten (in beffen ihm nach bem zu erlaffenten Ablöfungs. Gefet guftebenber Befugnif nichts geanbert wird) an bie Rentenbant."

Der herr Untragfteller führt gur Begrunbung feines Borfchlages aus, daß, wenn die Bestimmungen bes 5. 64. bes Ablöfungs-Gefthes bon ber Rammer, fo wie dies ron ber Agrar-Commission gescheben, unberandert angenommen werden follten, bann boch Falle eintreten fonnten, wo Diejenigen Berechtigten, welche burch Baargablungen ben 18fachen Betrag ber Rente annehmen mußten, gegen biefenigen, welche ben 20faben burch Rentenbriefe erhielten, fehr im Rachtheil fein wurden, Diefer Nachtheil aber um fo größer werben mußte, wenn ber Berechtigte über bas Abfindungefapital nicht frei verfügen tonne.

Borgugeweffe wurden von Diefen Nachtheilen Die geiftlichen Inftitute und milben Stiftungen betroffen werben, und es erfcheine baber billig, bag ber Staat biefe Machtheile abirenbe und die Berlufte ber Be-

rechtigten in Diefen Fallen bede.

Die Opfer; welche ber Staat baburch wahrscheinlich zu bringen baben werbe, schlägt ber herr Antragsteller approximativ auf 45,000 Riblr. jährlich ober mahrend ber Dauer ber Amortisations - Periode von 36 Jahren auf 2,520,000 Rtblr. an, Die aber in Betracht, bag bierburd eine ichnellere Beenbigung ber Geschäfte berbeigeführt werben burfte, als nicht zu groß bezeichnet werben fonnten.

Die Commiffton verfannte zwar im Allgemeinen nicht, bag folche

Berluste ber Berechtigten bei Aufrenthaltung bes §. 64. bes Ablöfungs-Geses eintreten könnten und würden, dies sei aber schon bei Berathung bes lehteren Gesch. Entwurses vielsach erwogen, und die Commission sube sich bannoch, wenn auch nur mit einer geringen Majortät, dahis ausgesprochen, daß im Großen und Ganzen die Annahme der Iksacken Rapitalistrung der Rente bei Baarzahlungen gerechtsertigt erscheine; sei dies der Kall, so könnte bessenngenchtet nicht wieder die Bermittelung des Staats zur Ausgelichung solcher Verluste beansprucht und die Finanz-Verwaltung mit neuen Lasten belegt werden, zumal sich in der That gur nicht übersehen lasse, wie groß dies Kasten sein würden, da sie das den Umsange der baaren Rapitalzahlungen zum 18sachen Bestrage und der Courddissens der Kentendriese gegen ihren Nenmwerth allein abhängig sei, hierfür sich aber gegenwärtig auch nicht einmal annäshernde Ueberschläge machen ließen.

Der herr Finang-Minister ertfarte Seitens ber Regierung, daß die Finang-Bermaltung fic auf bas Entschiedenfte gegen ben gemachten Borsiellag aussprechen musse und sich unter keinen Umfanden zur Uebernahme von Lasten verstehen könne, deren möglicher Umfang gar nicht zu übersehen sei; der Antrag ist bacher auch in der Commission wit 18 gegen 3 Stimmen abgelehnt worden; und da dieselbe sonft gegen die Bestimmungen der §§. 28. bis 31. nichts zu erinnern sand, so wird deren

underanderte Annahme empfohlen.

Anmerkung. Der Zusat im S. 28. wegen bes Wischen Betrages ber zur Tilgung von Rücktänden überwiesenen Rente ist durch die Annahme bes letten Sapes des S. 99. des Ablösungs : Gesetzt geboten.

Mentenbriefe und Bingcoupons.

§. 32.

Die Rentenbriefe werden von der Direction der Rentenbank wach dem unter C. beildegenden Schema, und zwar in Appoints von 1000 Rthfr., 500 Rthfr., 100 Rthfr., 25 und 10 Rthfr. ausgestellt und mit jährlich 4 Procent in halbjährigen Terminen, am 1. April und 1. Oktober, verzinfet.

Den Inhabern ber Rentenbriefe fieht fein Runbigungerecht gu.

§. 33.

Mit jedem Rentenbriefe werden zugleich Zindroupons auf achtschrige, vom 1. Oktober 1850 ab zu berechnende Berioden nach bem unter D. beiliegenden Schema ausgegeben.

S. 34.

Rach bem Ablaufe jeber dieser Perioden (8. 33.) werden bem Borzeiger bes Rentenbriefes neue Zinscoupons auf einen Aleichen Zeitteum ausgebandigt.

§. 35.

Der Betrag ber fälligen Zinscoupons wird, gegen Ablieferung berfelben, von ber Raffe ber Rentenbank baar musgezahlts auch werben biefe fälligen Zinscoupons von allen Königlichen Kaffen in Zahlung angenommen.

s. 36.

Die Zinscoupons verjähren binnen 4 Jahren gum Bortheil ber Anffalt.

Die Berjährungsfrift beginnt mit bem auf ben Fälligfeitsimmin folgenben legten December.

S. 37.

Die Renkenbriefe können Behufs ber Belegung gerichtlicher und vormundschaftlicher Depositalgelber, sowie der Fonds öffentsicher Institute angekauft ober als Unterpfand angenommen werben.

1. Motive.

Bu is. 28. bis 37. Die hier holgenden Erundfätze über die Absabung ber Berechtigten u. find bereits wern im Eingange motiviet worden und es wird genügen, im Einzelnen war noch einige erläubernde Bemerkungen hinzugufügen.

In Sachfen werben bie Rentenfriefe in Appoints zu 1980 Rible., 200 Rible., 200 Rible., 200 Rible., 200 Rible., 25 Rible. und 12 Rible. 15 Ggr. ausgefertigt; fotveit in folden bas Ablöfangs-Rapital nicht wallftundig genährt werben kann, erhält ber Berachtigte ben Ueberreft von ber Men-

trubant baar gezahlt.

Früherhin murben bergleichen sogenannte Rapitalspigen von der Bauf gar micht übernommen; es zeigte fich jedoch halb das Unzwedenklige dieser Bestimmung, indem die Berpflichteten häusig die Benrzahlung un den Bewechtigten nicht leisten konnten und alfo ihr Berhältniß gu benselben micht wollständig gelöft wurde. Das eben geschilderte, durch eine Bewednung vom 9. Mürz 1837 einzeführte Bersahnen hat fich dazegen vollständig bewährt.

Nach der Geschäfts Amweisung der Eichöfelden Algungskaffe vom 7. Inni 1845, §. 18. werden die ausgestellten Schuldverschreibungen (Mentenbetefe auf 3 Rihle., wo möglich auch auf ab Able. ober ein Bielfaches dieses Betruges abgerundet. Die bei dieser Abendung anner 5 Kihle. fich engebenden Beträge muffen durch Baarzahlungen, welche die Berpflichteten zu leisten haben, ausgeglichen werden. Der höchste

Betrag ber Schuldberfchreibungen ift auf 500 Rither, feftgefett.

Bei bem weit größeren Umfang, welchen eine Reutenbent für eine ganze Aroving, im Berhältniß zur Allgungskaffe für bas Eichsfett, has ben wird, werben Montenbriefe much zu 1000 Mithte nicht enebehrt werben können; bie Abstufungen nach unterhin find willfürlich. Damit fich jeboch die Rentenbriefe nicht zu einem Umlaufsmittel im kleinen Ber-

febr geftalten und bie Binfen nicht auf eine allzugeringe Gumme berabfinfen, fo ift in bem Entwurf ber niedrigfte Betrag auf 10 Riblr. feftgeftellt worben, von benen bie Binfen 12 Ggr. jabrlich ober I Sgr. monatlich betragen.

. Dem in Ansehung ber Rapitalspipen im Ronigreich Sachsen, beftebenben Verfahren gebührt unftreitig ber Vorzug vor bem im Gichefelb vorgefchriebenen. Die jur Bahlung biefer Rapitalfpigen erforberliche Summe ift übrigens nicht bedeutend; in Sachsen hat fie feit Errichtung ber Ren-

tenbank nur ben Betrag von 42,000 Riblr. erreicht.

Die Binfen ber Rentenbriefe werben nach bem Reglement für bas Eichefeld alliabrlich, in Sachsen bagegen halbjahrlich gezahlt, weil man bort glaubt, daß biefe termineweise Bablung gunftig auf ben Coure ber Bapiere wirfe. Dies ift auch wohl nicht unbegründet und bie halbfahrige Binegablung um fo mehr gewählt, weil fle auch bei ben Staates papieren fattfindet.

2. Gründe ber Agrar-Commiffion.

Bu blefem Theil bes Gefet. Entwurfes wurden in ber Commiffion

folgende Abanderunge = Borfchlage beantragt:

1. Bum f. 32, binter ben Borten: "10 Thaler" einzuschalten: "und 5 Thaler," fo daß hiernach die Rentenbriefe in Appoints von 1000 Rthir., 500 Rthir., 25 Rthir., 10 Rthir. und 5 Rthir. ausgestellt werden follen.

Dem Antrage wurde gwar entgegengeftellt, baf babutch, wenn Rentenbriefe in fo fleinen Appoints zu 5 Ribirn. in Umlauf gefest wurden, für welche ber jabrliche Binebetrag nur in 6 Sgr. beftinde, baner nicht nur diefe Appoints fich vollftandig ju einem Umlaufsmittel im Heinen Bertebrigeftalten und baburch ber Reis und bie Gelegenheit gu ihrer Balfcung wefentlich vermehrt werben wurde, fondern auch die Untflande und Beitlauftigfeit bet ber Erhebung fo geringer Binebetrage gang unverhaltnifmäßig zu ihrem Betrage fich geftalten; indeffen war Die Majorität der Commission boch ber Unficht, daß gerade hierdurch bem armeren Theile ber Bebolferung Gelegenheit geboten marbe, ihre geringen Erparniffe zinebar angulegen, und biefer Bortbeil überwiegend erfcheine, weshalb fich benn und bie Commiffion , ungeachtet bem Borfchlage aus bon Seiten ber Derren Regierungs. Commiffarien als nicht zwedmäßig wibersprochen wurde, mit 13 gegen 12 Stimmen fur Die Unnahme bet Borfdlages erflätte und bie Annahme bes fo abgeanderten Paragraphen ber Rammer empfohlen wird.

2. Bu S. 34. murbe bervorgeboben, baff es zwedmäßiger fei, wenn bie Aushandigung neuer Binecoupons auf Borgeigung bes letten ober fogenannten Stichcoupons einer Bineperiobe, und nicht auf Borgeigung Des betreffenden Rentenbriefes, erfolge, well baburch die Beitläuftiafelt ber jebesmaligen Gninahme fammtlicher Deponirten Rentenbriefe aus bem Depofitum beim Ablauf ber Binsperioden gum alleinigen Bweit ber Befcaffung neuer Binecoupone bermieben und bies als ein nenugenber Grund erscheine, diese Einrichtung, welche auch bei andern Creditanstal-

ten epiftire, auch bei ben Rentenbanten einzuführen.

Biemohl nun barauf bingewiesen murbe, welche unverhältnigmäßigen Roften bei verloren gegangenen Stichcoupons entfteben wurden, ba es

Bef foffen et um gu bon neuen Binsbouvone ju gelangen, jang bes für perferen gegangene Remenbriefe im S. 57. bes Befes - Entenuries vorgefcriebenen Berfahrens bedurfe, andererfeits es auch zu einer befferen Kontrolle Diene, wenn nach Ablauf einer feben Binsperiobe Die Rentenbriefe felbft ben Banten vorgezeigt wurden, fo entschied fich boch bie Commiffion mit 14 gegen 12 Stimmen fur Die Annahme Diefer Ab-

anderung, 3. In Beireff bes bem Gefet entwurfe beigelegten Schemas zu ben Rentenbriefen hat fich die Commiffton babin entschieden, bag die Rentenbriefe nur mit bem Roniglichen Bappen und nicht auch mit bem ber betreffenden Proving zu verseben fein werden, jugleich werben bie bem Befete beizufugenden Schemas fur bie Rentenbriefe und Coupons unter Lit. C. und D. zu rubriciren fein, ba unter Lit. B. bie nach S. 23, noch beizufügende Tilgungetabelle zu bezeichnen ift.

Anmerkung 1. Die Ausgabe von Appoints von 5 Mihr. ift in ben Rammern abgelehnt, weil bergleichen, wie gewöhnliches Papiergelb furfiren und ber Berfalfchung, wie biefes nur zu haufig, unterliegen wurde. Gelangten nun bergleichen gefalfchte Appoints in bie Sanbe ber fleinen Leute auf bem Lanbe, welche bergleichen ginstragende fleine Papiere aufzubemahren pflegten, fo murben Berfälfchung erichwert werben. Bur Ausgabe solcher Appoints fei auch fein Be-burfalfchung erschwert werben. Bur Ausgabe solcher Appoints fei auch kein Be-burfniß vorhanden, und endlich mußten dazu Zinseoupons nur auf ein Baar Silbergroschen lautend ausgegeben werben.

Anmertung 2. Der Borfchlag ad S. 34., ben Borgotger bet Stiche conpons zur Empfangnahme neuer Zinstoupons zu berechtigen, ift abgelebnt aus ben von der Minorität der Agrar-Commission hervorgehodenen Gründen. (Cf. II. Kammer Berhandl. Band 3. S. 1671. der Stenogr, Berichte.)

S. 38.

Der Ueberschuß von einem halben oder von einem Procent, welchen Die Rentenbanken baburch erhalten, daß fie je nach bet Bahl ber Verpflichteten entweder neun Zehntheile ber vollen Rente, ober diese Lettere unverfürzt also entweder vier und ein halbes ober funf Procent ber jum 20fachen Betrage ber vollen Rente ausgestellten Rentenbriefe einziehen, Lettere aber nur mit vier Procent verginsen, muß unvermindert zur Amortisation der Rentenbriefe verwendet werben.

S. 39.

Rede Rentenbank ist verpflichtet, halbjährlich so viel Rens tenbtiefe auszuloofen, als ihrem Rennwerth nach mit benjenigen Belbsummen bezahlt werben konnen, welche bis jum Schluß bes Halbighrs, in dem die Ausloosung erfolgt, nach 8. 38. dem Amortisationsfonds aus ben Rentenzahlungen zufließen und nach 8. 24. an Ablösungs - Rapitalien eingezahlt werden muffen, ober nach S. 25. als am Schluß Diefes Halbjahrs eingezahlt zu ber trachten find.

In dem auf die exfte Ausgabe von Rentenbrissen soigenden Jahre ift jedoch die Rentendank an diese Berpstichtung zur Ausloosung noch nicht gebunden.

1. Motive.

Die bier ausgesprochenen Grundfate ergeben fich aus ben im Gingang Diefer Motive naber gerechtfertigten Brincipien über Die ju be-

wirtende Amortifation bon felbft.

Die Algung ber ausgegebenen Rentenbriefe wird im Königreich Sachfen lediglich durch Ausloofung und Auszahlung bes Kapitals nach bem Nennwerth, in den bei uns hereits bestehenden Tilgungs-Anstalten aber eutweder durch Ausloofung oder durch Aufauf ber Schuldverschreibungen aus freier gand bewirft.

Die lettere Daafregel ift in Sachfen beshalb ausgeschloffen worben, um ben Rentonbriefen einen bobern Cours und ein größeres Bettauen

im Bubiffum gu fichern.

Dieses Princip erscheint auch rollsommen richtig. Denn wenn die Ausstat vorhanden ift, daß ein Napier nach dem vollen Nennwerth eingelöft werden muß, und die Austaosung mit sedem halbjährlischen Termins der eine gesuntene Cours immer wieder hoben. Indenfalls erscheint es gerechter und der Wurde einer solchen Austalie erscheint es gerechter und der Wurde einer solchen Austalie entsprechender, wenn dieselbe ihren übernammenen Aerpflichtungen vollkandig nachsommt und selbst auch nur den Schein einer Cours-Speiwlation dabei vermeidet.

Bur Bebung bee Conreiverthes ber Rentenbriefe tragt im Renigreich Sachsen auch noch ber Umfand bei, daß bie Rentenbant verpflichtet ift, bei Rapitale-Ablösungen Rentenbriefe zum Rennwerth anzuneh-Allein Die Aufnahme einer folden Borfcbrift in ben vorliegenden Weses-Antipurf wurde mit ben in ben §\$. 39. und 40. aufgestellen Grundsägen uicht vereinbar sein und die Renteubant ober beren Garen ten erheblichen Befahren aussegen; benn wenn ble Erftere halbidprlich Rets foviel an Rentenbriefen ausloofen und zum Nennwerth baar ein lifen muß, als bem Tilgungsfands bis babin zugefloffen und en Ablöfungs-Kapitalien eingegangen ift, so muffen biefe Beträge auch baer und nicht theflweise in Papieren von ihr eingenommen werben. Bollte man jene Ablöfungen ber Renten burch Rentenbriefe nach bem Rennwerit gestatten, fo mußte ben Rentenbanten auch nachgeloffen werben, bie all Diefe Art eingegangenen Rentenbriefe ohne Weiteres mit zur Bernichtung ju bringen und mithin fo viel weniger an Rentenbriefen auszuloofen. Db aber eine Bonfchrift Diefer Art gur Bebung bes Courfes ber Rentonbriefe beitragen wurde, ift um beshalb febr zweifelhaft, weil baburd jugleich allen übrigen Inhabern von Rentenbriefen ble Ausficht au Batbige Realiftrung ihrer Forberungen burch beren Austvofung beforant merben würbe.

2. Grunde ber Agrar-Commiffion.

Wegen ber zu g. 10. bes Entwurfes vorgefchlagenen Abanberung bebauf es auch einer anderen Faffung bes g. 28., welche wie folgt beenvtragt wirb:

"Dir ileberschungen wenn einem halben und reite einem Brocent, welchen die Rentenhanten baburch erhalten, daß fie je nach ber Wahl der Pflichtigen neun Zehntel der vollen Rente ober diese unverfürzt, also 4½ ober 5 Brocent der zum 20fachen Betrage ber vollen Runte ausgestellten Rentenbriefe einziehen, Letztere aber nur mit 4 Brocent verzinsen, muß unvermindert zur Amortisation der Rentenbriefe verwandt werden."

Mit biefer Faffung hat fich Die Commiffton einverftanben ertlänt.

S. 40.

Den Inhabern ber ausgelooften Rentenbriefe wird ber Rennwerth berfelben baar ausgezahlt.

S. 41.

Die Anbloosungen der Rentenbriefe erfolgen in den Monaten Mai und Rovember.

Die Zahlung auf die im Mai ausgetooften Rentenbriefe wird en bem zunächft folgenden 1. Oftober, auf die im Rovember ausgelooften aber an dem zunächft folgenden 1. April und zwar auf der Rentendant gegen Zurücklieferung des ausgelooften Rentenbriefs geleistet.

S. 42.

Rach jeber Ausloosung werden die ausgeloosten Rentenbriese unter Bezeichnung ihrer Buchstaben, Rummern, und ihres Beitrages, fowie des Termins, an welchem ihre Auszahlung ersolgen soul, mit der Ausschrung an die Inhaber, öffenklich des kannt gemacht, an diesem Termine die Jahlung in Empfang zu nehmen. Diese Bekanntmachung ist drei Mat in die Amtsblatter der Provinz, in eine der in derselben erscheinenden Zeitungen und in den zu Berlin erscheinenden Preußischen Staats Anzeisger einzuräcken.

Die erfte Einruckung in die Amtoblatter ber Proving muß in bemfelben Monat, in welchem die Austoofung ftattgefunden bat, und minbestens vier Monate vor dem Zahlungstage erfolgen

8 43

Bon bem zur Ausloofung ber Rentenbriefe bestimmten Termine ab findet eine Berzinfung berselben nicht ferner ftatt.

8. 44.

Die ausgelooften Rentenbriefe verjähren binnen 10 Jahren dum Bortheil ber Anstalt.

Die Berjährungsfrift beginnt mit bem auf ben Galligleitstermin (g. 41.) folgenden letten December,

8. 45

Ift ein Rentenbrief nicht mehr zinsbar (§. 43.), so werden zwar die noch laufenden Zinscoupons besselben zur Zeit des in ihnen bestimmten späteren Fälligkeits-Termins von der Kasse der Rentenbank bezahlt; der Inhaber des Rentenbriefes aber mußsich, wenn er benselben Behuss Empfangnahme des Kapitals präsentirt, den Abzug des Betrages der sehlenden Coupons gesallen lassen.

S. 46.

Die ausgelooften, an die Rentenbant gegen Baarablung zwrudgegebenen Rentenbriefe werben vernichtet.

S. 47.

Die Ausloofung und die Vernichtung ber Rentenbriefe erfolgt öffentlich unter der Leitung der Direction ber Rentenbank, im Beifein zweier Abgeordneten der Provinzial-Vertretung und eines Notars.

S. 48,

Die über die Bernichtung ber Rentenbriefe aufgenommene Berhandlung wird öffentlich durch einmalige Einruckung in die Amisblätter ber Provinz und in eine in berfelben erscheinende Zeitung befannt gemacht.

Motipe.

Die in dem §. 44, aufgenommene Bestimmung, daß die ausgelooften Mentenbriefe binnen zehn Jahren zum Bortheil der Anstalt verjähren sollen, weicht zwar von den bestehenden Gesehen ab, nach welchen zu einer solchen Berjährung der Kapitalschuld in der Regel ein deifigigischriger Zeitraum ersorderlich ist. Erwägt man aber, daß auf diels Weise die endliche Abwickelung des ganzen Kentenbant-Geschäfts sehr weit hinausgeschoben werden wurde, was jedenfalls für die Staatsberwaltung sehr belästigend wäre, so erscheint jene Abkürzung der Bechaftler rungsfrift, sur weiche auch die Analogie der auf 4 Jahre beschränkten Berjährungsfrift der Zinsecupons spricht, praktisch jedenfalls angemessen.

Die Berloosung und Bernichtung ber Rentenbriefe, sowie die Bernichtung ber Coupons, ift in bem Königreich Sachsen an teine bestimmtere Form gebunden. Es schien indessen zwedmäßig, in ben \$\$. 47. und 48. des Entwurfs eine ähnliche Form dafür vorzuschreiben, wie solche in dem Reglement und ber Instruktion für die Eichefelber Silgungskasse angeordnet ist.

Anmerkung. Die Rammern haben gegen biefe Baragraphen nichts erinnert.

Rechte britter Perfonen.

S. 49.

Bas bie Gefete bei Ablofung ber Reallasten in Beziehung auf britte Personen bestimmen, sindet auch bei Ablosung burch die Rentenbank Anwendung.

Die Abfindung durch Rentenbriefe wird hierbei einer KapistalsAbfindung gleich geachtet. Es treten jedoch folgende nahere Bestimmungen ein:

- 1) Der Verpflichtete wird burch Uebernahme ber Rente auf die Rentenbank von jeder Verhaftung gegen dritte Personen in Ansehung dieser Rente und der dafür den Berechtigten gewährten Absindung befreit.
- 2) Die Tanbschaftlichen Credit-Institute, sowie das Königliche Credit-Institut in Schlesten, sind nicht besugt, in Folge von Ablösungen durch die Rentenbank Pfandbriese zu kundigen. Es steht ihnen aber frei, die Ueberweisung eines, nach Maaßgabe des Betrages, um welchen sich die Sicherheit der Pfandbriese durch die Ablösung vermindert hat, und unter Berüdsichtigung der Appoints, in welchen die Pfandbriese und die dem berechtigten Gute als Absindung gewährten Rentenbriese ausgestellt sind, zu bestimmenden Betrags des Lesteren zu verlangen.

Diese Rentenbriese werben von den Credit-Instituten ausbewahrt. Kommen dieselben zur Ausloosung, so muß das Credit-Institut einen entsprechenden Betrag an Pfand-briesen kundigen und die für die ausgeloosten Rentenbriese eingehende Summe zur Berichtigung der gekundigten Pfand-briese verwenden.

- 3) Der Berechtigte ist zu verlangen befugt, daß seine Absindung, insoweit sie nicht von einem Credit-Institute in Anspruch genommen wird, zum gerichtlichen Depositum genommen werde, und in demselben auf unbestimmte Zeit bis zur Auszahlung des Nennwerths der Rentenbriese nach erfolgter Ausloosung verbleibe.
- 4) Ift eine Aufbewahrung ber Absindung in ber unter Nr. 2. und 3. angegebenen Art erfolgt, so bedarf es keiner weiterv Maaßregel zur Sicherstellung ber Rechte britter Personen.

5) Ift bas berechtigte Gut ein Lehn voer Meitommiß, ober haben Hypothefen-Gläubiger ober sonftige Realberechtigte die Wiederherstellung ihrer geschmälerten Sicherheit verlangt, und erreicht der Courswerth der Rentendriese nicht beren Rennworth, so kann der Besiger des abgefundenen Gutes nicht zur Entrichtung der Differenz zwischen dem Course und dem Ronnworthe der Rentendriese, sondern nur zur Depusition der Letteren in der unter Rr. 3. angegebenen Art angehalten werden.

Die Snpotheken-Gläubiger find in diefem Kalle nicht ber fugt, ihre Befriedigung por ber Verfallzeit au forden.

6) Die bei ben Erebit-Instituten und in den gerichtlichen Depositorien ausbewahrten Absindungen bleiben hinkchtlich berjenigen eingetragenen Schulden und sonstigen Berpflichtungen, für welche die abgelößen Rechte mit verhaftet waren, Zubehör des abgesundenen Gutes.

7) If ein beponirter Rentenbrief ausgelooft ober bafür ber Rennwerth eingezahlt, so finden auf diese nunmehr in baarem Gelde bestehende Abstindung die gesehlichen Bestimmungen über Rapital Abstindungen überall Anmendung, insoweit nicht unter Nr. 2. etwas Anderes verordnet worden.

1. Motive.

In Beziehung auf die Mechte britter Versonen muffen, wie bies auch in dem sächkichen Geset, sowie den Maglemenes unserer inländischen Tilgungskaffen anerkannt ift, die Ablösungen durch die Rentendant den Kapital-Ablösungen gleich geachtet werden. Jur Sicherung der Montenderechtigten gegen underschuldete Nachtheile erschenen aber einige Madifikationen dieses Erundsates durch die Natur der jest zu erichtenden Kentenhank-Institute gehoten.

Nach den bishorigen Gesehen bleibt der Berpflichtete den Realgläus

Nach den bisherigen Gesehn bleibt der Berpflichtete den Realglaubigern des berechtigten Gutes bis zur erfolgten geseglichen Norwendung des Ablösungs-Kapitals verhaftet und kann sich von dieser Verpflichtung nur durch gerichtliche Deposition des Ablösungs-Kapitals befreien. Künftig nird aber durch Uodernahme der Konte von Gelton der Mentenbantig nird aber durch Uodernahme dem Gestein und Bespflichteten dollftändig gelöß. Die Rentenbant tritt dem Berechtigten und besten Gläubigern gegenüber ganz an die Stelle des Verpflichteten, und Lestere muß daber nothwendig von aller Berhaftung gegen inne Personen stell werden. Dies ist unter Nr. 1. des kortiegenden & 4d. ausgesinzeden.

Ferner macht die Möglichkeit eines Sinkens bes Courswerthes ber Bentenbriefe unter beren Rennwerth besondere Bestimmungen erforderlich. Ausgabe bes Golehos ift bierbei, die berechtigten Guisbestiger, welche ge- amungenerweise ihre Abfindung in Rentenbriefen annehmen muffen, gegen bie in Kolge salcher Ablösungen Seitens ihrer Schothefen Bläubiger porzunehmenden Kapital-Kündigungen, ahne Kränkung ber Kechte ber Letteren, möglichst zu schüen und sie davor zu bewahren, die empfangenen, unter Pari stehenden Kentenbriese wider Willen verkausen zu müssen. Daß die Gläubiger nicht gezwungen werden können, den Kentenbrief nach dem Rennwerth anzunehmen, wenn der Courswerth ein geringerer ist, versteht sich von selbst. Eben so unzweiselhaft ist es, daß sie sowohl, als auch die dei dem berechtigten Gute beibeiligten Lehnberechtigten oder Libeitommiß-Interesten die Besugnis behalten müssen, von dem Bessister des Gutes die Verwendung einer Summe in dasselbs zu verlangen, welche dem Nominalwerth der für die abgelösten Berechtigungen ausgen, welche dem Nominalwerth der für die abgelösten Berechtigungen ausgen, bertenbriese unter Pari siehen, eine solche Verwendung dem Gutschiert sofort zumuthen, so würde derselbe die Disserenz zwischen dem Kours- und Nennwerth der Arntenbriese aus seinem sonktigen Vermösgen daar zuschiesen müssen und hierdurch offendar Schaden erleiden.

Da nun ober die Rentenbriefe im Laufe der Zeit jedenfalls zur Ausloofung und begren Bablung ihres Mennwerths tommen, so bleiben die Rechte der Gläubiger und der Lehns und Fibeikommißfolger vollsftändig gesichert, wenn die Rentenbriefe sicher ausbewahrt und bis zu ihrer Auslopfung als Pertinenzien des abgefundenen Gutes behandelt werden. Aus dieser Betrachtung sind die Bestimmungen unter Nr. 2. bis

6, bes Entwurfs junachft entsprungen.

Den landschaftlichen Credit. Inflituten konnte hiernach sone Bebensten die Befugnis entzogen werden, in Folge von Ablöfungen durch Kentenbriefe Pfandbriefe zu fündigen. Diese Institute werden durch die in ihre Gewahrsam genommenen Rentenbriese wegen des verringerten Berties des ihnen verpfändeten Gutes vollständig gedeckt, und sie können mit dem Kentenbriefszinsen sich für die Pfandbriefszinsen son nen mit dem Kentenbriefszinsen uch die Bestimmung unter 2. zugleich noch der Vortheil erreicht, daß ein großer Theil der Kentenbriefe gar nicht auf den Geldmarkt kommt, der Cours derseiben also weniger gesdrückt wird.

Haften auf bem berechtigten Gute keine Afandbriefe ober werben die Rentenbriefe von dem Credit-Institut gar nicht oder nicht wollständig in Anspruch genommen, so kann es dem Guedberrn aus mehrkachen Eründen erwänscht sein, die Benachrichtigung der Gläubiger von der ersolgten Abstudung in Nentenbriefen ausgesetzt zu wissen. Sosern die Letteren sicher ausbewahrt werden, ift kein Grund vorhanden, irgend eine sernere Maahregel zur Sicherkellung der Sphotheken-Gläubiger und sonftigen Realberechtigten zu veranlassen, und es sind dacher die Bestimmungen unter Nr. 3. und 4. ausgenommen worden. Auch wenn auf Antrag des Gutsbestigters die Benachrichtigung der Gläubiger ersolgt und ein solcher einen Ansbruch auf Wiederheitung der geschmälerten Sicherheit erhoben hat, oder das Gut Lehn oder Fideismmiß ist, in welchem Kall die Lusseimandersehungs-Vehörde von Amtswegen für die Berwendung der Kapital-Absindung in das Gut Sorge tragen muß, genügt es vollsonnen, wenn die Absindung in Rentenbriefen des

Ift in Holge ber Austoofung eines deponirten Rentenbriefes, oberin Holge einer Weräußerung bas Rentenbriefes unter Bugablung ber Dif-

fereng gwifden bem Cours - und Rennwerthe, Die Gumme bes Rennwerthe bee Rentenbriefes nunmehr in baarem Belbe vorhanden, fo liegt es in- ber Ratur ber Sache, daß mit Diefer baaren Abfindung ebenfo wie mit jedem andern Ablofungs - Rapital verfahren werben muß. Sierauf bezieht fich bie Bestimmung unter Dr. 7.

Dag Die Rentenbriefe bem Gutebefiger jur freien Berfügung übergeben werben muffen, wenn entweber gar feine Schulden u. auf feinem Gute baften ober die eingetragenen Glaubiger fich auf Die erfolgte Be-

nachrichtigung nicht gemelbet haben, berfteht fich von felbft.

Gründe der Agrar - Commiffion.

Die Commission war gwar im Allgemeinen mit ben Motiven ber Regierung, welche ben Beftimmungen Diefes Baragraphen gum Grunde liegen, und besonders auch damit einverstanden, daß die damit bezweckte Sicherung ber Rentenberechtigten gegen unverschuldete Rachtheile, welche ihnen burch bie gange Ratur Diefer Einrichtung und ber bamit gu erreichenben Bwede in Bezug auf ihre Schuldenverhaltniffe erwachfen tonnen, gang unumganglich erforberlich erfchiene, inbeffen wurden boch noch bon verschiedenen Seiten sowohl im Intereffe ber Rentenberechtigten als der Sppotheten - Glaubiger mehrere Bedenten über bie Faffung ber einzelnen Gate bes S. 49. jur Sprache gebracht und in Diefer Begiebung folgende Abanderunge-Antrage vorgefchlagen:

"Bu Nr. 2. im zweiten Alinea hinter ben Borten "eingehende Summe" bas Bort "gleichzeitig" einzuschalten; bamit nicht ber Pfandbriefe-Schuldner noch langer genothigt fei, Die Binfen ber abzulöfenden Afandbriefe zu bezahlen, mahrend er felbft boch

teine Binfen für Die ausgelooften Rentenbriefe mehr erhielte.

Die Majoritat bielt jedoch eine folde Borforge nicht für erforderlich und überhaupt es nicht fur julaffig, in Diefer Richtung in Die Beschäftsbetreibung ber Credit-Inftitute einzugreifen, und hat ben Untrag mit 22 gegen 3 Stimmen abgelebnt.

Bu Nr. 3. wurde beantragt, baß ftatt ber Worte: "und in bemfelben auf unbestimmte Beit bis jur Auszahlung bes Rennwerthes ber Rentenbriefe nach erfolgter Ausloofung verbleibe,"

folgende Faffung beliebt werden moge:

"und die Erledigung des Bermenbungspunftes bis gur Auszahlung des Mennwerthes ber Rentenbriefe nach erfolgter Berloofung ausgesett werbe,"

bamit tein Zweifel barüber obwalten konne, bag ben bei Ausstellung. ber Rentenbriefe eingetragenen Sppothefen-Gläubigern, wenn mahrend ber Dauer ber Deposition ber Rentenbriefe bas betreffenbe But gum Berfauf geftellt werden mußte, ein Pfandrecht auf Diefe Rentenbriefe guftebe, fle mit zur Maffe geboren und ihre Mitwerwendung zur Befriedigung ber Gläubiger nicht etwa bis babin abgelebnt werben fonne, bis fie durch Ausloosung realistet werden, eine Auslegung, welche burch bie Worte "auf unbestimmte Beit" wenigstens bentbar fei.

Die Majoritat ber Commiffion theilte jeboch Diefe Bebenfen nicht, ba eben bie Dr. 3. und 4. bes Baragraphen nichts weiter bezweckten, als bag bei einer gerichtlichen Deposition ber Rentenbriefe von Amtswegen es weiterer Maagregeln gur Sicherftellung britter Perfonen nicht

beburfe, und bat ben gemachten Abanberungs. Borfclag mit 20 gegen 5 Stimmen berworfen.

Wenn hiernach die Commission die unveranderte Annahme ber Rr. 1. 2. 3. und 4. des §. 49. empsiehlt, so erlaubt sie sich dagegen eine vorgeschlagene und mit 16 gegen 9 Stimmen angenommene andere Fassung

bes zweiten Alinea ber Mr. 5. babin lautend:

"bie Shpothefen-Gläubiger find in diesem Falle nicht befugt, ihre Kapitalien vor der kontractmäßig feststehenden Frift aufzukundigen" ber Kammer zur Annahme zu empfehlen, um hierdurch jeden Zweifel darüber zu beseitigen, daß einmal die Hppotheken-Gläubiger aus den Wersen der Errichtung ber Rentenbanken nothwendig werdenden Operationen allein eine rechtliche Beranlassung zur Kündigung ihrer Kapitalien nicht herzuleiten befugt sind, sodann aber es auch unter allen Umftänden bei den gesetzlichen und kontractmäßig feststehenden Kündisgungsfriften sein Bewenden behalte.

Ebenso hat ein Antrag, die Dr. 6. bes §. 49. babin zu fassen: "Die bei ben Eredit = Inftituten und in ben gerichtlichen De

"bie bei ben Credit - Instituten und in ben gerichtlichen Depofitorien aufbewahrten Abfindungen bleiben binfichtlich berjenigen eingetragenen Schulden und sonstigen Berpflichtungen, für welche bie abgelöften Rechte mit verhaftet waren, Zubebor bes abgefunbenen Gutes"

bie Juftimmung ber Commission mit 20 gegen 5 Stimmen erhalten, um baburch seben Anspruch ber auf bem berechtigten Gute eingetragenen Gläubiger nach erfolgter Abiösung ber Laften an bas Aequivalent für biese Lasten, ba es ihnen nicht mehr mit verpfändet werben fann, ein sur allemal zu beseitigen.

Begen Die Dr. 7. Des S. 49. ift eine Erinnerung nicht aufgestellt, und es twird Die Unnahme bes gangen Baragraphen mit ben vorgeschla-

genen belben Abanderungen beantragt.

Dagegen glaubt die Commiffion nach nochmaliger Berathung bem ben Abgeordenten von Beughem zum zweiten Alinea der Nr. 5. bes §. 49. gestellten Abanderungs-Borfcblag, nach welchem baffelbe lauten foll:

"bie Sporthetengläubiger find in biefem Fall nicht befugt, ihre

Befriedigung vor ber Berfallzeit zu forbern"

ben Berzug bor ber Fassung bes Gefet Entwurfes und bem von ber Commission im ersten Bericht beantragten Abanderungs - Borfclag geben ju muffen.

Denn ber Bwed biefer Bestimmung in ber Gefet Dorlage ift un- meifelhaft gewesen, es zu verhindern, bag bie Festfetung bes §. 441.

Tit. 20. Theil I. bes Allg. Lanbrechte, babin lautenb:

Dagegen hat aber auch der Gläubiger bas Recht, wenn ber Befiger ber Sache burch erhebliche Verringerung ihrer Substanz seine Sicherheit schmälert, seine Befriedigung noch vor der Verfallzeit zu fordern,

nicht etwa bei den Ablöfungen der Renten mittelst Rentenbriefe, vor Rea-Ustrung der Letteren durch Ausloofung, zur Anwendung gebracht werde.

Es hat sonach nicht die Kundigungsfrift und die Befugniß gur Kundigung innerhalb der in den Obligationen festbestimmten Zeitraumen, sondern das Recht

1) entweber bor ber tontractmäßigen Berfallzeit, ober

2) bei Darleben auf Runbigung vor erfolgter Runbigung und Ablauf ber Rünbigungefrift (Berfallzeit) cf. S. 761. u. folg. Tit. 11. Th. I. bes Allg. Landt.

auf Grund bes f. 441. Dit. 20. Sh. I. Befriedigung gur betfangen.

beschränft werben follen.

Die von bem Abgeordneten von Beughem bergefchlagene Saffung paft baber auf beibe Falle, und es wird burch biefelbe in bem Gintreten ber fontractmäßigen Berfallgeit nichts geanbert.

Anmertung 1. Der Bufat ad 2. biefes Paragraphen wegen bes Konigi. Crebit : Juftitute für Schleffen ift von ber erften Kammer ausgegangen , well bie Beftimmungen bee Baragraphen auch für biefee Juftitut manggebenb fein wirben.

Antherfung 2. Dag bie Rieberlegung ber Coupons mit ben Rentenbriefen nothwentig fei, weil fonft feine vollftanbigen Dofumente bepuntt wurden, ift bei Berafhung bes &. 49. ad 2. vom Refetenten ber erften Rammer und von Gertie Finang =Minister ausgesprochen; bas Amendement aber: "bie Coupons werden bei jedem eintretenden Falligfeits = Termine bem Be-rechtigten koftenfrei gurudgegeben"

abaelebnt.

Anmerkung 3. Ad S. 49. 7. ift unbebingt anzunehmen, bag bie Auseinandersetzungs Behörben bie Berwendung ber ausgeloofeten Rentenbriefs Rapitalien gu überwachen haben werben.

Lösung des Verhältnisses zwischen den bisher Berechtigten und Berpflichteten.

S. 50.

Bon bem Beltpunkte ab, in welchem eine Rente von ber Rentenbant übernommen und ber Berechtigte burch Lettere abae funden wird (98. 15. 16. und 30.), horen alle gegenfeltigen Rechte und Aflichten awischen ben bisher Berechtigten und Verpflichteten in Bezug auf biefe Rente und biejenigen Reallaften. an beten Stelle Die Rente getreten, vollig auf.

Nur wegen ber Rudftande bleiben bem bisher Betechtigten

feine Rechte vorbehalten.

Grunde ber Agrar-Commiffion.

Bahrend gegen bas erfte Allinea bes S. 50, teine Bebenten obwalteten, wurde bagegen von einer Seite in ber Commiffion ber Antrag gestellt, bas zweite Alinea zu streichent und flatt beffen folgenben Say aufgunehmen :

> "Benten ober Dienfte, fowie überhaupt alle Leiftungen, welche Durch die Ablösungs-Gesetz in Rente permandelt werden ton-nen, werden, fofern die Pflichtigen mit benselben in Roft find, von ber Rentenbant, jedoch nur für die legten beiden Jahre, in der Art übernommen, daß ber berochnete Betrag berfeiben in Rentenbriefen verabreicht und dem Bflichtigen die Rente für Diefen Mehrbetrag ebenfo wie für feine fonftigen Berbflichtuns gen auferfegt wird."

Begrundet wurde diefer Vorfallag baburth, daß burch die Zeitereigniffe ber legten Jufre in einzelnen Theilen des Stants die Michtigen mit ihren Abgaben vielsach im Ruchtande geblieben und diese Refte mitunter so hoch angelaufen sein würden, daß ihre Beitrelbung zum Theil sur die jezigen Besther pflicktiger Stellen die nachtheilige Folge haben warde, duß sie sieh im Besth derfelben diest wurden erhalten thunen, dies konne aber bermieden werden, wenn diese Keste als eine Kapitals-studerung des Berechtigten betrachtet, ihm dasir Rentendriese überwiesen würden und der Pflichtige die Betzinsung derkiden, gleich wie die übtigen Kenten, für das Wegfallen seiner Reallasten übernehme.

Eingewender wurde bagegen, duß, weinn eine solche Bestimmung gefestich sestigestellt wiltbe, dies nut zu lekcht die Folge haben würde, daß bon bielen Pflichtigen bis zur Ablöfung ihrer Meallasten ihre jezigen gutöherrlichen Abgaben nicht mehr bezühlt werden wurden und hierdurch nicht nur dem Berechtigteiten neue Berlegenheiten bereitet, sondern auch eine Wasse von Streitigseiten und nicht Bervürsnisse berbiegesührt, der Rechtszustand und das Rechtsbewußisein in den Massen des Bolles noch mehr wie bisher erschüttert werden würde; man möge es daher lieber ber seiten Werteinigung der Batteien überlassen, dei tinstiger des sinkitter Bestschlitz ver und pflichtigen Genundstaden zu ibernehmenden Bestmmtwente, auch über einvanige Reste ein angemessenes Absommen zu tressen, wozu das gegenseitige Interesse beide Theile von selbst führen witede, und ungeachtet Settens ber Kindnzverwaltung von Antrage nicht widersprochen worden ist, so hat die Majorität dennoch seine Annahme mit 21 gegen 4 Stimmen abgelehnt, und beantragt die unveränderte Annahme bes §. 50.

Anmerkung. In ber 86. Sitzung ber zweiten Kammer ift zum § 50. ill Amerkbeineist bes Abgeotoketen Schibarz angenwaten, inch welchem katt bes Schlusffahes: "Rur wegen ber Ruckftanbe bleiben vem bisher Berechtigten seine Rechte vorbehalten," gefagt werden foll, daß die Ruckftanbe aus den Jahrit 18. hitch Bermittelung vet Neutkbinnten ebenfalls getilgt wetven sollen. Ohfes Amenschene ift aber in der erken Kammer nicht genehmigt, well es mit Ruckficht auf die Aufnahme bestelben, seinen nobsentlichen Inhalte nach, in dem §. 99. des Ablösungs-Geses betefts seine Erlebigning gefunden habe.

Steuer-Umschreibung.

5. 51.

Die Ablsfring burch bie Rentenbunk begrundet nicht die Rothwenbigkeit einer neuen Bertheilung ber Grundftener (Stener-Umschreibung).

In kinigen Lanbestheifen, mementlich in Schleften, werden die Dienfte, Grundzinsen und sonftigen Brafiationen, neiche die bauerslichen Wirthe den Gutsherrschaften zu leiften haben, von diesen Legtern berfteuert. Wenn daher eine Ablösung durch Kapital statischet, so geht das Objekt, auf mitchem die Steuer ruhte, verloren, und is folgt, hierans nothwendig, daß im Intereste des Steuer Fiskus in solchen Fällen derzenige Beträg der Steuet, wilchen die Gutsherrschaft von den zur Ablösung gekommenen Michaelsten zu kniehten hims,

bem berechtigten Gute ab und der verpflichteten Stelle zugeschrieben werden, dagegen aber die Lettere für diese neu übernommene Steuer entschädigt werden mußte, was in der Art bewerftelligt wurde, daß von dem Ablösungs-Rapital der 25sache Betrag der auf die verpflichtete

Stelle übertragenen Steuer in Abjug gebracht murbe.

Dieses Versahren verursachte viele Weiterungen, indem nicht immer beutlich aus ben Katastern erseben werden founte, mit welcher Summe die abgelöste Prästation versteuert war. Da nun, wie schon erwähnt, die Steuer-Umschreibung lediglich im Interesse des Fissus erfolgte, durch beren Wegfall aber weder der Berechtigte noch der Verpflichtete einen Nachtheil erleiden, so war es um so unbedenklicher, diesen Wegfall in Borschlag zu bringen, als durch die in Aussicht stehende neue Regulirung der Grundsteuer auch der Fistus gegen etwanige Aussälle der Grundsteuern in Folge der Ablösungen gesichert werden wird.

Reservefonds.

S. 52.

Diejenigen Summen, welche bie Direction ber Rentenbank burch zinstragende Benutung ihrer Kaffenbestände ober burch Berjährung von Zinscoupons und ausgelooften Rentenbriefen (§8. 36. 44.) gewinnt, werben zu einem Reservesonds angesammelt.

S. 53.

Der Reservefonds ift zur Deckung etwaniger Ausfälle an Renten bestimmt.

Reicht berfelbe hierzu nicht aus, so wird bas Fehlende vom Staate zugeschoffen.

Dagegen fallen dem Staate auch die nach ganglicher Beenbigung der Ablösungsgeschäfte durch die Rentenbank in dem Reservesonds verbleibenden Bestände zu.

Gründe ber Agrar-Commiffion.

Mit ben in §. 52. und 53. enthaltenen Bestimmungen über bie Bilbung eines Reservesonds aus ben Zwischen-Nugungen und Berjährungen von Zinscoupons erklärt bie Commission sich einverstanden, indem burch ben Reservesonds mögliche Ausfälle zunächst gebeckt werben und die Garantie des Staats um so weniger beausprucht wird.

Dag bem Staate in Gemäßheit bes §. 53. nach ganglicher Beenbigung ber Ablöfungegeschäfte burch bie Rentenbant bie im Reserveionde verbleibenden Bestände zufallen, erschelnt baburch gerechtsertigt, daß die Koften ber Berwaltung, welche von nicht unbedeutenbem Betrage find, vom Staate getragen werden.

Rosten.

Die burch Errichtung und Berwaltung ber Rentenbanken entstehenden Kosten übernimmt der Staat.

Die ben Rentenbant Directionen übertragenen Geschäfte geniegen bie Stempel und Portofreiheit.

S. 55.

Auf ble burch Anwendung des gegenwärtigen Gesetes bei ben Auseinandersetzungs Behörden entstehenden Kosten finden die Bestimmungen des Kostenregulativs vom 25. April 1836 und der in Beziehung auf basselbe erlassenen Instruction vom 16. Juni 1836 Anwendung.

Anmerkung. Bieviel die Kosten, welche durch Errichtung und Berswaltung der Renienbanken entstehen, unter Hinzurechnung der erforderlichen Betriebsfonds ungefähr betragen werben, ist in einem besonderen Bromemoria zu veranschlagen versucht, dessen Abdruck indessen hier nicht veranlaßt ist, weil dasselbe ohne Werth für die Auslegung des Gesetze erscheint.

Schließung der Rentenbanken.

S. 56.

Einer besonderen gesetzlichen Bestimmung bleibt es vorbehalsten, tunftig eine Frist zu bestimmen, nach deren Ablauf Ablosungen durch die Rentenbanken nicht weiter stattfinden durfen.

Motibe.

Der aufgenommene gesetliche Vorbehalt wegen ber Schließung ber Bentenbanken ist sowohl im Interesse bes Staats als ber Berechtigten und Verpflichteten ersorberlich. Das Interesse bes Staats erheischt es, das die von ihm übernommene Garantie nicht auf unbestimmte Zeiten ausgedehnt werde. Im Interesse der Berechtigten und Verpflichteten, sowie Behufs der volltfändigen Ausführung des dem Ablösungs-Sestes vorliegenden Zwecks, ift es begründet, daß zu geeigneter Zeit eine Frist bestimmt werde, nach deren Ablauf die Ablösung der Reallasten durch die Kentenbank nicht mehr ersolgen kann. Durch diese Maaßregel wird die Anberaumung eines Präkluster-kermins für die Ablösung der Reallasten um so entbehrlicher.

Aufgebot und Amortisation verlorener Rentenbriefe.

· S. 57.

Benn ein Rentenbrief angeblich verloren gegangen ift, und an beffen Stelle die Ausfertigung eines anderen verlangt wirb, fo findet folgendes Berfahren statt:

1) Der angebliche lette Inhaber des Rentenbriefes muß beffen Berlust und die Umstände, unter denen solcher sich ereignet hat, der betreffenden Provinzial = Rentenbant = Direction anzeigen.

2) Bermag ber Anzeigende bie ganzliche Bernichtung bes Rentenbriefes auf eine für die Direction bet Rentenbank nach beren Ermeffen überzeugende Beise barzuthun, so wird ihm an Stelle des vernichteten ein anderer Rentenbrief von gleichem Betrage ausgesertigt.

In allen anderen Fallen muß ber verlorene Rentenbrief zuvor öffentlich aufgeboten und gerichtlich amortifirt werden.

- 3) Zu dem Ende hat die Direction der Rentendank umet specieller Bezeichnung des Rentendrieses und Benennung des angeblichen letzten Inhaders den Berlust und die Umstade, unter denen solcher geschehen sein soll, öffentlich mit der Aufforderung bekannt zu machen: daß derzenige, weicher rechtmäßiger Inhader dieses Rentendrieses zu sein behauptet, sich ohne Berzug dei ihr melde. Diese Bekanntmachung wird ein mal in die Amtsblätter der Provinz und in zwei in der Provinz erschelnde Zeitungen eingerück, und ist, falls der Berlierer nicht eine besondere Bekanntmachung verlangt, mit einet der im S. 42. gedachten öffentlichen Bekanntmachungen zu verbinden.
- 4) Melbet sich binnen Jahrebfrist nach ber Einruckung ber Bei fanntmachung (Rr. 3.) in die Amtsblätter Riemand als Inhaber best angeblich verlorenen Rentenbriefes, und kommt bett selbe während dieser Zeit auch sonst nicht zum Borschein so wird dem Berlierer hierüber von der Direction der Rentenbank eine Bescheinigung erthellt.

5) Auf Grund diefer Bescheinigung tann bet Berlierer bei bem Gerichte, in beffen Bezirke die betreffende Provingial Rentenbank ihren Sig hat, bas weitere Aufgebot und bie Amortisation bes Rentenbriefes in Antrag bringen.

6) Das Gericht hat hierauf einen Ebittaltermin anzusehen und benselben unter Angabe

a) des Buchstaben, der Rammer und des Berrages bes ungeblich verlorenen Rentendriefes,

b) bes Ramens bes ungeblichen Berliererb, mit bei Aufforberung öffentlich befannt in nuchen,

baß ein Jeber, ber an ben Rentenbrief ein Unrecht gu haben vermeint, sich bei bem Gerichte Pflieftens in dem Ebiktaltermine melben und felle Recht nach weisen moge, wibrigenfalls ber Rentenbrief für erloschen ertlart, und bem Berlierer ein neuer in beffen Stelle ausgefertigtwerben folle.

Beträgt ber Rennwerth des Renienbriefes 25 Rink. ober weniger, so wird der Edittaltermin durch einmalige Einstüdung in die Amisblätter der Provinz und int eine in dersfelben erscheinende Zeitung bekannt gemacht und so weit hinaus bestimmt, daß vom Tage der Einrückung in die Amtsblätter an gerechnet dis zum Termin mindestend sechs Wochen frei bleiben.

Beträgt ber Nennwerth bes Rentenbriefes 100 Athlir., so muß ber Ediftaltermin zweimal burch die gedachten öffent-lichen Blätter befannt gemacht und bergestalt hinausgerudt werben, baß zwischen ber ersten Einrudung in die Amts-blätter und bem Termin minbestens seche Monate vergehen.

Bei Rentenbriefen von 500 ober 1900 Rihler. muß bie Bekanntmachung bes Termins breimal nicht nur burch jene Blätter sonbern zugleich burch ben in Berlin erscheis nenben Preußischen Staats-Anzeiger erfolgen und minbes ftens eine einjährige Frift zwischen bet ersten Einruckung in bie Amtsblätter und bem Termin verlaufen.

- 7) Melbet fich auf die Evistalcitation ober auch schon worher in Folge der unter Rt. 3. angeordneten Bekanntmachung ein Inhaber des Rentenbriefes, so muß der Streit zwischen ihm und dem angeblichen Berlierer gerichtlich erortett und entschieden werden.
- 8) Hat sich bagegen Riemand in dem Ediktaltermin gemelbet und ist auch der Rentendrief nicht zum Vorschein gekomsmen, so faßt das Gericht das Praklusionss und Amortissationss Erkenntniß ab und verkundet solches durch Zustelslung einer Aussertigung an den Berlierer, sowie durch Ausshang einer solchen an der Gerichtskelle.
- 9) Sobald das Erkenntniß rechtskräftig geworden, was anzunehmen ist, wenn binnen vier Wochen nach erfolgtem Anshange Niemand Einwendungen bei bem Gerichte dagegen achoben hat, wird bessen Inhalt durch die Amtsblätter ber Provinz und durch eine in derfelban erscheinende Zeitung ektmal beknnnt gemacht, englicht aber

eine mit dem Attest der Rechtstraft versehene Aussertigung des Erkenntnisses der Direction der Rentendank mitgetheilt, welche alsdann dem Berlierer an Stelle des amortistrem einen anderen Rentendrief von gleichem Betrage mit den dazu gehörenden, dis dahin von der Rentendank noch nicht ausgegebenen Zinscoupons zustellt.

10) Die burch bas Aufgebotsverfahren bei ber Direction ber-Rentenbank und bem Gerichte entstehenden Kosten hat ber

Berlierer zu tragen.

11) Wegen verlorener ober vernichteter Zinscoupons ist ein Amortisationsversahren so-wenig, als eine Klage auf Zusstellung anderer Coupons an Stelle ber verlorenen ober vernichteten zulässig.

Wenn jeboch die Bernichtung ber Zinscoupons ber Direction ber Rentenbank überzeugend nachgewiesen wird, so kann bieselbe andere Coupons an Stelle ber vernichteten ausantworten.

Dotive.

Das hier vorgeschriebene Verfahren für das Aufgebot und die Amartisation verloren gegangener Kentenbriese ift im Wesentlichen den bestehenden Vorschriften über das Aufgebot von Staatsvapieren nachgebildet. Diese letzteren Vorschriften hier geradezu für anwendbar zu etstären, war deshalb nicht zulässig, weil in ihnen zum Ahell auf die Vorschriften der Allgemeinen Preußischen Gerichts-Ordnung Bezug genommen wird, während der vorliegende Gesetz-Entwurf auch auf Lansdesthelle Anwendung sinden soll, in welchen diese Gerichts-Ordnung nicht Gesesestraft hat.

Befondere Bestimmungen.

a) Bur biejenigen Landestheile, in welchen bereits Renten.

§. 58.

Die für einzelne Landestheile über die Errichtung von Renten Zilgungstaffen früher bereits ergangenen gefestichen Borfcriften, namlich:

a) das durch die Rabinets. Ordre vom 20. September 1836 bestätigte Reglement für die Tilgungskasse zur Erleichter rung der Ablösung der Reallasten in den Kreisen Paders born, Büren, Warburg und Hörter vom 8. August 1836 (Geses-Sammlung 1836, Seite 235.);

- b) das Geset vom 22. Dezember 1839, betreffend'die Rechtsverhältnisse der Grundbesitzer und die Ablösung der Reallaften in den Grafschraften Wittgenstein-Berleburg und Wittgenstein-Wittgenstein (Gesep-Sammlung 1840, S. 6.);
- c) das durch die Rabinets-Ordre vom 18. April 1845 bestätigte Reglement für die Tilgungskasse zur Erleichterung der Ablösung der Reallasten in den Kreisen Heiligenstadt, Mühlhausen und Wordis vom 9. April 1845 (Geset Sammlung 1845, Seite 410.) sowie das durch die Kabinets-Ordre vom 6. Juli 1846 genehmigte Regulativ wegen Erleichterung der Domainen-Prästantiarien in den vorerwähnten drei Kreisen bei Abtragung und Ablösung ihrer Domanial-Leistungen vom 14. Juni 1846,

bleiben, mit Ausnahme ber durch das Geset über die Ablösung ber Reallasten zc. vom heutigen Tage aufgehobenen §§. 33. und 35. des unter b. gedachten Gesetes, auch nach Verfündung des gegenwärtigen Gesetes in den Landestheilen, für welche sie gegesben sind, nur insoweit in Kraft, als sie den nachstehenden Bestimmungen nicht zuwiderlausen:

- 1) An der Stelle der Borschriften der Ablösungs-Ordnungen vom 7. Juni 1821 und 13. Juli 1829, auf welche in den unter a. dis c. gedachten Specialgesetzen verwiesen ift, sind fünstig die Borschriften des Gesetzes vom heutigen Tage, bestreffend die Ablösung der Reallasten z., in Anwendung zu bringen; es wird daher der jährliche Geldwerth der nach dem gedachten Ablösungsgesetz ablösbaren Reallasten sortan stets nach den Vorschriften dieses Gesetzes sestgestellt.
- 2) Die Bestimmung im §. 3. des Reglements vom 8. August 1836, (siehe oben unter a.) und im §. 2. des Reglements vom 9. April_1845 (siehe oben unter c.):

"daß die Ablösung durch die Tilgungskasse nur stattsinde, wenn der Berechtigte darauf anträgt," wird aufgehoben, und das Recht zum Antrage auf eine solche Ablösung auch dem Berpflichteten, jedoch nur für den Fall beigelegt, wenn berselbe diesen Antrag auf Ablösung sämmtlicher hierzu geeigneten Reallasten seines Grundstüds richtet.

3) Die Borfchift im §. 2. des Reglements vom Q. April 1845 (fiehe oben unter a.):

"baß ber Antrag fteis auch auf Ablösung bes Schafs Aushütungs , Pferche und Milchnunungerechts erstrecht werden muß"

- wird aufgehoben.
- 4) Das Reglement vom 9. April 1845 für die Kreise Heille genstadt 2c. (fiehe oben unter e.) wird dahin abgeandert, daß
 - w) bie fünftig auszugebenden Schuldverfchreibungen ber Tilgungstaffe allichrlich bis zur Amortifation nicht mit brei und einem halben, sondern mit pier Procent bem Empfangs-Berechtigten zu verzinsen;
 - p) baß bas aus der Staatstaffe jährlich zuzuschießende eine Procent des Betrages der ausgegedenen Schuldwerschreibungen (S. 7. des gedachten Reglements) mit einem halben Procent zur Erhöhung der Zinsen der Inhaber der Schuldverschreibungen von drei und einem halben auf vier Procent, und mit einem halben Procent zur Amortisation der Schuldverschreibungen zu verwenden;
 - 7) die nach 8. 12. des Reglements von den Pflichtigen unwerändert mit drei und drei viertel Procent des jum 20fachen Betrage kapitalisiteten Geldwerthes ihrer nach dem Geset über die Ablösung der Reallasten ic. vom heutigen Tage festzuskellenden und zu enticktenden Renten fortan nicht in dem Zeitraum von 43 Jahren, sondern nach Ablauf eines Zeitraums von 56 %. Jahren erlösschen;
 - s wenn der Pflichtige die Tilgung der Rente vor 216lauf des zuletzt angegebenen Zeitraums ganz ober
 theilweise herbeizusühren munscht, so kann er solche
 durch Baarzahlung der in der beigefügten Tabelle A.
 für jedes Jahr berechneten Ablösungsbetröge bewirken. Die dem Reglement vom Q, April 1845 beigefügte Tabelle findet daher nur dei Ablösung solcher
 Renten Anwendung, welche der Tilgungskaffe hereits

var Publifation bes gegenwärtigen Gesches rechtsverbindlich überwiesen find,

- 5) Das Meglement vom 8. August 1826 für die Kreise Paberborn x. (siehe oben unter a.) wird, wie folgt, abgeändert:
 - a) diesenigen Pflichtigen, welche sich ben Bestimmungen im S. 14. Rr. 1, und 2. des gedachten Reglements unterworfen haben, sind an dieselben nicht ferner gebunden. Es behält aber bei den SS. 14. und 15. des Reglements ihnen zugesicherten Bortheilen sein Bewenden;
 - s) dieselben Bortheile kommen benjenigen, welche funftig nach Maaßgabe bes Reglements ihre Reallasten ablösen, sowie benjenigen, welche bereits Renten an die Tilgungskasse entrichten, den Bestimmungen bes \$. 14. Nr. 1. und 2. sich jedoch nicht unterworsen haben, zu Statten. Bei diesen letzten Pflichtigen beginnt die verminderte Rentenzahlung von vier und einem sechstel auf vier Procent, sowie die Amortisations-Periode von 41 Jahren mit dem auf die Berkündung des gegenwärtigen Gesetzes zunächstsligenden Rentenzahlungs-Termin.
- 6) Die Bestimmungen ber §§. 18. 19. und 20. des gegenwärtigen Gesehes finden auch auf die Renten, weiche ben
 bereits bestehenden Tilgungstaffen (siehe oben unter a.
 h. c.) zustehen, sowie auf die Gebäude, worauf folche
 Renten hasten, und die Bestimmungen der §§. 27. und
 b7. des gegenwärtigen Gesehes auf die Schuldverschreis
 bungen dieser Tilgungstaffen fünstighin ebensalls Anwens
 bung.
- 7) Die in ben \$8, 39. und 40. des gegenwärtigen Gesetes enthaltenen Bestimmungen sind auch für die mehrgebachten Tilgungstaffen bergestalt maasgebend, das die zur Tilgung zu bringenden Schuldverschreibungen stets durch Ausloosung bestimmt werden muffen. Der Aufauf dersels ben durch die Tilgungstaffen ift nicht gestattet.
- 8) Bas im 8. 49. bes gegenwärtigen Gefetes in Bezug auf bie Rechte britter Berfonen verordnet worben, findet

bei Absindungen durch Schuldverschreibungen ber beftes henden Tilgungstaffen gleichfalls Anwendung.

- 9) Den Ministerien für die Finanzen und für die landwirthe schaftlichen Angelegenheiten bleibt es überlaffen, die Funftionen ber bestehenden Tilgungskaffen (siehe oben unter a. b. c.) den Provinzial-Rentenbanken, resp. den Auseeinandersehungs-Behörden zu überweisen.
- 10) Die Vorschriften bes Reglements vom 8. August 1836 und 9. April 1845, nebst den vorstehenden, diese Reglesments ergänzenden Bestimmungen sinden in den betreffenden Distrikten auch auf die dem Königlichen Domaisnen-Fistus zustehenden Reallasten insoweit Anwendung, als es sich um Festsehung der Höhe der Rente, deren Tilgung und Ablösung und endlich um die den Tilgungsstassen in Beziehung auf solche Renten eingeräumten Rechte handelt.

Dagegen werben auch hier Schuldverschreibungen für ben Koniglichen Domainen-Fistus nicht ausgestellt.

1. Motibe.

Die bei uns bereits bestehenben Tilgungstaffen find lediglich für folche Diftritte errichtet worden, in welchen damals eine unverhaltniß mäßige Belaftung ober eine große Urmuth ber Berpflichteten ftatifanb. Es find ben bortigen Berpflichteten baber Erleichterungen und Beibulfen Seitens bes Staats verheißen und gemahrt worden, welche ben Berpflichteten ber übrigen Sandestheile nicht in gleichem Daage zugewendet merben fonnen. Soweit die Bermandlung Der Reallaften in Renten nach ben bisherigen Reglements biefer Tilgungsfaffen bereits ftattgefunben bat, muß naturlich auch bie fernere Behandlung und Tilgung bies fer Renten in Gemäßheit eben Diefer Borfchriften fortgeführt werben. Aber auch in Unfebung ber noch nicht regulirten Reallaften jener Gegenden haben bie Betheiligten einen begrundeten Unspruch Darauf, daß ihnen bie burch bie bisherigen Reglements ber Tilgungetaffen verheißenen Borichriften nicht wieder entzogen werden. Consequenter Beife murben fte fic bas gegen auch gefallen laffen muffen, daß bei ber Bermandlung ihrer Reallaften in fefte Belbrenten nicht Die erleichternben Grundfage bes neuen Ablofunge-Gefeges, fonbern bie ber bieberigen Ablofunge-Gefege, auf welche in ben Reglemente bingewiefen ift, gur Unwendung gebracht murben.

Dies wurde aber ben Uebelftand herheiführen, daß diese bisherigen Ablöfungs-Gefete lediglich in Diesen kleinen Diftriften fortbestehen mußten, was einem Sauptzweck der neuen Gesetzebung, der herftellung gleichmässiger Ablöfungs-Grundsate in allen Landestheilen, zuwiderlausen wurde.

2. Grunde ber Agrar-Commiffion. 'In dem Reglement für Die Tilgungstaffe gur Erleichterung ber Ab-

löfung ber Reallaften in ben Kreisen Paberborn, Buren, Warburg und höxter bes Regierungsbezirfs Minben vom 8. August 1836 ift nach ben Bestimmungen ber § 11. bis 15. in Bezug auf die Pflichtigen eine Unterschetdung insofern gemacht worden, daß

1) diejenigen, weiche fich ben Beschränkungen bes §. 11. Dieses Reglements unterwerfen, nur mahrend ber Dauer von 41 Jahren bie Höhe bes Betrages ber Schuldverschreibungen mit 4 Procent zu verzinsen hatten und bann von jeder weiteren Zahlung entbunden waren, da die Amortisation berselben burch Buschuffe aus

Staatsmitteln nach S. 6. erfolgt, bagegen

2) Diejenigen, welche fich diefen Befchränkungen §. 14. Mr. 1. und 2. nicht unterwerfen, ben Betrag ber Schuldverschreibungen mit 4 % Procent an die Tilgungskaffe zu verzinfen hatten und fich von diefer fortlaufenden Zinszahlung nur durch die Erlegung eines dem 20fachen Betrage der Renten gleichkommenden Kapitals, wenn auch in Stüdzahlungen, befreien konnten.

Das Reglement zur Beförderung der Ablösung der Reallasten in den Kreisen heiligenstadt, Mühlhausen und Worbis des Regierungsbesites Ersurt vom 9. April 1845 enthält dagegen folgende hier in Be-

tracht fommende Bestimmungen:

1) weun der Berechtigte die Ablöfung der ihm zustehenden Abgaben und Leiftungen durch die Tilgungstaffe beantragte, so mußte er fich mit dem 20fachen Rapitaliftrungsbetrage des festgestellten jährlichen Geldwerths dieser Abgaben und Leiftungen begnügen und diesen Betrag als Schuldverschreibungen der Tilgungstaffe annehmen;

2) Diefe Schuldverschreibungen erhielt er mit 3 1/2 Brocent bis ju

ihrer Amortifation verginft;

3) die Pflichtigen hatten ben Gesammtbetrag ihrer kapitalisteten jahrlichen Renten mit 33/4 Procent 43 Jahre lang zu verzinsen und waren bann von jeder weiteren Zahlungsverpflichtung befreit;

4) um bie Amortisation herbeiguführen, wurde jahrlich ein Brocent bon bem Betrage ber ausgegebenen Schulbverschreibungen aus ber

Staatetaffe überwiefen.

Das Gefetz vom 22. Dezember 1839 hat endlich die Berhältnisse ber fiandesherrlichen Untersassen in den beiden Grafschaften Wittgenskein-Berledurg und Wittgenftein-Wittgenstein, wegen Ablösung der an die standesherrlichen Häuser zu entrichtenden Geld- und Natural-Abgaben, Zehnten und sonstigen Bräftationen, schon dahin definitiv geregelt, daß die Pflichtigen vom 1. Oktober 1840 ab nur noch 41 Jahre lang vier Künftel des sestgeskellten jährlichen Geldwerths der abgelösten Präskationen an die Tilgungstasse zu entrichten haben, woran auch jest nichts weiter zu andern sein wird.

Dagegen hat fich bie Commiffion einftimmig über folgende Saupt-

grundfage geeinigt und empfiehlt fie ber Rammer zur Unnahme:

1) Insofern die Ablösung der Reallasten in den gedachten Landestheilen nicht bereits nach den Borschriften der Berordnungen vom 8. August 1836 und 9. April 1846 erfolgt ist, werden für die Zukunft auch in diesen Landestheileu nur die Borschriften des neuen Ablöfungs-Gesehes, wie es noch schließlich nach Durchlaufung der legislativen Stadien festgestellt werden wird, maaßgebend sein können. 2) In Berückschigung dessen, und weil dann es nicht mehr im WisIen bes Berechtigten flost, die Ablöfung ber Reallaften burch die Tilgungskaffe zu verlangen, sondern diese unter allen Umftanden nach den Borschriften bes neuen Ablöfungs-Gesetze erfolgen muß, es auch nur der Gerechtigkeit entspreche, daß in densenigen Lans bestheilen, wo nach der Berordnung vom 9. April 1845 die Schulderschreibungen nur mit 3 1/4. Procent verzinst wurden, die auf Grund des neuen Ablöfungs-Gesetzs auszustellenden Schuldverschreibungen ebenfalls, wie in allen übrigen Landestheislen, mit 4 Procent zu verzinsen find;

3) daß hiernach von bem nach §. 7. der gedachten Berordnung Seitens ber Staatstaffe zur alleinigen Tilgung jährlich beizutragenden einen Procent der auszugebenden Schuldverschreibungen ein halbes Procent zur Erhöhung der Berginfung von 3.1/2, auf 4 Procent für die Berechtigten verwendet, das andere halbe Procent aber zur Amortisation verwendet und sonach fiber eine Amor-

tisatione = Periode von 36 %, Jahr festgestellt werde;

4) die Pflichtigen in diesen kandestheilen nach wie vor nur 3% Procent des mit dem Wfachen Betrage fapitaliferten jährlichen Gesammtwerthes ihrer Leiftungen, wie fich derfelbe auf Grund der Bousfchriften des neuen Ablöfungs-Gesches herausstellen wird, als jähre liche Rente an die Rentenbanken abkühren sollen, die Amartisations-Beriode aber für sie kunftig ebenfalls katt 43 Jahr auf 36½ Jahr verlängert werde und sonach, da sie 3½ Procent zahlen, der Staat 1 Procent zuschießt, zur Berzinsung für die Berechtigten 4 Procent, zur Amordisation ½ Procent verwandt werden sollen, dann das annoch vorhandene ½ Procent wie bisher auf die Kosten gerechnet wird;

5) die Pflichtigen in den Landestheilen, in weichen die Berordnung vom 8. August 1836 Geltung fat, sowohl in der Zinstahlung als in der Amortisations Periode mit ganglicher Beseitigung der Beschränkungen im §. 14. dieser Berordnung gleich zu stellen find;

6) Diejenigen Bestimmungen bes vorliegenden Gefat. Entwurffig melde zwedmäßig auch auf Diefe Landestheile angewendet werben konnen,

ausbrudlich noch in Diefem Paragraphen zu bezeichnen.

Diesen Grundfägen ist auch der harr Ftnang-Minister, insoweit badurch die Finangerwaltung bezührt wird, beigetreten, und die Comsuffion bringt hiernach die veränderte Fassung des §. 59. in Borschlag, welche von den Kammern im Wesentlichen angenommen ist.

Der Berichterftatter ber Agrar . Commiffion ber zweiten Rammer

hob noch besonders Folgendes hemor:

Im Allgemeinen aber ift es der Zwed dieses Karngraphen, daß die Betheiligten in denjenigen Landestheilen, wo bereits Tilgungskaffen bestehen, nämlich in dem Paderbornschen und dem Eichefelde in keiner Beziehung schlechter gestellt werden sollen, als die übrigen Bethelkigten, welche durch das Ablösungs-Geset, welches Sie vatirt haben, jest der troffen werden. Es sind dabei die in jemen Landestheilen bestehenden Bestimmungen für die Tikgungskassen mit Bustimmung des hen. Kinang-Winisters, der bet der Berathung gegenwärtig war, so angesorunt worden, daß, ohne die Lasten der Psticktigen zu erhöhen, sie denmech der Wohlthaten, welche das neue Ablösungs-Geset dietet, theilhaftig werden und, umgekehrt, die Berechtigten da, wo ihnen die Rente nach dem neuen Ablösungs-Geset seitze siehet sicht schlichter gestellt

werben, wie die Berechtigten in ben übrigen Probingen bes Staates! Dies sind die haupt-Grundsähe, welche leitend gewesen sind, dem ganzen 5. 58. eine andere Fassung zu geben. Es sind dann zu gleicher Beit biesenigen Bestimmungen, welche in jenen Landestheilen gelten, wo diese besonderen Tilgungskaffen bestehen, im §. 58. erwähnt worden, insoweit sie durch das gegenwärtige Rentenbank-Geset abgeändert werden sollen Aus dem eingebrachten Amendement entnehme ich, das beantragt worden ist, in Nr. 4. des von Ihrer Commission neu gesasten Artisels die nnter Lit. a. p. y. s. ausgesührten Bestimmungen zu streichen. Wenn dies aber geschen sollte, so würde der Zweck, welchen die Commission gehabt hat, und welcher, wie ich hosse, von der hohen Kammer gutge-

beiben wird, wieder verloren geben.

Soweit ich mich des Amendements aus dem einmaligen Borlesen erinnere, beantragt es die Streichung dieser Lit. Diese enthalten aber die Bestimmung, daß die kreise geligenstadt u. s. w. alijährlich die zur Amortisation nicht mit 3½ Procent, sondern mit 4 Procent dem Empsangsberechtigten verzinst werden sollen. Sie stellen also in dieser Beziehung den Berechtigten, der nun unter allen Umständen sich den Bezdingungen des neuen Ablösungs-Gesess unterwersen muß, ebenso wie alle übrigen Berechtigten in den äbrigen Abslich des Staates gleich, und zwar nicht etwa durch eine gedigere Belastung der Pstächtigen, sondern dadurch, daß das ½ Procent, welches hier dem Berechtigten, sondern den wird, aus dem sich niest von dem Staate alijährlich jener Tilgungsben wird, aus dem sichon jest von dem Staate alijährlich einer Tilgungsstelle überwiesenen 1 Procent von dem Setaate alijährlicher von der Tilgungssfesterwiesenen 1 Procent von dem Setaate alijährlicher von der Tilgungsschießenden 1 Procent zur Umstästich von diesem von dem Staate zweisesenden 1 Procent ½ Procent zur Gleichstellung der Berechtigten und demnach ½ Procent zur Amortisation der Kentenbriese verwandt wird, wie dies auch in den übrigen Theilen des Staates geschieht.

Der britte Sat bestimmt nun zwar allerdings, daß die Amortsfations-Beriode der Berpflichteten von 43 auf 56 Ichre, also um 18 Jahre sich berlängert, allein warum geschieht dies? Es hat dies nicht Bonug auf die jest schon kapitalissten Renten, auf die jest schon der Eichsselbischen Kentenbank überwiesenen Renten; diese geben ruhig in ihrer Amorusations-Beriode sort und haben nur 43 Jahre sortzugahlen, von dem Tage der Ueberweisung an. Es bezieht sich das lediglich auf diezienigen Kenten, die nach dem neuen Absosnaße Geseh, also nit allen Bortheilen, die darin dem Werpflichteten zugewand sind, abgelöset worden, und es haben die Berpflichteten zugewand sind, abgelöset worden, und es haben die Verpflichteten im Eichsseldischen dem Bortheil, daß sie eben nur 3% Procent für die Rente zu zahlen haben, und die Amortisation und das 1/2 Procent sür die Berechtigten wird aus der Smothskasse zugegeben, und darum können sie, in Berückschiegung, daß ibre Kennen niedeiger sind und sie sonst noch weniger zahlen als die übrigen Verpslichteten im Staate, in Folge ihnen früher gemachter Verpflichteten des Staates gleichgestelt werden. Ich die in dasse der Verzichten das Eichsseld vorzeschlagen; nur im Interesse beider Theile ist, und daß Ihnen nicht empfohlen werden kann, auf das gestellte Amendement einzugehen; viels

mehr glaube ich, bag ber 3wed, ben bie Commiffion gehabt hat, bie möglichfte Gleichmäßigleit in diesem Theile ber Gesetzebung im gangen Staat hervorzubringen, nur erreicht wird, wenn ber §. 58. so von ihnen angenommen wird, wie ihn Ihre Commission vorgeschlagen hat.

3. Grunbe ber erften Rammer.

- S. 58. (im Entwurfe S. 59.) umfaßt die Borschriften über Anwendung bieses Gesetes auf diejenigen Landestheile, in welchen bereits Renten-Tilgungs Unstalten bestehen. Aus ben von den Commissarien der Regierung gegebenen Erläuterungen, sowie aus ben im Bericht der Agrar-Commission der zweiten Kammer entwickelten Gründen, denen ein mit den Berhältnissen der westphälischen Tilgungstaffe vertrautes Commissionsmitsglied vollständig beitrat, erklärte die Commission um so mehr mit diesen Aenderungen sich einverstanden, als die Bortheile des Rentenbant-Gesetes mit den früher in jenen Landestheilen bestehenden Berordnungen über die Renten Tilgung durch dieselben in Einklang gebracht werden, ohne die in jenen Berordnungen gemährten Rechte sowohl der Berechtigten als der Berpflichteten zu verlegen.
- b) Für bie Fälle, in benen Die Abfindung des Berechtigten in Rentenbriefen durch Bermittelung des Staates erfolgt (fiebe oben §. 9.).

s. 59.

Benn der Verpflichtete die Ablösung durch Baarzahlung des 18fachen Betrages der Rente bewirken will, der Berechtigte aber die Absindung zum 20fachen Betrage in Rentendriesen verlangt (§. 64. des Geseyes über Ablösung der Reallasten ic. vom heutigen Tage), so muß der Berechtigte diese Erklärung vor Abschluß des Rezesses abgeben und es ist dieselbe in Letteren mit auszunehmen.

S. 60.

Erfolgt die Erklarung des Berechtigten (§. 59.) in den Monaten Januar his Juni, so muß die Baarzahlung am 1. Ottos ber defielben Jahres in eine von dem Finanz-Ministerium zu bezeichnende Königliche Kasse bewirft werden.

Wird dagegen die Erklarung des Berechtigten in den Mornaten Juli bis Dezember abgegeben, so muß die Einzahlung am 1. April des darauf folgenden Jahres an die gedachte Kaffe erfolgen.

S. 61.

Der Berechtigte erhalt seine Entschäbigung burch bie betreffende Provinzial-Rentenbank mit bem 20fachen Betrage ber vol-

len Rente in Rentenbriefen, jedoch nur insoweit, als bieser Bestrag durch Rentenbriefe unter Berücksichtigung der zulässigen Appoints (§. 32.) gewährt werden kann. Kapitalsbeträge unter neun Thaler muffen baher von dem Berechtigten in baarem Gelbe, ohne einen Zuschuß von der Staatskaffe, angenommen werden.

§. 62.

Die Ablösungs Rapitalien, soweit fie bem Berechtigten nicht baar gezahlt werden (§. 61.), werden zur Tilgung von Staatsschulden, und zwar zunächst ber burch bas Gefet vom 25. April 1848 gegründeten fünfprocentigen Anleihe verwendet.

Der Staat ist verpflichtet, ber Rentenbank alljährlich vier und ein halbes Procent ber ausgegebenen Rentenbriefe (§. 61.) in halbjährigen Raten, und zwar während 56 %. Jahren von ber Ausstellung eines jeden Rentenbriefes gerechnet, zu entrichteiten; es sei denn, daß durch ein Gesetz eine Vermehrung des Tilgungsfonds Behuss früherer Amortisation der Rentenbriefe bestimmt wird.

§. 63.

Der Berpflichtete wird burch Jahlung bes Ablösungs - Kapistals an die Staatskasse (S. 60.) von jeder Berpflichtung gegen ben bisherigen Berechtigten sowie gegen britte Personen in Beziehung auf das Ablösungs-Rapital und die Reallasten, an besten Stelle dasselbe getreten, befreit.

Domainen-Renten.

S. 64.

Auf diejenigen Renten, welche sonft nach S. 6. und S. zur Ablösung durch die Rentenbanken geeignet waren, aber dem Domainen-Fistus als Berechtigten zustehen, sollen die Grundsfabe des gegenwärtigen Gesehes mit der Maaßgabe angewens bet werden, daß diese Renten je nach der Wahl der Pflichtigen (S. 10.) durch Fortentrichtung von neun Zehntheilen ihres vollen Betrages zur Staatskasse nach Ablauf eines 56 1/1. resp. 41 1/1. jährigen Zeitraums erlöschen, daß den Pflichtigen freisteht, auch während dieser Zeiträume dergleichen Renten nach den Borschriften des S. 23. ganz oder theilweise durch Kapitals

zahlung abzutofen, und bag bei Berftüdelung von Grundstäden, auf welchen folde Domainen-Renten haften, die im \$. 29. aufs gestellten Grundfage maangebend find.

Ueber bie Ausführung biefer Bestimmungen hat ber Fi-

nana - Minifter ein neues Reglement au erlaffen.

Ob und inwieweit die Borfchriften bes Artifels VII. ber Berordnung vom 17. Januar 1820 über die Behandlung bes Staatsschuldenwesens mit Rudficht auf die vorstehend getroffeenen Bestimmungen zu modificiren, bleibt ber Erwägung bei fünftiger Reviston jenes Gesehes vorbehalten.

§. 65.

Die zur Ausführung bes gegenwärtigen Gesehes erforberlichen Anordnungen gebühren Unferen Ministern für bie Fimanzen und für landwirthschaftliche Angelegenheiten.

Urfundlich unter Unserer Höchsteigenhandigen Unterschrift und beigebructem Königlichen Insiegel.

Gegeben Charlottenburg, ben 2. Marg 1850.

(L. S.) (gez.) Friedrich Wilhelm.

(gez.) Graf von Brandenburg. von Labenberg. von Manteuffel. von ber hehbt. von Rabe. Gimons. von Schleinig. von Stodhaufen.

1. Mative.

Ad S. 64. Zu dem, was schon bei S. 7. in Bezug auf die Ablöfung der Reallasten der Domainen-Einsassen bemerkt worden, ist zur Erläuterung der Borschriften dieses Naragraphen nur noch hinzuzusügen, daß die Vorschrift des S. VII. der Verordnung vom 17. Januar 1820 über die Behandlung des Staatsschuldenwesens, nach welcher die Ablössung von Domainen-Renten nur gegan baares Geld und gegen Quitstungsleistung der Staatsschulden-Vermaltungs-Behörde geschehen darf, in Volge der abweichenden Bestimmungen des vorliegenden Gesetz-Enterwers vielleicht einer Wodistation zu unterwersen sein wird, wovans in dem letzten Alinea des Paradraphen hingedeutet ist.

2. Granbe ber Agter-Commiffien.

Ad §. 64. Rach bem, was oben bei §. 28. des Gesey-Entwurfes ausgeführt worden, findet die Commutssion nur wegen den vorgeschlagenen Fassung des §. 10. auch bier eine andere Fassung für ersorderlich,
sonst aber gegen den Inhalt dieses Paragraphen nichts zu erknern.

Diefe Faffung wird bahin vorgefchlagen, bag bas erfte Alinea kint-

tet, wie folht:

"Auf biefenigen Benten, welche fonft nach S. 6. gur Ablöfung burch bie Rentenbanten geeignet maren, aber bem Domainen -Fiebus als Berechtigten gufteben, follen bie Grundfate bes gegenwärtigen Gefetes infoweit angewendet werben, baf biefe Renten je nach ber Bahl ber Pflichtigen (f. 10.) burch Fortentrichtung bon neun Behntheilen ihres wollen Betrages ober bes unverkürzten vollen Betrages gur Staatstaffe nach Ablauf eines

56 /2, resp. 41jährigen Zeitraums erlöschen x."
auch erscheint es logischer, ben §. 58. (jest §. 64.) erst hinter bem §. 59. (jest §. 58.) folgen zu lassen und sonach die Nummern beider Barapraphen zu wechfeln. Beibe Abanderungen werden hiernach bei ber Kantmer zur Annahme beantragt.

3. Rachtrag zu bem Berichte ber Agrar-Commmiffion.

Die zweite Rammer bat bei ber Berathung bes Ablofungs - Gefebes über bie Reallaften ze. auf ben Untrag bes Abgeordneten v. Patow einen Bufat ju S. 64, bes gebachten Gefetes in folgender Faffung an-

genomment:

"Will ber Werpflichtete bie Ablofung butch Baargablung bes 18faden Betrages bewirfen, fo fiebt bem Berechtigten bennoch frei, bie Abfindung jum 20fachen Betrage ber Jahrebrente in Rentenbriefen gu berlangen. Bablt ber Berechtigte biefe Abfindung, fo beiftet ber Berpflichtete Die Baargabinng Des 18facben Betrages an Die Staatskaffe, welche bagegen Die bem Berpflichteten nach Maafgabe bes Gefetes megen Grrichtung von Rentenbanten obbiegenben Bablungen an bie Rentenbant zu leiften bat.

Das Rabere beftimmt bas Rentenbant - Befet." Bur Beit ale biefer Befchlug bon ber Rammer gefaße wurde, batte Die Ugrar - Commiffion ibre Berathungen über bas Rentenbant - Gefet bereits beenbet und ben Bericht fur bas Blenum biernber erfinttet, jedenfalls bedurfte aber bas Rentenbant-Gefet in Fotge Diefes Bofchluffes noch einer Ergangung, und bie Agrar-Commiffion wurde von ber Rammer beauftragt, hierzu gerignete Borfchiage zu machen.

286 ferner bei ber ingwischen borgenommenen Plemarberathung über bas Rentenbant. Defet, Die Rammer bis jum S. 9. bes lettern Gefetes bergefchritten war, marbe von bem Abgenebneten bon Patow ein Abanderungs-Borfcblag zu biefem Baragraphen babin lautend eingebracht:

Die Rammer wolle beschließen:

in Gemäßhelt bes gu S. 64. bes Ablöfungs- Befehes gefaßten Befoluffes im S. 9. Des Rentenbant - Gefetes gwifchen Alinea 1.

und 2. folgenden San dagufchalten:

"Daffelbe muß gescheben, wenn ber Berpflichtete zwar bon ber Befugnif ber Abtofung burch Boarzahlung Gebrauch macht, ber Berechtigte aber Die Abtofung burch bie Rentenbant vorgiebt. In Diefem galle ift bas von bem Berpflichteten eingugobiende Ablöfungs - Rapital, infoweit der Berechtigte nach §. 11. Daffelbe anzunehmen gehalten ift, ber am Sig ber Rentenbant befindlichen Begierung ju überweifen, welche bagegen in Unfebung ber far ben Berechtigten auszufertigenben Rentenbriefe, ber Rentenbant gegenüber, in biejenigen Berpflichtungen und

Befugniffe eintritt, welche fonft bem Berpflichteten refp. obgelegen und zugeftanben haben murben."

In ber 71. Sigung ber Kammer wurde jedoch beschloffen, Die Diskussion über ben §. 9. und bas bazu gestellte Amendement auszusetzen und Letteres ebenfalls an die Agrar-Commission zur näheren Erwägung in Berbindung mit ben Borschlägen, welche in Folge bes zu §. 64. bes Ablösungs-Geses angenommenen Jusates zu machen waren, zurudzugeben.

Ebenfo ift aber auch die endliche Beschlugnahme über die §§. 49. 50. und 58. des Geses-Entwurfes über die Rentenbanten um deshalb ausgesetzt worden, weil zu bemfelben mehrere Abanderungs-Borichlage in ber 72. Sigung der Rammer eingebracht wurden, die fich noch nicht ge-

bruckt in ben Banben ber Berren Abgeordneten befanden.

Die Agrar-Commiffton hat nun bei ihren nachträglichen Berathun'gen über ben von ihr in Bezug auf ben S. 64. bes Ablöfungs-Gefetes
beschloffenen Busat und ben v. Batowschen zu S. 9. bes RentenbantsGeset Entwurfes gemachten Antrag auch die vorbezeichneten Abanderungs-Borschläge in nochmalige Erwägung gezogen und beehrt sich ber
zweiten Kammer bas Resultat ihrer Berathungen und bie barauf geftutten Antrage zur weiteren Beschlufnahme wie folgt, vorzulegen.

Die Commiffion ift zuforberft faft einftimmig ber Unficht gewesen, bag burch ben von bem Abgeordneten b. Batow beantragten Bufas gum S. 9. bes Rentenbant - Befes - Entwurfs ber Begenftand, um Den es fich banbelt, nicht vollftanbig feinem gangen Umfange nach erledigt murbe, weil abgefeben bavon, daß von einer Ablöfung burch bie Rentenbanken boch nur bann die Rebe fein fann, wenn ftatt ber burch bie Baargablungen bes 18fachen Betrages ganglich erloschenen und weggefallenen Renten erft wieder folche bestimmte auf Grundftuden haftende Renten, beren Baluta ben Rentenbanfen überwiefen werben fonnen, ermittelt und festgeftellt werben mußten, es boch noch anferbem mehrfacher Beftimmungen bebarf, um ben Bwed und ben Sinn bes ju f. 64. bes Ablofungs = Gefenes angenommenen Bufabes im Intereffe ber Berechtigten gang ju erreichen, zugleich aber auch bestimmte Normen über Die Bermenbung ber gur Staatetaffe gemachten Baargablungen aufzustellen, ferner folche Ginrichtungen zu treffen, um die möglichen Opfer, welche ber Staat bierbei ju bringen haben wird, fo eng ale möglich zu begrangen, endlich aber bas eigentliche Befen und die Gefchafte ber Rentenbauten gur vollftandigeren Ueberficht und Rontrolle als eine für fich beftebenbe abgesonberte Ginrichtung, wie fie ber Gefes Entwurf beabfichtigt, möglichft aufrecht gu

Es wird baher Seitens der Commission die Verwerfung des v. Batowschen Zusages zu §. 9. des Geset Entwurfs beantragt und dagegen vorgeschlagen: die §§. 1. bis 59. des Rentenbant-Geset-Entwurses, wie sie
schließlich bereits theils von der Kammer angenommen, theils in Bezug auf
die §§. 9. 49. 50. und 59. noch angenommen werden dürsten, als
ben "Ersten Abschnitt" des Gesetzes zu bezeichnen und demselben
einen zweiten Abschnitt, in einer der weiter unten vorzuschlagenden Kaseinen zweiten Abschnitt, in einer der weiter unten vorzuschlagenden Kassungen, hinzuzussügen, damit der erste Abschnitt alles daszenige in ununterbrochener Volgereihe enthalte, was sich auf die Einrichtung und Geschäfte der Rentenbanken und der von ihnen auszusktellenden wirklich fundirten Rentenbriefe bezieht, mährend der zweite Abschnitt nur diesenigen

Bestimmungen entholten foll, welche bie Ausführung ber Festsehungen in bem ju S. 64. bes Ablöfungs. Gefetes angenommenen Zusate in fich begreifen.

Dagegen wird zur größeren Bollftanbigfeit zwischen bem erften und weiten Alinea bes 5. 9. Seitens ber Commiffion folgenber Bufat zur

Annabme beantragt:

"Will der Verpflichtete die Ablösungen dagegen nach §. 64. a. a. D. durch Baarzahlung des 18fachen Betrages bewirfen, der Berechtigte aber von der im letten Sat des obgedachten §. 64. ihm eingeräumten Befugniß, den 20fachen Betrag in Rentenbriefen verlangen zu können, Gebrauch machen, so finden in solchem Falle die Vorschriften des zweiten Abschnitts des gegenwärtigen Geses Anwendung."

Außerdem wird aber auch in dem zweiten Alinea des S. 9. bes Gefet Entwurfs bei dem bereits fruber von der Commiffton beantragten Abanderungs - Antrage in der 6. Beile nicht nur der S. 65., fondern auch der S. 55. (jest S. 56.) des Ablöfungs - Gefetes wegen des zu demfel-

ben angenommenen Bufates allegirt werden muffen.

Bas nun die ber Agrar-Commission gestellte Aufgabe betrifft, über die Aus- und Durchsührbarfeit ber argenommenen Bestimmung zu S. 64. Des Ablösungs-Gesets angemeffene Borschläge ber Kammer zu machen, so haben beshalb unter Zuziehung bes herrn Finanz-Ministers und bes Commissarius bes Ministeriums für landwirthschaftliche Angelegenheiten aussührliche Erörterungen stattgefunden, und es find babei bie verschiedenartigsten Ansichten hervorgetreten.

Nachbem jeboch ein besonders von ber Commission bestellter Aus-

von einem Commiffione-Mitgliede geftellte Untrag:

"ber Rammer zu berichten, bag bas jum §. 64. bes Ablöfungs- - Gefetes angenommene v. Batowiche Amendement nicht aus- führbar erscheine und fonach die weitere Bestimmung ber Rammer zu gewärtigen fei,"

mit 15 gegen 3 Stimmen abgelehnt worben, fo find fchlieflich zwei in ihren Grundzugen verschiedene Borfchläge aufgestellt und in ber Commiffion

jur Distuffton gebracht worben.

Der erste Dieser Borschläge ift wesentlich darauf basirt: daß es ersforderlich erscheine, den angenommenen Jusay zu S. 64. möglichst wörtslich zur Auskührung zu bringen und daher solche gesetzliche Bestimmunsen zu treffen, daß im Falle der Baarzahlung des 18sachen Bestrages an die Staatskasse die Renteberechtigten auch durch wirkliche 4 Procent Zinsen tragende Rentenbriefe, welche ebenfalls in 56 1/4, Jahren zur Amortisation gelangen, abgefunden werden müßten und daher, um solche Rentenbriefe zu fundiren, den Provinzial Rentenbanken ein entsprechender Theil von Domainen Menten zu überweisen sei.

Bei bem zweiten Borfchlage ging man bagegen von ber Anficht aus, bag ber Sinn und 3med jenes angenommenen Amendements boch nur ber gewesen sei; ble Berechtigten in ben Fällen, wo ber Berpflichtete bie Baarzahlung bes 18fachen Betrages feiner Jahresrente mahlt, jeue aber nicht frei über bas Kapital bisponiren können, vor Berluften zu schweisen und sie ben Berechtigten, welche ihre Abfindung durch Renetenbriefe empfangen, im Wesentlichen gleich zu ftellen; dieser Zwed aber

auch, und zivar, was besonders zu beachten, voransfichtlich mit geringeren Opfern für die Staatsfaffe, wie bei dem ersteren Borfchlage, dann erreicht werde, wenn gesehliche Bestimmungen dahin erlassen würden, das die Entschädigung des Berechtigten, in dem oben vorausgesehren Falle, entweder durch von der Finanzverwaltung aufzulunfende Rentenbriefe oder durch neu zu freirende, auf die Staatsfasse zu sundirende und von der hauptverwaltung der Staatsschulden auszussellende und zu amortistrende Schuldverschreitungen, welche ebenfalls die zu ihrer Tilgung 4 Procent

Binfen tragen, gewährt werbe.

Bur Unterfühung und Begründung bes erften Borfchlages ift von ben Bertheidigern besieben Folgendes angetührt worden: Boriften und Absicht ber zu f. 64. des Ablöfungs-Gesebes angenommenen Bestimmungen ließen eine andere Auslegung, als daß der Berechtigte einen Kentendrief erhalten solle, welcher alle die Eigenschaften und Birkungen haben musse, die den nach dem Kentenbant-Geseh auszugebenden Renstendriesen beigelegt sind, nicht zu; namentlich erscheine die Interprestation ausgeschlossen, daß der Berechtigte mit einem neu zu kreirenden Staatsschuldischen abgesunden werden könne, weil hiermis die Interdention der angenommenen gesehlichen Bestimmung nicht erreicht werde, insdem ein solcher Staatsschuldschein, insofern derselbe den Schwankungen derartiger Rapiere unterliegt, den stabilen Werth nicht haben könne, welschen ein auf Grundrenten fundirter Rentenbrief jederzeit behalten wird.

Schon biernach erfcheine es ungulaffig , ben Berechtigten burch einen

Staateichulbichein abzufinben.

Es bleiben bemnach nur zwei Wege offen, auf welchen bie Berechtigten mitteift wirflicher Rentenbriefe abgefunden merben fonnten, namlich:

a) ihnen gegen Ueberweifung bes Ilfachen baaren Ablofungsbetrages, einen ber angenommenen Gefegesftelle entfprechenben und vont Staat angekauften Rentenbrief zu geben, ober aber

b) gegen Ueberweifung von Domainen-Renten, bureh Bermittelung ber Rentenbanten, ihnen Rentenbriefe von Diefen ausstellen zu laffen.

Der erft bezeichnete Weg durfte nach ber angenommenen Saffung bes g. 64. nicht berjenige fein, welcher hat eingeschlagen werben follen, bemr wenn bort festgefest ift:

1) daß der Berechtigte feine Abfindung in Rentenbriefen berlam-

gen fann,

2) bie Staatefaffe Diejenigen Bablungen, welche bem Berpflichteten obgelegen haben wurden, an die Rentenbant zu leiften habe,

3) bas Rahere burch bas Rentenbant-Gefet bestimmt werben folle, so erscheine es unzweifelhaft, baß, bas ganze Geschäft burch Bermittelung ber Rentenbanten bat abgemacht werben sollen, baß es alfo nicht in ber Absteht gelegen hat, burch ben Staat Rentenbriefe auffaufen zu laffen, wm damit ben Berechtigten abzusinden.

Es icheine alfo nur ber gulett bezeichnete Weg einzuschlagen gu fein, und es mare nur zu prufen, ob fich hierbei nicht eben unüberfleigliche

Binberniffe entgegenftellen burften.

Als folde hinderniffe waren folgende bezeichnet morben:

A. Es werde Schwierigfeiten haben, Die an bie Rentendanken zu überweisenden Domainen-Renten auszusondern, auch murben fich viels leicht nicht in allen Probinzen, z. B. Beftphalen, hinreichenbe Domainen- Renten zu biefem Bwecke finden.

Moge es nun auch zugegeben wenden, bag es ben Berwaltungs Behörden einige Schwierigkeit verursachen werde, solche Domainen-Renten
auszusondern, welche sich zur Ueberweisung eigneten, so fonne doch nicht
anerkannt werden, daß biefe Schwierigkeiten unüberwindlich, ja daß sie
nur sohr erheblich fein wurden.

Um ben von ben Domainen-Renten handelnden §. 58. bes Gefets-Entwurfes zur Ausführung zu bringen, bedurfe es ber Regulirung ber Domainen-Renten ebenfo, wie ber Renten ber Privatberechtigten.

Bei Regulirung Diefer Renten werbe es fich aber fofort ergeben, welche berfelben baar und welche burch allmälige Amortisation jur Ab-

lösung tommen murben.

Diefe Lesteren wurden nun biejenigen fein, welche fich jur Ueberweifung an Die Rentenbanten Behufs Ausführung bes S. 64. bes Ablöfungs-Gefetzes, insoweit fich bas Bedürfnis bazu herausftelle, eignen wurden.

Da nun die Arntenbanken wiffen mußten, welchen Gefanmtbetrag von Renten fie gegen Ueberweisung bes baaren Ablösungs-Rapitals bedurfen, so werden fie hierüber ben Domainen-Berwaltungen so zeitig eine Nachweisung zu geben im Stande fein, daß Lettere füglich einen entsprechenden Rentenbetrag aussondern und in dem Augenblick überweisen konnen, in welchem fie bafür die baare Baluta erhalten, mas bann zugleich die Wirtung hatte, daß auch die Rentenbanken zur selben Zeit die Rentenbriefe ausstellen und ebenso den bisherigen Berpflichteten die Bescheinigung der bewirften Ablösung ertheilen konnten.

Die Borausseyung, daß in einzelnen Brobingen nicht hinreichende, jur Ueberwoifung geeignete Domainen-Renten vorhanden fein durften, sei nur eine Bermuthung und durch nichts bewiesen; möchte dieselbe aber auch in einzelnen Fällen zutreffen, so wurde eine Einrichtung nicht schwiesig fein, wonach die Bermittelung durch die Rentenbant einer benach-

barten Proving bewirft wurde.

B. Ein ferneres hindernif der Ueberweisung von Domainen-Renten an die Rentenbanken werbe in dem Gefetze über bas Staatsschulben-Ligungswesen und namentlich in dem Umftande gesucht, daß Diese Ren-

ben ben Staatsglaubigern berpfanbet feien.

Ein folches hinderniß fet indeffen in Wirklichkeit nicht vorhanden. Rach ber Gefeg. Borlage ficht nämlich den Domainen-Rentepflichtigen die Ablöfung der Domainen-Renten zum 18fachen Betrage obenfo zu, wie demjenigen, welche anderen Berechtigten verhaftet find.

Einer berartigen Ablofung von Domainen -Renten fonnen fonach

Die Staatsgläubiger nicht wiberfprechen.

Wenn aber die Domainenpflichtigen in biefer Beise ablösen könnten, so stände auch jedem Dritten das Recht zu, statt ihrer die Ablösung durch baere Zahlung des Ablösungs-Kapitals zu bewirken und zwar nach ausrücklicher Vorschrift der §§. 49. und 50. Tit. 16., Th. 1. des Allg. Landr., die da anordnen:

Unter eben ben Umftanden, wo ber Glaubiger von feinem Schuldner felbst Zahlung anzunehmen verbunden fein wurde, fann er bie Annuhme berfelben von einem Dritten, weicher statt bes Schuldners gablen will und in ber Berwaltung feines Bermägens nicht

eingeschränft ift, nicht berweigern.

Soweit ber Gläubiger bergleichen Bablung von einem Dritten anzunehmen schulbig ift, foreit ift er auch bemfelben feine Rechte an ben Schulbner abzutreten berpflichtet.

Diernach burfte es nicht zweifelhaft erscheinen, daß die Ablöfung ber Domainen-Renten zum 18fachen Betrage nicht blos burch ben Pflichtigen, sonbern auch burch Dritte zuläffig fein wurde.

Durfte hiermit Die Doglichfeit sowie Die Bulaffigfeit ber Uebermeifung von Domainen - Renten nachgewiesen fein, fo ließe fich auch für Die

Ruglichfeit einer folchen Operation folgenbes anführen:

1) Es werde badurch bem Zwecke des §. 64. des Ablöfungs-Gefetes vollftändig entsprochen; dieser gehe bahin, dem Berechtigten statt des 18fachen Betrages einen 20fachen durch einen Rentenbrief zu verschaffen, welchem, weil gegründet auf hhpothekarisch fundirte Renten und weil mit der Baluta Staatsschulden bezahlt, somit aber in den Augen des Staates verwendet eine eben so große, wegen des letzteren Umstandes vielleicht eine größere Sicherheit gegeben ift, als den nach dem vorliegenden Gesetzentwurf zu emanirenden Rentenbriesen überhaupt, und welcher, da er von den Fartaliteten der staatlichen Konjunkturen nicht niehr als jedes anbeatalitäten der staatlichen Konjunkturen nicht niehr als jedes anbeatalisten der staatlichen Konjunkturen werden wird, gegen Kapitalz und Binsen-Verluste vollständig schüßt, was bei Staatspapieren überall nicht in dem Maaße der Fall sein wird, weshalb deren Werthstets ein mehr relativer sein nuß.

2) Der Finanzverwaltung werbe bamit ber Zweck ber Berwendung ber baburch erzielten Einnahme, näullich bie Algung von Staatsschulden, direkt vorgezeichnet, jene Einnahme fonach ihrer biscretionairen Berwaltung entzogen, was ihr nur selbst angenehm sein könne, insofern sie baburch etwanigen Einwendungen gegen biese Berwaltung entgeht.

3) Wenn die Staatstaffe für das erhaltene Ablöfungs-Rapital eine entsprechende amortisationsfähige Rente von 4 1/2 Procent überweise, so werde dieselbe badurch nicht nachtheiliger gestellt, als wenn neue, 4 Procent Zinsen tragende Staatsschuldscheine ausgestellt werden,

au beren Amortisation außerbem fahrlich // Brocent einzuzahlen fei.

4) Durch bas vorgeschlagene Projeft unterliege weber bas Rentenbant-Gefet, noch bassenige über bas Staatsschulbenwesen einer principiellen Aenderung.

Außerdem durfte zu berücksichtigen fein, daß ber Staat burch die Ausführung bes §. 64. nach biefen Grundfagen erhebliche Berlufte nicht zu erleiden haben wurde, weil die Fälle, wo die Berpflichteten baar ablöfen wurden, nicht eben sehr haufig vortommen durften, weil ferner viele Berechtigte die angebotene Baarzahlung annehmen werden.

Es durfte sonach feine Veranlaffung vorliegen,. ein neues Smatsichulbenwefen einzurichten, welches überall feine Bebenflichkeiten in Rudficht auf ben Staatscredit haben wird, im vorliegenben Falle aber um fo mehr, als die Gobe ber neu zu freirenden Schulden fich nicht überfeben laffe,

Dagegen sei ber Procentverluft, welchen ber Staat erleiben wird, wenn er amortisationsfähige Renten à 4 % Procent für 90 Mthlr. baas res Ablösungs-Rapital überweift, wohl zu übersehen, benn er betrage, wenn mit Letterem Staatsschuldscheine getilgt werden, 1 Procent.

Auf Die vorftebenben Ausführungen geftust, wurde nun Die Fasfung bes zweiten Abschnittes bes Gefet - Entwurfes in folgender Art vorgeschlagen:

Bweiter Abschnitt.

S. 60. (jest S. 59.) Wenn der Verpflichtete die Ablösung durch Baargahlung des 18fachen Betrages bewirfen will, der Berechtigte aber seine Absindung zum 20fachen Betrage in Rentenbriefen verlangt (S. 64. des Ablösungs-Gesetzes vom heutigen Tage), so muß der Berechtigte diese Erklärung vor Abschluß des Rezesses abgeben und es ift dieselbe in Lesteren mit aufzunehmen.

S. 61. (jest S. 60.) Erfolgt die Erflärung des Berechtigten (S. 60.) in den Monaten Januar bis Juni, jo muß die Baareinzahlung am 1. Oftober deffelben Jahres in eine von dem Finang-Ministerium zu bezeichnende Königl. Kaffe geschehen. Wird bagegen die Erflärung des Berechtigten in den Monaten Juli bis Dezember abgegeben, so muß die Einzahlung am 1. April des

Darauf folgenden Jahres erfolgen.

S. 62. (jest S. 61.) Der Berechtigte erhalt seine Abfindung nach erfolgter Einzahlung bes Ablösungs-Rapitals (S. 61.) burch die betreffende Provinzial-Rentenbant in Rentenbriefen (SS. 32. bis 48. und 57.) jun 20fachen Betrage ber ihm gusstehenden Rente, jedoch nur insoweit, als dieser Betrag in Appoints der Rentenbanken gewährt werden kann. Kapitalsbetrage unter neun Thaler muffen daher von dem Berechtigten in baarem Gelde ohne einen Zuschuß Seitens bes Staats angenommen werden.

S. 63. (jest 62.) Die Ablösungs-Rapitalien, soweit fie ber Berechtigte nicht baar anzunehmen verpflichtet ift (S. 62.), wers ben an die hauptverwaltung der Staatsschulden abgeführt und von dieser nach Maaßgabe der Bestimmungen des Gesetes vom 17. Januar 1820 über die Ablösungs-Rapitalien für Domainen-

Renten bermenbet.

Der betreffenden Rentenbank muß baber gleichzeitig und noch vor Ausstellung ber Rentenbriefe (S. 62.) ber zur Berzinfung und Amortifation berfelben erforberliche Betrag (S. 38.) in Dos

mainen = Renten überwiesen werben.

S. 64. Nur folche Domainen-Renten, von welchen bereits feststeht, daß ber Rentepflichtige von seiner Befugniß, die Ablössung durch Baarzahlung des 18sachen Betrages zu bewirken, teinen Gebrauch machen will, welche aber den Borschriften des gegenwärtigen Gesetzes unterliegen, und deren Tilgungs-Beriote noch nicht begonnen hat (§. 59.), können der Rentenbank über-wiesen werden.

S. 65. Sind folche Renten (S. 64.) nicht bisponibel, fo ift ber Staat bas Ablösungs Rapital von ber Einzahlung ab (S. 61.) bis zu bem Zeitpunft, in welchem bie Rentenbriefe ausgestellt werben fonnen (S. 63.), bem Berechtigten mit 41/2 Procent zu

berginfen berpflichtet.

S. 66. Dem Finang-Minister foll es freistehen, fich einen angemeffenen Betrag in Rentenbriefen zum Zweck ber Abfindung von Berechtigten (SS. 60. 61. und 62.) baburch zu verschaffen, bag er bie Ablösung von Domainen=Renten burch Bermittetung

von Rentenbanten unmittelbar beantragt. Die fo beichafften Rentenbriefe find bei ber Sauptverwaltung ber Staatsschulden bis zu ibrer fünftigen Ausloofung und Tilgung zu beponiren, tomnen aber auch außerbem mit Berudfichtigung ber Bestimmung im 5. 63. ju ber in Rebe ftebenden Abfindung ber Brivatberechtigten burch Rentenbriefe verwendet werben.

S. 67. Die Borfchriften über Ginglebung, Sitherftellung und Tilgung ber Renten (g. 18. bis 27.) finden auch auf Die ben Rentenbanken überwiesenen Domainen = Renten Unwendung,

S. 68. Bis zur Einzahlung des Ablösungs - Rapitals an die Ronigliche Raffe (S. 61.) muß, wenn ble Ausführung ber Auseinanderfetung früher eingetreten ift, Die Rente von bem Berpflichteten unmittelbar an ben bieberigen Berechtigten entrichtet werben.

Der Berpflichtete wird bagegen burch Bablung bes Ablösungs-Rapitals an Die Ronigliche Raffe won jeber Berpflichtung gegen ben bieberigen Berechtigten, fowie gegen britte Berfonen, in Beziehung auf bas Ablbfunge - Rapital und bie Reallaften, an beren Stelle baffelbe getreten, befreit.

S. 69. Soweit vorstehend nicht etwas Unberes verordnet worden, fommen bie Borfdriften bes erften Abschnitts auch bei Ab-

löfungen nach bem gegenwärtigen Abiconitt gur Anwendung. S. 70. Die gur Ansführung bes Gefeges erforberlichen Anordnungen gebühren Unferen Miniftern fur bie Binangen und für

landwirthichaftliche Ungelegenheiten.

Dagegen ift zur Unterftugung bes zweiten Borfchlages angeführt worden: 3mar fonne nicht in Abrede geftellt werben, bag in bem ju 5. 64. bes Ablofunge - Gefeges angenommenen Bufat afferbings bestimmt fel: es konne ber Berechtigte in bem bort vorausgefesten Kalle feine Abfindung zum 20fachen Betrage ber Jahrebrente in Rentenbriefen berlangen und von wirklichen Rentenbriefen nur bann bie Rebe fein, wenn Diefelbe auf Grundrenten, beren Baluta ben Rentenbanten überwiefen werden, fundirt waren, und ebenso muffe zugegeben werden, daß die Berechtigten, welche genothigt wurden, von jener gefetlichen Beftimmung Gebranch zu machen, eben burch bie Unnahme bes gedachten Bufages, mit ben Berechtigten, beren Berpflichtete von einer Baargablung burch ben 18fachen Betrag ihrer Jahrebrente feinen Gebrauch machen wollen ober fonnen, haben gleichgestellt werben follen.

Inbeffen wurde Letteres auch bann ber gall fein, wenn bie Berechtigten, flatt folder Rentenbriefe, Schuldverschreibungen bes Staats erhielten, welche beren Berginfung gn 4 Procent und beren gleichartige Tilgung wie Die ber Privat-Rentenbriefe burch ben gesammten Staatecre-Dit garantirt, sowie durch die Berwendung ber eingezahlten Rapitalien gur Abstohung bestehender Staatsschulden, vorausstatlich einen niebris geren Cours nicht haben burften, als die übrigen Brivat-Rentenbriefe, für welche ber Staat ebenfalls die Garantie übernehme.

Es fei hierbei überhaupt weniger auf bie möglichen Coursichmanfungen Diefer Papiere als Darauf Gewicht zu legen, bag bem Berechtigten Die Mittel geboten werben follten, bei Berfculbungen burch bie Rentenablofung nicht in Berlegenheit zu tommen und bei baaren Kapis talegablungen Buschüffe zu machen, wenn er über jene nicht frei bisponirm Unne, dies werbe aber wollständig erreicht, wenn er Staatsichulb-Berfchreibungen erhalte, deren prompte und fichere Berginfung ihm durch hen Staat garantirt fai, und welche gleich den Brivat-Rentenbriefen fo lange deponirt bleiben, die der Berechtigte den vollen Rennwerth berfelben im Bege ber regelmäßigen Tilgung und innerhalb berfelben Zeitraume aus-

gezahlt erhielte, wie jeder andere Rentenbrief - Befiger.

Daß nur dieser Zweck durch den angenommenen Zusat zu §. 64, habe erreicht werden sollen, gehe aus den im Plenum der Kammer herbeigeführten Distussionen unzweideutig hervor, audererseits sei aber auch bei diesen mehrsach und ausdrücklich hervorzehoben worden, daß es nicht die Absicht der Kammer gewesen sei, durch die in Rede stehende Operation dem Staate unter allen Umständen neue und wesentliche Opfer aufzulegen, vielauchr wäre ausdrücklich ausgeführt worden, daß durch die Baarzahlungen des Issachen Betrages an die Staatskasse diese in den Stand geseht werden wärde, durch zwecknäßige sinanzielle Operation sein Berlust für den Staat nicht nur zu vermeiden, sondern vielleicht soger dadurch noch ein vorthellhastes Geschäft zu machen.

Sollte nun aber die Aussuhrung bes S. 64. nach bem erften Borichlage erfolgen, bann fiche es unbestritten fest, daß die Staatstaffe für
jede 90 Mthir. baar erhaltenes Rapital, welche, sobald bafür DomainenRenten überwiesen werden mußten, der Gauptverwaltung der Staatsichulden fofort zur Allgung von Staatsschuldscheinen zu überweisen seien,
sehr wenig mehr als 31/4 Procent Zinsen bei dem jetigen Courfe den Staatsschuldscheine erspare, dagegen aber 41/4 Procent zur Berzinsung und Amprehiation des Rentendrieses von 100 Athle., welcher für das

erhaltene Rapital auszuftellen fei, verausgaben muffe.

hier fei also von Sause aus ein fortbauernber Berluft für bie Staatstaffe in Aussicht gestellt, welcher fich fortsteigere, je mehr von ben Baargablungen mit bem 18fachen Betrage Gebrauch gemacht wer-

ben burfte.

Sanz anders stelle sich aber die Sache, wenn in Stelle ber erhabtenen Baarzahlungen neue Staatsschuld-Berschreibungen ausgestellt, diese
mit 4½ Procent dis zu ihrer Amortisation verzinst und die eingegangenen baaren Gelder z. B. zur Allgung der fünsprocentigen Anleihe verwendet werden könnten, dann sei es möglich, daß der Staat bei der
ganzen Operation gar keinen Berlust erleide, und schon diese Möglichleit
lage die Verpflichtung im allgemeinen Staatsinteresse auf, dem zweiten

Borschlage ben Borgug zu geben.

Es fei aber auch ferner zu bebenten, daß schon aus dem Grunde, weil vor der hand gar nicht übersehen werden könne, ob von der nach b. 64. Den Berechtigten und Verpflichteten zugestandenen Besugniß jesmals ein ansgedehnter Gebrauch gemacht werden würde, der FinanzBerwaltung insofern freier Spielvaum zu lassen fei, ob es nicht dem sinanziellen Interesse des Staates unter gewissen Umständen mehr entspräche, Rentendriese auszulaufen und sie zur Absindung der Berechtigsten zu berwenden, was dann der Ausstellung von neuen Schuldverschreisdungen vorzugiehen sein würde, wenn es sich nur um verhältnismäßig geringe Summen haudele.

Wenn min auch fernet zuzugeben fei, baf es nicht gerabezu unzulafig und unausführbar fein burfte, burch Ueberweifung von Domainen-Menten an bie Rentenbant ben erften Borfchiag burchzuführen, ob-

gleich bie aus ben Beftimmungen bes Allgemeinen ganbrechts Theil I. Zit. 16. SS. 49. und 50. hergeleiteten Rechtfertigungegrunde ben Staategläubigern gegenüber nicht als für ben vorllegenden Fall vollfommen paffend und gutreffend erachtet werben tonnten, fo fei es boch immet miglich, in biefer Urt und Beife willfurlich und gum Rugen einzeiner Rlaffen ber Staateburger über Die ben Staateglaubigern verpfandeten Revenuen des Staats zu disponiren und badurch möglicherweise ben Staateeredit zu ericutttern; wolle man aber auch biervon abfeben, fo fei boch fo viel gewiß, daß die gange Operation nach bem erften Borfchlage mit fehr vielen Beitläuftigfeiten und Schwierigfeiten verfnupft fet, ja es fei ein Fall benfbar, nach welchem ein Beitpunft eintreten tonne, wo er gar nicht mehr durchführbar fei.

Letteres wurde bann ber Fall fein , wenn fammtliche Domainen-Renten eher regulirt und mit ihren Tilgunge = Berioben (S. 59. bes Befet. Entwurfe) begonnen hatten, bevor die Regulirung aller Privatrenten bollenbet fei: Diefer Kall fei gar nicht unwahrscheinlich, und bann murbe es gang an folden Renten fehlen, welche ben Rentenbanten überwiefen mer-

ben fonnten.

Aus biefen Grunden hat fich benn auch Die Commiffion, nachdem auch ber Finang-Minifter fich mehr für ben zweiten Borfchlag ausgefprochen, in ihrer Majoritat fur das Darin ausgesprochene Princip erflart, und nachdem noch ein in ber Commiffion geftellter Antrag babin Lautend:

"bie eingezahlten Ablofunge-Rapitalien werben zur Tilgung ber durch das Gefen vom 25. April 1848 gegrundeten fünfprocentigen freiwilligen Unleihe verwendet, und ber Rentenberechtigte wir bagegen nach ber Bahl ber Finang-Bermaltung entweder burch aufzufaufende Rentenbriefe, wenn Diefe unter dem Rennwerth fteben, ober burch neu zu creirenbe vierprocentige Staats fculbpapiere abgefunden.

mit 12 gegen 6 Stimmen angenommen worden, bat fich die Commiffion, mit üterwiegender Majorität für den Borfchlag folgender Bestimmungen ents fcbieben und erlaubt fich Diefelben ber Rammer zur Unnahme zu empfehlen:

Bweiter Abichnitt.

Wenn ber Berpflichtete bie Ablöfung burch Baargab lung bes 18fachen Betrages bewirfen will, ber Berechtigte aber feine Abfindung zum 20fachen Betrag in Rentenbriefen verlangt (S. 64. Des Ablofungs - Gefeges vom beutigen Tage), fo muß ber Berechtigte Diefe Erflärung vor Abicblug bes Regeffes abgeben, und es ift diefelbe in Letteren mit aufzunehmen.

S. 61. Erfolgt die Erflarung bes Berechtigten (S. 60.) in ben Monaten Januar bis Juni, fo muß die Baargabiung am 1. Oftober beffelben Jahres in eine von bem Finang-Minifter ju bezeichnende Königl. Raffe bewirft werben.

Wird bagegen Die Erflärung bes Berechtigten in ben Monaten Juli bis Dezember abgegeben, fo muß bie Gingablung am 1. April bes barauf folgenden Jahres an Die gebachte Raffe erfolgen.

S. 62. Die eingezahlten Ablöfunge - Rapitalien werben gur Tilgung ber burch bas Gefet vom 25. April 1848 gegründeten fünfprocentigen freiwilligen Unleihe verwendet, und ber Rentenberechtigte wird dagegen nach ber Wahl ber Finang-Verwaltung entweder burch aufzutaufenbe Rentenbriefe, wenn biefe unter bem Mennwerthe fieben, ober burch neu zu freirende vierprocentige

Stantefchuld - Berfdreibungen abgefunben.

S. 63. Diefe Schuldverschreibungen merben bon ber Sauptverwaltung ber Staatsschulben nach bem beiliegenben Schema sub Lit. E. und bie mit biefen Schulbberfchreibungen auszugebenben Binecoupone nach bem beiliegenden Schema sub Lit. F.ausgestellt.

S. 64. Bur Amortifation biefer ausgestellten Schuldberichreis bungen muß alljährlich minbeftens 1/2 Procent bes Rennwerths berfelben, fowle bie erfparten Binfen ber getilgten Berfchreibungen verwendet werben.

Sammtliche Schuldverschreibungen muffen baber fpateftens in 56/1, Jahren, vom Schluß ber Rentenbanten an gerechnet (§. 56.), gur Amortifation fommen.

Die Amortisation erfolgt halbjahrlich, und es muffen bie gur Amorfation gelangenden Schuldverschreibungen lediglich burch

Ausloofung bestimmt werben.

S. 65. Die Bestimmungen ber SS. 17. 32, 33, 34, 35, 36. 37. 40. 41. 43 44. 45. und 50. bes erften Abiconitts finden auch auf Die Schuldverschreibungen Anwendung, jedoch mit ber Maafigabe, bag bie Bahlung berfelben und beren Coupons nicht von ben Rentenbanten, fonbern von benjenigen Beborben bewirft wird, welchen die Auszahlung ausgeloofter Staatsichuldscheine und beren Coupons obliegt.

In Begiehung auf Die Form ber Befanntmachung ber ausgelooften Schuidverschreibungen, ber Ausloofung und Bernichtung, fowie in Beziehung auf bas Berfabren bei bem Berluft einer Schuldverschreibung und ber dazu gehörigen Coupons, finden Die Borfdriften, melde bei ben Staatsichuldicheinen gelten, Unwendung.

Die erfte Ginrudung ber gur Ausloofung getommenen Schulde verschreibungen in Die offentlichen Blatter muß in bemfelben Monat, in welchem die Ausloofung ftattgefunden bat (S. 4L) und zwar in ben Preußischen Staate-Unzeiger minbeftene 4 Do-

nat por bem Bablungstage, erfolgen.

S. 66. Der Berechtigie erhalt ben 20fachen Betrag ber ibm gebührenben Rente (S. 64. Des Ablofungs- Befeges vom beutis gen Tage) nur infoweit, als biefer Betrag burch Rentenbriefe ober Schuldverschreibungen unter Berudfichtigung ber gulaffts gen Appoints (§§. 32. und 65.) gemahrt werben tann. Rapitalebetrage unter 9 Rthir. muffen baber von bem Bereche

tigten in baarem Gelbe, ohne einen Bufchuß Seitens bes Staats,

angenommen werden.

S. 67. Der Verpflichtete wird burch Bablung bes Ablöfunge-Rapitals an bie Staatstaffe (f. 61.) von jeder Berpflichtung gegen ben bisherigen Berechtigten, sowie gegen britte Bersonen, in Beziehung auf bas Ablöfungs-Rapital und bie Reallaften, an beren Stelle baffelbe getreten, befreit.

3m Uebrigen finden bie Bestimmungen S. 49. Mr. 2. bis 7., SS. 31. und 51. bes erften Abichnitts auch auf bie Ablofungen

burch Schuldverschreibungen (S. 62) Univendung.

S. 68. Die von ben Roniglichen Raffen, welche gur Em-

pfangnahme ber hagt eingewhlten Abföhungse Aphiellen autorifitt find, ausgestellten Duitiungen über bie haar und richtig erfolgte Einzahlung find genügend, um auf Grund deriglben die Löschung ber hypothefarisch eingetragenen Nenten und Reallasten zu beantragen, und diese köschung must auf Grund berselben bewirft werden.

\$. 69. Die jur Ausführung Diefes Gesetzes erforberlichen Anordnungen gebühren Unferen Miniftern für Die Binanzen und

landwirthichaftlichen Ungelegenheiten.

Die nachträglich gemachten Abanderungs = Barichlage ju SS, 9. und 49. bes erften Abichnitts bes Gefet - Entwurfs find als Anlage beigefügt.

Berlin ben 8. Januar 1850.

In ber 86. Sigung (copf. Seite 1999, und folg. ber ftenographischen Berichte) wurden die Grunde ber Agrar-Commission lebhaft bekampft und namentlich ausgeführt;

a) daß unter Renten nicht allein Grundrenten zu verfiehen seien, und bie Sicherheit der Rentenhriefe badurch nicht gefährdet werde, daß solche auch zum Theil auf Zahlungen aus der Staats-

faffe und nicht allein auf Grundrenten bafirt werden;

b) daß mit Annahme bes Borichlages berfelben die Confequenz aus ber Annahme bes \$, 64. des Ablöfungs-Gefetes, pach welchem ber Berechtigte die Ablöfung burch Bermittelung ber Renten-banken zum 20fachen Betrage in Rentenbriefen verlangen kann, aufgegeben, und hier Berechtigte durch neu zu kreitende Staatssichtlicheine, dort Berechtigte durch Rentenbriefe, welche auf Renten baftert seien, also unbedingt eine größere Sicherheit boten, abgefunden werden sollten.

Dies hatte zur Folge, daß in Consequenz des g. 64. des Ablöfungs-Gesets und der Annahme des g. 9. dieses Gesets in seiner setzigen Fassung das vorausgestellte Shstem der Agrar-Cammisson verkassen wurde und sind demgemäß die \$5. 59. die 63. des Reutenbankenseletzes in ihrer setzigen Fassung von der ersten Kammer in Borschlag gebracht und von der zweiten Kammer um so mehr underändert angenommen worden, als sie die ausstührenden Maaßrogeln und Bestimmungen in Betrest des im g. 64. des Ablöhungs Gesetzes angenommen Grundsges und über die Verwendung der zur Staatstasse gelangenden Bagrzahlungen entbalten, und sie anerkennen mußte, daß die den Bagrzahlungen entbalten, und sie anerkennen mußte, daß die den Bagrzahlungen entbalten Ausstührung des v. Ratowschen Amendements bedeutenden sormellen Bedenken unterliege (ck. Neußerung des Regierungs-Commissionen Berichte). Der Bericht, der Agmmer. Kol. 2724 der stenagraphischen Berichte), Der Bericht, der Agmare Commission der zweiten Kammer, welcher die Annahme der Aprichten

Der gedachte Gefeg. Entwurf, wie er nach ben Beichluffen ber zweiten Kammer fich gestaltet bat, ift von bem Plenum ber erften Rammer in ihrer Sigung am 15. Dieses Monats berathen und nur mit einigen pon ben Beschluffen ber zweiten Kammer abweichenben Beranberungen

angenommen worden.

Rachdem berfelbe an benjenigen Abanberungen, welche bie erfte

Rammer filt gibedliniffig ernehtet baf, bem Bolffbium ber gweiten Rammer unterm 16. b. Mis. Bugegangen, ift er ber Agrar- Commiffion gur Borberathung überwiefen worben.

Lettere hat ftattgefunden, und bie Commiffion beebrt fic, ber bo-

ben Rammer hierüber nachftebenben Bericht zu erftatten :

Die bon ber erften Rammer vorgenommenen Abanberungen begieben fich in feiner Beife auf ble bem Gefet Entwurf gum Grunde liegenden Brincipien, diese find vielmehr durchweg gang nach ben Beschlussen ber zweiten Rammer beibehalten, und die erste Kammer bat fich ihnen überall durch ihre Beschlusse angeschlossen.

Wenn deffenungeachtet in ben SS. 6. 9. 10. 18. 21. 22. 28. 49. und 60. (fest 64.) bes Gefen Gntwurfes Abanderungen beliebt, Die \$5. 51. und 61. gang gestrichen und unter 59. 60. 61. 62. und 63. bem Entwurf funf neue Baragraphen bingugefügt worben finb, fo finb alle biefe Abanderungen Weglaffungen und Bufape, wie eine Bergleichung ihrer Bufammenftellung mit bem Gefet Entwurf, fo wie er von ber zweiten Rammer beschloffen und angenommen mar, ergiebt, nur als gaffunge = Beranberungen zu betrachten, welche baburch berbeigeführt und nothwendig geworben find, daß

1) ber bon ber zweiten Rammer bem Gefet - Entwurf neu bingugefügte S. 51. megen ber zweijahrigen Rudftanbe bon Abgaben, welche unter bestimmten Worausfegungen ebenfalls burch bie Rentenbanten gur Ablöfung gebracht werben tonnen, inbeffen feinem wefentlichen Inhalte nach, in bas Gofen wegen Ablöfung ber Real-laften felbft unter Dr. 99. übernommen worben ift, bier alfo wegfallen fonnte und banach bie SS. 6, 10. 22. und 28, einige

Saffungs - Aenderungen erleiden mußten; 2) die erfte Kammer es vorgezogen bat, die Bestimmungen wegen bes von der gweiten Rammer ju S. 9. angenommenen v. Batows fchen Amendements in Bezug auf Diejenigen galle, wo ber Bes rechtigte bei Ablöfung Geltens bes Berpflichwten jum 18fachent Betrage es vorzieht, ftatt bes baaren Rapitals bie Entschädigung in Rentenbriefen jum 20fachen Betrage zu empfangen, in ununterbrechener Folgenreihe burch funf neue Paragraphen zusammenzufaffen, ohne bag auch hierbei bie bon ber zweiten Rammer feitenben Grundfage verlaffen worden maren.

Dies hat Faffungs-Beranderungen bei ben 66. 18. und 21. foe

wie die Streichung bes §. 61. 62, und 63, jur Bolge gehabt; 3) endlich find im zweiten Alinea bes §, 49. Ar. 2, in ber erften Beile hinter bem Borte: "Grebit - Inftitute" moch bie Borie eine gefcaltet worden: "fomte die Königlithen Credit - Inflitute in Schien ften", und weiterhin ift ftatr: "bem landschaftlichen Grobit-Inftis tut gefest worden: "ben Credit-Inftituten" ebenfo ift im S. 60. (fest 64.) flate bes Bortes: "mismeit" gefagt worden: "mit ber Maagaabe", wooned nur eine pedeifere Saffing bezwecht worden.

We haben fich nun gegen biefe Buffungs - Wanderungen: in ber Ratar - Commiffion Bebenten geltend gemacht, und ba im Uebrigen fammeliche bei Berathung bes Gefet - Entwurfes in ber gweisen Rammer leis tent gewofene Grundfage unverandent geblieben find, fo empfiehlt die

Commiffion ber hoben Rammer:

thre Buftimmung ju ben ton ber erften Rammer angenommes

nen Abluberungen ju eribeiten und banach bie Annahme bes ganzen Gefen-Entwurfes, wie er aus ben Berathungen und nach ben Beschliffen ber ersten Rammer hervorgegangen und sich gestaltet hat, auszuhrrechen.

Der Bericht ber Agrar-Commission ber erften Kammer, welcher fic Bol. 2711. und folg. ber ftenographischen Berichte vorfindet, läßt

fich aber biefe Abanberungs-Borichlage babin aus:

In S. 9. wurde bas erfte Alinea unverandert angenommen.

Das zweite und britte Alinea gaben zu einer längeren Debatte Beranlaffung, es enthalten diefelben bas von dem Abgeordneten b. Batow in ber zweiten Rammer eingebrachte Amendement bes Inhalts:

in Gemäßbeit bes zu S. 64. bes Ablöfunge-Gefetes gefaßten Beichluffes im S. 9. bes Rentenbant-Gefetes zwifchen Alinea 1.

und 2. folgenden Gas einzuschalten:

"Daffelbe muß gefcheben, wenn ber Berpflichtete zwar von ber Befugniß zur Ablöfung burch Baarzahlung Gebrauch macht, ber - Berechtigte aber Die Ablöfung burch bie Rentenbant vorzieht.

In Diesem Falle ift bas von bem Berpflichteten einzugahlende Ablösungs-Rapital, insoweit nicht ber Berechtigte nach §. 11. baffelbe anzunehmen gehalten ift, ber am Site ber Rentenbant befindlichen Regierung zu überweisen, welche bagegen in Ansehung ber für den Berechtigten auszusertigenden Rentenbriefe, ber Rentenbauf gegenüber, in diejenigen Berpflichtungen und Besugniffe eintritt, welche sonft dem Berpflichteten resp. obgelegen und zugesftanden haben wurden."

Diefes Amendement war ber Agrar-Commission ber zweiten Rammer nochmals zur naberen Ermägung überwiesen, von biefer abgelehnt,

im Blenum jeboch angenommen worben.

Da dieser Beschluß ber zweiten Kammer bas Brincip ber Rentenbanken wesentlich berührt, so hielt Ihre Agrar-Commission es für ihre Bflicht, benfelben in reifliche Ermägung zu ziehen. Der Nachtrag zum Berichte ber zweiten Rammer, sowie die bezüglichen stenographischen Be-

richte, lieferten gu Diefem Bebuf ein reichliches Material.

In der Agrar-Commission der zweiten Kammer waren gegenüber dem v. Batow ichen Berbesserungs-Antrage noch zwei in ihren Grundzügen verschiedene Borschläge zur Berathung gestellt worden, um die Aussährung des mehrerwähnten Beschlusses zu S. 64. des Ablösungs-Geses auf eine dem Interesse des Staates wie der Berechtigten möglicht entsprechende Weise zu verwirklichen. Der erste dieser Borschläge ist wesentlich darauf bastrt: daß es ersorderlich erschene, den angenommenen Zusas zu S. 64. möglichst wörtlich zur Aussührung zu bringen
und daher solche gesetzliche Bestimmungen zu treffen, daß im Fall der Baarzahlung des Iksahen Betrages an die Staatssasse die Kentenberechtigten auch durch wirkliche 4 Procent Zinsen iragende Kentenberechtigten auch durch wirkliche 4 Procent Zinsen iragende Kentenberechtigten auch durch wirkliche 4 Procent Zinsen gelangen, abgefunben werden müßten, und daher, um solche Kentenbriese zu sundiren,
den Provinzial-Rentenbanken ein entsprechender Theil von DomainenRenten zu überweisen sei.

Bei bem zweiten Borichlage war man bagegen von ber Anficht ausgegangen, bag ber Sinn und Zweck jenes angenommenen Amendements boch nur ber gewesen: Die Berechtigten in ben Fällen) wo ber Berpflichtte die Baarzahlung ves läsachen Beirages seiner Jahrebrente wählt; seine aber nicht frei über das Kapital disponiren können, vor Verinften zu sihützen und sie den Berechtigten, welche ihre Absindung durch Rentendriese empfangen, gleichzustellen; dieser Zweck aber auch, und zwarzwas besonders zu beachten, roraussichtlich mit geringeren Opsern für die Staatskasse wie dei dem ersteren Borichlage dann erreicht werde, wenn gesehliche Bestimmungen darüber erlassen würden, daß die Entschädigung des Berechtigten in dem oben vorauszesseizen Falle entweder durch von der Binanzverwaltung aufzusaufende Kentendriese, oder durch neu zu freivende, auf die Staatssasse zu fundirende und von der Hauptverwaltung der Staatsschulden auszustellende und zu amortistrende Schuldverschungen, welche ebenfalls dis zu ihrer Titgung 4 Procent tragen, gewährt werde.

Diefe beiden Vorschläge sowie das v. Patowiche Amendement mur-

ben von ber Commiffion einer naberen Brufung unterworfen.

Für das t. Patawsche Amendement wurde gestend gemacht: Durch die in demseiben enthaltene Bestimmung, daß die Reglerung, der Reastenbant gegenüber, in die Verpflichtungen und Besugnisse des Berechtichteten eintritt und die Abssindrung des Berechtigten auch in diesem Falle in Rentendriesen erfolgt, wird die Aussührung des Juspes zu S. 64. des Absösungs-Gesehes auf dem einsachsen Wege bewirtt, indem die gesammte Operation durch die Rentenbant erfolgt und ein Unterschiedzwischen den Kentenbriesen; welche auf den Grundstüden der Berepslicheteten sundurt sind, und denen, für welche die Regierung als Verpslicheteten sindrit sind, und denen, für welche die Regierung als Verpslichenter eintritt, nicht statssindet. Es wird auf den Cours der Rentendriesenicht ungünstig einwirten, wenn auch ein Theil derselben, der muthmaaßlich nicht ein bedeutender sein wird, nicht auf Grundrenten sundur ist. Ueberdies ist dieser Vorschlag bereits von der zweiten Rammer angenomemen, und auch im Interesse der Förderung der Annahme des Gesehre erscheint es zweckmäßig, diesem Beschlusse beizuterten.

Begen ben v. Batowichen Borichlag murbe angeführt: Die in bems selben enthattene Bestimmung, fundirte und unfundirte Rentenbriefe zu bermifchen, wiberspricht ber im S. 2. und 18. Des Gefet = Entwurfs enthaltenen Grundidee ber Rentenbanten, wonach bie Rente von bem berpflichteten Grundflud bis zu beren Tilgung forterhoben wirb, welches für biefen Beitraum ber Rentenbant verhaftet bleibt. Durch ben Befolug ber zweiten Rammer werben fundirte und nicht fundirte Rentenbriefe gemeinschaftlich ausgefertigt, beträgt nun die Summe ber nicht fundirten ein Bebntel bes Gesammtbetrages ber Rentenbriefe, fo ift ein Behntel jebes ausgefertigten Rentenbriefes nicht fundirt, und es tritt für Diefen Betrag feine andere Sicherheit, als bie Barantie bes Staates ein. Db biefe Abweichung von dem Grundprincip ber Rentenbank und ber Mangel einer vollständig fundirten Sicherheit auf den Cours der Rentenbriefe im Allgemeinen nicht nachtheilig wirfen werbe, ift nicht zu ver-Es ift daher vorzugiehen, das Princip ber Rentenhanten rein zu erhalten und auf einem andern Wege bie Entschädigung ber Bereche tigten in dem gebachten Falle zu bewirfen.

Der sub 1. bezeichnete Worschlag: Die Berechtigten von Seiten bes Staats burch Domainen-Rentenbriefe zu entschähligen, fant in ber Commission lebhafte Unterflützung. Es wurde hervorgehoben, daß überhaubt ein burchgreifenber Grund nicht vorwalte, die Ablösung ber Domainen-

Renten auf antere Beife, als die ber Privatrenten gu behanden. Auch im Königreich Sachsen werden die Domainen-Renten der Rentendank überwiesen. Durch diese Ueberweisung wurden die fiskalischen Rentinder überflüffig, es würden baber Ersparungen für die Staatslusse eintreten. Der Jweit, Domainen Bentenbriese nicht auf den Geldmarft gelaugen zu lassen, werde dadurch erreicht, wenn die ausgefertigten Domainen Rentenbriese bei der Staatslichulden Aligungslusse deponirt wurden. Die Ausfortigung von Domainen-Rentenbriesen sei auch anvärhlich, weil, wenn sie unterbliebe, nach erfolgter Algung der Domainen-Renten ein Obsett für die dann ausfallende Staatsrevenüe nicht mehr vorhanden sei.

Burbe biefe Daagregel ausgeführt, fo tonnte bunn ben Berechtigten für Diefenigen Rentenbriefe, welche ber Staat gegen Empfangnahme bes baarn 18fachen Betrages ber Renten ju gewähren batte, Domninen-Mentenbriefe übergeben werben, welche ebenfalls bie Gigenfchaft ber gunbirung befägen, atfo ben Privat - Rentenbriefen gleichftanben. Auf Diefe Atelfe murbe bem Berechtigten bie Entschädigung unverfümmert genahrt. Eine Berlegung ber Berbinblichfeiten gegen bie Staatsglanbiger fonne nicht bebauptet werben, ba bie an ben Staat eingezahlte baare Balute gut Tiegung fünfprocentiger Staatspapiere vermanbt werben tonne, woburch bem Staat tein Berluft erwichse und Die Staatsfould in gleie dem Berbaltniff, als bie Gumme ber an bie Berechtigten überwiefenen Rentenbriefe beträgt, wieber getilgt wurde. Die Deponirung der Domainen - Rentenbriefe bei ber Staatsichulben - Lilgungefuffe fleht mit ber Be fimmung bes Staatsfculben - Gefepes: "bag bie eingezahlten baaren Ab-Ibfungs-Rapitalien von Domainen-Renten gur unmittelbaren Tilgung ber Staatsfchulb vermandt werben follen," nicht in Biberfpruch, indem ble Rentenbriefe vermöge ber Ausloofung gur baaren Realiffrung gelangen und bann gur Einlöfung von Staatsfchulben vermandt werben finnen. Gegen biefe Anficht wurde eingewendet: Die vorgefchlagene Maafe

Das die Berechtigten auf diese Weise am vollstündigsen entschlötigt würden, muß zugegeben werden, dagegen ist es fraglich, ob immer is viele Domainen Menten zur Ablösung gelungt fein werden, um die himselchende Anzahl von Mentendriesen für den Bedarf der Privaten zu gewähren, wenn sehr viele Brivatrenten durch beare Abzahlung getilgt würden. Es ist der Fall möglich, daß in einer Arvoinz, wo viele Domainen sind, die Rentendriese ausreichen, während sie in einer andern Brovinz sehlen; es müßten dann die Rentendriese der einen Provinz an die Gemienbank einer andern überwiesen werden, wohnesch geste Weite

Maftigleiten einflehen warden. Die Anstoft, baß, wenn ble abgelöften Damminen-Menten nicht als ein retlles Pfand in Kentenbriefen behonirt wörden, bas Aequivalent für die wegfallenden Demainen-Menten verschwied, besuht auf einem finanziellen Irribum. Bon ben Domainen-Monten werken nach bem Kentenbanks-Gefes vier Kanftel als Revenüen forensiehen, ein Jehntel wird ben Killstigen erlaffen, ein Jehntel wird zum Ellzungsfonds verwändt, welcher, ba keine Rentenbriefe zu amorstellzun find; zut Allgung der Staatsschuld verwändt wird und nach beite Jahren dieften um den Betrag des die wegfallenden Domainen

Renten tepkäfentirenben Rapitule berminbert.

Det Bosichlag, die Berechtigten im Sinne best Busches zu J. 64. Des Ablöfungs Gefthes burch besonders zu kreitende rierprocentige Stantspapiere zu etischichen, wurde von einigen Mitgliedern der Coinsmilston bekantpft, weil, wenn nuch zugegeben werden muffe, daß die Stundbiet ver Rentenbahten Vadurch vollständig gewahrt werde, doch die Entschäufigung der Berechtigten in neu zu tretrenden, nicht fundirten Staatspahteren eine minder vollftändige als durch Kentenbriefe nich beite won Put vollschen Borfchlage ober durch Dontainen-Rentenbriefe zuwellnichten, das der Berechtigten; welche zuwellnichtenbriefe sien ber Kammer genehmigten Vorschlages die Berechtigten; welche zuwellnichtenbriefen; vollsche durch Baarzgeftung genötigt wurden, mit denfenigen gleichzaftellen, welche den Losaus genommen genötigt wurden, mit denfenigen gleichzaftellen, welche den Losaus gen Beitraft wärder kunden.

Die Comunffatien ber Regierung erffarten fich dabin, daß sie beit im Alinen 2. und 3. des Paragraphen einhaltenen v. Patowsiben Worschlag allebungs nick bem Brinkip ver Mentenbanken nicht übereinfilmmische bestuchten könnten, indem die Keinheit bestehen durch die Vetsmischung fundirer und unsundierer Mentenbriese verliebt würde; ein bestimmtes Urtheil darüber zu fällen, ob durch diese Bermischung der Sours der Mentenbriese im Algeineinen gebrückt werden dürste, sei im Boraus nicht zu bestimmten. Der Plan, durch Domainen-Kentensviese abzusinden, unterliege zwar mandein Bedenken, sei jedech ausdieses und würde sich diren eine den Bestimmungen ves Staatschulsven-Gesetz ind würde sinde wird eine den Bestimmungen ves Staatschulsven-Gesetz inlicht widersprechende Modisstalien vieles Gesetzs mit demskelden in Entstang beingen lasen. Dem Bedenken über die vorrättige Wussertigning und Debonirung der Domainen "Rentenbriese bei der Staatschunsven-Kasse und vorrabliese von der Verechtigten kunsernsten gelangten, als eben zur Abstroung der Berechtigten ersorderlich wären. Eine bezüssliche Abanderung des Gesetz von 1820 Kinne jedoch nicht sofort und unter Bustimbrung der Kammern erfolgen.

Der lette Borfchlag ber Abflibilitg burch befondett berginsliche Smatshaptere, eticeline als ber einfachste und flutfte, obnibil eine Burgsfolle bufür nicht gegeben werben tonne, ob eine Courts-Different gible icht biefen nicht funbirten; sondern blos auf ber Staatsgaranite berns benden Bapieren und ben wirklichen Rentenbriefen eintreten tonnte.

Nach ber gepflogenen Erörterung und Bergleichung ber brei verichiebenen Vorschläge bereinigten fich die abweichenden Meinungen in der Anficht, daß es boi der den Kammern noch turz bemessenen Beit undbei dem dringenden Bedürfwiß, bus Gentendank-Geses als die nochwendige Folge und Ergänzung bes Ablösungs-Geses mit diesen zugleich noch während der gegenwärtigen Dint zur Bollendung zu bringen Lidet rathlich fei, bem Beschinffe ber zweiten Rommer in biefem Runte ich anzuschließen, indem burch beffen Ablehnung, infofern bie zweite Rammer Diefer Abanderung nicht beitreten follte, eine Bergogerung entfteben fonnte, welche möglicherweise Die Annahme bes Gefeges mabrend ber fetigen Diat verbinbern tounte. Wenn auch, wie allgemein er fannt murbe, eine Abweichung von bem reinen Brincip ber Rentenbanten in biefem Befchluß liege, fo fei bies Bedeuten boch mehr ein formel-Ies als ein reelles, indem eine Berabbrudung bes Courfes ber Rentenbriefe schwerlich eintreten werbe, ba bie Staatsgarantie fammtliche Rentenbriefe, fundirte und nicht fundirte, einschließe, welche Lestere boch immer nur einen febr geringen Theil ber gangen Summen bilben wurben; Die Entschädigung Der Berechtigten burch Domainen - Rentenbriefe werbe baburch nicht ausgeschloffen, indem bie Regierung vielleicht felbft Beranlaffung nehmen murbe, Die Ueberweifung ber Renten Des Domainen-Ristus ber Rentenbanf zu übertragen und einen Theil jener Renten gu obigem 3wed zu bermenben. Bu biefem Behufe einigte bie Commiffion auf ben Untrag eines Mitgliedes fich in bem Befchluffe:

burch einen gu \$. 64. bes Ablöfungs. Gefetes gu ftellenden Bufat ber Regierung Die Ausführung Diefer Magfregel ju erleichtern.

Wegen des nunmehr angenommenen Beschluffes der zweiten Kammer in Bezug auf die Ausführung des zu §. 64. des Ablösungs-Gestetes gestellten Zusates erachtete es die Commission für exforderlich, in Bezug mehrerer durch diesen Zusat nothwenig gewordenen formellen Bestimmungen hinter §. 59. (58.) einige Paragraphen einzuschalten, in welchen die nähern Modalitäten über jene Ausführung aufzunehmen sein werden, indem dieselben in dem Entwurf der zweiten Kammer theils nicht enthalten, theils nicht vollständig genug aufgenommen sind.

Die Commiffion beschloß:

In Dem S. 9. auf Diese naberen Bestimmungen zu verweisen. Alinea 2. und 3. bes L. 9. ju ftreichen.

Dagegen wurden die Borte:

"Will ber Verpflichtete die Ablöfung nach §. 64. a. a. D. durch Baarzablung des 18fachen Betrages bewirfen, der Berechtigte aber von der im letzten Sat des eben gedachten §. 64. ihm eingeräumten Befugniß, den 20fachen Betrag in Rentenbriefen bers langen zu können, Gebrauch machen, io finden in folchem Fall die Borschriften der §. 59. bis 63. Anwendung" von der Commission einstimmig als Alinea 2. angenommen, Alinea 4. nunmehr als Alinea 3. einstimmig genehmigt und der §. 9. in dieser veränderten Fassung angenommen, in welcher ihn die Commission der Rammer zur Annahme empstehlt.

Die Bufat Baragraphen 56. bis 63. enthalten formelle Beftimmungen, von welchen die Commiffion nicht glaubte, bag fie einer feseiellen Berathung bedürfen wurden; fie betreffen nur aussuhrenbe

Maagregeln.

Die Commissions Berichte und Rammer Berhandlungen über bas Kentiembank Geseth find zu finden in ben Kenographischen Berichten ber zweiten Rammer: Band 3. Seite 1631. 1657. 1660. 1671. 1991. 2965. u. folg.; ber erften Rammer; Seite 2720. 2734. 2738 u. folg.

Anlagen A. B. C. D.

zum §. 23. bes Gesetes über bie gur bie Amortisations-

gine	Tilgung eines mit 4 Procent vers zinslichen Kapitals von 100 Athler. burch eine jährliche Kente von 4½ Procent. (§. 38.)							
Nach Jahren	treffen von ber soz bann fälligen Rente auf Zinsen Rapital Rus: Rus		und bleiben vom Rapi= tale noch zu tilgen Ruk:	Im Laufe des Jahres	von 10 Rthlr. <i>Ktl</i> : <i>Gr</i> : &	von 5 Rthlr. All: Gn Z	von 1 Rthir. Rth: Gr. Z	
0 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25	4,00000 3,98000 3,98000 3,95920 3,93757 3,91507 3,89167 3,84203 3,81572 3,78834 3,75988 3,73027 3,69948 3,66746 3,59953 3,56351 3,52605 3,48709 3,44658 3,40444 3,36062 3,31504 3,26764 3,21835	0,50000 0,52000 0,52000 0,54080 0,56243 0,60833 0,63266 0,65797 0,68428 0,71166 0,74012 0,76973 0,80052 0,83254 0,90047 0,93649 0,97395 1,01291 1,05342 1,19338 1,18496 1,23236	100,00000 99,50000 98,98000 98,43920 97,87677 97,29184 96,68331 96,03085 95,39288 94,70860 93,99694 93,25682 92,48709 91,68657 90,85403 89,98819 89,08772 88,15123 87,17728 86,16437 85,11095 84,01539 82,87601 81,69105 80,45869 79,17704	1 2 3 4 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26	222 6 8 221 3 4 219 28 8 218 22 7 217 15 1 216 6 1 214 25 7 213 13 5 211 29 6 210 13 11 208 26 6 207 7 1 205 15 10 203 22 5 201 26 11 199 29 3 197 29 2 195 26 9 193 21 10 191 14 4 189 4 1 186 21 — 184 5 1 181 16 1 178 23 11 175 28 6	111 3 4 110 16 8 109 29 4 109 11 4 108 22 7 108 3 1 107 12 9 106 21 8 105 29 9 105 6 11 104 13 3 103 18 7 102 22 11 101 26 3 100 28 6 99 29 7 98 29 7 98 29 7 97 28 4 96 25 11 95 22 2 94 17 — 93 10 6	22 6 8 22 3 4 21 29 10 21 26 3 21 22 6 21 18 7 21 14 7 21 10 4 21 5 11 21 5 11 21 5 11 20 26 8 20 21 8 20 21 8 20 16 7 20 11 3 20 5 8 19 29 11 19 17 8 19 11 2 19 4 5 18 27 5 18 20 1 18 12 6 18 4 7 17 26 5 17 17 10	
26i 27	3,16708 3,11377	1,33292	77,84412	27	172 29 7 169 27 2	86 14 10	Control of the Control	

belle Errichtung von Rentenbanken. Periode von 56 %, Jahren.

ift das Ablösungs : Kapital für eine an die Nenten- Rente. (§. 10.)						Bemer:
von 25 Sgr. <i>Adl: Fon L</i>	von 20 Sgr. <i>All: Ign</i> Z	von 15 Sgr. NG: Br &	von 10 Sgr.	von 5 Sgr. Auf: Son &	von 1 Sgr. AVE An &	fungen.")
18 15 7 18 12 9 18 9 11 18 6 11 18 3 9 18 — 6 17 27 27 17 20 — 17 16 2 17 12 2 17 12 2 17 12 3 10 16 24 9 16 14 11 16 9 9 16 14 11 16 9 9 16 14 17 18 16 18 18 18 18 18 18 18 18 18 18 18 18 18	14 24 5 14 19 11 14 17 6 14 15 7 9 8 14 6 11 14 4 7 11 13 27 9 13 24 6 13 21 1 13 17 6 13 13 10 13 5 11 13 15 11 13 15 11 12 18 3 12 13 5 12 12 18 3 5 12 12 18 3 5 12 12 18 3 5 12 12 13 15 15 15 15 15 15 15 15 15 15 15 15 15	11 3 4 11 1 8 10 29 11 10 28 2 10 26 3 10 24 4 10 22 3 10 20 2 10 18 — 10 15 8 10 13 4 10 10 10 10 8 3	77777777777777777777777777777777777777	regardid	- 22 3 - 22 1 - 22 - 21 1 9 - 21 6 4 21 4 2 - 21 1 - 20 1 1 - 20 9 7 - 20 4 20 2 - 20 2 - 19 10 7 - 19 4 4 - 21 2 1 1 1 8 8 5 5 - 18 2 - 17 1 1 7 4	*) f. uniten.

Tilgung eines mit 4 Procent verzinslichen Kapitals von 100 Athlic. burch eine jährliche Kente von 4½ Procent. (§. 38.)

Demnach und in Gemäßheit bes Gefetes bant zu entrichtenbe

				Company of the Compan			
Rach Jahren	bann fälli	on ber fos gen Rente uf Rapital Ruk	und bleiben vom Rapi- tale noch zu tilgen KUE	Im Laufe bes Jahres	von 10 Athle. Ath. Gn S	von 5 Rihle. Aik: Gr. &	von 1 Rthle. Aus: Ign.S.
28 29 30 31 32 33 34 35 36 37 38 39 40 41 42 43 44 45 46 47 48 49 50 51 52 53 54 55 56 56 56 56 56 56 56 56 56 56 56 56	3,05832 3,00065 2,94067 2,87830 2,81343 2,74597 2,67581 2,60284 2,52696 2,44803 2,36596 2,28059 2,19182 2,09949 2,00347 1,90361 1,79975 1,69174 1,46259 1,34109 1,21474 1,08333 0,94666 0,80452 0,65671 0,50297 0,34309	1,44168 1,49935 1,55933 1,62170 1,68657 1,75403 1,82419 1,89716 1,97304 2,05197 2,13404 2,21941 2,30818 2,40051 2,49653 2,70025 2,80826 2,92059 3,03741 3,15891 3,28526 3,41667 3,55334 3,69548 3,84329 3,99703 4,15691	75,01621 73,51686 71,95753 70,33583 68,64926 66,89523 65,07104 63,17388 61,20084 59,14887 57,01483 54,79542 52,48724 50,08673 47,59020 44,99381 42,29356 39,48530 36,56471 33,52730 30,36839 27,08313 23,66646 20,11312 16,41764 12,57435 8,57732 4,42041	29 30 31 32 33 34 35 36 37 38 39 40 41 42 43 44 45 46 47 48 49 50 51 55 56	166 21 1 163 11 1 159 27 2 156 9 1 152 16 7 148 19 8 144 18 1 140 11 7 136 — 1 131 13 3 126 21 — 121 23 — 116 19 2 111 9 1 105 22 8 99 29 7 93 29 7 87 22 4 81 7 8 74 15 2 67 14 7 60 5 6 52 17 9 44 20 10 36 14 6 27 28 3 19 1 10 9 24 8	\$1 20 7 79 28 7 78 4 6 76 8 4 74 9 10 72 9 — 70 5 10 68 — — 65 21 8 63 10 6 60 26 6 58 9 7 52 26 4 49 29 10 46 29 9 43 26 2 40 18 10 37 7 7 33 22 3 30 2 9 26 8 11 22 10 5 18 7 3 13 29 2 9 15 11	15 29 9 15 18 11 15 7 8 14 26 — 14 13 10 14 1 2 13 18 — 13 4 4 11 2 20 1 12 5 4 11 19 11 11 3 11 10 17 3 10 — 9 11 11 8 23 3 8 3 9 7 13 6 6 22 5 6 — 7 5 7 9 4 14 1 1 3 19 5 2 23 10 1 27 2
56	0,17682	4,32318	0,09723	(0)		20 Co	कुरकुर स्था रक

Bemerkungen. Nach den vier ersten Kolonnen dieser Tadelle wird überhaupt jedes mit A Procent verzinsliche Kapital durch eine, in jährlichen Terminen posinumerando zahlbare Mente von 4½ Procent in 36½ Jahren getilgt. Da die Rechnung beispielsweise 100 Athlr. Kapital angenommen hat, so brüden ihre Resultate überall Procente des Kapitals aus. Nachdem nun 56 Jahre hindurch die Rente gezahlt worden ist, bleiben von dem Kapitale noch

von	von	von	von	von	von	fungen
I Egr.	20 Sgr.	15 Egr.	10 Egr.	5 Sgr.	1 Sgr.	
U. <i>Gn &</i>	Ath: Hn &	KW.Gn.S.	All: Lyr. &	<i>Ath: Hin S</i>	KK:Gyn &	
3 26 9 9 9 9 9 9 9 9 9 9 9 9 9 9 9 9 9 9	7 1 6 620 — 6 8 — 5 25 6 5 12 6 4 29 — 4 15 — 4 — 4 3 15 2 2 29 5 1 2 13 — 1 25 11	$ \begin{array}{ccccccccccccccccccccccccccccccccc$	$egin{array}{cccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	2 8 - 9 2 3 4 2 - 11 128 4 125 8 122 11 120 - 113 10 8 1 7 3 1 3 9 1 - 1 1 - 26 4 4 - 22 4 4 - 18 3 - 14 - 9 6	- 14 13 7 7 - 13 2 2 - 12 8 - 12 2 2 - 11 8 - 10 7 - 10 - 9 5 - 8 9 - 8 1 - 7 5 - 6 9 - 6 - 3 8 - 2 10 6 - 111 - 1 - 1	ACTION AC

gum §. 23. bes Gefetes über bie Für bie Amortisations.

		itals von jährliche	Brocent vers 100 Athle. Rente von 38.)	Dem	nach und in		es Gesetzes entrichtende
Rach Jahren	bann fälli	n ber fo= gen Rente uf Rapital <i>Rth</i> :	und bleiben vom Rapis tale noch zu tilgen Rth:	Im Laufe bes Jahres	von 10 Athle. Aut: Ign &	von 5 Rthlr. Ath. Hn &	von 1 Rthfr. Att: Ign Z.
0 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14	4,00000 3,96000 3,91840 3,87514 3,83014 3,78335 3,73468 3,68407 3,63143 3,57669 3,51975 3,46055 3,39897 3,33493	1,00000 1,04000 1,08160 1,12486 1,16986 1,21665 1,26532 1,31593 1,36857 1,42331 1,48025 1,53945 1,60103 1,66507	81,70810	1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15	200 — — 198 — — 195 27 7 193 22 8 191 15 3 189 5 — 186 22 — 184 6 1 181 17 2 178 25 — 175 29 8 173 — 10 169 28 5 166 22 5 163 12 6	100 — — — — — 97 28 10 96 26 4 95 22 7 94 17 6 93 11 — 92 3 7 89 12 6 87 29 10 86 15 5 84 29 3 83 11 2 81 21 3	20 — — — — — — — — — — — — — — — — — — —
15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26	3,26832 3,19905 3,12702 3,05210 2,97418 2,89315 5,80888 2,72123 2,63008 2,53528 2,43670 2,33416	1,73168 1,80095 1,87298 1,94790	79,97642 78,17547 76,30249 74,35459 72,32877 70,22192	16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27	159 28 7 156 10 6 152 18 2 148 21 3 144 19 9 140 13 4 136 1 10 131 15 1 126 22 11 121 25 — 116 21 3 111 11 4	79 29 4 78 5 3 76 9 1 74 10 8 72 9 10 70 6 8 68 — 11 65 22 7 63 11 6 60 27 6 58 10 7	15 29 10 15 19 1 15 7 10 14 26 2 14 14 — 14 1 4 13 18 2 13 4 6 12 20 4 12 5 6 11 20 1 11 4 2
27	2,33410				105 24 11		10 17 6

bolle Errichtung von Rentenbanten. Betwee von 41%, Juhren.

		1	LI	1	- 1	Bemer:
von 25 Egr.	von 20 Sgr.	von 15 Sgr.	von 10 Sgr.	vou 5 Sgr.	ron 1 Sgr.	fungen."
UK. Gen. 8.	Rill Syr. &	RUE Lyn S.	Tith Syn S.	Fith Byr. S.	RUE Sgr. S.	Geral 28
6 20 — 6 15 — 6 9 10 6 4 5 5 28 9 5 32 11 5 16 10 5 10 6 5 3 11 4 27 1 4 20 — 4 12 7 4 4 10 3 26 10 3 18 6 3 9 11 3 2 1 6 2 2 1 6 2 2 1 9 1 1 10 2 1 1 10 2 9 21 9 9 8 5 8 24 7	13 10 — 13 10 — 13 10 12 27 6 12 23 4 12 13 6 12 13 6 12 13 6 12 13 6 12 13 6 11 27 — 11 16 1 11 1 3 6 10 26 10 10 19 1 10 10 1 10 1		620 — 615 H 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6 6	3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3 3	- 20 - 0 - 19 10 7 - 19 5 2 - 18 11 8 5 5 - 18 17 17 7 - 16 4 - 16 4 - 15 3 - 14 16 - 14 4 7 - 13 2 8 - 11 2 2 - 11 2	*) f. unten

	tlichen Kap ch eine	mit 4 Poitals von jährliche cent. (§.	100 Rthlr. Rente von	Dem	nach und in		des Gesehes entrichtend
Rach Jahren	bann fälli	on ber fos gen Rente uf Rapital Kut	und bleiben vom Rapis tale noch zu tilgen Rus			von 5 Rthlr. Ath: Hen &	von 1 Octhir. AUC.Ho. &
28 29 30 31 32 33 34 35 36 37 38 39 40	2,11663 2,20130 1,88135 1,75660 1,62687 1,49194 1,35162 1,20568 1,05391 0,89607 0,73191 0,56119 0,38363	2,88337 2,99870 3,11865 3,24340 3,37313 3,50806 3,64838 3,79432 3,94609 4,10393 4,26809 4,43881 4,61637 4,80102	43,91506 40,67166 37,29853 33,79047 30,14209	29 30 31 32 33 34 35 36 37 38 39 40 41	100 1 11 94 2 — 87 24 11 81 10 4 74 17 11 67 17 5 60 8 6 52 20 10 44 24 1 36 17 10 28 1 9 19 5 5 9 28 6	50 1 — 47 1 — 43 27 5 40 20 2 37 8 11 33 23 9 30 4 3 26 10 5 22 12 1 18 8 11 14 — 11 9 17 9 4 29 3	8 4-7 13 9 622 9 6-10 5 8 1 4 14 5 3 19 9 2 2 4 2 1 2 7 7

Bemerkungen. Rach ben vier ersten Kolonnen biefer Tabelle wird über: haupt jebes mit A Brocent verzinsliche Kapital durch eine, in jährlichen Tereminen postuumerando zahsbare Renie von 5 Procent in 41 bis 42 Jahren getilgt. Da die Rechnung beispielsweise 100 Athlr. Kapital angenommen hat, so brücken ihre Resultate überall Brocente des Kapitals aus. Rachden mus 41 Jahre hindurch die Kente bezahlt worden ist, bleiben von dem Kapitale noch

von 25 Sgr. W. Hr. L.	von 20 Sgr. <i>Au. Hn</i> L	von 15 Sgr. <i>All: Hn &</i>	von 10 Egr. <i>All: Gr</i> . F	von 5 Egr. All: <i>Gyn &</i>	von 1 Sgr. <i>All: Ge</i> H	fungen.
8 10 2 7 25 2 7 9 7 6 23 4 6 6 6 5 18 11 5 — 9 4 11 9 3 22 — 3 1 6 2 10 2 1 17 11 - 24 10	620 2 6 8 2 525 8 512 8 429 2 415 2 4 - 7 315 5 229 7 213 2 126 1 1 8 4 - 19 11	5 - 1 $421 1$ $411 9$ $42 - 321 11$ $311 4$ $3 - 5$ $219 1$ $27 2$ $124 11$ $-28 9$ $-14 11$	3 10 1 3 4 1 2 27 10 2 21 4 2 14 7 2 7 7 2 — 3 1 22 8 1 14 9 1 6 7 — 28 1 — 19 2 — 9 11	$ \begin{array}{c ccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	- 10 - 9 5 5 - 8 9 9 - 6 - 6 9 - 6 3 8 - 2 10 - 111 - 1	
eschehe, ka aher beran u bezahle Betrag für en iß, so	n find. I 13 Tage,	noch halbj Dies ist == und wenn l Eilgung bes	ährige Zinf 17693 500000 diefelbe in r Kapitals i	en mit der jährlich nindestens n	2 Jahr <u>. 0,0</u>	Laten zu zal

Schema zum Rentenbrief.

(Ronigliches Bappen.)

Litt. A.

M.

1000 Mthir.

Eintausend Thaler in Preußisch Courant werden dem Inhaber bieses Rentenbrieses von der auf Grund des Gesess vom ... ten ... unter Garantie des Staats errichteten Rentens bank für die Proving nach erfolgter Ausloosung in Gemäßheit des gedachten Gesess baar ausgezahlt und die das hin jährlich mit vier Procent in halbjährigen Terminen am Isten April und Isten Oftober verzinst.

Der Rentenbant ift Die Baluta in Renten überwiefen

worden.

..... ben .. ten 18..

Direction der Aentenbank für die Proving

D,

Schema zum Coupon.

Eingetragen 2c. 2c, VIII. (VII. VI. 2c.) Zinscoupon des Rentenbriefes Litt... NI.

buchkäblich ze. halbjährige Jinsen bes Rentenbriefes Litt.... No... werden dem Inhaber dieses am Isten April 18.. (Isten Oftober 18..) von der Kasse der Rentenbank für die Brosving baar ausgezahlt.

..... ben .. ten 18..

Direction der Rentenbank für die Proving

Dieser Binsconpon wird ungultig, wenn berselbe nicht bis jum 31. Dezember 18.. bei ber Kaffe ber Rentenbank zur Erhebung bes Gelbbetrages eingereicht worben ift.

Gefet,

betreffen'b

bie Ergänzung und Abanberung ber Gemeinheitstheilungs-Ordnung vom 7. Juni 1821 und einiger anderen über Gemeinheitstheilungen ergangenen Gesete.

Bom v. Mär; 1850.

riedrich Wilhelm von Gottes Gnaben, Ronig von Preußen z. 16. verordnen, mit Zustimmung beiber Kammern, für diejenigen Lanbestheile, in welchen die Gemeinheitstheilungs Dronung vom 7. Juni 1821 Gesessfraft hat, was folgt:

Artifel 1.

Rachfolgenbe Berechtigungen:

- 1) jur Graferet und jur Rupung von Schilf, Binsen ober Robe auf Landereien und Privatgewäffern aller Art;
- 2) jum Pfluden bes Grafes und bes Unfrauts in ben beftelle ten Felbern (jum Krauten);
- 3) jum Rachtechen auf abgeernbteten Felbern, fowie jum Stoppelharten;
- 4) jur Ruhung frember Aecker gegen Hergebung bes Dingers;
- 5) jum Fruchtgewinn von einzelnen Studen frember Aeder (gu Deputat-Beeten);
- 6) zum Harzscharten;
- 7) jur Fischerei in ftehenden ober fließenden Privatgewäffern;
- 8) zur Torfnuhung;

find, sofern sie auf einer Dienstbarkeit beruhen, auf ben Antrag sowohl bes Berechtigten, als bes Berpflichteten, nach ben Grundsthen ber Gemeinheitstheilungs-Ordnung vom 7. Juni 1821, selbstständig ablösbar.

1. Motive.

Die burch bas Geset vom 9. Oftober 1848 erfolgte Siftirung berjenigen Gemeinheitstheilungs-Sachen, bei benen aus ber Anwendung der §§. 86. 94. und 114. der Gemeinheitstheilungs-Ordnung vom 7. Juni 1821 Streit obwaltete, macht den schleunigen Erlaß eines die erwähnten Borschriften abandernden Gesetse nothwendig. Bei diese Belegenheit ift zugleich auf einige andere Modisstationen der Gemeinheitstheilungs-Ordnung und deren Erganzungen Bedacht zu nehmen, welche durch die gesammelten Ersabrungen und die veränderten Zeitverhältnissesbeten werden. Zu dem Zwecke ist der vorstehende Geset-Entwurgesenbern, bessen worden, dessen Bestimmungen auf folgenden Rotiven beruhen:

Die Gemeinheitstheilungs = Ordnung vom 7. Juni 1821 beschränft Das Recht, eine Museinanderfetung zu verlangen, auf gewiffe im S. 2. berfelben naber bezeichnete Urten von Gemeinheiten. Undere Arten ber gemeinschaftlichen Benutung bes Grundeigenthums tonnen nach §. 142. a. a. D. nur gelegentlich beseitigt werben, fofern ihre Fortdauer bem 3wede einer Auseinanberjetung hinderlich ift. 3war legen allerbings bie Weibes, Mafts, Golg- und Streuberechtigungen, fowie bie Berechtigungen zum Plaggen -, Geibe -, und Bultenhiebe, mit beren Aufbebung Die Gemeinheitetheilunge - Ordnung fich beschäftigt, Der Landeskultur Die fcmerften Feffeln an, beren Lofung Die Agrar- Befege fich junachft gur Aufgabe zu fellen hatten. Allein mit bem Fortichreiten ber Lands und Forftwirthschaft hat fich bas Bedürfniß geltend gemacht, auch noch andere, zwar minder wichtige, aber barum nicht weniger nachtheilige Laften und Berechtigungen bes Grundeigenthums auf ben einfeitigen Antrag ber Belafteten ober Berechtigten felbfiftanbig jur Ablöfung bringen ju konnen, weil auch fie Die Dispositions - Befugnif Des Gigenthumers bemmen und haufig außer Berbindung mit ben erwähnten Beibe- und Forftberechtigungen ftebend, zu einer gelegentlichen Aufhebung nicht gerignet finb.

Um dieser wohl begründeten Forderung zu entsprechen, sollen die Grundsätze der Gemeinheitsiheilungs Dednung auf die im Art. 1. des vorliegenden Gesetz-Entwurfs aufgezählten Servituten ausgedehnt werden. Dabei ist man von der Ansicht ausgegangen, daß eine allgemeine Gestatung der zwangsweisen Ablösung aller auf dem Grundeigenthum ruhenden Dienstharfeiten weder zulässig noch ersordrich ist. Denn die Enziehung not hwe no diger Servituten, ohne welche ein Grundstüd ganz oder theile weise unbrauchdar werden könnte, wie Wegegerechtigkeiten, Verschaffung der Borsluth, darf nicht gestattet werden. Gen so wenig ist auf Beseitigung von Berechtigungen hinzuwirfen, welche auf die Bestriedigung eines and derweitig nicht zu bedenden Bedürsnisses, oder auf die Gewährung des in der Gegend nicht zu ersehenen Materials für Errichtung von Gedäuden oder für einen Gewerbebetrieb berechnet sind, wie z. B. das Recht, auf fremden Grundstüden das heu zu trodnen, Black zu rösten, Sand,

Lehm, Ralf, Mergel, Thon ju graben und Steine ju brechen. Eigenthumer eines, mit bergleichen Laften befchwerten Grunbftude ift burch bie SS. 166. und 174. ber Gemeinheitstheilungs - Ordnung, welche fich auf alle Arten landlicher Grundgerechtigfeiten beziehen, ein Mittel geboten, Die Regulirung und julaffige Ginfcbrantung ber Nugung bes Berechtigten berbeiguführen; eine weiter gebenbe Befugniß zu Befreiung feines Gigenthums fann ibm aber ohne Beeintrachtigung, Des Berechtigten, wenn Diefer fein Recht nicht aufzugeben freiwillig bereit ift, nicht eingeraumt werben. Undere Rebennugungen fremden Gigenthums, g. B. bie Befugniß zum Sammeln von Bilgen, Beeren, Schmammen, Bafelnuffen, Buchedern, jum Bachholderschlagen, Aufftellen von Bienenftoden, Aehrenlesen find, abgeseben bavon, bag fie in ber Regel nicht auf einem wirklichen Rechte, fondern auf bloger Bergunftigung beruhen, ju wenig werthvoll, als bag megen ihrer ber Provotat ben Beläftigungen und Roften eines felbfiffanbigen Auseinandersegunge = Verfahrens ausgefest merben burfte; auch find biefelben nicht fo fcbablich für ben Belafteten, baß in Betreff ihrer Die burch S. 142. ber Gemeinheitstheilungs = Dronung gegebene Befugniß gur gelegentlichen Aufbebung nicht als genugend gu betracten mare. Dagegen fteben bie fveben geltend gemachten Grunde Der unabhängigen Ablofung ber im Art. 1. bes Entwurfs benannten Berechtigungen nicht nur nicht im Wege, fondern bie nothwendige Fortbauer biefer Dienftbarfeiten, für welche ben Berechtigten ein vollftanbiger Erfat gemahrt werben fann, ift auch ale ein großes Sinderniß eines wirtfamen Schutes des Eigenthums und der Rultur- Berbefferung vom Brund und Boben anguseben, mit welchem Die Unannehmlichfeiten bes Separatione. Befchafte nicht in Bergleich zu ftellen finb.

Die Gräferei-Berechtigung, welche namentlich in Schlesten bäusig vorkommt und gewöhnlich auf Grabenrändern, Wegen und Raisnen in ven Feldern oder in den Forsten ausgeübt wird, führt dieselben Rachthesle mit sich, wie die Weide-Gerechtigkeit, von welcher sie sich nur darin unterscheidet, daß die Werdung des Grases nicht unmittelbar durch das Vieh, zu dessen Nahrung dasselbe bestimmt ist, sondern durch Wenschend, zu dessen Nahrung dasselbe bestimmt ist, sondern durch Wenschends erfolgt. Das Bedürfniß einer selbstständigen Ablösdarkeit dies les Rechts ist sich on früher von den schesstschen Arovinzialständen geltend gemacht, und es ist in Folge dessen bereits in dem Landtags Abschiede für die schlessischen Stände vom 30. Dezember 1831 der Antrag auf Abslösung der Gräserei-Berechtigung Seitens des Besigers des verpflichteten Grundstücks für zulässig erflärt worden. Allein diese Bestimmung ist theils ihrer dunssen Fassung halber, theils weil sie dem bei der Ablösung gleichfalls sehr betheiligten Berechtigten die Provosations-Besugniß nicht, gewährt, theils endlich, weil sie sich nur auf eine einzelne Provinz besichtante, nicht für ausreichend zu betrachten, und nuß deshalb allgemein

ausgebehnt werben.

Das Recht zur Rugung von Schilf, Binfen ober Rohr auf fremden Ländereien ober Brivatgewässern ift bem Eigenthumer in der beliebigen Beränderung der Bewirthschaftungsart der belafteten Grundflude hinderlich, nöthigt ihn, dem Berechtigten das Betreten seiner Ländereien zu gestatten, verringert den Ertrag der Fischerei in benjenigen Gemässern, auf denen die Servitut ausgeübt wird und macht eine psteg-liche Behandlung des Rohrs, welche sehr lobnend werden fann, unmöglich. Dem Berechtigten wird es auf der andern Seite leicht, sich durch

bie ibm ju gewährende Abfindung einen Erfay für ben Bertuft ber Rugung zu berichaffen, ba Schilf, Binfen und Robr bauptfachlich jut Dungung, Feuerung ober jum Deden ber Dacher bernenbet werben, aber zum Theil nur ale fchlechte Mushnifemittel für biefe 3mede anzufeben find, auch ber Gebrauch bes Robre jum Dachbeden als feuergefahrlich zu bintertreiben ift.

Die Befugniß zum Pfluden von Gras und Untraut in bes ftellten Velbern, Rrauten genannt, bat an fich fur ben Berechtigten einen geringen und bei Beranschlagung ber barauf zu verwendenben Arbeitefraft faft gar feinen Werth; bagegen ift bas Recht für ben Belafteten im bochten Grabe nachtheilig, weil bei beffen Aubilbung, abgefeben von ber baburch gemährten Gelegenbeit zu Diebftablen, bie Befchabigung ber Felbfruchte beinahe unvermeiblich ift.

Die Berechtigung gum Rachrechen auf abgeernbteten getbern, vermöge beren ber Gigenthumer ber Ernbte einen Theil ber haftefrüchte für ben Berechtigten, welcher Dieselben mit bem Rechen jammelt, auf bem Felbe liegen laffen muß, führt zu rielen unangenehmen Bermices tungen zwischen ben Partheien, beren Befeitigung fehr wünschenswerth ift.

Das in einigen Gegenben übliche Stoppelharten, ober bas Musreifen ber Stoppeln zum Berbrennen ift bem Beldfruchtbau febr fcablich, weil baburch bem Ader nicht allein ber in ben Gtobbein enthaltene Dungungeftoff entzogen, fondern gewöhnlich anch eine Menge Des auf bas Weld gebrachten Dungers berausgeriffen wird. Done Die Aufhebung Diefes Rechts ift eine erfolgreiche Berbefferung ber Birth.

fcaft auf ben bamit belafteten Grundftuden nicht bentbar.

Nicht felten ift es ben fleinen Grundbeftgern geftattet, ben in ibren Wirthschaften nicht zu berwendenben Dunger auf bas Land ber größeren Grundbefiger zu bringen und babon bie erfte Frucht ober auch wohl bie beiben erften Früchte zu beziehen. Die Unablösbarteit biefes Rechtes gur Rubung frember Meder gegen Bergebung bes Dangers erfcheint eben fo nachtheilig fur ben Berechtigten ale fur ben Belafteten, wenn ber Erftere Gelegenheit findet, fich Die Benutung von Miter gu verschaffen, auf welchem er ben selbstgewonnenen Dunger vollftanbig beiwerthen funn, ober wenn ber Lettere feine Dungerproduftion bergeftalt zu vermehren im Stande ift, daß Diejelbe zur Bestellung feiner fammts lichen Felber binreicht,

Die dauernde Berpflichtung zur Gewährung von Deputatbeeten ftort Die Schlageintheilung Des Belafteten, mabrent ber Berechtigte ba-burch verhindert ift, bas Deputatiand nach feinen Rraften zu fultiviren

und bie barauf zu bauenben Früchte zu bestimmen.

Das Recht zum Sarzicharren gehört zu den gefährlichften Watd-Rebennutgungen, weil es felbft bei ber größten Borficht, welche bie Berechtigten nicht anzuwenden pflegen, burch bie bei feiner Ausubung erfolgende Berletung ber Baume beren Abfterben nach fich zieht. geregelte Forstwirthschaft erheischt unbedingt die Ablbjung Diefer Servitut.

Die Fischerei-Gerechtigkeit in Privatgewäffern ift Roon in dem Goitte wegen Berfchaffung der Borfluth vom 15. Ofwber 1811 alebann für abloebar erflart, wenn bie ABlaffung bee Baffere burch einen offenbar überwiegenden Bortheil für Die Bobenfultur ober Goffe fahrt bedingt wird. Auch find die Bischerei-Berechtigten nach g. 18.

bes Gefehes über bie Benugung ber Privntfluffe vom 28. Februar 1843 ju einem Biberspruche gegen Bewäfferungs-Anlagen nicht befugt, sonbern burfen nur Erfat bes ihnen baraus entftanbenen Schabens verlangen. Ebenfo muffen fich biefelben, nach ben Fischerei- Ordnungen für Die Proving Bofen vom 7. Marg 1845 und fur Die Binnengewäffer Der Broving Breufen von bemfelben Lage, gegen Entschädigung fur Die ih-nen barund entflefenben Rachthelle, Die Errichtung neuer Anlagen gefallen laffen, bon welchen ein übertvlegenber Bortbeil fur Die Schifffahrt ober Bobenfultur ober für gewerbliche Unternehmungen gu erwarten ift. Diese Borschriften find zwar an fich zweckmäßig, fle genügen aber ben Anforderungen ber Sanbestulinr nicht; vielmehr erfcheint es im Intereffe ber Letteren nothwendig, die Fischerei-Gerechtigfelt in Privatgewäffern, fofern fle auf einer Dienftbarteit beruht, gang allgemein, fowohl auf Antrag des Berechrigten, als bes Berpflichteten, für ablösbar zu erflären. Denn fo lange Die Fifcherei in Privatgemaffern ben Gigenthumern bet Letteren nicht ausschließlich guftebt, ift eine pflegliche Behandlung ber Rijderei, welche aus national-blonomifden Grunden erftrebt werben muß, nicht zu erzielen. Eben fo wenig ift mabrent bes Beftebens einer fremben Fifcherei-Gerechtigleit Die Schiff-, Binjen- und Rohrnugung in ben Privatgemaffern auf benjenigen Ertrag zu bringen, Deren Diefelbe fabig ift. Desgleichen wird ber Eigenthumer bes Waffers burd Die Rifeberei- Gerechtigteit an folden, unter Umftanben febr bortheilhaften Dies vofitionen, welche bie Fischerei beeintrachtigen, gebindert, g. B. an ber Eftirichtung einer Schifffahrt auf bemfelben, bem Ginwerfen von Schutt und Erbe in einen Ger ic. Außerbem werben burch bie Fifderel-Berechtigten bie Befiger ber an bie Gemäffer grangenden Grundflude oft febr beläftigt, indem fie ben Berechtigten ben Bugang über ihre Lanbereien, bas Andwerfen ber Rebe auf ben Ufern, bas Anlegen ber Rahne an benfelben u. bergl. geftatten muffen. Der Bortheil, welchen ble Berechtigten and ber Siftherei in fremden Boivatgewäffern begleben, ift bagegen in ber Reget ein febr untergeordneter, indem fich bie Rugung meffens nur auf ben eigenen Bebarf ber Berechtigten erftreckt ober, wenn auch ber Berfauf ber gifche nicht unterfagt ift, both aus biefem nur ein geringfligiger Dechenverdienft ermacht, fo bag alfo für bie Berechtigten mit bochft feltenen Auenghmen, burch bie Ablofung bes Bifchereirechts eine beachtenetwerte Beranberung in ihren Lebeneverhaltniffen nicht entfteht. Aum Beweife bafur, bag fich ein Beburfnif jur Ablofung ber Sifchereis Berechtigung bereits fühlbar gemecht bat, moge übrigens nicht unerwähne bleiben, daß die Stande ber Dart Brandenburg und Rieber-Loufit febon auf bem Laubinge im Jahre t345 um Borlegung eines baranf bezäglichen Beirges gebeten haben und bag Die achte Abtheilung ber Rurie ber brei Stante bes erften Bereinigten Sanbtages ebenfalls eine barauf gerichtete Betition ju befürworten beschloffen bat.

Seitbem der Torf zu einem beweuterven handelsgegenstande geworsben ift und die Torffliche nach wirthschaftlichen Grundschen eingerichtet werden, bliefwen die Torsäger die nömiliche Aufmerksankeit der Landellung Cofeggobung in Anspruch nehmen, wie die Forsten. Daraus ergiebt fich die Nothwendigkeit, die Ablösung der auf einer Dienstharkeit beruhenden Berechtigung zur Torfnutzung auf einstligen Antrag

bes Berechtigten ober Despflichteten nachzulaffen.

Unbeigens fit im Mer. 1. bes Entwurfs wur von ben Ablösung fol-

der Rechte die Rebe, welche gegen fremde Grundflücke ausgektet werden. Die meisten derselben sind nur als Servituten denkbar. Das Gräsereizrecht kann zwar auch als Ausstuß gemeinschaftlichen Eigenthums des Grundflücks den Gegenstand einer Auseinandersetzung bilden; wo dies der Fall ift, wird aber immer gleichzeitig eine Weidegemeinschaft ktattsinsben, zusolge deren die Separation schon durch die Gemeinheitstheilungsdurch wird wem 7. Juni 1821 für zulässig erflärt ist. Die Berechtigungen zur Nutzung von Schilf, Binsen, Kohr und zur Kischerei in Privatgewässer können ebenfalls auf gemeinheitstheilungs-Ordnung auf die Theislung dieser Gemeinheiten nicht auszubehnen, well die Gewässer Kich geswöhnlich in Natur nicht theilen lassen und sich zur Gestatung einer zwangsweisen Auseinandersetzung mit Gulfe anderer Entschädigungsmittel noch kein Bedürfniß fundgegeben hat. Von der Theilung gemeinschaftslicher Torfmoore wird im Art. 2. des Entwurfs gehandelt.

2. Bericht ber Agrar-Commiffion.

Obgleich schon durch die altere Gesetzgebung und namentlich durch die für Schlesten erlassene Gemeinheitstheilungs. Ordnung vom 14. April 1771, ferner durch die Bestimmungen des vierten Abschnitts Tit. 17., Thl. I. des Allg. Landr., sowie der im Tit. 43. der Allgemeinen Gerichts. Ordnung enthaltenen Vorschriften, dabin gestrebt wurde, die gemeinschaftlich ausgeübte Benutzung ländlicher Grundstücke zum Besten der allgemeinen Landeskultur soviel als möglich aufzuheben, so genügten doch dieselben den Anforderungen der Neuzeit nicht mehr, vielmehr bes durfte es ausgedehnter gesetzlicher Bestimmungen:

für die Theilung von ländlichen Grundstücken, beren volles Eigenthum mehreren Bersonen zugleich in ungetheilter Weise zusteht, und die Auseinandersetzung über einzelne, mehreren Berechtigten zustehende Rutzungsarten an Grundstücken, welche fich im Eigen-

thume eines Gingelnen befinden.

Dies erfolgte unter Aufhebung ber oben ermahnten alteren Gesetze burch bie Gemeinheitstheilungs - und Ausführungs - Ordnungen vom 7. Juni 1821, die für alle Probinzen ber Monarchie, in welchen bas

Allgemeine Landrecht eingeführt ift, gefetliche Rraft haben.

Die Gemeinheitstheilungs-Ordnung vom 7. Juni 1821 beschränkt das Recht, eine Auseinandersetzung zu verlangen, auf gewisse im §. 2, derfelben näher bezeichnete Arten von Gemeinheiten. Andere Arten der gemeinschaftlichen Benutzung können nach §. 142. a. a. D. nur gelegentslich, sofern ihre Fortdauer dem Zwede einer Auseinandersetzung hinderlich ift, beseitigt werden, und endlich mußte, nach den §§. 4. 24. und 25. des Gesetze, die Gemeinheitstheilung auf den Antrag eines ober mehrerer Theilnehmer stattsinden.

Daffelbe Befet enthält ferner folgende Beftimmungen:

S. 86. Wenn einseitige Dienstbarkeits-Berechtigte auf Auseinandersehung antragen, so muffen fie fich jede bem Belafteten beliebige Entschädigungsart, fie sei Land, Rente ober Kapital, gefollen laffen.

S. 94. Sat jedoch ein Dienftbarfeits-Berechtigter auf Auseinandersetzung angetragen, fo hangt es von der Bahl bes Belafteten ab, ob er ihn nach bem Rugungsertrage ber Dienftbarfeit, ober nach bem Bortheil, welcher bem Belafteten aus beren Aufhebung erwächft, entschäbigen will.

5. 114. Die Ablöfung ber auf ber Forft haftenben Grundgerechtigfeiten fann auch ber Berechtigte unter ben \$5. 86. und

94. bemerften Ginfchranfungen verlangen.

Das nach §§. 4. 24. und 25. der Gemeinheitstheilungs Drbnung jedem einzelnen Theilnehmer beigelegte Provokationstrecht erlitt zunächst eine Beschränkung durch die Allerhöchste Kabinets Drbre vom 14. Junt 1828, nach welcher, bei dem Widerspruch der Provokaten, der Einleistung einer Separation einstweilen und bis zu anderweitigen gesetzlichen Bestimmungen Anstand gegeben werden mußte, wenn nicht der vierte Theil der Interessenn, nach den Theilnehmungs Rechten veranschlagt, die Gemeinheitstheilung beantragte; jedoch sollte das Provokationstrecht der Gutschernschaften dadurch nicht beschränkt werden.

Die Anordnungen diefer Allerhöchsten Rabinets . Orbre wurden burch

Die Feffegungen bes Befetes vom 28. Juli 1838,

über Die Beschräntung Des Propotationerechte auf Gemeinheito-

theilungen, außer Wirkamkeit gesetzt, und die Bestimmungen dieses Gesetzes blieben mit Ausgabme der Provinz Westphalen, der zu der Rheinprovinz gehörigen Kreise Duisburg und Rees, sowie berzenigen Landestheile, für welche das Gesetz vom 8. April 1823 wegen Regulirung der gursherrlich- bauerlichen Verbältnisse bestand, für alle übrigen Landestheile, in welchen die Gemeinheitstheilungs-Ordnung vom 7. Juni 1821 überhaupt Geltung hatte, maaßgebend; während es in den bezeichneten Landestheilen bis zum Jahre 1848 bei den Bestimmungen der Gemeinheitstheilungs-Ordnung in Bezug auf das Provokationerecht sein Bewenden behielt.

Ingwischen hatten sich bei ben schwebenden Gemeinheitstheilungen vielfache Prozesse über die Anwendung der §§. 86. 94. und 114. der Gemeinheitstheilungs Drbnung entwickelt, zugleich hatte sich die Meinung immer mehr Geltung verschafft, daß diese gesetlichen Bestimmungen, als in der That für die einseitigen Dienstbarkeits Berechtigten rechtsverletzend, sich nicht länger würden aufrecht erhalten lassen, und daß endlich Bersanlassung vorliege, die Bestimmungen der Verordnung vom 28. Juli

1838 auch auf Die Broving Beftphalen auszudehnen.

Benn nun überhaupt in Folge der Ereigniffe des vergangenen Jahres fich die Nothwendigkeit berausgestellt hatte, die ganze Agrar-Gesetzebung des Staates einer Reviston zu unterwerfen, bis dahin aber alle Brozesse, welche ihren Ursprung in solchen Bestimmungen der Agrar-Gesitze hatten, deren Abanderung voraussichtlich eintreten mußte, zu fistiren, so wurden unter andern auch in dem Sistirungs-Gesetz vom 9. Oftober 1848 solgende Bestimmungen aufgenommen:

S. 2. Nr. 4. Es werden fistirt die Gemeinheitstheilungs - Sas chen, insofern Streit aus der Anwendung der SS. 86. 94. und 114. der Gemeinheitstheilungs - Ordnung vom 7. Juni 1821 ob-

maltet, und die darüber schwebenden Brozeffe.

S. 3. Die Berordnung über die Beschränfung des Provokationsrechts auf Gemeinheitstheilungen vom 28. Juli 1838 — S. 1. bis incl. 7. — findet auch auf die Provinz Westphalen Anwendung.

Eine unmittelbare Folge biefer Bestimmungen mar, bag einer groe

gen Bahl von bereits eingebeiteten Gemeinheitstheilungen zum Rachtheil ber allgemeinen Landesfultur nicht Fortgang verschafft und solche Ansträge auf Auseinandersemungen, bei welchen jene Baragraphen zur Sprache

tamen, bortaufig jurudigewiefen werben mußten.

Hiernach war es bringend erforderlich, sobald als möglich solche geschliche Bestimmungen zu erlassen, welche jene Anstände beseitigen, und da zugleich sich vielsach berauszestellt hatte, daß mit dem Fortschreiten ber Land – und Forstwirthschaft es nothwendig erscheine, auch noch andere, zwar minder wichtige, aber darum nicht weniger nachtheilige Lasten und Berechtigungen des Grundeigenthums auf den einseitigen Antrag der Belasten oder Berechtigten selbstitändig zur Ablösung zu bringen, so hat die Regierung Gr. Najestät hierin Beranlassung gesunden, den vortiesliegenden Geses Entwurf bei der zweiten Kammer einzubringen, welche ihre Commission für Agrar-Berdätnisse mit der Prüfung und Berichtserstung über denselben beauftragt hat.

Erftere ift erfolgt, und bie Commiffton beehrt fich, ber Rammer ihre Anfichten und Antrage zu bem Gefets-Entwurfe in nachstehenber

Urt porzutragen.

Die Commission ist einstimmig ber Ansicht, daß es einer Erganzung und Abanderung niehrerer Bestimmungen der Gemeinheitstheilungs-Ordnung vom 7. Juni 1821 und einiger anderen über Gemeinheitstheilungen ergangenen Gesetze bedarf, und sonach mit ber Ueberschwist bes Gesetz-Entwurses einverstanden; sie schlägt daher ber Kommer die unveranderte Annahme berselben vor.

Bu bem Inhalt bes Gefet Entwurfes felbft übergebend, beftimmt

ber Artifel 1.

"daß außer ben im g. 2. ber Semeinheitstheilungs - Dubming vom 7. Juni 1821 bezeichneten Arten von Gemeinheiten noch acht speciell genannte verschiedene Kategorien von Gemeinheiten, fofern sie auf einer Dienstbarfeit beruhen, auf ben Antrag sowohl bes Berechtigten, als bes Berpflichteten, unch bem Grundsägen ber Gemeinheitstheilungs - Ordnung vom 7. Inni 1821 selbsiständig ablösbar sein sollen."

Ueber bie Ablösbarfeit biefer rerftstebenen Arten von Gerbitut-Berechtigungen ftellten fich in ber Commiffion zwei gerade entgegenges fette Meinungen beraus; mabrend Einstimmigfeit barüber rorbanden war:

bag bie sub. 4. 5. 6. und 8. bezeichneten Rategorieem and ben in ben Motiven bee Gefet Entwurfs enthaltenen Grunden ganz unzweifelhaft felbstftanbig auf einseitigen Antrug bes Berechtigten ober Berpflichteten zur Ablöfung kommen mußten,

womrbe in Bezug auf Die unter Rr. 1. 2. 3. und 7. aufgeführten Gesvitut-Berechtigungen von einer Seite Bolgenbes gegen Die Ablotoar-

teit berfelben eingemenbet:

Es werde fich insbefondere bei ber Graferei-Rutung, bem Krauten, dem Nachrechen und dem Stoppelharten in vielen Fällen nicht wohl
ermitteln lassen, ob diese Rutungsarten auf einer Servitur, auf einem
andern Bechtstitel, oder auf einer ursprünglich bintweisen Berstattung
beruben, und schon die Erledigung dieser Norfrage werde Unfaß zu Prozesson weben. Sodann wurde auch in den Fällen, wo diese Naugungen
auf Grund einer Servitut ausgeübt werden, in der Regel wetter fragtich sein, ob die Servitut einzelnen berochtigten Grundsticken ober den

Semeinden als folden zuftehe. Das Lettere burfte in ber Regel ber Fall fein, indem nicht angenommen werden fonnte, bag biefe unbedeutenden Gerechtigkeiten Bubehörungen eines anderen Grundftuds waren, vielsmehr ben Gemeinden als folchen zuftanden und von benfelben burch ben armeren Theil ber Gemeinde-Mitglieder vorzugsweise benutt wurden.

In allen biefon Fallen wurde aber anderweltig bie Festikellung Schwierigfeiten haben, in treicher Art Die Gemeinde als folche, ober beren einzelne Mitglieber, ober Rlaffen berfelben an der Benutung ber

für bie Ablofung gegebenen Entichabigung Theil batten.

Alle biefe Fragen murben aber bei ihrer Erbrierung unter ben Betheitigten, und namentlich in ben armeren Rlaffen ber landlichen Bevölterung, eine Aufregung hervorrufen, beren Bermeibung zur Zeit wohl ratbild ericbeine.

In Der Sache felbst aber, so moge man boch wohl bebenten, baf jene Rugungsarten ihrem Befen nach vorzüglich nur einen Gewinn für bie armeren und armsten Rlaffen ber ländlichen Bevöllerung barboten und baf man fie biefen baber nicht entziehen folte, ohne fie zugleich in

Die Lage zu verfegen, baß fie Diefelben auch entbehren tonnten.

Die Nuyung ber Graferel, bes Krantens, Nachrechens und Stoppelhartens fei barum für ben armeren Theil ber landlichen Bewölferung von fo großer Bebeutung, weil berfelbe baburch in ben Stand gesest wurde, fich ein Stand Milchvieh zu halten, baburch der Familie ein geschundes Nahrungsmittel zu verschaffen, ferner ben Dünger zu einigen Ackerbeeten ober Gartenland zu bekommen und burch alles biefes sich mehr in einer sittlichen Selbständigkeit, nicht abhängig von dem Mitzlebe Anderer, zu erhalten.

Auf ber anderen Seite gewinne ber mit solchen Servituten belaftete Grundfickschieger burch beren Ablösung wenig ober gar nichts, et werbe fich bas an ben Wegen, auf Rainen ober Grenzen flebende Gras boch nicht aneignen können, da ihm die Werbung mehr fofte, als ber Werth des Grases betrage, das Krauten werde er auch klustig, wennt er ein guter Landwirth sei, und zwar für Geld, bewirfen laffen muffen und babei an den Feldfrüchten benselben Schaden zu erleiden haben, als wenn dasseite von dazu Berechtigten ausgeübt werde; ganz daffelbe gelte aber von dem Rachrechen und Stoppelharten.

Gang befondere Bedenten errege ferner die Geftattung ber Abiob

bartelt ber Fiftherei- Berechtigungen.

Abgesehen davon, daß auch bei diesen mehrenthells das oben Gesagte gelte, so sel auch zu erwägen, daß dieselben nicht zur Gewinnung der eigenen Lebendnahrung, sondern auch vielfach als Gewerde betrieben würden, bei welchem die Berechtigten nicht blos den relativen Berth der Fische, sondern auch ihre eigene Arbeitstraft, die wesentlich hier das Betriebs-Kapital bilde; auf eine angemeffene Weble verwertheten.

Rur wenn man dem Berechtigten bei Aushebung feiner Berechtigung auch wieder gewiffe Ausstabt auf Arbeit zu gewähren vermöchte, die eben so nachhaltig sohne, als sein früheres Gewerbe, murde er gerecht entschädigt werden können. Dies sei aber befonders in den Gegenden, wo Fisherei hauptsichtlich als Gewerbe betrieben werde, faum möglich und die Ablöfungs-Ordnung loge auch dem Verpflichteten nicht die Pflicht auf, dafür zu forgen, daß der bisberige Berechtigte filt vertorenen Arbeitsverdenft hinreichend entstädigt werde. Aus aften biefen Grunden erscheine es gerechtfertigt, die unter Rr. 1. 2. 3. und 7. im Urt. 1. aufgeführten Rategorieen von Servituten von ber Ablosbarteit auf einseitigen Antrag auszuschließen.

Dem wurde jeboch bon ber überwiegenden Majoritat ber Commiffion

entgegengefett:

Im Allgemeinen sei der Gesichtspunkt festzuhalten, daß die gegenswärtigen Berhältnisse sowie der ganze Bustand der Land- und Forkwirthschaft, es zum unadweislichen Bedürsniß machen, jedes Gemmniß der freien Dispositions-Besugniß des Eigenthumers von Grundstüden zu beseitigen, um dadurch den größeren wie den fleineren Grundbestzer in den Stand zu sezen, nach freiem Willen über seinen Bestzstand zu verfügen. Dies könne aber nur dadurch erreicht werden, daß man auf die möglichst baldige Ausbebung aller und jeder auf dem Grundbestz haftenden Dienstbarkeiten, insofern sie nicht eben in nothwendigen Servituten oder in solchen Bersechtigungen beständen, für welche sich ein vollständiger Ersay nicht feststellen lasse, binwirke.

Bu Letteren waren die im Art. 1. benannten Berechtigungen nicht zu zählen; fo lange fie als wirkliche Servituten auf dem Grundbefit hafteten, müßten fie mehr oder weniger ftorend auf die freie Dispositions-Befugniß des Eigenthümers einwirfen und dadurch die volle Ausnugung der Grundftude hindern, zugleich fei nicht zu bezweifeln, daß den Servitut-Berechtigten dafür eine ausreichende Entschädigung dergestalt gewährt werden könne, daß dieselbe ihrem bisherigen Rugungsertrage entsprache.

Bon selbst verstehe es sich, daß überhaupt nur von einer Ablösung biefer Runungen, namentlich der Gräfereien, des Krautens, Rachrechens Stoppelharfens die Rede sein könne, wenn sie als ein wirkliches Recht, als ein Servitut ausgeübt würden; wo dies zweiselhaft sei oder bestritten werden sollte, da könne allerdings über das Bestehen des Rechts selbst und seines Umsanges nur im Wege richterlicher Entscheidung befunden werden; dies musse aber auch dann geschehen, wenn gar feine Ablösung fattsande, und schon zett habe es an Prozessen, wenn gar feine Ablösung sen in Folge bloger Vergünstigungen oder in Folge eines wirklichen Rechts auszuüben wären, nicht gesehlt.

Noch mehrere waren beshalb entstanden, weil die Besitzer belasteter Grundstücke in Folge ber fortschreitenden größeren Rultur des Grund und Bodens vielfach versucht hätten, die Servitut-Berechtigten auf die engsten Grenzen der Ausübung ihres Rechts einzuschränken, und gerade hierin sein mit eine Quelle der Spannung zu suchen, welche in neuester Beit zwischen größeren und kleineren ländlichen Grundbesitzern geherricht habe, so daß auch in dieser Beziehung eine möglichst vollständige Sonderung der sich einander gegenüberstehenden Interessen von belasteten und

berpflichteten Grundftuden bochft munichenswerth ericheine.

Bierzu komme, daß in Folge bestehender Servituten, welche zu den urt. 1. bezeichneten Rugungsarten gehörten, viele Flächen nicht zu dem Werth ausgenutt werden könnten, den sie bei einer freien Benutung Seitens des Eigenthumers unbedenklich gewähren wurden, mithin durch ihre Ablösung die Landeskultur nur gefördert werde, daß serner ihr Bestehenbleiben demoralistrend auf die Ausübenden wirke, da sie nur allzwiel Gelegenheit darboten, bei ihrer Ausübung sich widerrechtliche Uebergriffe zu erlauben; in den meisten Fällen aber gerade durch die Ablösung dieser Berechtigungen das Mittel gehoten werde, den Berechtigten zu

einem Landbefit ju berhelfen, bei beffen fünfliger Bewirifichaftung et feine Arbeitefraft viel zweitmäßiger und höher zu verwereben bermöge,

als bei ber zeitverschwendenden Ausübung ber Gervitute.

Bas insbesondere die Ablösbarfeit der Fischerei-Gerechtigkeit beträfe, so sei zu erwägen, daß ste zuwörderst nur in stehenden und fließenden Brwatzewässern stattfinden solle, hier aber zum größten Theil nur als eine nicht bedeutende Nebennugung der an diesen Genässern angrenzwiden Grundstächestzern vorsonnne, durch welche gleichfalls der Eigenthümer des Bassers sehr oft an vortheilhaften Dispositionen über dasselbe auf das Empfindlichte gehindert werde. Da, wo gange Ortschaften die Kischeri als Gewerbe betrieben, geschehe dies in der Regel in großen sissalischen Gewässern, in der See und in öffentlichen Strömen und bezuhe dann auf seststeden Gerb oder Zeitspachts-Verhältnissen, welche durch dies Ablösungen gar nicht berührt wurden.

Dies Alles wohl erwogen, bat fich benn auch die Commiffion mit 14 gegen 1 Stimme für die Ablösbarfeit ber in Artifel 1. Rr. 1. A. &. 6. und 8., und mit 13 Stimmen gegen 2 für die ber sub 2. 3. und

7. aufgeführten Berechtigungen entschieben.

Undererseits wurde ber Untrag geftellt, bem Artifel 1. noch eine weitere Ausbehnung zu geben und bemfelben bingugufugen, bag folgende Berechtigungen felbftftanbig ablosbar fein follten:

"Beutrocknen, Flacheröthen, Sand-, Lebm-, Raff-, Mergel-, Thongraben, Steinbrechen, Wachholberschlagen und Aufftellen von Blenenftoden,"

endlich aber am Schluß zu fagen:

"fowie überhaupt alle einem Dritten auf bem Grundeigenthum eines Anderen zustehende Berechtigungen find, fofern fie u. f. w."

Bur Begrundung wurde angeführt, bag bie in ben Motiven gum Befet - Entwurf aufgeführten Grunde nicht haltbar ericbienen; Bege-Berechtigkeiten und Berichaffung von Borfluth tonnten wohl nicht als mahre Servituten betrachtet merben, vielmehr erschiene die Lettere mehr ale eine gur Forberung ber Landesfultur erfolgende Expropriation und Erftere als eine auf Grund von Bertragen erfolgte Gigenthums Abtretung, alle übrigen vorftebend bezeichneten Berechtigungen konnten aber als nothwendige Gervituten nicht anerfannt werben. Wo ihr Berth für ben Berechtigten fo bebeutend fei, baf bie zu ihrer Ablöfung erfor-berlichen Mittel mit bem Gewinn ber Berpflichteten in feinem Berbaltniffe ftebe, werbe ber Antrag auf Ablöfung felbftrebend unterbleiben, wo ferner ber Bortheil bes Bangen Die Beibehaltung folder Servituten gu erheischen fcheine, g. B. Sand - und Riebgruben, Steinbruche gn Begebauten ac., trete Die Befugniß, ungemeffenen Forderungen Gingelner felbft Durch Expropriationen ju begegnen, jedem Migbrauch jum Schaben bes Gangen entgegen, wo endlich eine Berechtigung nicht laftig und babei gering an Werth fei, tonne man es um fo eher bem Billen ber Betheiligten überlaffen, ob fie eine Ablofung beantragen wollen ober nicht. Dagegen erfcheine eine Befchranfung ber Befugniß, auf Ablofung angus tragen, unter feinen Umftanben gerechtfertigt.

Gegen biefe Ausführung murbe jedoch bemerkt, es fei wefentlich zu unterscheiden zwischen solchen Grundgerechtigkeiten und Realberechtigungen, die nur einen Antheil an ben Ruyungen bes Grundftude ge-

mabren, und folden, Die mit einer theilweisen Bernichtung ber Gub. fang berbunden find, alfo in einem Antheile am bollen Cigenthum

befteben.

Erftere mußten unbedingt ablöslich gemacht werben, um die freie Disposition aber ben Grundbefit im Landesfultur=Intereffe berbeigufub ren; Dies begwede auch ber vorliegende Gefes-Entwurf, und wenn gang unbedeutende Debeunugungen fremden Gigenthume, 3. B. Die Befug. niß zum Sammeln von Bilgen, Beeren, Schwämmen, Safelnuffen, gum Bachholberschlagen, Aufftellen von Bienenftoden, nicht ausbrudlich im Artifel 1. mit aufgenommen worden, fo finde bies feine Rechtfertigung barin, bag gerabe biefe Nugungen in ber Regel nicht auf einem wirflichen Rechte, fondern auf blofen Bergunftigungen beruhten, und daß, wo bad Erftere ber Fall fein follte, icon ber §. 142. ber Bei meinheitetheilungs - Ordnung ausreichende Mittel barbiete, fie in Bers bindung mit anderen Andeinanderfegungen gur gelegentlichen Aufhebung m bringen.

Dagegen fcheine es im Intereffe ber Lanbestultur nicht erforberlich, auch die Real-Berechtigungen abloslich zu machen, welche ein ihellweb fest Bernichten der Substang mit fich führen, weil bier ber Werth der gu gewinnenden Subterranea ben landwirthschaftlichen Ertrag ber Erbeber felten ein zur landwirthschaftlichen Benugung noch geeignetes Grund-ftud zuructbleibt. fläche bei weitem überwiege und, nachdem erftere entnommen find,

Es fei ferner zu erwägen, daß es nicht nur in den allgemeinsten Ballen febr fchwer, fondern völlig unmöglich fein wurde, hierfür angemeffene Ablofunge = Grundfage aufzuftellen, ba bie Ermittelung ber vorbanbenen Daffe folder Untergrunds - Nugungen einerfeits und bes Werths ber Benutung andererseits unüberwindliche hinderniffe entgegen-Bellten. Endlich aber boten bie gefestichen Bestimmungen ber SS. 166. und 174. der Gemeinheitstheilunge Drbnung, babin lautend: S. 166. Jeder Eigenthumer mit Dienftbarkeiten belafteter

Grundftude und jeder Miteigenthumer von Genreingrunben fann begehren, daß die Theilnehmungerechte ber Dienftbarfeite und Mitberechtigten auf ein bestimmtes Daag feftgefest und benach

Die Benutung geordnet werbe.

S. 174. Die in den SS. 29. 80, und 81. Tit. 22. Theil I. bes Allgemeinen Landrechts bestinunten Grundfage finden auf

alle Arten von landlichen Grundgerechtigfeiten Anwendung, volltommen ausreichende Mittel bar, eine Regulirung und gulaffige Ginfcprantung ber Rupungen folder Berechtigungen berbeiguführen, mittelf beren jeber Rachtheil fur Die Landesfultur bei beren Ausübung befeitigt werben tonne.

Es wurden daber die beantragten Bufate zu Art. 1. von ber Coms miffion mit 12 gegen 3 Stimmen verworfen, und Diefelbe bantragt fo nach bei ber Rammer bie unveränderte Annahme bes Art. 1.

Der Referent ber Ugrar - Commiffion fpricht fich über bie bem Ge-

fet - Entwurfe zum Grunde liegenden Brincipien wie folgt aus:

Im verfloffenen Jahr ift burch bas Gefet vom 9. Offober 1848 ausgefbrochen worben, bag alle Streitigkeiten und Prozeffe, welche in Folge ber Aus: legung ber \$6. 86. und 94. ber Gemeinheitetheitunge Drbnung vom 7. Juni 1821 eine anhängig fein möchten, fiftirt werden sollten. Der Grund zu biefer Sistirung lag harin, daß man die vielsachen Beschiverben, welche gegen die in den §5. 86. und 94. der Gemeinheitstheilungs Drdnung vom 7. Inni 1821 enthaltenen Bestinnungen erhoben sind, für begründet erachtete, und daß man ernstlich darauf Redacht nehmen wollte, die Beschwerden, welche gegen diese Bestimmungen von Seiten der Berpsichteten vielsach erhoben waren, zu beseitigen. In gleicher Zeit wurde in demselben Gesethe das Geseth vom 28. Inli 1838, welches die Brovosations-Besugnis auf Gemeinheitstheilungen in gewisse Gernzen einschrinkatte, was aber nicht in allen Theilen der Monarchie Anwensbung hatte, auch auf die Proving Westpalen ausgedehnt.

Die Folge bieser gesehlichen Bestimmung, wie sie im Geseh vom 9. Ottober 1848 enthalten, war die, daß niehrere Gemeinheitstheilungen keinen Fortsgang haben kounten; es war sonach die Ausgabe der Gesehgebung, die im Grossen und Ganzen für den National: Wohlstand und das Beste der ländlichen Beswölferung gewiß nur wohlthätigen Gemeinheitstheilungen wieder undehindert

thren Fortgang nehmen zu laffen.

Dieser Zweck foll erreicht werden durch den Entwurf des Gesehes, welcher Ihnen gegenwärtig zur Berathung vorliegt. Es sind mit der Beseitigung der Sindernisse, welche in den §§. 86. und 94. der Gemeinheitsthellungs Dronung gesuben worden, jedoch noch andere Zwecke verdunden, und zwar einmal, daß Euchehnung der Ablösbarkeit von Servituten vermehrt worden ist.
Wenn im §. 2. der Gemeinheitstheilungs Dronung vom 7. Juni 1821 die

Benn im §. 2. der Gemeinheitstheilungs Drbnung vom 7. Juni 1821 die Ablösbarkeit von Rugungen, die auf dem Grundeigenthume hafteten, beschränkt worden, so sollen jest auch solche Servituten, die erweislichemagen nur zum Rachtheil für die verbesserte Kultur dienen können, ebenfalls beseitigt werden, nud es ist dies der erste Theil des Gesehes, welcher sich damit bespässigk. Es ist demnächt auch noch ein anderer Grundsat, der in das Gesey ausgenommen worden ist, nämlich der Grundsat wegen Kapitalistung berjenigen Renten, die aus der Ablösung von Servituten entstehen, und zwar ist diese, abweichend von den früheren gesehlichen Bestimmungen, setzt ebenfalls auf den 20sachen Betrag solcher Kenten sestgestellt worden. Im Uedrigen sind aber del der Kapitalistung wad Ablösung solcher Kenten die früheren gesehlichen Bestimmungen aufrecht erkalten.

Es ist endlich das Geset vom 28. Inti 1838 auf alle Theile des Staats, in welchen die Gemeinheitetheilungs Drdnung vom 7. Juni 1821 Geltung hat, ansgedehnt worden. Es sind dies die drei wesenklichen Grundprincipien, welche dei diesem Gesetz ur Geltung gedracht werden sollen. Außerdem sind noch einzelne untergeordnete Bestimmungen über die Festikulung der Theilnahmerechte die Servituten in dem Gesetz enthalten, und endlich ist mach noch wegen des Kosenpunstes, wie er dei der Gemeinheitstheilungs Ordnung sestgekellt werden soll, in dem Gesetz Entwurf vorgesehen worden. Immer werden es aber die schönden erwähnten drei nächsten Jauptz Grundprincipien sein, nämlich inwieweit die Kosdskarkeit von Servituten andzudehnen sei, inwieweit die Bestimmungen ihre konden der die sein der die servituten andzudehnen sei, inwieweit die Bestimmungen ihre des Staats, wo die Gemeinheitstheilungs Ordnung zu bestigen sind, und wildig, ob es zwostmäßiger erscheint, das Gesetz vom 28. Inti 1838 auf alle Theile des Staats, wo die Gemeinheitstheilungs Ordnung Gestung hat, auszudingen. Ich sags, diese drei Grundprincipien werden es sein, mit welchen sich die allgemeine Discussion des Gesetze, sosen der dehe Kammer auf eine ble die Auszugen werden welchen will, zu beschäftigen haben wird. Die überigen Bestimmungen werden mehr oder weniger sich regeln müssen, je nachdem diese Grundprimeipien zur Geltung gebracht werden.

Anmerkung. Auf Fischereien in gemeinschaftlich befeffenen Geen finden bie Bestimmungen bes Gefetes alfo feine Anwendung.

Artifel 2.

Auf die Theilung von Torfmooren, welche fich bereits vor ber Einführung der Gemeinheitstheilungs Dronung vom 7. Juni

1821 im gemeinschaftlichen Eigenthume befunden und seitbem bar rin erhalten haben, werden die Borschriften dieser Ordnung ebenfalls ausgedehnt.

1. Motibe.

Die Separation der im gemein schaftlichen Eigenthume besindlichen Torfmoore muß aus denseiben Gründen zugelassen werden, aus welchen die Theilung gemeinschaftlicher Forsten durch die Gemeinheitstheilungs-Ordnung gestattet ist; da dieses Gesetz aber die Anwendbarkeit der in ihm enthaltenen Grundsätze auf die Theilung desjenigen gemeinschaftlichen Eigenthums beschränft hat, welches vor Einführung der Gemeinheitstheilungs-Ordnung entstanden ist (cf. §. 165. a. a. D.), so erscheint es zur Erhaltung der Gleichmäßigkeit des Princips, und weil eine Abweichung davon Schwierigkeiten in der Aussschleng nur wurterwerfen, die sich schon vor Einführung der Ordnung vom 7. Juni 1821 im gemeinschaftlichen Eigenthume befunden und bis setzt darin erhalten haben.

Bericht ber Agrar-Commiffion.

Bu Artifel 2. find folgende Bufate beantragt worben:

a) ftatt ber Worte: "welche fich bereits" bis "erhalten haben", ju fegen: "welche fich bei Bublifation bieses Gefeges im gemeinschafte lichen nicht burch Verträge bereits geregelten Gigenthume befinden;"

b) ferner am Schluß bes Artikels 2. hinzuzufügen: "Bei Aussührung ber Theilung find sofort die zur möglichften Abmäfferung der Torfmoore erforderlichen Einrichtungen zu treffen, und es hat jeder Miteigenthumer das Recht, die Ausführung dieser Einrichtung auf gemeinschaftliche, nach Berhältniß der Größe des Besitzes zu vertheilende Kosten zu fordern."

Der erste Abanderungs-Borschlag wurde aus den dem Geses-Entwurf zu Art. 2. beigefügten Motiven für unzulässig erachtet, weil überhaupt eine Theilung von Torfmooren nur dann nach den Grundsagen der Gemeinheitstheilungs-Ordnung erfolgen könne, wenn das gemeinschaftliche Eigenthum daran schon vor Einführung der Gemeinheitstheilungs-Ordnung bestand; ein erst nach deren Einführung entstandenes gemeinschaftliches Eigenthum aber nur nach den Bestimmungen des §. 163. der Gemeinheitstheilungs-Ordnung aufzulösen sei.

Der zweite Busat erfchien nach ben bierüber bereits beftehenden Bestimmungen in ben \$5. 95. — 97. der Gemeinheitstheilungs Drbnung aberfluffig, und bie Commission empfiehlt baber bie unveranderte Annahme

Des Art. 2.

Artifel 3.

Insoweit bei einer Mehreren gemeinschaftlich zustehenben Berechtigung zur Gräferei ober tzum Krauten ober Rachteschen auf abgeernbteten Felbern bas Maaß und Berhältniß ber Sheilnahme aller ober einzelner Interessenten nicht burch Uts

kunden, Judikate oder Statuten bestimmt ift, foll daffelbe für beseen berechtigte Besithungen als ein gleiches behandelt werden.

In Ortschaften, wo ber Futterbedarf, ber berechtigten Stelsen überwiegend durch Grasschnitt beschafft wird, bleibt es ben Besitern ber einzelnen Stellen gestattet, zu beweisen, daß sie in ben letten zehn Jahren vor Einleitung ber Theilung in einem größeren, dem Biehstande oder ber Fläche ihrer Stellen entspreschenden Maaße den Grasschnitt benutt haben, und erfolgt alsbann die Theilung der Gräserei nach diesem Rutungs. Bershältnisse.

1. Motive.

Obwohl die Grasschinit-Berechtigung als ein Surrogat der Weideserechtigkeit zu betrachten ift, und es deshalb nahe liegt, das nicht durch Urfunden, Judikate oder Statuten bestimmte Maaß und Verhältniß der Theilnahme mehrerer Interessenten in gleicher Weise, wie in den SS. 32. u. solg. der Gemeinheitstheilungs-Ordnung für die Hutung geschehen ift, nach dem Biehstande festzustellen, so ist doch zu erwägen, daß gerade der Grasschnitt allgemein von den Bestigern der Keinen, mit geringem Landbestige versehenen Nahrungen am meisten benut wird, und diese bei Anwendung der Analogie der Weiderechte die geringste Abssinatung erhalt:n würden. Aus diesem Grunde rechtsetzigt sich eine Bertheilung der Gesammt-Entschädigung für den Grasschnitt, in Ermangelung anderer schristlicher Normen dasür, nach der Zahl der berechtigten Wirthsschaften; ein Maaßstab, welcher sich um so mehr empsiehlt, als er ein Mittel zur Verbesserung der Lage der ärmeren ländlichen Bevölserung an die Hand giebt. Eben diese Theilungs-Grundsäpe erscheinen auch auf das Recht zum Krauten oder Nachrechen anwendbar.

2. Bericht ber Agrar - Commiffion.

Bei Artifel 3. wurde folgender Berbefferungs-Antrag befürwortet,

am Schluffe bes Urtifele bingugufugen:

"In Ortichaften, wo ber Futterbebarf ber berechtigten Stellen überwiegend burch Grasschnitt beschafft wird, bleibt es ben Bessigern ber größern Stellen gestattet, zu beweisen, daß sie in ben letten gehn Jahren wor Einleitung ber Theilung in einem größesren, bem Niehstande ober ber Flache ihrer Stellen entsprechenden Maage ben Grasschnitt benutt haben und erfolgt alsbann bie Theilung ber Gräferei nach biesem Rutungs-Verhaltniffe."

Die Comnission erfannte zwar im Allgemeinen die für den Artifel 3. aufgestellten Motive als zutreffend an und erachtet sonach die Fassung diese Artifels als zur Bermeidung von Prozessen über die Theilnehmungsrechte bei diesen Nungungen zweckentsprechent, zugleich aber auch als eine besondere Rücksichtnahme auf die Verbesserung der Lage der arweren ländlichen Bewölferung; indessen konnte doch auch der Umstand nicht außer Acht gelassen werden, daß in einzelnen Landestheilen sehr ausgedehnte Grassschnitt-Berechtigungen für ganze aus größeren und kleineren Grundstücks-Besigern bestehenden Gemeinden bestehen, wo nach der bisherigen Observanz die Benutzung dieser Berechtigung sich wesent-

lich nach bem gesammten Futterbedurfniß ber einzelnen Birthschaften gerichtet bat, somit in biefen Fallen eine wesentliche Berletzung einzelner Berechtigten eintreten murbe, wenn auch hier, in Ermangelung von Urfunden, Judifaten oder Statuten, bas Theilnahmerecht an der Gräfereinutzung als ein gleiches für alle berechtigten Besthaungen angesehen werben follte.

Für biese Ausnahmefalle hielt baber bie Commission ben erwähnten Bufat vollständig für gerechtfertigt und beantragt bei ber Kammer zwar bie Annahme bes Urt. 3., jedoch mit bem vorstehend aufgeführten Rusat.

Anmerkung. Rach bem Befchluffe ber- ersten Kammer ift im zweiten Sate fatt: "ben Besitern ber größeren Stellen" gesetzt worden: "ben Besitern ber einzelnen Stellen", welche Fassungs-Aenderung bas Motiv bes Borschlages bieses Busates nur noch flarer herausstellt.

Urtifel 4.

Wenn ber Umfang ber auf einer Dienstbarkeit beruhenden Berechtigungen zur Rupung von Schilf, Binsen oder Rohr, zum Stoppelharken sowie zur Torfnutung, nicht durch Urkunden, Judikate oder Statuten in anderer Weise festgestellt ist, so wird berselbe nach den Borschriften der §8. 52. bis 55. der Gemeinsheitstheilungs Drdnung vom 7. Juni 1821 bestimmt, se nachsdem die Berechtigungen die Düngung oder die Feuerung bezwekten; dabei kommen aber solche den Berechtigten gehörige Torssläger, welche zur Zeit der Andringung des Ablösungs Antrages noch nicht ausgedeckt sind, nicht in Betracht.

Mit dieser letteren Maaßgabe sinden die §§. 52. und 54. der Gemeinheitstheilungs Dronung auch auf Streu- und Brennsholz-Berechtigungen in fremden Forsten Anwendung, wenn sich dieselben auf das Bedürsniß der Berechtigten beschränken und die Abrechnung der eigenen Düngerbereitungs und Feuerungs mittel nicht ausdrücklich durch Urfunden, Judisate oder Statuten ausgeschlossen worden ist.

Artifel 5.

Die Entschäbigung fur die Berechtigung jum harzscharren, beren Werth übrigens nur nach bemjenigen Ruten zu bemeffen ift, welchen die Ausübung bieses Rechts, bei Beobachtung ber Forstpolizei Seset, zu gewähren vermag, darf, wenn die Parteien sich nicht anders einigen, nur in Rente ober Kapital bestehen.

1. Motibe.

Bu Urt. 4. Um ben Beitläuftigkeiten vorzubeugen, welche bie Ermittelung bes Umfangs ber Dienftbarkeiterchte zur Rugung von Schilf, Binfen ober Rohr, jum Stoppelharken und zur Torfnugung verurfachen

möchte, wenn bieser Umfang nicht durch einen schriftlichen Titel feststeht, ift es nothwendig, darüber eine ausdrückliche Borschrift zu ertheilen, und die gedachten Servituten zu demselben Zwecke dienen, wie das Recht zum Blaggen-, heide- oder Bultenhieb, so erscheint es am angemessensten, auch auf sie die für das oben genannte Recht ertheilten Borschriften der §5. 52.—55. der Gemeinheitstheilungs-Ordnung für anwendbar zu erklären. Dabei wird es sedoch erforderlich, der Meinung entgegenzutreten, als müßte sich der Berechtigte auf seinen Bedarf den Borrath an Torf, welcher sich etwa in unaufgedeckten Lägern auf seinem Grundstück vorfinden möchte, abrechnen lassen. Denn eine solche Annahme würde nicht nur mit der wirklich stattgehabten Nugung des Rechts unsvereinbar sein, sondern auch zu einer reichhaltigen Quelle von Chisanen

gemacht werben.

Unter den Spruchbehörden bat fich eine abweichende Unficht barüber geltend gemacht, ob ber S. 54. ber Bemeinheitstheilungs Drbnung auf Die Berechtigung zum Plaggen-, Beide- und Bultenbleb zu beschränfen ift, ober ob berfelbe einen allgemeinen Grundfat ausspricht, ber auch auf unbeftimmte Brennholg-Berechtigungen gum Bebarf ausgebehnt werben muß, wenn nicht im einzelnen galle etwas Underes ausbrudlich beftimmt ift. Das Ober-Tribunal bat fich in mehreren Prozeffen fur bas Lettere entschieden und bemgemäß feftgefest , daß ber Brennhotz-Berechtigte nur fo viel Balg aus bem belafteten Forfte ju entnehmen befugt fei, ale er in feiner Wirthichaft nach Abrechnung ber eigenen Feuerungemittel gebraucht. Diefes Princip fteht mit ber Borfchrift bes §. 15. Tit. 19. Th. 1. des Allg. Landrechts, daß im Zweitel für diejenige Art ber Ginschränfung, welche bem Gigenthumer am wenigsten laftig ift, Die Bermuthung eintritt, im Ginflange, und muß baber ale bas richtige angefeben werben. Bur Bermeibung entgegengefetter Erfenntniffe ift es munfcheneiverth, ben Grundfat in ben Artifel 4. bes Gefetes aufzunehmen. Da fich aber baffelbe Bedenken auch in Betreff ber Unwendbarkeit bes S. 52. Der Bemeinheitstheilungs - Ordnung auf Streuberechtigungen erbeben fonnte, fo wird biefes gleichzeitig in bem nämlichen Ginne zu erlebigen fein.

Bu Art. 5. Bei ber Ausabung bes Rechts zum harzicharren werben häufig die Grenzen ber Bolizei-Gefete überschritten. Um zu verhüten, bag die unerlaubte Ausbehnung ber Nutung einen Einfluß auf die Werthschätzung bes Rechts äußere, erscheint es nothwendig, eine bem §. 140. der Gemeinheitstheilungs-Ordnung entsprechende Borschrift in

ben Entwurf aufzunehmen.

Da bie Befugniß zum harzscharren außer aller Beziehung zur Landwirthschaft fieht, so darf es weder dem Berechtigten zugemuthet werden, sich für dieselbe durch Land abfinden zu laffen, noch kann man von dem belafteten Waldbesitzer verlangen, daß er für die Befreiung von dieser Dienstdarkeit einen Theil seines Grundeigenthums abtrete. Daher läßt sich die Zwangsentschädigung nur in Rente oder Kapital normiren.

2. Bericht ber Agrar-Commiffion.

Die Bestimmungen ber Art. 4. und 5. find nach ber einstimmigen Unsicht ber Commission burch die Motive bes Geseg-Entivurfs genügend gerechtsertigt, und werben baber dieselben zur unveränderten Annahme empfohlen.

Bon einer Selte murbe verlangt, hinter Art. 5. eine befonbere Be- ftimmung bes Inhalts einzuschalten:

"Reine ber in ben Artifeln 3. und 4. bezeichneten Rugungen fann zu einem boberen Werth geschätt werden, als ihre Aus- übung bei Berudfichtigung ber forft- und felbpolizeilichen Bor- schriften zu gemahren vermag."

Die Majorität der Commission konnte fich jedoch von der Nothwensdigkeit einer solchen Bestimmung, die eben nur bei der Abschähung des Werths für die Berechtigung des Harzscharrens der Natur der Sache nach erforderlich erscheint, nicht überzeugen, da es bei der Keststellung des Werths der Berechtigungen zur Gräserei, des Krautens, zum Nachrechen, der Nugung von Schilf, Rohr, Binsen, Stoppelharken und der Torf-nugung, überall nur auf eine Schähung der auf einer bestimmten Fläche vorsonmenden Masse dieser Nugungen und ihres Geldwerthes ansommt und dabei selbstredend auf etwanige vorgekommene Uebergriffe bei ihrer bisherigen Ausübung keine Rücksicht genommen werden kann; es ift dasher die Ausnachme eines solchen Zusay-Artikels mit 12 gegen 6 Stimsmen von der Commission abgelehnt worden.

Artifel 6.

Erfolgt die Aushebung der Fischereis Berechtigung bei Geslegenheit einer nach dem Gesetze wegen Beschaffung der Vorsstuth vom 15. November 1811 vorzunehmenden Entwässerung, oder bei einer nach dem Gesetze über die Benutung der Privatsslüffe vom 28. Februar 1843 herzustellenden Bewässerungs Anslage, so wird die Ablösung der Berechtigung auch in Zusunst nach den Borschriften dieser Gesetze bewirkt. Ebenso behält es sein Bewenden bei den Bestimmungen der Fischereis Ordnungen für die Provinz Posen vom 7. März 1845 und für die Binnensgewässer der Provinz Preußen von demselben Tag, rückschlich der Ermittelung der den Fischereis Berechtigten für solche Nachstheile, welche der Fischerei durch neue Anlagen zugefügt werden, zu gewährenden Entschädigung.

In allen andern Fällen wird ber jährliche Reinertrag ber Fischerei-Berechtigung in Privatgewässern durch das Gutachten Sachverständiger festgestellt, welche dabei den von dem Berechtigten in den letten zehn Jahren vor Andringung der Provokation durchschnittlich aus der Fischerei gezogenen Ruten zu berücksichtigen haben. Der jährliche Reinertrag bildet den Maaßtab für die Höhe der Abstindung der Fischerei-Berechtigten, und diese ist, in Ermangelung einer anderweiten Einigung der Parteien, in Rente oder Kapital zu gewähren.

Hat ber Belastete auf die Ablösung angetragen, so ist der Berechtigte außerdem zu verlangen befugt, daß ihm seine noch brauchbaren Fischereigerathe gegen Ersah des Werthes berselben von dem Provokanten abgenommen werden.

1. Protive.

Das Borfluths-Golft vom 15. November 1811, das Gesetz vom 28. Februar 1843 und die Fischerei-Ordnungen für die Provingen Bosen und Preußen vom 7. März 1845 enthalten Bestimmungen über die Ermittelung der Entschädigung bes Fischerei-Berechtigten für die Ausbebung ober Beeinträchtigung seines Rechts durch Entwässerungs- oder Bewässerungs- und andere Anlagen. Eine Abanderung dieser Borichriften für diezeinigen Fälle, auf welche sie berechnet find, tann nicht in Borschlag gebracht werden, weil sie an sich ihren Bwed erfüllen und weil sie in Berbindung mit anderen Erörterungen zur Anwendung tommen, ein Gerausreißen derselben deshalb das übrige damit im Zusammenhange stehende Bersahren kören würde.

Dagegen tritt überall, wo die Ablösung der Fischerei-Berechtigung selbstitändig vorgenommen wird, das gewöhnliche Berfahren vor den Auseinandersetzungs-Behörden ein, und für dieses bedarf es der Ertheilung einer Borschrift über die Art der Feststellung der dem Berechtigten zustommenden Absindung. Bei der außerordentlichen Berschiedennartigkeit der Erträge der Fischereien läßt sich sedoch seine andere allgemeine Borschrift geben, als daß der Reinertrag der Berechtigung in jedem einzelnen Kalle durch Sachverfändige zu schähen ift, welche darauf hinzuweisen sind, daß sie für ihre Gutachten in der Sohe des Nugens, den das Recht durchschnittlich in den letzten 10 Jahren wirklich gewährt hat, eisnen Anhalt sinden werden.

Aus der Natur des Rechts und aus ben zum Artikel 5. angeführten Gründen ergiebt fich von felbft, daß die gefetzliche Entschädigung für eine Fischerei - Berechtigung nur in Rente ober Kapital bestehen fann.

Es ift aber bei ber Ablösung ber Fischerei-Berechtigung noch die Eigenthümlichfeit zu berücklichtigen, daß die Ausübung des Rechts die Anschaffung vieler zum Theil werthvoller Geräthschaften ersordert, welche mit dem Wegsalle des Rechts nicht allein für den Besther unbrauchbar werden, sondern auch oft schwer und nur mit Verlust verkauft werden können. Sollte der Berechtigte, dessen Recht auf den Antrag des Belasteten ausgehoden wird, für diesen Fall keinen Ersag erhalten, so würde ihm mittelbar ein Theil der ihm zusommenden Absindung wieder entzogen werden, und er also nicht vollständig sein. Um diesem Uebelstande vorzubeugen, ist in dem Entwurse dem Berechtigten, falls er Propostat ist, die Besugniß beigelegt worden, die Uebernahme seiner Fischereigeräthe, soweit sie noch brauchbar sind, gegen Ersag ihres Werths von dem Belasteten zu sordern. Wenn jedoch der Berechtigte sich den erwähnten Nachtheil dadurch, daß er auf Ablösung provocirt, selbst zuzieht, so kann ihm eine solche Begünstigung nicht zu Theil werden, vielmehr ist dann anzunehmen, daß der Wortheil, welchen er aus der Ablösung erwartet, den Berlust am Werthe der Fischerei-Geräthschaften ausgleicht.

2. Grunde ber Agrar-Commiffion.

Bei bem Art. 6. wurden jum zweiten Cat beffelben folgende Busfate beantragt:

"Bei Ermittelung bes Mugens ift insbesonbere in Rudficht zu

nehmen:

a) ber Konsumtionswerth, welchen die Nugung ber Fischerei bem Berechtigten felbft gewährt hat;

b) ber aus dem gewerblichen Betreiben berfelben entftandene

Bortbeil.

Die auf ben Betrieb ber Fischerei verwendete Arbeit ift nur bann in Abzug zu bringen, wenn ber Berechtigte ben localen Berhältniffen nach Gelegenheit hat, fich anderen Berblenft zu verschaffen."

Bur Unterftützung berselben wurde angeführt, daß in vielen Fällen bie Fischerei-Berechtigung zugleich die Mittel darbiete, dem Berechtigten und seiner Familie die zu ihrer Ernährung erforderlichen Mahlzeiten zu gewähren und dabei gerade diejenigen Sorten von Fischen berwendet würsden, deren Berkaufspreise mit ihrem Konsumtionswerthe in gar keinem Berhältniß ftanden, der Letztere muffe daher bei Feststellung des jahrlichen Reinertrages besonders berücksichtigt werden. Daffelbe gelte hinssichtlich der Bortheile, welche dem Berechtigten daraus erwüchsen, daß er seine Berechtigung gewerbsmäßig betreiben könne und dadurch die Aussicht habe:

a) burch Geschicklichkeit und Bleiß ben Rugen ber Berechtigung zu

erböben;

b) burch angemeffene Behandlung feiner Berechtigung, namentlich burch temporaire Schonung ber Fischerei, feinen Geminn um viele Procente zu bermehren.

Gerade der lettere Bortheil wurde funftig bem Belafteten allein zu Gute fommen und konne sonach bei Begutachtung bes jahrlichen Reinerstrages einer Fischerei Berechtigung nicht außer Ucht gelaffen werben.

Die Commission war jedoch in ihrer Majorität der Ansicht, daß, da bas zweite Alinea des Art. 6. ausdrücklich sessiege, es solle der jährliche Reinertrag der Fischerei-Berechtigung in Privatgemässern lediglich durch das Gutachten Sachverständiger seigestellt werden, es auch in jedem bessonderen Falle Sache dieser Sachverständigen sein werde und misse, auf die jedesmal vorliegenden localen Verhältnisse gehöhrende Rücksicht zu nehmen und danach ihren Ausspruch über den wahren Reinertrag der Berechtigung zu normiren. Bestimmte für alle Fälle passende Regeln ließen sich hier gar nicht ausstellen, und da überall der wirklich aus der Fischerei gezogene Nugen berücksicht werden müsse, so werde auch bei jedem einzelnen Specialfall zu beurtheilen sein, worin dieser Nugen überhaupt bestanden habe; es wurden hiernach die beantragten Zusäge mit großer Majorität verworfen.

Gegen ben ersten und britten Sat bes Artifels wurde von keiner Seite etwas erinnert, und bie Commission empfiehlt hiernach bie unveranderte Annahme bes Art. 6.

Anmerfung. Es ift zwar bei ben Kammer-Berhanblungen gegen ben Schlußsatz wegen Ersatzes ber Fischereigerathe gesprochen, weil ber Belastete baburch gezwungen werbe, boppelte Entschäbigungen zu gewähren; inbeffen bat bie Kammer boch biesen Schlußsatz beibehalten, weil nach Aufhebung ber Be-

rechtigung die qu. Gerathe ihren Rugen und Werth verlieren, und in vielen Gegenden, namentlich in Breußen, diese Gerathe oft den wesentlichsten Theil des Bermögens der Berechtigten ausmachen und biese Bestimmung auch nur dann zur Anwendung kommt, wenn ber Belaftete provocirt hat.

Artifel 7.

Statt ber nach Borschrift ber §8. 73. und 74. ber Gemeinsheitstheilungs Drbnung vom 7. Juni 1821 mit ben Roggenpreissen steigenden und fallenden Rente soll bei benjenigen Gemeinsheitstheilungen, in welchen erst nach Berkundung des gegenwärstigen Gesets die Art ber Entschädigung sestigeset wird, eine sesternte bestimmt werden. Eine Bereinigung der Parsteien über andere als seste Gelbrenten ist unzulässig.

Artifel 8.

Die erst nach dem Eintritte der Rechtsfraft des gegenwärtistigen Gesets festgesetten Renten sind auf den Antrag sowohl des Berechtigten als des Verpflichteten nach vorhergegangener sechsmonatlicher Kundigung durch Baarzahlung des 20sachen Jahresbetrages derselben ablösdar. Dem Verpflichteten ist es gestattet, das Kapital in vier auseinandersolgenden einjährigen Terminen, von dem Ablause der Kundigungssrift an gerechnet, zu gleichen Theilen abzutragen; doch ist der Berechtigte nur solche Theilzahlungen anzunehmen verbunden, welche mindestens Einhundert Thaler betragen. Der sedsmalige Rücktand ist mit füns Procent jährlich zu verzinsen. Insoweit wird der §. 75. der Gemeinheitstheilungs Drbnung vom 7. Juni 1821 abgeändert.

Den Parteien steht es frei, sich über andere Zahlungs-Termine und einen anderen Ablösungssatz zu vereinigen; jedoch darf der Lettere nie den 25fachen Betrag der Jahresrente übersteigen. Berabredungen, welche dieser Borschrift zuwiderlaufen, haben die Wirkung, daß der Berechtigte auf Grund derselben nur den 25fachen Betrag der Jahresrente zu sordern besugt ist.

1. Motive.

Bu Art. 7. Die Aenderungen, welche die Rente bei einer in Gemäßheit der §§. 73. 74. der Gemeinheitstheilungs Dronung angelegten Berechnung nach den Roggenpreisen erleidet, sind ersahrungsmäßig so unbedeutend, daß fie in keinem Verhältnisse zu der sich alljährlich ernenernden Upbequemlichkeit der Betragsermittelung stehen. Dieser praktische Gesichtspunft hat bereits bei der Abfassung der Ablösungs Drdnungen vom 13. Juli 1829, vom 18. Juni und 4. Juli 1840 dabin geführt, die wandelbaren Geldrenten nicht unter die gesestlichen Absinbungsmittel aufzunehmen; ebenfo find biefelben bem Entwurfe ber neuen Ablofunge Drbnung fremb geblieben. Der erwähnte Grund und bie Erwägung ber Bortheile, welche eine Uebereinftimmung ber gefehlichen Entichabigungemittel fur Auseinanderfegungen aller Art mit fich brinat, murbe allein binreichen, um die feften Gelbrenten auch bei Bemeinheitstheilungen gur Regel ju erheben. Es tritt aber noch eine andere Rudficht hervor, welche es unerläßlich macht, bag bie Regulirung ber Bemeinheitstheilungs - Renten funftig nur auf fefte Gelbrenten erfolgen muß und es ben Parteien nicht einmal mehr gestattet werben fann, fich über andere Renten zu einigen. Der Urt. 40. Der Berfaffunge - Urfunde vom 5. Dezember 1848 bat nämlich berordnet:

> Bei erblicher Ueberlaffung eines Grundftuds ift nur bie Uebertragung bes vollen Eigenthums julaffig; jeboch fann auch bier ein fefter ablosbarer Bins vorbebalten werben.

Behufs einer fonsequenten Durchführung bes bierin ausgesprochenen allgemeinen Brincips ift in bem S. 91. bes Entwurfs ber neuen Ablofungs Dronung bie Borichrift aufgenommen worden:

Mit Auenahme fefter Gelbrenten burfen gaften, welche nach bem gegenwärtigen Befete ablosbar find, einem Grundflude von jett

ab nicht auferlegt werden.

Wenn man mit biefem Grundfage nicht in Biberfpruch gerathen will, fo muß ber Möglichkeit, bag Grundftude bei Gelegenheit von Gemeinheitetheilungen mit anberen Reallaften als feften Gelbrenten belegt werben, ebenfalls entgegengetreten werben. Selbstrebend fann jedoch biefe Borfchrift feine rudwirfende Rraft haben und fich alfo nicht auf be-

reite regulirte Renten begieben.

Bu Art. 8. Da ber Binefuß im Berfebr jest 5 Brocent beträgt und ein Rallen beffelben nach ben gegenwärtigen Berfehreverhaltniffen in ber nachften Bufunft nicht zu erwarten ift, ba ferner ber Entwurf gur Ablofungs - Ordnung ben 20fachen Rentenbetrag als ben bochften gefetlichen Ablofungefat für Reallaften aufgestellt hat und eine Gleichma-Bigfeit in ber Ablofung von Renten für Gemeinheiten und Reallaften nothwendig ift, um die Kompenfation ber verschiedenen Renten moglich gu machen, fo ericheint es zwedmäßig, bei ber Abftogung ber Gemeinbeitetheilunge. Renten burch Rapital an Die Stelle Des bieberigen 25fachen Betrages der Jahresrente ben 20fachen treten ju laffen. Bon Diefem Grundfage fann jeboch bei bereits fonftituirten Gemeinheitstheilungt-Renten fein Gebrauch gemacht werben; in Betreff ihrer ift auch fcon in ben §S. 53. 54. Des Entwurfs gur Ablöfunge Dronung Bestimmung getroffen worden, bei melder es bewenden muß.

Der Willfur ber Parteien, ben Ablofungefas abweichend bon ber gefetichen Borfdrift zu beftimmen, ift insoweit eine Granze zu feten, als daburch indireft unablosbare Renten eingeführt werben konnten. In Diefer Beziehung muß eine mit S. 91. Ded. Entwurfs gur Ablöfunge-

Ordnung übereinftimmende Borfchrift gegeben werben.

Mach f. 75. der Gemeinheitstheilungs - Ordnung ift gwar jeder Theil zur Ablöfung ber Rente burch Rapitalzahlung nach, fechomonatlicher Rundigung befugt; ber Befaftete aber, wenn bie Rundigung von ihm ausgeht, ift berpflichtet, bas Rapital in ungetrennter Summe ju entrichten, mabrent ihm Studzahlungen nur bann, menn ber Berechtigte Die Ablofung verlangt, und gwar in Terminen, Die bis auf fünf Jahre vertheilt werden durfen, gestattet sind. Soweit aus biefer Borschrift durch Anwendung auf einzelne Fälle bereits Rechte erworben worden sind, muß es bei denselben natürlich sein Bewenden behalten. In Betreff der erst fünftig festzustellenden Renten ist es dagegen wünsschenswerth, dem Verpflichteten unter allen Umständen die Abstohung der Kenten durch Bewilligung von Theilzahlungen zu erleichtern, sowie wegen der Fristen und höhe der Abschlungen die Normen des S. 65. des Entwurfs der neuen Ablösungs-Ordnung auch auf die Gesmeinheitstheilungen zu übertragen.

2. Bericht ber Agrar-Commiffion.

Die Zwedmäßigleit ber Bestimmungen im Artifel 7. wurde einstimmig anerkannt, und die Commission beantragt sonach bessen unveranderte Annahme.

Der erfte Sat bes erften Alinea des Artifel 8. wurde ohne weitere Discussion von der Commission einstimmig angenommen, indem alleitig anerfannt wurde, daß nach dem in dem Entwurf der Ablösungs-Ordnung für Reallasten zur Geltung gesommenen Grundsat:

bei Rapitaliffrung ber Renten ben 20fachen Betrag berfelben als

höchsten gesetzlichen Ablösungssat anzunehmen, es vollfommen gerechtsertigt erscheine, diesen Sat auch bei jest erft fest zusetzenden Renten, welche bei Gemeinheitstheilungen als Entschälligung gegeben werden, festzuhalten, und danach den S. 75. der Gemeinsheitstheilungs-Ordnung vom 7. Juni 1821 zu modisiziren, während die schon jest beiden Theilen zustehende Befugniß zur Kündigung der Renten unter den beizubehaltenden Beschräntungen ausrecht zu erhalten sei.

Bu dem zweiten und dritten Sage dieses Alinea wurde von einer Seite hervorgehoben: daß es sehr oft für den Berechtigten wünschenswerth sein durfte, das ganze Ablösungs-Kapital mit einem Mal in ungetrennter Summe und nicht in vier einjährigen Terminen zu erhalten; ein Mittel, dies zu erreichen, wurde, ohne daß der Berpflichtete dadurch in Berlegenheit fame, in der Abzahlung solcher Ablösungs-Kapitalien mittelft Kentenbriefen der in Aussicht gestellten Land-Kentenbanken sich darbieten, wonach vorgeschlagen wurde, hinter dem Worte des britten Sages: "der jedesmalige Kückfand ift mit 5 Procent jährlich zu berzinsen", folgenden Zusag einzuschalten:

"Erflatt fich aber ber Berechtigte bereit, Die Ablöfungssumme im 20fachen Betrage ber Rente in Landrentenbriefen nach bem Rennwerth berselben anzunehmen, so ift der Berpflichtete zur berartigen Zahlung bes Sanzen nach sechemonatlicher Kundigung verpflichtet."

Dem wurde jedoch entgegengesett, daß gerade eine solche Bestimsmung ben Berpflichteten bann in die größte Berlegenheit segen und zu Opfern nöthigen wurde, menn ber Berechtigte hiernach die Ablösung in ungetrennter Summe durch Landrentenbriese verlange und der Berpflichtete sich nicht in Besty solcher befände, sondern genöthigt werde, sich solche zum Courswerth anzuschaffen. Boraussichtlich wurde ein solches Berslangen Seitens des Berechtigten nur immer dann eintreten, wenn der Cours der Landrentenbriese über Pari stände, niemals aber wenn fie unster ihrem Nennwerth auf dem Geldmarkt zu haben wären; daß in erstersteren Kalle der Berpflichtete gezwungen werden solle, dennoch die Bah-

lung bes Rapitalswerthes ber Entschädigung in ungetrennter Summe burch Landrentenbriefe nach ihrem Nennwerth zu leiften, dazu sei durchaus ein rechtlicher oder sonft ein durchgreifender Grund nicht vorhanden; wenn nun noch überdies nach Alinea 2. des Artifels 8. es den Parteien stets freistehe, sich über andere Zahlungsmodalitäten zu einigen, sofern nur nicht ein höberer als der Zdsache Betrag der Jahresrente bei der Rapitalistrung angenommen, hierdurch aber eine Einigung, die Zahlung mittelst der fünstig zu schaffenden Landrentenbriefe zu leisten, nicht ausgeschlossen werde, so erscheine der beantragte Zusap zwar wohl im Insteresse des Verpflichteten gefährlich, sonst aber zur bessenr Lösung der Verbältnisse nicht geelgnet.

Die Commiffion hat baber Diefen Bufat mit überwiegender Majorität abgelehnt und beantragt die unveranderte Annahme bes gangen

Artifele 8.

Anmerfung. Ans Art. 8. folgt, bag mit Ausnahme bes Falls bes S. 34. bes Ablofungs : Gefetes vom 2. Marz 1830 auch die Gemeinheitötisislungs : Renten aus früherer Beit dem Ablofungs : nnd Rentenbanken : Gefete nicht unterliegen.

Artifel 9.

Die dem Bestiger eines mit Dienstharkeiten belasteten Grundsstucks nach den \$5. 19. 86. 94. und 114. der Gemeinheitstheis lungs Drdnung vom 7. Juni 1824 eingeräumte Besugniß, sür den Fall, daß der Dienstdarkeits Berechtigte auf die Auseinandersetung anträgt, die Art der zu gewährenden Entschädigung zu bestimmen und zu wählen, ob er den Berechtigten nach dem Rubungsertrage der Dienstdarkeit, oder nach dem Bortheile, welcher dem Belasteten aus der Aussehung der Dienstdarkeit ers wächst, absinden will, wird hiermit ausgehoben.

Bei den auf Forsten hastenden und nach der Gemeinheitstheilungs Dronung sowie nach dem vorliegenden Gesetze ablöddaren Dienstdarkeiten verbleibt jedoch dem Besitzer des belasteten Baldes, wenn er Provosat ift, die Wahl, ob er den Dienstdarkeits Berechtigten nach dem Rutungsertrage der Dienstdarkeit ober nach dem Bortheile, welcher dem Belasteten aus deren Aufhebung erwächst, entschädigen will. Im letztern Falle darf jedoch die Höhe der Entschädigung den Rutungswerth der Berechtigung nicht übersteigen.

1. Motive.

Nach ber Gemeinheitstheilungs. Ordnung ift im Allgemeinen febr Berechtigte nach bem Rugungsertrage feiner aufzuhebenden Berechtigung und zwar ber Regel nach in Land, wenn Letteres aber in zwedmäßiger Weife nicht gewährt werden fann, in ablösbarer Renta abzufinden. Der Antrag auf Gemeinheitstheilung barf sowohl von dem Berechtigten als von dem Belafteten ausgehen. Bei

einseltigen Dienstbarkeitsrechten tritt jedoch eine Ausnahme von diesen Grundsätzen ein, sobald der Perechtigte auf Auseinandersetzung provocirt. In diesem Falle hat nämlich der Belastete die Wahl, ob er nach dem ihm aus der Aushebung der Dienstbarkeit erwachsenden Bortheile oder nach dem Ruhungsertrage des Rechts und durch welches Absindungsmittel er den Berechtigten entschädigen will. Der Borschrift liegt die Absicht zu Grunde, den Besther des belasteten Grundsids auf indirectem Wege vor unzeitigen Ablösungs-Anträgen zu schützen; sie führt aber eine Verletzung des Berechtigten herbei, welcher sich durch seine Wirthsichals-Einrichtungen zu dem Ablösungs-Antrage gedrängt sieht, indem er keinen vollen Ersat für den Werth seines Rechts und die unzugängsliche Absindung nicht einmat in einer den Verhältnissen entsprechenden

Beife erbalt.

Bur einseitige Dienstharkeiten, welche auf anderen als Forfigrundftuden haften, ift ber Gegenftand bon feiner besonderen Erheblichfeit, einmal, weil bergleichen Servituten gewöhnlich nicht ifolirt bafteben, fonbern auf gandereien haften, die noch anberen Gemeinheiten unterworfen find, und baber bei Gelegenheit von vollständigen Geparationen gur Ablöfung fonimen, fodann weil bei ihnen praftifch fein Unterschied in bem. Berthe ihres Nugungsertrages und bes Bortheils, melder aus ihrer Aufhebung fur ben Belafteten entfteht, bervortritt. Bon großer Bichtigfeit ift bie Sache aber für Forft. Servituten, welche ber Regel nach bie alleinigen Gemeinheiten in ben bem Fisfus ober ben Befigern größerer Guter geborigen Balbern bilben. Die Ausübung folder Dienftbarfeiten, namentlich der Beibe, ober ber Raff= und Lefeholy= Berechtigung, ift, wenn fle in den gefetilchen Schranten gehalten werben tann, ber bergebrachten Wirthschaftbart bes Walbes häufig nicht nachtheilig; jur Berherthung ber Balbweibe und bee Raff- und Lefeholges fehlt es oft nach' erfolgter Ablöfung ber Berechtigungen an hinreichender Gelegenheit, und ber Rugen einer burch die Ablöfung ber Servituten bedingten Berbefferung ber Forftfultur fpringt nicht fofort in bie Augen, fonbern macht fich erft nach vielen Jahren bemerfbar. Deshalb find Die Sachverftanbigen leicht geneigt, eine fur bie Berechtigten febr fublbare Differeng gwifchen bem Berthe bes bem Balbeigenthumer aus ber Befeitigung ber Servitute erwachsenden Bortheils und bem Berthe des Nugungsertrages ber Servitut herauszurechnen, ohne bag es gelingen will, ihren Unnahmen mit Erfolg zu begegnen, weil es faft unausführbar ift, ben auf beranderte Buftande gegrundeten, aus bem fervitutfreien Forfte funftig ju giebenden Bewinn mit Sicherheit in Bablen auszudrucken. Undererfeits entschließen fich bie Balbbefiger aus Borliebe für ihre Forften nur ungern zu einer Landentschadigung, ober berweigern biefelbe in ber Boraussehung, bag bie Berechtigten unter biefen Umftanben bon bem Ablöfunge Antrage jurudtreten, weil es in ber Regel im Intereffe ber Lettern, namentlich ber Befiher kleiner Stellen liegt, burch Land abgefunden zu werben.

Wenngleich es nicht verkannt werben barf, bag ber Forsteigensthumer durch die Ablösung ber Dienstbarkeiten zu Opfern genothigt wird, die ihm erft nach langer Zeit und nur bei einer sorgsamen Kultur vers gutet werden, und daß es daher für ihn nicht gleichgültig ift, in welchem Momente er diese Opfer zu bringen bat, so muß doch auch eingeräumt werden, daß durch diese Umstände das Princip, wonach die Sobe und

bie Art ber bem Berechtigten ju gewährenben Entschäbigung ban beffen Stellung als Provofant oder Provofat abhangig gemacht wird, fic nicht rechtfertigen läßt. Sobald einmal bie Ablofung eines Rechts erfolgt, muß fur baffelbe eine vollftanbige und angemeffene Abfindung gegeben werben, ohne Rudficht barauf, wer bie Auseinandersetung veranlagt bat. Bei weitem konsequenter murde es fein, nur dem Baldbefiger und nicht bem Dienftbarfeite-Berechtigten Die Brovofatione-Befugniß zu geftatten, indem. es dadurch deut Erften allein überlaffen wird, feinen Forft erft bann bon fulturwibrigen Saften zu befreien, wenn er es feinem fonftigen Intereffe entsprechend findet, Berbefferungen in ber Waldwirthichaft borgunehmen. Bu Diefem Grundfage ift Die neuere frangoffiche Gefeggebung gurudgefehrt, indem ber Code forestier bom 21. Mai 1827 in Betreff ber Bolgungerechte in Staatewalbungen nur bem Riefus, nicht aber bem Rubungs - Berechtigten Die fruber beiden Theilen guftebenbe Cantonnements-Rlage eingeräumt bat. Allein Die Conferrirung ber Forft - Servituten berbient, bom Standpunfte ber allgemeinen Landesfultur aus, fo menig als vom fittlichen Standpuntte eine Begunftigung. Die Balbbefiger felbft überzeugen fich täglich mehr von ben Bortheilen ber Befreiung bes Grundeigenthums, und halten jest zum Theil mit ihren Ablofungs-Antragen nur barum gurud, weil fie auf Provofation von Seiten ber Berechtigten und baburch auf billigere Auseinandersegungs - Bedingungen hoffen. Die Berechtigten werben bei Ausubung ber Dienftbarfeiten leicht gu Rontrabentionen verleitet, wodurch fich ihr Rechtsgefühl in babauernewerther Abgefeben Davon merben fie aber burch bas Fortbe-Beife abstunmft. fteben ber Servituten an einer zwedmäßigen Beranberung ihrer Birthfcafteinrichtungen und an einer gewinnreichen Berwendung ihrer Urbeitefrafte gebindert. Aus Diefen Grunden ift es nicht rathfam, ben Dienftbarfeite - Berechtigten Die Befugniß zu entziehen, auf Ablofung angutragen, und es bleibt bemnach nichts übrig, als bie Ausnahmebeftimmungen ber SS. 86. 94. und 114. ber Bemeinheitotheilunge-Ordnung für ben Fall ber Provofation bes Dienftbarfeite = Berechtigten auf Auseinanderfegung aufzuheben.

Endlich fpricht fur Diese Aufhebung auch noch die Thatsache, bag bie neueren Grundsate ber Forstwirthschaft und beren sorfaltige Ausfuhrung eine Ausbehnung ber Schonungen und bes Holzbeftandes in bem Maage zur Folge haben, daß dadurch die hutungsnugung geschmalert wird. Den Berechtigten muß hierzegen ein Schutz durch Ausbebung ber Beschränfung ihres Proposationsrechts gewährt verben.

2. Bericht ber Agrar-Commiffion.

Bei Berathung bes Art. 9. wurde von einer Seite auf die Gefahren hingewiesen, welche ben größeren, besonders ben Staatsforsten aus ber Aufgebung des in den §§. 19. 86. 94. und 114. der Gemeinheitstheilungs-Ordnung hinsichtlich der Absindung der einseitig DienstbarkeitsBerechtigten ausgesprochenen Princips, erwachsen können. Es wurde hervorgehoben, daß bei den ausgedehnten und zahlreichen Servituten, mit welchen insbesondere sistalische Forsten mehrentheils belaftet waren, durch eine Entschädigung nach dem Ausen und Ertrage, welchen die Servitut sedem Bestiger gewähren kann und welche bedingungsweise in Land gewährt werden muffe, die Forsten leicht devastirt, ja wohl der Fall vorkommen könne, daß der Eigenthümer genöthigt sei, wenn nicht den

ganzen, so boch ben größten Theil seines Walbes zur Abfindung bes Servitut-Berechtigten zu verwenden und herzugeben, eine Gefahr, die selbst durch den im Art. 10. des Entwurfs vorgesehenen Entschädigungs-modus nicht genügend abgewendet werde. Es erscheine baber im Interesse einer Conservation der Forsten, bei einer Abanderung der §§. 19. 86. 94. und 114. der Gemeinheitstheilungs-Ordnung angemeffen: die Provosations-Besugniß, so wie dies in der neueren französtschen Gesezgebung ebenfalls geschehen sei, mindestens in Betreff der Golzungsrechte nur dem belasteten Forsteigenthumer zu gestatten.

Die Majorität ber Commission hat fich jedoch unter vollftandiger Anertennung ber bem Gesey-Entwurfe beigefügten Motive für die Beisbehaltung ber unveränderten Fassung des Art. 9., weil biefer bem Brincip ber Gerechtigkeit entspricht, mit 14 gegen 5 Stimmen ausgesprochen und empsiehlt ber Kammer bie unveränderte Annahme besselben.

3. Auslaffung bes Referenten ber Agrar-Commiffion.

Der Urt. 9. Des vorliegenden Gefet - Entwurfes enthalt allerbings ein febr wichtiges Princip, welches jur Geltung gebracht merben foll. Er bebt ben Unterschied, welcher bisber zwischen bem Brovofanten und bem Brovofaten bei einseitigen Dienftbarfeite-Berechtigungen beftanb, bollftanbig auf. Ginfeitige Dienftbarfeiterechte find befanntlich folche, mo einer eine Mitbenugung auf bem Grundftude eines Dritten bat, mabrend Jener auf bem Brunbftude bes Berechtigten feine Mitbenugung auszuüben bat. Der nach ber Gemeinheitetheilunge Drbnung beftebenbe Untericied beftand barin, bag, wenn ber einfeitig Dienftbarteite- Berechtigte auf Die Ablojung feines Dienftbarfeiterechte provocirte, er fich bann einmal jebe bem Belafteten beliebige Entschädigungbart, es mochte biefelbe in Land, Rente oder Rapital bestehen, gefallen laffen mußte, und bas andere Dal, daß ber Belaftete Die Babl batte; ob er ben Berechtigten nach bem Bortheil, ber ihm aus ber Aufhebung ber Servitute erwuchfe, ober nach bem wirklichen mahren Rugungewerthe ber Gervitute entscha-Digen wollte.

Umgefehrt, wenn ber Belastete provocirte, stand ihm eine solche Wahl nicht zu. Der Art. 9. hebt nun die Berechtigung des Belasteten, daß ihm solche Wahl nicht zuständig sein solle, wenn der Berechtigte provositet, vollständig' auf, und stellt dabei nach der Auffassung der Commission, sowie auch der meinigen, auch wirklich die vollständige Gleichberechtigung zwischen diesen beiden Theilen her. Es ist zwar erwähnt worden, die Servitut-Berechtigung, namentlich in Forsten, könne man gar nicht als, eigentliches Recht betrachten; sie wäre in früheren Zeiten, wo alle die Erzeugnisse, scheht betrachten; ste wäre in früheren Zeiten, wo alle die Erzeugnisse, scheht betrachten, Korstweiden und derzl. für den Bestiger der Forsten gar keinen Werth hatten, durch Bergünktigung der armen ländlichen Bevölkerung überlassen worden; im Lause der Zeit wären sie durch die Berjährungsfrist fortgeset, und es könnte diese Berechtigung nur auf Versährung begründet werden, ein eigentliches Recht sei es nicht, und es sei jeht um so ungerechter, wenn man die Forstbesster zwingen wollte, diese Berechtigung nach dem Bortheile zu entschäligen, welchen den Berechtigten die Benutzung der Berechtigung wirklich gewährt hat. Ich halte diese Auffassung und Ausstührung nicht sur begründet. Ich bein vielmehr der Ansicht, daß sie ursprüngsich als wirkliche Kork-Servitute verliehen wurden. Ich schieße hierbei voraus, daß ieht überall, wo

es zur Ablöfung ber Forstberechtigungen tommt, auch vorausgeset werben muß, daß diese Forstberechtigungen, nach der bestehenden Gesetzebung, als wirkliches Recht in Unspruch genommen werden können. Worauf der Rechtstitel beruht, ob auf Urkunden oder auf dem Recht der Versjährung, wodurch bekanntlich auch Rechtstitel gelildet werden, muß dabingestellt bleiben. Ich sehe aber voraus, daß alle zur Ablösung kommenden auch als wirkliche Rechte ausgeübt werden, und wenn das der Ball ift, so bin ich der Meinung, daß gewisse Verbindungen zwischen dem Ausüben dieser Berechtigung und den übrigen Verhältnissen, welche gewöhnstich zwischen dem Forstberechtigten und dem Forstbestigten, als Gutsberrn, stattgesunden haben, auch heute noch stattsinden in der Art, daß in der Regel die Forstberechtigten dem Gutsberrn, als Eigenthümer der Forst, zu einer Wenge von Leistungen verpslichtet sind, sei es, daß sie bestimmte Dienste zu leisten haben, sei es, daß sie überhaupt Reallasten, die auf der Stelle hasten, dem Gutsbestigter gegenüber zu entrichten verbunden sind.

Es war nur möglich, Diese Laften und Diese Leiftungen von ben bauerlichen Stellen zu erlangen, wenn man ihnen bafür ein genügendes Requivalent bot. Es ift nur zu bekannt, daß sich in der Regel die Ablöhnungen, welche die Gutsherrschaften an diejenigen, die ihnen Dienste zu leisten hatten, sehr gering stellten und nach den damaligen landwirthschaftslichen Verhältnissen stellen mußten, daß sie ihnen aber dafür Naturalund namentlich Forstberechtigungen einräumten, die also wiederum nur ein Aequivalent gewesen sind für das, was der Gutsherr forderte.

Ragt man es von Diefem Wefichtspunft auf, und ich glaube, man muß es, fo ift nicht einzusehen, wie beshalb foll ein Unterschied in ber Berechtigung bes Berthes gemacht werben, wenn ber Berechtigte auf Die Ablofung provocirt; für ibn bat biefe Berechtigung immer ben vollen Werth ber Rupung gehabt, für ben Belafteten ber Forften mag vielleicht ber Bortheil, welcher ihm aus ber Bewirthschaftung und Benugung bes Balbes erwächft, nicht von ber Bebeutung fein; aber baburch, baß er von bem Forftberechtigten Die Leiftungen bat, ift er entichabigt worden, und es foll ibm nach bem Gesche über Die Reallaften eine bestimmte und angenieffene Entichabigung werben. Es wird baber burch Artifel 9. nichts weiter feftgeftellt, ale bag ber gewiß nicht zu rechtfertigende Unterfcbied, wegen ber Bobe ber Entschädigung, je nachbem ber Berechtigte ober Belaftete provocirt, aufgehoben wirb. Es ift nothwendig, in Diefer Beziehung volle Freiheit berguftellen, es ift bies aber auch noch aus anbern Rudfichten burchaus erforderlich. Durch Die gange agrarifche Befengebung find alle wirthichaftlichen Berhaltniffe im landlichen Grundbefis bergestalt verändert worden, daß fie jum großen Theile fich nicht mehr bereinigen laffen mit ber Musubung ber Servituten.

Einmal find die bauerlichen Grundbestger völlig gesondert, jeder führt sein eigenes Wirthschaftsspstem, das hüten in gemeinschaftlichen Geerden ift aufgehoben, das Einzelhüten in den Forsten ist verboten, nichtsdestoweniger haben die bauerlichen Grundbestger noch das Recht, in den Forsten zu hüten, sie können dasselbe aber nicht mehr ausüben, weil eine gemeinschaftliche Geerde nicht mehr existirt; sie haben sich oft in großen Entsernungen von den Forsten angebaut, die Forst ist ihnen gänzlich entlegen, sie können deshalb ihr Recht nicht mehr vollständig ausüben. Ebenso ist es in Bezug auf die Ausübung der Holzberechtigung; find es Bauholz-Berechtigungen, so hebt sich der Unterschied,

benn es fällt ber Werth ber Nuhungen mit ben Vortheilen, der bem Vorfteigenthumer aus der eigenen Benuhung erwächst, gewiß zusammen; er wird den Werth des Bauholzes, welchen er zur Entschädigung hingiebt, sich dadurch ersehen, daß er nun das Servitut-Bauholz selbst versauft; nur bei Brennholz, und namentlich den schlechteren Sorten, ist dies nicht der Fall. Ich mache darauf aufmerksam, daß, wie die Ersabrung gelehrt, man gerade diese Berechtigung einzuschränken versucht hat, denn es war auch in Beziehung auf die Forstwirthschaft eine kersehsselten Wethode nöttig. Es könnte die Forstwirthschaft nicht mehr mit der Wernachlässigung betrieben werden, wie früher, wo das Holz sast gar keinen Werth hatte. Dadurch sind die unendlichen Rlagen und Beschwerden des ärmeren Theils der ländlichen Bevölkerung laut geworden, daß sie immer mehr in der Ausübung ihrer Forstgerechtsame beschränkt würden, ein Vorwurf, der auch die Verwaltung der Staatssforsten getroffen, welche in der vergangenen Zeit in dieser Richtung sehr

ftreng war.

Dadurch wurden nun unendlich viel Rlagen und Beschwerden berbeigeführt. Die Berechtigten fonnten fich aber nicht bagu entschließen, auf Die Ablöfung zu provociren, weil ihnen Die gefestiche Bestimmung entgegenftand, daß der Forfteigenthumer verlangen fonnte, fie nur nach bem Bortheile zu entschädigen, der ihm aus der Ablösung erwuchs. fam nun, bag die Abichapung biefes Bortbeile auf jo ichmantenden Brincipien berubte, bag Die Forft-Technifer barüber Die verschiebenartigften Gutachten abgegeben haben. Es ift fcmer anzugeben, wieviel ein Borft, ber nicht mehr belaftet ift, funftighin mehr an holz tragen wirb. Es liegt' ferner icon in ber gangen Individualität ber Forft = Technifer, baß fie biefen Bortheil aus bem Wegfall ber Gervituten immer febr gering abichagen. Dies ift auch in ber That immer gefchehen und es find mir Falle befannt, wo bie Berechtigten gezwungen waren, gu provociren, weil ihnen ihr Recht völlig zu Rull gemacht murbe, burch bie Befchranfungen, Die ihnen ber Eigenthumer aufburbete, fich bann eine Entichabigung ergeben bat, Die fich fur einen Stellenbefiger fur bas gange Jahr bochftens auf anderhalb Thaler erftredte, mabrent nachweisbar ift, bag er nie etwas eingefauft hatte, fonbern feine Befriedigung aus bem Gerbitute für feinen gangen Beuerungsbedarf gefunden batte. 3ch glaube baber, nach welcher Richtung bin man auch ben Urt. 9. betrachten mag, fo wird man zugeben muffen, es ift bier nicht bie Rebe von einer Beraubung bes Eigenthume, fondern nur von der Gleichstellung beiber Theile. Bisber lag es in ber Sand bes Forfteigenthumers, ben Berechtigten möglichft zu beschränten, und wenn er baburch gezwungen mar, auf Ablofung ju bringen, fo fagte er: ich will bir Land gur Entschablgung geben, mas jener nicht annehmen tonnte. Dber es murbe eine Berechnung aufgestellt, nach welcher ber Berechtigte feine Berechtigung in Dichts aufgeben fab. 3ch glaube, wenn wir barüber einig find, baß folde Berhaltniffe mit ber gangen agrarifden Gefeggebung nicht mehr berträglich find, bag auch in Diefer Beziehung ein Jeder freier Gigenthus mer feines Grundftudes fein muß, um frei barüber bieboniren gu tonnen. Denn bies ift noch nicht boch genug angeschlagen, bag boch ein großer Theil ber Forftbefiger bis jest in ihrer freien Disposition über ihre Forften wefentlich beschränft war. Gie fonnten nicht ausroben und bas Land in Aecker und Wiefen umschaffen, wenn fie fich nicht von ben

Servituten befreit hatten; fie konnten nicht Schonungen anlegen, wie sehr bies auch die Rultur ihrer Forsten forderte, um bestere Erträge zu erzies Ien — die Servituten standen ihnen entgegen — sie waren in ihrer freien Disposition über ihr Grundeigenthum beschränft. Ich bin daber der Ansicht, daß allerdings der Art. 9. gerechtsertigt ist und daß, man möge von dem vergangenen Jahre denken, was man will, die Beschwersden über das Bestehen der geseslichen Vorschriften in den §§. 86. und 94. wirstich gegründet waren, und daß es an der Zeit ist, sie zu beseitigen.

Der bereits feiner Tenbeng nach in ber gweiten Rammer verworfene, in ber erften Rammer aber beschloffene Bufan gum Art. 9. bes

Gefes. Entwurfes, babin lautend:

"Bei ben auf Forften haftenben und nach ber Gemeinheitstheilungs-Ordnung vom 7. Juni 1821, sowie nach dem vorliegenden Gesese ablösbaren Dienstbarfeiten verbleibt jedoch dem Besiger des belasteten Waldes, wenn er Provosat ift, die Wabl, ob er den Dienstbarfeits-Berechtigten nach dem Nugungsertrage der Dienstbarfeit oder nach dem Vortheile, welcher dem Belasteten aus deren Austhebung erwächst, enischädigen will. Im letztern Falle darf jedoch die Gobe der Entschädigung den Nugungswerth der Berechtigung nicht übersteigen",

stellt, wie der Bericht der Agrar-Commission der zweiten Kammer sagt, die Bestimmung des S. 94. der Gemeinheitstheilungs-Ordnung vom 7. Juni 1821, welche ebenso wie die dem Brovosaten ad SS. 19. 86. und 114. l. c. eingeräumten Besugnisse nach dem Beschlusse der zweiten Kammer ad Art. 9. aufgehoben werden sollte, in Bezug auf die einseitigen, auf Forsten ruhenden Dienstbarkeitsrechte wieder her und zwar derzestalt, daß für den Fall, wo die Ablösung solcher einseitigen Dienstbarkeitsrechte in Vorsten von dem Berechtigten beantragt wird, der belätete Provosat nach wie vor die Wahl haben soll, ob er den Berechtigten nach dem Ruhungsertrage der Dienstdarkeit oder nach tem Bortheit entschädigen will, welcher ihm, dem Belasteten, aus ber Aushebung der Dienstdarkeit erwächst.

Die Majorität ber Commiffton war nun, fowie bei ihren fruheren Berathungen über Diesen Gesetz-Entwurf, entschieden ber Unficht, daß fich die langere Aufrechthaltung ber Bestimmung bes §. 94. ber Gemein-heitstheilungs-Ordnung vom 7. Juni 1821 auch nur in Bezug auf einseitige Dienftbarfeite. Rechte in ben Forften nicht rechtfertigen laffe, fie bielt es nicht fur nothig, auf alle bie Grunde, welche fich fur und gegen bie Aufhebung ber Bestimmung biefes Paragraphen anführen laffen, noch einmal gurudzufommen, Die übrigens nach beiben Richtungen bin in ben Motiven der Regierung jum Gefet : Entwurf, febr ausführlich ausgeführt find; vielmehr war man in ber Commiffton ber Unficht: baf fic in Diefer Beziehung nichts Reues anführen laffe, Die Dehrgabt ber Ditglieder derfelben hielt auch, ebenfo wie früher, Die Grunde, welche für Die Aufhebung bes S. 94. fprechen, für bei freitem burchgreifenber als bie entgegengesetten, und es wurde baber nur noch ter Umftanb gur nabern Erorterung gezogen, ob, wenn vielleicht burch die Nichtannahme bes von ber erften Rammer zu Art. 9. beichloffenen Bufages bas gange Gefet für jest nicht ins Leben treten follte, bann Die Rachtheile, melde burch die vollständige Beibehaltung ber unveränderten Bestimmungen ber Bemeinheitstheilungs - Ordnung bom 7. Juni 1821 und ber Berord

nung bom 28. Juli 1838 wegen ber Beschränfung bes Provefationse rechts auf Gemeinheitstheilungen in ben Provingen, wo biese Berorde nung noch nicht Geltung hat, verbunden mit der Fortbauer ber Siestirung von Prozessen in Gemeinheitstheilungs Sachen, nach §§. 2. und 4. des Gesehes vom 9. Oftober 1848 boch zu überwiegend ersichienen, um deshalb den von der ersten Rammer zu §. 9. des Gesehsentwurses beschlossen Busah dennoch auch der zweiten Rammer zur Annahme zu empfehlen?

Die Minoritat ber Mitglieber ber Commiffton glaubte biefe Frage bejahen zu muffen. Es murde bafur angeführt, bag zum Nachtheil ber allgemeinen gundestultur, und gewiß auch nicht im Intereffe fehr vieler Servitut-Berechtigten, Die nach Art. 1. und 2. bezeichneten Gemeinheiten und Berechtigungen, wenn ber Entwurf nicht jum Befet erhoben werben follte, auch fernerhin fortbefteben bleiben mußten, daß ebenfo bie für Die Servitut. Berechtigten in vielen Fallen erfahrungemaßig febr läftige Bestimmung bes S. 86. ber Bemeinheitstheilungs Drbnung, nach welcher bei Ablofung einseitiger Dienftbarfeite-Berechtigungen bem Provotaten Die Babl freiftebe, ob er Die Entichabigung in Land, Rente ober Rapital , gewähren wolle, fortdauern, in den Provingen, wo die Verordnung vom 28. Juli 1838 nicht gelte, jeder einzelne Intereffent einer Gemeinheit bie Separation auch fernerhin, zur großen Beläftigung aller Uebrigen, gu verlangen befugt fei, und Die Bevorzugung ber Rittergutebefiter fowie der Domainen = und Forstverwaltung, welche der S. 2. Rr. 3. ber gedachten Berordnung ausspreche, bestehen bleibe, endlich aber, mas vor= güglich bedauerlich erscheine, der Menge von fiftirten Brozessen in Ges meinbeitetheilunge. Sachen auch fure Erfte fein Fortgang verschafft werben tonne, bevor nicht erft burch ein besonderes Gefen Die im S. 2. Dir. 4. bes Befetes vom 9. Oftober 1848 angeordnete Siftirung Diefer Progeffe wieder aufgehoben worden, hierdurch aber Die jest in Diefen Sachen herrichenbe Rechtsunficherheit, jum großen Nachtheil aller Betheiligten, auf gang unbestimmte Beit bin berlangert merbe.

Die Majorität der Commission war jedoch der Ansicht, daß alle diese Gründe nicht durchgreisend genug erschienen, um eine Besürworztung des von der ersten Kammer zu Art. 9. gemachten Zuspes zu rechtsertigen, die Gründe, welche für die Beseitigung des §. 94. der Gemeinsbeitötheilungs-Ordnung sprechen und welche in dem Bericht der Agrar-Commission so vollständig entwickelt wären, daß nichts hinzuzusügen seickreschienen so schlagend, daß man sich ihnen nur vollständig anschließen könne. Dies habe auch die zweite Kammer durch ihr früheres Votum, nach welchem sie lediglich der ursprünglichen Rezierungs-Vorlage sich ansgeschlossen und den Art. 9. pure angenommen habe, bereits als das Richtige erfannt, und es könne sonach die Ueberzeugung der Majorität selbst durch die Betrachtung nicht verändert werden, daß möglicherweise bei Burüchweisung des von der ersten Kammer beschlossenen Zusasse das

Ein überwiegendes Gewicht legte die Majorität der Commission auf ben Umstand, daß, nachdem bereits die Ugrar-Commission die unversänderte Annahme des Art. 9. des Regierungs-Entwurses zu befürworten beschlossen hatte, bieselbe es für angemessen erachtet habe, gegen ben

gange Befet fur jest noch nicht ine Leben treten fonne.

rung bes §. BO. u. folg. Die Aufhebung ber Borft-Berechtigungen ber laffitifchen Birthe mit ben Elgenthumb-Berleibungen ju verbinden und baburd bie gangliche kafung bes zwifchen ben let tern und ben Guteberrichaften beftebenben Abbangigfeite - Berbaltniffes gu erleichtern. Diefem Untrage babe unter Anberem auch Die Borantfebung um Grunde gelegen, bag ber gebachte Artifel 9. Des Gefet - Entwurfes angenommen werben wurde, weil entgegengefesten galles bie ablosbaren Reallaften jeber Beit nach bem Dugungeertrage abjugaften feien, Die Forftberechtigungen aber, wenn folche einfeltig felen und bie Regulirung bon bem bauerlichen Birthe provocirt werbe, nur nach bem Bortbeile ber belafteten Forftbefiger entschäbigt wurden.

Benn fest die Bestimmungen ber Ablofungs-Ordnung wegen ber Dienftregulitungen angenommen worben, fo fet es nicht zu rechtfertigen, wenn man die ben Erfteren gum Grunde liegende Borausfehung nicht erfalle, vielmehr befeitige, und es erscheine baber um fo mehr unter allen Umflanden munichenswerth, Diefen Gefichtspunft gur anderweiten Erwagung ber erften Rammer zu ftellen, als berfelbe im Berichte ber Agrat-

Die Commiffton bat biernach mit 11 gegen 5 Stimmen bie Betwerfung biefes Bufages beschloffen, ein Mitglied enthalt fich ber Abtimmung, und es wird blernach ber Antrag geftellt:

"Die Rammer wolle beschließen, ben von der erften Rammer gu Art. 9. bes Gefet. Entwurfes befchloffenen Bufat nicht anzunehmen."

Der Referent ber Agrar - Commiffion bat fic baruber noch befonders Dabin ausgesprochen: "Ihre Commiffion bat geglaubt, fich biefem Beidluffe. ber erften Rammer nicht aufchließen zu tonnen. Gie ift nicht gurudgegangen auf alle Die Grunde, welche fich fur ober gegen Die Aufhebung bes f. 94. auführen laffen, und Die bei ber fruberen Dietuffion über ben Gefet. Entmurf in blefen hoben Baufe auf bas umftanblichfte erörtert worben finb, die auch außerbem wieder in bem Bericht ber Antar-Commiffion bet erften Rammer febr ausführlich nach beiben Geiten bin aufgenommen worden find. Gie hat gestaubt, daß es hier wefentlich nur auf die Frage ankame, zu erwägen, ob, wenn die Annahme diefes von der ereften Kammer beliebten Bufages ber hoben Kammer nicht empfohlen werben konnte und bann möglicher Beife ber gange Befet - Entwurt nicht ins Leben trate, die Rachthelle erwa baburch entstehen möchten, daß bie übrigen Beftimmungen bes Gefeges, molchen bie erfte Rammer beigetre ten ift , auch nicht gur Ausführung famen , boch überwiegend fein burfe ten, gegenüber ber Belbehaltung ber Beftimmung bes §. 94. ber Ge nwinheitstheilungs - Orbnung.

Die Majorität Ihrer Commiffion bat fich feboch nicht baben überzeugen tonnen, bag feibft, wenn Diefer Rachthell eintrate, nicht bennoch es vorzuziehen fel, ben Beftfluß bet erften Kanimer abzulehnen. Gie bat namentlich barauf bingemiefen, bag and bei bem Gefes fiber bie Ablöfung ber Reallaften nach ben Befcluffen, Die übermiegend in beis ben Rammern gefaßt morben find, bei ber Regulirung laffitifther Stels len Die Ablöfung ber Forft-Servituten zu gleicher Beit mit ber Regulirung verbunden werden foll, und bag barin ein Widerfpruch liegen wurde, wenn man auf ber einen Seite Diejenigen Leiftungen, welche Die zu regultrete ben Birthe ber Gutsherrsthaft ju leiften haben, nach bem tollen Ruben, Den fie ber Gutsherrichaft gewähren, jur Abfchabung bringe, es fic nicht rodiferigen liefe, ibent duf ber anberen Seite biefenigen Gegenleiftungen; wiche in Rubungen ber Forffferbitut-Berechtigten befieben, nicht auch dach bem Ruben, ben bie Berechtigten aus ihrer Ausabung gehabt haben; abgefchatt wurden. Gerade bierin ift ein wefentlichet Beftimmungegrund Birer Commiffion gefunden ivorben, um fich gegen ben angenomntenen Bufas bet erften Rumnter zu erflaten. Die Minoritat Ihrer Commiffion Dagegen hat gur Erwägung geftellt, daß wenn möglicher Beise der Gesefte Tentwurf baburch, bag ber Beichluß ber erften Kammer in diefent boben Sause nicht angenommen wurde, gar nicht ins Leben trate, bann and Die anderweitigen Bortheile, Die ber Gefen-Entwurf ben Berpfliche teten gemabrt, und bie barin befteben, bag erftens die in §g. 1. und 2. aufgeführten Gerbliuten, welthe bisher noch nicht ablosbar maren, auch fernethin nicht ablobbar fein wurden, gerabe biefe aber von ber Art und Beschaffenheit find, baf fie ficon jest bem Berechtigten febr oft ver-fummert wurden, und er boch felnen Weg hatte, fich bafür eine angemeffene Entichabigung zu verfchaffen; bag ferner auch bie Berordnung vont 28. Juli 1838 ebenfalls nitht in allen Provingen wurde gur Geltung gebrucht werben tonnen, ba fle befanntlich in einigen Brobingen noch nicht Gefeteeftraft hat; und bag endlich bie große Babl von Brogeffen, welche in Bolge bes Gefetes bom 9. Oftober 1848 auch in Gemeinheitsthellungs . Sachen fiftltt-worden find, wenn babei bie ff. 86. 94. und 114. bet Genteinbeltetheilungs Dronung jur Gprache fommen, noch fortbanern wurden, baburch gerabe eine große Rechtsunfichetheit betvorgebracht und ble Berechtigten in ber üblen Lage ethalten murben, in ber fie fich theilweise burch bie Giftirung ber Prozeffe Befinden, Diefe Grunde haben Die Minbritat Ihrer Commiffion babin beftimmt, daß fie es allerbings noch für zweckmäßiger hielte, wenn §. 94. hinfichte Hich bet Forft. Servituten nach bem Beschluffe ber erften Rammer beibehalten wurde, damit ber Gefet Entwurf ins Leben treten konnte. Die Majorität ift dein nicht beigetreten, fie hat die von ihr ange-fahrten Grunde und überhaupt auch Die, welche im Allgemeinen fut Aufhebung bes g. 94. fprechen, für fo überwiegend erachtet, daß die Commiffion Ihnen mit 11 Stimmen gegen 5 empfiehlt, ben Befchluß ber etften Rummer zu verwerfen und ben Bufat zu Art. D. nicht anzunehmen." Rachbem indeffen Bert Minifter v. Manteuffel bie Unnahme bes

Befflusses ber exften Rammer in folgenden Worten empfohlen hatte: "Wie beteits erwähnt worden, hat die erfte Rammer dem Gefeh-

Ginwurf, der gegenwärtig Ihrer Berathung, meine Gerten, unterliegt, vis auf einen Hundrunkt ihre Zustimmung ertiheilt. Wefentlich abgeschidert hat sie den B. 9. Diese Kammer hat zum S. 9. einen Zusangendimmen, dutch ivelchen für die Forst-Setrituten die Bestimmung des S. 94. der Gemeinheltsthellungs-Ordnung von 1821 wiederhergestellt wird, daß der Servitut-Belastete, soseen er Provosat ist, nut den Vortheil zu ersezen hat, der ihm dutch die Abstigung gewährt wird. Ihre Commission ist der Ansicht, daß diesem Antrage nicht beizutreten sei. Ich senn ihr dassir angefährten Gründen einverstanden erklären; zwar habe ich noch die Aussicht, welche ich früher in diesem Hause errteten habe, daß dieser Abänderung diesenige Wichtigkeit nicht beizulegen sei, welche ihr von gewissen Seiten gegeben wird, denn ich glande, daß die Verhältnisse unter Allen Umständen dahin drangen werden, daß die Provostationen auch

bon ben Befigern ber berpflichteten Grundfinde erfolgen. Rach meiner Inficht murbe es baber munichenswerth gewesen fein, wenn in ber erften Rammer ein anderer Beschluß gefaßt worden mare, 3d meine aber, man murbe fich eine Mufion machen, wenn man annehmen wollte, bag Die entgegegesette Unficht, welche in ber erften Rammer eine fo entichie bene Dajoritat gehabt hat, unter Umftanben bort wurde aufgegeben mer-3ch erfenne auch an, daß wesentliche Bedenken, namentlich wenn man nicht weiß, wie die Ausführung bes Gefetes fich geftalten möchte, gegen bie Regierungs. Borlage Blay greifen tonnen. 3ch febe inbeg biervon ab und bitte Gie, vor allen Dingen ju ermagen, bag auch mit Dem Bufat ber erften Rammer bas Gefet einen wefentlichen Forfdritt ber Entwidelung unferer Landesfultur- Gefengebung enthalt. In bem Art, 1. bis 6. wird eine Angabl von Grundberechtigungen, welche bisber noch nicht ablösbar waren, ablösbar gemacht; im Art. 7. wird bie nach ben Roggenpreisen steigende und fallende Rente für Die Gemein-beitetbeilung abgeschafft; im Urt. 8. wird für Die Ablöfung ber Gemeinheitetheilunge - Renten bon bem 25fachen Betrage auf bas 20fache berabgegangen; im Art. 9. wird bas Bablrecht ber Entfchabigungsart in Land Mente ober in Ravital, was bem Walbbefiger ale Provofaten nach bem S. 86. ber Bemeinheitotheilunge. Ordnung guftebt, aufgehoben und Die Berechnung zum Bortheil ber Belafteten für ihre auf Forften haftenben Gemeinde-Servituten abgeschafft; im Art. 14. und 15. wird bas Berfahren wefentlich vereinfacht und abgefürzt; im Art. 18. wird endlich Die jest noch bestehende Siftirung fammilicher Prozesse aufgehoben. Rann es mohl in ber Abficht liegen, Diefe Siftirungen, welche nun fcon über ein Jahr bauern, und, ich barf es aussprechen, gum großen Rachthelle ber Landestultur, noch ferner fortbefteben zu laffen? follen bie im S. 1. aufgeführten Grundberechtigungen noch ferner nicht ablöslich fein? follen bie Grundbefiger Die Gemeinheitstheilungs-Rente zum 25fachen Betrage ablofen, mahrend fie fur Dienfte und Abgaben nur ben 20fachen Betrag erhalten? Letteres mare nach meiner Anficht eine offenbare Ungerechtigfeit.

Es ist die Absicht ausgesprochen und auch von dem herrn Reserrenten in seinem gegenwärtigen Bortrage entwicklet worden, daß das Gesetz wegen Ablösung der Reallasten einen Grund abgiebt, den Zusich der ersten Kammer zu verwerfen, weil bei Regulirung der Lassien der Werth der Waldberechtigungen bei den Regulirungsrenten abgezogen werden soll; denn nach dem Zusich der ersten Kammer mußten die Waldberechtigungen nach dem Bortbeil der Waldbesitzer veranschlagt

merben, fofern Die Laffiten auf Die Ablofung provociren.

Mir scheint indeffen diese Argumentation nicht zuzutreffen. Die Balbberechtiqungen ber Lassiten werden bei der Regulirung in jedem Falle nach dem Rugungsertrag, den die Lassiten davon hatten, abzuschäten fein.

Der Ablofunge - Befet - Entwurf im S. 83. lautet wortlich:

Der Werth ber S. 80. Lit. b. Mr. 3. angegebenen Berpflichtung ber Guteberrschaft jum Aufbau und zur Reparatur ber Gebäube sowie zur Berabfolgung von Bauholz, muß nach bem jährlichen Durchschnitt bertrage biefer Berpflichtung abgeschätt und in Ermangelung einer Bereinigung durch Schiederichter festgestellt werden. Ebenso (das heißt also nach dem Durchschnittbertrage) wird auch ber Werth der nach S. 80. a. 4. und

b. 5. aufzuhebenden Grundgerechtigfeiten ermittelt und im Man-

gel einer Ginigung burch Schieberichter feftgeftellt.

Außerdem murben schon beshalb die Berechnungen nach dem Bortheil ber Belafteten bei den waldberechtigten Lassiten nicht Blat greisen, well regelmäßig die Gutsherrschaft wechselseitige Servituten auf den Grundstüden der Lassiten hat, z. B. bei der hutung, so daß, wenn dies Bershältniß zwischen dem Gutsherrn und den Lassiten überhaupt unter den Begriff Servituten gebracht werden soll, darin nie einseitige Servituten zu erkennen sein werden, auf welche der §. 94. der Gemeinheitstheilungs-

Ordnung fich bezieht.

Gine andere Berechnung fcheint mir nach S. 83. bes fünftigen Abtofunge. Befetes gang unmöglich, und ber Inhalt bes Baragraphen icheint mir feinen Grund berzugeben, um gegen ben Vorschlag ber erften Kammer zu ftimmen. Dagegen bin ich ber Anficht, bag bie Rudfichten auf bie anderen Bestimmungen bes Ablöfunge - Gefeges es bringenb nothwenbig machen, ben Erlag bes vorliegenben Befeges nicht aufzuhalten. 3ch etlanbe mir befonders, barauf aufmertfam zu machen, bag beibe Befege, genau genommen, ein untrennbares Bange bilben. Es wird ungulaffig, ericheinen, ben 25fachen Ablofungsfuß für Die Bemeinheitetheilungen eintreten zu laffen, mabrent bei ben Ablofungen ber Dienfte und Abgaben ber 18. und ber 20fache Betrag zugelaffen wird. Es scheint mir eben fo unguläffig, für bas Berfahren bei ben Reallaften eine neue Befimmung zu faffen, wie bies in bem S. 5. bes Ablofungs- Befetes gefcheben ift, ohne biefelben Bestimmungen auch auf bie Gemeinheitstheilungen für anwendbar zu erklären, benn fehr häufig werden die Ablöfungen und bie Gemeinheitstheilungen zusammen bearbeitet. Die erfte Rammer bat auch die Anwendung jener formellen Borfchriften auf die Gemeinheitstheis lung im S. 15. bes vorliegenben Befet - Entwurfe ausbrudlich ausgesproden. Bei biefem engen Bufammenhange biefes Entivurfe mit bem Ablos funge = Gefete muß ich bringend wünfchen, bag die bobe Rammer Die Rrone n bie Lage feten moge, beibe Befete gleichzeitig publiciren ju fonnen. Diejenigen aber, welchen es fchwer fallt, ihr früheres Botum gu anbern, mogen bebenfen, bag es fich bier nicht barum banbelt, bei ber Ablofung ein neues Princip in Die Gefeggebung einzuführen, fondern daß biefer Brundfat nach S. 94. ber Gemeinheitstheilungs Drbnung feit bem Jahre 1821 gefehlichen Beftand bat, und bag für die Ablofung einfeitiger Balb = Gervituten wenigstens bas gewonnen mare, bag bie Bahl ber Entschädigungeart Seitens ber Waldbefiger ale Brovofaten fünftig wegfalle. Dringt die Ueberzeugung, daß es nütlich fei, auch bas Princip bes S. 94. für bie Balb-Servituten aufzubeben, noch allgemeiner burch, nun, meine Berren, bann wird es Aufgabe ber Befeggebung fein, hier abzuhelfen, und befanntlich fteht ja beiben Rammern bas Recht ber

Initiative in der Gesetzgebung zu. 3ch besweiste jedenfalls, daß die erste Rammer den Gesetz-Entwurf so wie er vorliegt, wenn Sie die Aenderung nicht annehmen, acceptiren durfte. Dies ist eine Thatsache, und ich möchte Sie bitten, meine herzren, um das Besser zu erreichen, das Gute nicht zu verhindern. 3ch bin überzeugt, daß mit diesem Amendement, auch wenn das Amendement der ersten Rammer angenommen würde, für welches doch auch manche erhebliche Gründe sich ansühren lassen, bennoch der Gesetzentwurf einen wesentlichen und vom Lande erwarteten Fortschritt enthält. Schließlich

arigube ich mir nochmals barauf aufmerkfem zu mochen, wich ein Unheil es fein wurde, wenn die Sistigung der Prozesse über Gemeinheits, theilungen durch ein Nichtzustandekummen des gegenwäntigen Ersehe noch mehr verlängert würde."

Rachbem fich ferner ber Referent ber Appar-Commiffion babin

ausgelaffen batte:

"Ich habe feinen Rebner vernommen, welcher fich für ben Anneg Ihrer Commiffion ausgesprechen und es ift namentlich ber Saubiarund welcher von ber Commiffion fur Bermerfung bes Bufages ber wfin Rammer angeführt worben ift, vom Ministertifch und ber Tribune aus wibertegt und augegeiffen worden. Ich befinde mich bobei in ber Lage, daß ich in der Mimoritat ber Commiffton gewesen bin, Die ungefahr Dies schen Gründe, welche hier quegehrachen find, der Majerität gegene über geltend gemacht hat. Die Minorität war auch der Meinung, das die Bestimmungen des §. 94. der Gemeinbeitstheilungs-Oxdung wie Regulirung lassticher Stellen nicht zur Aumendung sommen hönnen. Richtsbestoweniger bin ich verpflichtet, bier bie Anficht ber Meierität ber Commiffion ju vertreten. Ich glaube, bag allerdings, felbit fo wie bas Gofen über bie Realfaften gefaßt ift, man bennoch mobl veranlagt fein konnte, barüber Zweifel zu erheben, ab es nicht boch in einzelnen Sallen möglich fein wird, gerade die Bestimmungen bee S. 94. auf gemiffe lese fitische Berhaltniffe in Anwendung zu bringen. Wie fich aber eben que Der Distuffion ergeben bat, find Die Unfichten banüber febr getheilt. 3ch muß es baber ber Erwägung ber hoben Rammer anheimstellen, melde Grunde fie für bie burchichlagenoffen erachtet; birjenigen, welche bon ber Majorität Ihrer Commiffion in bem Benichte niedengelege find, ober bies jenigen, welche soeben bagegen angeführt find. 3ch meinerseits nuß bei Dem Antrage ber Commission bebarren," - wurde biefer Bufab aum Art. 9. in ber zweisen Rammer angenommen,

Dem Beschluffe bor erften Rammer liegt ber Boricht ber Agran-

Commiffion Diefer Rammer jum Grunde, welcher babin lautet:

Bei Art. 9. haben fich bie meiften Ameifel erhaben,

Die Gemeinheitstheilungs-Ordnung vom 7. Juni 1821 ertieilte im §. 19. und 114. auch bem einseitig Gewitut-Berechtigten bas Recht, auf Ablösung anzutragen, bestimmte jedoch für ben Kall einer von biefem ausgehenden Provokation im §. 86.:

Dag er fich jede bem Belafteten beliebige Entschabigungent, fie fet

Land, Rente ober Rapital, gefallen laffen muffe,

und im §. 94.:

baß es von ber Wahl bes Bolafteten abhänge, oh on ben Berchetigten nach bem Nuhungsertrage ber Dienftbarkeit ober nach bem Borthelle, welcher bem Belafteten and ber Aufhebung erwächt,

entschädigen wolle.

Dieses bem Belafteten als Provosaten hisher in Bang auf Art und Abschätzungsweise der Absindung ertheilte Mahlrecht hat in der Auskührung nanche Schwierigkeiten verursacht, und namentlich oft das Reinse tat herbeigeführt, daß die Berechtigten gegen ihren Bunfch von Ablensungs-Amträgen ganz abgestanden, oder dieselben, wenn der Provosisteine ihren Interessen nachtbeitige Maht traf, zurückgewommen haben, in webe wem Falle nicht seinen Arozesse über die Zulässigseit der Zurücknahme ber Provosation entstanden sind.

Wenn es nun gegenwärtig nach bem Vorfcklage ber Regierung aufgehoben werden foll, so hat die Commission im Einverständnis mit der zweiten Aammer einstimmig tein Bedenken gehabt, diese Ausbebung binsstatisch der im S. 86. zur Wahl gestellten Art der Entschädigung durch die Motive der Regierungs-Vorlage für durchgreifend gerechtsertigt zu erachten.

Andere bagegen verhalt es fich mit ber erwähnten Aufbebung, foweit fie ben S. 94. (refp. beffen Allegat im S. 19. und 114.) betrifft,

hierbet traten fich in der Commiffion verschiedene Anfichten entgegen. Rach der Anficht eines großen Theiles der Misglieder der Commis-

fion ftellt fich bie Gache folgenbergeftalt bar.

Es brangt hier nicht, wie bei ben Realkaften eine politifche Rothwendigfeit zur Anflöfung bes alten Berhältniffes, im Gegentheil find weit eher politifche Grunde nachzuweisen, welche eine Fortbamer ber Servituten, besonders ber Waldnebennugungen, jum Bortheil bes baburch so wesentlich unterftugten Proletariets wünschenswerth machen.

Aus national-ökonomischem Gestchtspunkte hat die Geneinheitstheis Iungs-Ordnung zwar den Grundsch aufgestellt, daß die Aveilmäßigkeit

ber Aufhebung ber Servituten ju prosumiven fei.

Bet den Dienstidarfeiten auf Feldern, Wiefen und Stitungen, in Bez zug auf welche überhaupt jenes Bahlrecht feine exhebliche praftifche Bichtigfeit hat, ift diese Arafumtion in der Regel richtig, ste muß aber für die meisten Fälle bestritten werden, soweit es fich um die Wald-Servituten handelt.

Die hohe Wichtigleit der Erhaltung der Balber, welche ohnehin schon in Folge der neueren Geschachung der rudfichtstofen Abholzung von Seiten der Privateigenthumer Preis gegeben und über das richtige Maaß raducirt find, wird nicht allehn im Interesse der nächstliegenden Brenn- und Bauholz-Bedürfnisse des gangen Bolfs, sondern auch im hinblick auf Schifffahrt, Sandel und Gewerbe täglich mehr erkunnt.

Selbst in Bezug auf bas Rlima, Schris ber Thaler und Ruften, Dottung lofen Bobens und abuliche Dinge find fichtbare Nachtheite ber

Dieberichlagung ber Forften hernorgetreten.

Es ift baber nicht zuläffig, nach mehr zu ihner Berkeinerung beigntragen. Wenn mam aber die Berechtigten unbedingt zur Ablösung nach bem Ruyungswerthe ihrer Servitut zuläfit, so werden fie so günftig gestallt, daß fie mit wenigen Ausnahmen auf Auseinanderschung provociren und die Ablösung der Forst-Servituten für den Belasteten gewissenmagen zum Zwanga machen werden. Nach einem solchen Wassstaben wird woncher Wald kann zur Absudung für die darauf haftenden Dienstbarteiten ausweichen, jedenfalls aber im Gangen und Großen für die Berrechtigten ein Drittbeil aller Wälder bergegeben werden mussen

Gerade die ärniften Alaffen werben, da bann die holgungen zu benichnen früher gewährten Rugungen nicht mehr ausreichen durften, bleser werließig gehen, und am Endo, wenn ilnen nicht mehr Gelegenbeit zur rechtmäßigen Belchaffung ihros unabweidlichten Bedürfniffes gegeben wird, baffelbe antwenden ober offene Gewalt gegen die noch übrigen Farften gebrauchen, worüber in einigen Landestheiten die entspliedenften Besong-

nife laux weeden.

Der Dalnbefiger wird jur Abiofung: ber Gervituten, welche ihm oft febr wenig laftig gewefen, gebrangt und muß boch gleich nach beren

Aufbebung benselben Leuten — trenn auch unter veränderten Berhaltniffen und gegen Bezahlung — ben Walb zu gleichem Zwed wieder eröffnen, ober gar manche Nebennutungen in Ermangelung einer Gelegenheit zur Berwerthung ganz ungebraucht laffen, wodurch das Rationalbermögen Abbruch erleidet.

Ift baber die beabsichtigte gesehliche Bestimmung aus Grunden bes Semeinwohls nicht wunschenswerth, so erscheint fie auch noch ungerecht. Ueberhaupt sollten Servituten nur da ausgehoben werden, wo dies ber Bodenfultur entschieden gunftig ift. Ob bies in Bezug auf den Wald

ber gall ift, fann vollftanbig nur beffen Beffger überfeben.

Die Juftig = Behörden erklärten fich baber ichon vor Emanation ber Gemeinheitstheilungs = Ordnung bafur, daß die Brovofation auf Ablofung nur dem Eigenthumer des belafteten Grundftude zuftehen durfe. Die Bermaltungs - Behörden gingen zwar weiter, aber fie beanftruchten für den Fall des Antrages von Seiten des Berechtigten zum Schut bes

Belafteten bas ibm bamale ertheilte Babirecht.

Diefer Weg war ber naturgemäße und allein richtige, benn es ift billiger, als daß berjenige, welcher seine Theilnahme an einer bestehenden Gemeinschaft fündigt, nicht nach dem Nuten, den er bisher gehabt, sondern nach dem Bortheil abgefunden wird, welcher den übrigen Theilnehmern der Gemeinschaft aus seinem Ausscheiden entsteht, und die Servituten, welche großentheils in Folge milbherziger Ingeständnisse durch Berjährung entstanden sind, werden in den meisten Fällen ihrer rechtlichen Entstehung und jezigen Bedeutung entsprechend entschährigt werden, wenn für dieselben so viel gemährt wird, als der aus der Ausbebung der Berechtigungen für den Waldbesther entstehende Vortheil werth ift.

Die Waldbefiger beschränfen nicht — wie oft behauptet wird burch die jetige forgfältige Forfifultur die Servitut=Berechtigten mehr als sonft. Im Gegentheil führt die Wiederfultur mittelft Besamung aus ber hand und Pflanzung jest schneller zum Biel, wodurch die Scho-

nungezeit ber einzelnen Glachen abgefürzt wirb.

Eben so wenig fann zugegeben werben, bag anderweit die Forftbefiger durch brudende Einrichtungen die Servitut-Berechtigten in der Benutung ihrer Rechte bort bedrängten und fie dadurch zu dem Bunsche ber Abiösung trieben. Einzelnen Unbilden, welche in allen Verhältniffen vorfommen, mag durch ben Richter gesteuert werben, bagegen liegt keine Beeinträchtigung des Berechtigten darin, wenn man ihn auf dasjenige zurudführt, was ihm rechtlich nur zusteht.

Trifft bet Servitut-Berechtigte felbft Einrichtungen in seiner Wirth-schaft (3. B. Ginführung von Stallfütterung w.), welche ihm die fernere Benutung seiner Waldberechtigungen unnöthig ober unbequem machen, so liegt es in der Natur der Sache, daß er bei der von ihm verslangten Ablösung auch die Nachtheile tragen muß, welche aus seinen

Bandlungen herborgeben.

Ob bei der Ermittelung des dem Belasteten entspringenden Bortheils einige Schwierigkeiten entstehen, darauf kann es weniger aufommen, als auf ein gerechtes Brincip. Um indessen folde Schwierigkeiten zu umgesten und auf eine Braxis zu kommen, welche nach ihrer ganzen Richtung zu billiger Ausgleichung führen muß, wird es am zweckmäßigsten sein, den Grundsat des §. 94. beizubehalten, aber die Aussührung Schiedsrichtern zu übertragen.

Dieser Auffassung stand in der Commission eine andere gegenüber, beren Vertheibiger die Ausbebung der meisten Servituten für eine politische Nothwendigseit halten, weil nicht allein die Richtung der Zeit die Beseitigung der gutsherrlich- bäuerlichen Verhältnisse, aus welchem sie herrührten, verlangte, sondern auch der immer lebhafter werdende Bunsch des kleineren Grundbesigers, möglichste Unabhängigkeit zu erreichen, nirsgends mehr Besriedigung sinde, als in der freiesten Bewegung seiner Kräfte in der eignen Wirthschaft, endlich aber die Beseitigung aller Berhältnisse, welche zwischen dem kleineren und größern Grundbesitzer Zwiespalt hervorrusen könnten, im politischen Interesse des Lettern läge.

Rach Diefer mit ben Motiven ber Regierungs - Borlage und ber Majorität ber zweiten Kammer im Ginflang stehenben Meinung ift bie Aufbebung ber Grundgerechtigkeiten nicht minder aus national - ökono-

mifchen Rudfichten febr munichenswerth.

Die Rultur bes Bobens fann nur bann ihre vollfommenfte Stufe erreichen, wenn ber personlichen Industrie bes Bestigers nicht burch frembe Berechtigungen Schranfen gesetzt find, welche ihn an beliebigen neuen Einrichtungen hindern.

Die Freiheit muß auch bier Die Regel, Die Beschräntung berfelben

Die felten eintretenbe Ausnahme fein.

Der Gefichtspunft ber Gemeinheitstheilungs Drbnung ift baber in

Diefer Beziehung völlig treffend.

Bas die Erhaltung ber Balber anbelangt fo hat man von langer Beit ber bas bevorstehende Eintreten eines bedenklichen Golmangels bei uns beforgt, ohne daß biese Besorgniß fich wirklich realistrt hat.

Die Aufgabe ift, ben Boben, welcher fich vorzugemeise jur holgtultur eignet, Diefer zu widmen und ben übrigen, soweit er nicht für gewiffe unahweisliche, namentlich gewerbliche holg-Bedurfniffe, bestimmt

werden muß, bem Landbau ju übergeben.

Diefer Zweck kann nur erreicht werben, wenn man die freie Disposition walten läßt, und der Staat, die Rorporationen sowie vermögende Brivatpersonen den Waldboden in größeren Flächen möglichst an sich bringen, wie es schon geschiebt und noch mehr geschen wird, wenn die bauerlichen Braftationen, aufhören werden, Gegenstand der Rapitals-Anslegung zu sein.

Im preußischen Staate wechselt guter und schlechter Boben in bem Maage, daß ein Golzmangel nie zu beforgen ift, wenn nur ber größte Theil bes fogenannten unbedingten Golzbobens als Wald benutt wird.

Rlimatifche und andere bem gemeinen Wohl gefährliche Nachtheile haben fich in unserem durchschnittlich ebenen Lande nur selten als Folgen ber Entwaldung gezeigt.

Wo fie fich aber berausstellen, wird ihnen burch Ausnahmeregeln vorzubeugen, nie aber wegen folder vereinzelter Fälle im Allgemeinen bie

freie Disposition zu bemmen fein.

Biele Balber find allerdings unpfleglich abgeholzt worden und werben noch jest in gleicher Weise niedergehauen, auf der anderen Seite
erstehen aber auch viele neue Rulturen, welche forgfältiger behandelt werben als zuvor. Man spart mehr als sonst mit dem Holze und es wird vieles Brennmaterial unter der Erde gesucht und gefunden.

Daburch gleicht fich Die Blache, welche ben Bolgungen entzogen wor-

ben ift, in ber Regel aus.

Die Entschähligung nach bem Rupungsertrage ber Serbitzt ift bei richtiger Beranichlagung aller gehührenden Abguge feineswegs fo vortheilhaft für bie Berechtigten, bag Diefelben, wenn fie nur nech biefem Magffinde Abfindung erhalten, nur mit wenigen Ausnahmen auf Abmbung antragen und dadurch dem Belasteten ein Art bon Iwang mo fügen werden.

Schon jest hat man - wiewohl oft nach langen Progeffen und nach Ginbolung ber abweichenbfien Gutachten Korftverftanblaer - ben Bartheil, welcher bem Gigenthumer bes belafteten Grundfindes aus ber Aufhehung ber Servituton autfieht, in judienndo meiftens fo bod augefchlagen, als ben Werth, ju welchem Die Grundgerechtigfeiten genutt

warden find,

Aber auch bie Gigenthumer ber Forften haben fich bisher, wo ber Berechtigte als Provotat auch nach bem Rugungeertrage ber Servint abgefunden marb, baberch, in Betracht ber Steigerung ber hohrreife, wicht abhalten laffen, die Ablöfung zu verlangen.

In der Proving Poser ift die Mehrzahl der Forsten bereits auf Ann trag ihrer Befiger von Gervituten befreit, ohne bag ain Drittibeil aber que mur ein amnabendes Bruchtheil berfelben aufgeopfent menben mußte.

In Schleften haben in neuerer Beit auf Ablofung ban Bouftberech-

Meungen angetragen:-

1) Belaftete: 251,824 Morgen Balb a) Fistus bei . . 1,460,654 b) Brivathefiber bei .

1.712,478 Morgen Walb 269,917 2) Borechtiate bei fo bag bas Berhaltniß, in welchem bie Belafteten in ben lettem Jahren provocirt basen, bastenige, in welchem von bem Berechtigten in berfelben

Beriode provocirt ward, fast um bas Gechefache überfteigt.

Der galt, daß ein ganger Balb für bie Gervituten jun Abfindung horgegeben werben mußte, fann bei einer vichtigen Anwendung ber Gofoce nur bann bortommen, wenn beffen Gigenthumer folches fetigt berfinal bot bak

Bufteneien und Canbichellen finden fich leiber öferet ba bor, we früher Balber ftanben, aber bies hat feinen Grund in ber Regel in bem Belcheffinn und ber Rachlaffigleit einzelner Balbbefther, mitunter auch in unvorfichtiger Theilung von Gemeinde-Walbungen, mabrent es gewiß felten eine Folge von Boeft-Abbofungen ift. Im Gegenichell find viele Malle nachzuweifen, wo auf ben von Gervituten befreiten Machen

Sanbitbellen und Bloffen gebodt und forgfültig fultwirt merben.

Die Baldnebennutungen geben nach Abtofung ber Gorvibuten tob nebwege verloren, vielmehr findet fich meift Gefegenheit, Diefelben nach ber Ablofung gegen Dienfte und Geibe-Ginmiethe auszuthun, in welchen Falle fte bet Forfteigenthumer, ber fte jeben Abngenblid, wo fe ibn binbern, einziehen fann, niegenbe in ber freien Disposition benmen und nicht mehr wie bieber ju fortwährenden Ausfchreitungen von Seften ber Berechtigten fowie zu bom gegenüberftebenben Streben bes Belafteten; mach Befchrankung bes Rechte, Raum geben.

Auf ben Wriprung ber Serbitnien fann, wenn einmal bae Richt

fekticht, nichts antownien.

Größtentheils find biefelben zwar nicht aus milbtbatiger Racificht,

sendern aus einem ursprünglich gemeinschaftlichen Besty, oder barans sprogrogangen, daß der Cigenthümen des Maldes zu einer John beg dieser wenig Werth für ihn batte, in seinem wahlverstandenen Interesse Waldberechtigungen gegen Prästationen einräumte, um — wie es 3. B. in vielen Losations-Urlunden deutscher Dörfer in der Praving Pafen ausdrücklich ermähnt wird — seine Ciusunste zu verwehren.

Bare bem aber auch anders, fo bat ber Berfebr mit ben Grund

Riden Die Gache langft ausgeglichen,

Die Gemeinschaft wird einmal als eine rechtlich bestehende vongefuns dem. Sie ift in Kalge der veränderten Berhältnisse für schädlich gehalten und deshalb beiden Theilen das Recht eingeräumt worden, ihre Ause hobung zu verlangen. Bet dieser mussen consequenterweise auch die Interchenten gleichgestellt werden, was aber nicht geschieht, wenn der Melastete, sohold er Brodast ift, hinstattlich der Babe der Entschädigengengsart auf eine Weise in Bortheil gestellt wird, welche im ungesehre ten Falle nicht fintesindet.

Die Grenzen, welche die Bolizeigesetze mit Recht der Auskäung dan Woldberechtigungen sehen, werden bei der finigenden Ordnung und Ausstat struckt struckt fixengen gehandhabt. So wenig dies den Belasteten zu verargem ist, so ift es doch auch begreistich, daß die Borechtigten ihre Muhungem bedund ungen geschmälert und die Blösen, welche sie früher beweiden

tennten , ungern mit Golg fich bebeden feben.

Dangue geben aft bie erbitteriffen Brogeffe über Umfang und Ause

abung ber Belb-Gervituten bervor.

Komme nun nach dazu, daß die Feldsepanationen, denen fich die Beschilgten eft mider ihren Willen haben fügen mullen, die Berbalten wiffs so venändern, daß die Woddbenechtigungen aft nicht mehr zu dam daburch nothwendig gewordenen Wirthschaftliften paffen oder nach Aufschlung der gemeinschaftlichen Gereden nur mit unverhältnissmäßigen Schwierigfeiten ausgemit werden können, so gebietet die Gerechtigfeit die Wegrunnung jedes der Servitut-Ablöfung bisher eutgegangestandenen Sinderniffes.

Dies ist um so mohr ber Fall, als in vier Bravingen, in bes wan gang ober theihveise bas frangösische Gesehuch gegolten bat, mit Rücksich auf bessen Article 691. erwerbende Versähnungen nur burch bem saft ummöglichen Beweis begründet werden können, das die Ganutuk wähnend ber zur Usucapion ersorderlichen Beit van dem Jahre 1808. ausgan ubs worden, wodurch zahllose, seit undenklicher Beit genutte Waldbessechtigungen verloren gehen und selbstredend die Betheiligten in eine sehr kittere Stimmung gerathen.

Die einsachste Art, ben Werth einer abzulösenden Servitut zu ermiteten, bleibt immer die Jugrundelegung bes Rugens, welchen fia bei ihrer Ausgibung in bew gesoglichen Gneuzen und nach Abzug bes Merths ber

bamuf verwendeten Arbeit bem Berechtigten gewährt hat.

Sie wird auch, als die für den Berrchtigten enistendenbste damme allgemein beizuschalten sein, weil der Belastate nicht zu entschädigen ist, sondern zu entschädigen hat, und weil der Boutheil, welcher ihm auch der Ausscheung erwächt, in der Regol auf dasselbs hinauskomme, jedensfulls aber auch so fehr von Industrie, Konjuntueren und anderen indistibuellen resp. in die Justunft studiongreisenden Benhältmissen absängt,

das eine genaue und treffende Abschähung besselben aberhaupt, verzäge lich aber im schlederichterlichen Bersahren praktisch kaum aussührbar ist.

Die Berthelbiger ber vorstehend entwidelten Anficht halten bie von ber zweiten Rammer angenommene Bestimmung im Artifel 9. bes Gefes-Entwurfs für völlig entsprechend, und beantrager ihre Annahme.

Eine britte, vermittelnde Meinung, welche in eventum bei vielen Mitgliedern der Commission Anerkennung fand, ging babin, daß der Staat streng an dem Gesichtspunfte festhalten muffe, die Berhältniffe aus der Gemeinschaft, in welche fie jest verftrickt seien, in einer die Intereffen des Berechtigten und Belafteten gleichmäßig befriedigenden Beise zu lösen.

Dies, meinte man, wurde in dem Falle, wo ein einfeitiger Servistut. Berechtigter auf Ablöfung antruge und der Belaftete von berselben nur einen den Werth der Nugung nicht erreichenden Vortheil habe, am Besten badurch erreicht werden, daß eine zwischen dem Nugungswerth und dem Ausbedungs-Vortheile mitten inne liegende Entschädigung sests gesetzt werde.

Die Commission hat sich in ihrer Mehrheit der zuerft vorgetragenen Ansicht, zu welcher sich auch der von ibr als Forstverständiger betathend augezogene Abgeordnete von Kathen befannte, angeschlossen.

Sie geht babei namentlich auch bavon aus, daß der Forfibefiger, welcher bisher verpflichtet gewesen ift, den Wald in einem die Dienstbarkeiten sichernden Justande zu erhalten, ohnehin schon in eine üble Lage kommt, wenn die Servitut-Berechtigten — vielleicht gar einer nach dem andern — auf Ablöfung antragen und ihn dadurch im Fall der Land-Absindung nöthigen, immer aufs neue eine wohlgeordnete Schlageintheilung aufzugeben und mit Mühe, Kosten und schweren Opsfern eine neue Ordnung in der Forst einzuführen.

Will man nun auch, wie es andere Gesetzebungen fast nirgends gethan haben, dem Berechtigten die Befugniß einräumen, einseltig die Ablösung des bisberigen Berhältniffes zu verlangen und als Regel defen Absindung nach dem Werth seiner bisherigen Rutungen gelten lafen, so muß dies doch daburch bedingt bleiben, daß der Belastete in dem aus der Ablösung für ihn entspringenden Bortheile hinreichenden Ersa

für die Abfindung erhalt.

Es fann fein, daß oft diefer Bortheil dem Rugungswerthe der Berechtigung gleichkommt, aber oft wird dies, besonders bei Gebirgsforften
und in volksarmen Gegenden auch nicht der Fall fein, und dann giebt
es fein anderes Mittel, den Belasteten vor sicherer Aufopferung zu
schützen, als daß ihm freigestellt wird, die Absindung bis auf den Werth
bes ihm durch die Ablösung erwachsenden Bortheils zu ermäßigen.

Diefen naturgemäß von ber Gemeinheitstheilungs. Ordnung bemisligten Schut bes Belafteten aufzugeben, dazu liegt gerade jest um fo weniger Grund vor, als ichon bas forrespondirende Schutmittel bes

S. 86. aus Rudfichten für ben Berechtigten aufgegeben wirb.

Die Schwierigkeiten in ber Ausführung konnen um fo weniger beftimmend fein, ein an fich gerechtes Brincip zu verlassen, als die Brais Diese Schwierigkeiten gewiß eben so leicht, wie viele andere überwinden wird, wenn fie fich erft mehr damit beschäftigt. Ueberdies werben die Belafteten felbst ben umftandlicheren Weg ber Entschädigung nach ihrem Bortheil in ber Regel, erft bann einschlagen, wenn, wie es unläugbar gefchehen ift, ber Rugungewerth für ben Berechtigten in unberhaltnigmas figer Gobe veranfchlagt wirb.

So bleibt ber §. 94., felbst wenn er felten zur Ausführung tommt, ein Mittel, Die Ansprüche bes Berechtigten, bem Belafteten gegenüber,

in ben Grengen ber Billigfeit gu halten.

In Erwägung biefer Grunde hat Die Commiffton mit 11 gegen 8 Stimmen befchloffen, ber hoben Rammer zu empfehlen, bem Art. 9.

folgenben Bufan beigufügen:

"Bei ben auf Forsten haftenden und nach der Gemeinheitstheis lungs-Ordnung sowie nach dem vorliegenden Gesetze ablösbaren Dienstdarkeiten verbleibt jedoch dem Bester des belasteten Waldes, wenn er Provokat ift, die Wahl, ob er den Dienstdarkeites Derechtigten nach dem Nugungsertrage der Dienstdarkeit ober nach dem Bortheile, welcher dem Belasteten aus deren Aufschedung erwächst, entschädigen will. Im letzteren Falle ist der Werth der Vortheile des Belasteten, in Ermangelung gittlicher Einigung, im Wege des schiederichterlichen Versagwens (S. 31. die 34. der Verordnung vom 30. Juni 1834), jedoch niemals höher als der Nugungswerth der Berechtigung, sestzustellen." Ein eventueller Vorschlag, welcher aus der oben erwähnten vermits

teinden Anficht entsprang und dahin ging, jum Art. 9. hingugufügen: , ,, In diesem Falle bildet ber Werth ber Nugungen bes Berech-

"In diesem Falle bildet ber Werth Der Rugungen Des Berechtigten, zusammengerechnet mit dem Werthe des dem Belasteten entstehenden Vortheiles, die Bafis der Entschädigung, welche in der Salfte des so gefundenen Gesammtbetrages besteht",

kam nach ber Unnahme bes ersten Umenbements nicht zur Abstimmung. Die Commission erlaubt fich hiernach, auf Unnahme bes Art. 9. mit bem zuerft erwähnten Berbefferungs-Borschlage anzutragen.

Anmerkung. Es ist hierbei nur noch zu bemerken, daß ber Borfchlag wegen ber Schiebsrichter verworfen ift, nachdem sich der Regierungs-Commissarutchieden gegen die Annahme besselben ausgesprochen und ausgeführt hatte, daß dei folchen Ermittelungen mit der größten Sorgfalt vorgegangen werden musse, bei schiebsrichterlichen Entschiedungen aber ein empsindliches Durchschneisben sehr häufig zu befürchten sein werde.

Artifel 10.

Für die auf Forsten hastenden Dienstbarkeitsrechte zur Beibe, zur Gräserei, zum Mitgenuß des Holzes, zum Streuholen und zum Plaggen-, Heide- und Bultenhiebe ist, vorbehaltlich einer anderweitigen Einigung der Betheiligten, eine Entschädigung in Land nur dann zu geben und anzunehmen, wenn dasselbe zur Benutzung als Acker oder Wiese geeignet ist, und in dieser Eisgenschaft nachhaltig einen höheren Ertrag, als durch die Besnutzung zur Holzzucht zu gewähren vermag. Die Absindung ist alsdaun dem Berechtigten als Acker oder Wiese, unter Berücksschitzung der erforderlichen Kulturkosten anzurechnen. Die darauf besindlichen Holzbestände verbleiben dem Forsteigenthümer. Er muß dieselben vor der Uebergabe des Landes, im Mangele

einer Einigung, nach ber Bestimmung ber Auseinandersetzungs-Behörde binnen einer Frist, welche drei Jahre nicht übersteigen darf, abraumen.

Bis zur vollständigen Abraumung und Uebergabe bes Endschädigungs andes hat der Forfleigenthumer eine dem Erstragswerthe der noch nicht abgetretenen Rache entsprechende Gelbrente bem Berechtigten zu gablen.

Für Dienstbarkeitsrechte jum Mitgenuffe bes Holzes und jum Streuholen ift jedoch der belaftete Grundbesitzer befugt, die Entschädigung des Berechtigten in auch nur zur Holzzucht geeigenetem bestandenem Forstlande mit Anrechnung der darauf besinde lichen Holzbestände zu gewähren, wenn Leptere zu einer nachhaltigen forstmäßigen Benutung geeignet sind. In diesem Falle muß aber die Absindungsstäche, wenn sie einen nur zur Hochwald Wirthschaft geeigneten Holzbestand enthält, mindesteus einen Umfang von dreißig Morgen haben.

Bei der Bestimmung ber Lage der Absindungestäche sindet insbesondere der 8. 61. der Gemeinheitstheilungs. Ordnung vom - 7. Juni 1821 Anwendung.

In allen andern Fällen, namentlich auch in denen, welche ber \$. 77. der Gemeinheitstheilungs Dronung vom 7. Juni 1821 bezeichnet, ift für die genannten Berechtigungen eine Entschäbigung durch Kapital oder Rente zu leiften und anzunehmen:

Die 88. 127. und 138. ber Gemeinheitstheilungs-Ordnung werben hierdurch aufgehoben.

1. Motive.

Der f. 127. ber Gemeinheitstheilungs-Ordnung fchreibt ver, daß bie Entschädigung für eine Golzberechtigung, wenn der Belaftete auf die Ablösung anträgt, der Kegel nach in Land, mit Anrechnung ver warde befindlichen Golzbestände zu leiften ift, wenn solches zu einer fosspemäßigen Golznugung ober zur vortheilhaften Benugung als Acker ober Wiefe geeignet ift.

Dieselbe Regel mußte, in Folge ber Beftimmung bes Art. 9. bes Entemuss, funftig auch bann maaßgebend fein, wenn ber Berechtigte auf sie All löfung anträgt. Gine unbedingte Festhaltung berselben wurde aber bei ber vorausstichtlichen großen Bermehrung ber Brovofationen auf Austhebung von Forst-Servituten nicht minber ven Berechtigten als bem allgemeinen Bohte gesahrbringend sein, weshalb eine Modifikation ber Bestimmung unerlästlich ist. Die Ansichten der Sachverständigen darüber, unter welchen Berhältniffen und bei welcher Ausbehnung ein Stud Land zur forstmäßigen holzbennzung geschicht fei, sind nämlich sehr schwantend, da die Modifikeit einer solchen Benutung auch bet außerverventlich fleinen Fla

den abfoluten Walbobene nicht gelängnet iverben fann. Debhalb mittbe bem Berechtigten, welcher fur eine Gerultut won auch nur geringem Werthe eine Abfindung in Forftland beanfprucht, Diefelbe fchwer zu verweigern fein, und eben fo wenig fonnte er fich ber Unnahme einer folden Ente fchabigung entziehen, wenn fie ibm vom Belafteten geboten wird. Erfahrung lehrt jedoch, bag bie Bolggucht mit Erfolg nur in größeren Malbungen betrieben werben funn, weil bie Befiger fleinerer Forftpargellen außer Stund find , Diefelben burch genügende Aufficht bor Diebftabl und Befchäbigung zu fchuten, wenn auch ber ernftliche Bille zu einer wirthe fchaftlichen Rultur borbanden fein follte. Alne Diefem Grunde find Die Abfindungen burch Forfiland nicht geeignet, ben Berechtigten auf Die Daner benjenigen Ertrag zu gewähren, zu welchem fie ihnen angerechnet werben; vielmehr verwandeln fle fich gewöhnlich nach bem Abtriebe bet barauf befindlichen Golzbeftande binnen furzer Beit in unnugbare Sande Bahrend aber bie Berechtigten burch ben Baldboden auf Diefe Beife feine nachhaltige Entidiabigung empfangen, wird ber Bulgfultur im Gangen ein großes Areal entzogen und ber an fich fibon fublbare Mangel an Brennmaterial vermehrt. Auch werben babutch ausgebehnte Streden Lanbes unwirthbar gemacht und Die baran ficpemben fruchteragenben Grunbftude ber Berfanbung ausgefest, halb entfpricht es bem Intereffe ber Berechtigten ebensowohl, als bem ber Landestultur, daß eine Abfindung durch Land für Solzberechtiguns gen nur für ben gall als gefehliches Entschädigungsmittel bestimmt wirb, wenn bas Land als Ader ober Wiefe brauchbar ift und in Diefer Gigenfchaft nachhaltig einen höhern Ertrag als bei ber Benugung zur Golge aucht zu gemähren bermag.

Dag ber Berechtigte auf bie Beranfclagung einer folchen Abfine bung als Rorftland feinen Anspruch bat, sondern bag er fich bas Land ju feinem mabren Werthe als Ader ober Biefe, nach Abzug ber barauf ju verwendenben Kulturfoften, anrechnen laffen muß, liegt in ber Natur ber Sache und folgt aus ber Borichrift bes S. 88. ber Gemeinfielts theilungs - Ordnung von felbft. Unbererfeite fann bem Berechtigten aber auch Die Uebernahme bes auf bem Entichabigungelande ftebenben Golfes nicht und am wenigsten zugemuthet werden, baf er fich biefes Golg gu bem wirthfchafilichen Werthe, welchen baffelbe mit Rudficht auf feine erft fünftig eintretenbe Saubarteit hat, anrechnen laffe. Denn ba ber Berechtigte, um bald zu dem Genuffe ber Landnugung zu gelangen, genothigt ift, bas Bolg fofort abjuraumen und zu verfilbern, fo wurde er auf Diefe Beife nicht allein einen Theil feiner Entschädigung in Rapis tal fantt in Land erhalten, fonbern auch, fofern ber Bertaufspreis bes Bolges ben wirthschaftlichen Saxwerth beffelben nicht erreicht, eine une meldingliche Abfindung empfangen. Bwar trifft auch ben Belafteten, wel-der in Die Rothwendigfeit verfest wird, noch nicht hanbares Bolg einmichlagen, ein Berluft, für welchen ihm bei ber Abichagung bes Entichabigungelanbes feine Bergutung ju Theil wird; allein ber Griat fur biefen Berluft ift barin ju fuchen, bag bas Forftland als Ader ober Wiefe gu einem bobern Werthe angenommen wird, wie ber Belaftete es bisher

als Theil feines Balbes genutt bat.

Die Braxis hat die Borfcrift bes g. 127. ber Gemeinheitstheflungs-Ordnung ftets auf Abfindung fur Strenberechtigungen ausgedehnt und ba bei Diefer biefelben Rudfichten fur ben Berechtigten und bie Laubestalu tur massgebend find, wie bei ber Entichabigung für Golgberechtigungen, fo ifties unbedenflich, bie Streurechte in ben Urtifel 10. mit einzuschließen.

Rach einer richtigen Interpretation bes S. 138. ber Gemeinheitsibeis lunge Dronung darf die Landabfindung für eine Baldweide Berechtis gung in Acter, Biefe, Forft ober Welbeland befteben und bas Weibeland bem Berechtigten nur fur ben Fall ale foldes angerechnet werben, wenn es in Diefer Eigenschaft einen bobern Ertrag, als bei ber Benuggung gur Bolggucht, gewährt. Die nämlichen Grunde, melche es rathfam machen, fur Bolgberechtigungen feine Lanbentichabigung eintreten gu laffen, die wirthschaftlich am vortheilhafteften gur Golgzucht zu verwenben ift, finden aber auch auf die Abfindung für Baldweide-Berechtisgungen Anwendung. Forftland, welches als Beibe bober ju verwerthen ift, wie jum Bolgbau, ift im Allgemeinen febr felten; wo es aber noch bortommen follte, ba wird beffen Abtretung an ben Berechtigten bei ber immer größern Ausbreitung ber Stallfutterung fur ben Letteren feine bauernde Birthichafts - Berbefferung erzeugen. Unter biefen Umftanben erscheint bie Ginfchrantung ber Landabfindung fur Forftweibe-Berechtigungen auf folche Grundftude, welche fich ale Ader ober Biefe bober wie zur Solzzucht nugen laffen, ebenfalls gerechtfertigt. Dafe felbe muß aber auch in Betreff ber Berechtigungen gur Balbgraferei und gum Blaggen . Geibe- und Bultenhiebe in Forften gelten, ba zwifden Diefen und ber Waldweibe fein Unterichieb obwaltet, welcher auf Die Beuttheilung ber Ungemeffenheit ber Abfindungemittel von Ginflug fein konnte.

Auferbem fonnen nach ber Gemeinheitstheilungs = Drbnung und bem gegenwärtigen Befet - Entwurfe ale Forft - Servituten nur noch bie Maftgerechtigkeit und Die Berechtigung jum Bargicharren Gegenstände einer felbstftandigen Auseinandersegung bilben; bei Diefen Servituten bebarf es jedoch feiner Bestimmung über Die Beschaffenheit ber Landents fcabigung, ba fur Dieselben nach S. 117. Der Gemeinheitstheilungs - Ordnung und nach Art. 5. bes vorliegenden Entwurfs überhaupt feine Band-

abfindung zu gemahren ift.

Giner Bereinigung ber Parteien, welche ber Beftimmung bes Art. 10. juwiderläuft, foll übrigens fein Sinderniß in ben Weg gelegt werben, weil bas Landesfultur = Intereffe, aus welchem Die Borfchrift wefents lich hervorgegangen ift, bennoch nicht vollftandig geschütt, fonbern burch sicht zu verhindernde freiwillige Dismembrationen von Forften vereitelt werden fann.

2. Bericht ber Ugrar-Commiffion.

Bu bem Art. 10. wurden mehrere Berbefferungs = Borfcblage gemacht, und gwar wurde beantragt:

1) im erften Alinea Seite 4. Beile 2. bes Entwurfes binter ben Borten: "wenn baffelbe" einzuschalten :- "zur forftmäßigen Benugung ober",

2) Beile 3. Die Worte: "und in Diefer Eigenschaft nachhaltig einen boberen Ertrag, ale burch bie Benutzung zur Golzzucht, ju 800 mabren vermag", zu ftreichen.

3) Beile 6. hinter bem Borte " verbleiben" ble Borte einzufcalten: "in biefem letteren Falle",

4) im britten Alinea bie Allegation bes S. 127. gu fireichen. Berner im erften Alinea ftatt ber Borte "wenn baffelbe" bis "bers mag" zu fegen:

neuen Agrar Gesetze



Preußischen Staates.

Bom 2. und 11. März 1850.

Mit ben

Motiven der Regierung und der Kammern nebst Sachregister und Anmerkungen.

Berausgegeben

von

Serrmann Bulften,

Frankfurt an der 'Gder. Bei Kosab & Comp. **1850.** ,

Borwort.

Das Ministerint Rescript vom 12. März 1850 spricht die Enwartung aus, daß die mit Aussührung der neuen Preußischen Agrar Gesehe beaustragten Beamten und Bebörden mit Umsicht diese Aussührung handhaben, und zu dem Ende die Gesehe, unter Bergleichung mit ihren Motiven und den Kammerverhandlungen bei Berathung derselben grundlich fludieren werden.

Um meinen verehrten Mitarbeitern an dem großen Werke der Entfesselung des Grundeigenthums von den, Fortschitt und Kultur hemmenden, Lasten und Ginschräntungen, dieses Sudium zu erleichtern, habe ich es unternommen, das reichhaltige, in den Motiven der Regierung zu den Gesehen und in den stenographischen Berichten über die dei der Berathung derseiben in den Kammern gepflogenen Berhandlungen, vorhandene Material zu sammeln und mit den Sessen abdrucken zu lassen. Auch habe ich ein Sachregister, um den Gebrauch des Buches zu erleichtern, ausgearbeitet und solches dem Werke angehängt. Die einzelnen, die Auslegung verschiedener Stellen betreffenden Anmerkungen rühren mehrentheils aus Besprechungen mit meinen hiesigen Collegen her und kann ich daher kein

weiteres Verdienst bei Heransgabe dieses Werks für mich in Anspruch nehmen, als dasjenige, was meinem Bestreben, Andern das Studium der Gesetze bequem zu machen, von denen zuerkannt werden möchte, welche die Motive und Kammerverhandlungen nicht stets bei der Hand haben können, oder welchen es an Muse sehlt, die Motive aus den weitläuftigen Verhandlungen zusammenzulesen.

Aber auch den betheiligten Grundbesigern, deren Berhältnisse nach diesen Gesehen geordnet werden sollen, hoffe
ich, wird dieses Buch um so willsommener sein, als sie
aus demselben ersehen können, ans welchen Gründen
ihre Bertreter in den Rammern die Gesehe gerade so und
nicht anders sestgestellt haben und wird die allgemeine
Renntnis dieser Gründe viel dazu beitragen, unbegründete
und zweiselhaste Ansprüche zu unterbrücken, die Anseinanbersehungen aber, was vor Allem wünsschenwerth erscheint,
bald zu beendigen.

Und so Abergebe ich biese Busammenstellung ber Deffentlichkeit mit dem Wunsche, sie möge bazu beitragen,
bas mahre Wohl ber Grundbesiger in unserm Baterlaube
zu fordern.

Frankfurt a. D., im Mai 1850.

: Mulfen.

Inhalt.

(Die Biffern hinter ber Beile bezeichnen ben Paragraphen.)

•	Seite
I. Gefes, betreffend bie Ablofung ber	Cente
Reallasten und bie Regulirung ber	
guteherrlichen und bauerlichen Ber-	
haltniffe vom 2. Marg 1850	1139
Aufhebung bieber gultiger Gefete 1	1 — 13
Erfter Abichnitt: Berechtigungen, ohne Entichas	
bigung aufgehoben 2—5.	13 29
Bedingungeweise aufgehoben 3 Befchrantung bes	
• S. 2. ad b. 4. — Etlauterung bes §. 2. ad 1. unb 2. 5.	-
3weiter Abiconitt: Ablbfung bet Reallaften	30
Titel 1.: Ablobbarfeit ber Regliaften 6. 7. 8	30 3 3
" 2: Dienste 9—17	34 41
" 3.: Feste Abgaben in Körnern 18-29.	42 - 47
" 4.: Feste, nicht in Rörnern bestehende Ra-	
turalabgaben 29 — 31	48 49
" 5.: Natural-Fruchtzehnt 32 - 35	49 - 1
" 6.: Besitveranderungs - Abgaben 36 - 49.	52 66
" 7.: Feste Gelbadgaben 50 - 36	65 71
" 8.: Andere Abgaben und Leiftungen 57 u. 58	71- 72
" 9.: Begenleiftungen 59	72- 73
" 10. Abfindung ber Berechtigten 60 - 66.	73 96
" 11.: Fefifiellung ber Rormal-Preife und	
Rormal = Marftorte 67-72	96 98
Drittet Abichnitt: Regulirung ber gutebertichen	
und bauerlichen Berhaltniffe Behufs ber Gigens	
thums Berleihung 73-90	DS 133

∀ ∀ I	·
Aufhebung früherer Gefete 73. — Welche Stellen find regulirungsfühig? 74 und 75. — Wem steht ber Ans foruch auf Eigenthums Werleihung zu? 76 — 79. —	Seite -
Was kommt bei der Regulirung in Betracht? 80—90.	
Bierter Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen	169 190
Bolles Eigenthum nur zulässtig 91. — Kündigung von Kapitalien nur 30 Jahre auszuschließen 92. — Bershaftung der Trennstüde bei Barzellirungen 93. — Bessugnis, auf Ablösung anzutragen 94. — Bedingungen der Brovokation 95. — Communalverhältnisse und Grundssteuern 96. — Ablösbarkeit und Regulirungsfähigkeit nur nach diesem Gesehe zu beurtheilen 97. — Arsten der Auseinandersehung 98. — Allgemeine Bestimmungen bei Anwendung des Gesehes 99 — 102. — Supersund Minder Normalentschädigung 103. — Ausführungstermin 104. — Schiebsrichterliches Bersahren 105. — Kostenpunkt 106. 107. und 112. — Besugnis der Auseinandersehungs Behörden 108. — Legitimation der Interessent 109. — Berwendung der Kapitalabsinsdungen 110. und 111. — Aussehung des Schirungss	123 — 139
Gesets vom 9. Oktober 1848 113. — Aussührung im Regierungs Bezirk Stralsund 114. II. Gefet über die Errichtung von Ren-	•
tenbanken vom 2. März 1850	140
Grrichtung von Rentenbanken und beren Bestims mungen 1-3	140 - 160
Ausfuhrende Behorben 4-5.	160 — 162
Reallaften, welche jur Ablofung burch Rentenban-	
ten geeignet sind 6-8.	162 - 164
Fefifellung ber Renten behufs beren leberweisung	:
an ble Rentenbant 9—17	· 164 — 173
Einziehung und Sicherstellung ber Renten 18 - 21	173 - 178
	178-186
Rentembriefe und Zinscoupons 32 - 48	186 - 192
Rechte britter Berfonen 49	1 93 — 198
Löfung bes Berhaltniffes zwischen bem bisher Be-	
	198-199
	199-200
on found to be be	200
Refere 54. 55.	
where Dor or or or or or or or or or	, AVV. ~ 601
,	

•	Sette
Schließung ber Rentenbanken 56	201
Aufgebot und Amortisation verlorener Renten-	
briefe 57.	201 — 204
	201 - 204
Besondere Bestimmungen:	
a) für bie Landestheile, in welchen bereits Ren-	
tentilgungekaffen bestehen 58	· 204 — 212
b) für die Fälle, in benen die Abfindung bes	
Berechtigten in Rentenbriefen burch Vermitt-	
lung bes Staats erfolgt 59 - 63	212-213
Domainen = Renten 64 — 65	
Tabellen und Schema jum Rentenbrief und Coupon	
	. 202 242
III. Gefet, betreffend bie Erganjung	
und Abanderung ber Gemeinheits.	
theilungs-Ordnung vom 7. Juni 1821	
und einiger anderer über Gemein-	
heitstheilungen ergangenen Gefete	
vom 2. März 1850	243
Berechtig ungen, nach ben Grundfagen ber Gemein-	
heitstheilungs Drbnung ablosbar 1	243—255
Torfmoore im gemeinschaftlichen Eigenthume 2.	200 — 200
Umfang bes Theilnehmungsrechts bei Grafereiber	01/1 0T0
rechtigungen 3	256 — 25 8
Umfang bes Theilnehmungerechts bei Berechtigun-	
gen zu Schilf, Rohr 2c. 4	258
Art ber Entschäbigung beim Bargscharren 5	258 - 260
Fischereiberechtigungen 6	260 - 263
Runftig nur feste Gelbrenten 7	263
Ablofung ber Gelbrenten 8	263 — 266
Bahlrecht bes Provokaten bei Dienstbarkeiten auf-	
gehoben resp. modificirt 9	266 — 285
Arten ber Abfindung bei Forftberechtigungen 10.	285 - 295
Anwendbarfeit einzelner Bestimmungen ber Gemein-	
heitstheilungs = Ordnung bei Grafereiberechtis	
gungen 11	295
Reue Gemeinheiten 12	295 - 296
Beschräntung bes Provofationerechte 13	
Schiederichterliches Verfahren 14.	
m r .m . or - r m r r	300
Besugnisse der Ausnahme=Behörden 15	900

,	Gette
Roften 16,	300 - 302
Reine rudwirfende Kraft bes Gefetes 17	802
Befet pom 9, Oftober 1848 aufgeboben 18	
IV. Befet, betreffend bie auf Dahlen-	
grundftuden haftenben Reallaften vom	
11. Marz 1850	304
Aufhebung ber \$6. 1. und 2. ber Berordnung vom	
19. Februar 1832 1	3 04 — 340
Folgen bes Streits iber bie Ratur ber Dublen.	
abagben 2	340 - 341
Revifions - Collegium ju Berlin, alleinige Inftang	,
jur Entscheibung bes Streits über Die Ratur	i
ber Muhlenabgaben 3	341 - 343
Praflufivfriß jur Anmelbung bes Anfpruchs auf	
Erlaß ber Dublenabgaben 4	343
Wahrnehmung bes fistalifchen Intereffe 5	343 — 344
Anfpruch bes Mullers auf 1/2 bes Reinertrages 6.	344 — 3 55
Schiffsmühlen 7	335 - 556
Beiche Muffer feinen Anspruch auf 1/3 bes Rein-	
ertrags haben 8.	356 - 357
Aufhebung bes Gefetes vom 9. Ottober 1848 9.	
V. Sachregifter	359 —382

"Wenn baffelbe entweber jur Benutung als Ader ober Wiefe geeignet ift, ober bie ben einzelnen Berechtigten zu gemährende Entschädigung einen so erheblichen Umfang bat, daß eine forste mäßige Benutung bes abgetretenen Landes erfolgen kann."

Endlich wurde unter allgemeiner Aufrechthaltung bes im §. 127. ber Gemeinheitstheilungs - Ordnung enthaltenen Grundfages ein Bufas

in folgender Urt verlangt:

"Die Absindungen in Forfigrundstuden find jedoch auf biejenigen Galle zu beschränken, wo fich die Berechtigten verpflichten, Dieselben forftmäßig zu benuten und wo eine berartige nachhaltige Besnussen ungungkart ben lokalen Berhalmiffen entsprechend nach bem Gut-

achten Sachberftanbiger möglich ift."

Sammtliche Antragsteller gingen bei ihren Borschlägen von der Anssicht aus, daß bei sehr bedeutenden und umfangreichen Golzberechtigunsgen Land das angemassendste Absudungsmittel sei, wenn fich baffelbe auch nicht zu Acker oder Wiese, sondern nur zur forftlichen Benutung eigne und daher nicht ausreichende Gründe vorlägen, die dieser Ansicht entsprechenden Bestimmungen des §. 127. der Gemeinheitstheitungs » Ordnung aufzuheben.

Es. könne mar nicht in Abrede gestellt werben, daß die Ansichten ber Sachverständigen darüber, unter welchen Berhältniffen und bei welcher Ausbehnung ein Stud Land jur forstmäßigen Golznugung geschickt fet, der Ratur der Sache nach sehr schwankend wären, ja daß darüber eigentlich gar teine gleichmäßigen. Grundiäge zu erlangen sind und daher auch die bisherigen desfallsigen gesehlichen Bestimmungen bei Ausführung der Abstwangen für Forstberechtigungen in der Regel unberücksichtigt geblieben wären.

Eben fo wenig fei zu läuguen, bag auf Grund ber bisberigen Abfinbungsart für Forstberechtigungen viele Källe vorgefommen, in welchen bie überwiefenen Abfindungsflächen ohne Rücksicht auf ihre weltere forstmäßige Kultur abgeholzt und zum großen Rachthell: ber Landestutur in

Sandfleppen umgeimmbelt worben.

Indesign werde hierdurch noch nicht die gänzliche Ausselung der bestreffenden Bestimmung des s. 127. der Gemeinheitstheilungs Dronung gerechtforeigt. Gerade in den bedeutendsten holzablösungs Sachen werde häusig bild der Watdeigenthamer, bald der Servitut Berechtigte nur eine Landenischäddigung geben oder annehmen können. Bei sehr umfangreichen Absindungen werde der Maldeigenthamer, wenn er Rente geben solle, da diese nuch von deut Empfanger gestündigt werden durse, in die größte Bertlegenheit wegen Beschaffung des Ablösungs Kapitals gerathen; und neine nicht minder üble Lage benne der Servitut Berechtigte, den eine nicht minder üble Lage benne der Servitut Berechtigte verten; und diese nuchhaltig ans detweitig sur die ihm überwiesens Kente zu verschaffen. Schon deshald erscheine es dringend wünschenswerth, daß bei Ablösung der holzberechtigungen die Möglicheit der Landahsindung auch für den Fall nicht ausgeschlossen bleibe, wenn sich diese nicht zu Ader oder Wiese eignet.

Dies werbe burch die Annahme der gemachten Berbefferungs Borfchtäge erreicht, und wenn bei benfelben allerdings ber Begriff ber forfimaßigen Benutung ber Abfindungsflächen festgehalten werde, so werbe woch auch dieser Begriff in sedem gegebenen Falle fich wohl naher be-

Dimmen laffen,

Bei ber Beintspilung ber forstmäßther Benutiting toume is nämlich nicht gerade auf die Möglichkeit bes Gutjertrages an fic, sondern besonders werd werbe es auch davank antommen, ob der Bester ber Abstraugs-parzelle nach dem in der Gegend obweitendern Bertillentsffen geeignet und gentigt sein undere, die Parzelle nachhatig sorftmäßig zu benutien, und wie er mit Rädflicht auf den nothwendigen Forstwing nachhaltig denselben Ertrag aus der holfen beite der Abstraugung der Abstraugsgenen Balbe gewährte.

Wonn biefe Gefichtspunkte fofigehalten wurden, fo burfw es in ben einzelnen Rallen Sauprerftanbigen nicht fo femoierig werben, ein bestimmtes Uerfiel barüber abzugeben, ob eine Abfindung in Sand jur forftma-

Bigen Benutung geeignet fei.

Endich fonnen aber nuch ben vorgetonimenen Beispielen son unwirthschaftlichen und futurwidsigen Behandlungen ber aus Forstgrund bestöhenden Abfindungestächen eben so biele und noch mehrere Fälls, in weichen die früheren Servitut-Berechtigten ihre erhaltenen Forstgrundställe inchein und wirthschaftlich fuktiviren, entgenengeset werden.

Aus allen biefen Stunden enthiehle fich ein Jufat zu ben Art. 10., mittelft welches eine Abfindung durch Forstboben, wenn fich benfelbe auch micht zu Acter ober Wiefe eigne, für zuläffig erachtet und fonach bie bahin einschlagende Bestimmung des S. 127. ber Gemeinspeickthel-

Junge Drbnung nicht aufgehoben werbe.

Auf ber andern Seite murbe jedoch biefen Grinden gegenübet ansgeführt, bas nach allen bister durfider gemachten Erfahrungen mis thenigen Ausnahmen es dem Imterese der allgemeinen Landeskultur, der Gristenung det Forsten uist in den allermeisten Fällen auch dem der Forstervitut-Berechtigten wesentlich entfordie, wenn eine Landentschlädigtin für Forst-Servitaten nur dann gegeben und angenommen werden batte, wenn dieselbe sich zur Wemigung als Ander oder Wiese eignet und in dieser Eigenschaft nachhaltig einem sohren Errtug, als durch die Besmunung zur Holymicht, gewährt.

Es muffe baher biefer Grundfat als die allgemeine Megel festgeheisen werden, nodurch, wie auch der Art: 10, bestimme, für bespiedere Musnahmefälle eine anderweitige Einigung der Betheiligten nicht ausgesichhoffen werde, die bann auch immer vorausgesett werden dimfe, wo die Gesamminbsindung so bedeutend fet, das fie mut durch ein gruste Kapital oder einen bem entsprechenden April des belasteten Spieles mit

Den Darauf befindlichen Golzbeftanben gewährt werben wune.

In der überintegendern gahl der Hälle würden aber da, mis die Abstindung durch Kand, welches sich nicht zu Acktr oder Wicke eignet, auch wie bister dann wech angenommen werden müßte, wann durch sachverständiges Gntachten festgestells worden, es eigne sich zu forstmäßiger Bennyung, alle die Rachtheile filt den Berechtigten sordauern, weiche die Motive des Gesey-Entwurs zu diesem Artisel übergengend henderptieben, und eben dassenige, was von der entgegengesiehten Seite gur Gestrellung des Begriffs "einer forstmäßigen Benutung" filt nothwendig evaluten vorden, zeige recht doutlich, wie sehr gesährlich es für die Berechtigten sein würde, die Bestimmung der Absindungsart von so allgeintenten und schwendenden Ansichten abhängig zu machen. Is sinne keinem Wedensen underriegen, das bei einer richtigen Feststellung des Werthe der Forstserbitut. Berechtigungen, welche nach den Bestimmungen des

Assilel 4, nummehr leinem Zweifel mehr unterliegen tonnten, die Berrechtigten burch eine jährliche foste Gelvaufchäbigung in den Sennte gerschigten burch eine jährliche foste Gelvaufchäbigung in den Sennte gerschigten nachhaleig und sicherer zu verschaffen, als wenn sie dafür ein Stück Konstand, welches sich nach der Meinung von Sachverständigen zur sorsmäßigen Benntung eigen, dennach aber nicht in die übrigen wirthschaftlichen Verhältinkheden dem Genter wasser passe, erhielten und sich durch dessen forstmäßige Bewirche des gegen die ihnen sonkt ganz sicher zührliche Geldreute erst durch einem sich inner unsicheren sorstmäßigen Wirthschaftlichen die ihner unsicheren sorstmäßigen Wirthschaftliche werfchassen

Ganz anders ftelle fich das Berhältnis da herque, wo eine Abster dung durch Land, welches fich zu einer vortheilhaften Benntung als Acter ober Wiese eigne, gewährt werden könne, diese sei unter allen Acter ober Wiese einer Abstudung durch Kapital oder Rente warzugiehen, durch ste werde wirklich das Interesse der Bodenkultur auf anderen Seizen her fürdert, die Bestimmungen des Art. 10. weren sonach als ein wirklich der Allgemeinen Kandeskultur zu hetrachten und unteren im Großen und Gauzen das Interesse aller Betheiligten. In wurden im Großen und Gauzen das Interesse aller Betheiligten. In wurden sonach alle gestellten Zufäge zu diesem Artikel abgelehnt, und die Sommisson entschied sich mit 12 gegen 4 Stimmen für die underändente Weisehaltung besselben.

3. Austaffung bes Referenten ber Agrar-Commiffion.

Was nun diesen Artikel betrifft, so handelt er wesentlich bavon, in welcher Art und Weise die Ensichädigung für den ermittelten Werth einer holzberechtigung gegeben werden soll. Als hauptgrundsat ift in diesem Artikel angenomnen, daß eine Enschädigung durch Land nur dann zu geben und anzunehmen seis wein dasselbe zur Benuhung els Acker sher Weise geeignet ift. Wenn ein wirklicher Rugen für die Landeskultur dadurch begründet werden soll und man dies ins Augen für die Landeskultur dadurch beständet werden soll und man dies in Augen für zie Monnt Monnt dies ins Augen für gemen. Wenn gich mit diesem hauptprincip nur einverstanden erksäre, sonner der Kandeseine Knischaft sein seine Knischaft sein sell; so, nich dies nur den Fall bein, wenn dieses Absündungsland als Acker oder Weise bezugt werden kann.

Es ist nun gesagt warden: aus der Vergangenheit hätte sich berausgestellt, das man Forstboden als zu Acker oder Wiese umzuschaffen geeignet abgeschätt, daraus jest aber Sandsteppen geworden männ, und
es zeige sich nun, das der so geschätzt Boden nicht als Acker benust
werden könne. Plun, mir ist der Fall nicht special bekaunt; es mag hin,
daße ein solcher Miggriff vorgekommen ist. Aber es kann ehen auch ung
ein Miggriff gewesen sein, denn ein landwirthschaftlicher Sachverständiger,
der nicht bei jedem Korstboden mit vollständiger Sicherheit zu beurzbeilan vermag, ob dieser Boden sich nachhaltig zu Acker oder Wiese eignet,
ist eben kein landwirthschaftlicher Sachverständiger. Ich glaube daser, das
es keinen Grund abgeben kann, wenn in einzelnen Källen unrichtige Schöszungen vergesonmen sind. Im Allgemeinen wird man sesthatung
als Acker oder Wiese genuft werden kann, und das daburch auch nanüssen, das es immer die beste Absindungsart ist, wenn die Absindung
als Acker oder Wiese genuft werden kann, und das daburch auch nawennlich der Besorgnis begegnet wird, as würden große Korstsächen abgetreten werben muffen, eine Raffe holy niebergefchlagen worben und eine Art von Devaftation ber gorften eintreten.

Es wird dem am beften begegnet werden fonnen, wenn es ledigite

bei ben Bestimmungen bes S. 10. fein Bewenben behalt.

Richtsbestoweniger kann man nicht in Abrede ftellen, daß es in einzelnen Fällen boch febr munschenswerth fein durfte, wenn bei besonderen vorliegenden Berhaltniffen eine Absindung durch Forstboden mit ben darauf befindlichen Golzbeständen für zuläffig erachtet wird, besonders wenn die Absindung, die der einzelne Berechtigte bekömmt, von einem gewissen Umfange der Fläche ift. Liegt ste zu gleicher Beit zu seinem Wirtschaftschofe in der Art, daß er im Stande ift, den Forstschung, die Aussicht vertben mit Leichtigkeit auszuchen, so wird es nicht in Abrede gestellt werden können, daß eine solche Absindung durch Forstboden in einzelnen Sällen fehr zwestmäßig sein dürste, und man es geradezu nicht vollftandig vertheidigen fann, wenn sie ganz ausgeschlossen wird.

Ich mochte daher auch in diefer Beziehung für meine Berson, unsgeachtet man in der Majorität Ihrer Commission der Ansicht war, der Aut. 10. entspreche dem mahren Landeskulrur-Interesse, wie er Seitens der Megierung vorgeschlagen war, am meisten, Ihnen doch zu bedenken geben mit Rücksicht auf bas, was ich angeführt habe, ob nicht bas Amendement Ambronn bennoch hier zu berücksichtigen wäre. Es heißt

folgendermaaßen:

Die bobe Rammer wolle befchließen, am Schluffe bes erften Alinea

bes S. 10. bingugufügen:

"für Dienstbarfeiterechte jum Mitgenuß bes holges und jum Streuholen ift jedoch ber belaftete Grundbefiger befugt, die Entschädigung bes Berechtigten in auch nur zur holzzucht geeignetem Lande mit Anrechnung ber barauf befindlichen holzbeftande zu gewähren. In diesem Falle muß aber die Abfindung mindeftens einen Umfang von 30 Morgen haben."

Sie bemerken, meine herren, daß es zubörderft in die Dahl bes Belasteten gelegt ift, ob er folde Abfindung geben will. Er foll die Absindung immer nur geben mit der Anrechnung der darauf besindsten Golzbestände. Bu gleicher Zeit ift eine Beichränkung gemacht worden, daß es nur dann ftattfinden folle, wenn die Absindungsstäche für ben

einzelnen Berechtigten einen gewiffen Umfang bat.

Ich glaube, daß durch die Annahme dieses Amendements allerdings ber Forstbestger von der Berlegenheit enthunden wird, in manchen Fallem zu bedeutende Absindungs-Capitale oder Renten zu übernehmen, — daß ferner dedurch vermieden wird, daß junge, halbwüchsige Golzbestände oder dergleichen ohne Weiteres niedergeschlagen werden können, weil sie eben mit nach ihrem gegenwärtigen Holzwerthe als Entschädigung angerechnet werden müssen. Und ich glaube, daß, ungeachtet dessen, den zu zuweiselhaftesten ist, ob gerade der hier angegebene Umfang von 30 Morgen der richtigste sein durste, Vieles für diesen Zusatz spricht. Ich glaube aber, daß bet einer solchen Bestimmung des Umfanges auch die Besorgnis, ob eine sorstliche Nuzung wirklich zulässig sein wurde, zum Theit beseitigt wird. Ich würde mich noch mehr für das Amendement ausprechen, wenn noch darin ausgenommen wäre, daß überhaupt eine solche Absindung durch Forstland in einem richtigen Verhältnis zu den übrigen wirtsschaftlichen Berhältnissen wirtssigen mitse, mas ich

bahin versiehe, daß man ihm nicht zumuthe, eine halbe Meile oder noch weiter von seinem eigentlichen Wirthschaftshose ein Stud Forftland anzumehmen — wenn es auch 30 Morgen groß ift, — sondern es muß auch zu den übrigen Wirthschaftsverhältnissen in der Art passen, daß es der Berechtigte forstwirthschaftlich benugen kann. Wenn diese Bestimmung nun in dem Amendement enthalten wäre, so würde ich dafselbe unbedingt zur Annahme empfehlen; aber auch ohne dieselbe glaube ich, daß die Besorgnis, die ich hatte, man könnte solche Grundstücke übersweisen, welche nicht forstmäßig zu benugen wären, gehoben werden könne durch die Verpstlichtung in der Special-Gesetzgebung, nicht solche Klächen zur Absindung zu überweisen, welche nicht forstwirthschaftlich benugt werden sonnen. Ich würde also im Ganzen der hoben Versammlung die Annahme des Amendements Ambronn empfehlen.

Anmerkung 1. Der Busat in Betreff ber Anwendbarfeit bes \$. 61. ber Gemeinheitstheilungs : Ordnung vom 7. Juni 1821 bei Bestimmung ber Lage ber Absindung ift vom Grafen v. Arnim beantragt, um Belästigungen bes Walbbesthers und daraus erwachsenden Störungen und Nachtheilen vorzubeugen und von den Kammern angenommen, nachdem der Referent ber Agrar Coms

miffion fich barüber bahin ausgelaffen hatte:

"Ich finde in Bezug auf dieses Amendement weiter nichts als eine Beseitisgung jeder Besongniß, daß man eine unwirthschaftliche Absindung, sei sie für den Berechtigten, der eben die Absindung bekommen soll, als für den Belaketen, welcher die Entschädigung leisten soll, vermeiden will. Das ist den Belaketen, Weinung wollkändig gerechtsertigt. Allerdings bin ich der Reinung, daß schon die Auseinandersehungs Behörde verpflichtet ist, wie auch von Seiten des herrn Riwisters bemerklich gemacht ist, eine Absudung zu verhindern, die dem wirthschaftlichen Interesse beider Theile nicht entspricht, z. B. daß man mitten und dem Walbe ein Stück herausschneibet und auf der anderen Seite dem Verechtigten eine Absindung giedt, die er gar nicht wirthschaftlich nuzen kaim. Das keht schon dem allgemeinen Landes Bolizei Interesse entgegen, welches eben die Auseinandersehungs er Behörde zu wahren hat. Nichtsbestweniger wird es zur Bernhigung der Behörde zu wahren hat. Nichtsbestweniger wird es zur Bernhigung der Beheiligten beitragen, wenn diese Bestimmung in dem Gesche keht. Ich halte also diese Bestimmung für zwestmäßig und würde ihre Ansnahme empfehlen."

Anmerkung 2. Der Zusat in Betreff ber Anlässigkeit ber Absindung burch Ferfigrundstüde von mindestens 30 Morgen, rührt von dem Abgeordneten Ambroun her und ift aus den vom Referenten der Agrars Commission (siehe eben sub 3.) hervorgehobenen Gründen von der Kammer angenommen. Eine nähere Motivirung ber Annahme von 30 Morgen bei hochwaldwirthsichen die in den stes nöchgraphischen Berichten nicht weiter enthalten, als daß in der 115. Sihnug der ersten Kammer von dem Abgeordneten v. Kathen darüber bemerkt wurde:

"Man hat dabei im Auge gehabt, daß eine Hochwaldwirthschaft auf einer kleinern Flache als 30 Morgen schwer aussuhrbar sei. Man hat andeterfeits wicht ausschließen wollen, daß kleinere Flachen, welche zu einer Niederwaldswirthschaft geeignet find, abgegeben werden können; denn es liegt kein Bedenken vor, eine Absindungsfläche selbst nur von einem Morgen zu gewähren, wenn fie

awedmäßig ale Nieberwald bewirthschaftet werben fann. "

Unmerkung 3. Der Bufat wegen ber Interime Rente ift für zwedinas fig erachtet, um Entschäbigunge Ausbruchen vorzubeugen und einen zwedmäßis gen Uebergang bei Absindung mittelft Forfistächen zu bereiten.

Unmerfung 4. Der S. 127. ber Gemeinheitstheilunge-Orbenung vom 7. Juni 1821 bestimmte:

Die Entschübigung für eine holzberechtigung ift, wenn ber Belaftete auf die Ablolung antragt, ber Regel nach in Land, mit Anrechnung ber

barguf befigolichen hotzbeftanbe ju leiften, wenn fofches zu einer freif-mößigen hotzbenngung, ober jur bortheilhaften Benichtig ale Acter ober Biefo geeignet ift. Anfer biefon Fallen nut überhanpt in ben Pallen bes \$ 77. ift ber Berechtigte fie in Bento angunehmen verpfitibet,

und & 138, ib, bestimmte:

bie Eutschähigung ber Weibeberechtigten in Land wird ihnen in ber Art angerechnet, wie Letteres nach geschehener Abholgung bei bem Dafein ber Stubben zur Beibe geschickt ift, will aber ber Eigenthumer bie Beibe afs vollig raum abtreten, fo muß er bas Roben ber Stamme und Gbenen ber goder bewirfen laffen, ober bie biebfollfigen Roften bem abgefindenen Beibeberechtigten erfegen.

Der Artifel 10. bes Gefehes vom 2. Dary 1830 bestimmt bugegen: A. In Betroff ber Beibes, Grafereis, Blaggens, Deibes und

Baltenbieber Borechtigungen: 1) bag bie Abfindung nur alebann in Land ju gewöhren fei, menn foldbet gur Benuhung ale Acter und Wiefe geeignet ift nith in biefer Eigenschaft nachhaltig einen bobern Ertrag, ale burch Benuhung gur Polszucht zu gewähren vermag , und wenn es in wirthschaftlicher Lage (cout. S. 61. ber Gemeinheitetheilunge Drbnung) überwiefen werben tann;

2) baß bie Abfindung aber in atten andern galfen, alfo

a) wenn bas Land nicht ju Alter und Biefe geeignet ift, b) wenn es nachhaltig keinen bobern Ertrag als burch Benutung gur Solgung gewährt,

e) wenn ber Berechtigte bas tanb nicht zu bem abgeschätten Berthe benugen fann

d) wenn er bie kanbentschäbigung nicht in wirthschaftlicher Lage erhatten kann,

a) wenn ber Berechtigte burch Rente in ben Stand gefett with, fic bie abgelosete Rugung zu beschaffen,

burch Rente gewährt werben folle.

B. In Betreff ber bolg- und Strenberechtigung:

1) bağ bie Absubung nur alebann in Land ju gewähren fei, a) wenn folches jur Benutung ale Acer und Wiese gerignet ift, einem höheren Ertrag gewährt und in wirtsichaftlicher Lage überwiesen werben fann

b) wenn das vom Belasteten offerirte Forstland mit seinen Be: flanben zu einer nachhaltigen forftmitfigen Benutung gerignet ift und Bet Godhmelbreithischaft matte flene einen lienfeng wen 30. Mangen bat;

2) bag ber Abfindung in allen anderen gallen aben in fteute ju gemellrem fet, atio

a) trenir die Bebingungen sub B. I. v. wind d. nicht warfeenden, und d. wern ber Bewechtigte burch wie Mente in ben Gauth geseht wird, sich

bie abgelbsete Bok : und Streunuhung zu beschaffen.

Biernach, fowie mit Rucfficht auf Die Bestimmungen bes Weiffel 9. ift alfo nicht nur

a) bie bein Betafteten nach S. 86. ber Gemeinheitetheilunge Debennig wom 2. Inni 1821 guffdnbige Wehl ber Abfindungsaut (Land, Bente ober Am ' pital') anfgehöben, fonbern auch

it) die im § 12%, k. e. und §, 138, aufgestellte Aregel bei Abfindung von . Solzbenenbigten " reit, bei Abfindung von Meibeberechtigten

wefentlich modificint warhen.

Da ber Belaftete ührigens befugt ift, bie Entschäufigung bes Golzberechtigten in auch nur gur Golzzucht geeignetem bestättbenen Forfilande, mit Anrechnung ber barouf hefindlichen Galzbestände, ja gemahren, wenn Lettere ju einer nach Jaltigen fortimagligen Demugung geeighet find, und angerbem beftinnnt ift, das die Abfindungsfläche, wenn sie einen mur zur Gothwaldowierbsichaft geeigrien Bolghefignio entigati, mindeftens einen Umfang von 30 Morgen haben e, fo entiteht bie gunge;

welchen Umfang nuß benn bie Enischabigung in Forftland haben, welches einen nur zur Riebermaldwirthschaft geeigneten Golzbeffand enthalt?

Reiftentheils wird zwar, ba bie zur Nieberwaldwirthschaft geeigneten Bolger, als Eichen, Buchen, Birten, Einben, Elfen it. theils auf febnigem, theils Bruchbeben gebethen, und biefe Bobonarton fich foft immer zur Bennhung als Ader ober Biefe eignen werben, ber Belaftete nicht barauf verfallen, biefe Bos benarten nur als zur holzzucht gerignetes Forftignb anzurechnen, ihnt er es aber bennoch und es kommen gane vor, in welchen Brücher, die den hochwasserund Shampuffer : Nebenschwemmungen ausgeseht aber bie nicht zu entwäffenn und meistens uur nach Froswetter zugunglich find, mur als zur holgzucht geeignetes Kurstland anzusprechen und nur zur Niederwaldwirthschaft tanglich und, so kann guranend ungelfreitze find mit zur Arteberwalisverschlaft taugung ind, ib faint befeinem Bedenken unterliegen, anzunehmen, daß der Belastete, der gesehlich ganz allgemein desugt erachtet ift, in Fordland die Absindung zu gewähren, auch in solchen Fällen berechtigt sein muß, dergleichen Forstland zu offeriren, wie dieden kalbann, da das Gesch hierüber keine Bastimunung auchält, nichts übrig, als durch einen Forstverständigen feststellen zu lassen, der Weltschung der Berechtigten nötige Fläche

fein milfe und

b) ab folche gur nachhaltigen forftmößigen Benugung, mit Rudficht auf bie Golgbeftanbe und bie Art ihner Bewirthschaftung geeignet fei, und denach den Forklande Abstadungspilor ovent aber die Enischstigung al. 5. 77. der Gemeinheitstheilungs-Ordnung in Rente fostzustellen.

Artitel 11.

Die in ben \$9. 131. bis 137. und im 8. 139. ber Gemeinheitstheilungs Dronung vom 7. Juni 1821 enthaltenen Bestimmungen Aber bie Baldweibe-Berechtigungen find auch auf bie Berecktigung ger Graferei in Forften anwenbbar.

Artifel 12.

Der S. 164. der Gemeinheitstheilungs Drinung vom 7. Juni 1821, nach welchem neue Gemeinheiten, beren Aufhebung biefe Orbnung bezweckt, nur unter gertiffen Befchrantungen und nur burd feriftiichen Bertrag extichtet werben konnen, wirb auf bie nach Urt. 1. bes gegenwartigen Gefetes aufzuhebenben Gemeinheiten ausgebehnt. In Ansehung Dieser Gemeinheiten wird baber ber Linef ber erwerbenben Berjährung, wenn eine folche noch fattfinden tonnte, mit dem Tage, an welchem biefes Gefet in Araft tritt, unterbrochen.

1. Motibe.

Bu Art. 11. Die Ermittelung ber Daffe bes mit ber Sichel in Vorften zu gewinnenben Grafes muß bei ber Gleichartigfeit ber Berhalfniffe nach ben nämlichen Regeln bewirft werben, welche fur Die Ermittelung ber Beibemaffe bet ber Ablofting von Balbwetberechten in ber Gemeinheitetheibungs - Debraung aufgeftellt worben find.

Bu Art, IR. Da eine wene Blowng ber nach Art. 1. biefes Gnt-

wurfe für abibebar erflärten Gemeinheiten für eben fo fufturwirterig get erachten ift, ale eine folde Bilbung ber im §. 2. ber Gemeinheitetbeis lunge Drbnung genannten Gemeinheiten, fo erfcheint es unbebentlich, biefelbe an bie Befchtantungen bes §. 164. ber Gemeinheitstheilungs-Orbnung zu fnupfen. Diefe Befchrantungen burfen aber ibre Birtfamfeit erft bon bem Beitpuntte ab augern, in welchem bet Entwurf Befenedfraft erhalt.

Bericht ber Agrar-Commiffion.

Begen bie Beftimmungen ber Urt. 11, und 12, find im Schoffe ber Commiffion von feiner Seite Einwendungen erhoben worben, vielmehr werben Diefelben ber Rammer gur unveran berten Unnahme empfoblen.

Artifel 13.

Die Berordnung vom 28. Juli 1838 über bie Beschränfung bes Provotationerecht auf Gemeinheitstheilungen (Gefes : Samm : lung 1838, Seite 429.), welche burch §. 3. bes Befetes vom 9. Oftober 1848 (Gefet = Sammlung 1848, Seite 278.) in bie Proving Weftphaten eingeführt worden ift, foll fortan auch in ben ju ber Rheinproving gehörigen Rreisen Duisburg und Rees, in bem Großherzogthum Bofen und ben mit Weftpreußen wieder vereis nigten Diftriften, bem Rulm = und Michelauischen Kreise und bem Landgebiete ber Stadt Thorn Anwendung finden.

Das im S. 2. Dr. 3. ber gebachten Berordnung ben Rittergutebesitzern und ber Domainen = und Forfwerwaltung hinsichts lich ber Beantragung von Separationen eingeräumte Vorrecht wird hiermit aufgehoben. Bereits eingeleitete Auseinanderfegungen konnen jeboch aus biesem Grunde nicht rudgangig gemacht werben.

1. Motit ve.

Dachbem bie Berordnung vom 28. Juli 1838 untch bas Gefet vom 9. Oftober 1848 auf Weftphalen ausgedehnt worden, liegt fein Grund mehr bor, Diefelbe nicht in allen Lanbestheilen, in benen Die Bemeinheitetheilunge Dronung gilt, zur Univendung gu bringen. Die ausbriedliche Bezugnahme auf bas Gesey vone. 9. Oftober 1848 empfiehlt fich um bedwillen, weil bie bier einschlagende Bestimmung in biesem übrigens tranfitorifchen Gefete funftig leicht überfeben werben fonnte.

Unter Dr. 3. S. 2. ber Berordnung vom 28. Juli 1838 ift aber bem Domainen-Fiscus und ben Rittergutsbefigern ein Borgug eingeraumt worben, welcher mit ber in ber Berfaffungs - Urfunde garantirten Gleichheit bor bem Gefege nicht im Gintlange fieht. Diefe Borfchrift muß beshalb aufgeboben merben.

Bericht ber Agrar-Commiffion.

Babrend ferner Die Commiffion mit ben Beftimmungen bes Artifel 13. im Migemeinen fich einverftanben ertlärte, murbe bath noch bon eimer Grie gemänscht, bem Schlusfing bes zweiten Elliese biefes Arblicht eine andere Saffung zu geben und banach eine Befeitigung bereits einges leiteten Auseinanderschungen unter gewiffen Umftanden möglich zu machen Au diefem Zweite wurde vorgeschlagen, flatt biefes Schlussopie Bol-

genbes bem Artifel bingumfaigen;

"Bereits eingeleitvie Auseinandersogungen fonnen auf Antrop ber Bestiger von mehr als % ber durch ben Umtausch betroffener Ländereien rudgangig gemacht werden, insofern nicht bereits bie Uebergabe und Bestigergreifung ber bem Umtausch unterwarfenen Grundstüde erfolgt und baburch eine Bernnberung ber wirthschafte

lieben Berhaltniffe berbeigeführt ift."

Begründet wurde biefer Antrag burch bie Entwidelung ber Anficht, bag nicht in allen Probingen bes Staats bie Beforberung bet Gemeinbeitstbeilungen, besonders wenn damit ein Umtausch der im Gemenae befindlichen Grundfinde berbunden werbe, wünfchenewerth erfcheine und Diesenigen segensreichen Belgen habe, bie wohl souft von ihm ermariet würden, namentlich fei bies in einzelnen Theilen ber weftlichen Browingen und vorzugemeise bei Separationen flüdtischer Feldmarten ber Fall. hier, mo ber Grundbefit einem beständigen Wechsel burch Beraußerungen und Erbicaften unterliege, gewährten bie Separationen, verbunden mit bem Umtauft und ber Aufammenlegung ber Grunbftude, nur bem größeren Grundbefiger, welchem baburch bie Möglichkeit gegeben fei, feinen Bofige Rand gu arrondiren, Bortheile, bem flebreren Grundbefiger nur Rade theile. Bei ihm flanben in ber Regel bir fehr großen Stoften folder Aude einnebersetzungen in gar feinem Berbaltniß mit bem Ruben, welcher ihm buraus erwachten fonne; ja, es mußte behauptet werben, bag ein folcher für ihn gar nicht entftehe, indem abgefeben bavon, daß er in der Regel als Folge einer Separation genothigt werbe, feine gange Wirthichaftewelfe guane betn, für ihn die damit verbundene Unitauschung und Ausummenlegung bes Befinftanbes von gar feiner Wirfung fet; ba eben burch bie baufigen Abberfaufe und Beraugerungen von Grunbftuden biefer Bufammenhang bald wieder befeitigt und fomit ber ursprüngliche Zweck boch nicht er reicht werbe.

Diefe Nebelftanbe hatten fich in einzelnen Theilen ber weftlichen Browingen bei bereits eingeleiteten Auseinanderfepungen fühlbar herausgeftellt, web es fel baber wünschenswerth, ihre gangliche Befeitigung auch jest rioch möglich zu machen, und biefer Bwed folle burch ben gu Urtitel. 18: int Amtrag gebrachten Bufat erreicht werben. Die überwiegende Majos ritat ber Commiffion vermochte fich jeboch nicht von ber 3wedmäßigfeit un'b Rüglichleit eines folden Bufages ju überzeugen, war vielmehr ber Anficht, bag es viel größere lebelftanbe berbeiführen murbe, wenn eine mal eingeleitete Museinandersetungen burch bie Musbehnung ber Berorde nung bom 28. Juli 1838 auf alle Landestheile, wo fle bieber noch nicht Belegebfraft gehabt, rudgangig gemacht werben follten, infofern mehr als % ber Theilnehmer bies verlangten. Schon im Allgemeinen maren bon vielen Seiten Bedenfen über Die Zwedmäßigfeit ber Berordnung vom 28. Juli 1838 überhaupt jur Sprache gebracht worben, benn es tonne nicht beftritten werden, daß nichts mehr im allgemeinen Durchschnitt gur Bebung ber Bobentultur, jur Forberung eines verbefferten Wirthichaftse betriebes aller landlichen Grundftude mit Ginfchlug ber gu ftabtifchen Felbniarten gehörigen und baburth gur Bebung bes Bobiftanbes bet

in dem nenen Artifel ausgesprochen wird, daß jeder Partei es freisiehen sall, auf ein folches schiedsrichterliches Berfahren anzutragen und nicht weiter des kimmt wird, wie es gehalten werden soll, wenn die andere Partei sich dem nicht materwerfen will. Diesem Nachtheil begegnet das Amendement des Abgeordnesten Kette, und ich halte es deshalb für zweckmäßig und empfehlenswerth."

Anmerkung 2. Da hier ausbrücklich gesagt ift, bag bie leitenbe Behorbe aber bie Statthaftigkeit bes schiederichterlichen Berfahrens entscheiten falle, so ift anzunehmen, daß dies durch Defretur und nicht durch formliches Erkemtniß geschehen solle.

Artifel 15.

Die Bestimmungen des Gesetes über die Absolung der Reallaken vom heutigen Tage (§ 108. 109. 110. und 111.) in Betreff der Besugnis der Auseinandersehungs-Behörden in der Auswahl ihrer Commissarien und der Besugnisse der Lepteren, sowie in Betreff des Legitimationspunktes, der Wahrnehmung der Rechte dritter Personen und des Rechts, Ablösungs-Kapitalien zu verwenden, sinden auch auf das Versahren bei Gemeinheitstheilungen Anwendung.

Enmerkung. Diefer Artitel ift von ber erften Rammer hingngefügt. Bwed beffelben ift eine ichnellere und minber toftspielige Forberung ber Auseinandersepungen und Separationen.

Artifel 16.

Von den Kosten der Ablösung einseitiger Forst-Servituten werden die der Bermessung und Bonitirung des belasteten Walsdes, insofern dieselben unvermeidlich sind, von allen Theilnehsmern nach Berhältnis der Theilnehmungsrechte getragen,

Die übrigen Auseinandersetungs Koften tragen die Theilnehmer nach Berhältniß des Bortheils, welcher ihnen aus der Auseinandersetung erwächst. Das ungefähre Berhältniß dieses Bortheils wird von der Auseinandersetungs-Commission ermessen, und der Kostenpunkt von der General-Commission sestgesetzt.

In anderen Gemeinheitstheilungs Sachen werben bie Rossten ber Bermeffung und Bonitirung ebenso wie die übrigen Auseinandersehungs-Kosten unter alle Theilnehmer nach Berschältniß des Bortheils vertheilt, welcher sedem Einzelnen aus der Auseinandersehung erwächst. Ist dieser Bortheil nicht zu ermitteln, so soll statt seiner der Werth des Theilnehmungerecht zum Grunde gelegt werden.

Der 8. 26. des Gesetzes über die Ausführung ber Gemeins heitstheilungs und Ablosunges Ordnungen vom 7. Juni 1821

wird inswelt, ale beffen Inhalt mit ben Bestimmungen bes gegenwärtigen Artifels im Wiberspruch fteht, abgeanbert.

1. Motive.

Die meiften Rlagen über bie Ausführung ber Bemeinheitstheilungen begieben fich auf ihre Roftspieligfeit. Fur Die Berringerung ber Bobe ber Roften wird burch ein besonderes Geset Fürsorge getroffen werden. hier bandelt es fich darum, Den Maapftab der Roftenvertheilung unter die Intereffenten, in einer angemeffenen Weise abzuändern. Bei der Abisfung einseitiger Forft = Servituten ift bie Bestimmung bes S. 26. bes Unsführungs. Befeges com 21. Juni 1821 obne erhebliche Berlegung bes Balbeigenthumere nicht anwendbar, indem ibn bei Tefthaltung Des Berbaltniffes ber Theilnahmerechte ein ju überwiegender Theil ber Bermes funge und Bonitirunge - Roften trifft. Deswegen ericheint es gwedmafilger und gerecht, Die fammtlichen Roften ber Forftjervitut Ablofun-gen zwischen bem Belafteten und ben Berechtigten zu gleichen Beträgen zu theilen und Die Berechtigten nach Berhaltnig ihrer Theilnahmrechte au ber fle treffenden Galfte beitragen ju laffen. Bei allen anderen Geparationen fann ein Unterschied zwischen Bermeffungs - und Bonitirungefo-Ren einerseits, und fouftigen Auseinandersepungs-Roffen andererfeits nicht anerfannt werden, ba fie alle ju bem nämlichen Brede aufzuwenden find. Wenn famntliche Roften nach Berhaltniß Des Bortbeile, welcher ben Intereffenten aus ber Auseinanderfegung erwächft, vertheilt merben, fo hat fich Niemand barüber zu beschweren, bag er für ben ihm burch bas Geset zu verschaffenben Rugen unverhaltnigmäßige Auswendungen machen muffe,

Bu Art. 15. und 16. bebarf es feiner weiteren Erlauterung.

2. Bericht ber Agrar - Commiffion.

Gegen bas erfte Alinea bes Artifel 14. Des Geset - Entwurfe, babin

"die Roften ber Ablöfung einseitiger Forft-Servituten werben gur einen Salfte vom Bestiger bes belasteten Balbes, gur anderen Salfte von bem Berechtigten aufgebracht; mehrere Berechtigte haben unter einander zu Dieser Salfte nach Berhaltniß ber Theils nahmsrechte beizutragen,"

wurden mehrere Bedenfen aufgeftellt.

Es murde ungeführt, daß nach diefer Bestimmung ber einsettig Forfiservitut-Berechtigte auch die Balfte aller Bermeffungs und Bonistrungskosten eines Forstes, er möge so groß sein, wie er wolle, wenn ihm auch in demselben eine verhältnismäßig nur unbedeutende Servitut zustände, mitzutragen haben wurde, sobald der Werth seiner Berechtigung nicht anders als im Wege einer speciellen Vermeffung und Bonistrung festgestellt werden könnte.

Sierdurch murbe aber nicht nur ber Balbeigenthumer ganz ungewöhnlich und ohne allen rechtlichen Grund begunftigt erscheinen, sondern bei unbedeutenden Servituten fonne auch ber Koftenbeitrag zur Bermefe fung und Bonitirung des Forstes welcher hiernach von dem einseitigen Dienstbarkeits-Berechtigten beansprucht werde, den Werth der ganzen Abfindung, den er erhält, konsumiren oder wohl gar noch überfteigen. Ische Bernefficht und Bonitirung, fei. es von Belle ober Houff-Befigungen, fei bei bem vorgeschrittenen Juftande ber Land- und Forftwirthichaft für bie urdnungsmäßige Beneirthschaftung, sowie für Kulturverbefferungen, jedem Besiger fast unentbebrich geworden, und fie bringe baher, wodurch fie auch veranlast werde, stets und unter allen Umftanben bem Forsteigenthumer einen sehr wesentlichen, mir dem Zweck der Servitntent-Ublösungen in gur keiner Bert indung stehenden Bortheit.

Sonach wurde es völlig ungerechtfertigt ersebeinen, daß diefer überwiegende Bortheil, welchen ber Befiger eines Forstes aus einer nomen Bermeffung und Bonitirung besieben unwiderlegbar habe, bei Ausbringung ber Bermeffungs- und Bonitirungstoften nicht berückschigt warden follte, wobei noch außerdem zu erwägen sei, daß durch biefe nene Bestimmung die Provosationsbefinguiß der Berechtigten, zumal der Meineren

Leute, ganglich bereitelt marbe.

Es wurde daher beantragt:
"Das erfte Alinea des Art. 14. (jest 16.) zu ftreichen und fant
beffetben im Wesentlichen die Bestimmungen des g. 26. des Ausführungs-Geses vom 7. Juni 1821 bei der Ablösung von einseitigen Forst-Servituten aufrecht zu erhalten, danach aber sol-

genbe Suffung borgefchligen:

"Bon den Koften der Ablöfung einseitiger Forft-Gervituten werden die Bermeffung und Bonitirung des besafteten Waldes, insofern dieselben unvermeidlich find, von allen Theilnehmern nach Borbaltniß der Theilnehmungsrechte getragen. Die fibrigen Aussemandersetungstoften tragen die Theilnehmer nach Berhätniß des Bortheils, welcher ihnen aus der Auseinandersetung erwächt. Das ungefähre Berhältniß dieses Bortheils wird von der Ausseinandersetungs-Commission ernechen und der Kostenpunkt von der General-Commission seinen

Die Commiffion erachtet Die fur Diefe Abanderung entwidelten Grunde als durchgreifend, jumal zur Beseitigung bes Uebelftandes, daß neue Bermeffungen und Bonitirungen von Forsten lediglich zum Zwed der Ablasung unbedsutender Baldberechtigungen Seitens der Gervitut-Berechtigten beantragt werden durften, ein geeignetes Mittel in der beantragten Ausbehnung des fchiederichterlichen Werfahrens und seiner Rompetenzen zu finden sei; fie schloß fich daber in ihrer Majorität dieser Abanderung

an und beantragt bei ber Rammer beren Unnahme.

Gegen die anderen beiben Alinea bes Urt. 14. (jest 16.) sowie gan bie Artifel 15. und 16. (jest 17. und 18.) haben fich in der Committiffen teine Bedenten erhaben, vielmehr wird beren unveräuderte Ansmahme vorgeschlagen.

Artifel 17.

Durch das gegenwärtige Geset werden die vor dem Eintritt seiner Rechtstraft in Gemeinheitstheilungs-Sachen auf rechtsbeskändige Weise erfolgten Festsehungen über die Art und göhe ber Entschältgung und über das Kostenbeitrags-Verhältnis nicht geandert.

Artifel 18.

Mit bem Tage, an welchem bas gegenwärtige Gefet in Rraft tritt, hort bie burch \$. 2. Rr. 4. bes Gesets vom 9. Oftober 1848 angeordnete Sistirung ber Gemeinheitstheilungs - Sachen und ber barüber schwebenben Prozesse wieder auf.

Urfundlich unter Unferer Sochsteigenhandigen Unterschrift und beigebructem Roniglichen Infiegel.

Begeben Charlottenburg, ben 2. Marg 1850.

(L. S.) (9tz.) Friedrich Wilhelm.

(ges.) Graf von Brandenburg. von Labenberg. von Manteuffel. von ber hepbt. von Rabe. Simons. von Schleinig. von Stodhaufen.

Der Commissiond Bericht und die Berhandlungen der Kununern finden sich in den stenographischen Berichten der zweiten Rummer: Seite 1880, 1597. 1606, 1626. u. folg.; der ersten Rammer: Seite 2892. u. folg.

Gefet,

betreffenb

bie auf Dublengrunbftuden haftenben Reallaften.

Bom 11. März 1850.

ir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, Konig von Preußen 2c. 2c.

verordnen für den gangen Umfang der Monarchie, mit Ausnahme der auf dem linken Rheinufer belegenen Landestheile, unter Bustimmung beiber Kammern, was folgt:

6. 1.

Bei Beurtheilung ber Frage:

Ob die auf einem Mühlengrundstüde haftenden Abgaben durch die Bestimmungen des §. 30. des Edites vom 2. Rosvember 1810 (Gesep. Sammlung, 1810, S. 86.) oder des §. 3. der Allgemeinen Gewerbes Ordnung vom 17. Jasnuar 1845 ausgehoben worden sind oder nicht,

fommen funftig die Bestimmungen ber §8. 1. und 2. ber Berordsnung vom 19. Februar 1832 (Gefet Sammlung 1832, S. 64.) nicht mehr zur Anwendung und bewendet es lediglich bei ben alls gemeinen Grundfäten über die Beweissührung und Beweislaft.

1. Dotibe.

Durch die Bestimmung des §. 38. ber Allgemeinen Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 find die in einzelnen Landestheilen bestehenben Borfchriften, wonach

bie Anlage neuer und die Erweiterung und Beranberung vorhanbener, auf die Konfumtion der Umgegend berechneter Getreibe-Mahlmublen von dem Bedurfniffe der Umgegend abhängig war, aufgehoben worden. Gierburch find bielfeitige Beschwerben Seitens ber Muhlenbesiger berborgerufen.

Diefelben baben in mannigfachen Betitionen ihre Antrage im Be-

fentlichen barauf gerichtet:

A. Die Anlegung neuer Mublen einer Befchranfung ju unterwerfen, und B. Grieichterung in ben auf Mublengrundfluden haftenden Laften gu

gewähren.

Die Muhlenbefiger finden fich burch die Errichtung einer namhaften Angahl neuer Muhten in ihrem Gewerbe beeintrachtigt, wie benn beis spielsweise angeführt wird, baß in Schlesten seit bem Erscheinen der Allgemeinen Gewerbe-Ordnung bis zur Mitte bes Jahres 1847 10 Dampf-, 117 Baffer- und 151 Bindmuhlen mit 398 Dahigangen neu entstanden seien.

Benn ichon die Junahme ber Mublen feinesweges gleichmäßig erfolgt ift, so außern bagegen die großen neu erbauten Rublen, namentlich die Dampfmublen, burch die Berforgung einer weiten Umgegend mit ihren Fabrifaten eine Konfurrenz in höherem Grabe, als dies früher bei Er-

richtung neuer Mublen ber Fall mar.

Da nun auf ben alteren Mublen vielsach aus früherer Zeit herruchrende Abgaben und Leiftungen an den Domainen-Fistus oder an andere Berechtigte ruhen, welche nicht selten von Erheblichkeit find, so klagen die Bestiger berartiger Muhlen insbesondere, daß sie mit den unter gunftigeren Bedingungen entstandenen Muhlen, welche mit verhältnismäßig geringen Abgaben beschwert seien, nicht zu konkurriren vermögen.

Diefe Rlagen find in mehreren Brovingen fehr allgemein, und wiewohl manche ber Begrundung entbehren mogen, fo datf boch anerkannt werben, daß die Abgaben-Berhaltniffe einer erheblichen Bahl ber Muhlenbesther ein Ginschreiten ber Gefengebung rechtfertigen und erheischen.

Um bie Befchmerben ber Mublenbefiger genügend zu nurbigen, ift es erforberlich, fich die Entftehung ber Mublenabgaben, ben Gang ber früheren die Mublen betreffenben Gefetgebung und die Lage berfelben in verschiebenen Landestheilen vor Einführung ber Allgemeinen Gewerbe-

Ordnung ju vergegenwärtigen.

Die Rudflichten ber Bolizet auf die ersten Lebensbedurfniffe begrunbeten nach ben früheren ftaatsötonomischen Begriffen eine befondere Ueberwachung bes Gewerbes ber Ruller und gewährten in Berbindung damit einen Schutz gegen Beeinträchtigung. Insbesondere war den zur Bereitung von Rehl, Schrot u. bestimmten Mühlen durch Zuweisung einer Anzahl von Konsumenten, welchen die anderweite Anschfung oder-Zubereitung jemer Mühlenfahrikate untersagt blieb, ein nahrhafter Gewerbebetrieb zugesichert.

Diese mit ben Mublen berbundenen Bmangerechte, welche, wenn benfelben alle Einwohner eines gewiffen Bezirts ober wenigstens gewiffe Klaffen dieser Bewohner unterworfen waren, Bannrechte beißen (§§. 2. und 4. Zit. 23. Ih. 1. des Allgemeinen Landrechts) gewährte einen im Ganzen so reichlichen, gleichmäßigen, mit der Bunahme der Bevolkerung fteigenden Fabrikationsgewinn, daß die Anlagen entsprechende jahrliche Ab-

gaben fehr wohl zu tragen vermochte.

Mo bergleichen Zwangs = und Bannrechte verfaffungsmäßig bestanben ober verliehen werben konnten, finden fich baber auch Rühlenabgeben von mehr ober minderem Umfange, und wenngleich folche burch Die Gegenleiftungen ber Betechtigten bebingt find, welche wegen ber faffenden Baunerwindlichkeiten ber Rublen- und Staumerte namenti bei ben geftiegenen Golzbreifen, mitunter ben Betrag ber Abgaben ar wiegen, fo bilden fie bennoch häufig ein wertwoolles Bengibum bet rechtigien.

Dit einer Mublenanlage fonnte, wenn nicht ein Zwangs ober Bannrecht, wenigstens ein Gewerbe Erfluffprecht, b. b. Die Berechtigung verbunden fein, andere Muller von bem Bewerbebetrieb innerhalb eines gemiffen jur Muble gehörigen Bezirfe auszuichließen. Durch bie Erichwes rung, welche baburch in Bezug auf Die Bewohner jenes Begirte binfichtlich ber Benubung einer anberen Dlublenanlage entftand, außerte ein berartiges Erflufivrecht eine ben Bwange und Bannrechten nabe tommenbe Birfung, mahrend andererfeits bas gegen bie Ronfumenten gerichtete Bwangs = und Bannrecht, auch wenn bamit nicht ausbrudlich ein Erflufivrecht gegen andere Gewerbireibende innerhalb bes Begirfes verbunden mar, bennoch faftijch beren Fernhaltung jur Folge hatte.

Die Aufhebung Diefer mit ben Dublen verbundenen Berechtigungen

mußte Die beftebenden Berhaltniffe wefentlich berandern.

Heber ben Bang und Die Lage ber Gefengebung in ben berichiebenen Landestheilen por Ginfuhrung ber Allgemeinen Gemerbe- Ordnung und über Die ben Dublenbefigern fur Die Aufhebung ihrer fruberen Berech-

tigungen gewährte Entichadigung ift nun Folgendes zu bemerten: 1. In ben vormals frangoffichen ober wefiphalischen Landestheilen find jene Zwangs . Bann - und Gewerbe - Erflufivrechte burch bie fremd. berrliche Gejengebung ohne Gutichabigung aufgehoben und von ber Aufbebung nur, in ben vormale, banfeatifchen Departemente Diejenigen 3mange und Baunrechte aufgenommen morben :

a) melde urfprunglich einer anderen Berfon, als bem Gutsberen ber

Bwangspflichtigen zustanden, b) für deren Gründung der Gutsherr, dem Bannpflichtigen noch an-dere Bortheile als die blobe Erhaltung der Nühlen bewilligt batte. Die spätere preußische Gesetzgebung bat es hierbei überall beler bie fiebe Die Gefete bam 21. April 1825 (§6. 39. 41. 60.) über Die ben Grundbefit betreffenden Verhaltniffe und über bie Realberechtigungen (Gefes Cammlung C. 83. 102.) - jeboch bie joeben ermahnten nicht aufgehobenen Bwanges und Bannrechte auf ben Antrag jowohl bes Berechtigten ale Berpflichteten gegen eine von bem Letteren gu gablende feite Welbrente für abloebar erflartenten

Sinfichtlich berjenigen bier gebachten Landesibeile, in benen bas Allgemeine Landrecht eingeführt warb, entstand ber Bweifel, ob bie im Sit, 15., Ib. 11. bes Allgemeinen Landrechts S. 212. enibaltene Be-

Rimmung; in einem Orte ober Diffrifte icon hinlanglich Dablen jur Berforgung bes Bublitums borbanben find, fo foll benjenigen, welche neue Mublen nicht zum alleinigen Gebrauche, fonbern vielmehr zum Abbruche ber ichon vorbandenen Mublen anlegen wollen, Die Erlaubnig bagu von ber Landes = Boligeibeborbe berfagt

. ... iper bepanne ti Dar bie an Die Minifter Des Innern und ber Binangen ergangene Allenköckfin Driege, vom, 18, Dezember, 1833 tumbe bie Angephiarfelt igner Reficupping ausgesprechen, so bas seisbem beis Ansegung neuer Malbien, in diese Landestheilen die Bedürfnissenge zur Erörtzrung kam.

2. In bem Gebiefe, welches nach bem Lilfter Frieden bei der menfischen Manarchie berhlieb, wurde, wie sogleich näher, zu erwähnen, ber Mühlenzwang, durch die Edifte, vom 29. März, 1898 und 28. Oftober 1810, aufgehoben. Das, Gewerbesteuer-Geses, vom 2. Ronember 1810 gab alle Gewerbe frei, machte deren Betrieb, nur von der Lösung eines Gewerbescheins, abhängig, und indem eine allgemeins Gewerbesteuer einsgesicht mach, splitan alle, disherigen Abgaben von den Gewerben, insissern sie, die Berechigung zum Betriebe derselben betreffen, aufhören.

Bas, ben Dublengungng, inshesandere betrifft, fo ward, folder

a) far Offpreußen, Litthauen, Ermeland, und ben Marienwerberfchen Areis burch bas Ebift bom 29. Marg 1808 (Gefes-Sammlung 4 217.), fammit bem Dublen regel aufgehoben, Bis Entichabigung foll nach biefem Ebifte bem Brangsbergetigten, Dublen-Grhnächter aber Rächter, ber Ranon, ober bie Bacht, ober über-Munt: Die, Abgabe, welche von ber Rüble für bas Runnagbrecht berfelben bisher enerichtet morben, gang ober jum Theil erlaffen und baftet vermutbet uerben, baft bie Erlaffung ber gangen Abgale jur Entichabigung erforberlich fei. Dem Dbereigenthumer eber Berpachter ben Rubte fomobl, ale ben bieberigen Mabloflichtigen, foll jeboch ju jeber Beit ber Beweis offen fteben, bag ber Buffall, qu bem, Geminnite bes Mallers geringer fei, und wenn Diefer Beweis geführt wird, ift bem Muller nur ber winfliche Musfoll gu berguten, gur ben Berluft bes Berechtigten, butch ben Grigh ber. Abgabe follten Die bisherigen Dablpflichtigen auffommen. Die Ausführung biefes Geseines erheischte, ba ber in Ausficht genommang Eriah ber Ausfälle burch bie Mabinflichtigen jehr und genugend zu regliffren war, bedeutende Opfer bei ben Domininene. Mublen.

Aber auch hei den Avivatmublen, traten mannigfacia Aermickelangen ein, instagnabene dabund, daß sich bei den Gerichen gerschiedene Ansichten derüber geltend, machten, oh, das für die übriegen alländischen Krodingen, ergangene Geset vom 28. Otober 1840 auch auf Ostrouben, ergangene Geset vom 28. Otober gleich dissen Zweisel durch die Allerhäusel Ordre vom 28. Sobinnder IRS (Geset-Sammlung Seita 85.) ein Ziel geset wurde indem Lehara in Urbensmitumung mit der Ansich des Geheimen Oberaribunals die Melebsebung über das Mühlenwebn als durch das Spist vom 29. Wärz 1808 für die darin bezeichneten Landestheile abgeschiosen erkäute, so word dennoch binschlich der Brinetmüdlen eine Assmittelung unter Zuschissen und bärten extoderlich, um manwigsabe Diffgrenzen zu beseitigen und härten auszugleichen, indeskaben diffgrenzen zu beseitigen und härten Geheimen Obertribunglig gediehenen steitigen Källen, wo die Exdphater mit hven Anderügen auf Erlaß des Kanons zu, um deshalb rechtspäsig abganischen weren, weil die Genichtshöse der Pradalb katten.

b) In ben übrigen gu bem oben gebochten Bebiete gehörigen Randells

thellen hob bas Wift vom 28. Oftober 1810 (Gefeh Sammlung Seite 95.) ben Mühlenzwang auf. Durch, die Berordnung vom 15. September 1818 (Gefeh-Sammlung Seite 178.) wurde in Bezüg auf eine zu genährende Entschädigung festgestellt:

bağ eine Berminderung ber Einnahme ber früher Berechtigten burch die Aufhebung ber Bwangs und Banurechte nicht gu prasumiren und eine Entschäbigung nur bann zu gewähren fet,

· wenn nachgewiefen werbe

a) ber Debit aus zehn Jahren, von 1796 bis 1805;

b) ber Debit aus ben vier Jahren 1811 und 1816 bis 1818;

c) daß der bei Bergleichung des Durchschnitts diefer beiden Normal-Berioden fich etwa ergebende Ausfall ohne Schuld des Berechtigten und nicht durch Mangel an Thatigfeit, Industrie und Gute des Fabrifats herbeigeführt, sondern lediglich als unmittelbare Folge der Aushebung des Zwaugserechts anzusehn sei.

Der Beweis des Ausfalls am Ertrage foll durch genau geführte Bucher in beren Ermangelung aber durch andere Beweismittel, mit Ausnahme der Gides Delation geführt werden. Die Entschädigung für einen solchen Ausfall trägt der Fissus allein. Demgemäß find denn in den gesehlich begründeten Fällen Entschligungen gewährt worden, beren Ertrag nach angestellter Ermitteslung für die Provinzen Bommern, Schlesten, Brandenburg, einen Theil von Bestpreußen und Sachsen, fich auf mehr als 1,800,000 Athlie. belaufen hat.

Die Rlagen der Mublenbesitzer wurden hierdurch jedoch nicht beseitigt; sie kanden sich besonders darin beschwert, daß, abgesehen von der Schwierigkeit des gesesslichen Nachweises über erlittene Ausfälle, das Entstehen neuer Mublen mehr und mehr ihre Einnahmen schwäche und ihren Nachrungsstand bedrohe, daß die aus der Ansbebung der Zwangsund Bannrechte entstehenden Nachtheile vielsach erst nach Ablauf der Bormaljahte bervergetreren seien. Auch Seitens verschliedener Provinzischstände der alteren Provinzen war die Beschränkung von Rühlenanlagen in Antrag gebracht worden.

Es erging baber für die Landestheile, in benen bas Ebift vom 2. Oftober 1810 Geltung hatte, Die Allerhochfte Ordre vom 23. Otto-

1826 (Gefet - Sammlung Seite 108.), welche fefffette:

bag die Landes - Polizeibehörde ben Bau und die Beranderung einer jeden Mubbe, die nicht auf das eigne Bedürfnig des Eigenthümers berfelben, es fel ein Gutsherr, eine Rorporation ober eine Gemeinde, besthränft, sondern gleichzeitig oder ausschließlich auf fremde Mahlgafte berechnet ist, zu versagen befugt und verpflichtet sein soll, wenn die vor der Ertheilung der Genehmigung jesterzeit zu veranlaffende polizeiliche Ermittelung ergiebt, daß die in der Gegend schon vorhandenen Mublen hinreichen, um das Bedürfnif der Anwohner vollständig zu beftiedigen.

Ohne ben bestehenden Mublen ein Zwangerecht ober ein Ansichliefungerecht anderer Gewewerbetreibender beizulegen, follte hierdurch einer ben Rahrungeftand ber Bester ber vorhandenen Mublen bedrobenden Konfurrenz bis babin ein Biel gesett werden, wo die Gewerbe-Gefetge-

bang bie Berhaltniffe allgemein geordnet haben wurde.

- 😘 😘 Im : Profibergegthum : Polen End burth das Geseh bom 13. Mai 1833 (Gefeh - Sammlung Seite 59.), alle Damale noch bestebenben Amange und Bannrechte aufgehoben, binfichtlich ber Leiftung ber Enticabigung aber Die Bestimmungen ber Berordnung bom 15. Geptems ben 1848 auch auf Bofen für anwendbar erflart worden, mit ber Maag-.ale feboch, bağ bafelbft gur Begrundung einer Entschädigunge Forberama ber Debit que ben beiben Berioden von 1816 bis 1825, und von 1834 bis 1837 nachgewiefen ift, und ber Bemeis bes Richtvorbanbenfeine einer Berschuldung auf seiner Seite von den Berechtigien nicht verlangt wird.
- 2.4. In ben ehemals fachsichen Landestheilen einschließlich ber beiben Laufite gelten bie fachfifchen Generale vom 8. Marg 1811 und 12. Auguft 1812, Letteres für Die Oberlaufit. Man legte Unfangs biefe Berverbnungen babin aus, bag fle feine, Die Erörterung ber Beburfnigfrage nicht allgemein anordnenben Borfdriften enthielten, und erachtete De bereits oben suh 1. angeführte Worfchrift bes S. 242, Tit. 15. Theil M. Migemeinen Landrechts, ba bas Landrecht nur eine substbiare Rechtsquelle bilbe, für nicht anwendbar. Durch eine an ben Finangmis infen garichtete Allerhochfte Ordre vom 30. Juni 1823 marb blefe Anber Beburfniffrage eintreten muffe, infofern Die Unlage nicht blos für bas' eigene Bedurfnig bestimmt, fei, ober bei Unlegung bon Dublen von Seiten eines Natrimonial : Gerichtsberen, fofern barauf noch anderes Geman, als das feiner Berichts-Eingeseffenen, gefordert werden folle. - 3 In folgenden Theilen der Monarchie blieben die Bivange und

Bandrechte bon der Gefetgebung unberührt: im ben, ehemals naffquischen Sanbestheilen auf bem rechten Rheinufer

ing bee Regierungebegirte Cobleng, Angber: Stadt Weglar mit ihrem Gebiete,

: in ben ehemals jum Großberjogthum Beffen geborigen Landestheilen, Beitigenfteine Bergogthum Weftphalen und ben Graffchaften Wittgenftein-3 . Bittgenftein und Bittgenftein - Berleburg,

: in im Burftenthum Erfurt,

.in Reu + Borpommern.

... hiernach mor alfo bei ber Anlegung von Mablmublen bie Erortemeng ber Beburfniffrage nach ben Beftimmungen ber Allerhochften Orbre bom 23. Oftoben 1826 und ber Borichrift bes S. 242. Sit. 15. Theil ... Des Allgemeinen gandrechts - beren Inhalt im Wefentlichen mit einander übereinstimmt - in ber gangen Monarchie erforderlich, mit - Motelitius:

ber Landestheile auf bem Unten Rheinufer,

-i.o b) berjenigen auf bem rechten Rheinufer, in welchen bas Allgemeine weiß Banbrecht nicht Gesebeffraft bat,: net, c), pon Reu - Borpommern, und

d) von Oftpreugen, Litthauen, Ermeland und bem Marlenwerbering grap Mich Rreife. "ige:" Go ergiebt fich bieraus, bag bie Gefege in Bezug auf bas Mublen-

womefen propingiell fehr verichieben maren, bag bie Gefengebung in ben einzelnen Landestheilen wefentlich, jedoch nicht gleichmäßig, in Die frubewer Berhaltniffe eingegriffen und folde mannigfach umgeftaltet bat, bag of the first the contraction of the contraction of the contraction of the

inlinentien berei Muften iften in interent in interested i

'tet borben.

And bas Enficielungs Geleh vom 17. Januar 1845 gin Allgeineinen Groerbei Orbnang gewährt Sitischliung far bie Alfreitung
ber bis buhin nicht in Vingelnen Eknwerdilen biffandenen Baungs.
Bann ind Gewerbe Ekkluftvrechte. Es find laus ber Staatsloffe du
bergleichen Entstadigungen in Folge fenes Gefesel 160 feht enwa 200000
Rthfr. gezahlt worben.

Rible, gezahlt worben. Gurftellfichg bie Erbrierung in Betreff bes Antrage ju A. Die Antregung wierer Mullen einer Bofdpanting gu

untetwerfen, gefnupft werben.

Die Frane fiber Einführung ober Auffechtheitung einer Avoterung bes Bebutthiffet bei Anligung neuer Miffen ift bei Besaltung über Die Migeneine Generbe - Orbhung in "eliftibe Erwählung gegen. Die Brillibe, aus benen man fich gegen eine folder legistatte Ausbutgel ber- Alart, bat. And im Befentlitten foldenbe:

there hat, sind seine Befeintlichen soldende:

a) die Ermistelung, ob das Bedürsnis eine neue Modienunge ver pie Erweiterung einer vorhandenen gestate, ist nach ben genachten ein Erfahrungen mit unäbersteigsteben Schwierigsteben verstunden, welche eine gerechte Aussistung ulistogstel inderen. Die Fallenung, welche eine gerechte Aussistung bestehen vornäulich in der bestehen. Die fleiter ausgistleiven Bedürteng bestehen vordäusen. Die Fallenung ber vordärdenen Bahleten anderentels. Für beide fehlt es an genügendem Anlag. Ihne die sacher köhnigen Gegenünderstellungen Anlag. Ihne bei kader köhnigen Erwind den gegründerstellungen Anlag. Ihne beitestellungen seinen Brüsellungen Anlag. Ihne Beitestellungen seinen Brüsellungen bei Bedürfe für kine infeie Beitestellungen bei Der größen Beitellungen bei Beitellungen beitellungen beitellungen bei Beitellungen beitellungen bei Beitellungen eines Umstellungen, sie beiten an ein genachte bei ben beitellungen Bullifun, siele bei ben bis beitellungen beitellungen eine Bullifungen beitellungen beitellungen eine Bullifungen beitellungen beitellungen eine Bullifungen beitellungen bei beite beitellungen beitellun

b) ba bie Erörterung ber Bedürfnißfrage, wenn fie nichtilitisselfich
fein foll, auch bet Bermebeingubber Berbeffetung ber Beittleberafte ber borbanbeiteil Millen eintreten mas proto wied baburch die Berbefferung ber Milhlen und ber Fortweiterber Indufrie zum Nachtheile ber Konfunienten viele ber Bullert felbst,
gehemmt;

p) bie zum eigenen Bedarf der Unternehmer errichteten Michlen, auf welchen nicht um Lohn genädlen wird; untektigen der Erbrterung bes Bedirfniffes nicht. Es entfländen Anllegen welche, nedwohl iff nicht für die Konfunktien viel Mittel betrest fereistetem bewicht bei darig ben Derffandel nach entfetnikten Deten einer oft tell voerutende, weithin fühlbare Konfurrenz begründeten. Hierdurch wurde

bas Gefet leicht umgangen, ber 3wed, welcher ber Erörterung . both Bebliefuffes gudt Belitive Tagy bereitelt, bie mit bent Berfab-" Trun iberbandenen ABdierungen Gueb Roften finden baber mit bem endlichen Erfolge nicht in Berhältniß; Trin 1 Feb 30 · de beit Biebeneinfligeung ber Bebieftitf- Erorterung burch bie Aller-! Hodiffe Debte wom 25.7 Ottober 1826 ing bie Abflutt gum Gruntbe, "Benfenigen - Mitfienbeftgern Schutf gu gewähren, mit beren Biblen vintichber Mafigmangovechte imerbunben gemefen barien ;" für beren Aufhebung fie gar nicht, ober boch nicht vollftanbig unischabigt ull mobbeng port midichermit expellitheil Grundubgaben Belaftet maren. 100 toll ICo wurde Dager nicht gerechtfertigtt fein? für biejenigen Dublenanlagen Schutz ju gemähren, wellhe eift in Bolie ber eingeführten Gewebefteiheit, winfief, in beet alten Probingen ber Monarchie "Feib bent Sabre 1810, und in betijenigen; in toelchen eine Beitlung i bleifremobereilme Gefeinebungligeiherticht hatte, felt Einfahrung Thei Leftrentrebiffianben find. auf ihr die Greine bereit ibert 1997 DienUnternehmernobet Etwerber von bergleichen Mühlenanlagen auf die michten ible Folgen feiner Konkutreng erwogen haben ; welche fit nuch ber bestehendem Berfuffungogn verwätten butten? bei den bei bei beiten? 12 19 Gord fo wenig Winden biojenigen Dableniauf einen erneuten Schut Mufreilich unlicheite follftanohi entiffellohren Berluft ber früheren im Mabighangebechte bollftanohi entiftitoheler wieben find; aber in Ermangetiling" dintel Schaven = Ruchweifes felne Griffchabigung Beenbilteri egirid inemicko blieh Rermöchtenmund genichten !! : mer. m Doffetbeligite von ben Domainen-Mublen, benen nut Rudficht 19. aufrible Minfebing bes Mabigoanges ebe entfpredenber Wilagi ibit wes an't ben i Bolnattien - Fistus auf entefthienben Grundabgaben gu gener Beitel i. I bemegribeiten band Globnen "notellegenbatthaterten and Der Millerhochften Orbre vom 23. Oftober 1826 aber aft nur Barafferfieines Brevifivitunis beine julent ben llebergang ange einer volliger Freigebung ju vermitteln, and bag bie Beis ge-Erfahrung, infofern mad bent fatifilicen Comitwiungenilin ben I ruellbiefe inge pent Moulmen Bcheffen unte Brantenblery, ind idle if if Antigen den fer in bei er ebenfi Lair Dfrobet Geltung hatte, gegenliber fier Bultiffite in bee Robinpedung into fit Dipretigen paso freie Konbratteng befande fi thenty werteilebelt mier. annucht Mabigingen berechtubi; unferichtibilate, Bemtederung im bentrabethitititelbitatrilis. Ent find unfift Britisben Billy note : 1000 r. 1035, hat have min in ifi ther Michigen proving mier 1000: 1040, argininam in Dfthetiffeiffino Die Beblierume Werhaltniffe eine etwas groangenommen sirii webbedis foetin' nicht titt attigemeinten bab ilivere Giftent ber mogur der indien gleichte fein ber geften Berbete Berbeit beger ben gewertlichen Gewinns wieder aufgenommen wird; eine Ausnahme bei biefem Gewerbe if aber us sneinflide for einen bei ba fich in manchen Landelle in metr, in eine bei bie bei begat in begd einte Mügen vorfenden, methen

erwarten fiebt, daß dem Publifum das erfte und nothwendigfte aller Lebendbedürfniffe, das Brod, dadunch wohlfeiler und beffer beschafft wird.

Aus diefen Grunden entichted man fich bei Erlag ber Allgenteinen Gewerbe. Ordnung dafür, von einer Erdrerung bes Bedürfniffes bei Anlegung neuer Mühlen abzustehen, dagegen für die Landestheile, in benen der Rablzwang erft jest aufgehoben wurde, Entschädigung zu gemähren.

Diese Grunde sprechen, so bellagenswerth die Lage wander Müller burch Die eingetretene Konfurrenz geworden fein mag, in der That über-

: wiegend gegen befchrantenbe Maagregeln.

Den Augaben über die erbehliche Junahme ber Mühlen in Schlefien feit dem Erscheinen der Allgemeinen Gewerbe-Ordnung fann ein entscheidendes Gewicht nicht beigelegt werden, wenn andererfeits in Betracht gezogen wird, daß seit dem Erlaß ber Allerhöchsten Ordre vom 23. Oftober 1826 bis zum Jahre 1844 beispielsweise in Oberschleften die Rabigange sich nur um 6 / Procent vermehrt hatten, während die

Bevolferung bafelbft um 56 Brocent gemachien jrat.

Die ermähnte neuerlich eingetreiene ethebliche Bunahme ber Mahlengange in Schleften fann hiernach auch wohl barin ihre Ertlärung finden, daß mahrend der Geltung ber Ordre vam 23. Oftober 1826 die Bermebrung der Mablfrafte hinter dem Steigen der Bevölferungen unverhältninänäfig zuruckgeblieben war. Bermöchte man; genigende Rormen für einen Schutz gegen übermäßige Konfurrenz zu ermitteln, welche eine gerechte Anwendung verbürgen könnten, so wörden damit auf der anderen Seite zugleich Waaftregeln zur Sicherstellung des Aublifums gegen Willfür, Uebervortbeilung und Chifanen der Müller verbunden werden muffen, deren Durchführung wicht geringe Rebenken darbietet. Jedenfalls würde über ein Schutzfiem zu Gunften der Rüblenbeftiger zur in Verbindung mit der Erörterung und Festkellung der Grundbate Beschluft werden können, welche für die gewarblichen Verhältnisse im Allgemeinen maaßgebend werden sollen.

3ft hiernach die Einführung ber Bedürfniß-Erörterung bei neuen -Mühlenanlagen nicht in Aussicht zu nehmen, so fann ben Beschwerden ber Mühlenbesiger, ihrem zu B. gebachten Antrage gemäß, nur burch Erleichterung in den auf ihren Grundfluden haftenden Laften Abhülfe geschaft werden. Gierkei ift zuwähle bas Antrages au gebonten.

geschafft werden. Gierbei ift junachst des Annages zu gedenlen:

"ber Staat moge die Abgabe burch Abfindung ber Bekechtigten beseitigen und bas barauf zu verwendende Kapital von den Ruhlenbestgern burch Erhöhung der Gewerbestestung aller Rublen, unter Geranziehung auch der für bast eigene Bourfnig bestimmten bisber gewerbesteuenfreien Michen nach und nach wieder einziehen."

Abgeseben sindessen davon, daß der Stagtstaffe bei den mannigfaden Anfpruchen und gestelgenten Ausgaben ein derartiger Aufwand zur Beit nicht zugemuthet werden kann, welcheren algelich als. Appidus bezerichnet, bennoch voraussichtlich nicht unerhebliche Opfer erheifden wurde, fteben einem solchen Vorschlage auch nicht andere überwiegende Bedenken entgegen.

Die Bertheilung ber gufzuhringenden Beitrage wurde, mit großen Weiterungen verbunden fein, ba fich in manchen Landestheilen mehr, in manchen weniger mit Abgaben beschwerte Mublen vorfinden, mithin

bie Grengen fur bie zu Beitragen verpflichteten Anlagen fcwer zu beftim-

Bur bie Befiger ber auf ben eigenen Bebarf beidrantten Rublen, beren Anlegung fcon nach ber Borfcbrift bes Allgemeinen Lanbrechts (\$. 242. Tit. 15. Th. 11.) einem Jeden freiftanb, wurde ein ihnen aufquerlegender Beitrag, ba fie ein fleuerhares Gewerbe nicht betreiben, ben Chorafter einer Bermogenoftoner ju Gunften einer einzelnen Klaffe von Gewerhetreibenben anvehmen, und jene Befther murben bagegen mit vollem Rechte eben fo lebhaft protestiren, wie Diejenigen Gewerbetreibenben, beren Rublenamlagen zwar nicht mit Abgaben, bagegen aber mit fcmewen Baulaften und mit Schulden behaftet find, welche in vielen gallen ungleich größere Opfer bedingen tonnen, als Die Aufbringung ber Abgaben mander Dublen. Erwägt man, bag, wenn auch eine namhafte Ungahl her Rublenbefiger wegen verhaltnifmaßig bober Abgaben fich in bedrange ber Bage befinden mag, andgerefeits auch bie Babl berer nicht gering ift, welche gegenuber ben auf ibren Grundfluden haftenben Abgaben, ibeile ertragreiche Landerelen, theils Bafferfrafte von hobem Werthe befigen, pher burch die Berpflichtung bes Abgabe, Berechtigten ber foftbaren Baulaften überhoben find, fo leuchtet es ein, wie wenig es mit ber Gerechsigfeit, tepträglich ware, bie Beffper berartiger Rüblen bon ihren Abgaben ju befreien und auf Untoften ihrer vielfach fchwerer belafteter Gewerhes genoffen zu bereichern.

Dazu konimt, bag für die Aushehung der Zwangs und Bannrechte, welche mahrend ibres Bestehens einen zur Tragung ber Abgaben hinreischen Gewinn sicherten, bedeutende Enischadigungen gewährt sind, daß die gegehlten Kapitalien bei einer nomhasten Anzahl von Mühlen hingereicht haben murben, die auf Lesteren hastenden Abgaben ganz ober wenn gewöhrt zu kundigen, mithin jeden Grund der Bestwerde fellt, wenn die Bestwerde fich mit den gepährten Ritteln eine Gestellt, wenn die Bestwer zu verschaffen, solche anderweit in ihren Rugen

bermen beten.

Unmonlich tonnen in folden Fallen ber Staatstaffe ober ben übrigen- Gewerbegenoffen nochnigts Opfer angelonnen werben.

Abgefeben bon anderen extremen Borfchlagen geben bemnacht biel-

fache Antrage babin:

"eine Ermäßigung ber auf ben alteren Mublen haftenben Abgaben und Leiftungen, welche ben Befthem jest bie Konturrenz mit neuen weniger belafteten Mublen unmöglich machen, eintreten ju

Jagen."

Ja welcher Art piese Ermäßigung berbeizuführen fein mochte, barner find bie Betheiligten wesentlich von einander verschieden. Mehrseitige Abrichläge geben babin, die Werthe der auf den Müblengrundhuden haftenden Abgaben und Leiftungen mit denen der Gegenleiftungen
her Berechtigten zu vergleichen, Erstere insweit, als sie durch Letztere aufgewogen werden, aufrecht zu erhalten, soweit aber der Werth der Abgaben und Leistungen die Gegenleiftungen übersteigt, Erstere entweder ganz
aber theilweise aufzuheben. In dieser Beziehung weichen die Vorschläge
wiedernm von einander ab, indem hald der Wegfall bes ganzen überschleftenden Werthe der Abgaben und Leistungen, bald der Wegfall zur
Sälfte, bald zu zwei Dritttheilen, letzterenfalls in der Weise beantragt
wird, daß ben Rühlenbesitzern ein Dritttheil verbleibt, ein Drittheil ohne

Entichabigung fortfallt, fur bas noch übrige Dritttbell aber bem Bendrigten eine Entichabigung aus ber Stanistaffe gemabn Werten und

Man jucht biefe Borichlage barauf ju grunden, bag ber Bellichten ber Rublen nach Cinfubrung ber Gewerbefreibeit und nach Ablebung ber ibnen früher juffandigen Befugniffs eines redtlichen Stantel einfere ben, und bis biefelben nach bem Gewerbefteuer. Ebiff eines auftrige eines ber bei ber befelben nach bem Gewerbefteuer.

batten werben tonnten.
"In biefer Beziehung ift zuvörderft binfichtlich ber auf ben Mitter baftenben Abgaben führer bie battaf befügniore Gefese und bertig Abg. führenbes zu benierten:

Aufening Folgendes ju bemerken: "Tier all gemeinen Gewerbestener von 2. Robenber 1810 (Gefeht Sammilung Gefre 30.) Aflichtlich in 3.70.

alle hisherigen Abgaben von den Gewerben, infofern fie die Berechtigung jum Betriebe berfelben betreffen, all? Rongeffiele gelb, Nahrungsgelv bon fataftritten Stellen, bor anter weller Benehmung fie fonft bortommen, fie mehren alffahrlich soll in mill führ allemal? an Anfere Raffen, Ranntereien boet Grube. Herren entrichtet merben, boren mit Einfahrung bet Genether fierer auf,

und in Mebriefuffimmung damit verordnete bas Gefet über bie Mittigtuit bes Abhabenwefens' tom 30. Mai 1820 & 9. (Gefen Budinlung Seite 136.):

lung Seite 136.):

Daß gegen Entrichtung ber barin festgeseten Genern alle bishegen nicht barunter begriffenen Abgaben nauchtstag (bub B. S.)

Gummtliche Gewerbe Bud Bullatter und Robinsteil Bisheben ielt bem 1. Jahnat 1813 infeber berei eine Ernerbeiterte Libe

Desthellen bis vahlie erhoben worden, dufhoten Puleula tener Go entflanden for bald nach Ben Crickeineie bes Edites "Man 22. November 1810 über beffeit! Anwendung Brozeft? fluidentief in Schleften, woselbst von bieleit Gründstätet Angebrek envendeter bieben, beren Bezeichnung als Gewerbe-, Schant-, Weber-, Angelichnung als Gewerbe-, Schant-, Weber-, Angelichten berichteter bereichte bei bereichte bei bereichte besteht bei bereichte besteht bei besteht bei bereichte besteht bei beiter bereichte besteht bei besteht bei besteht bei besteht bei beiter betreichte beiter beiter beiter besteht bei beiter bei

Die Bermidelungen schienen baburch eher gemehrt als gemindert.
Das Geheime Oberfribunal bemerkte in bem von ihm abgegebenen Gutachten, daß weber die Worte bes Geseges, noch die Ungewisheit über bie harafteristlichen Kennzeichen einer Grundabgabe die Entscheitung weifelbaft mache, sondern die Ungewisheit über die Natur der Abgabe selbst, ob diese nämlich für die Erlaubnis zum Gewerbebetriebe entricket worden ober nicht. Dennoch hielt man es bei den auffallenden Berichledenheiten der Grundstage in den richterlichen Entscheidungen für ein Bedurfnis, durch eine gesenliche Deflaration gewisse Merkmale und Rechtsvermuthungen sestzue, nach denen darübet entschied werden könne, ob vergleichen mit Grundsesse von derburdene Abgaben sur gewerden feine ob vergleichen mit Grundbesse verbundene Abgaben sur gewerden ihre zu achten seien oder nicht.

-per finite peridiktigung bes von bem. Geheimen Ofgetelbungt bei fel-

Daß für Grundabgaben folche Abgaben ,ju grachten welche auf ben, enerichtet, merben, mufften, er, moge bas Seurerbe, zu welchem

bas Grundfict, beflimmt fei, betreiben, aber nicht,

rarging bemnacht, bie Deflaration, pom. 19. Fehruge 1832 (Gefeb Samm-Jang Seite 64.) — flebe Beiloge — auf beren Inhalt im 5. 3. ber Migemeinen : Gemerbe - Ordnung ipam 17. Januar 1845, als für alle Bandestheite manigebend, perwiesen wonden ift.

Die Benblenbefiger bermeinen gun, bag bie Beftimmungen im S. 1.

Diefer Deffaration, wanach:

Abgaben, melde hon bebem Beffer bes Grundfiffe entrichfet + merben, mallen, .. fa mage bas Gewerbe, welchem es beffinnt ift, betrieben werben ober nicht, nicht gu ben aufgehopenen gewerbit den Abgaben gebören,

s instafon bene bie Barfcheift bes, S. 2.

introffe, bas Erftere, permuthet werde,

Sabre Rage mefentlich berichlimmert babe. Gie verlangen baber einestheils neine Befeitigung biefer Deflaration, anderentheils juchen fie gu motiviren, naf bie oben erwähnten Autrage auf Aufhebung ber Reallaften auch anf biejenigen Grundftude Unwendung finden mußten, in Betreff beren abe Abgaben und Leiftungen bereits burch rechtsfraftige Ertenntniffe ober m Wertrage feftgeftellt feien , indem auf Diefe Belljegungen jene ihnen nach--cherligen beflaratorifden Beftimmungen, mitgewirft batten.

ni Go fann nicht barauf anfommen, alle einzelnen bon ben Betbeiligsites musgegangenen Borichlage einer naberen Grörterung ju unterzieben. mei Dur Diefenigen Untrage, icheinen, einer Beleuchtung ju bedurfen,

- melbe barauf gerichtet find:

1. dem Begriff ber gewerblichen Abgaben anberweit gesetlich feftgumoftellen und baburch eine Ermagigung ber auf ben Dublengrund-

fruden baftenben Reallaften berbeiguführen.

Soweit bierbei Die Abficht babin geht, an Stelle ber fruber ebenrettell für bad Barbandenfein, einer Grundabgabe aufgeffellten Rechienotermuthung die Brafumtion einer die Berechtigung gum Gewerbebetrieb ni betreffenden Abgabe treten zu laffen, fteben einem folden Berlangen eben chibie Grunde entgegen, welche fur Die Mufbebung ber beflaratorifden Beni dimmungen ber Berordnung bom 19. Februar 1832, prechen; es wurde findestit ber Grundfat, ber Gleichheit por bem Bejebe mieber auf anbere - i Botie iberlegt ivergen.

этэ Golfann aben nuch üherhaupt "nicht gehafft, methen, burch eine De-

eriBeredion bie Speingfeiten barüber:

n ehri Mible prästationen, woch beng Borfcriften bes \$ 30. hes nicht beng Beit ben 1819, und \$ 3, bet Generoe Debert gung pour 187, Sannag 1845, aufgehohen fint gode, uicht,

sodaubinine, gerechte Weifer zu festeltigen.

nedensteine der Kieden bastelle gestellte Derieften ben den bentellten ben bentellten ben bentellten 1932 in den der bentellten 1932 in den der bentellten ben bentellte bentellten bentellte bentel

gaben, welche bie Berechtigung jum Betriebe bes Gewerbes beirefin, an fich vollfommen beutlich. Die Schwierigfeit beruht nur in bet Auwendung bes Gefeges auf die fpeciellen Falle, well die thatfachliche Grundlage für die Beurtheilung, ob die Abgabe die Berechtigung jum Beniche bes Gewerbes betrifft ober nicht, felten bewiefen werben fann.

Die Berordnung vom 19. Kannar 1882 hatte die Borficht gebraucht, bu S. 1. ein Ariterium aufzustellen, in bessen Gemangelung erst bie in S. 2. bezeichnete Rechtsvermuthung Blat greisen sollte. Diese Anstunftsmittel hat sich aber als undraftisch gezeigt, indem die Erstigung pielmehr gelehrt hat, daß der Beweis über das Borhandensein der Ariberiums eben so schwierig zu fähren war, als der Beweis dasse, daß die Abgabe die Berechtigung zum Betriebe des Gewerbes betreffe.

bie Abgabe bie Berechtigung jum Betriebe bed Gewerbes betreffe. Die Besiftellung von Thatsachen kann nur ber richterfichen Thatige-Leit liberlaffen bleiben; fie barf nicht jum Gegenftande ber Gefegebung

gemacht werben.

Benn ber Borfchlag aber ben Bwed hat, anfnutfend an bie Be-"Rimmungen bes S. 30. bes Ebifts vom 2. Rovember 1810 und bet 3. Der Bemerbe-Ordnung rom 17. Januar 1845, betreffent bie Aufbebung ber Abgaben, welche fur ble Berechtigung jum Geweitbebetriebe entrichtet warben, biefe Gefete babin zu beflariren, baf burd folde alle Diejenigen Dublenabgaben haben befeitigt merben follen, melde nicht als "Acquiralent für bie bas belaftete Rublengrunbfluct bilbenben Realitäten . angufeben, fonbern als aus ber Rudficht auf ben traftibeinlichen Eritag bee auf ber Duble gu betreibenden Gewerbes bervorgegangen gu beitade ten feien, fo empfiehlt fich eine folde Maagnahme meber aus ben Co fichtspunkte ber Gerechtigfeit, noch aus bem ber Bredmagigfite, benn gine begartige Auslegung bes Begriffe: Abgaben, welche für bie Berredine Derarige Austegung ver ergeiffe, angung, balt fich nicht in ben tigung jum Gewerbebetriebe entrichtet werben, balt fich nicht in ben "Grengen ber bisberigen Gefengebung, fonbern unterftellt benfelben ging neu eine Reihe bon Abgaben, welche nach jenen Gefeten batte niemals gebort baben, vielmehr ungweifelhaft gu Recht befteben. Die Raffente Aber marben alfo baburch nicht allein von einer Raft Befreit merben, welche ihnen bie Gefete bon 1810 und 1845 abgenommen tuben, fonbern es murben baburch Abgaben, auf welche fich jene: Gefete gar nicht bezogen, nämlich folche, welche ber Rückficht auf ben mitthaaflichen Betrag bes Gewerbes ihre Entftehung verbanten , neuerbings aufgideben merben. Auch wurde die bierin liegende Verletung für Die Weledigten insofern feine gleichmäßige fein, als biefe in beitenigen Lanbestvellen, in welchen die Abgaben für die Berecktigung jem Gewerbeberteler bird.
5. 3. ber Gewerbe- Ordnung vom 17. Sanuar 1845 aufgehaben werden find, nach dem Enischäbigungs-Gesetze do. vodem für ihren Beiuf einen Erigs aus ber Staatstaffe erhalten, ein foltfiet abet ben Berich figten in ben übrigen Lanbestheilen nicht gu Theit murbe. I Andererfeits , wurde durch eine berartige Magfregel bet eigentliche Awed, bie aberbur Deten Muftenbefiger in praftationefabigent Stanbelful erbaltets, nicht er reicht, ba eine gesetzliche Deflaration Des Begriffs ber Absaben, welch für bie Berechtigung jum Gewerbebettiebe entrichtet werben; Gibftreben nur in benienigen Ballen von Einfluß fein konite; in wolchen nicht be reifes burch techelfaftiges Urtheil ober rechtsbeffanbiges Abstenmen und wherruffich fefigefiellt ft, daß fich unter ben Mubtenpelifarionen kint berartigen Abguben befinden. Dies ift aber ichon fir eine febricher. wiegelbe Bahl von Muflen, und, wie angenemmen werden tann, gerade für die vorzüglich belafteten geschehen, ba die bedrängte Lage ber Rühlenbester dieselben am meisten veranlaßt haben wird, eine Abburdung ihrer Lasten auf dem Rechtswege zu versuchen. Der Eintritt der huse wurde baher von dem zufälligen Umstande abbangig fein, ob die Frage über die gewerbliche Natur der Abgaben schon jum Austrage gebracht worden ist oder nicht, und der Nachlaß muthmaaßlich zum größeren Theil Muhlenbefiger betreffen, welche sich in einer weniger ungunstigen Lage besinden.

Aus der obigen Darstellung der Verhältniffe der Muhlenbester, wie aus den vorausgeschickten Eröterungen, ergeben sich die großen Schwiestigkeiten, in denen sich die Gesetzgebung besindet, indem sie es übernimmt; den Beschwerden der Mühlenbesiger gerecht zu werden. Sehr verschwieden Beschwerden der Mühlenbesiger gerecht zu werden. Sehr verschwischen magestisten und bemartige Sesetz haben in die Verhältnisse der Mühlen eingegtissen und wangeschaftet. Entschädigungen für die Ausschen des Mühlendigungen für die Ausschen des Mühlendigunges was sehr den der Bestgern gewährt und nach dem Entschädigunges was sehr den der Bestgern gewährt und nach dem Entschädigunges was singseltigkeit, welche an und für sich sinssellt als su jede einzelne Anlage individuell bestanden hat, ist durch bie Geschgebung noch erheblich rermehrt, und zeber anderweiten gesetzlichen Regullrung steht die Gesähr entgegen, die Betheiligten durchaus ungleich zu tressen.

Dies beftatigen auch bie Antrage und Borfchlage ber Bethelligten;

welche in fo auffallender Weife bon einander abweichen,

Es ift nicht zu verfennen, daß die Mühlenbefiger fich bielfach im einer sehr bedrängten Lage besinden und die Eristenz einer großen Institution beifelben durch die in ihrer Rabe entstandenen neuen Mühlenanlagen bes broht wied. Dahin gehören namentitch die Besiger von Wassemühlen mit geringen unregelmäßigen Wasserfräften, von Windomiblen, wenn biegeb best außer dem Grund und Boden des Rühlen-Etablissenents seine weiteren oder sehr geringe Ländereien besitzen, gleichwohl ihre Grundstäde mit bedow benden Abgaben belastet sind. Während sie seither in Folge der Bestränkung ber Konsurenz durch den Betrieb ihres Generbes noch ihren Umsterhalt fanden, gerathen sie, sobald der Betrag spres bibberigen Genevabetriebes durch neue Konsurernten geschmälert wird, in die Gesahr, nicht mehr bestehen und ihren Verpflichtungen nicht mehr genügen zu können.

Andereixseits darf indessen nicht unbeachter bleiben, daß devartigen Müllenbestern eine namhafte Anzahl anderer gegenüber steht, deren Etablissements die durch die Gewerbefreiheit entstandene Konkurrenz zu ime stehen sehr wohl im Stande sind, welche im Besty bedeutender Wasseriräfte, mitunter in Verdindung mit anderweiten exheblichen Erragonisater gunftigen Berhstunissen den Gewinn ihres Gewerbes zur Berweiter fommung ihrer Anlagen und zur Ablösung ihrer Keatlasten verwenden; ober sont in wohlangelegten Ersparnissen der Bergangenheit sich gendagender Mittel zum Fortbestehen gesichert haben, und das hinwiederum und andere, welche sich mit diesen in gleicher Lage besinden, jedoch den erreist dem Gewinn früherer Zeiten nicht in solcher Weise abere, im bie Bedrängnis der Gegenwart lediglich seibst durch ihre wenig vorsonzeliche Wirthichaft gerathen sind.

Immitten biefer fich barbietewben Schwierigfeiten bei einer Regulirung ber auf Dublengrundftuden haftenben Reallaften entscheibet fich ber vor

gelegte Befet - Entwurf bafur:

vangen, der SK. 1. und: 2. der Defferation van 19. Kobruer 1832 aufzuhoben und in Anfchluft an ben, ben Sammer if vorliegenden Gefet Entwurf über die Ablofung ber laften und bie thegulieung ber gutoberrlich banerlichen Berfiefte, miffe ben Rablenbollgern eine Erleichterung in ben beflebenben, Meallaften: ju gewähren, welche gerignet ift, fie im praftationelle.

ligen Ctanba gu erhalten,

Dialoich im Allgemeinen ber Grundfag nicht anzuerfennen ift, baff prbotreibender für die Rachtheile, welche ihnen in Folge der Gemerbeit durch die Apulurrenten erwachsen, auf eine Entschädigung Ang h haben, fo befinden fich die Mühlenboffger bach in ber eigent n. Lager, welche eine besophene Berudfichtjaung rechtferigt. Dies ift bom ber bisherigen: Gefengebung anerfannt, die Entschädigung, meld n Millenhestuern bund bas Gefet bom 15. Oftober 1848 in Theil prinem ift. bat infofern feine genügende Gulfe gewährt; als die deme felhene m Grunde liegende Boransfennng:

daß, Die Radtheile für die gewerblichen Anlagen burch die Ron-

furreng in, ben Jahren 1811; bis 1818 herpargespeten feinn, hit parrifft, die Anlage neuen Mühlen vielmehr überwiegend in fratere item; fällt, hat der Staat ein wosentliches Interaffe,, daß; die Min befiber ben Laften, welche unter für fle gunftigeren Berhaltulffan übernominen with jest unerschwinglich geworden find, nicht erliegen, fo mussen diese Braftationem for meit verringert, werden, alk: exforderlich ist, un bas Mefteben, ber Befften ber belafteten Grundflicke; möglich zu muchen. ge ab gleichmäßig im Interesse der Berochtigten schlift, daß die ihmen pflichteten Milhtem im möffationskähigen Stande bleiben, so ift siese enablemma ber ihnem guftebenden Leiftungen ohne Entichabigung aus itaatsmitteln genethtfertigt.

Dies vorausgeschicht, findet fich zu ban einzelnen Bestimmungen, best

Entropris win nach Folgen bes zu hementen :.

- Rach der abigen Darstellung des Campes und Zuffandes der Gen inger buren im Betreff ben Berhältniffe ber Mublenboffber liege bas Men fach, aine Nagulirung der Mühlenabgaben fün die auf dem link minufer helogenon Loubesthelfe vorzunohmen, oben je manig vor, e ich hinfichtlich: ber Ablafung ber Roallaffen im Allganginen ber hi, und ebanfo wie der diele Abloftung betreffende Gefate Chutypust die achten Lanbestheile ausfchließt, ift bies fax ben gegenwärtigen Ente

marf.genechtfentige.

Au & 1. Wanngleich bas Bewicht ber gefehlichen Beftimmung den SS. d. neud 2. der Deklaration som 19, Februge 1832 auf die nicht hete Enticheidungen Soltens ber Mühlanbeffgep weifech überschaft tworben mochte tabem Die ben Rublen bofigern nachtheiligen Enticheihung en woold häufig nicht sowohl gerade durch die Restimmungen der Por matian wone 10. Sebraan 1832 berbeigeführt, nielmehr auch Die Dafang deren Berhaltniffe bes einzelnen Bolles babei entscheibend gewesen Ande. in mag duch andererseits nicht verfannt werden, bag het den Mahlane grundfüden, ba bie Werteifungs-Urfunden bie Abgaben und Reifungen im Gangen feftzuftellen pflegen, ohne bie Rudficht auf ben Betrieb bes Bemathes besonders henvarzuheben, jene Beffinmungen im Allgemeinen ben Aben beuflichtigen gum Rachtheile gereichen. Um baber bei bem feinem Theile zu verschränkenben Rachweise,

Bilg thie Mahine für! pen Geiberterfter enrunde werde, ober

bie Rathu einer Grunbabgate babe, ben Erprierungen und ber Beurtbeilung wollfoniniene Freiheit an gemabran, alle biefenigen Thatforben in Betracht gu gleben, welche nach ber Eigenthumlichfrit. Des Falles und Der öntlichen Umftande gooigget fein thangit einen Schluß auft bie Ratur ber Abgabe ju begelinden; find im fin 11. bee' Entroirefe' bie betreffenben Beftunmingent ber Besodinung bom 19 Freing: 1832 aufer Kraft gefest. Dies muste auch fie bie Falle geworte, in beuch nach f. 3. Der Gewerbe: Dronung vom 17. Januar 1843 auf jene Berordnung, welche baselbst in Bezug genommen wird, gurudingeben, ift.

An me erfien g. 1. Die Berondnung pom: 19. Februng: 1832 lanteba

Bir Friedrich Bilbelm, von Gottes Gnaben, Ronig von Breugen ze. Die Berschiebenheit ber Anfichten, welche über bie Ratur grundherrlicher Abgaben bei Antivenbung bes §. 30! bes Stwerbefteier- Gefeheb vom 2 Rockms ber 1999 Kentfindet, erforbert jur Beseitigung der daburch entürhenten Ungewiß-heit der Rechte jud zur Verhütung von Prozessen eine nabere Bestimmung, wes-talb Wir auf den Antrag Unseres Staats Ministeriums, nach erfordertem Gut-aufen unseres Staatsrafts, verorbiten:

B. L. Abgaden, welche auf einem Grundflicke faften und von febent Ber beffelbelt entrutet werven milffen, es moge bas Geneene, an welchen bied Grundflich befrinnt ift, betrleben voeren ober nicht, gehoren nicht me bent Abel

gaben von Gewerben, welche nach §. 30. des Gewerbesteuer- Getebes nom: A. Nosnembest 19:10 mit Einsührung der Gewerbesteuer aufören sollen.

§. 2. Wenn dei einer mit Grundbesig vertnupsten Abgabe nicht angusmittelie, ist, ob sie eine Grundbagabe set, oder ob sie die Berechtigung zum Betriebe des Gewerbes betreite, so wird das Erstere vermuthet.

§. 3. If eine Abgabe gemischer Natur, so das sie sich theite auf dem
Fründbeste, freite auf einer Gruedbestebenteb bezieht, so besteht die Absondbestung
bei intigentier Entigung der Interestenten dem richterlichen Ernestellen. bat ber Grundherr wegen einer folden ju theilenben Abgabe Gegentelfting

an den Rigadenfliftsigen gehabt, fo folken bei der Absonderung dies Gegenleisftungen beränflichtet werden.

3. 4. 34 einem über die Natur der Abgade entstehenden Brozesse soll, wenn der Verpflichtete von der fernezen Leisting bertelben, ale einer Gewerbes Abgade, gutbunden wird, auf den Argade nicht vor und Einleitung bee Norestes auf den Bektingsten eine Gestallte und der Abgade und der Gestallte werden, es muste dem

ven vereinigten eine geterneten Aggabe nicht errätht wethen; es mußte benn die Zahung entweder mit Vordehalt ober in Volgs einer durch Moderpunch gestelt Veryflichtung werdnlaften Exelution geleitet vor den feit Vordungten verdiebeitet vor den feitenischen S. 5. In den seit Verfündigung des Geleges vom A. Novembet 1810 über ist in Abe Arbeitenden: Nogaben ergangenen, rechtstätigten Extennynissen, imgleichen in den darüber seit jener Zeit unter den Betheiligten getroftenen rechtsgülzigen Absammen mird durch die gegenwärtige Verofdung nichts geändert. Artindlich unter Unserer Hochsteigenhündigen Unterstützt und belgedetisten Königl. Justehel.

Gegeben Verffit, den 19. Febenar 1832:

(883.) Projedvith Wilhelms. 🛷 (ger.) Caft, Øeribg bon Mettenburg. Beglaubigt :

Anmerkung 2. Der & 60. Des Epitte vom 2. Arwember 1810 lautet, Alle bieherigen Abgaden von ben Gewerben, insofern fie die Berechtigung zum Netriebe berielben betreffen, als Concessionogeld, Nahrungstalle von latauriten Stellen, iber nittet toeligte Benennung fie souft vorreimenten, fie mogen angliefen, bet einem für Memat an Unser

Asten, Kammereien ober an Grundberren entrichtet werben, beren mit Einführung ber Gewerbesteuer auf. (Geset Sammlung Seite 86.) er § 3. der Gewerbes Ordnung vom 17. Januar 1845 lautet: Bordehaltlich der durch das Geset vom 30. Mai 1820 eingeführten Ges werbestener, werben ferner aufgehoben: Alle Abgaben, welche für ben Betrieb eines Gewerbes entrichtet werben, fowie die Berechtigungen, bers gleichen Abgaben aufzulegen. 3ft jeboch mit ber Gemerbeberechtigung das Mocht zur Untersagung ober Beschränkung des Betriebes eines flegen-ben Gewerbes verbunden, so muß die darauf ruhende ganze Abgabe bis zu bem Tage geleistet werden, an welchem der Betrieb dieses Gemerbes von einer Berfon begonnen wirb, gegen bie ber Biberfpruch gatte gel-tend gemacht werben konnen. Ob eine Abgabe zu ben aufgehobenen zu rechnen fei, ift in allen Landestheilen nach Inhalt ber Berordnung vom 19. Februar 1832 gu beurtheilen. (Gefet : Cammlung Seite 41.)

2. Bericht ber Agrar- und ber Gewerbe-Commiffion.

Das Mühlengewerbe erfreute fich in früherer Beit in allen Brobingen bes Staats eines besonderen Sounes, theils burch bie ben Dublen guftebenben 3mange - und Bannrechte, fraft beren bie Ginwohner eines gemiffen Diftrifte ihr Betreibe auf einer bestimmten Duble mablen ju laffen gehalten waren, theils durch die den Dublen beigelegte Erfluftvberechtigung, in Folge beren Die Unlage neuer Dublen fur einen Ort ober für eine Begend unterfagt war.

Diefe Bann - und Exflufteberechtigungen find nach und nach in al-

len Brobingen aufgehoben worden.

Fur die ehemais frangofischen, Grofherzoglich bergischen und Roniglich meftphalischen Landestheile maren Die in Rebe ftebenben Berechtigungen ber Dublen bei Ginverleibung ber gedachten Landestheile in ben prengifchen Staat rolp, bei ihrer Wiedervereinigung mit bemfelben bereits aufgehoben.

Bur Oftpreußen, Lifthauen, Ermeland und ben Marienwerberfchen Rreis erfolgte biefe Aufhebung burch bas Goilt vom 29. Maty 1868.

Für Die übrigen bamals zum preufischen Staat geborigen Lanbestheile Durch bas Goift vom 28. Oftober 1810.

Bur die Proving Posen durch bas Gefet vom 13. Mai 1833.

: Em Die ehemals fachfichen Landestheile,

Die ebemale naffauischen Landestheile auf bem rechten Rbeimifet,

, die Stadt Weglar und Gebiet,

Die ehemals zum Großberjogibum Beffen geborigen Lanbestheile und für das Fürftenthum Erfurt

erfolgte bie Aufhebung berartiger 3mange., Bann- und Erffuftwerechtigungen burch die Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845.

Fur bie unter ber preußischen Regierung ftattgefundene Aufhebung ber Bwangs., Berin : und Erflufivberechtigungen ber Muhlen find nach ben Dieferhalb erlaffenen Gefegen ben Müllern Entschädigungen gewährt.

Bur Oftprongen, Litthauen, Ermeland und ben Marienwerber Rreis follten nach bem Ebift vom 29. Marg 1808 in ber Regel Die auf ber Müble baftenden Realabgaben wegfallen. Die Entschädigung bes 216gabeberechtigten follte burch bie ehemals Dablzwangspflithtigen gemabrt merben.

In ben anderen Provingen, in welchen nach ben angeführten Gefeben bie 3mangs., Bann- und Ertluftoberechtigungen aufgehoben find, hat ber Staat bie Entichabigung ber Muller für blefe Aufhebung nach ben in ben betreffenben Gefeten aufgestellten Grunbfagen übernommen.

Diefe Grundfage betreffen einerseits bie Bobe ber Entschabigung,

anbererfeite Die Beweisführung bes erlittenen Schabens.

In den Gefegen vom 28. Oftober 1810 und bom 15. September 1818 murben in erfterer Beziehung gewiffe Rormaljahre vor und nach

Aufhebung ber in Rede ftebenben Berechtigungen feftgeftellt.

Der Gewerbebetrieb in Diefen beiden Berioden follte verglichen und die Berminderung beffelben in der Beriode nach Aufhebung des Mahlsmanges gegen den Gewerbebetrieb in der Beriode vor Aufhebung des Mahlzwanges als Maafiftab für die zu gewährende Entschädigung angesnommen werden.

Diese Normaljahre waren für die Landestheile, in welchen bas

Coift vom 28. Oftober 1810 ergangen ift:

die Jahre von 1796 bis 1805 vor Aufhebung ber in Rebe ftehenden Rechte und die Jahre 1811, 1816 bis 1818 nach Aufhebung berfelben,

fur bie Brobing Bofen:

bie Jahre 1816 bis 1825 bor und bie Jahre 1834 bis 1837

nach Aufhebung ber Bivange - und Bannrechte.

hinsichtlich der Beweieführung enthält das Geset vom 15. Septemsber 1818, welches für die vorerwähnten Landestheile gilt, die Bestimmung, daß eine Berminderung der Einnahmen des Müllers in Folge ber in Rede stehenden Aufhebung nicht zu vermuthen sei. Derselbe hat nachzuweisen, daß der bei Bergleichung des Durchschnitts der beiden NormalsBerioden sich ergebende Ausfall ohne seine Schuld und nicht durch Mangel an Thätigkeit, Industrie und Gute des Fabrisats herbeigeführt, sondern lediglich eine unmittelbare Folge der Aushebung des Zwangsrechts sei.

Rach §. 29. bes mit ber Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 erschienenen Entschädigungs-Gesets wird die Entschädigung für die burch die gedachte Gewerbe-Ordnung aufgebobenen Müblen-, 3mangs-

und Bannrechte folgenbermaaßen festgeftellt:

Es wird die Einwohner Mnzahl, welche ber zwangs - ober bannpflichtige Bezirf 1844 hatte, ermittelt, und pro Kopf alijährlich eine halbe Mege Roggen nach ben Durchschnittspreisen von 1815 bis 1844 als Bergütigung gewährt.

Der Staat hat in Folge bes Entschäbigungs. Gefetes vom 15. September 1818 — 1,800,000 Riblir, und in Folge bes Entschäbigungs. Gefetzes vom 17. Januar 1845 — 200,000 Riblir, als Entschäbigung für

aufgehobene 3mange-, Bunn- und Exflufiv- Gerechtfame gezahlt.

Es find jedoch durch diese Entschadigungen die Klagen der Müller nicht beseitigt. Bon denselben wurde geltend gemacht, daß der ganze Umfang des Nachtheils, den sie durch Auftbebung der Zwangs und Bannrechte erlitten, erst nach Ablauf der Normaljabre hervorgetreten und daß somit die auf bestimmte Normaljahre basirte Entschädigung eine ungenügende sei.

Um biefen Rlagen zu begegnen, wurde für blejenigen Landestheile, für welche bas Ebift vom 28. Oftober 1810 bie Zwangs- und Bannrechte auforb, durch die Allerhöchfte Kabinets-Ordre vom 23. Oftober
1826 vorläufig und bis zur befinitiven Regelung bes Gegenstandes an-

georbnet:

bag bie Landes-Bollzeitebarbe ben Bau und bie Veranberund einer jeden Muble gu unterfagen befigt fel, bie nicht auf bas eigene Bedurfniß bes Gigenthumere beichrantt, fonbern auf frembe Mahlgafte berechnet ift, wenn bie zu veranlaffenbe polizeiliche Unterfuchung ergiebt, bas bie in ber Gegend fcon verbanbenen Mühlen hinreichen, um bas Beburfuiß ber Gimpohier vollftanbig zu befriedigen. Für blejenigen Landestheile, in welchen giver nicht Das erwähnte Ebift vom 28. Oftober, wohl aber bas Allgemeine Landrecht Gultigfeit bat, fam ber mit ber anggogenen Rabinets-Orbre übereinstimmende S. 242, Tit. 15. Th. II. bes Michtneis nen Lanbrechts jur Univendung.

hiernach war bis jum Ericheinen ber Gewerbe. Drbnung vom 17. Januar 1845 bei Anlegung ober Beranderung von Dublen bie Erörterung ber Bedürfnißfrage in ber gangen Monarchie erforberlich,

mit Ausschluß

a) von Oftpreugen, Litthanen, Ermeland und bes Marienwerber Rreifes;

b) ber Landestheile , in welchen bas Allgemeine Landrecht feine Ge-

fepestraft bat.

Durch ben S. 38. ber Gemerbe-Ordnung bom 17. Januar 1845 find die in Bezug genommenen Bestimmungen ber Kabinets Drore vom 23. Ottober 1826 und bes S. 242, Tu. 15. Th. 18. Des Augemeinen Landrechte außer Rraft gefest.

Es ift fomit jede Befchranfung in Bejug auf Die Anlegung und Beranderung bon Müblen aufgehoben und bas Dliblengewerbe ber freien

Ronfurreng juganglich gemacht worden.

Seitbem find die Rlagen ber Befiger bon alten Rublen, treiche mit Realabgaben belaftet find, häufiger und bringenber geworben. Enben ihren Ausbrud in gabiteichen Befitionen gefanden, und es find Die mannigfachften und berichiebenartigften Borfcblage gemacht, wie biefen Befthwerben ber Muller Abbulfe zu verfthaffen fei. Der Begenftand ber Beschwerben biefer Müller bilben zwei Sauptpunkte:

Die burch Aufhebung ber Rabinete. Orbre vom 23. Oftober 1826 und Des S. 242. Tit. 15. Ab. II. bes Allgemeinen ganbrechts eröffnete

wollkandige freie Konfurreng in bem Rublemewerbe, und

Die durch die Aufrechthaltung der Deflaration rom 19. Kebruar 1832 gunt Machtheile ber Mühlenbefiger fortbeftebende Braftmion barüber, ob eine auf einer Muble rubende Abgabe eine Gewebeabgabe ober eine Grundabgabe feil

Unlangend ben erferen Bunft, fo ift bas ju beffen Berftanbuig Erforberliche in ber borbergebenden Auseinanderfesang genügend bervorgeboben.

Es bleibt nur noch über ben letteren Bunft, t. h. liber ble Beichinerden gegen bas angezogene Gefth bom 19. Kehrung 1832, einiges gu bemerten.

Das Ebift bom 2. Davember 1810 beftimmt im §. 30 .:

bag alle bieberigen Abgaben bon ben Bewerben, infofern fe' bie Berechtigung gum Beteiebe berfelben betreffen, mit Enführung ber Gewerbefteuer aufhoten follen.

Das Gefet vom 30. Rai 1830 aber Einrichtung bes Ubgabentvefens fette im S. 9. baffelbe feft.

Der S. 3. der Gewerhe-Ordnung com 17. Januar 1845 best alle Abgaben auf, welche fur ben Betrieb eines Gewerbes zu entrichten find.

Bald nach bem Erscheinen bes Edifts vom 2, Robember 1810 entftunden bei vielen Mühlen Streitigkeiten barüber, ob bie auf benfelben haftenden Abgaben gewerblicher Ratur seien und als folche meg-fallen mußten oder nicht? Der Ausgang der Brozesse war in den ver-schiedenen Ballen ein sehr verschiedener. Der Begriff einer gewerblichen Abgabe war nicht zweifelhaft. Die Zweifel bestanden barin, ob in bem einzelnen Falle eine auf einer Muble haftende Abgabe unter Diefem Begriffe fubfumirt merben tonne ober nicht?

Bur Beseitigung biefer Zweifel wurde bie Deflaration vom 19. Februar 1832 gegeben. Der S. 1. giebt ben Begriff ber Gemerbeabgas ben negativ, und zwar in ber Auffaffung, welche ibm bisber ichon ber

bochfte Gerichtshof gegeben hatte.

Der S. 2. Diefes Gefetes fest Folgenbes feft:

-Benn bei einer mit Grundbefit verenüpften Abgabe nicht auszumitteln ift, ob fie eine Grundabgabe fei, ober ob fie bie Berechtigung zum Betriebe bes Gewerbes betreffe, fo wird bas Erftere vermutbet.

Durch biefen Paragraphen wurde eine rechtliche Prafumtion bafür aufgeftellt, daß bie auf ben Dublen haftenben Abgaben Grundabgaben und nicht Gewerbeabgaben feien. Auch nach bem Erscheinen biefer Deflaration find vielfach Brogeffe barüber geführt worbent, ob eine auf einer Mubie haftende Abgabe eine Grundabgabe ober eine Dub-In der Regel find fie jum Nachtheil ber Duller entlemabgabe sei. schieden worden.

Beht man nun auf eine nabere Brufung ben gebachten beiben

Sauptbeschwerdepunfte, nämlich:

Die vollkändige Freigebung bes Dublengewerbes und Die Auf-

ftellung ber ermähnten Brafumtion, ein, fo muß anerfannt werben, einerseite, bag ein großer Theil ber Befiger alterer mit Abgaben bochbelafteter Dublen fich in Folge ber gang freigegebenen Kanturreng bes Dublengemerbes in einer febr traurigen Rage befindet; andererseits, bag bie in bem ohen angezogenen f. 2. aufgestellte, die Müller benachtheiligende Prafumtion vom rechtlichen Standpunfte aus nicht begründet werden fann.

In Folge ber angebeuteten Bedringniffe ber Muller und in Folge ber wirklichen ober vermeintlichen Rachtheile, welche aus f. 2. ber Deflaration bont 19. Februar 1832 in ben vielen geführten Brozeffen bervorgegangen find, ift bas Berbattnig zwifden ben Bereichtigten und ben Befigeen alter Mühlen ein folebes germerben, bag im Intereffe bes Stagtes und bet Betheiligten

ein Ginfchreiten im Bege ber Befeggebung nothwendig erfcheint.

Es fract fic nun, bon welchen Grundfaben bei ben beireffenben

gefehlichen Anordnungen ausgegangen werden foll?

Es ift fcon oben angebeutet, daß in diefer Sinfict in ben vielen

Betitionen verschiedene Borfcblage gemacht morden find.

Es fann noch hingugefügt werden, bag auch Seitens ber Roniglischen Regierung auf verfchiebenen Wegen versucht ift, Die gestellte Aufgabe ju lofen, daß aber überall große Schwierigfelten und Bedeuten bervorgetreten. Es wurde zu weit führen, Die einzelnen Borfchlage, Die gemacht find, bier auseinanderzusehen; es gemigt, die vier Gaupigruppen, unter welche fich biefelben bringen laffen, im Allgemeinen gu charafterifiren.

Bu ber erften Gruppe geboren biejenigen Borfcblage, welche eine Berbefferung ber Lage ber fogenannten aliginspflichtigen Ruller burch neue Beschränfungen hinfichts ber Anlegung neuer Rublen ober ber Beranberung bestehenber Rublen bezweden.

Abgesehen von ben großen Schwierigkeiten, Die naberen Robalitäten für solche Beschränfungen festzustellen, so murbe ber Aufschwung und ber Fortschritt in einem Fabrikationszweig gehemmt, ber bie Beschaffung ber nothwendigsten Lebensmittel sich zur Aufgabe gestellt hat.

Dag auf berartige Beschränfungen nicht eingegangen werben fann, liegt auf ber Saub und ift in ben Motiven bes Regierunge-Entwurfes auf bas Ueberzeugenbfte nachgewiesen.

Die zweite Gruppe umfaßt die Borichlage, nach welchen von allen Muhlen eine Abgabe erboben werden foll, um baraus die Befiger belafteter alter Muhlen zu entschädigen.

Die Commiffion glaubte fich gegen blefe Borichlage aus ben in ber Regierungs - Borlage entwickelten Grunben aussprechen zu muffen,

Die britte Gruppe von Roricilaen bilben biefenigen, nach

Die britte Gruppe von Borschlägen bilben biefenigen, nach welchen ben Bestern alter Rühlen ein Theil ber barauf ruhenden Abgaben ohne Rudficht auf ben Ertrag aus bem Muhlenbetrieb erlaffen werben soll.

Ce foll banach festgestellt werben auf ber einen Seite ber Ertrag beffen, was ber Berechtigte bem Mublenbesitzer gemahrt bat, 3. B. Grundflude, bie zur Muble geboren, ober noch gemahrt, 3. B. Baubolg u. f. w., auf ber anbeten Seite ber Jahreswerth ber von ber Muble an

ben Berechtigten zu leiftenben Abgaben.

Soweit der Jahreswerth ber Leiftungen des Mullers ben Jahreswerth der in Rechnung zu ftellenden Sewährungen der Gutsherrschaft nicht übersteigt, sollen die Leiftungen des Mullers fortdauern, jedoch vorbehaltlich der Ablösung derselben nach den Borschriften des Ablösungs-Gesets. Der überschießende Betrag dagegen soll ganz oder aber doch eine bestimmte Quote desselben, welche nicht unter der hälfte angegesen ift, wegfallen.

Die hierher gehörenden Borfchläge zerfallen wiederum in zwei Alafen, je nachdem die Frage barüber, ob die auf der Muble haftende Abgabe Grunds ober Gewerbe-Abgabe fei, durch die porzunehmende Regulirung ihre Erledigung finden foll ober beren Austrag im Wege Rechtens vorbehalten bleibt. Zwei in diefe Gruppe fallende Antrage find zu S. 5. der Regierungs-Borlage gestellt worden, und werden dort

naber ermabnt merben.

Die vierte Gruppe umfaßt diejenigen Vorschläge, welche davon ausgehen, daß über die Frage, ob es eine gewerbliche Abzabe ober Grundagabe sei, jedem Theil der Weg Rechtens offen bleiben muffe, daß jedoch die Bräsumtion des S. 2. des Gesetzes vom 19. Februar 1832 aufzuheben sei, und daß außerdem eine vollftändige Ausgebung des Abgaben-Verhältniffes zwischen den Betheiligten nach Maaßgabe des Abstungs-Gesetzes herbeizuführen und hierbei auf die Prästationsfähigseit des Wüllers Bedacht zu nehmen sei.

In Diese Antegorie gehört Die Regierungs-Borlage,

Die Agrar-Commission hat fich in ihrer überwiegenben Dehrheit berfelben anschließen zu muffen geglaubt.

Bu S. 1. Diefer Borlage wurde ber in mehreren Betitionen gemachte

Antrag:

"nicht blos die §. 1. und 2. der Deklaration vom 16. Februar 1832 aufzuheben, sondern eine andere Bräsumtion dabin aufzuftellen, daß, wenn bei einer mit einer Mühle verbundenen Abgabe nicht ermittelt werden könne, ob sie eine Grundabgabe sei, oder ob sie für den Betrieb des Mühlengewerbes entrichtet werden muffe, das Lestere anzunehmen sei, sofern bei der ursprünglichen Verleichung ein Kauf- oder Erbstandsgeld gezahlt sei,"

in Erwägung genommen.

Die Commiffion war der Anficht, daß fich eine folde Brafumtion jum Nachtheil der Berechtigten eben so wenig, als die im §. 2. a. a. D. jum Nachtheil der Ruller aufgestellte Brasuntion rechtfertigen laffe.

3. Der Berichterftatter außerte fich am Schluffe ber allgemeis

nen Debatte folgenbermaagen:

"Die wesentlichen Bestimmungen bes vorliegenden Gesetz-Entwurfes find in ben §§. 1. und 5. enthalten. Beide find der Gegenstand lebhafter Angriffe gewesen, und es liegt mir ob, noch mit wenigen Worten ben Standpunkt zu bezeichnen, ben die Commission eingenommen hat.

Das Mühlengewerbe war in früheren Zeiten mit einem doppelten Schut umgeben. Derfelbe bestand theils darin, daß die meisten Mühle len den Mahlzwang übten, theils darin, daß neue Mühlen ohne vorherige polizeiliche Erlaubniß, welche wiederum nicht ertheilt wurde ohne vorberige Erörterung der Frage, ob ein Bedürfniß zur Vermehrung von Mühlen für die Gegend vorhanden sei, nicht angelegt werden durften.

Die Gesetzgebung seit bem Jahre 1810 hat sowohl die Zwangerechte als auch die gedachten Beschränkungen bei der Anlegung neuer Mühlen beseitigt. Durch die Gewerbe-Ordnung vom Jahre 1845 hat diese Gessetzgebung ihre Vollendung erhalten. Für die Ausbedung der Zwangsurd Bannrechte wird Seitens des Staates eine Entschädigung gewährt. Es ift vielsach darüber Klage geführt worden, daß diese Entschädigung ungurereichend sei, daß die Muller wesentlich beeinträchtigt werden dadurch, daß der Bewereis ihnen sehr erschwert und daß die Entschädigung zu einer Zeit ermittelt wurde, wo der Schaden, den die Müller durch die Ausselbung der Zwangsund Bannrechte ersitten haben, noch nicht vollständig zu übersehen nar.

Die Commission hat geglaubt auf eine Erörterung Dieser Fragen nicht eingehen zu burfen. Sie ist der Ansicht gewesen, daß dem Staate in Beziehung auf die Ausbebung der früher stattgesundenen Beschränkung bei Anlegung neuer Mühlen teine rechtliche Verpstichtung zur Entschädigung obliege. Sie ist davon ausgegangen, daß der Staat nicht verpstichtet sein kann, die aus großen gewerblichen oder socialen Umwälzungen, welche in der Gesetzebung berücksichtigt werden müssen, hervorgegangenen Nachtheile zu vergätigen. Die Commission glaubt, daß wenn die ser Grundsat nicht sestgehalten wird, die nothwendige Consequenz die sein würde, daß zulest ein jeder Staatsbürger wegen verringerter Einnahme oder vermehrter Ausgabe irgend eine Entschädigungs Forderung zu machen hätte, daß aber auch wiederum ein Jeder zu der Entschädigungs Forderung des anderen seinerseits etwas beizutragen hätte. Der Abgeordnete sur Sirschberg hat uns von einer Million gesprochen, die noch zur Entschädigung

ber Maller borhanden fein foll. Rir ift nicht befannt, ob ber herr Finang-Minister noch eine folde Million für diese Zwede vorrathig hat; was aber das von diesem Redner aufgestellte Rechenexempel berrift, so beruht dasselbe auf einem Irrthum. Um beswillen ist auch die Behauptung des geehrten Abgeordneten, daß noch nicht 1 1/2 Millionen ausreichen, um die Ansprüche der Müller zu befriedigen, unrichtig. Nach sei-

ner Angabe murben 18,000 Dublen gu berudfichtigen fein.

3m Durchfchnitt beanfprucht er für jede Rühle einen Erlag von 75 Rible, jabrlicher Bente. Unter biefen Borausfepungen wurde bie jabrliche ben Mullern zu erlaffenbe Rente 1,350,000 Riblr. betragen. hiernach wurde ber Staat nicht 1 1/2 Millionen, fonbern 27 Millionen, welche Die Steuerpflichtigen aufzubringen batten, ale Entichabigung qu tablen baben. Die Majorität ber Commiffion ift bagegen ber Anficht gewefen, bag bie Anforberungen ber Müller auf eine anberweitige & gulirung ihrer Berbaltniffe, ben Berechtigten gegenüber, allerdinge begrunbet finb. Gie gebt bavon aus, bag es unverfennbar fei, bag ein Theil ber Dublenabgaben mit Rudficht barauf angelege worben ff, bag ber Duller auf fichere Ginnahmen ans feinem Gewerbe rechnen konnte. In dem Edifte bom Jahre 1810 und in der Gewerbe-Ordnung bom Jahre 1845 find ausbrudlich biefenigen Abgaben aufgehoben, bie für ben Betrieb bes Bewerbes entrichtet werben muffen. Die Sowie rigfeit besteht nun eben barin, in ben einzelnen gallen zu beurtheilen, welcher Theff ber auf einer Muble rubenben Abgaben Gewerbenbade fei, und welcher Theil als Grundabgabe betrachtet werben muffe. M von bem allgemeinen Gefichtspunkte ausgegangen, bag bei ber utfprünglichen Berleihung ober Austhung ber Mublen jedenfalls die Ginfunfte, welche ben Dublenbefigern (fei es aus bem Grunbflude, fei es aus dem Gewerbebetriebe) gufliegen, fo boch gewefen fein muffen, bag ber Muller bei bem Betriebe bes Muhlengewerbes feine Griften gefunben babe. In Ermangelung specieller Rriterien ift man bei Festhaltung bes angebeurteten allgemeinen Befichtspunftes ber Unficht gewesen, baf, wenn Die Abgaben ber Dublen Die Ginfunfte berfelben foweit absorbiren, daß dem Befiger nicht mehr die nothwendigen Subfiftenzmittel verblet ben, in ber Regel ein Theil ber Abgaben gewerhlicher Ratur fein werde. Man bielt es beshalb fur gerechtfertigt, bag von ben Ginfunften, Die bas Dublengrunbftud gegenirartig im Gangen gewahrt, bem Mille fo wiel belaffen werben muffe, bag er fubfiftiren fonne. Dit anderen Betten, man hat geglaubt, daß auch für die Braftationsfähigfeit gewährt werben muffe, bag ber Unipruch ber Praftationefabigfeit, unter ben veranber ten Gewerbe-Berbaltniffen, in Folge bes Umftanbes, bag bie Berechigten ben verpflichteten Mühlenbefigern ben ihnen früher gu Theil geworbenen Schut im Gewerbe, worauf die Abgabe jum Theil baffet war, nicht mehr gemabren tonnte, fich bier, wenn auch aus anderen Grunden, ebenfo wie für Die Stellenbefiger, in bem Ablofungs - Wefete rechtfertigen laffe. Es muß nun aller bings bie Frage aufgeworfen werben, trann bas Borbanbenfein bet Braftationsfähigfeit angunehmen ift? Gine Brenglinie, wie fie bier gezogen werben muß, wird bis zu einem gewiffen Grabe ftets willfürlich fein.

Die Majorität ber Commiffion bat geglaubt, bas Ridfige zu terffen, wenn fie fich in biefer Beziehung bem Grundfage anschlieft ber in bem Ablofungs-Gefege aufgestellt fft, und bort die Balligung bes hofen

Saufes erhalten bat.

Bird biefer Grundst, ber im S. 5. (jett S. 6.) ausgesprochen ift, angenommen, so wurde fich die Sache babin genalten, daß zunächt zu ermitteln ist, ob die Praftationsfähigfeit poebanden sei, Tritt, um diese Braftationsfähigfeit zu gewähren, eine Ermäßigung der his jest von dem Rüblengrundstücke gezahlten Abgaben ein, so wird in vielen Fällen die Veranlaffung zum Streit darüber, ob eine Abgabe eine Geiperbe- oder eine Grundslygabe sei, wegfallen. Denn derjenige Theil der Abgaben, der als Gewerbeabsgabe betrachtet wird, würde bei der Auffellung der Berechnung wert die Ermittelung des Reivertrages nicht niehr in Rechnung sommen. Der Betrag, um welchen die Abgabe zu ermäßigen sein würde, um dem Miller ein Drittel des Reinertrages zu belassen, wurde sich um so viel verringern. Für den Berechtigten ist es gleichgültig, ob die Ermäßigung aus dem einen oder aus dem andern Grunde eintritt, für ihn kommt es nur auf die Göhe der Ermäßigung an.

Die Kolge Diefer inneren Berbindung zwischen ben §§. 2. und 5. bes Entwurfs wird fein, daß die Regulirungen über die Ermittelung bes Reinertrages mit den Streitigkeiten, die darüber entstehen, ob eine Abgabe eine gewerbliche ober eine Grundabgabe ift, hand in hand geben. Dierdurch wird die Möglichkeit gegeben, die entstandenen Streitigkeiten bei nur einiger Bergleichsgeneigtheit im gutlichen Wege zu beseitigen.

Wenn ber Abgeordnete von Lonenberg der Ansicht ift, daß der Umfand, daß die Deklaration vom 19. Februar 1832 eine Bräsumtion
zum Nachtheile der Müller und zu Unrecht ausgestellt habe, bei der jehigen Gesetzebung und namenklich bei der Bestimmung des §. 5. nicht
in Betracht kommen könne, so ist die Commission von dieser Ansicht nicht
ausgegangen. Es wird allerdings die Beseitigung dieser Präsumtion
und der Unstand, daß die Bräsumtion bisher zum Nachtheil der Müller
kesianden hat, bei der Bestimmung des §. 5. nicht allein maaßgebend sein,
sondern die Bestimmungen des §. 5. nicht allein maaßgebend sein, allgemeinen Gestichtspunkte von der Commission sur schou angedeuteten, allgemeinen Gestichtspunkte von der Commission sur zerechtertigt erachtet wordern. Zedensalls aber ist die Deklaration vom Jahre 1832 bei Ausstellung der Grundsage, die nach dem §. 5. maasgebend sein sollen, mit in
Betracht zu ziehen.

Wenn bie jum Rachthell ber Muller aufgestellte Prafumtion bem Berechtigten Bortheile gebracht hat, so liegt ihnen auch die Berpflichtung ob, zur Beseitigung ber ben Mullern betroffenen Nachthelle beigutragen. Ein alter Rechtssas sagt, baß sich Niemand wit bem Schaben eines andern bereichern foll. Insoweit glaube ich, daß die Deflaration vom Jahre 1832 auch bei ben Bestimmungen bes §. 5. in Betracht kommt,

Anlangend die dem S. 5. jum Grunde liegende Berechnung, so ift die Behauptung aufgestellt, daß durch sie der S. 5. ganz illusorisch werde. Der S. 5. zerfällt in zwei Theile; in dem ersten Theile ist der Hauptarundlak aufgestellt, daß den belasteten Mühlenbestern ein Tritte

Daubtgrundsat ausgestellt, daß den belasteten Mublenbestern ein Drittibeil des Reinertrages verhleiben mitfle. In dem zweiten sit die Methode angegeben, nach welcher ber Reinertrag ermittelt werden soll. Ich besichante mich für jest in meinen Bemerkungen auf den ersten Theil, weil die Erörterung des zweiten Theiles zur speziellen Distustion gehört. Ich behalte mir daher auch vor, auf die Erinnerungen, die von dem Abgeordneten für Sirschberg in Bezug auf die Art der Berechnung und in Bezug auf die Irrthümer, die dieser Berechnung zu Grunde liegen sollen, bei der speziellen Distussion naber einzugeben.

Im Allgemeinen kann ich aber nicht zugeben, daß die Befilmmung, daß dem Müller der dritte Theil des Reinertrages verbleiben foll, gang illusorisch sein wird; es hängt dies hauptsächlich von der Art und Beise ab, wie der Reinertrag ermittelt wird.

Wenn ihm wieflich ein Dritttheil bes Reinertrages verbleibt, b. h. bosjenigen Ertrages, ber nach Abzug bes bem Muller und feiner Familie wegen ber von ihm zu leiftenben Arbeiten, zustehenben Unterhaltes,

berbleibt, fo burfte feine Exifteng allerdings gefichert fein. *)

4. Bericht ber Commiffion ber erften Rammer.

Die Abgeordneten Robe und Dengin hatten einen Gefet Entwurf, betreffend die Regulirung der auf Mühlen haftenden Abgaben, in Borschlag gebracht, welcher mittelst Beschlusses der ersten Kammer bom 13. Oktober 1849 der unterzeichneten Commission zur Berathung und Berichterstattung überwiesen worden ist. Noch ehe sie sich sonstituiren sonnte, hatte die Staatsregierung aber den in der Ueberschrift genannten Gesetz-Entwurf bei der zweiten Kammer eingebracht. Die Commission beschloß daher bald nach ihrem Zusammentritte: die Berathung über jenen Untrag auszusehen, bis von der zweiten Kammer über die Regierungs-Borsage ein Beschluß gefaßt und derselbe der ersten Kammer zur gleichs mäßigen Beschlussnahme zugegangen sein würde.

mäßigen Beschlufinahme zugegangen sein wurde. Dies ist mittelft Schreibens bes Brafibenten ber zweiten Kammer vom 18. Januar c. geschehen. Durch ben Beschluß vom 26. Januar ift bemnächst ber Gesetz-Entwurf, wie er aus ber zweiten Kammer hervorzegangen ist, der Commission für den Robe-Denzinschen Anntrag eben-sallein noch der ersten Kammer angehörige Abgeordnete hat jedoch den Antrag unter dem Borbehalte zurückzegogen, auf seinen Inhalt in Korm von Awendements zu dem Gesetz-Entwurfe zurückzusommen, und es liegt der Commission sonach nur der Gesetz-Entwurf der Regierung in der von der zweiten Kammer beschlossenen Kassung zur Prüfung vor.

Die in fehr bedeutender Anzahl eingegangenen und noch fortdauernd eingehenden Betitionen find einem Commissions-Mitgliede zur speziellen Berichterstattung zugewiesen und bei ber Dietuffion in sorgfältige Erwä-

gung gezogen worben.

Sie find zum allergrößten Theile von ben Besthern ber sogenannten altzinspflichtigen Mühlen fast aus allen Theilen bes Staates, in benen bie Gesche von 1808 und 1810 gelten, ausgegangen und stimmen sammts lich in ber Rlage über die Unzureichendheit bes Gesetz-Entwurfes zur Abhülfe ihres allgemein behaupteten Nothstandes überein. Auch über die Beranlassung zu diesem Nothstande machen sich überall dieselben Sauptzgründe geltend. Sie liegen banach

1) in ber gemahrten freien Ronfurreng bes Mublengewerbes,

2) in ber unzureichend gewährten Entschädigung fur bas Bannrecht,

3) in ber Deflaration bom 19. Februar 1832.

Sie suchen eine Abhulfe auf verschiedenem Wege herbeizuführen. Sauptsächlich find es folgende, theils fumulative, theils alternative Borfchläge, von beren Annahme fie Dieselbe erwarteten:

1) die Ginführung einer Beschränfung binfichts ber Unlage neuer ober

ber Beranderung beftebenber Dublen;

^{*)} Der hier bezeichnete S. 5. ist ber jetige S. 6. des Gesetses.

2) bie Gemahr einer Staats-Entschäbigung in ben mannigfachften Mobifitationen;

3) bie Gewähr einer Entschäbigung aller altzinspflichtigen Müller burd

eine von allen Müllern zu erhebende Abgabe;

4) Die unentgeltliche Aufhebung eines Theils ber auf ihren Rablengrundftücken haftenden Brivatabgaben, infoweit diefelben für bie aufgehobenen Befugniffe entrichtet werden, für beren Seitens bes Berechtigten nicht mehr mögliche Gewähr fie ihnen auferlegt worden;

5) bie Aufhebung ber burch bie Deflaration vom 19. Februar 1832 begründeten Bermuthung und bie Aufftellung einer neuen Bermuthung für die Natur ber Abgaben ober eines Theils berfelben als

aufgehobener Gewerbeabgaben:

- 6) Die Beseitigung aller Streitigkeiten burch eine mit mannigfachen Mobifikationen vorgeschlagene quotitative Theilung ber Abgaben, entweder lediglich zwischen bem Berechtigten und Berpflichteten, ober auch unter entschädigendem Eintritte bes Staats für eine bestimmte Quote;
- 7) Die Auftiellung eines bem Berpflichteten gunftigeren Quoten-Berbhältniffes in Bezug auf die Ermittelung ber Präftationsfähigkeit, nas namentlich in der Freigebung der Sälfte des Werths des belafteten Grundftucks, deffen Ermittelung aber auch auf die verschiedenste Weise vorgeschlagen wird, nach der am meisten übereinstimmenden Reisnung jedoch entweder den ursprünglichen oder für den Zustand der Grundstücke in dem Jahre 1810 oder doch im Jahre 1830 ohne Berückstigung aller feitdem eingetretenen Verbesserungen zur Grundlage haben soll;

8) ein Berfahren, welches die Ansgleichung mehr ober minder qusfchließlich einer fehr verschiedenartig gebitveten fcbiederichterlichen Commission in die Band giebt und berfelben theils blos thatsachliche Ermittelungen, theils aber auch rechtliche Entscheidungen zureifen foll;

9) Die Rudwirfung bes Gefetes auf frubere Vertrage und Jubitate;

10) bie Dieberschlagung aller Rudftanbe.

Es muß anerfannt werben, und fowohl bie Staateregierung in ben Motiven ju bem vorliegenden Gefet Entwurfe als ber Bericht ber zwei-

ten Rammer fprechen es aus:

bag bie eingetretene freie Ronfurreng unter Bingutritt ber neuen Erfindungen im Gebiete gerade biefer Induftrie einen großen Theil ber Befiger alterer, mit Abgaben boch belaffeter Mühlen in eine febr traurige Lage verfest bat. Die Exifteng einer großen Babl berfelben wird burch bie in ihrer Rabe entftanbenen neuen Dabin geboren namentlich bie Befiger Dublenanlagen bebrobt. ber Baffermublen mit geringen unregelmäßigen Bafferfraften und bon Windmuhlen, wenn biefelben außer bem Grund und Boben bes Dublen = Etabliffemente feine weiteren ober febr geringe Landereien befigen, gleichwohl ihre Grundftude mit bedeutenden Abgaben belaftet find. Babrend fle feither, in Rolae ber Beidranfung ber Ronfurreng, burch ben Betrieb ihres Gewerbes noch ihren Unterhalt fanden, gerathen ste, sobald ber Ertrag ihres bisherigen Gewerbebetriebes burch neue Ronfurrenten geschmalert wird, in bie Befahr, nicht mehr befteben und ihren Berpflichtungen nicht mehr genügen zu tonnen.

Das Borbatinif ber Berbflichteten und Berechtigten gegen einander ift in Folge folder Urfachen großentheils ein lange nicht mehr gufrieben. Die Projeffe über Die ftreitige Ratur ber Dublenabgeben baben feit Jahren überhand genommen. Insbesondere hat die Gewerbes Ordnung bom 17. Januar 1845 in biefer Beziehung nachtheilig gewirft, Denn fie bob ben Schut wieber auf, welchen bie Müller burch bie Rabinete-Orbre vom 23. Oftober 1826 gegen neue Mublenanlagen erlangt hatten. Seitbem mehrten fich ihre Beschwerben. Sie bildeten Bereine, um burch gemeinfames Birten Abbulfe von ber Gefetgebung zu erlangen, Dem erften Bereinigten Landtage vom Jahre 1847 murbe eine Beition aus Schleffen überreicht, welche bie Biebereinführung eines Schutes burch Erörterung ber Bedürfniffrage ober eine Staats-Entschäbigung beanspruchte.

Somobi bon Seiten ber Staatsregierung als aus ber Mitte ber Bollevertretung find feitbem mehrfache Berfuche gemacht worben, ben

gum großen Theil vorhandenen Uebelftande abzuhelfen.

Es ift won ber Erfteren ber National-Berfammlung ein Befet-Entwurf vorgelegt worden, welcher in febr fompligirter Beife Die Angelagenheit zu reguliren versuchte. Much bon Mitgliebern ber aufgeloften gweiten Kammer find felbstfandige, von verschiedenen Principien ausgebende Befet. Entwurfe zur Beschlufinahme gestellt worben. Gie find je-Doch fammitlich nicht gur Berathung gelangt. - Der werliegende Ents wurf folägt einen neuen Weg gur Lofung bes Verhaltniffes ein, indem er:

1) jebe Entschädigung Scitens bes Staats und jeden Bemerbeichug burd Aufftellung ber Bedürfniffrage, fomie febe neue Berpflich tung ber Genethegenoffen gur Aufbringung einer Entschliegung,

gurudweift, beschränft er fich

2) barauf, Die ungerechtfertigten Beftimmungen ber Deflaration wm 19. Februar 1832 aufzuheben,

3) formell bas Brogen Berfahren behufe Erorterung ber freitigen

Abgabennatur zu vereinfachen und zu beschleunigen,

4) ben Berechtigten einen Erlag auch ber unftreitigen nicht aufgefobe nen Grundabgaben anzumuthen, insowelt es nöthig ift, um ben

Berpflichteten in praftationefabigem Stande gu erhalten,

5) Die Ablojung ber, nach Musicheidung ber für aufgebobene Gewerbeabgaben erfannten Laften, auf ben Dublen haftenben Reallaften nad ben erleichternben Grundfaben bes Gefetes über die Ablosbarteit ber Reallaften in S. 2. anzuordnen und bamit ben Duftern auch Die Bortheile bes mäßigeren Ablöfungsfages und Die übrigen Bortheile jenes und bes Rentenbant - Gefeges zu gewähren.

Es fragt fich: ob ber bier eingeschlagene Weg ber richtige ift? ober st bie Müller einen im Recht ober in der Billigfeit gegrundeten Anfpruch

auf gunftigere Beftimmungen ber Gefeggebung baben?

Dag ber Staat gum Schute ber Müller bie freie Ronfurreng ton neuem beschränke, ift eine Forderung, welche in ber Commiffion burch Seinen baranf gerichteten Antrag eine Bertretung gefunden bat. Sie war aus ben in ben Motiven ber Regierung angegebenen Grunden ber Anfot, bağ:

1) Die Ginführung eines ausnahmsweisen Schutsbftems gu Gunften eines Gewerbes ohne Beraugemeinerung biefes alteren Spfteme

auf alle Gewerhe an fich nicht zuläsfig fei, bag

2) Die geftattete freie Ronturrenz aber auch burch bie Bucficht auf

bie wur so in ausgebehntefter Beise jum Rugen ber Konsumenten eintretende Entwickelung aller Kräfte ber Industrie und Ausbeurtung aller neuen Ersindungen unabweislich geboten und die Gewähr bes unmittelbarften Lebensmittels in bester Qualität und zum wohlselisten Breise nur bann zu erwarten fei.

Schon im Ebilte vom 20. Marg 1808 ift bie Aufhebung ber Brangs-

rechte aus bem Gefichtspunfte motivirt:

baß fie zum Drucke ber Einwohner, insbesondere ber unteren Wolkstlaffen, gereichen, ohne baß es jemals gelingen faun, diese ber Wohlfahrt bes Landes und ber hellsamen Vermehrung der Müllen entgegenstehende Berfassung durch Polizei-Gesehe und sonstige nabere Bestimmungen unschädlicher zu machen.

Auch bas Gewerbeftener-Ebift rom 2. Rovember 1819 erfenut in ber Gewerbefreiheit die Aufhebung brudenber Feffeln, wodurch bas Ge-

fammemohl auf wirffame Beife geforbert merbe.

Es muß anerfannt werben, bag ber einzelne Gewerbetweibenbe aus bem ober jenem Syfteme, welches ber Staat in biefer Beziehung verfolgt, für fich feinen Anfpruch auf Entichabigung gegen ben Staat herleiten fann.

Es berhalt fich mit ber Gewähr ober ber Bermeigerung bes Schutes einzelner Gewerbe gegen innere Konkurrenz in Diefer Beziehung nicht anbers, als mit dem Schute ober Freizoil=Shitem gegen das Ausland. Dier wie bort fehlt es dem Einzelnen an einem privatrachtlichen Titel zum Widerspruch gegen einen ihm nachtheiligen Shikemswechfel. Der Staat folgt demfelben nicht in Anexfennung des Rechts des Einzelnen, sondern, ganz unabhängig davon, in Festhaltung einer fuatsprirthschaftlich

für bellfam erfannten Daagregel.

Eine solche ist es auch nur, wenn nach dem Landrechte Th. II. It. 15. §. 242. die Anlegung neuer Mühlen auch da, wo Zwangsrechte wicht entgegeustehen, dann versagt werden soll, wenn in einem Orte oder Diftrifte schon hinlänglich Mühlen zur Versorgung des Publikums var-handen send. Zur Anwendung kam dis zum 17. Januar 1845 diese Westimmung nach der Kabinets-Ordre vom 18. Dezember 1833 auch in den vernuchstlischen, französsischen Landestheilen, einschließich der beiden Laufige. Nicht ein besteres Recht gewährte den Müllern die Kabinets-Ordre vom 23. Ottober 1826, indem sie diesen durch das Edist vom 28. Ottober 1810 ausgehobenen Grundsatz des Allgemeinen Landrechts, obwohl auch nicht in allen Provinzen, wo es galt, wieder einsührte.

Es sommt nicht darauf an, daß jeue Kobinets Ordre sich seinesweges, wie in den Motiven des Entwurfs und im Bericht der Commission der zweiten Kammer zu Unrecht angedeutet ift, als eine blos vorläusige in die neue Regelung des Verhältnisses hinüberleitende ankündigt.
Unter allen Umssänden hatten die Müller weber nach der Kabinets-Ordre,
noch dem Allgemeinen Landrechte ein gesetzischen Widerichtseitz gegen
die Amordnungen der Administrativ-Behörden. Und hat daher auch der
Grund zu dem Erlas der Ersteren in dem Andrängen der Müller und der
Grund zu dem Erlas der Ersteren in dem Andrängen der Müller und den
thre Bitten zum Theil besürwortenden Anträgen der Behörden gelegen; da ihnen
ein besonderes Recht darauf nicht eingeräumt worden war und ihnen
teine gesetzischen Mittel zu Gehote standen, den Schatz für sich wirksam
zu machen. In der Natur der Oinge aber Negt ied, das die fortsprisiende Industrie mit ihren inwer neuen Entdalungen und Erstüdungen

bie alte überflügelt. Diesem Ersofge ber Konkurrenz lagt fich nicht halt gebieten, selbst nicht vollständig unter dem Schute des ehemaligen Zwangsrechts. Denn in offenbarer Anwendung des allgemeinen Rechtsgrundsates, daß Brivilegien im zweiselhaften Falle so erflärt werden muffen, wie sie am wenigsten zum Nachtheil eines Oritten gereichen und mit den Borschriften des gemeinen Rechts und dem Saupt-Entzwede des Staats am nächsten übereinstimmen, gestattete schon Sallgemeine Landrecht selbst dem Zwangsberechtigten feinen Widerpruch gegen die Anlegung einer Rühle an deter Art, als worauf sein Zwangsbrecht gegründet ist (§. 242. Sit. 15. Ab. II. l. c.). Selbst unter der herrschaft der alten Geses hätten daher Konstrustion der amerikanischen Rühlen und die Benutung des Dampses ihre nachtheilige Wirkung auf die älteren Rühlen, wenn auch in geringerem Umsange, nicht versehlt.

Eben fo menig konnte die Commission in bem früher bestandenen Bwangsrecht einen Titel zu einem jett zu exhebenden Entschädigungs - Anfpruch an den Staat in erweiterterem als durch die gegenwärtige Gejet-

gebung icon begrundetem Umfange erfennen.

Allerdings beftimmt bas Befet:

bag ber Staat burch läftigen Bertrag erworbene Brivilegien aus überwiegenden Grunden bes Gemeinwohls nur gegen binläng-

liche Entschädigung wieder aufheben fann.

Diefer Grundfat ift aber in ben Gewerbegeseten auch seftgebalten. Bei ber Aufbebung ber Zwangs und Bannrechte und der Einführung ber Gewerbefreiheit war ein boppeltes Berhältniß zu beachten. Ginmal ber Bortheil, welchen bas aufgehobene Bannrecht gewährte, und bann die Abgaben, welche für die Berechtigung zum Betriebe bes Gewerbes auferlegt worden waren.

Bas junachft bie Entichadigung fur bas Bannrecht anlangt, fo bat bie Anficht über bie Urt ihrer Bebandlung in ben einzelnen Gefeben febr

gewechfelt.

1) Das Gefet vom 29. März 1808 verpflichtete die Berechtigten zum ganzen ober theilweisen Erlaß der für das Rugungsrecht der Rühle bisher an fle von dem Müller entrichteten Abgaben und die Mahlzwangspflichtigen zur Entschädigung der Berechtigten für den Berluft derfelben.

Das Gefet ftellt bie Bermuthung auf, bag ber Erlag ber gangen

Abgaben gur Entschädigung erforberlich fei.

2) Das Gefet vom 28. Oftober 1810 geht vom entgegengeseten Grundsage aus. In §. 2. den Sat aufstellend, daß Theorie und Ersahrung bewiesen, wie die Ausbebung der Zwangs und Bannrechte in der Regel keinesweges die Einnahmen der früher Berechtigten mindern, sondern bei der gewöhnlich vermehrten Konsumtion erböbe, gestattete es keinen Entschädigungs Anspruch, weder gegen die Berleiher der Zwangs und Bannrechte, noch gegen die Zwangspflichtigen.

Den Gintritt eines Berluftes betrachtete es nur als eine in örtlichen Berhaltniffen begrundete Ausnahme, in welcher ber Staat Die Enticha-

bigung leiften follte.

Auch in Bezug auf die Ermittelung Diefer Entschädigung blieb fich bie Gefetgebung in ihren Grundfagen nicht treu.

Babrend bas Ebift von 1808 eine allgemeine Bermuthung fur,

bas von 1810 eine allgemeine Vermuthung gegen die aus ber Anfhesbung ber Zwangsrechte entstebenden Verluste aufstellte, folgte die Versordnung vom 15. September 1818, wegen der für Aufhebung des Mahlsund Getränkezwanges zu leistenden Entschädigungen, dem letzteren Grundsfatze. Sie bestätigte im §. 1. ausdrücklich die Voraussetzung des §. 2. des Edikts vom 28. Oftober 1810 und verlangte bengemäß:

bie Begrundung eines Entschädigungs Unspruchs durch solche örtsliche Verhältniffe und ben vollständigen Nachweis des Schabens, als einer unmittelbaren, ohne Schuld des Zwangsberechtigten und nicht durch Mangel an Thätigfeit, Industrie und Gnte des Fasbrifats herbeigeführten Folge ber Aushebung des Bannrechts.

Das Geset wegen Ausbebung ber Zwangs - und Bannrechte in ber Provinz Bosen vom 13. Mai 1833 behielt zwar im Allgemeinen bas Princip ber Geset von 1810 und 1818 bei, aber es verlangte zur Begründung bes Ersat - Anspruchs nicht mehr ben Nachweis ber Nichtschuld, sondern nur ben bes Schadens und gestattete nur ben Gegenbeweis ber Verschuldung bes Berechtigten.

Für Die ehemals fachfischen Landestheile,

" Die ehemals naffauifchen Landestheile auf bem rechten Rheinufer

" bie Stadt Weglar und Gebiet

, die ehemals jum Großherzogthum Pofen gehörigen Landestheile und bas Fürftenthum Erfurt,

Neu-Borpommern,

wo die Zwangs - und Bannrechte, soweit fie hier noch bestanden, erft burch bas Gefet vom 17. Januar 1845 aufgehoben wurden, blieb bas Printip ber Staats - Entschädigung -aufrechterhalten. Es enthielt eine ben Müllern günftige Erweiterung. In §. 29. u. folg. Des gleichzeitige erlaffenen Entschädigung's Gesetzes wird

ohne weiteren als ben Nachweis des Zwangsbezirfs-Umfangs bem Müller eine pro Kopf der zwangspflichtigen Einwohnerzahl mit 1/4 Mege Roggen jährlich und nach den Durchschnittspreifen von 1815 bis 1844 berechnete Entschädigung aus der Staatstaffe

im 25fachen Berrage jum Rapital feftgeftellt,

gewährt.

Es muß vollfommen zugegeben trerben, daß die Bestimmungen ber Gefetgebung von 1810 bis 1818 und vielleicht zum Theil auch von: 1833 die Realistrung des Entschädigungs-Anspruchs überaus erschwerten, ja in vielen Fällen unmöglich machten. Große Nachtheile find einer großen Zahl von Müllern gewiß dadurch zugefügt worden. Aber eine Pflicht für den Staat, jest noch unmittelbar einzutreten, ift einmal nicht vorhanden, dann aber auch aus zwiefachem Grunde nicht durchs zuführen.

Wenn es richtig ift, daß die Kabinets-Ordre vom 23. Ottober 1826 fein specielles Recht des Einzelnen auf Fortdauer dieses Schutes begründete, und baß es auch während ihrer Dauer der Einwirfung des Einzelnen durch gesetzlich gebotene Mittel nicht möglich war, für sich diesen Schutz zu erzwingen, so kann es sich nur um diesenigen Mühlendessitzer handeln, welche vor dem Jahre 1810 im Besitze von Mühlen waren, die noch jetzt in ihrer oder doch in der Hand ihrer Erben sind. Die fremden Erwerber solcher Mühlen nach dem Jahre 1810 muffen ebenso wie die späteren Erbauer von Mühlen die Folgen der Konkurrenz ers

widen baben, bie fie nach ber boftebenben Berfaffung aus erwarten hatten. Diejenigen Rauter ober Erbauer von Mublen, welche fich unter ber Weltung ber Rabinete Drbre vom 23. Oftober 1826 ber rechteitrthumbiden Unficht bingegeben, daß ihnen baburch ein privilegienartiger Schutz gewährt fei, - mag immerbin Beranlaffung und Saffung ber Rabinets - Ordre wohl eine folde Auffaffung begunftigt haben, - fonnen einen Entschädigungs. Unfpruch burch einen folden Rechtelrrthum niemals begrunden. Gle muffen, wie jeber Staatsburger, Die Folgen Des Bechfels ber Befetgebung felbft tragen, welche fpatere Ertenntnig bes Befferen fortbauernb herbeiführt. Aber auch in jenen menigen Ausnahmefallen laft fich ichon bon bem finanziellen Standpunfte aus ein Auspruch an Die fo vielfach jest belaftete Staatstaffe jur Dedlung eines Schabens nicht rechtfertigen, ben bie Befetgebung vor 40 Jahren burch ein unrichtiges Princip in einzelnen Fällen veranlagt bat. Dagu tommt, wie in den Motiven der Regierung mit Recht bervorgehoben worben ift, bağ bebeutende Entschäbigungen bereits gemahrt find. Es murbe ju ben mannigfachften, in feiner Sinficht zufriedenftellente Refultate verburgenden Berwickelungen fubren, werm ermittelt werben follte, wo bie gegabite Entschädigung einen vollftandigen Erfat bes Berluftes gemabrt habe und wo nicht, und wo ber auch vielleicht erwiesene Rachtheil wirflich in bem Berluft bes 3wangs ober in anderen Umftanben feinen Grund habe; Ermittelungen, Die felbstredend um fo schwieriger find, je weiter entfernt ber Beitpunft Diefer Schabenermittelung von bem ber behaupteten Schabenzufügung liegt.

Kann hiernach eine in folder Weise eintretenbe unmittelbare Stants-Entschädigung für die Berlufte nicht befürwortet werden, welche burch bie Entziehung des Banntechts entstanden find oder sein follen, sa fann auch in der Uebernahme der auf diesen Mühlen haftenden Abgaben burch ben Staat und durch Wiedereinziehung berselben mittelft einer Erhöhung ber Gewerbesteuer von allen Mühlen oder in der Austhebung aller dieser Abgaben; auch soweit fle feine bereits aufgehobenen Gewerbealgaben find, ein gesechtes Mittel zur Abhülfe der Beschwerden nicht gefunden werden.

Die Unausführbarkeit jener Dazwischenkunft bes Staates in Berbinbung mit einer Steuererhöhung ift in den Motiven ber Regierung bargerhan. Es wird auf fie Bezug genommen. Den Abgabe-Berechtigten tunn aber ein Verluft ber gedachten Art nicht zugemuthet werden.

Bwar ift behauptet worden, daß das Geset bom 28. Oftober 1810 gang in Unrecht die Berechtigten ben Regresansprüchen ber Zimspflichtisgen entzogen habe, und daß daher das Brincip ber Gerechtigleit nur wiederhergestellt werden wurde, wenn nan jenen Anspruch wieder freisgibe und ben Berechtigten, die das Objekt ber Berzinfung in Folge der Gestgebung nicht mehr zu gewähren vermöchten und darum ben Zins verlicken nichten, den Regreß an den Staat offen ließe. Aber es beruht bies mit einer unrichtigen Aussalfasinnn.

Bene Bestimmung bes §. 2. des Gesetzes vom 28. Oftober 1810 war eine konfequente Folge der im Landrecht gegründeten. Entschädigungspflicht des Staats und muß in Berbindung des §. 30. des Gesetzes nom 2. November 1810 und §. 9. des Gesetzes vom 30. Mai 1830 erwogen werden.

Amei Wege boten fich zur Erfüllung ber Aflicht bar. Es konnte bem Berleiher bes Zwangsrechts bie Pflicht auferlegt warben, bem Berpflichteten benjenigen Theil der Abgabe zu erlaffen, welcher fit das Bwangsrecht entrichtet wird, gleichgultig, ob dann der Staat ben Erferen entschädigt hatte oder nicht. Das Geset vom Jahre 1808 schlug diesen Weg ein. Aber es liegt am Tage, daß die Ermittelung diese die Berleihung des Zwangsrechts betreffenden Theils in den meisten Källen schwierig und nicht ohne Prozesse durchzusüsihren, eine Ausgebung aller auf der Wühle ruhenden Abgaben aber auch um so weniger zu rechtsertigen gewesen ware, als die Entwerthung des Zwangs- oder Erflusturechts in Folge der Gesegebung dem Erwerber desselben nach allgemeinen Rechtsgrundsägen keinen Anspruch auf Gewährleiftung gegen den anderen Kontrahenten giebt, sondern als ein Zusal betrachtet werden nuß, der den Eigenthümer trifft.

Sei dem aber wie ihm wolle, ein Borwurf, daß der Staat den zweiten Weg einschlug, diese Enischädigungspflicht übernabm und konsequent also auch den Berleiher des Privilegiums den Unsprüchen der Absgabepflichtigen entzog, läßt fich nicht rechtfertigen und ift auch nicht darrum begründet, weil die Entschädigungs-Grundsätze, wie anerkannt werben muß, nicht ausreichen. Warum auch der lettere Mangel jest keinen Entschädigungs-Unspruch weiter begründen und realistren laffe, ift

bereits oben ausgeführt.

Menn hiernach aber ber Staat die Verpflichtung an fich anerkannte, für die Entziehung des Privilegiums Entschädigung zu gewähren, jo erkannte er boch für gerecht, die Abgaben ohne Entschädigung ihres Empfängers aufzitheben, welche die Berechtigung zum Betriebe des Gewerbes betreffen. Sie entsprechen entweder dem zugesagten fort dauerneden Schutze dieses Betriebes ober beruhen auf einem Besteuerungs-Privilegium und nuffen aufboren, im ersterem Falle, weil der Schutz nicht mehr gewährt, im letzeren Falle, weil eine Steuer nicht mehr entrichtet werden fann, wenn kein Steuerberechtigter ba ift.

Auf biefen Grunbfagen bernht bie Bestimmung bes §. 30. bes Gewerbe-Gesetes vom 2. November 1810. Wie fich bie spätere Gesetgebung zu ihr verhalten, wie und ans welchen Gründen die Deflaration vom 19. Februar 1832 erlassen worden ift und nachtheilig eingewirft

hat, ift in ben vorgenannten Drudichriften bargethan.

Die Mehrheit ber Commission entschied sich aus den angeführten Granden bafür, daß nur auf dem von dem Gesey-Entwusse eingeschlagenen Wege hülfe zu bringen sei. Sie ist im Allgemeinen mit der Tendenz bessehen einderftanden, und es konnte fich baber mit fragen, ob in Vesthaltung berfelben thre Durchführung im Einzelnen noch einen tretteren Raum zur Abhülfe der Beschwerde rechtlich gestatte.

Bei ben einzelnen Baragraphen wird bies naber erwogen werben. Dit bem Titel bes Gefeges erklart fich bie Commiffion einstimmig einerstanden und empfiehlt ihn zur Annahme.

Anmerkung 1. Die Gefete, die Milhlen betreffend, find folgende:
1) Allg. Landr. Thi. II. Ait. 15. Abth. V. I. Ait. 23. Edift vom 28. Oftober 1810. *) Gefet vom 2. November 1810. Berordnung vom 15.
September 1818. Kabinete Drbre vom 23. Offsber 1826. Gewerbes
Ordnung vom 17. Jahuar 1845.

[&]quot;) Das Goilt vom 28. Oktober 1810 findet auf die felt 1814 mit Preußen vereinigten Browingen teine Manvendung. Cf. Entscheidungen des Obertribunule vom 27. Erpbender 1847 (Bb. 15. Seite 488.).

2) Chift vom 14. Februar 1772 für Schlefien; 8) für Beftphalen: Defrete vom 3. Angust 1808; vom 12. Februar 1810 Bulletin des lois de 1808 et de 1810). Rabinets Debre vom 18. Dezember 1833.

4) für Berg: Defrete vom 31. Dir; 1809. (Bulletin des lois I. p. 342.).

Rabinets : Orbre vom 18. Dezember 1833.

5) für die ehemaligen hanseatischen und Lippe-Departements: Defrete vom 13. und 28. März 1790, vom 2. und 17. März 1791 (Code général français VIII. p. 37. und 39.). Code Napoleon art. 538. und Berordnung vom 9. Ventose 4. f. VI. (Code général français VIII. pag. 59.). Rabinets Debre vom 18. Dezember 1833.

6) für Dibreugen nub Lithanen inel. Ermeland und Rarien:

werberichen Rreis: Gbift vom 29. Darg 1808.

7) für Bosen, Culm, Dichelau, Thorn: Geset vom 13. Dai 1833. 8) für Sachsen, Obers und Rieber: Lausity: Generale vom 8. Rai 1811 (Codex Augusteus Abtheilung II. Seite 311. 3te Fortsetzung. Ges nerale vom 13. August 1812 und vom 12. August 1812, in subsidium: bas Allg. Breuß. Landrecht Thl. II. Tit. 13.

9) für bie ehemaligen Raffauifchen ganbesthelle: Berorbnung vom 9. und 11. Dezember 1815 Raffanische Gefet : Sammlung Band I.

Seite 336.)

10) für Behlar, herzogthum Beftphalen, Grafschaft Bittgenstein und für Erfurt: Allg. Landr. Thi. II. Tit. 15. V. Abschnitt.
11) für Neus Bommern und Rügen: das allgemeine beutsche Recht. (3wangs: und Bannrechte eriftiren dort nicht.)

Anmerkung 2. 1. Die Bermuthung für die grundzinsliche Rainr ber Abgabe ist aufgehoben und die Gleichheit beider Theile in Betresf der Beweislaft hergestellt.

Die \$5. 3. und 5. ber Einleitung jur Allgemeinen Gerichts Dronung lauten: Jeber Rechtsftreit fest eine Thatfache voraus, aus welcher bie ftreitige Befugnif ober Obliegenheit entspringen, ober worauf fie fich grunden foll. In jedem Brogeffe muß alfo vor allen Dingen untersucht werben, was für Thatfachen babei jum Grunde liegen und wie fich biefelben nach ber Bahrheit verhalten.

Der S. 16. ber Einleitung jur Allg. Ger. Drbn. verlangt, bag berjenige, beffen Anspruch fich auf eine geläugnete Thatsache grundet, schuldig fei, Die Beweismittel für die Wahrheit der Thatfache anzugeben; wobei indessen nach §. 17. 1. c. ber Richter felbstikandig auf Ermittelung ber Mahrheit hinzuwirken befugt 1883; und ber §. 28. Tit. 13. Thi. I. A. G. D. bestimmt:

Sind teine andern rechtlichen Brasumtionen vorhanden, fo giebt ber Sat ben Anoschlag: bag feine Thatsache und feine Beranberung vermuthet wird; und muß baher, wenn ein Rlagepunkt ober Einwand blos in et: nem bestrittenen Fatto beruht, weshalb weder Beweismittel beigebracht werben konnen, noch besondere rechtliche Prasumtionen obwalten, ein folcher Rlagepunft ober Einwand verworfen werben. (Cf. übrigens Grkenntniß bes Geheimen Obertribunals vom 8. April 1843. Entschei-bungen Band 8. S. 463.)

Die gur Begrundung einer Rlage vom Rlager, fowie gur Begrundung eines Einwandes vom Beflagten behaupteten Thatfachen muffen alfo von bem Behaup:

tenben nachgewiesen werben.

hiernach wird alfo g. B. ber Gutsherr, falls er ben Muller wegen rud: fländig gebliebener Abgaben verklagt, ben Beweis der grundzischen Natur der Abgabe, schon um seine Klage zu substantiren, zu führen haben, weil der S. 30. des Ediks vom 2. November 1810 und S. 3. der Gewerbe. Ordnung vom 17. Januar 1845 diesenigen Abgaben, welche für den Gewerbebetrieb entrichtet werden, für erloschen erklart haben; wogegen der Müller, welcher auf Erlaß der Abgabe, weil fie gewerbeicher Ratur fei, flagt, bies nachzuweisen has

ben wirb, ba nach §g. 179. und 180. Tit. 7. Thi. I. bes Allg. Landr. ber Guis: herr ale rechtmäßiger und redlicher Befiger ben Titel feines Befiges anzugeben nicht schuldig ift.

In Bezug auf die Beweislaft in Betreff ber gemischten Natur der Abgabe hat ber Blenarbeschluß bes Gebeimen Obertribunals vom 15. Februar 1847 fol-

gende Grundsase ansgesprochen:

a) Bet einer mit Grundbesit verknüpften Abgabe braucht ber Abgabenpflichtige zur Begründung des Anspruchs auf ganzen oder theilweisen Erlaß nicht nachzuweisen, daß der Zins für die ihm ertheilte Concession zum Gewerbebetriebe entrichtet worden; es genügt vielmehr, um die gewerbliche Natur des Zinses anzunehmen, daß der Zins den Gewerbebetrieb trifft - befteuert.

b) die Ausmittelung: ob die Abgabe fich theils auf den Grundbefit, theils auf einen Gewerbebetrieb bezieht, wird daburch nicht ausgeschloffen, daß die Abgabe bei Beräußerung eines fertigen, vollständig ausgerüfteten Mühlenwerks von Seiten der mit der Mühlengerechtigkeit beliehenen

Outsherrschaft vorbehalten werde.

2. Ginigen Anhalt gur Beurtheilung ber Natur ber Muhlenabgabe burften folgende Momente barbieten :

L. Die Gutsherrschaften haben als bie alleinigen Befiger ber Gewerbebes

rechtigungen auf bem Lande bei Ansetung ber Duller

a) nicht nur ben Grund und Boben, mit bem Muhlengebaube, bem bagu gehörigen Areale, ber Bafferfraft, ben Berechtigungen zu holz, Beibe 2c., sondern auch

b) bas Recht jum Betriebe bes Gewerbes veraußert, und

c) um baffelbe nutbarer zu machen, in ber Regel ihre hinterfaffen als Brangemablgafte bem Duller überwiesen.

hieraus muß unbedingt gefolgert werden, bag bie auf einer Rable baftens ben Abgaben in ben mehrften Fallen nicht allein fur ben Grund und Baben x. fonbern auch zugleich fur ben Gewerbebetrieb und bie Iwangeberechtigung flippe

lirt fein tonnen.

Läßt fich bie Konstituirung ber qu. Abgabe aus bem mit bem guts: herrlichen Berhaltniffe verfnupft gemefenen Rechte gur Ausubung eines Regale, in Bezug auf ben Betrieb bes Duhlengewerbes herleiten, mas namentlich in ben Fallen Blat greifen burfte, in welchen Muller bie Gewerbeberechtigungen erft fpater ju ihren Grunbfluden erworben haben, so wurde bie Abgabe wohl mit vollem Grunde als eine fur ben Gewerbebetrieb ju entrichtenbe erachtet werben muffen.

III. Bird nachgewiesen, bag bei einem etwanigen Stillftanbe ber Duble während langerer Zeit die qu. Abgabe gar nicht ober nur theilweise entrichtet worden, so durfte auch hier, wenigstens theilweise die gewerbliche Natur der Abgabe zu folgern sein. (Cf. Schlesisches Archiv von Roch — Baumeister Band 3. Seite 363.)

IV. Geben bie erftem Erwerbungs : Dofumente (Brimorbial : Urfunden, welche nur allein enticheibenb fein tonnen (cf. Grienntnig bes Bebeis men Obertribunals vom 5. April 1845. Entschelbungen Band 13. G. 335.) feine Ausfunft barüber, ob und welcher Theil ber Abgabe ale Entschäbigung reine Ausrung varuver, ov und weicher Theil ver Avgade als Aufchadigung für die Berleihung des Rechts zum Gewerbebetriebe und welcher für die sonftigen Realitäten, als Hof- und Baustellen, Gärten, Aecker, Wiesen, Himmen und sonstige Grundgerechtigkeiten, sowie für die mit überlassene Wasserfraßt für pulitt worden sei, so dürfte, wenn diese Realitäten bei Aussehung des Rüllers bereits vorhanden gewesen und als Pertinenzische Der Muble zu betrachten find, in der Regel auf die gemtschte Ratur ber Ab- gabe zu schließen fein.

Rann nachgewiesen werben, daß ber gange Ertrag bes Grundftucks incl. Bafferfraft, abgefeben von bem Betriebe bes Gewerbes, nicht einmal ben Betrag ber Abgabe und ber Binfen bes bezahlten Raufgelbes erreiche, fo murbe bie Angestime gerachterbigt ericholnen, bas ber Ueberfchus ber Abgabe Chor ben Ertrag bes Grundunds und ber Zimfon bes Ranfveriff als ben Gemerbebotrieb belaftend angesehen werben mußte. Cf. Blenar Befchluß bes Geheimen Obertribunals vom 13. Februar 1847 (Entscheibungen bes Obertribunals Banb 14.

nene Bolge Band 4. Ceite 123 - 134. Der Behauptung, daß auf ble Benennung nichts antomme, fann in ihrer Allgemeinheit nicht beigetreten werben. Gie erscheint unr ba gerechtfertigt, wo fid nachweisen lagt, bag bie Intereffenten mit einem Ramen ober einer Begelchnung einen unrichtigen Begriff verbunden haben, ba muß benn allerbings aus ben fich fonft ergebenben Derfmalen bas mabre Rechtsgeschaft abgeleitet werben. Aindet indessen bie Bezeichnung, als die richtige einer gewerblichen Abgabe in den übrigen Umftanden und Berhaltniffen ihre hinrelchende Bestätigung, dann muß die Abgabe anch als eine gewerbliche auerfannt werben. Cf. Tribus nals : Urtel vom 24. November 1843 (Entscheidungen des Geheimen Obertribu-

nale Band 9. E. 376, p. folg.) VII. Muhlen-Mestorn und Maftgelber find Brodufte ber Muble, ba die Maftung des Biebes mit den Mehlabgangen (Rleie zc.) geschieht, und ber bafür flipulirte Gelbzins ift als eine Gewerbeabgabe anzusehen. Urtel bes Tribunals vom 18. Februar 1842 (Koch Schlef. Archiv Band 5. Seite

450. n. folg. VIII. Der Ausbrud: Zins für has Rahlen, Rühlenzins ift nicht ent-Water ber Anabe. Geb. Obertelb.= scheibend für die Annahma ber gewerblichen Ratur ber Abgabe. Geh. Obertrib.= Urtel vom 28. Oftober 1834 (Roch Schles. Archiv Bb. 3. S. 380.) Geb. Obertrib. : Urtel vom 18. August 1847 (Rechtofalle Bb. 2, G. 63.) und eben fo wenig die Bezeichnung: Dublen pacht. Rechtsfälle bes Beh. Obertrib. vom 10. April 1847 und vom 29. Mai 1847 Banb 1. S. 158. und S. 42. Cf. Erfeminis vom 4 August 1847. (Rechtsfälle Band 2. S. 65.) IX. Das Wort: beständiger erblicher Bins, verträgt fich nicht mit ber zewerblichen Raftie ber Milletasgobe. Soch Schles. Archiv Bb. 2. S. 507.

X. Abgaben, welche in ben biefelben betreffenben Dofnmenten als @ e = werbeabgaben bezeichnet werben, find burch bas Gewerbegefet bom 2. Ro-vember 1810 in ber Regel für aufgehoben zu erachten, wenn auch bas baffer verlichene Gewerberecht mit einem Grundstude verbunden mar, als berfelben bie Berechtigung jum Gewerbebetriebe beigelegt wurde. Cf. Erfengtuif bes Seh. Obertrib. vom 24. November 1843 (Entscheldungen Band 9. S. 3.77. 5. 770. Tit. 18. Thi. 1. Allg. Landr, und §. 3. der Deflaration vom 19. Februar 1832).

XI. Bei ber Frage, ob Grundzins ober Gewerbezins ift bie hupothekarische Eintragung einstussos, weil sie keinen Rechtstitel giebt. Erkenntris bes Geh. Oberbrib, vom 30. Juni und 6. Oktober 1847. Rechtsfälle des Geh. Dbertrib. Band 2. Seite 30. Rr. 14. und Ceite 283. Rr. 149. Chanso unerheblich ift bas Anerkenninis bes Binfes als Grundschulbigkeit, bei Gelegen: heit der Dienstablösung, weil dasselbe hier nur als eine historische Angabe gitt, der Dienkabissung solch fern liegt und über die Nutur des Zinses sich nicht verbreitet. Anch der Bestätigung eines solchen Rezestes kann nicht etwa nach & 170. Berordnung vom 20. Juni 1817 ble Mirkung beigalegt werden, daß der Bestlagte mit feinen Einwendungen aus ber gemerblichen Ra-tur der Abgabe nicht weiter zu boren fei. Auch ber Umftand ift unerhablich. ob und wie lange bie Abgaben geleistet worden; burch bas Gefet vom 2. Deod upp wie lange die alogaven geteiner worven; wart was veren vom 2. menvember 1810 ift der frühere Erwerdsitel der Berjährung mit befeitigt und hach Emanation dieses Geseges nicht wehr beginnen können. Allerh. Kadinets.
Ordre vom 19. April 1823. Cf. Ergänungen und Erläuterungen des Alle.
Preuß. Landrechts vom Gräff, Könne u. Ausgabe da 1848 Namd 2. S. Ten.
All. Es find viele Hälle vorgesommen, in denen sich Miller mit der

Guteberren wegen ber Dublenabgaben und ber ben Dublen guftanbigen Berechtigungen ausemanbergefest und Erftere in ber Regel eine feste Goldvente Shernammen Saban; auch folche, in benen une bie bie boffin in natura abgege-bene Mublenpacht in eine fefte Gelbrente vermanbelt worben ift, und entfteht bier Die auch bereits bei den Berathungen des Abtofungs : Gefehes vom 2. Rärg 1850 ad \$. 100. in ben Rammern (of. oben Seite 130 u. folg. biefes Werts) anges regte Frage:

ob in biefen burch Regeß abgeschloffenen Gachen ber aus ber gewerblichen Ratur bar Abgabe hergeleitete Grund geltend gemacht und verlangt merben fann, bag über bie Ratur ber in Rente vermanbeiten Abgabe jest

noch entschieben werde?

Die Kammern haben burch Berwerfung bes in der Agrar = Commission bean:

tragten Bufates:

"Bit jebuch eine burch bas gegenwärtige Gefet unentgeltlich aufgehobene Berechtigung allein ober nach einer fpeziellen Berochnung in Reute verwandelt, fo hort die Berpflichtung jur Bahlung ber Lettern mit ber Berfundigung biefes Befetes auf. In allen übrigen gallen bewendet es bei ben burch Bertrage ober rochtefraftige Erteuntniffe foftgefesten Abfindung,"

abgleich zur Begrundung beffelben ausgeführt war,

daß burch ben Rente : Berroanblungs : Bertrag nichts weiter als bas Jah-lungsmittel geanbert worben fei. Der eigentliche Rechtsgrund ber Berpflichtung habe keine Umschaffung erlätten, vielmehr fet die unsprängliche Berpflichtung noch sort und sort der Rechtsgrund für die zu mirichtende Kente. Dies ergebe die Borschrift des S. 38. der Ablösungs-Ordnung vom 7. Juni 1821. Wenu jest der Rechtsgrund der Berpflichtung wogfalle, fo muffe bamit auch bie Rente felbft wegfallen,

bereits ju erfennen gegeben und ift es in ben Berichten ber Agrar = Commiffion

naber ausgeführt,

bağ bem Gefebe feine rudwirtenbe Rraft habe beigelegt werben follen, und daß überhaupt burch bie Ablofung eis wer Berbindlichkeit gegen Rente eine Rovation begrundet fei, weshalb and ber S. 170. ber Berordnung vom 20. Juni 1817 Einwenbungen aller Art gegen Auseinanberfehunge:

Regeffe ausschließe.

Auch bas Geheime Obertribnnal hat bereits in bem Erfenntniffe vom 2. Die tober 1947 (Rechtsfälle Bb. 2. G. 270. Rr. 135.) und in bem Erteminiffe vom 10. April 1847 (Rechtefälle 28b. 1. G. 41. Rr. 21.) entschieben, bas bie burch neuere Absommen in's Leben gerufene Regultrung refp. Firirung ber Muhs-lenabgaben theils ad S. 405. Tit. 16. Thl. I. Alla, Lambr. als Bergleich über zweiselhafte Abgaben, theils ad S. 454. L. e. als Rovation zu betrachten sei.

Außerdem heißt es in bem Erfenniniffe bes Geheimen Obertribunals vom

6. Oftober 1847 (Rechtofalle Bb. 2. Geite 283):

Dabe jenes Berfahren auch nur die Umwandlung ber Abgabe jum Gegenftand gehabt, fo hatte Rlager bei bemfelben boch ben Aufpruch bes Guteberru burch bie Ginrebe ablehnen konnen, bag bie Abgabe eine Gewerbeabgabe fei, und ba er fie in jenem Berfahren nicht norgebracht, so habe er fie verloren, und könne mithin auch auf Thatfachen welche jenem Einwande unterzulegen waren, nicht mehr die jetige Rlage fichen.

Ingwischen fann nicht in Abrebe gestellt werben, baf es fehr zweifelhaft erfcheine, ob in bem Betracht, baf bie Doffaration vom 19. Februar 1832 (auf welche fich vornamlich bie beiben erftern Entscheibnigen fugen) nicht mit rudweitsuber Kraft auf die seit dem 2. Robember 1810 geschlossenen Bertrige über bie Regnlirung und Fixirung der Mühlenabgaben angewendet werben soll, nicht angenommen werden musse, die in der Deklaration enthaltene Bermutsung solle bei Beurtheilung der Berhältniffe des Pflichtigen nicht entscheden sein, fonbern es folle hierbei lediglich auf ben Inhalt ber Bertrage felbst gurudgegan: gen werben; und bag alfo, falls über bie Ratur ber Abgabe Streit entfteht, ber Richter biefe nur nach bem Bortlaute und Sinne ber Bertrage zu entscheiben habe.

Da nun überdies aus g. 467. Ihl. 1. bes Allgemeinen Laubrechts, wetscher bestimmt:

Ik die Novation gültig, so kann die neue Berbinbilchkeit nuter dem Borwande, daß die alte nicht rechtsbeständig gewesen sei, nicht angesocheten werden,

und aus S. 468. l. c., welcher lautet:

Doch faun der Schuldner unter eben den Umftanden, unter welchen die Rückforderung einer geleisteten Bahlung stattfindet, die zur Tilgung einer älteren eingeschrittene neue Berbindlichfeit widerrufen,

folgt, bag ber burch bie Rovation Berpflichtete berechtigt ift, bie neuere Bersbindlichkeit zu wiberrufen, wenn er ad §. 178 l. c. nachweiset,

a) bağ er gur Gefüllung ber atten Berbinblichfeit feine Berpflichtung batte,

b) baß ber Empfanger fich baburch bereichert, und

c) daß er aus Irrthum erfüllt habe, so fann, falls der Muller nachweiset, daß die Abgabe gewerdlicher Natur und also ad §. 30. des Evikts vom 2. November 1810 erloschen sei, daß er sich also bei Uebernahme ber an Stelle berfelben stivulirten Rente in einem Irrthume besunden habe, von einer Berbindlichkeit der Novation für ihn wohl nicht die Rede fein.

Da es nun angerdem zweifelhaft ift, ob namentlich in benjenigen Fällen, in welchen ftatt des Naturalzinses nur ein sester Geldzins verabredet, also nur die Art der Zahlungsmittel verändert worden, eine Rovation vorgenommen ist, (cf. S. 453. Tit. 16. Thl. I. Allg. Landr.) so ergiebt sich hierard die Noth wens bieder für der gestellt genom un welchen.

bigfeit für den Richter, in jedem einzelnen Falle genau zu prüfen:

a) ob dergleichen Berträge, Rezesse zu. als Bergleiche über zweiselhafte Rechte
und Berpflichtungen oder als Rovation rechtsgültig bestehend zu erachten, oder
b) ob in deuselben rechtsverbindliche Anerkenntnisse der grundzünslichen Ras

tur ber Abgabe vorhanden find.

Daß übrigens in den Fällen, in welchen über die Ratur der Abgabe bereits rechtsträftig entschieden oder solche sonft in rechtsverdindlicher Weise sestgekellt ift, die ergangenen Indikate, Berträge zc. allein maaßgebend sind, folgt das raus, daß dem Gesehe keinesweges rückwirkende Kraft beigelegt ift. (Cf. §. 100. der Ablösungs Drdnung vom 2. März 1830.)

XIII. Die Grundsteuer-Rataster können nicht als vollgultige Beweismitztel in Betreff der streitigen Ratur der Abgabe angesehen werden. (Cf. Rechts-fälle Bb. 3. S. 411., Bb. 4. S. 221. und S. 159. Tit. 10. Thl. I. A. G. D.

XIV. Es fragt fich, ob bie

a) in ben alten Landestheilen seit bem Gesetze vom 28. Oftober 1810 und

b) in ben feit 1815 hinzugekommenen feit ber Gewerbe : Ordnung vom 17. Januar 1845 etwa verabrebeten Muhlenabgaben für erloschene resp. unsgültige Gewerbeabgaben zu erachten feien?

Das Geheime Obertribunal hat foldes verneint. (Cf. Rechtsfälle Bb. 4.

E. 7. u. **E**. 242.)

3. Der S. 3. der Deklaration vom 19. Kebruar 1832, welcher in Betreff ber Festikellung bes auf bem Gewerbebetriebe laftenben Theils ber Abgabe, deren gemischte Natur erkannt worben ift, maafigebend fein burfte, fest fest:

gemischte Natur erkannt worden ift, maaßgebend sein durfte, sest fest:
bag die Sonderung der Grundabgabe von der Gewerbeabgabe dem riche terlichen Ermeffen überlaffen werden folle, wobei denn auch die Gegensleistungen berücksichtigt werden muffen;

und wird ber Richter unbebenklich, um einen einigermaagen fichern Anhalt bei ber Theilung zu gewinnen, Sacherständige zuzuziehen und fie mit ihrem Gutsachten zu horen haben.

S. 2.

Jeber Prozeß, in welchem die im S. 1. bezeichnete Frage ftreitig ift ober wird, hat die Wirfung, bag alle auf bem Grund-

ftude ruhenben, nicht als aufgehoben zu beirachtenben ablosbasten Reallaften nach ben Grundfagen bes Gefetes über Ablofung ber Reallaften 2c. vom 2. b. M. fofort abgeloft werben muffen.

In Betreff aller berartigen Prozesse, sie mogen bereits ans hangig sein ober erft tunftig angestellt werben, tritt bie Zustanbigfeit ber Auseinandersegunge-Behörbe ein.

Motive.

Diefer Paragraph legt ben Streitigfeiten wegen Aufhebung ber auf Mublengrundstücken haftenben Abgaben und Leistungen die Wirfung bei, daß die nach dem Ergebniß der vorzunehmenden Erörterungen fortbestehenden Lasten nach Maaßgabe der bereits der Rammer im Entwurse vorgelegten Ablösungs-Ordnung abgelöst werden muffen, weil es als ein dringendes Bedürfniß anzusehen ist, daß das Verhältniß zwischen dem Verspflichteten und Berechtigten vollständig gelöst werde.

Den Auseinandersetzungs Behörben, welche die Ablosungs Drbnung auszuführen haben, benen auch die geeigneten Organe zu Gebote fteben, um die Regulirung nach bem gegenwärtigen Gesetze befriedigend burchzu-führen, mußten daher auch die Streitigkeiten in Betreff ber Muhlenab-

gaben und Leiftungen überwiesen werben.

Rach bem Berichte ber Agrar-Commiffion fant fich bei biefem Baragraphen nichts zu erinnern.

Anmerkung 1. So lange also in ben bei ben Gerichten abhängigen Brozeffen bie Ratur ber Abgabe nicht streitig geworben, ober so lange nicht auf Ablösung provocirt worben ift, bleibt bie Kompetenz ber Auseinandersetzungs- Behörden ausgeschloffen.

Anmerkung 2. Da hiernach bie fämmtlichen ablösbaren Reallasten (cf. §. 6. bes Ablösungs Gesetze vom 2. März 1850) zur Ablösung gebracht werben sollen, so wird mit der Berhandlung über die Eristenz und Ablösdarkelt ber sonst neben der ftreitigen Mühlenabgabe etwa vorhandenen ablösbaren Reallasten, sowie mit der über die etwanigen Gegenleistungen nicht gewartet werden dürsen, bis der Streit über die Kanne der Mühlenabgabe vom Königl. Reviskons Collegio entschieden ist; es erscheint vielmehr nothwendig und zweckmäßig, daß sofort damit vorgegangen, zunächst (cf. §. 3.) die gütliche Bereinigung der Barteien allen Reißes versucht und wenn solche nicht glückt, die Inkruktion über die streitig gewordene Eristenz und Ablösbarkeit der sonstigen auf der Mühle hastenden Reallasten, Behnss Entscheidung erster Instanz neben der Berhand dien dem Königl. Revissons Entscheiden der Entscheidung einzig und allein dem Königl. Revissons Collegio für Landeskuttur Sachen zu Berlin zus seht, vorgenommen werde.

S. 3.

Sind die barüber, ob und inwieweit eine auf einem Muh. lengrundstude haftende Abgabe eine Grundabgabe fei ober für den Betrieb bes Mühlengewerbes entrichtet werden muffe, enteftehenden Streitigkeiten bei der Regulirung nicht gutlich zu besfeitigen, fo überreicht die Auseinandersehungs-Behörde die spruchereif inftruirten Atten mit ihrem Gutachten dem Revisions-Colles

gium für Lanbeeluftur - Sachen gur Entichelbung. Gegen ben Andfbruch beffelben findet weber ein orbentliches, noch ein außererbentliches Rechtsmittel fatt.

Alle schon anhängige, noch nicht rechtsfrästig enischiedene Brojeffe gehen, wenn gegen das bereits ergangene Erfenntniß ein Rechtsmittel eingelegt wirb, ebenfalls an bas Revisions - Collegium jur enbgultigen Enticheibung auf Grund bes gegenwartis gen Befetes.

Rur bie bei Berfandung biefes Gefebes in ber Revisions. ober Richtigkeits-Inftang schwebenben Prozesse werben burch Ents fceibung bes Obertribunals jum Austrage gebracht.

Motive.

Die Besorgnis, daß nach Aufhebung ber Deffaration bom Jahre 1832 bie Frage, ob die Muhlenabgabe eine Gewerbe = ober eine Grundabgabe fei, haufig Gegenftand eines Projeffes werben burfte und badurch bie Berufung ber Betheiligten und eine bollftandige Ordnung ihrer Berhaltnife noch in weite Ferne geschoben werden mochte, wenn biefe Brozeffe bem gewöhnlichen Rechtsgange burch alle Infangen überlaffen wurden, hat Die erfte Beranlaffung gegeben, ben Borfchlag eines fchieberichterlicen Ausspruche ju machen und fo jene Beforgniß zu gerftreuen. (Cf. ftenographische Berichte ber zweiten Rammer B. 3. 6. 1949.)

Da aber Schieberichter in ber Regel nur in thatfachlichen Berbaft. niffen, aber nicht über bie Ratur eines Rechts füglich entscheiben konnen, fo ift ber Borfchlag gemacht, alle biefe Brogeffe gur fofortigen befinitiven Entscheibung burch bas Königl. Revisions-Collegium für Landesfultur-Sachen ju Beriln ju bringen; und ift biefer Borfchlag finaliter in ber

Faffung bes S. 3. angenommen. *)

Anmerkung 1. Es fragt fich hierbei, a) ob auch bas Rechtsmittel ber Restitution gegen Kontumazial : Erfenutniffe, falls solches ad §. 31. der Berordnung vom 21. Inti 1846 (Gefes-Sammlung de 1846 Fol. 300.) ju begründen ift, b) ob die Rullitäteklage ad §. 2. Rr. 1. 8. 4. und 5. A. G. O. I. 16. c. od bie Restitutionsklagen ad §§. 13.—16. l. c. und ad §. 17.—23. l. c.

gutaffig feien? Ad b. und e. wird wohl unbedingt zu bejahen fei, ba biefe Rechtsmittel nicht an ben orbentlichen und außerorbenifichen Rechiemitteln mabrend bes Brogeffes gehören; ad a. ift es zweifelhafter, obgleich es nicht in ber Abficht bes Geleggebers gelegen zu haben scheint, auch biefes außerorbentliche Rechtsmittel abzuschneiten.

Unmerkung 2. Es fragt fich, ob bas Konigl. Revisions : Collegium ad

[&]quot;) Die erste Kammer hatte zwar in ihrer 119. Sitzung beschloffen, biefen Paragraphen zu verwerfen und Die Entscheibung ber qu. Etreitfragen ben gewöhnlichen Gerichten zu belaffen; indeffen hat fie, nachdem die zweite Rammer in ihrer Sibung vom 20. Februar 1850 bei ihrem früheren Beschluffe verblieben, weil die Abanderung bes §. 3. nach dem Borschlage der ersten Kammer in die retten und unzweiselhaften Wiberspruch mit §. 2. des Gefeges treten wurde, in bor 24. Sigung am 22. Februar 1850 ihren foliharen Baftigus wieder verlaffen.

5. 4. bes Roften : Regulative vom 25. April 1636 anch in biefen ihm jur Enticheibung in erfter und alleiniger Inftanz übertragenen Sachen Urtelsgebuhren
anfeben und von ben Barteien einziehen laffen barf?

Diese Frage burfte zu verneinen sein, well biese Behörbe an Stelle ber Spruch : Collegien ber Anseinandersehungs : Behörden int erfter Infiang zu ent: febeiben hat und diese nicht befugt find, Urtelsgebuhren in Ansah zu bringen.

8. 4.

Alle Ansprüche auf Befreiung von ben auf Mublengrundfruden haftenben Abgaben, welche barauf gegrandet finte:

baß bie Abgaben burch bie Bestimmungen bes §. 30. bes Ebifts vom 2. Rovember 1810 ober bes §. 3. ber Angemeinen Gewerbe-Ordnung aufgehoben worben seien,

muffen, bei Berluft bersetben, Seitens bes Berpflichteten vor bem 1. Januar 1855 bei ber zuständigen Auseinandersehungs-Behörde angemelbet werben.

Motive.

Die vorgeschriebene Praklustrift für ben Antrag auf Regultrung im Betreff ber noch nicht jum Prozes gelangten, wie ber barin befangenen Abgaben, ift nothwendig, bamit durch eine boldige Regultrung ber ftreitigen Abgaben biefer Quelle ununterbrochener Beschwerben ber betrefenben Gewerbetreibenden erwilch ein Biel gesetzt werbe.

Die Agrar = und Sewerbe - Commissionen haben hierbei, in Berudsichtigung ber Bestimmung bes Ablösung 6-Gefetes beschlossen, in ber vorletten Zeile statt bes 1. Januar 1851 "ben 1. Januar 1855" zu sehen (cf. ffenographische Berichte ber zweiten Rammer 85. Sizzung, Seite 1947. und S. 1969.; ber ersten Kammer E. 2778.), und haben ben vorgeschlogenen Termin genehmigt.

Anmerkung. Diese Amnelbung beabsichtigt, bem Muller ein Mittel gume Schutz gegen ben Verlust bes Einwandes, das die qu. Muhlenabgabe als eine gewerbliche unentgelblich aufgehoben worden set, zu gewähren und wird baher ber Muller, wie es auch bereits vorgesommen, eine Ausdeinigung über die vor dem 1. Januar 1853 geschehene Anmelbung ausstellen lassen mussen.

8. 5.

In allen Fällen, in welchen für ben Berluft einer für von Gewerhebetrieb entrichteten Abgabe nach bem Entschädigungs-Gesche zur Allgemeinen Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1945 eine Entschädigung and der Staatstaffe in Anspruch geswommen werden fann, ift der betreffenden Regierung von dem Antrage auf Einleitung des Bersahrens Rachricht zu geben. Der Rezierung bleibt in solchem Kalle überlassen, zur Wahrnehsmung des sistalischen Interesses einen Anwalt zu bestellen, welscher bei allen Berhandeungen zugezogen werden nuts.

Motive.

Der S. 4. erwähnt nur bie Falle, in welchen fur bie Aufhebung gemerblicher Abgaben eine Entschädigung burch bas Entschädigungs. Geses vom 17. Januar 1845 zugesichert ift, weil ein anderweiter Anspruch auf Entschädigung ans ber Staatsfasse für ben Berluft ber bereits vor Bublifation ber Allgemeinen Gewerbe-Ordnung vom 17. 3anuar 1845 aufgehobenen Abgabe - Berechtigungen nicht mehr geltend gemacht werben fann.

Anmerkung. Da bei ben Auseinanberfehungs Behörben nicht befannt fein kann, ob bie ad §§. 4. 5. und 6. bes Entschäbigungs Gefebes zur Allges meinen Gewerbe Drbnung vom 17. Januar 1845 angeordnete Braclusion mit ben Gutschäbigungs : Ansprüchen eingetreten fei, fo wird in allen bei ben Ausein: anderseungs Behörden jest anhängig werdenden Prozessen der Muhlen und bei Prozestationen auf Wilssung, falls in lettern der Wegsall eines Theils der Absgabe, weil solche eine Gewerbeabgabe sei, gefordert werden sollte, der betreffenden Regierung Nachricht zu geben sein.
Die Königl. Regierung, Abtheilung des Ingern, zu Franksurt a. D. hat

fich bereits babin ausgesprochen, bag bergleichen Entschäfigungs-Anspruche über-haupt nur in ben feit ben Befreiungefriegen mit Breufen wieber vereinigten ober neu hinzugekommenen Landestheilen zulaffig erschienen, was sowohl aus ber Fassung bes Gesehes, als auch aus ben oben angeführten Motiven schon zu folgern ift.

Nebrigens ist nur noch barauf aufmerklam zu machen, bag nach \$. 4. bes Entschäbigungs : Gefehes vom 17. Januar 1845 ein Anspruch auf Entschäbigung nur alebann beruckfichtigt wirb, wenn berfelbe bis jum Schluffe bes Jahres 1845 fchriftlich bei ber betreffenben Regierung angemelbet worben ift.

S. 6.

Bei jeber Ablöfung ber auf einem Duhlengrundftude haftenden Reallaften ift der Befiger beffelben zu fordern berechtigt, baß ihm ein Drittel bes Reinertrages bes Grunbstude verbleibe und bag, soweit es hierzu erforberlich, bie Abfindung für bie gur Ablösung kommenden Reallasten vermindert werbe.

Stehen bem verpflichteten Muhlenbesiger mehrere Berechtigte gegenüber, welche fich hiernach eine Berminberung ihrer Abfinbung gefallen laffen muffen, fo erfolgt bie Berminderung nach Berhaltniß ber Größe ber Abfinbungen.

Der Reinertrag bes Mühlengrundstude wird in folgender Art ermittelt:

Es wird der gegenwärtige gemeine Rauswerth, d. h. der Werth, welchen bas Mühlengrundftud nebft allem Bubehor, nach feiner Baffertraft, Lage, ber gur Beit ber Abichatung beftebenben Konkurrenz und anderen bestimmenden Umständen, in Erwägung aller auf ihm ruhenben Lasten und Abgaben, und aller ihm zustehenden Berechtigungen hat, in Baufch und Bogen burch Schiederichter festgestellt.

Bu bem Werth wird bie Entschädigung gerechnet, welche bem jebigen ober einem früheren Besitzer des Mühlengrundstuds für Aushebung damit etwa verbunden gewesener Zwangs oder Bann-rechte oder ausschließlicher Gewerbe Berechtigungen, gewährt worben oder noch zu gewähren ift.

Alsbann werben vier Procent bes so ermittelten Kauswerths und ber gedachten Entschädigung mit bem Jahreswerthe aller abslösbaren Reallasten bes Mühlengrundstuds nach Abzug ber nach \$8. 59. und 60. des Gesess über Ablösung ber Reallasten vom 2. b. Mis. zu berücksichtigenden Gegenleistungen zusammengerechnet.

Die Summe bavon ftellt ben Reinertrag bes Grunbftude bar.

1. Motive.

In §§. 63. und 85. des Entwurfs zu dem Gefetze über Ablösung der Reallasten ze. ist der Grundsatz angenommen, daß die Prästations-sähigkeit einer Stelle für gesichert zu erachten, wenn der Werth der auf ihr hastenden Reallasten zwei Dritttheile des Reinertrages des Grundstücks, der sich nach dem gemeinen Kauspreise bestimmt, nicht übersteigt. Derselbe Grundsatzlige zemeine Kauspreis eines Mühlengrundstücks repräsentirt den Werth desselben unter Beachtung des Umstandes, daß wegen der Möglichseit erhöhter Konkurrenz auf einen bestimmten Umsang des Gerverbebetriebs mit Gewißheit nicht zu rechnen ist. Sosern dem Bestiger der Mühlen nach Abrechnung der Lasten 1/3 des Werths frei bleibt, läßt sich annehmen, daß er sich im prästationssähigen Zussande erhalten kann; bei einer karleren Belastung wird dies aber nicht der Fall seine. Demzusolge müssen die Mühlen-Prästationen, welche den Berth von 1/2 des belasteten Grundstücks übersteigen, auf das angegebene Maaß reducirt, und dieser Vortheil nuch allen Mühlen zu Theil werden, ohne Rücksicht darauf, ob die Abgaben in irgend welcher Art sessiehen oder noch streitig sind.

seiftkeben ober noch fireitig sind.

Nach S. 63. des Entwurfs zur Ablöfungs-Ordnung sollen seste Geldabgaben und Geld- und Getreide-Reluitions-Renten bei den zu Eigenthum, Erdzins- und Erbpachts-Renten besessenten nicht zu den einer möglichen Reduktion unterliegenden Reallasten gerechnet werden, auf regulirungsfähige Grundstücke ist diese Ausnahme im S. 85. ibid. nicht ausgedehnt. Es scheint auch dei den Rühlen am Orte zu sein, eine solche Ausnahme nicht zu machen, weil die Rühlenbestzersich überwiegend in einer hülfsbedürftigen Lage besinden, ein großer Theil ihrer Prästationen gerade in Geldabgaben besteht, viele Natural-Leistungen bereits in Renten verwandelt sind, und weil Geldabgaben und Reluitions-Renten die Prästationssähigkeit der Rühlen nicht weniger als andere Lasten gesährden. Andererseits müssen dagegen Entschädigungs-Rapitalien, welche für Ausbedung einer Erssusverechtigung oder des Rablzwanges etwa dem jezigen oder einem frühern Bester der Mühle gezahlt worden, oder zu zahlen sind; dem Kauswerthe der Mühle binzugerechnet werden, indem diese Kapitalien einen theilweisen Erfat für die dem Etablissenent durch die Gewerbefreiheit zugefügten Rachtheile bilden

und es die Schuld des Besthers ift, twein er die erhattene Abstadung nicht zur Abstogung der Reallasten verwendet, oder bei der Erwerbung des Mühlengrundstücks unbeachtet gelassen hat, daß für dasselbe zur Ausseleichung jener Rachtheile eine Absindung bereits gewährt ist. Da die Ermittelung der Prästationsfähigkeit die Schätzung des Werths der Meallasten bedingt, so wurde es unzweckmäßig sein, dieselbe nicht gleichzeitig zu einer Ablösung der Lasten, welche ohnehin begünstigt werden muß, zu benutzen. Deshalb soll jeder Prozes über die Ratur der Mühlemadgaben zugleich die Wirkung einer Provosation auf Ablösung der sortbauernden Keallasten der Mühle haben und die Gerabschung zu hosher Lasten nur bei Gelegenheit einer Ablösung erfolgen.

2. Bericht ber Agrar- und Gewerbe-Commiffion.

Bu S. 5. murben folgenbe Abanberungen refp. Bufage beantragt:

1) In Die Stelle bes S. 5. gu fegen:

"Die fammtlichen auf Mühlengrundstüden haftenden Laften und Abgaben follen in der Art regulirt werden, daß zuvörderft der Werth der vom Müller zu leistenden Abgaben festgestellt wird. hiervon kommen in Abzug:

a) ber Werth ber Gegenleiftungen bes Berechtigten,

b) Die Binfen ber etwa erhaltenen Entschädigung.

Das verbleibende Restduum wird halbirt. Die eine Balfte fallt. fort, die andere Salfte verbleibt als fortbestehende Abgabe. Der Reinertrag des ursprünglich mit der Mühle verliehenen Areals, Gebaude ic, bleibt bei Berechnung außer Betracht."

2) Dem Artifel 5. folgende Faffung ju geben:

"Die fammtlichen, gegenwärtig auf Dublengrundftuden noch anger ber Königlichen Gewerbesteuer rubenben Laften und Abgaben follen in ber Art regulirt werben, baß nach Abrechnung

1) ber bom Berechtigten ju gewährenden Gegenleiftungen, , 2) bier Brocent Binfen bes eine erhaltenen Entichabigungs - Sa-

pitale fur aufgehobene 3mange und Bannrechte,

3) bes Reinertrags bes bei ber urfprünglichen Berleibung tes Mublengrundftude mit überwiefenen nugbaren Grund und Bobens, als Aeder und Wiefen,

ber noch übrigbleibende Theil gur halfte in Begfall fommt. Giervon bat ber Berechtigte bem Berpflichteten ein Biertel gang zu erlaffen, ein Biertel bagegen wird bem Berechtigten vom Staate

entschädigt."

- 3) Der Reinertrag ber Muble wird folgender Art festgestellt: Es wird der Jahreswerth aller ablösbaren Reallasten mit der Entschädigung zusammengerechnet, welche dem jesigen oder einem früheren Bestiger des Mühlengrundstück für Aufbebung damit etwa verbunden gewesener Zwangs oder Bannrechte oder aussschieslicher Gewerbeberechtigungen gewährt werden oder noch zu gewähren ist. Bier Procent dieser Entschädigung werden mit den Realkasten zusammengerechnet und es kommen hiervon die sämmtelichen Gegenleistungen incl. der sich aus Grund und Boden beraussstellenden Kente in Abzug, wodurch der Reinertrag gebildet wird.
- 4) Un Stelle bes zweiten Alinen gu fegen:

"Der Reinertrag bes Mublengrunbftude wird burch Schieberich-

ter in Paufch und Bogen feftgeftellt.

Bu bemfelben werben vier Procent ber Aapitals-Entschäbigung gerechnet, melche bem jehigen ober einem früheren Befiger bes Mühlengrundfluds für Ausbebung bamit eine verbunden gemefener Bwangs- ober Bannrechte, ober ausschlichticker Gewerbeberechtigungen getrährt worden, ober noch zu gewähren ift; der so ermittelte Betrag bildet ben zum Grunde zu legenden Gesammts Reinertrag."

5) Am Schluffe bes erften Allinea zuzufeten:

"Insoweit bei Berechnung bes bem Besitzer eines Muhlengrundsstuds hiernach freizulassenben Drittels bes Reinertrags seines Grundstuds eine Berminderung ber abzulösenden Reallasten nothswendig wird, erfolgt die Entschädigung bes oder ber Berechtigken zum 20sachen Betrage bes burch die Berminderung entsallenen Rententheils Seitens ber Staatstaffe. Die Liquibrung an die Staatstaffe und die Auszahlung des Entschädigungs-Beirags an die Berechtigten bat die Auseinandersegungs-Behörde von Ante-wegen zu übernehmen."

Die ju 1. und 2. gebachten Antrage geben von einem wefentlich anberen Brincip aus, ale ber Gefes-Entwurf. Sie gehören zu ber ichon in ber Einleitung biefes Berichts hervorgehobenen britten Gruppe.

Es follen auf Seiten ber Gutsberrichaft blos in Rechnung geftellt

werben nach bem Untrage ju 1:

a) ber Werth ber Gegenleiftungen, welche ber Gutsherrichaft abliegen, b) Die Binfen bes Entschädigungs-Rapitals, welches ber Muller für

Aufhebung ber Zwange und Bannrechte bat.

Gegen Diesen Antrag murde geltend gemacht, daß es rein willfürlich sei, auf Seiten der Gutsherrschaft blos den Jahresmerth der Segenleis Aungen und die Zinsen des Entschädigungs-Rapitals in Rechnung zu stellen. hiernach wurde z. B. bei einer Duble, mit weicher Ländereisen verlieben sind, deren Ertrag den Werth der Leistungen des Müllets überkeige, die Abgabe des Müllers doffenungsachtet um die Sälfte ermäßigt werden muffen.

Die Commiffion war ber Anficht, bag ein folches Berfahren eben

fo ungerecht, ale unbillig fein murbe.

Der Antrag sub 2. milbert gwar die Unbilligkeit bes Antrags aub 1. insofern als er zu Gunften ber Gutsberrschaft auch ben Ertrag ber mit ber Muble verliehenen Lanbereien in Acconung siellt, im Wefentlichen gilt aber bas zu 1. Gesagte auch hier.

Beibe Antrage find mit febr überwiegenber Stimmenmehrheit ber-

worfen worben.

Bei der Berathung über den im §. 5 ausgesprochenen Grundsay, daß dem Mühlenbestiger 1/3 des Reinertrages des Mühlengrundstude berbleiben solle, wurde von einer Seite zuvörderst überhaupt in Abrede gestellt, daß die hiernach eintretende Ermäßigung der Entschädigung bes Berechtigten gerechtfertigt sei. Bon einer Präftationsfähigseit dei Mühlen fönne überhaupt nicht die Rede sein. Die bisherige Gesetzgebung senna nur eine Prästationsfähigseit bei bäuerlichen Stellen, nicht aber bei gewerdlichen Anlagen, zu denen die Mühlen geboren.

Die Bestimmung über die Gewährung eines Drittels bes Reiner-

trages fei mithin eben jo neu, als willfürlich. Man gebe gu, bag ein großer Theil ber Müller sich in einer sehr gedrückten Lage befinde, bies sei aber nicht die Schuld der Berechtigten, sondern es sei die Folge der durch das Gewerbegeset vom 17. Januar 1845 freigegebenen Konlurrenz, des höhern Aufschwungs, den das Mühlengewerbe durch die großen Fortschritte in der Mechanik genommen, und endlich der Ueberfüllung, die bei jedem andern Gewerbe in nicht minderem Maaße eingetreten sei.

Die anderen Gewerbsgenossen seien dadurch eben so schwer betroffen wie die Ruller. Es sei gar kein Grund abzusehen, weshalb gerade den Rullern, welche gutsherrliche Abgaben von ihren Mühlen geben, eine Erleichterung zu Theil werden solle. Undere Müller befänden sich in Folge der veränderten Gewerbe-Verhältnisse in einer nicht minder dussen, wohl aber beträchtliche Schulden. Halte man mit Rücksicht auf die nachtheiligen Folgen der Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 eine Erleichterung der Müller einmal für nothwendig, so wurde man sie den zulegt erwähnten Müllern ebenfalls angedeihen lassen nur das Aequivalent des Kausgeldes, seien also gewisserrlichen Abgaben nur das Aequivalent des Kausgeldes, seien also gewisserrlichen Abgaben nur das Aequivalent des Kausgeldes, seien also gewisserrlichen Abgaben nur das Aequivalent des Kausgeldes, seien also gewisserrlichen Abgaben nur das Aequivalent des Kausgeldes, seien also gewisserrlichen Abgaben nur das Equipalent des Kausgeldes, seien also gewisserrlichen Abgaben nur das Etundeng die Berechtigten durch einen erzwungenen Erlaß büßen zu lassen.

Mit bemfelben Recht fonne man auch bem auf einer burch bas Gewerbegefet ruinirten Duble eingetragenen Spothefen-Glaubiger einen

Theil feines Rapitale nehmen, Damit ber Muller fubfiftire.

Man muffe bemnach in ben ben Berechtigten burch ben vorliegenben Geset-Entwurf angesonnenen Opfern eine Verletung bes Art. 8. ber Verfassung erbliden. Fühle aber ber Staat Milleid mit ber Lage ber Müller, glaube er, daß es durchaus nothwendig sei, sie zu unterfützen, so möge er bies aus eigenen Mitteln thun und sie nicht auf die Berechtigten anweisen. Man wolle den Müllern jede Beihulse Seitens bes Staats gern gönnen.

Bon biefem Gefichtspunfte aus ift ber sub 5. gedachte Antrag geftellt. Bon einem Mitgliede ber Commiffion wurde fogar die Frage in Anregung gebracht, ob nicht ber Staat verpflichtet fei, den Müllern allen Schaben, den fie erweislich durch die neuere Gewerbe-Gefetzebung

erlitten, zu erftatten batte?

Es murbe hierbei insbefondere hervorgehoben, daß durch die Einsfihrung der Gewerbefreiheit der Staat fehr erheblich gewonnen habe. Es fei in Folge derfelben eine große Anzahl neuer Mühlen entftanden, und der Staat beziehe von den neuen Mühlenanlagen eine fehr bedeustende Summe an Gewerbesteuer, die ihm ohne vollständige Freigebung des Mühlengewerbes nicht zustließen wurde.

Die Majorität ber Commiffion fonnte weber Die lett gebachte Frage bejahen, noch ben gegen bas Brincip bes §. 5. geltenb gemachten Grun-

ben beitreter.

Sie glaubte zunächft ben allgemeinen Grundsat festhalten zu muffen, bag ber Staat keine Berpflichtung zu einer Entschädigung für die Nachtheile habe, welche die nothwendige Folge von staatlichen, socialen oder gewerblichen Beränderungen sind, sei es, daß ste von selbst eintreten oder daß sie der Staat in Berücksichtigung des allgemeinen Bohls und einer dringenden Nothwendigkeit herbeizuführen veranlaßt ist. Der Staat habe

feinerseits burch die Entschäbigungen für die Aufbebung ber Brodgsund Bannrechte ben Müllern schon jebe mögliche Berückschitigung zu

Theil werden laffen.

Dem Staate gegenüber fonne bem Muller feine andere Stellung eingeraumt werden, wie anderen Sewerbsgenoffen. Bolle man ben Mullern Entschädigungs - Unsprüche jagesteben, so müßte man anderen Gewerbsgenoffen, welche z. B. durch die Gewerbefreiheit, durch Anlegung von Eizenbahnen u. f. w. nicht geringeren Schaden erlitten hätten, ein Gleiches bewilligen. Dan wurde dann sehr bald bei der Grenze des Unmöglichen anlangen.

Eine bem Staat obliegende Entschädigungs - Berbindlichteit muffe biernach in Abrede gestellt und jeder dahin zielende Antrag abgelehnt werden. Demgemäß murde ber Antrag sub 5. mit 30 gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Dagegen war die Majorität ber Commission ber Ansicht, bag bie Bestimmung bes §. 5. bes Entwurfs, wonach bem Müller 1/2 bes Reinsertrages verbleiben und soweit es hierzu erforderlich sei, die Berechtigten sich ihre Absündung fürzen lassen mußten, gerechtsertigt fel.

Es wurde hervorgehoben, bag bie Dublen, um bie es fich bier bandle, größtentheils ebenfalls in einem abnlichen gutsherrlichen Wer-

haltniffe fteben, wie die bauerlichen Stellen.

Dierzu tomme, daß es im Intereffe der Berechtigten felbft liege, baß

Die Düller befteben fonnen.

Im entgegengesesten Falle wurden die Berechtigten durch uneinziehbare Reste und Prozesse häufig eben so große Ausfalle haben, als ber Ausfall ift, der möglicher Beise dadurch eintritt, daß bem Rühlenbefiber 1/2 des Reinertrages verbleiben muß.

Endlich aber fei zu ermagen, daß durch ben S. 5. bie Möglichfeit gegeben ift, das gange Abgaben - Berhältniß zwischen ben Mullern und ben Berechtigten auf eine für beibe Theile zufriedenstellende billige Beife zu ordnen.

Es wurden so einerseits die Nachtheile der Brozesse, welche durch die im S. 2. der Deflaration vom 19. Februar 1832 zu Unrecht aufgestellte Bragumtion verloren gegengen sind, vermindert, andererseits die Prozesse, die sonst darüber, ab die Abgaben Gewerbeabgaben oder Rühlenabgaben seien, entstehen dursten und deren Ausgang nach Ausbebung der SS. 1. und 2. des Gesetzes vom 19. Februar 1832 ein sehr zweisselhafter sein möchte, beseitigt werden konnen.

Nachdem beschloffen worden war, den erften Absat bes S. 5. bes Entwurfs, nach welchem bem Mublenbefiger 1/2 bes Reinertrages verbleisben foll, anzunehmen, fam noch in Frage, auf welchem Wege ber Rein-

ertrag am zwedmäßigften zu ermitteln fei?

Es waren in Diefer Beziehung zwei von bem Entwurf abreichenbe

Antrage geftellt worden.

Der ju 3. ermähnte Untrag murbe mit fehr überwiegenber Stimmenmehrheit verworfen, weil berfelbe auf einem falfulatorifchen Irribum berube.

Bu Gunften bes zu 4. ermahnten Antrags, nach welchem ber Reinertrag burch Schiederichter feftgeftellt werben foll, wurde geltend gemacht, bag nach \$. 5. bes Entwurfs ber gegenwartige Raufwerth feftzuftellen fei.

Wenn man fich über ben gemeinen Raufwerth aussprechen folle, fo muffe er wie bei ben zu ben Landwirthschaften gehörigen Grundftuden burch bie Erfahrung befannt sein.

Es fei ber Raufwerth, ber im gewöhnlichen Bertehr für Grund-

fläde bersalben Art, (all basjenigs, für welches der gemeine Kaufwerth

angegeben werben folle) banfig vergetommen.

Die befannten Kaufwerthe der Mühlengrundstude rührten großenstheils aus ber Zeit vor 1845, d. h. aus einer Zeit, in welcher das Buhlengewerbe noch einträglich war und die Mühlen einen höhern Berth hatten, wie jest. Dazu fomme, daß in jener Zeit oft sehr koftspielige Anlagen und bedeutende Bauten vorgenommen, die keinen Ertrag gewährten, wenngkeich ihr Bauwerth ein bedeutender fei. Wolle man diefe zum Maaßtab nehmen, so erhalte man viel zu hohe Kaufwerthe, und die Bestimmung wegen Belassung von 1/2 des Reinertrags fei ganz illusvisch.

Bolle man aber ben gegenwärzigen Raufwerth fich erft burch lieberschlagung bes Acimertrags ichaffen, fo fei es einfacher, ben Reinertrag gleich direft angeben zu laffen, anftatt burch benfelben erft ben Raufwerth zu finden und nun wieberum, um ben Reinertrag festzustellen, die Bin-

fen bes fo gefundenen Raufwerths in Rechnung je feben.

hiergegen wurde geltend gemacht, daß der Aufwerth immer ein bestimmterer Ausbruck fei, als der Reinertrag, wenngleich Letterer bei Arbitrirung des Ersteren im Allgemeinen zu berückschigen sei, da selbstrebend nur der gegenwärtige Raufwerth und nicht der aus einer früheren Zeit berückschigt werden fonne.

Ferner fpreche Die Anglogie bes Ablofungs-Gefebes für biefe De-

thobe ber Reinertrage - Ermittelung.

Augerdem aber gebe ber Aufwerth eine außerfte Grenze an, über welche nicht hinausgegangen werben fonne, ba man höchkons annehmen tonne, ein Grundftud babe feinen Raufwerth, nicht aber, bag es einen Minus-Raufwerth babe.

Endlich fei auch zu erwarten, daß bei Bemeffung bes gemeinen Raufwerthe alle zur Muble gehörenden nutbaren Realitäten ihre welle Beruchtigung fänden, was bei Angabe des Beinererags burch Schiebe

richter nicht mit berfelben Sicherheit erwartet werben fonne.

Die Commiffion lehnte baher ben Antrag ju 4, ab und entichled fich, indem 6 Mitglieder fich ber Abftimmeng enthielten, mit 18 gegen 12 Stimmen für ben Entwurf, jedoch mit einer Abanderung bahin, bag dem Raufwerth burch Schiedsrichter feftgestillt werden foll.

In vielen Retitionen ift ber Untrag geftellt, bei Gemittelung bes Reinertrags nach bem Raufpreis Die nachzuweifenben alteften Groet-

bungepreife jum Grunte gu bigen.

hiergegen wurde erinnert, daß beren Ermittelung oft rein vom Aufall abhängig fel, daß dadurch eine febr verschiedene Behandlung der einzelnen betheiligten Miller eintrete, daß, wenn man auf diesen Unitrag olingen wolle, man auch die Leiftungen des Millers nach den zu jener Zeit stattgefundenen Breisen zu veranschlagen habe, daß hierans mannigfache Wolterungen hervorgeben würden und man bestenungeachtet keine Gewähr für die Erlangung eines gerechten und billigen Resultats habe.

Die Commission fit im ihrer überwiegenden Majoriadt ber Anficht gewesen, daß ber Regierungs-Entwurf mit bem zu f. 3. und 5. in Borschlag gebrachten Abanderungen ber hohen Rammer zur Annahme

gu empfehlen fel.

Die über ben bier in Bedo ftehemben Gegenstand eingegangenen Betitionen haben in Diesem Berichte ihre Berudfichtigung und Erlebigung gefunden.

3. Det Meferent ber Commiffionen läft fich (cf. Kenogr. Berichte ber zweiten Rommer, 85. Sigung, S. 1970.) babin aus:

Die Commiffion bat mit febr überwiegender Majoritat angenommen bie Bestimmung in bem erften Abfas bes S. 5., bag ben Dublenbefibern der dritte Theil best Remertrages frei bleibe, und baß, foweit es biergu erforderlich ift, Die Entschädigung bes Berechtigten gefürzt mirb. Dagegen ift eine größere Differeng ber Meinungen barüber eingetreten, wie ber Reinertrag ermittelt werben foll. Es find in Diefer Begiebung verichiebene Untrage im Schoofe ber Commiffton felbft gemacht, Die aus bent Commiffione Bericht hervorgeben und auf beren Erwähnung ich nicht naber eingebe, ba fich ber Commigftonsbericht in ben Banben ber Mitglieder befindet. Außerdem find noch mehrere Amendements geftellt Die Commiffton bat ihverfeits mir ein Amendement gu bem S. 5., betreffend die Methode ber Ermittelung bes Reinertrages, angenommen. Das hauptprincip, bas in bem zweiten Abfage bes S. 5. in Bezug auf Die Ermittelung bee Reinertrages aufgestellt ift, wurde gud nach Diefem Umenbement befteben bleiben. 3ch muß mit erlauben , bier in aller Rurge auf ben Einwand einzugeben, ber bei ber allgemeinen Disfuffion von bem Abgeordneten für hirschberg gegen biefe Ermittelung bes Reinertrages erhoten ift. Derfelbe geht babin, bag biefe Bo-Almmung auf einem großen Irribum beruben muffe.

Es foll ber Reinertrag bes Grundftuds in ber Art ermittelt werben, bag junachft ber gemeine Raufpreis unter Berückschigung ber auf

bem Grundftude rubenden Laften und Abgaben fefigeftellt wirb.

Abgaben und Laften alfo, Die auf bem Granbftude ruben, b. b. grundherrliche Abgaben (um Diefe handelt es fich nur) find bei bem gemeinen Raufwerth, ber bier in Rechnung gestellt wird, bereits in Abjug gebracht. Die nothwendige Folge bavon ift, bag, wenn nun nach ben Bimfen bes Ranfpreifes ber Reinertrag feftgeftellt werben foll, ber Jahredwerth Diefer Abgaben ben Binfen bes angenommenen Raufpreifes hingeetreben nruß. Diefe Abgaben reprafentiren ebenfalls ein Rapibal, was bei Friftellung bes Raufpreifes mit übernommen ift. Es ift gang badfelbe Berhalinif, ale wenn Jemand ben Raufpreis fur ein Brunbftud mit Bebernahme ber barauf rubenben Sphothetenschulben in partem protil Ripulirt bat. Es wird ber Raufwerth mit Rudficht barauf, bag bie Laften mit übernommen werden, ernichfigt. Es ift nicht zu bertennen, baß biefe Methobe ber Reinertrugs-Ermittelung in manchen Begiehungen erhebliche Bebenten bat, bag es zweifelhaft ift, ob unter Bugrundelegung biefer Methode ber Ermittelung bes Reinertrags ber f. 5. von irgend welchem Erfolg fein wird.

Es hat in blefer Beziehung in ber Commission eine große Mednungsverschiedenheit geherrscht; ich selbst gehöre zu den Mitgliedern der Menorität, habe aber hier nur die Ansicht der Majorität zu vertreten. Die Ansicht der Majorität geht allerdings dahin, daß durch die Art und Welse, wie nach dem §. 5. die Ermittelung des Keinertrages veranlaßt werden sell, eine wesentliche Erseichterung der Müller, die sich in Folge der ungünstigen Gewerde-Verhältnisse in bedrängter Lage besinden, eine treten werde. Die Majorität ist aber zugleich der Ansicht gewesen, daß auf benjenigen Verbsserungs-Vorschlag, der in dem Commissions-Amendement auß Rr. L. ausgeführt ist und der im Schoose der Commissions

geftellt wurde, eingegangen werben fann.

Im erften Abfat ftellt ber Antrag einige allgemeine Momente auf, bie bei Abschäuung bes gemeinen Kaufwerthe mit berückfichtigt werben follen. Es beutet biefe Bestimmung barauf bin, bag biejenigen Sachverständigen, die ben gemeinen Kaufwerth abschätzen, ben Ertrag bes Grundftud's und alle biejenigen Momente, die auf ben Ertrag von Cin-fluß find, ins Auge zu fassen haben.

Es find einige mesentliche Momente hervorgehoben: Die Wasserferfraft, die Lage und die Konfurrenz. Im zweiten Theil des Amendements ift bestimmt, daß diesenigen Verbesserungen und Vergrößerungen der Bauanlagen der Mühlen, die seit dem Jahre 1830 auf Rosten des Mühlenbesitzers bewirft worden sind, bei Feststellung des gemeinen Kauswer-

thes außer Betracht bleiben.

Die Majorität ber Commiffion war ber Anficht, bag eine folde Bestimmung unter ben ftattgefundenen Berhaltniffen und aus Rudfichten ber Billigfeit gerechtfertigt erfcheine. Gie ift Davon ausgegangen, bag feit bem Jahre 1830 burch bie großen Fortfchrite in ber Dechanif und in Fabrifanlagen foftipielige Uniagen und Berbefferungen bei ben Dubden hervorgerufen find. Man glaubte, bag eine große Sarte barin liegen murbe, wenn biefe Anlagen bei Teftftellung bes Raufpreifes mit in Betracht gezogen werden jollten. Befonders ift hervorgeboben morben, bag ein großer Theil Diefer Unlagen, Die zu einer Beit, mo bas Bewerbe noch mit größerem Bortheile betrieben werden fonnte, eingerich-· tet worden find, jest feinen Ertragewerth haben. Deffenungeachtet ftedt in folden Unlagen ein bedeutender Rapitalwerth. Will man ichlechtbin ben Roftenwerth Diefer Unlagen mit in Betracht gieben; fo murben Diefe Balle nicht felten fein, wo ber Berth folder Unlagen, Die gegenwartig keinen Rugen gemahren, gang unverhaltnismäßig hober zu fteben tommt. Dem Muller wurde kein Erlag an feinen Abgaben zu Theil werben, felbft wenn die Muble blos aus folden neuen, keinen Ertrag mehr bringenden Unlagen bestände. Es murbe alfo bei allen jenen Danblen, mo der Duller feit dem Jahre 1830 auf feine Roften folde Unlagen gemacht bat, die Bestimmung bes Gefeges ftet illusorisch fein.

Was die einzelnen Amendements betrifft, so wende ich mich zunächt zu dem Amendement des Abgeordneten von Rohrscheidt, welches eine Bestimmung dabin aufgenommen wissen will, daß diesenigen Kapistatien, welche der Berechtigte zur Absindung des Müllers für Aufhebung von Realberechtigungen früher gezahlt hat, ebenfalls in Rechnung gestellt werden. Gegen dieses Amendement ist an und für sich nichts zu erinsnern. Die Consequenz würde aber erfordern, daß für den Fall der Annahme noch eine Bestimmung dahin getroffen wurde, daß diesenigen Realstaften, die der Mühlenbestiger seinerseits durch Kapital abgelöst hat, eben-

falls in Rechnung geftellt werben.

Die Commission ist ber Anstat gewesen, daß sich Beibes ausgleichen werbe, und hat daher ihrerseits feine Veranlassung gehabt, zin solches ergänzendes Amendement zu stellen. So wie das Abfriche idt'iche Amendement jest gestellt ist, wo blos eine Bestimmung zu Gunsten bes einen Theils getroffen wird, muß sie sich gegen dasselbe erklären.

Das Amendement Des Abgeordneten Berndt geht von einem wesfentlich anderen Grundsat, als Die Gefet Borlage aus. Rach Diesem Amendement soll ermittelt werden: auf ber einen Seite alles basjevige, was ber Mühlenbesitzer seinerseits bem Berechtigten zu leiften hat, und

ouf ber anderen Geite alles boofenige, was bon bem Berechtigten bemt Müslonbesiger früher gewährt worden ift ober nach gegenwärtig durch Gegenleistungen gewährt wird. Soweit die Gewährungen des Berechtigten reichen, follen die Lasten und Leistungen des Rühlenbesigers forteiten reichen, follen die Lasten und Leistungen des Rühlenbesigers forteibestehen; der überschlestende Betrag soll getheilt werden. Die eine hälfte soll ohne Entschäftigung wegfallen, die andere hälfte jedoch fortgezahlt werden dom Seiten des Rühlenbesigers. Die fortsellende hälfte soll getheilt werden zwischen dem Staat einer- und dem Berechtigten andererseits;

Es find die Grundfage, die in diefem Amendement enthalten find, ber Gegenftand ausstührlicher Berathungen in der Commission gewosen. Ich erlaube mir dieserhalb auf den Bericht Bezug zu nehmen. Ich fann nur auf die Gründe, welche bort gegen das Amendement angeführt find, verweisen. Es durfte, sehr zweiselhaft sein, ob durch dies Amendement den Verpflichteten größere Erleichterungen zu Theil wurden, als nach der Regierungs-Borlage; wenigstens wird dies sehr von individuellen Bershälnissen abhängen. Im Allgemeinen kann man nicht behaupten, daß bioses Amendement vorzugsweise deujenigen Berpflichteten zu Gnte toms

men wurde, die fich wirflich in bedrängter Lage befinden.

Es find auch febr mobi galle bentbar und murben nicht felten bortommen, in welchen Dublenbefiger, Die fich in einer gunftigen Lage befinden, Anfpruche auf Erlag machen; andere aber, welche fich in einer brudenben Lage befinden, ben Erlag nicht beanfpruchen fonnen. Ramens ber Majoritat muß ich mich gegen bas Umenbement aussprechen. In bem Amendement bes Abgeordneten Bennecke wird beantragt, bag ftatt ber Bestimmung Des Gefet. Entwurfs, daß die Dublenbefiger ein Drittel bes Reinertrage freibehalten, angeordnet und feftgeftellt werbe, daß ibm zwei Drittel frei bleiben müßten. Es ift biefer Untrag auch in febr vielen eingegangenen Betitionen gestellt worben. Die Dajoritat ber Commiffion bat aber geglaubt, auf eine folde Menberung, welche auf reine Willfür hinausgeben wurde, nicht eingeben zu tonnen. Das Amendement bes frn. Abgeordneten Balter geht babin, fatt eines Drittels bie Salfte ju nehmen. Es gilt hiervon baffelbe, was ich mir über bai temenbement bes orn. Abgeordneten Bennede zu fagen erlaubt habe. Es gilt biervon baffelbe, was ich mir über bas

Außerdem geht ber Antrag dabin, ftatt: "gemeiner Kauswerth"
"Butungs-Ertrag" zu sagen. Der Gegenstand ift in der Commission Genfalls zur Sprache gekommen. Die Majorität bat sich aber dagegen ausgesprochen, weil fie der Ansicht mar, daß das Wort "Ruyungs-Ertrag" eben so allgemein und vieldentig in der Auffassung wäre, wie der Ausbruck "gemeiner Kauswerth." Ich muß mich daber auch gegen dies

Amendement aussbrechen.

Die Majorität der Commission ist der Ansicht gewesen, daß in dem ersten Theile des Amendements, wo gesagt ift, daß bei Feststellung des gemeinen Kauswerthes auch die Wasserfaft, Lage ic. in Betracht fäme, nur einzelne Momente angedeutet find, die dei Feststellung des gemeinen Kauswerths berückschigt werden sollen. Es ist aber keineswegs die Ansicht der Commission gewesen, daß blos und allein diese Womente in Betracht gezogen werden. Was dagegen die Berbesserungen anbetrifft, so hat man sich das Bedenken nicht verhehlen konnen, daß es mit Schwiesrigkeiten verdunden sein würde, die Verbesserungen zu ermitteln, welche seit 1830 statigesunden haben. Man ist aber der Anssich, daß lediglich durch Schiedserichter sessellt werden sell, ob und welche Verbesserungen

ber Art beigebemmen find; bag os bierfel nicht auf Ermitofung aller Wingelnheiten antomme, fonbern baß, nachben bie Schleberides fil in Magemeinen über bie Berhaltniffe informiet haben, fie mit Rudfich auf Die Lotaitenutniffe wohl im Stanbe fein biltftent, ein giemlich gutreffen bes Urtheil barüber zu fallen, welche wefentlichen Berbefferungen feit 1836 bei einer Duble fattgefunden boben.

Bei bet Berathung in bet erften Rammer find (ef. S. 2778. 119. Sthung) binter "Rühlengrunbflude" "nebft allem Bubebor" und binter "Rontintreng" bingugefügt: "und anbern beftimmenben Um fan ben" und auferdem einige Zaffungeanderungen angenommen.

Anmerkung 1. Ueber bie Art ber Ermittelung bes Reinertrages cf. Motive ber Regierung gnm 5. 63. bes Abiofungs Gefetes vom 2. Matg 1836.

Anmerfang 2. Will ber Muller von feinem ihm hiernach jugelegten Rechte, 3 bes Beinertrages frei zu behalten, Gebrauch machen, fo muß er es ansbrudlich gu ertennen geben, alfo formlich barauf autragen.

Anmertung 3. Da hier gang allgemein ben Millern bas Recht gugeftanben th, zu verlangen, daß ihnen ', des Reinertrages verbleibe, is ift es gleichgultig, ob bereits fruger eine Fraction ober Umwandlung ber Muhlenadgaben in Rente burch Rages ober fonft verhieberbindlich festgestellt worden ift; vielluche wird auf Antrig bes Mullers ad S. 6. bie Ermittelung jedenfalls vorzunehmen fein.

Anmerfung 4. Da bas Dublengefeb feine ausbrudlichen Bestimmungen aber bas ichieberichterliche Berfahren enthalt, fo muß auf die Bestimmung bes S. 105. bes Ablofunge : Gefetes vom 2. Dary 1850 und bamit auf bie SS 32

u. folg. ber Berordnung vom 30. Juni 1834 jurud verwiesen werben. Nebrigens muffen, ba Kreisverordnete nach ben neuen Gemeinde , Kreisund Begirfe Dromungen nicht mehr vorfommen, ju Schieberichtern geeignete fach fundige Berfonen bes Rreifes anderweitig burch bie Bartelen vorlaufig gewählt werben. (Cf. Art. 68. ber Breis :, Begirts : und Brobingial : Orbnung vom 11. März 1780.)

Heber bie Cachtunbe entscheibet bie Andeinandersehungs : Beborbe. falls bie

Parteien uneinig finb. Die Grunde, aus welchen Personen als Schieberichter abgelehnt werden fonnen, find enthalten:

a) in ben \$5. 227. nnb 230. Rr. 13. 14. 15. unb 16. Tft. 16. Theil I. bet Allgemeinen Ber. Drbnung.

b) in ben 95. 228. und 230. 1. c.

c) in bem §. 143. Dit. 2. Sheil I. ber Allg. Ger :- Orbning. Cf. abrigms bie Inftruftien vom 12. Oftober 1933 wegen bes fthieberichterlichen Berfahrens. v. Kampt Jahrbucher Band 46. S. 488. u. folg. v. Kampt Annalen Band 19. S. 973. u. folg. und Koch Agrar Sefete Ausgabe 1838 Seite 311. u. folg.

Anmer fung 5. Da es nach §. 13. ber Inftruftion vom 12. Offober 1833 übrigens julaffig ift, ben Schieberichtern befonbere Berfahrungeregeln an bie Dand ju geben, fo burfte es nicht unangemeffen ericheinen, biefe in ihren we-

fentlichen Momenten hier anznbeuten :

1) bie Kanfpreise, welche für die Musse nebe Zubehör seit ihrem Bestwien in Bestweranderungefallen bezahit worden find, tonnen gwar von den Chieberichiern als Anhalt bei Abgabe ihrer Enischeitung benute werden, burfett aber von ihnen feinemeges als maafigebend jum Grunde gelegt werben, ba fie ben Raufwerth nach ben jegigen Beitverhaltniffen (Konfurreng x.) in Paufch und Bogen festfiellen follen.

2) Hierbei wird wohl zu beachten fein, bag nur bassenige, was ale Bube: hor zu ber Muhle zur Beit ihrer erften Ctablirung gehort hat und als Bubehor für die qu. Abgaben mit bem haupt-grundftude zugleich verhaftet war, verudstätigt merben barf. Dies ergiedt fich aus ben Commissions-Berichtes ber Kamnietet, nach welchen die Worte: "nebft allem Jubehor" bem Gofch; Gnimurst hinzugesügt find und nur dahin haben verstanden werden follen,

daß nur folche Bubehörungen gemeint feien, welche für die Dublenab-gaben mit verhaftet find;

weehnib ber Busat auf spatere Erwerbungen nicht bezogen werben burfe. Cf. erfte Kammer-Berhandl. Seite 2778.

3) Dagegen fragt es fich, ob die vom Muller vorgenommenen Bauten und Berbefferungen berudfichtigt werben muffen? Wenngleich aus ber Ablebnung ber bahin glelenden Amendemente die Bejahung diefer Frage gefolgert werben fonnte, fo ergeben boch bie Berhandlungen, bag bies lebiglich ber Beurtheis lung ber Schieberichter in jebem einzelnen Falle hat überlaffen werben follen.

Bei Schatzung ber Bafferfraft burfte biefe für fich, ohne Rufficht auf bie burch biefelbe betriebene Duble abzumagen fein, weil ber Grundberr fich berfetben git Gunften bes Mullere begeben hat, und biefer unbeverpering ift einen von anderweitig zu gewerdlichen Zweiten zu verwenden. Db und inwiefern es die Schiederichter erforberlich erachten werben, Behufs ihrer vollständigen Information zwoer Technifer berrnehmen zu lassen, muß in jedem einzelnen Halle abgewartet werden. Ef. S. 11. der Instruttion vom 12. Oftober 1835.

5) Ferner sollen die Lage der Muble, die Konkurrenz und sonftige auf den Werth influirende Umftande bei der Schäung berücklichtigt werden und ift es Sache des Schiedstichter, fich event. nach §. 11. der alleg. Instruktion die nothigen Data zur Benrihellung der Verhältnisse ze. zu besichassen, da es unmöglich ift, auf alle den Berth der Nublen mit bestimmenbe Umftanbe hier aufmertfam ju machen und bas Gefet burch ben Bebrauch ber bezeichneten Ausbrude auch unbebingt einen gehörigen Spielraum bem sachgemäßen Urtheil ber Schiederichter hat freigeben wollen. In Betreff ber Lage wird indeffen bemerkt, bag nicht allein ber Ums

ftanb, ob bie Muhle in einer bevolferten Gegend belegen, foubern auch ju berudfichtigen fein wirb, ob bie Gebanbe ber Waffergefahr ic. febr anegefest, auf welchem Baugrunde fie belegen ic., ob die Datible fcomer juganglich ift und bequeme Rommunitationsmittet mit felbft entfernteren Drifchaften vorhanden find; ob der Grund und Boden der Umgegend im Durchschnitte fruchtbar oder steril, oder Migernden ausgesetzt. Die Konfurrenz wird sich aus den Mahlregistern, der Population der Umgegend und dem Borhandensein anderer Mühlen benrifiellen und dems

nach überfeben laffen, ob folche für bie Duble nachtheilig geworben. Auch Die Beschaffenheit bes gehenden Werts, die Qualitat ber Steine, die Konftruttion bes Werts fetbit ic., melches Alles auf ben Werth ber Duble und beren Ertrag von bebentenbem Ginfluffe fein muß, wird naber ju untersuchen

und bei Abgabe des schiederichterlichen Spruchs zu berückschitigen sein. Die idlichen Mahlpreiser., die Betriebskosten sowie die Unterhaltungslaft der Gebäude, Berke, Wafferlaufe 2c. kommen ebenfalls in Betracht 2c.

6) Die Abgaden und Lasten an den Staat, die Gutsherrschaft die Geistlichekeit, die Mahlgaste, die Kommunals und Societätslasten (Gemeinde, Kirche Schule, Deich : Societat und Fener : Cocietat) find alebann bet Schatung bes Raufwerthe ebenfo ju berücksichtigen, wie

7) bie ber Muhie gurfandigen Berechtigungen zu Golg, Beibe, Streu, gur Rischerei, zu Diensten, zum Torfftiche ic. 8) haben die Schiedsrichter ben gemeinen Kaufwerth festgestellt, so ift es Sache ber Commissarien auf Grund besselben und nach Borfchrift bes \$. 6. nunmehr ben Reinertrag ju ermitteln.

Die Schiffsmuhlen find im Ginne biefes Geleves ebenfalls su ben Mablengrundfluden zu rechnen.

Diefer Jufig-Baragraph ift (cf. 85. Sigung ber zweifen Rammer, flenogr. Berichte Seite 1973) in ber Rammer ohne Bebenfen angenommen.

Anmerkung. Bornemann Spftem Band I. Seite 106. (2. Ausgabe) nimmt an, daß die Schiffsmühlen zu den beweglichen Sachen gehören; das Instig Ministerium bat das Gegentheil in dem Rescripte vom 2. September 1842 (cf. Justz Ministerialblatt de 1842, Seite 303.) in Betreff der im hypothekenbuche eingetragenen Schiffsmühlen angenommen. Bielih Kommentar Nachträge H. 1. S. 43. rechnet die Schiffsmühlen zu den unbeweglichen Sachen.

Auf Mühlen, welche erft nach Berfündung ber Gewerbe. Drb. nung vom 17. Januar 1845 neu gegründet worden find, findet die Bestimmung wegen Herabsehung der Entschädigung für die abzulösenden Reallasten auf den Betrag von zwei Dritteln des Reinertrages des Mühlengrundstüds keine Anwendung.

Motive.

Die borfiehenden Bestimmungen fonnen auf Mühlengrundfluck feine Anwendung finden, welche erft zu einer Zeit entrichtet worden, wo das Gewerbe bereits überall röllig freigegeben worden war.

Anmerkung 1. Es ift zwar zu biefem Baragraphen bas folgenbe Amenbement:

"Auf Muhlen, welche nach Berkundung des Gesetze vom 2. November 1810 und vor Berkundung des Gesetze vom 23. Oktober 1826 neugtgründet oder aus freier Hand ober im Wege der Subhastation erkauft wurden, sinden die Bestimmungen wegen Herabsehung der Entschädigung für die abzulösenden Reallasten auf den Betrag vom zwei Dritteln Keinertrages des Mühlengrundstückes eben so wenig Anwendung, wie auf Mühlen, welche erst nach Berkundung der Gewerbe Drimmy dom 17. Januar 1845 neugegründet oder aus freier Hand oder im Wege der Subhastation erworden wurden,"

gestellt und folgenbermaaßen begrunbet:

Der S. 6. der Regierungs Borlage ftellt das Brincip fest, daß alle diejenigen Mühlen, die vor dem 17. Januar 1845, also nach Emanirung der Gewerbes Ordnung uen gegründet worden sind, einen Anspruch auf die im S. 5.
gegebene und von Ihnen beschlossene Bergünstigung nicht haben sollen. Als
Motiv ist angegeben, daß diese Mühlen anter dem vollen Einstuß, den die
Gewerbefreiheit auf die Mühlen seit 1845 ausgesidt hat, gegründet waren. Derselbe Grundsat scheint nun völlig ebenso richtig auf die Mühlen angewendet,
die in dem Zeitraum von Emanirung des Gesebes vom 2. November 1810 bis
zu der Zeit, wo das Geseh vom 23. Oftober 1826 gegeben wurde, neu gedant
wurden; denn auch diese damals errichteten Mühlen sind unter dem vollen
Einstuß einer freien Gewerbe-Ordnung, eines Gesehe, das überall die Errichtung von Müblen gestattete, gegründet worden.

tung von Muhlen gestattete, gegründet worden. Findet das aber auf die neu gegründeten Mühlen Anwendung, so muß das ebenso diejenigen Mühlen treffen, die in demselben Zeitraum und unter dem Einfluß seiner vollständigen Gewerbefreiheit, entweder aus freier hand erkauft oder im Wege der Subbastation erstanden worden sind, benn auch die Käufer von Mühlengrundstücken in diesem Zeitraum waren sich bewußt, welche Abgaben sie neben dem Kauspreise zu geben hatten, und daß sie mit den Müllern wirden zu konkurreren haben, die auf Grund der Gescheubung auf eigenem Grund und Boden, und ohne sonst abgabepstichtig zu werden, Mühlen errichten konkur.

We inkieben alfo mur bieseitigen auszunehmen sein, die durch Erhgang in den Best von Rublen gekommen find. Findet die Regierung bei §. 6., daß die seit Bublicirung der Gewerbe-Ordnung vom Jahre 1845 gegründeten Mühlen, keinen Anspruch auf die Entschädigung haben, so muß derselbe Grundsag auch auf den Zeitraum von 1810 die 1826 Anwendung sinden, und ift dieser Frundschaft und fat richtig für nengegrundete Dublen, fo muß er auch richtig fein fur bie aus freier Sand ober im Bege ber Subhastation erkauften.

Dagegen find aber folgende Grunde geltend gemacht und von ber Rammer

als burchgreifend anerkannt:

Der Rechisbebuction bes Rebners muß man vollfommen beitreten; inbeg ift zu erwägen, daß gerade zu der Beit, als man die Folgen bes Gefetes von 1810 erkannte, im Jahre 1826 beffen Abanberung wieder erfolgt ift. Diefe Folgen find erft wieder möglich geworden durch Beseitigung des Gesetes vom Jahre 1826. Es wurde daher der Billigkeit nicht entsprechen, wenn man dieser ftrengen Rechtsanficht Folge geben wollte.

Dann wurden die Muller benachtbeiligt, welche zufällig vom Jahre 1810 bis 1826 gekanft, und damals die Nachtbeile noch nicht empfanden, die sich batter eingestellt haben; benn die Konfurrenz, unter der die Muller leiden, ift erft

das Erzeugnis einer späteren Zeit gewesen. Die Abgaben, um die es sich hier handelt, ruhen auf den Mühlengrundsstüden, kommen als folde in Betracht, und deshalb kann auf die von 1810 bis 1826 statigefundenen Besitzeranderungen keine Rücksicht genommen werden. Wenn bas Amendement fich nnr auf bie von 1810 bis 1826 neu erbauten Duhlen erfrecte, so wurde es vom ftreng juriftischen Staudpunkt aus gerechtfertigt, nichts-bestoweniger aber zu minutios sein, um berücksichtigt zu werden. Außerdem ift zu berücksichtigen, daß es nur auf biejenigen Landestheile erstreckt werden könnte, welche bei der Bublikation des Edikts vom Jahre 1810 zur prenfischen Monarchie

gehörten. Rur auf biese kann bas Ebift von 1810 bezogen werben. Für bie anderen Lanbestheile ift bie Aufhebnug ber Bwangs und Bannzechte und bie vollständige Freiheit bes Gewerbes erft burch bie Gewerbes Orbeite und bie Gewerbes Dromung vom Jahre 1845 erfolgt, und auf biese wurde es unter keinen Umfan:

ben paffen, von welcher Rechtsansicht man auch ausgehen möchte.

An merkung 2. Zum S. 8. ift in ber zweiten Kammer auf Borschlag ber Commission noch folgender Zusat angenommen:
"Eben so wenig sindet dieselbe Anwendung in folgenden Landestheilen:
a) auf dem rechten Rheinuser, in welchem das Allgemeine Landrecht

nicht Gefetestraft hat b) in Nenvorvommern und

c) in Oftpreußen, Litthauen, Ermeland und bem Darienwerberfchen Rreife." Diefer Busat ift inbeffen von ber erften Rammer (119. Sitzung G. 2782.) vetworfen, wobei fich bie zweite Rammer bemnachst beruhigt hat.

§. 9.

Mit dem Tage ber Berfundung bes gegenwärtigen Gefehes hort die im S. 1. Lit.. b. und S. 2. Rr. 1. des Gesepes vom 9. Oftober 1848 (Gefet : Sammlung 1848, S. 276.) angeordnete Siftirung ber Prozeffe über Mühlenabgaben auf.

Die nach \$. 2. Rr. 1. bes gebachten Befetes getroffenen interimistischen Festsepungen über bie laufenden Leiftungen bleiben bis jur Ausführung ber Ablofung, sowie bie Befugniß ber Auseinandersehunge Behörben, bergleichen Feffepungen auch fernerbin zu treffen, in Rraft.

Urtunblich unter Unferer Sochfolgenhanbigen Unterfcofft und beigebrudtem Roniglichen Inflegel.

Gegeben Charlottenburg, ben 11. Marg 1850.

(L. S.) (gez.) Friedrich Wilhelm.

(gez.) Graf von Brandenburg. von Labenberg. von Manteuffel. von ber hehbt. von Rabe, Simons. von Schleinis. von Stodhaufen.

1. Motive.

Die bier getroffene Bestimmung war wegen bes ingwischen erfolgten

Erlaffes bes Gefetes vom 9. Oftober 1848 erforberlich.

Sofern Die in bem borgelegten Gefets-Entwurfe enthaltenen Grundfage im Wefentlichen Die Buftimmung ber Kammern erhalten, burfte gu erwägen fein:

> ob nicht die Bestimmungen bieses Entwurfs in bem ben Rammern bereits vorliegenden Gesetz. Entwurf über die Ablösung ber Real-

laften zu übernehmen fein mochten.

Es icheint dies burch ben matertellen Inhalt beiber Gefes Entwürfe zu empfehlen, indem biefelben in der Sauptfache auf gleichen Grundlagen beruben und die weniger abweichenden Borfchriften in Bezug auf die Ablöfung der auf den Mubleugrundflucken haftenden Reallaften febr wohl in das allgemeine Ablöfungs-Gefes aufgenommen werden fonnen.

2. Bericht ber Agrar - Commission ber ersten Rammer (119. Gigung Geits 2782.).

Bu S. D. wurde bemerkt, daß das Allegat des Gesetzes vom & Oftsber 1848 unrichtig angegeben sei. Es nruse S. 1. d. und S. 2. L. lauten: In Erwägung jedoch, daß diese Ausbedung zu dem Zweisel Anslaß geben könne, ob dadurch auch die interimistisch getrossene Bestiegung über die laufenden Abgaben und Leistungen ausgehoben seien, und daß die inn mehreren Austeinandersetzungs. Behörden bezweiselte Befugnis, wit Ausbedung jenes Gesetzes in dieser Beziehung eine interimistische Regulirung für die ganze Daner des Auseinandersetzungs-Berfahrens werzunehmen, zweckmäßig hier festgestellt werden kann, beantragt die Commission mit O gegen 1 Stimme solgenden Busat:

miffion mit O gegen 1 Stimme folgenden Jusab:
"Uebrigens bleiben die nach S. 2. Nr. 1. des gehachten Gesetes getroffenen interimistischen Festsenungen über die laufenden Leiftungen bis zur Ausführung der Abisfung, sowie Die Befugnif der Auskinanderfetungs-Beborden, bergleichen Bestletungen auch

fernerbin gu treffen, in Rraft."

Die Commissions Berichte und Berhandlungen ber Kammern fichen fich in ben flenograbhischen Berichten ber zweiten Mammer: Geite 1841. 1943. 1849. 1979. u. folg.; die ber ersten Rammer: Seite 2763. 2778. 2782. u. folg.

Sachregister.

NB. A. bezeichnet das Gefeg, betreffend die Ablöfung der Reallaften z.
R. das Gefeg, betreffend die Errichtung von Nentendantan.
G. das Gefeg, betreffend die Ergänzung und Abanderung der Remeinheitstheisungs der Gebenden vom 7. Juni 1831.
M. das Gefeg, betreffend die auf Mährengrundstäden haftenden Reallaften.

St.	- Carfet	ş.	Seite
•		•	
Abanberung bes S. 75. ber Gemeinheitetheilungs-	•		
Ordnung vom 7. Juni 1821	€.	8.	263
- bes S. 26. bes Ausführunge-Gefehes bom 7.		40	
Juni 1821 Abfindung für Bargicharren nur in Rente ober	"	16.	300
Aplinding int Butkebatten unt in Reute obet			
Rapital für Bifchereien nur in Rente ober Rapital	"	. 5.	258
- jur Bilchereien unt in wente over Kapital	"	6.	26 0
Abfindungefläche von Forften in hochwaldwirth-			-
schaft nicht geringer als 30 Morgen	"	10.	
Ab findung für Birthichaftebienfte nach bem Bebarf	A.		38
- ber Berechligten	"	60 ff.	73
- gegen biefelbe findet, wenn fie burch Rezeft,			
Bertrag, Ertenninif, Anertenninif bes Auseinan-			
derfegunge - Planes ober fonft rechtsverbindlich feft-	•		
gestellt ift, fein Einwand aus bem Gefete bom	•		
2. Marz 1850 flatt	"	160.	128
- Des Berechtigten burch ben 20fachen Betrag ber			
vollen Rente	R.	10.	166
		28.	184
und ebent, ben 20fachen Betrag ber Rückftanbe			
(S. 11.) in Rentenbriefen	"	28,	184
	•	29.	185
- baare, bei berfelben fluben bie gefetlichen Be-			
filmmungen über Kapitalabfindungen Amwendung.	"	49.	193
Abgaben aus bem Berhaltniffe gur Suteherschaft .	A,	3.	19
- für einzelne gerichtliche Afte vber bei Gelegen-			
heit berfelben	"	3.	19
- und Leiftungen, welche Die Ratur ber Steuern			
haben	11	3.	10
haben	"	18.	42
- ber Bachte für Natural-Fruchtzehnt	"	32.	49
•			

	B efet	£	Seite
Ablieferung, gegen, ber Binecoupone baare Bablung			
aus ber Rentenbanffaffe	R.	35 .	187
Ablosbar, welche Abgaben und Leiftungen es find .	A.	6.	30
- fefte Gelbrenten burch Baargablung bes 20fa-	~	Ġ	000
chen Betrages Ablosbarfeit ber Reallaften, nur nach bem Gefete	G.	8.	263
bom 2. Marg 1850 zu beurtheilen	A.	97.	127
Ablofung ber Bifcherei, bom Belafteten beantragt,	A.	91.	121
bann fann ber Berechtigte ble Abnahme ber noch	-	•	
brauchbaren Fischereigerathichaften gegen Erfas bes			
Merthe perlangen	G.	6.	260
Ablofung geschieht burch bie Mentenbant, fobalb bie		-	
Reallaften in fefte Gelbrenten verwandelt find	R.	2.	140
Ablofung von Rentenbetragen unter 4 Riblr. bei			•
BargeAltungen	A.	93.	124
Ablofungebetrag, ein boberer ale 25facher barf			400
nicht berabredet werden	"	91.	123
Ablöfungs. Rapitalien im Falle Des S. 59. follen		40	919
gur Tilgung von Staatsschulden verwendet werden Ablösungsmodus durch Waarzahlung des 18sachen	R.	62.	213
Betrages im Ausführungstermine, ober burch Ber-			
mittelung ber Rentenbant jum 20fachen Betrage			
ber Jahresrente in Rentenbriefen	A.	64.	81
- bei Grundftuden, Die fcon gu Erbpacht, Erb-		·	
gins ober Gigenthum befeffen werben	G.	65.	. 85
- nach bem 25fachen Beirage burch Rapitaljah-			
lung nach fechsmonatlicher Rundigung	"	66.	89
Ablöfungefas über ben 25fachen Betrag ungulaffig	#	8.	263
Abrechnung ber eigenen Dungungs- und Streu-		•	
mittel geschiebt in ber Regel und unterbleibt nur,			
wenn fie burch Urfunden, Judifate ober Statuten ausgeschloffen ift		4.	258
ausgeichloffen ift	".		. 200
4 16	A.	26.	44
getreibes findet aber beim Ratural - Fruchtzehnt nicht ftatt	"	33.	50
- bei Feststellung Des Raufwerthe eines Grund-	••	-	
ftude - Ablofunge Rapitalien für mit Confens			
auferlegte Laften — 20 Procent bes Werthe ber	•		
Landereien und 50 Procent Des Berthe ber Gebaube	"	44.	61
Allodifitationezine - Anspruch darauf aufge-		_	19
hoben	"	. 2.	13 29
Managetta dia netana a winda and bana 22 ctantitutta	-	5.	29
Amortifationsfonds wird aus bem Ueberschusse gebilbet, welchen die Bant über bie zum 20fachen			٠
Betrage an Die Berechtigten ausgegebenen Renten-			
briefe von ben Berpflichteten ju gablenben Renten			
erhalt und welcher refp. 1/2 und 1 Procent beträgt	R.	38.	189
Amortifations-Beriobe		10.	166
		18.	173
		2 2.	178
·			

	B efet	5 .	Seite
Amte wegen, ron, find bie Rechte ber Rentenbanten burch bie Auseinanderfegungs Beborben mahrzunehmen .	R.	12.	169
Anhangige, auf alle noch anhängigen Regulirungen und Ablofungen finden bie Bestimmungen bes §.		101	129
95. Anwendung	A.	101.	149
Gewirbe Drbn. vom 17. Jan, 1845 aufgehoben find, bei Berluft berfelben vor bem 1. Jan, 1855 bei ben gu-			•
ftanbigen Auseinandersehungs - Behörden anzumelben - bergl. find ber betreffenden Regierung mitzutheilen	M.	4. 5.	343 393
Antheil einer Berlaffenfchaft zu forbern, aufgehoben - von eingeernbieten ober jum Ausbrufche gefom-	Ä.	3.	19
menen Felbfrüchten	. "	62.	74
bem Berechtigten als Berpflichteten ju	"	94.	125
auf die Ablösung aller Reallasten erstreden Anwalt, Bestellung besfelben zur Bahrnehmung bes	<i>"</i>	95. *	125 343
fisfalifchen Interoffe . 1900, 500, 100, 50 und 10 Riblr.	M. R.	5. 32 .	186
Art, nur eine Art von Befitveranderunge-Abgaben barf fortan von einem und bemfelben Grundftude	20.		200
entrichtet werden	A.	38.	56
Auerecht, Straffengerechtigfeit, flehe Inftandhaltung . Aufbau und Reparatur ber Gebaube regulationsfa-	"	3.	19
higer Birthe. Aufgebot und Amortifation verlorener Rentenbriefe	ĸ.	80. 57.	110 201
- und Amortifation berlorener Binecoupone ungu-	m,	<i>3</i> 1.	
läffig (Ausnahme)	"	57 .	2 01
Aufhebung bes S. 2. bes Ebifts vom 14. Septems ber 1811 unb S. 2. bes Gefeges v. 18. Juni 1840 - bes S. 9. bes Gefeges vom 29. Juni 1835, S. 103.	· A.	93.	124
ber Ablösungs. Ordnung v. 13. Juli 1829, SS. 100.	•		
und 101. der Ablöfungs-Ordnung vom 4. Juli 1840, §. 152, der Gemeinheitstheilungs-Ordnung vom 7. Juni 1821.		110.	135
- bes Gefetes vom 9. Oftober 1848	"	113.	137
Drbnung vom 7. Juni 1821	ø.	10.	285
- ber fruberen Agrar - Gefete	Ā.	1.	1
Ausbehnung bes S. 164. ber Gemeinheitstheilungs.		112.	137
Debnung v. 7. Juni 1821 auf Die nach bem Gefete vom 2. Marg 1850 aufguhebenben Gemeinheiten .	,,	12.	295
Museinanberfehungen, bereits eingeleitete, tonnen nicht wegen Aufhebung bes Borrechts ber Ritter-			
guisbefiger und Domainen bei Brovokationen anf Gemeinheitstheilungen rudgangig gemacht werden .	"	13.	296
``			

	Befes		Sette
Ausfertigungs-Gebühren fallen weg	A.	39.	56
Ansführende Beborben, 1, Die Auseinanderfeg-	_		•
junge = Beh orben: a) Feftftellung ber Gelbrenten,			
b) Berhandlung wegen Ueberweisung ber Rentan		1	
an bie Bank. c) Entscheidung über die Sobe der			
ben Rentenpflichtigen ju gemährenben Rentenbriefe,			
d) Wahrnehmung ber Rechte britter Bersonen			
bei Ausantwortung ber Reutenbriefe und bei Gin-			
glebung ber gur Amortisation bestimmten Rapita-	_		
Ilen. 2. Die zu errichtenden Rentenbant - Directionen	R.	4.	160
Ausführung, Die, ber Regulirung ift bon ber bamit		04	110
berbunbenen Gemeinheitstheilung unabhangig	A , .	87.	113
Musführungstermin, mit bemfelben geht bas			
Gigenthumsrecht an ber zu regulirenben Stelle an	•	97	110
ben Stellenbefiger über	"	87,	113
- für bie Ablösung ber Laubemien, Sag ber		47.	64
Provolation	"	102.	129
minh im Manael has Cinianna hund his Ma-		AUE,	149
- wird, im Mangel ber Einigung, burch bie Be-		104.	133
hörde bestimmt Ausgeschloffen bon ber Ablöfung burch bie Renten-	"	AVE,	100
banten find die Realabgaben an Rirchen, Pfarren,		60 ff	. 73
Schulen, Ruftewien, Renten, beren Ablofungs - Ra-	"	85.	112
pital bereits bestimmt ift, Gemeinheitetheilungs-Ren-	"	99.	128
ten, beren Rundigung fich ber Berechtigte begeben.	"	53 ff	
bat, Renten, für Die ein anberer Rapitalifirungefat,	"	65 f	
als 4 Brocent verabredet ift	"	91,"	123
- bie SS. 65. 66. A. bezeichneten Renten und Die	Ř,	6,	162
5. 91. nem aufgelogten Menten, endlich bie bem	,,	7.	163
Domainen-Fisfus zuftebenben Beallaften	"	64.	213
Mesläuten ber Leichen	A.	. 3.	19
Ausloofung, halbiabrliche, von Rentenbriefen	R.	39,	199
- Feginnt ein Jahr nach Ausgabe ber erften Men-			
tenhriefe	N	39 .	-189
— erfolgt im Mai und Robember	"	41,	191
- in welcher Beife fie erfolgt	"	47.	192
Ausstattung und Saufen von Samiliengliedern bes			10
Gufeheren	A,	3,	19
28.		•	
,		•	
Bargablung bes Rapitols, wenn folde vom Ber-			
pflichteten abgelehnt wird, muß ex officio die	·R.	9.	164
, Uesetweisung an die Rentenbant erfolgen	•		164
— zum 18fachen Betrage	"	9. 58.	212
	•	63.	213
- wenn bie Rente unter einen Gilbergrofden .		11.	168
Baume und Straucher auf frenten Grumbftuden gu	W	# 4 ·	+ 40
benuben	A.	3.	19
			
		•,	-

Baubienfte, Werthermittelung berfelben	Gefet	ş. 14.	Seite
Bauftelle bet von ber Gutaberrichaft benutten Ge- baube fallt bei beren Berfrhung ober Renbau bem			
Stellenbefiger gu. Beforberung gur, ber Ablofung ber Renliaften unb	"	89.	113
Auflösung ber bieberigen Rechtsverbattniffe gwifden			
Bezechtigten und Berpflichteten foll in jeder Prom bing eine Rentenbant errichtet werden	R.	1.	140
Befugnif, überfluffige Dienfte Andern ju überlaffen ober bezahlt zu verlangen.	A.	17.	38
— ber Auseinanderfegungs-Behörden, jeden Stuates und Gemeinde Beamten zu beauftragen	. ,,	108.	134
- bes Berechtigten ad § . 19. 86. 94. und 114. ber Gemeinheitstheilungs Drbnung vom 7. Juni		•	•
1821 aufgehoben	G.	. 9.	268
barteiten)	~	9.	266
ber Commiffarien, Feststellung ber Legitimation und		15.	300
Beitrage und Leiftungen zu ben Jurisbiftionslaften .	Ä.	3.	19
Bekanntmachung ber Rapitalabfindungen, wie und an wen fie zu erlaffen.	"	111.	136
— öffentliche, ber ausgewofeten Rentenbriefe	R.	42.	191
Benutung bes fliegenben Waffers in Briegtfliffen .	Ä.	48. 3.	103
Berechtigten, berjenige, welchen die Auseinanberfeg-		31.	185
gunge Beborbe ale fotchen bezeichnet	"		. 160
	• • • • • • • • • • • • • • • • • • • •	9.	164
— beffen Befugniffe	*	49.	193,
Berechtigt, wer zur Eigenthumbermerbung berechtigt ift	A.	74.	99
Many Addition of the Many State of the State		76.	108
Berechtigungen, ohne Entschäbigung aufgehoben . — auf ben Grundfluden ber Gutsberrichaft	**	2. 86.	13 110
— ber Rentenbant Direktionen in Erhebung und Beitreibung ber Menten wie die Berwatungs - Be-	,,	04	,
hörben in Beitreibung ber Staatsfteuern	R,	2Ì.	177
- welche nach ben Grundfagen ber Gemeinseite- theilunge-Ordnung vom 7. Juni 1821 felbfiffan-		•	
Dig ablosbar find, fofern fie auf einer Dienstbar-			
keit seruhan	G.	1.	243
Berg, Großherzogthum	Ã,	2.	13
Berggefengebung	11	88.	113
Befdeinigung bem Berlierer von Rentenbriefen .	Ř.	57.	201
- auf Grund berfelben tann bie gerichtliche Amor-			
tisation nachgefucht werben	"	57 .	201
Befcheanfung bes Provolationsrechts nach ber Berord-			
nung vom 28. Juli 1838 gilt auch für Woftphalen,	c .	-13.	296
- Duisburg, Rees, Bofen, Rulm-Michelian und Thorn	G.	ue.	<i>20</i> €

	Befet	5.	Sette
Befighand gur Beit ber Bublitation bes Gefeges vom			
9. Oftober 1848 normal	A.	81.	- 110
Befigreranderungs-Abgaben (Laubemien, Lehn-		9.4	**
maare, Antrittsgelber, Gewinngelber x.) bei Beran-	"	36,	52 87
anberungen in herrschender Sand	"	40.	57
tember 1811 neu entstanden		87.	55
Befigveranberungsfälle in ber Regel 3 auf ein	**	91,	30
Jahrhundert, (nie mehr als 3) — bei allen außer			
an Descendenten 2, - bei gewiffen Arten ber Ber-			
außerung an Andere 1, - bei gewiffen Arten ber			
Erwerbung Seitens eines Descendenten 1, - bei			
bestimmt bezeichneten Arten bes Erwerbes (Gel-			
rathen) 1	,,	42.	58
Befonbere Beftimmungen für biejenigen ganbes-	•		
theile, in welchen bereits Renten - Tilgungstaffen be-			
ftehen	R.	53.	204
Beftanbe bes Referbefonds fallen, nach Beendigung			
bes Geschäfts an ben Staat	"	58 .	200
Brirag ber Rente zum 20fachen Betrage in Renten-		_	
briefen	**	9.	164
- Der Befigveranderunge-Abgabe a) firirt, b)			
nach Brocenten bes Werthe ober Erwerbepreifes,		•	
c) nach bem Durchschnitte ber letten 6 Berande-		4.9	en.
rungefälle event. der befannten	A.	43.	60
Betriebsfonds ber Rentenbanken giebt ber Staat	R.	3.	141
Bemadung ber guteberrlichen Gebaube und Grund-	. A	3.	19.
ftude . Beweistaft barüber, ob eine	EX.	U,	10.
Muhlenabgabe die Matur einer gemerblichen habe			
ober eine Grundabgabe fei, muß nach ben allgemei-			
nen Grundfagen über ben Beireis geurtheilt werben	M.	1.	304
Bienen halten auf eignen Grunbftuden	Ā.	3.	19
Brennholzberechtigung in fremben gorften - gur			
Befriedigung bes Bebarfs fchlieft in ber Regel Die			
Anrechnung bes Gewinns aus eigenen Bolgbiftrifs			
ten nicht aus; event. Beweis burch Urfunden, Ju-			
Difate ober Statuten	G.	4.	258
Bultenhieb, siehe Geibe.			
©.			
Communalverhaltniffe, beren Regulirung bleibt			
bem Gefete über Die Gemeinbe - Ordnung vorbehalten	A.	96.	127
Confitmationegebubren, cf. Schreibegebubren .	A.	39.	56
Credit-Inftitute, auf fie finden die Bestimmungen			
ber Ablofunge - Gefete feine Anwendung	A.	92.	123
D.			
Deichlaften nicht abibebar	A	Ġ.	. 30
Depositalgelber (vormunbichaftliche und gerichtliche)	A.	Ψ.	. 60
- fonnen in Rentenbriefen angelegt werben	R.	37	_ 187
Astronomerables materials talentin	204	, - 1+	_ =01

Production of the second

-

	Befet	6.	Seite		
Descenbenten, bei Befigertierbungen bon Descens	-104	•	•••••		
benten zwei Beranberungsfälle auf ein Jahrhunbert	▲.	42.	58		
Diaten und Reisefoften ber Diftrifecommiffarien	"	70.	96		
Dienfte zu perfonlichen Bedurfniffen ber Guteberr-	•		10		
fchaft und ihrer Beamten	• "	3.	19	•	
— nach Tagen bestimmt	"	10. 11.	35 36		
- nach bem Umfange ber Arbeit resp. ungemeffene - bas Recht auf Dienfte	"	80.	110		
Dien Rharfeiten in Forften, Abfindung bes provoci-	"				
renben Berechtigten	G.	9.	265		
Differeng zwifden bem Cours und Renuwerthe ber	•				•
Rentenbriefe hat ber Berechtigte nicht zu entrichten,		••			
fonbern fann beponiren	K.	49.	193		
Direftion einer Rentenbant, woraus fie besteht, find		5.	161		
ben Regierungen coordinirt	Ä.		96		
Diftrifte Normalfage für Baubienfte		14."	36	•	
Domainen - Renten find nach ber Babl bes Berpflich-	"	,			•
teten burch 1. Des vollen Betrages mabrend 50 %.					
Jahren ober burch '%, mabrend 41 1/1, Sahren	_				
gu tilgen Drefchgartner-Berbaltniß, Berechnung ber Gegen-	R,	64.	213	,	
		62.	74		
Dritte Berfonen, Rechte berfelben	A. R.	49.	196		
Dungerbereitungsmittel, eigne, werben in ber Re-		,			
gel angerechnet, Ausnahmen muffen burch Urfun-					
ben, Jubifate ober Statuten nachgewiefen werben .	G.	4,	258		
Durchichnittspreise	, A.	2 2,	42		
E.					
Chiftaltermin Behufs Amortifation verlorner Men-	,			•	
tenbriefe	R.	57.	261		
Eigenthum, bas volle, des Erbzinsmanus und Erb.					
påthters	, А.	2.	13	•	
- bas Obereigenthum bes Guts-, Grund-, Erb.	. //	2.	k3		
ginsherrn, Erbberpachters	• "	5. 2.	29 13		
— bas bes Lehnsherrn	• "	5.	29		
- bes Gutsherrn	. ,,	80.	110		
- fünftig barf ein Grundftud nur jum bollen	"				
Gigentbum überloffen werden	. ,,	91.	133		
Eigenthums. Berleihung burch Die Regultrung Der	•	70 F	00 m		
autsberrlichen und bauerlichen Verhaltniffe	' ''	73 11.	98 17.		
Einheit bes Betrages ober Procentfates ber Laube-					
mien, als folche ift in gewiffen Fallen ber Durch- fchnitt ber in einem Jahrhundert entrichteten Be-					
	. ,,	45.	62		
trage angufeben Gintragung bes Rezeffes in bus Sopothetenbuch	• //	109.	135		
- Der an Die Mentenbant geschenen Aberteinne	3	-			
ber Renten bebarf es nicht. Das Grundftud haf-	•				

ersten Abschinkte gemennten Remte und Pflichen fain von denen, zu deren Gunten sie geklochen, gegen die Rachteile aus Hand vannen ober Unterlassungen vor dem D. Ottober 1848 nicht entimenmenten weit werden; eben sa weigigen. Just Ansprüche aus Erstatung undegründet. A. 99. 188 Listafiung, beidende, nur durch Quittung der Dieretion der Kantenbank-Dierkson nachzunvelsen. A. 199. 188 Listafiung, beidende, nur durch Quittung der Dieretion der Kantenbank-Dierkson nachzunvelsen. A. 199. 188 Listafiung, beidende, nur durch Deink erfen. A. 199. 188 Listafiung, beidende, die Beachnung der Forstpalizei. Gesehe, nur in Kente oder Kapital. A. 10. 37 Listafiung, der folgt. Gesehe, nur in Kente oder Kapital. A. 10. 37 Listafiung, willfürliche, des Kanons oder Erbachtezin und gegeden werden durf und wenn in Konte oder Kapital. A. 2. 12 Erböung, willfürliche, des Kanons oder Erbachtezinsche A. 2. 12 Erböung, willfürliche, des Kanons oder Erbachtezinschen Zeit der unverändert unverändert unverändert unverändert dung in Kentenbriefen zu verlagen (§. 50.) in der Zeit vom 1. Januar dis alt. Juni, so muß die Werfleben dung in Kentenbriefen zu verlagen (§. 50.) in der Zeit vom 1. Januar dis alt. Juni, so muß die Werfleben Zeit vom 1. Januar dis alt. Zurit der sogen der Grundskeuern der Kolgen dessenschließen R. 60. 21 Erlaß eines Zehntels der Kente — Folgen dessenschließen Zeit ir keines Anterenbank-Dieresten dessenschließen Verfleben werden nicht geändert. Ereutversicherungs-Gesellschadige, über die Artund Globe der Enstichäligung und über de Kosten werden nicht geändert. Eruerversicherungs-Gesellschadige, über die Artund Globe der Enstichäligung und über de Kosten werden nicht geändert. Eruerversicherungs-Gesellschadige, über die Artund Globe der Enstichäligung und über de Kosten werden sieder Gebäude vom Berpflichteten versichert werden solen der Kosten werden siede vom Berpflichteten versichert werden solen der Kosten werden siede vom Berpflichten der Kosten werden solen der Kosten werden siede sieden der Kosten werden	888			
Binmand aus der mentgeklichen Austebung der im ersten A1schaften mentgenklichen Austebung der im ersten A1schaftenten Kenten und Pkicketen farm von denen, zu deren Gunsten sie geschehen, gegen die Nachtheile. aus handlungen ober Unterdignen vor dem O. Oktober 1848 nicht entinsminen werden; eben so weigegen Jahlungen. And Anhrüche auf Erstattung undergründet. Entlasiung, bleibende, nur durch Quittung der Dierklich der Kantenbauf-dieftlen nachzung ber Dierklien und dem Kustenbauf-dieftlen nachzeitlen . Tür Harzischerten nach dem Kusten dei Beachtung der Forspalziel-Geieße, nur in Kente ober Kapital für Bischerien	5 / 2 811 20 20 22 22 23 23	Briet.	§ .	Stife
farm von demen, zu deren Gunsten sie geköchen, gegen die Nachtheile aus handlungen ober Unterlassingen vor dem 4. Oktober 1848 nicht entommment werden; eben sa wenig gegen Zahlungen. Auch Anhrvüche auf Erstatung undegründet. Entlassung, bleibende, nur durch Duittung der Dizektion der Gentenbank. Diektüsm nachzunoelsen. Entlassung, seleibende, nur durch Duittung der Dizektion der Gentschaft. Entlichädigung sit walzende Dienste resp. nach dem A. 16. 37. 180. Entlichädigung sit walzende Dienste resp. nach dem A. 16. 37. 180. Entlichädigung sit walzende Dienste resp. nach dem A. 16. 37. 180. Entlichädigung sit walzende Dienste resp. nach dem A. 16. 37. 180. Entlichädigung sit walzende Dienste resp. nach dem A. 16. 37. 180. Entlichädigung dem Konsten dem Kunten der Beachtung der Fortpolizeis Geiehe, nur in Rente oder Kapital. — für Bischerien auf Forsten, wenn ste in Land gegeben werden auf Korsten, wenn sie in Land gegeben werden durch unverändert. Erbsung, willfürliche, des Kanond oder Erbpachtziginses. Ertlärung, erfolgt die des Berechtigten, seine Alfie. Ertlärung, erfolgt die des Berechtigten, seine Alfie. Ertlärung, erfolgt die des Berechtigten, seine Alfie. Ertlärung, erfolgt die des Berechtigten keine Alfie. Ertlärung aus 1. Oktober, erfolgt se vom Juli die Alfiensche Bentels wesen die Ertlärung des Erchstensche Die Ertlärung	bie entsprechenben Benitoften eingetragen maren) . Einwond aus ber unentgelelichen Aufhebung ber im	R.	18.	173
men werben; eben so wenig gegen Jahlungen. Auch Anfprüche aus Erfatung unbegründet A. 128 Untschiung, bleibende, nur durch Duittung der Dierettion der Kuntenkand-Dierstäden nachzunvelsen. Untschädigung sür walzende Dienste refo. nach dem A. 16. 37. Untschöftze und der Zahl der Hauskellen A. 16. 37. — für harzscharen nach dem Rugen dei Beachtung der Forspalizel-Gesetze, nur in Kente ober Kapkal — für Kischereien 6. 26. — für Dienstdarkeiten auf Forsten, wenn ste in Sand zegeben werden durf und wenn in Ronte ober Kapkal — für Dienstdarkeiten auf Forsten, wenn ste in Sand zegeben werden durf und wenn in Konte ober Kapital Erhödung, willstürliche, des Kanons oder Erbpachtzainses ginses 88. 11 Erbsuse, deren Nechte unverändert 88. 11 Erbsuse, deren Rechte Lungen 80. 21 Erbsuse, deren Jetten gen kertschlichen 88. 11 Erbsuse, deren Schulde genen Leine Werstderung ihr verhasteten 88. 11 Erectut on "administrative, ist die Kentenbant-Dierestion zu bernachten, im der Erstderung ihr verhasteten Gebäude gegen Feuersgesche zu erzwingen (siehe übr. Berechtigungen) 88. 11 Ertsungen (siehe übr. Berechtigungen) 88. 11 Ertsungen (siehe übr. Berechtigungen) 89. 17 Erecution zu veranlassen der Erstdarft, der hat die Kentenbant-Dierestion zu bestäumen, bet welcher Gebäude vom Verpsichteten versichert werden sollen 81 Ertsungen bei Ablösungen dem Berechtigungensten Besäude vom Verpsichteten versichert werden sollen 81 Ertsungen bei Ablösungen dem Berechtigungensten Erstlichen Erstenbar depenster Versausensten 40. 11	: farm bon benen, zu beren Gunften fie gefchehen, gegen bie Rachtheile aus handlungen ober Unter-		•	
enticadiung, bleibende, nur durch Quittung der Oleretion ver Kantenbank-Diertion nachzinvelsen. A. 18. 21. 180 Entschädigung sür walgende Dienste resp. nach dem A. 16. 37 — für harzscharren nach dem Rusen dei Beachmung der Forstpaligel-Geseige, nur in Mente ober Kapkal. — für Harzscharren nach dem Rusen dei Beachmung der Forstpaligel-Geseige, nur in Mente ober Kapkal. — für Dienstwerkeiten auf Forsten, wenn sie in Land gegeben werden durf und wenn in Konte ober Kapkal. Erhödung, willswische, des Kanons oder Erhpachtzinses. Erbsuse, deren Rechte unverändert. Erfärung, ersolgt die des Berechtigten, seine Whitzbung in Rentenbriesen zu verlangen (§ 39.) in der Zeit vom 1. Januar bis ukt. Juni, so muß die Baarzahlung am 1. Ottober, ersolgt sie vom Intibis ult. Bezember, so muß sie am I. Uprit des solgenden Jahres ersolgen Erlaß eines Zehntels der Rente Kolgen desselben Erlaß eines Zehntels der Rente Kolgen desselben Erge der umgen eines Kohntels der Kente der Kapitals wesgen der Grundskeuern Erzeution, administrative, sit die Kentenbant-Dierestion zu veranlassen her heigt, um die Berstwerung ihr verhasteter Gehäude, gegen Feuersgesahr zu erzwingen (siehe übr. Berechtigungen) R. 19. 17 Erschiedungen, rechtsbeständige, über die Art und Söhe der Entschädigung und über die Kosten werden nicht geändert. Seinerversicherungs Gesesellschaft, die, hat die Kentenbanf-Direction zu bestimmen, bet welcher Gedäude vom Verpssichteten versichert werden sollen. Bie elsom miße und Lehn-Unwarter, deren Besselugungese dei Ablösungen dem Berechtigung gegenstet Fidelts m miße und Lehn-Unwarter, deren Besselugungesenstet in stehenban oder stietzunden Weivalgends-	- men werben; eben fo wenig gegen Bahlungen. Auch	A.	99.	128
A. 16. 37 — für Harzscharren nach dem Krusen dei Beachtung der Forstpolizei-Gesete, nur su Kente oder Kapital — für Pischerien	Entlaffung, bleibende, nur durch Quittung ber Di- retion ber Rautenbant-Diretton nachgenvelfen	R.	27.	180
tung der Forstpalizei-Gesetze, nur in Kente ober Kapkal — für Fischereien — für Gichereien auf Forsten, wenn ste in Land gegeben werden darf und wenn in Kente oder Kapital Erhödung, willfürliche, des Kanons oder Erbpachtzinses Erhöurung, erfolgt die des Berechtigten, seine Abstindung in Kententriefen zu verlangen (§. 50.) in der Zeit vom 1. Januar bls nkt. Juni, so muß die Banzahlung am 1. Oktober, erfolgt ke vom Init die Unterfahren ung fie am 1. April des solgenden Jahres erfolgen Erlaß eines Zehntels der Nente — Folgen desselben Erlaß eines Zehntels der Kente — Folgen desselben Erecution, administrative, ist die Rentenvant-Dierektion, und die Berstäderung ihr verhalteter Gebäude gegen Feuersgesahr zu erzwingen (stehe übr. Berechtigungen) Kelksetungen, rechtsbeständige, über die Art und Söhe der Entschädigung und über die Kosten werden nicht geändert. Feuerversicherungs-Gesellschaft, die, hat die Kentenbant-Diereisen zu n.d. Lehn Anwarter, deren Bestügenste in stehenden zu n.d. Lehn Anwarter, deren Bestügenste in stehenden der Kischen werden sollen Erlichere in stehenden der Kischen Werderschaft werden sollen Erlichere in stehenden oder stiegenden Brivatgewässen Essender in stehenden oder stiegenden Brivatgewässen Essender in stehenden oder stiegenden Brivatgewässen Essender in stehenden oder stiegenden Brivatgewässen	. Aderbesige und ber Bahl ber Sausftellen	A.	16.	37
Für Diensteberteiten auf Forften, wenn ste in Land gegeben werden darf und wenn in Ronte ober Rapital Erhöhung, willfürliche, des Kanond oder Erbpachtsginses In Berbaung, willfürliche, des Kanond oder Erbpachtsginses In Berbaung erstellt des Berechtigten, seine White Benarzahlung am 1. Ditober, ersolgt se vom Inis In Benarzahlung am 1. Ditober, ersolgt se vom Inis In Berbaung ersolgten in Bereiten des Kapitals wes In I	tung ber Forftpalizei- Gejege, nur in Mente ober Rapetal	G.	2.7	
Rapital Erhöhung, willfürliche, des Kanons oder Erbpachtzinses ginses Erbenze, deren Nechte unverändert Erbenze, erfolgt die des Berechtigten, seine Abstiductung, erfolgt die des Berechtigten, seine Abstiductung in Rentenbriesen zu verlangen (s. 59.) in der Zeit vom 1. Januar dis nkt. Juni, so muß die Banzahlung am 1. Oktober, ersoszt se vom Juli dis nkt. Dezember, so muß sie am 1. April des solgenden Jahres erfolgen Erlaß eines Zehntels der Kente — Folgen desselben Erlaß eines Zehntels der Kente — Folgen desselben Erecution, administrative, ist die Rentenbant-Dierestion, der Erecution, administrative, ist die Rentenbant-Dieresting ihr verhasteter Gehäude gegen Feuersgessahr zu erzwingen (siehe übr. Berechtigungen) R. 19. 17 Feldischungen, rechtsbeständige, über die Art und Söhe der Entschäbigung und über die Rosen werden nicht geändert. Feuerversicherungs-Gesellschaft, die, hat die Kentenbant-Direktion zu bestimmen, bet welcher Gebäude vom Berestlichteten versichert werden sollen Fildeits m miß- und Lehn-Unwarter, deren Bessaube vom Berestlichteten versicher werden spensiber sin stehenden oder stießenden Privatgewässen 49. 16	- für Dienftbarkeiten auf Forften, wenn fle in			ZUU
Erbinke, deren Nechte unverändert	Rapital	,,		
bung in Rentenbriesen zu verlangen (§, 59.) in der Zeit vom 1. Januar dis ude. Juni, so muß die Banzahlung am 1. Ottober, erfolgt se vom Juli dis ude. Dezember, so muß sie am 1. April des folgenden Jahres erfolgen	Erbfute, beren. Mechte unveranbert	,,		13 113
folgenden Jahres erfolgen Erlaß eines Zehntels der Kente — Folgen besselben Erlaß eines Zehntels der Kente — Folgen besselben Bermäßigung der Absündungsrente oder Kapitals wesen der Grundsteuern Erzeution, administrative, ist die Rentendant-Distretion, administrative, ist die Berstendant-Distretion zu veranlassen besugt, um die Bersterung ihr verhasteter Gebäude gegen Feuersgessahr zu erzwingen (siehe übr. Berechtigungen) Estischen zu, rechtsbestäudige, über die Art und Höhe der Entschäbigung und über die Kosten werden nicht geändert. Eeuerversicherungs-Gesellischaft, die, hat die Kentenbant-Direktion zu bestimmen, bet welcher Gebäude vom Verpflichteten versichert werden sollen Bideits misse und Lehn-Anwarter, deren Besselswissen misse und Lehn-Anwarter, deren Besselswissen ist Ablössungen dem Berechtigun gegenster Fischerei in stehenden oder fließenden Privatgewässen.	dung in Rentenbriefen zu verlangen (f. 59.) in der Beit vom 1. Januar bis utt. Juni, so muß die Banrzahlung am 1. Oftober, erfolgt fie vom Juli			
Ermäßigung der Absindungsrente oder Kapitals wesgen der Grundsteuern. Erzistder ungen. Erzistder ungen. Erzeution, administrative, ist die RentenvantsDistretion, administrative, ist die RentenvantsDistretion, administrative, ist die RentenvantsDistretion, administrative, ist die Bersteurung ihr verhafteter Gehäude gegen Feuersgesahr zu erzwingen (siehe übr. Berechtigungen). R. 19. 17 Estistungen, rechtsbestäudige, über die Art und Göhe der Entschädigung und über die Kosten werden nicht geändert. Feuerversicherungs-Gesellschaft, die, hat die Rentenbant-Direktion zu bestimmen, bet welcher Gebäude vom Verpflichteten versichert werden sollen. Bideits mmiß- und Lehn-Anwarter, deren Bessugenstelle die Ablössungen dem Berechtigun gegenster "49. 16	folgenden Jahres erfolgen	R.	10.	166
Erecution, administrative, ist die Rentenpant-Di- restion zu veranlassen besugt, um die Bersteberung ihr verhafteter Gebäude gegen Feuersgesahr zu erzwingen (siehe übr. Berechtigungen) . R. 19. 17 Schstschungen, rechtsbestäudige, über die Art und Göhe der Entschädigung und über die Rosten werden nicht geändert	gen ber Grundfleuern	. A.	66.	89
erzwingen (fiehe übr. Berechtigungen) R. 19. 17 Schiffetingen, rechtsbestäubige, über bie Art und Gobe ber Entschäbestäubige, über bie Arften werben nicht geändert	Execution, abministrative, ift ble Rentenbant-Di- i reftion zu veranlaffen befugt, um bie Berficherung		. 88.	113
ber Entschädigung und über die Rosten werden nicht geandert	erzwingen (fiebe übr. Berechtigungen)		19.	176
nicht geandert	&: Beftfebungen, rechtsbeftaubige, über bie Art und Gobe			
baube vom Verpflichteten versichert werben follen . R. 19. 17 Pibeitommiß- und Lehn-Unwarter, beren Be- fugeniffe bei Ablöfungen bem Berechtigun gegenüber ,, 49. 19 Fischerei in ftehenden ober fliegenden Privatgewäß-	nicht geandert	G,	17.	302
fugeniffe bei Ablöfungen bem Berechtigun gegenüber " 49. 11 Fifcherei in ftebenben ober fliegenben Privatgemäf-	baube com Berpflichteten verfichert werben follen	R.	19.	176
jern ablösbar	fugniffe bei Ablöfungen bem Berechtigun gegenübet Bifcherei in ftebenben ober fliegenben Privatgewäß	, ,,		
	fern ablöshar	: G ,	1,	243

• :	Befes	§ .	Seite
Fifcherei, ift bie Aufhebung bei Gelegenheit eine Ents	• •		•
mafferung nach bem Borfluth = Ebift bont 15. Novems			•
ber 1811 ober bei Anlage einer Bewäfferung nach bem		•	•
Gefete vom 28. Februar 1843 erfolgt, fo wird Die	٠ .	_	000
Ablöfung auch hiernach bewirft	G .	6 :	260
- Ordnungen für Pofen und Breufen vom 7. Marg		•	969
1843	"	6.	260
- Gerathe, Erfan ihres Werths	"	6.	260
- Reinertrag durch Sachverständige ermittelt	"	€.	260
Fixire Bestigneranderungsabgaben, als folde find zu	, .		
erachten, welche in einer ein für allemal bestimmten	A.	37.	55
Summe entrichtet werden		2.	18
Blamingfcher Rirchgang	"		10
lenbefiger über		88.	113
Bruchtgewin n von einzelnen Studen frember Meder	"	٠.	
(zu Deputatbeeten)	G.	· 1.	248
(Bu Deputatbeeten) . Gunf Brocent Binfen bei Rücffanben von Ablöfunge-		,	
Rapitalien	A.	65,	85
	•		
: G.		•	
Sanferupfen	A.	3.	· 19
Garbenbofe	"	34.	50
Barbenbacht, Werthermittelung	<i>,,</i> .	34.	: 50
Bebanbe und Inventarienftude, wenn folche in Be-			-
tracht foumen bei Ablofung ber Laubemien	<i>,,</i> .	44.	61
- auf zu regulirenden Stellen von der Guteberrichaft			
benutt, verbleiben berfelben bis gum nothwendigen	•		110
Neubau — Berfetung	"	89.	113
- ber Rentenbant verhaftet, muffen verfichert merben	R.	19.	176
Gegenleiftungen bes Berechtigten (ad S. 59. und	M.	6,	301
60, bes Ablöfungs - Gefetes) find in Abzug zu bringen	A .	2	13
- ber Gutsberren		80.	110
Gelbabgaben, bas Recht bes Gutsherrn barauf	"	60.	73
Gelbbetrag ber Abfindung bes Berechtigten	- //	•••	• •
Gelbrenten, neu aufgelegte fefte, find nach feche- monatlicher Runbigung jum 20fachen Betrage ab-			
löstid	. ,, .	91.	123
- nur folche (fefte) durfen einem Grundftude auf-	,,	•	•
erlegt werben, feine andere ablosbare Laften	. ,,	91.	123
- nur fefte Welbrenten funftig	Ğ.	7.	268
- bis gur Abraumung ber Bolgbeftanbe	"	10.	285
Gelbvergutigung für nicht alljährlich vortommenbe	1		٠.
Dienste	. A.	. 9,	
- für jährlich vorfommenbe Dienfte	. ,,	9,	==
Belbwerth, jährlicher, ber Reallaften	, ,,	8.	
Gemein belaften, Abgaben und Dienfte nicht ablosbar	" "	6.	30
• • • • • •		90.	127
Gemeinschaftlich zum Natural-Fruchzehnt ober Dien-		•	3 (3)

a a come	G efet	ş.	Seite
ften Berpflichtete, gegen Alle muß auf Abiffung angetragen werben	A.	QK.	125
Geringere ale Rormal-Entschädigungefachen werben	÷10.		160
nach ben bisberigen Gefegen erledigt (Art. 68. Deff.			
vom 29. Mai 1816 bleibt aber außer Anwendung) Betreiberenten (fleigende und fallende) beren Werth-	"	103.	133
petimming	u	28.	44
Bewerbliche, handwertemäßige Abgaben und Lei-	**		
ftungen	"	58.	72
Gewinngelber	ő	43.	60
Graspfluden in beftellten Felbern ablosbar Graferei auf Lanbereien und Brivatgemaffern ablosbar	G.	1. 1.	243 243
Graferei-Berechtigungen in Forften, auf fie find	"		æro.
Die Bestimmungen ber SS. 131 - 137. und 139. ber			
Gemeinheitstheilunge-Ordnung com 7. Juni 1821		•	
anmendbar	m,	10.	
	Ä.	10. 88.	
Gruben	-	7.	
	. "		. 98 ff.
Grundfteuern, eine Umichreibung berfelben finbet		•	
nicht flatt	. "	66.	
and the second of the last of		96,	. 127
Grundfteuer-Bertheilung wird nicht burch bie Ab-	R.	51.	199
lofung nothwendig		01.	. 139
reichung ber Prozegatten an bas Ronigl. Revifions-	,		
Collegium zu Berlin	M.	. 3	. 341
- Sachverftanbiger, Behufs Ermittelung ber Ent-	•	æ	o.c.o
fcabigung für Bifdereien	G . A .	6. 2	
Gutsherrichaft, beren Rechte bei ber Gigenthume-		~	, 14
Berleibung regulirungefabiger Stellen		80	110
	••	•	
Ş.		10	. 35
Sand- und Spannbienfte	A. G.	10 1	•
- Entschädigung bafür	"	5	
Beibe- und Bultenhieb, Entschädigung in Land.	"	10	
Keimfallarecht	. A.	2	. 13
Derabfehung ber Entichabigung für Reallaften ber	4.5		
Mullen auf 1, ihres Reinertrages .	M.	6	. 8
Sobere ale Die Rormal-Entschädigung findet nicht mehr flatt	A.	103	133
Sofwehr	"	80	
- obne Entschädigung	. ,,	81	110
- Berlufte an berfelben werden nach Provofation	•		
auf Regulirung nicht erfett	"	90	. 114
Solg auf ju regulirenden Grundfluden geht, als Bu-			

•	Befeb	(
bebor berfelben, bei ber Regulirung auf ben Stel-	Actes	٠.	
lenbesiter über	A.	87.	112
Solz, Enschädigung in Land	Ĝ.	10.	285
- mit Golzbeständen mindestens 30 Morgen	- •	10.	285
Solzbeftande verbleiben bei Abfindungen aus Forften	"	10.	200
in Land (Acter und Biefe) Dem Eigenthumer bes			
Forstes		10	285
Butfreie Grundftude regulirender Birthe fonnen auch	"	10,	200
ohne Angebot umgelegt werden	A.	87.	112
Spothefengläubiger und Realberechtigte, be-		G1.	110
ren Befugniffe bei Ablofungen ben Berechtigten ge-			
	R.	49.	193
genuber	It,	45.	100
ე.			
Sagb - Dienfte und Leiftungen fallen unentgeltlich meg	A.	3.	19
Sabre betrag, nach bemfelben merben fefte Belbabe	•	-•	
anham hamadanat	,,	50 .	66
- bei Renten, Deren Rapitalbetrag gu 4 Brocent	"		
	"	52.	66
- bei vorbedungenen Binfen von Ablöfungs-Rapi-	"		
talien , beren Runbigung nur bem Berpflichteten gufteht	,,	52 .	66
William house bottom	"	53 .	67
Jahreswerh aller ablösbaren Reallaften bes Dub-	•	-	
lengrundftude und 4 Brocent bes Raufmerthe und			
lengrundftude und 4 Procent bes Kaufwerths und ber Entidabigung für Zwangs und Bannrechte			
x., nach Abzug ber Gegenleiftungen bilbet ben Rein-			
erirag	M.	6.	344
- gleich 1/100 ber in einem Jahrhunderte gu entrich-			•
ten ben Betrage ber Laubemien	A.	46.	64
hai fathan Alalhahaahan	,,·	51.	66
- gewerblicher, handwertemäßiger und aller übris	•		
gen Abgaben und Leiftungen wird refp. nach bem			
Sefege A. und ber Gewerbe-Ordnung von 1845			
feftgefest	"	58.	72
- ber Gegenleiftungen	11	59 .	72
- ber Leiftungen bei Regulirung ber gutoberrlichen		_	
and the officer of the transfer	"	84.	111
Ind bauericen Berbattiffe. berechtigt jur Erhebung			
Des Betrages Der ausgeloofeten Mentenbriefe	K.	40.	191
Inftandhaltung ber Dorfftragen, Bruden und Steege	: A.	3.	19
Interimistica bleiben bestehen bis zur Ausführung		_	
ber Ablöfung	Μ.	9.	357
Interimifticum, foldes ift wegen ber Gutung bei			
Regulirung anzuordnen	A.	87.	112
Interimewirthe und Bachter haben feinen Unfpruch		40	100
auf Eigenthums = Berleihung	. ,,	76.	108
A .			
Ralf und Steinbruche, aufgefchloffene, verbleiben	l.	ຄຄ	110
ber Gutsherrschaft	"	88,	113
	24		

•

	Befes	§.	Seite
Rapital, wieviel matrend ber Amortifation & Berfoben			
in ben verschiedenen Jahren gur Ablösung ber Ren-		•	
ten gezahlt werben muß. Cf. Beilagen bes S. 23.	R.	23.	178
Rapitalien, unfundbare, find nach 30 Jahren und	It.	æ∪,	110
Colomonatida Constante Sinstan		00	100
fechomonatlicher Rundigungefrift fundbar	A.	92.	123
Rapitalabfindungen, Die befondere Befanntma-			
chung berfelben an eingetragene Gläubiger und Real-			
berechtigte, wenn fle wegfällt	"	110.	135
Rapitalbetrage unter 10 Rthlr. miffen in bem			
Falle bes S. 59. vom Berechtigten baar angenom-			
men werden	R.	61.	. 212
Rapitalfpigen	A.	110.	135
Rapitalzahlungen fteben jederzeit bem Berpflichte-			100
teten frei mahrend ber Amortisations = Perioden,			
			,
find aber nur zuläffig nach Entrichtung ber fälli-	in.	94	11 #FG
gen Renten	R.	23.	178
- bei Domainen-Renten	"	64.	213
— fönnen nur am 31. März und 30. September			
jeben Jahres geleistet werden	"	24.	179
- ohne Rundigung, beren Rachtheile	"	25.	179
- muffen bei ben gur Annahme autorifirten Be-	••		
amten erfolgen		26.	179
Confinenth her Minumbiliale short hurch Schient.	41		2.0
Raufwerth ber Grundftude, event. burch Schiebs- richter in Paufch und Bogen feftzuftellen	Ά.	44.	61
Cinden Winner and State 1 916 a Can Calife	л,	77.	O1
Rirden-, Pfarr- und Schut-Abgaben (nicht			80
ablösbar)	"	6.	30
Rirchgang, fiehe Blämingscher Rirchgang.	•		
Ronigl. Raffen, bom Binangminifter gur Empfang=			
nehme ber Baargablungen in bem Falle bes §. 59.			
gu bestimmen :	R.	60.	212
- find gur Annahme ber Rentenbrief = Binecou-			•
pons verpflichtet		35.	187
Rorner, gewiffe Arten, beren Berthbeftimmung	Ä.	27.	44
	л.	~1.	77.7
Rompensation, inwieweit foldhe gulässig ift bei Be-	•	ÆΛ	~~
rechnung ber Lefftungen und Gegenleiftungen	"	60.	73
- bei Regulirung ber gutoberrfichen und bauerli-			
chen Verhältnisse	"	84.	111
- Ausnahme bei Manbel= und Garben=Berech=		•	
tigten	"	84.	111
Ronfurreng, bei, mit undern Beruffichtungen bes be-	,,		
lafteten Grundftude haben Die an Die Bant abgetre-	: .		
tenen Renten baffelbe Borgugerecht ber Staatsfteuer	R.	18.	173
		10.	140
Kontrolle unter Mitmirfung ber Provingialvertretung		≥.	161
bei ben Geschäften ber Rentenbant- Direktionen .	"	5,	161
Roften ber Regulirung und Ablofungen ercluffve			•
Brozeffoften trägt Berechtigter zu 1/2 und Ber-			
pflichteter 1/4 refp. nach bem Werthe ber abgelofe-			
ten Laften	A.	106	134
bei Ablöfung einfeitiger Forft = Gervitute werben			
Die Roften ber unbermeiblichen Bermeffung and			
21. 21.1.1.1. 41. milliandin .a.samilland and			

.

	Befes	ş.	Seite
Bonkirung nach Berhaltnig ber Theilnehmungs-		-	•••••
rechte getragen; Die übrigen nach Berbaltniß bes Ror-			
theile, welches bie Beborbe feftzuftellen bat	G.	16.	300
Reften in andern Gemeinheitotheilunge - Sachen nach			
bem Bortheile, erent. nach ben Theilnehmunge-			
rechten bie, ber Errichtung und Bermaltung ber Ren-	"	16.	300
tenbanten übernimmt ber Staat	D	k £	000
- auf die bei den Auseinandersetungs - Beborben	R.	54.	200
erwachsenden finten die Bestimmungen Des Königl.			
Regulative vom 25. April 1836 Unwendung		55 .	201
- des Aufgebots und der Amortifation verlorner	"	00,	201
Rentenbriefe muß ber Berlierer tragen	,,	57.	201
Rrauten, (Bfluden bes Unfraute) in bestellten Gel-	"	•	
bern, felbfiftandig ablösbar . Rulturkoften muffen bei Entichabigung in Land für	G.	1.	243
Rulturkoften muffen bei Entschädigung in Land für		_	
Forftberechtigungen gewährt werben	G.	8.	263
Rundigung neu aufgelegter fefter Gelbrenten barf			100
nicht länger als auf 30 Jahre ausgeschloffen werben — ebenso die der Kavitalien	A.	91.	123
- fechsmonatliche, muß ber Ablösung ber Renten	"	92.	123
durch Kapitalzahlung vorangehen	R.	24.	179
- ohne vorgangige, wird bie Bahlung fo angefe-		~1.	110
ben, ale ob fie 6 Monate nach bem auf die Rab-			
lung gunachft folgenben 31. Marg ober 30. Gep-			
tember erfolgt mare	"	2 5.	179
- muß bei ben zur Annahme autoriftrten Beam-			
ten erfolgen	· //	26.	179
Rundigungerecht, Bolgen ber Begebung Diefes			
Rechts für ben Berechtigten zu Gemeinheitstheis lungs = Renten		54.	Q~
- fieht ben Inhabern von Rentenbriefen nicht gu	A. R.	34. 32.	67 186
- liede gen Dudupten gon gewirengerelen unde gn	=4.	04,	100
₽, ●			
Lage, wirthichaftliche bequeme Lage bei Abfindung in			
Land aus Forften zu berudfichtigen (S. 61. ber Be-			
meinheitstheilungs Dronung bom 7. Juni 1921).	G.	10.	285
Lagerstätten, mineralische, aufgeschlossene, verbleiben			
ber Gutsherrschaft	A.	88.	113
Landestheile, für bie am linten Rheinufer gilt bas			
Rentenbant Gefetz nicht — Einleitung	A.		1
— für Die am rechten Rheimnfer, Die zu errich- tenbe Rentenbant fann mit ber für Weftphalen			
vereinigt werden.	R.	1.	140
Landthellungeplan, bereite ausgeführt, fann auf			1-20
Grund bes Gefeges vom 2. Marg 1850 nicht an-	•		
gefochten werben	A,	100.	128
Landwirthichaftliche Erzeugnisse	"	3.	19
Laften, abloebare, mit Ausnahme fefter Gelbrenten			46-
burfen ferner nicht aufgelegt werben	"	91.	123
•	24*		

	G efes	L (Seite
Laubemien	A.	36.	52
- welche unentgeltlich wegfallen	,,	37.	55
Legitimation ber Intereffenten	,,	109.	135
Lebm,- Thon- und Mergel-Gruben	,,	88.	113
Leiftungen ber Guteberrichaft	,,	80.	110
Bofdung ber abgelofeten Reallaften von ber Beborbe			
gu teranlaffen	R.	18.	173
— auf Grund der Quittung der Staatstapen	"	63.	213
Lösung des Verhältniffes zwischen den bisber Be-			
rechtigten und Verpflichteten mit bem Beitpunkte	_		
der Uebernahme der Rente Seitens der Bank	R.	50 .	198
m.			
Da a f und Berhaltnif ber Theilnahme gemeinschaft-			
lich Berechtigter jur Graferei, jum Rrauten ober			
Nachrechen foll event. als ein gleiches behandelt			
werden	G.	3.	256
- beim Grasichnitt Behufe Beichaffung bes gut-			
terbebarfe nach bem Biebftanbe ober Arealumfange			
in ben letten 10 Jahren vor Ginleitung ber Theis			
lung	"	3.	256
Martifuhrkoften fommen in ber Regel nicht in	••		
Abgurg	A.	26.	44
— ausnahmsweise	10.	25.	43
Marftplage, beren Feftfellung	11	23, 24.	
	"	25.	43
	"	67 ff.	
Marktyreise, welche zur Anwendung fommen	"	71.	98
Martini=Marftpreis	"	19. 20.	42
Maulbeerbäume, Berpflichtung zu pflanzen und gu		•	11
unterhalten	"	2,	14
Mehrwerth ber Gegenleiftungen tommt gur Ablofung		01	73
(Ausnahme hiervon)	"	61.	44.
Mengetreibe ber Miller, Berthbeftimmung beffelben	"	27.	113
Mitbaurechte unverändert (cf. Erbfure)	"	88.	110
Mühlen, neu begründet nach der Gewerbe=Ordnung			
rom 17. Januar 1845 haben feinen Unfpruch auf Sicherung von 1/2 bes Reinertrages	M.	8.	350
Stufttung von /3 ven Remetitugen	177	0.	
· N.			
Dachrechen auf abgeerndteten Felbern - abloebar .	G.	1.	243
Dadifdugrenten fallen fünftig weg	A.	48.	64
Mäherrecht	"	· 2.	13
Matural-Abgaben, fefte, nicht in Rornern, beren	••		
Werthbestimmung	,,	29 . 30	
Matural=Fruchtzehnt, Werthbestimmung	,,	32 .	49
- erent, burch Sachberftandige (Abzug ber Ro-	•		~^
ften vom Robertrage)	A.	33.	5 0
Dennwerth ber ausgeloofeten Rentenbriefe an ben	_		
Inhaber ausgezahlt	R.	40,	191

	Gefes	ş.	Scite
Neuland-, Meubruch-, Rott-Behnt, fomminicht	0.1.4		
mehr zur Ablöfung	A.	35. ¹	50
fend bie unentgeltlich aufgehobenen Berechtigungen ac.	,,	107.	134
Michtangesessene	"	3.	19
Mormalpreise ber Sagebienfte	11	10.	35
t m t r ove r		67.	96
— ber Natural-Abgaben	. "	30.	48
- nenn fie unterbleiben fonnen	"	72.	98
findes, der Tagelöhner		12.	36
imaro/jere angriogine	"		96ff.
- in Betreff ber Werthbestimmung von Grundge-		110	110
rechtigfeiten	"	83.	111
rechtigfeiten			
ablosbar	G.	1.	243
Mugungeertrag, nach bemfelben fann ber Berpflich-			
tete ben provocirenden Berechtigten gu Dienftbarleis		Δ	266
ten in Forften abfinden	"	9.	200
D .			
Dberaufficht über bie Rentenbant-Direttionen füh-			
ren Die Finang- und Landwirthschafts - Minifter .	R.	5.	16t
Obfervang, Berufung barauf jum Beweise von Befig-			
veranderunge - Abgaben nicht zuläffig	A.	40.	57
Deffentliche Befanntmachung ber ausgeloofeten Rens	_		401
tenbriefe, wie folche erfolgt	R.	42.	191
P.			
Bargellirungen, bei, bon berenteten Grundftuden			
finden auf Diese Renten Die Bestimmungen wegen	_		
ber Staatesteuern Anwendung	R.	20.	176
* 1		64.	213
- bei benselben haften ebent. Sauptgrund und	A.	93.	124
Trennstude in solidum	л.	30.	141
1850 ab	R.	33, 34,	186
Bfandbriefe-Inftitute burfen in Folge von Ablo-			
fungen feine Bfandbriefe fundigen. Sicherung burch			
Deposition von Rentenbriefen; nach ber Ausloofung			
tonnen fie funbigen	"	49.	193
Pfennige, überschießende, bei Renten burch Rapital			
an den Berechtigten abzulofen	n'	11.	168
Miles and the free free free free free free free fr	•	28.	184
Plaggenhieb in Forften — Entschädigung in Land	G.	10.	285
Bortofreiheit fur Die Geschäfte Der Rentenbant-	R.	54.	200
Praflusion ber Inhaber verlorner Rentenbriefe	IV.	<i>.</i>	~~~
ein Jahr nach beren Aufgebot	,,	57 .	201
The second secon	,,		

	@ele#	8. 6	Seite
Praflusione und Amortisatione Erfenniniß ift			
rechtsfräftig, wenn fich 4 Wochen nach erfolgtem			
Aushange Niemand melbet	"	57 .	201
- Termin, 1. Januar 1852, für Diejenigen, welche	,,		
Gigenthums - ober Entichabigungs - Unfpruche auf			
ober wegen regulirungefähiger Stellen machen wollen.			
Ausnahme für Bosen ze	A.	78.	109
Marie Carinta		67.	96
Propotationen auf Ablösung und Regulirung muß	"	٠.,	00
The flow out of our bon Commental to terms			
sich stets auf alle auf bem Grundstude haftende			
Reallasten und auf alle zu den Diensten und Abga-		ΩK	125
ben Berpflichteten erftreden	A.	95.	120
Prozeffe über bie Ratur ber Dublenabgaben gebo-		•	010
ren vor die Auseinanderfetzunge = Behörden	M.	2.	340
Q.			
Quittung ton han Biratilan han Wantankauf aud.			
Quittung, von ber Direktion ber Rentenbank aus-			
zustellen, was fie zugleich enthalten muß (fiehe übr.	-	27.	180
Entlastung)	R.	21.	100
%.			
Raten (monatliche) in, find bie Renten mit ben			
Staatesteuern postnumerando zu erheben		21.	177
Reallaften (auf Grundftuden ober Gerechtigfeiten	"	~	
Mentin fen fant Staupfinten obet Geteibildieiren	A	6.	30
haftend) ablosbar	A.	v.	90
- an Rirchen, Mgarren, Ruftereien und Schulen		65.	85
tonnen nur in Geivrenie verwandelt werden	"	UJ.	90
- welche zur Ablöfung burch bie Rentenbanken			
geeignet find (cf. Abschn. II. Lit. X., Abschn. III.	_		1.00
S. 85., IV. 99. Des Ablofunge - Gefeges)	R.	6.	162
- an beren Stelle Renten getreten, werden to-			
ftenfrei im Sppothekenbuche gelöscht	"	. 18.	173
Rechte und Aflichten zwischen Berechtigten und Ber-			
pflichteten boren auf nach Ueberweifung ber Rente			
an die Rentenbank	,,	50 .	198
Rechtsmittel, ein folches ift unzuläffig bei Enticheis	••		
bungen barüber, ob ein fchiederichterliches Berfab-			
ren ftattfinden foll	G.	14 .	298
- nicht gulaffig gegen Enticheibung bes Rebiffongs	•		
- nicht zuläffig, gegen Entscheidung bee Reviftones- Collegii über die Ratur von Muhlenabgaben	M.	· 3.	341
Regulirungsfähig, melde Stellen es find		74.75	99
oreguttrungsjuhig, metche Steuen es fins	.24.	97.	127
Of the indian 1/15 March will Sam Office Sud Children	M.	6.	~
Reinertrag, 1/2 beffelben ning bem Müller frei bleiben		6.	
- wie derselbe ermittelt wird	Ğ.	6.	
- der Fischereien Durch Sachverständige			260
- der Maafftab zur Abfindung	"	6.	200
— ber Magptad zur Abfindling			
inbet ferigen, tunn bie Setuniteitung butte bie oten-	4.	*	71
tenbank abgelehnt werden	A.	56.	11

ł

Reinertrag, // besselben muß dem Absösenden Dei bleiben (Ausnahmen)				
Reinertrag, 1/2 besselben muß dem Ablösenden Dei bleiben (Ausnahmen) . A. 63. 75 — wie derfelbe ermittelt wird	37 5,			
bleiben (Ausnahmen) — wie derfelbe ermittelt wird — '/ besselbe ermittelt wird — '/ besselbe ermittelt wird Reisen der Gutderrichast und beren Beamten Resure, am rechade brei Wochen gegen Entscheidungen ber Ausseinandersehungs. Behörden über die Ror- mal. Preise, Preisbezirte und Marttorte. Renten, auf welche das Gesey vom 2. März 1850 feine Anwendung sindet — was don den Regulitungstentein ün Abzug zu bringen — die bei Zerstüdelung von berenteten Grundstüden weuiger als 5 Sgr. betragen, müssen soch kapitalzahung abzelöset werden — nach Rechtstrast des Gesegs sestgesstestwendischen Kapitalzahung abzelöset werden — nach Rechtstrast des Gesegs festgesets (Gemein heitscheilungs. Renten) sind nach sechsmonatlicher Künkigung durch Baarzahlung des Vosachen Betrages ablösbar Rentenbetrag müß steis in vollen Silbergröschen überwiesen werden — der berminderte wird zum ersten Male an dem ber Kapitalzahlung solgenden Kentenzahlungstennine entrichtet — der sich nicht in Silbergröschen abrundet; fann durch Kapitalzahlung sindt abzelöset werden " unter 3 Sgr. ist mit einem Male abzulösen Renten briese, Allunablig zu amortistende durch den Staat garantitre Schuldverschreibungen — heren Korm — tönnen zur Belegung von Depositalzeldern sowie für ässenden gesen gene mitger Rentenauksale misd vom Staat ergänzt — wie er gesammielt wird Restes der zu Berlin ist die Allunabstuster Wichlenschalen Restes der Auserin ist die Allunabstuster Webrist on der Kormal. Preise x. den 10 zu 10 Jahren Restes der Auserin ist die Allunige und einzige Instanz zur Entschedung der Rosesse den zu Berlin ist die Allunabstuster Mertestende der gesammielt wird Restes der un Berling und der Ergebnisse M. 3. 341 Restes der Auserinanderschung muß auch die Ergebnisse		Befes	ş.	Seite
bleiben (Ausnahmen) — wie derfelbe ermittelt wird — N. besselbe ermittelt wird — N. besselbe ermittelt wird — Weisen der Gutdertrichaft und beren Beamten Resen en Gutderrichaft und beren Beamten Resuren, auf welche das Gefet vom 2. März 1850 keine Anwendung sindet — was don den Regulitungsventen ün Abzug zu beringen — was don den Regulitungsventen ün Abzug zu beringen — was derstädelung von berenteten Grundstüden weniger als 5 Sgr. betragen, müssen sindlichen weniger als 5 Sgr. betragen, müssen sindlichen keinstehlungs Kenten) sind nach sechsmonatlicher Rapitalzahung abzelöset werden — nach Rechtsfrast des Gesegs sestgesetsteues — nach Rechtsfrast des Gesegs sestgesetsteues — nach Rechtsfrast des Gesegs sestgesetsteues Rentenbetrag müß steis in vollen Silbergroschen überwiesen werden — der berminderte wird zum ersten Male an dem ber Kapitalzahlung solgenden Kentenzahlungstetnine entrichtet — der sich nicht in Silbergroschen abrundet, fann durch Kapitalzahlung sicht abzelöset werden — unter 3 Sgr. ift mit einem Male an dem ber Kapitalzahlung sicht abzelöset werden — unter 3 Sgr. ift mit einem Male abzulösen Renten briese, Allinählig zu amortistende durch den Staat garantite Schuldverschreibungen — beren Korm — tönnen zur Belegung von Devosttalzelbern sowie für äffentliche Konds und als Unterpsand angetauft und angenommen werden — werden halbjächilch ausgelooset nied vom Staat ergänzt — wie er gesammelt wird Resere ond 8, zur Deckung etwansger Rentenausfälle nied vom Staate ergänzt — wie er gesammelt wird Restes der un Bericht ist die kaltninge und einzige Instanz zur Entschedung der Rosessenssenssens Revission der Rosmal-Preise x. von 10 zu 10 Jahren Revission der Rosmal-Preise werden Restes der un Berichtig der Schelber der Kaltur der Wühlenabgaben M. 3. 341 Restes der Meckenadverschung muß auch die Ergebnisse	Reinertrag, 1/2 beffelben muß bem Ablofenben Dei			
— % besselben muß der zu Regulirende erhalten	bleiben (Ausnahmen)	A.	63.	75
meis derfelbe ermittelt wird Refund, innerhald brei Wochen gegen Entscheungen der Auseinandersetzungs Behörden über die Normals Preise, Preisdezirfe und Martsote. Renten, auf welche das Gest vom 2. März 1850 feine Unwendung sindet		"		
Refurs, innerhald brei Wochen gegen Entscheidungen ver Auseinandersetzungs Behörden über die Normal-Preise, Preisbezirke und Marktorte. Renten, auf welche das Geses vom 2. März 1850 feine Annwendung sindet. — was von den Regulirungsrentein in Abzug zu bringen. — die bei Jerstücklung von berenteten Grundstücken weniger als 5 Sgr. betragen, müssen schaftlichen gestätzt des Gesehs sestgest settgesetzt (Gemeinbeitstheilungs-Kentein) sind nach sechsmonalicher Kündigung durch Baarzahlung des Wosmonalicher Kapitalzahlung solgenden Kentenzahlungstermine entrichtet. — der ber erfich nicht in Silbergroschen abrundet, fann durch Kapitalzahlung solgenden Kentenzahlungstermine entrichtet. — parter Segt. ist mit einem Male abzulösen. — parter Segt. ist mit einem Male abzulösen. — wen ken briefe. Alterag all Mchindung in solchen steht dem Berechtigten jedenfalls frei. — find zinstragende, allundölig zu amortistrende durch burch den Staat garantirte Schuldverschreibungen. — beren Horn Segt. ist mit einem Male abzulösen. — werden Horn Segt. ist nicht einem Male abzulösen. — werden Horn Segt. ist des Underschafts und angekauft und angenonmen werden. — werden habsjährlich ausgelooset. — werden habsjährlich ausgelooset. — werden das Gesehalten eine und einzige Instanz zur Entschelbung der Krozelse über die Valur der Kentschaft der wird vom Staate ergänzt. — werden habsjährlich wird der Landestultur-Sachen zu Berlin ist die alleinige und einzige Instanz zur Entscheldung der Krozelsen der Krozelsen der Krozelsen der Krozelsen der Krozelsen der Valusten der Krozelsen	- % Deffelben muß ber zu Regulirende erhalten .	"	85.	
Refurk innerhalb brei Wochen gegen Eutscheidungen ber Auseinandersetaunds Achtoren inder die Normal-Preise, Preisbegirte und Marktorte. Renten, auf welche das Geset vom 2. März 1850 feine Anwendung sindet. — mas don den Regulirungsrenten in Abzug zu bringen. — die bei Zerstückelung von berenteten Grundsstücken weniger als 5 Sgr. ketragen, müssen soch kapitalzahung abgelöset werden. — nach Rechtstraft des Gesehes sestgeset schwenduslicher Kapitalzahung abgelöset werden. — nach Rechtstraft des Gesehes sestgeset schwenduslicher Kaintigung durch Baarzahlung des Vosachen Betrages ablösbar. Renten betrag mith steis in vollen Silbergroschen überwiesen werden. — der verminderte wird zum ersten Male an dem der Kapitalzahlung solgenden Kentenzahlungstermine entrichtet. — der sich nicht in Silbergroschen abrundet, kann durch Kapitalzahlung nicht abgelöset werden. — unter 3 Sgr. ist mit einem Male abzulösen. Renten briese, Antrag auf Absindung in solchen secht den Berechtigten iedensalls frei. — find zinstragende, allmählig zu amortistrende durch den Siant garantirte Schuldverschreibungen. — heren Korm. — isonnen zur Belegung von Depositalzeldern sowie für öffentliche Konds und als Unterpfand angekauft und angenommen werden. — werden halbsährlich ausgelooset. Resen den zur Berimelt wird. Resen gesammelt wird. Revisson der Normal-Breise x. von 10 zu 10 Jahren werdisch den zur Berlin ist die alleinige und einzige Instanzzur Entscheldung der Prozesse über die Natur der Müschenabgaben. Reses der Auseinanderschung muß auch die Ergebnisse	— wie derselbe ermittelt wird	"	85.	112
ber Auskenandersetzungs Behörden über die Normal-Preise, Preisbezirte und Marktorte		W	3.	19
ber Auseinandersetzungs Behörden über die Normal-Preise, Breise, Breisbegirte und Marktorte. Renten, auf welche das Geset wan 2. März 1850 feine Anwendung sindet. — was don den Regulirungsrenten in Abzug zu bringen. — die bei Zerstückelung von berenteten Grundstücken weniger ats 5 Sgr. ketragen, müssen sich durch Kapitalzahlung abgelöset werden. — nach Rechtskraft des Gesetzes sestgestes sestgestes schwendlicher Kündigung durch Baarzahlung des 20sachen Betrages ablösbar Renten betrag mich sies in vollen Silbergrößen überwiesen werden. — der verminderte wird zum ersten Male an dem den Kapitalzahlung solgenden Kentenzahlungskermine entrichtet. — der sich nicht in Silbergrößen abrundet, kann durch Kapitalzahlung sich abzlößer werden. — unter 3 Sgr. ist mit einem Male abzulösen. Renten briese, Aintrag auf Abstündung in solchen steht der Stantalzahlung inch abzlößer werden. — ist die Ansteragende, allmäblig zu amortistende durch den Staat garantirte Schuldverschreibungen. — tennen zur Belegung von Depositalzelbern sowie sür öffentliche Konds und als Unterpsand angekauft und angenommen werden. — werden halbjährlich ausgelooset. — wie er gesammielt wird. Revisson der Normal-Breise x. von 10 zu 10 zahren keriston der Oliegium, das, sür Landessultur Sachen zu Berlin ist die alleinige und einzige Instanz zur Entscheldung der Prozesse über die Valus der geschisse und Reses der Auseinandersetzung muß auch die Ergebnisse	Refure, innerhalb brei Bochen gegen Gutscheibungen			
Kenten, auf melche das Gesets vom 2. März 1850 feine Anwendung sindet — was don den Regulirungsrenten in Abzug zu bringen — die bei Zerstückelung von berenteten Grundstücken weuiger als 5 Sgr. tetragen, mussen sofott durch Kapitalzahlung abgelöset werden — nach Rechtstraft des Gesehs sestgeset (Gemein- beitstheilungs Menten) sind nach sechsmonatlicher Künrigung durch Baarzahlung des 20sachen Betra- ges ablösdar — der verminderte wird zum ersten Male an dem der Kapitalzahlung sosgeloset Rentenzahlungskermine entrichtet — der fich nicht in Sisbergroschen abrundet; kann durch Kapitalzahlung nicht abgelöset werden — unter 3 Sgr. ist mit einem Male abzulösen R en ken beiese, Aintrag auf Absindung in solchen skeht dem Berechtigten jedensalls frei — sinten bei Sistergende, allmählig zu amortistrende burch den Staat garantirte Schuldverschungen — beren Korm — beren Korm — beren Korm — werden halbjährlich ausgelooset misd vom Staat ergänzt — werden halbjährlich ausgelooset misd vom Staate ergänzt — wie er gesammeit wird Rester do de Rormal-Preise x von 10 zu 10 Jahren Revission der Normal-Preise x von 10 zu 10 Jahren Revission der Normal-Preise x von 10 zu 10 Jahren Revission der Rormal-Preise x von 10 zu 10 Jahren Revission der Rormal-Preise x von 10 zu 10 Jahren Revission der Rormal-Preise x von 10 zu 10 Jahren Revission der Rormal-Preise x von 10 zu 10 Jahren Revission der Rormal-Preise x von 10 zu 10 Jahren Revission der Rormal-Preise x von 10 zu 10 Jahren Revission der Rormal-Preise x von 10 zu 10 Jahren Revission der Rormal-Preise x von 10 zu 10 Jahren Revission der Rormal-Preise x von 10 zu 10 Jahren Revission der Rormal-Preise x von 10 zu 10 Jahren Revission der Rormal-Preise x von 10 zu 10 Jahren Revission der Rormal-Preise x von 10 zu 10 Rohnen Reses der zu Berlin ist die alleinige und einzige Instaut der Michlenabgaden Meles der der Ausgeloge der der der der der der der der der de	ber Auseinandersetzungs - Behörden über bie Mor-			
feine Anwendung sindet — was don den Regulirungsrenten in Abzug zu bringen — die bel Zerstückelung von berenteten Grundstücken weniger als 5 Sgr. ketragen, müssen sofort durch Kapitalzahlung abzelöset werden — nach Rechtstraft des Gesehes sestigesest (Gemein- heitstheilungs-Renten) sind nach sechsmonatlicher Kündigung durch Baarzahlung des Losachen Betra- ges abidsbar Renten betrag muß stes in vollen Silbergroschen überwiesen werden — der verminderte wird zum ersten Male an dens der Kapitalzahlung sossenden Kentenzahlungskermine entrichtet — der sich nicht in Silbergroschen abrundet; kann durch Kapitalzahlung nicht abzelöset werden — unter 5 Sgr. ist mit einem Male abzulösen Renten briese, Antrag auf Abssidung in solchen seich dem Berechtigten jedenfalls frei — sind zinstragende, allmählig zu amortistrende durch den Staat garantirte Schuldverschungen — beren Korm — beren Korm — beren Korm — beren Korm — werden halbsidrich ausgelosset wisd vom Staate ergänzt — werden halbsidrich ausgelosset nied vom Staate ergänzt — wie er gesammelt wird Rester on de, zur Dedung etwaniger Rentenaussälle nied vom Staate ergänzt — wie er gesammelt wird Revision der Normal-Breise x. von 10 zu 10 Jahren Revision der Normal-Breise x. von 10 zu 10 Jahren Revision der Normal-Breise x. von 10 zu 10 Jahren Revision der Normal-Breise x. von 10 zu 10 Jahren Revision der Normal-Breise x. von 10 zu 10 Jahren Revision der Normal-Breise x. von 10 zu 10 Jahren Revision der Normal-Breise x. von 10 zu 10 Jahren Revision der Normal-Breise x. von 10 zu 10 Jahren Revision der Normal-Breise x. von 10 zu 10 Jahren Revision der Normal-Breise x. von 10 zu 10 Jahren Revision der Normal-Breise x. von 10 zu 10 Jahren Revision der Alaseinandersegung muß auch die Ergebnisse M. 3. 341 Rester der Auseinandersegung muß auch die Ergebnisse	mal= Preise, Preisbezirke und Marktorte	"	67.	96
bringen — Die bet Zerstückelung von berenteten Grundstücken weniger als 5 Sgr. tetragen, müssen soften burch Kapitalzahlung abgelöset werden. — nach Rechtskraft des Gesetzes festgesets (Gemeinheitstheilungs Menten) sind nach sechsmonalicher Künrigung durch Baarzahlung des 20sachen Betrages ablösdur Menten betrag muß steis in vollen Silbergröschen überwiesen werden. — der verminderte wird zum ersten Male an dem der Kapitalzahlung solgenden Kentenzahlungstermine entrichtet. — der sich nicht in Silbergroschen abrundet; kann durch Kapitalzahlung nicht abgelöset werden. — unter 3 Sgr. ist mit einem Male abzulösen. Menten briese, Alnitrag auf Abstindung in solchen steht dem Berechtigten jedensalls sei. — sind zinstragende, allmädilg zu amortistrende durch den Staat garantirte Schuldverschreibungen. — beten Korm. — seinen zur Belegung von Depositalzeldern sowie für öffentliche Konds und als Unterpfand angekauft und angenommen werden. — werden habzährlich ausgelooset. Meser gesammelt wird. Metraktrecht. Meres der des sint Landesschultur Sachen zu Berlin ist die alleinige und einzige Instanz zur Schung zur Entscheldung der Prozesse über die Natur der Müslenabgaben. Meres der der Wüsselnandersetzung muß auch die Ergebnisse M. 3. 341 Meres der der der Angelien zu den die Ergebnisse	Renten, auf welche das Gefet vom 2. Marz 1850			
bringen — die bel Zerstückelung von berenteten Grundstücken — die bel Zerstückelung von berenteten Grundstücken — weiger als 5 Sgr. tetragen, müssen sofort durch Kapitalzahlung abgelöset werden — nach Rechtstraft des Gesehes sestgeset (Gemein- heitstheilungs Renten) sind nach sechemonalicher Künrigung durch Baarzahlung des 20sachen Betra- ges ablösdar Ren ten betrag muß stels in vollen Silbergroschen überwiesen werden — der verminderte wird zum ersten Male an dem ber Kapitalzahlung solgenden Kentenzahlungstermine entrichtet — der sich nicht in Silbergroschen abrundet; kann durch Kapitalzahlung nicht abgelöset werden — unter 3 Sgr. ist mit einem Male abzulösen Men en en ber sextissen, allmäbilg zu amortistende burch den Staat garantirte Schuldverschreibungen — sind zinstragende, allmäbilg zu amortistende für öffentliche Fonds und als Unterpsand angekauft und angenommen werden — werden habsährlich ausgelooset Meser gesammelt wird Reitstracht Revision de ollegium, das, sür Landeskultur-Saschen zu Berlin ist die alleinige und einzige Instang zur Entschelung der Prozesse über die Natur der Müslenabgaben M. 3. 341 Reses der dusseinandersehung muß auch die Ergebnisse M. 3. 341		n	55.	70
Die bei Zerstückelung von berenteten Grundstücken weniger als 5 Sgr. ketragen, mussen sofot durch Kapitalzahlung abgelöset werden. R. 20. 176 — nach Rechtstraft des Gesess sestgeset (Gemein- heitstheilungs Renten) sind nach sechsmonatlicher Kündigung dutch Baarzahlung des 20sachen Betra- ges ablösbar G. 8. 263 Rentenbetrag muß stels in vollen Silbergroschen überwiesen werden R. 11. 168 — der verminderte wird zum ersten Male an dem der Kapitalzahlung solgenden Kentenzahlungstermine entrichtet Wird zum ersten Male an dem durch Kapitalzahlung nicht abgelöset werden W. 23. 78 — unter 5 Sgr. ist mit einem Male abzulösen W. 23. 178 Rentenbriese, Alitrag auf Abstindung in solchen steht dem Berechtigten jedensalls frei A. 56. 71 — sind zindstragende, allmählig zu amortistende durch den Staat garantirte Schuldverschreibungen 3. 141 — deren Korm Weren halbjährlich ausgelooset 39. 189 Reservesonds, zur Deckung etwaniger Rentenaussalle misd vom Staate ergänzt 39. 189 Reservesonds, zur Deckung etwaniger Rentenaussalle misd vom Staate ergänzt 53. 200 Retrastrecht A. 2. 13 Revision der Normal-Preise x. von 10 zu 10 Jahren Revision de ollegium, das, für Landesschultur-Sachen zu Werlin ist die alleinige und einzige Instanz zur Entscheidung der Prozesse über die Natur der Wühlenabgaben M. 3. 341 Reses der dusseinandersehung muß auch die Ergebnisse			a	4 6 =
weniger als 5 Sgr. betragen, muffen sofort durch Kapitalzahlung abgelöset werden. — nach Rechtsfraft des Gesehes sestigeset (Gemeinbeitstheilungs-Kenten) sind nach sechsmonatlicher Kündigung durch Baarzahlung des 20sachen Betrages ablösbar Rentenbetrag mith stels in vollen Silbergroschen überwiesen werden. — der verminderte wird zum ersten Male an dem der Kapitalzahlung solgenden Kentenzahlungstermine entrichtet. — der sich nicht in Silbergroschen abrundet, kann durch Kapitalzahlung nicht abgelöset werden. — unter 3 Sgr. ist mit einem Male abzulösen. Rentenbriese, Antrag auf Abstidung in solchen steht dem Berechtigten jedensalls frei. — sind dinstragende, allmäblig zu amortistrende durch den Staat garantirte Schuldverschreibungen. — beren Korm. — tönnen zur Belegung von Depositalgeldern sowie sur dissentigen werden, aus des Unterpfand angekauft und angenommen werden. — werden halbjährlich ausgesoset. — werden halbjährlich ausgesoset. — wie er gesamnielt wird. Reses den zu Berlin ist die alleinige und einzige Instanzahung zur Entscheldung der Prozesse über die Natur der Mühlenabgaben. Reses der Auseinandersehung muß auch die Ergebnisse M. 3. 341 Reses der Auseinandersehung muß auch die Ergebnisse	bringen	**	85.	112
Rapitalzahtung abgelöset werben	- Die bei Berftudelung von berenteten Grundftuden			
Rapitalzahtung abgelöset werben		<u>.</u>		
mach Rechtstraft des Gesetzes sestgesetzt (Gemein- heitstheilungs-Renten) sind nach sechsmonatlicher Kündigung durch Baarzahlung des 20sachen Betra- ges ablösdar Rentenbetrag müß stels in vollen Silbergroschen überwiesen werden — der verminderte wird zum ersten Male an dem der Kapitalzahlung solgenden Kentenzahlungstermine entrichtet — der sich nicht in Silbergroschen abrundet; kann durch Kapitalzahlung nicht abgelöset werden — unter SEgr. ist mit einem Male abzulösen — unter SEgr. ist mit einem Male abzulösen — unter den Berechtigten jedensalls frei — sind zinstragende, allmählig zu amortistrende durch den Staat garantirte Schuldverschreibungen — beren Korm — tönnen zur Belegung von Depositalgeldern sowie für öffentliche Konds und als Unterpsand angekauft und angenommen werden — werden halbjährlich ausgelooset Mesterefonds, zur Deckung eiwaniger Kentenausfälle misd vom Staate ergänzt — wie er gesammelt wird Metrastrecht Metrastrecht Metrison der Normal-Breise x. von 10 zu 10 Jahren Revision der Normal-Breise x. von 10 zu 10 Jahren Metrischung der Arbieselle über die Natur der Mühlenabgaben M. 3. 341 Meses der Ausseinandersetzung muß auch die Ergebnisse M. 3. 341	Rapitalzahlung abgelöset werden	R.		
heitstheilungs-Renten) sind nach sechsmonatlicher Kündigung durch Baarzahlung des 20sachen Betrages ablösdar Rentenbetrag muß stels in vollen Silbergroschen überwiesen werden — der verminderte wird zum ersten Male an dem der Kapitalzahlung solgenden Kentenzahlungstermine entrichtet — der sich nicht in Silbergroschen abrundet, kann durch Kapitalzahlung nicht abgelöset werden — unter I Sch. ist mit einem Male abzulösen — unter I Sch. ist mit einem Male abzulösen Rentenbriese, Antrag auf Absindung in solchen steht dem Berechtigten jedensalls frei — sind zindtragende, allmäbilg zu amortistrende durch den Staat garantirte Schuldverschreibungen — beren Korm — tönnen zur Belegung von Depositalzeldern sowie sund angenommen werden — werden halbjährlich außgelooset " 39. 189 Reservesonds, zur Deckung etwaniger Rentenausfälle wisd von Staate ergänzt — wie er gesammelt wird " 32. 200 Retrastrecht — Kedison der Normal-Breise x. von 10 zu 10 Jahren Revision der Normal-Breise x. von 10 zu 10 Jahren Revision der Normal-Breise x. von 10 zu 10 Jahren Retision der Normal-Breise x. von 10 zu 10 Jahren Retision der Normal-Breise x. von 10 zu 10 Jahren Retision der Normal-Breise x. von 10 zu 10 Jahren Retision der Außeinandersetzung muß auch die Ergebnisse M. 3. 341			23.	178
Rünkigung dutch Baarzahlung des 20sachen Betrages ablösdar Renten betrag mich stells in vollen Silbergroschen überwiesen werden — der verminderte wird zum ersten Male an dem der Kapitalzahlung solgenden Kentenzahlungstermine entrichtet — der sich nicht in Silbergroschen abrundet; kann durch Rapitalzahlung nicht abgelöset werden — unter 5 Sgr. ist mit einem Male abzulösen — unter 5 Cgr. ist mit einem Male abzulösen — unter beriese, Antrag auf Abstindung in solchen steht dem Berechtigten jedenfalls frei — sind zindtragende, allmäblig zu amortistrende durch den Staat garantirte Schuldverschreibungen — beren Korm — tönnen zur Belegung von Depositalgeldern sowie für öffentliche Konds und als Unterpsand angekauft und angenommen werden — werden halbjährlich außgelooset Reservesonds, zur Deckung etwaniger Rentenausfälle mird vom Staate ergänzt — wie er gesammelt wird Reservesonds, zur Deckung etwaniger Rentenausfälle mird vom Staate ergänzt — wie er gesammelt wird Reservesonds zu Deckung etwaniger Rentenausfälle mird vom Staate ergänzt — wie er gesammelt wird Reservesonds zu Deckung etwaniger Rentenausfälle mird vom Staate ergänzt — wie er gesammelt wird Reservesonden R. 11. 168 124 125 128 128 129 129 120 120 121 120 121 122 123 124 125 126 127 128 129 129 120 120 120 120 121 121				
Rentenbetrag mith stels in vollen Silbergroschen überwiesem werden — der verminderte wird zum ersten Male an dem der Kapitalzahlung solgenden Kentenzahlungstermine entrichtet — der sich nicht in Silbergroschen abrundet, kann durch Kapitalzahlung nicht abgelöset werden — unter I Sgr. ist mit einem Male abzulösen — unter I Sgr. ist mit einem Male abzulösen — unter I Sgr. ist mit einem Male abzulösen — unter I Sgr. ist mit einem Male abzulösen — sen en briese, Antrag auf Absindung in solchen steht dem Berechtigten jedenfalls frei — sind zinstragende, allmählig zu amortistende durch den Staat garantirte Schuldverschreibungen — beren Korm — beren Korm — tönnen zur Belegung von Depositalzeldern sowie stür öffentliche Konds und als Unterpsand angekaust und angenommen werden — werden halbjährlich ausgelooset Meser gesammelt wird R. 11. 168 24. 179 23. 78 78 78 78 78 78 78 78 78 78				
Rentenbetrag mich steis in vollen Silbergroschen überwiesen werden		~	•	0.00
überwiesen werden — der verminderte wird zum ersten Male an dem der Kaptialzahlung solgenden Kentenzahlungstermine entricktet — der ich nicht in Silbergroschen abrundet; kann durch Kaptialzahlung nicht abgelöset werden — unter I Sgr. ist mit einem Male abzulösen — unter I Sgr. ist mit einem Male abzulösen — unter I Sgr. ist mit einem Male abzulösen — unter I Sgr. ist mit einem Male abzulösen — unter I Sgr. ist mit einem Male abzulösen — sen Berechtigten jedensalls frei — sind zinstragende, allmählig zu amortistrende durch den Staat garantirte Schuldverschreibungen — denen Form — bennen zur Belegung von Depositalgeldern sowie sür öffentliche Konds und als Unterpsand angekaust und angenommen werden — werden halbjährlich außgelooset — werden halbjährlich außgelooset — wie er gesammelt wird — ke visson bet Normal Breise x. von 10 zu 10 Jahren Revisson bet Normal Breise x. von 10 zu 10 Jahren Revisson bet Normal Breise x. von 10 zu 10 Jahren Revisson bet Normal Breise x. von 10 zu 10 Jahren Revisson bet Normal Breise x. von 10 zu 10 Jahren Revisson bet Normal Breise x. von 10 zu 10 Jahren Revisson bet Normal Breise x. von 10 zu 10 Jahren Revisson bet Normal Breise x. von 10 zu 10 Jahren Revisson bet Normal Streise x. von 10 zu 10 Jahren Revisson bet Normal Streise x. von 10 zu 10 Jahren Revisson bet Normal Streise x. von 10 zu 10 Jahren Revisson bet Normal Streise x. von 10 zu 10 Jahren Revisson bet Normal Streise x. von 10 zu 10 Jahren Revisson bet Normal Streise x. von 10 zu 10 Jahren Revisson bet Normal Streise x. von 10 zu 10 Jahren Revisson bet Normal Streise x. von 10 zu 10 Jahren Revisson bet Normal Streise x. von 10 zu 10 Jahren Revisson bet Rosen von den zu von den z		G.	8.	203
Der verminderte wird zum ersten Male an dem der Kapitalzahlung folgenden Kentenzahlungstermine entrichtet. — der sich nicht in Silbergroschen abrundet, kann durch Kapitalzahlung nicht abgelöset werden. — unter 5 Sgr. ist mit einem Male abzulösen. — unter 5 Sgr. ist mit einem Male abzulösen. — unter briese, Antrag auf Abstindung in solchen steht dem Berechtigten jedenfalls frei. — sind zinstragende, allmählig zu amortistrende durch den Staat garantirte Schuldverschreibungen. — beren Korm. — tönnen zur Belegung von Depositalzelbern sowie sür öffentliche Konds und als Unterpsand angekauft und angenommen werden. — werden halbjährlich ausgelooset. — werden halbjährlich ausgelooset. — wie er gesammelt wird. — kie er gesammelt wird. — kevision der Normal-Breise x. von 10 zu 10 Jahren werden zu Berlin ist die alleinige und einzige Instanz zur Entscheldung der Brozesse über die Natur der Mühlenabgaben. M. 3. 341 Meses der Auseinandersehung muß auch die Ergebnisse		_		1.00
ber Kapitalzahlung folgenden Kentenzahlungstermine entrichtet — ber sich nicht in Silbergroschen abrundet, kann durch Kapitalzahlung nicht abgelöset werden — unter 3 Sgr. ift mit einem Male abzulösen — unter 3 Sgr. ift mit einem Male abzulösen Kentenbriefe, Antrag auf Abstudung in solchen seht dem Berechtigten jedenfalls frei — sind zinstragende, allmählig zu amortistende durch den Staat garantirte Schuldverschreibungen — beren Korm — tönnen zur Belegung von Depositalgeldern sowie für öffentliche Konds und als Unterpsand angekauft und angenommen werden — werden halbjährlich ausgelooset — werden halbjährlich ausgelooset — wie er gesammelt wird — wie er gesammelt wird Ketrastrecht Kevision ber Normal-Breise x. von 10 zu 10 Jahren Revision ber Normal-Breise x. von 10 zu 10 Jahren Kevision ber Normal-Breise x. von 10 zu 10 Jahren Men zu Berlin ist die alleinige und einzige Instanz zur Entscheldung der Prozesse über die Natur der Mühlenabgaben M. 3. 341		R.	11.	108
entrichtet — ber sich nicht in Silbergroschen abrundet, kann durch Kapitalzahlung nicht abgelöset werden	- Der verminderte wird zum erften Male an Dem			
Der sich nicht in Silbergroschen abrundet, kann durch Kapitalzahlung nicht abgelöset werden			٠.	. ~
burch Rapitalzahlung nicht abgelöset werden	entrichtet	"	24.	179
— unter 5 Sgr. ist mit einem Male abzulösen . " 23. 178 Renten briese, Antrag auf Abstindung in solchen steht dem Berechtigten jedenfalls frei			an.	~0
Rentenbriefe, Antrag auf Abstindung in solchen steht dem Berechtigten jedenfalls frei		"	_	
fteht dem Berechtigten jedenfalls frei		11	23.	178
— sind zinstragende, allmählig zu amortistrende R. 2. 140 durch den Staat garantirte Schuldverschreibungen			~ ~	-
durch ben Staat garantirte Schuldverschreibungen		-		
— deren Form	— find zinstragende, allmählig zu amortifirende	K,		
- tonnen zur Belegung von Depositalgelbern sowie für öffentliche Fonds und als Unterpsand angekauft und angenommen werden	durch den Staat garantirte Schuldverschreibungen	"		
für öffentliche Konds und als Unterpfand angekauft und angenommen werden		"	32.	186
und angenommen werden	- tonnen zur Belegung von Deposttalgelbern sowie			
— werden halbjährlich ausgelooset	für öffentliche Fonds und als Unterpfand angefauft		· 0~	107
Reserveson de, zur Deckung eiwaniger Rentenausfälle nisd vom Staate ergänzt	und angenommen werben	"		
nisd vom Staate ergänzt		"	39.	199
— wie er gesammelt wird	Refervefonde, zur Dedung etwaniger Rentenauställe		**	
Retraktrecht	nied vom Staate ergänzt	"		
Mevisson der Normal- Breise x. von 10 zu 10 Jahren ". 69. 97 Revisson 8collegium, das, für Landeskultur- Sachen zu Berlin ist die alleinige und einzige Instanz zur Entscheldung der Prozesse über die Natur der Mühlenabgaben . M. 3. 341 Bezest der Auseinandersehung muß auch die Ergebnisse	- wie er gesammelt wird			
Revision der Normal- Breise x. von 10 zu 10 Jahren ". 69. 97 Revision de Collegium, das, für Landeskultur- Saschen zu Berlin ist die alleinige und einzige Instanz zur Entscheldung der Prozesse über die Natur der Mühlenabgaben	Retraftrecht	A,		
Revision & collegium, das, für Landestultur= Caschen zu Berlin ift die alleinige und einzige Inftanz zur Entscheidung der Prozesse über die Natur der Mühlenabgaben . M. 3. 341 Rezest der Auseinandersetzung muß auch die Ergebnisse				
chen zu Berlin ift die alleinige und einzige Intang zur Entscheldung der Prozesse über die Natur der Mühlenabgaben . M. 3. 341 Rezes der Auseinandersehung muß auch die Ergebnisse	Revision der Normal-Breife x. von 10 gu 10 Jahren		6 9 .	97
chen zu Berlin ift die alleinige und einzige Intang zur Entscheldung der Prozesse über die Ratur der Mühlenabgaben . M. 3. 341 Rezes der Auseinandersetzung muß auch die Ergebnisse				
Miblenabgaben . M. 3. 341 Megeb ber Auseinandersetung muß auch bie Ergebniffe	chen zu Berlin ist die alleinige und einzige Inftanz			
Mege fe ber Auseinanderfetung muß auch bie Ergebniffe	gur Entscheidung ber Prozesse über bie Ratur ber		٠.	9.4
Of eze fir der Auseinandersetzung muß auch die Ergebniffe ber Auseinandersetzung zwischen dem Rentepflichtigen	Mühlenabgaben	M.	3.	341
ber Auseinandersetzung zwischen dem Rentepflichtigen	Regeß. ber Auseinandersetung muß auch die Ergebniffe			
	ber Auseinandersetzung zwischen bem Rentepflichtigen			

the management of the manageme	Befet.	S.	Seite
und ber Rentenbant, zwifchen bem Erftern und bem Berechtigten und zwifchen biefem und ber Rentenbant	R.	12.	169
enthalten	-	59.	212
- muß in Ausfertigung ber Rentenbant Direttion	"	JJ.	212
- ming in temperingung bet gentenbunt Ditettibu		14.	170
gugeferiigt werben	"	14.	110
ber Bant übernommen merben		1.6	170
Roggenernte, fleigende und fallende wird fünftig	"	14.	110
nicht mehr festgestellt	G.	7.	263
Robrnugung in Brivatgewäffern, felbftftandig ablosbar		1.	243
Rottzehnt	Ä.	35.	50
Rückforderung gezahlter Laudemien nur zulässig,	A.	υυ,	JV
wenn solche vorbehalten oder, unter Protest des			
Bablenden, die Bahlung erzwungen ift		49.	65
Rudftand, mit 4 Procent jährlich zu verzinsen	"	66.	89
Rückstände, welche ben doppelten Betrag ber Jahres-	"	ω.	00
rente nicht überfteigen, können ber Rentenbant über-			
wiesen werden		99.	128
- von demfelben wird 1/10 nicht erlaffen	ĸ.	10.	166
Rudwirken de Rraft auf vergangene Falle hat das Ge-	R.	10.	100
C A Late	A.	99.	128
jeg A. nicht	л.	30.	240
©.			
Saatgetreibe, Werifbestimmung		27.	44
Sachverftandige, bei Ermittelung bes Ertrages Der	"		•••
Natural - Fruchtzehnten		33.	50
Natural Fruchtzehnten bei Ermittelung bes Jahreswerths gewerblicher	"	00,	•••
Leiftungen		58.	72
- ermitteln ben Reinertrag ber Bischereien	ű.	6.	
- überhaupt und bei Rebenweiben, bei Schagung	•••	٠.	
nach örilicher Besichtigung		14.	298
Samenvieh, Roften ber Baltung nach Mormal-Brei-	"		
fen zu bestimmen	A.	57.	71
Schieberichter, bei Befiftellung Des Werthe ber Bau-		٠,,	• -
Dienste		14.	36
- ber mirthichaftlich nothwendigen Dienfte	"	17.	
- bei Feftftellung bes Werthe ber Naturalabgaben .	"	30.	
t out 've Tame t	"	31.	
- ber Abgaben in Wein eines Grundftuds, Behufs Ablöfung ber Lau-	"	02.	
bemien		44.	61
- bei Ermittelung bes Reinertrags einer Stelle	"	63.	
the examination of the contract of the contrac	"	85.	
ivo feine Normal-Preise feftgefest finb	"	72.	
- bei Abichatung ber Verpflichtung bes Guteberrn	"		
gum Aufbau und Reparatur ber Gebaube reguli-			
rungefähiger Wirthe	"	83.	111
- bei Veststellung ber Roften für Gefpann ac	. //	. 11.	
- bei Ermittelung bes Berthe bon Grundgerech-	. ,,		
tinfaitan		23	111

	Beleş	§.	Seite
Shieb Brichter, bei Feststellung ber Entschäbigung für			
aufgeschlossene, bem Gutsherren verbleibenbe Gruben,		00	110
Brüche und Torfstiche	A.	88.	113 · 344
- bei Feftftellung bes Reinertrags einer Duble Schied Brichterliches Berfahren nach ben Beftime	M.	6.	344
mungen ber §§. 32. ff. der Verordn. v. 30. Inni 1834	A.	105.	133
- über beffen Statthaftigfeit entscheibet bei Streitig-		100.	
feiten Die Auseinandersetungs = Beborbe fofort befini-			
tiv. (Cf. Rreis., Bezirts. und Provinzial. Ordnung			
rom 11. März 1850, Art. 68.)	G.	14.	298
Schiffsmublen, auf fle findet bas Befig M. An-	70	~	
wendung	M.	7.	355
- Berechnung bes Umfange ber Berechtigung	G.	1. 4.	243 258
Shlefien, Die auf Grund ber Berordnung vom 20.	"	ч.	200
Dezember 1848 ausgeführten vorläufigen Ablöfungen			
und Regulirungen find ex officio in enbgultige um-			
guleiten	A.	95.	123
Solle fung ber Rentenbanten wird vorbehalten	R.	56.	201
Schreibegebühren, Confirmatione, Berreiche., Aus-			
fertigungs-Gebühren, Siegelgelber, Bahlgelber, von ihnen gilt die Bermuthung, daß fie ad §. 3. Nr. 5.			
aufgehoben find	A.	39 .	. 56
Servituten, cf. Grundgerechtigfeiten.		50.	. ••
- bas Recht bes Gutsberrn auf Diefelben	"	80.	110
Siftirung, Die, nach dem Gefeg vom 9. Oftober 1848			
hört auf	G.	18.	303
Stant han it competition that the Collabor Co.	M.	9.	357
Staat, ber, ift verpflichtet, für Die im Falle bes §. 59. in Empfang genommenen Rapitalien ber Rentenbant			
alljährlich 4% Procent ber ausgegebenen Renten-			
briefe mabrent 56 1/1, Jahre gu entrichten	R.	62 .	213
Stellen befiger, beren Rechte bei ber Gigenthums-			
Berleibung	A.	80 .	110
Stempelfreiheit für bie Beschäfte ber Rentenbant-	_	~ 4	000
Directionen	R.	54.	200
Steuerumichreibung (cf. Grundfteuerrertheilung) burch Die Ablofung nicht bedingt		51.	199
Stoppelharten, felbftftanbig ablosbar	Ğ.	· 1.	243
- Berechnung bes Umfangs ber Berechtigung .	"	4.	258
Straßengerechtigfeit, cf. Auerecht.			
Streit, jeder, über die Ratur der Mühlenabgaben bat			
Die Wirfung, daß fammtliche auf ber Duble baf-			240
tende ablodbare Abgaben fofort abgeloft werben muffen Streitigfeiten barüber, welche Reallaften burch bie	M.	2,	340
Rentenbanten abloslich, welche Renten zu überneh-			
men, find von ben Auseinanderfegungs - Beborben			
au entscheiben	R.	6.	162
		8.	163
		13.	170

•	Befet	§.	Seite
Streuberechtigung in fremben Forften, auf bas Beburfnig beschranet, nach Maggabe bes Artifel			
4. und Sg. 52 54, der Gemeinheiteiheilunge =	_		•••
Ordnung som 7. Juni 1821 zu berechnen	G.	4.	258
- Entschädigung bafür Entschädigung auch in Flachen mit Golg beffan-	"	10.	285
- Entschädigung auch in Flächen mit Holz bestan-		10	285
ben, aber nicht unter 30 Morgen	Ä.	10. 3.	19
Sinti, and einer Betuffenfahr fa fotoetu	A,	٥.	10
E.			
Terminalzahlungen bei Ablöfungen	,,	65.	85
	• •	66.	89
- bierjährige, bei Ablöfung von Renten (Gemein-	_		
heitotheilungen)	G.	8.	2 63
Theilung ber Graferei, ebent. nach bem Mugunge-			050
Verhaltniffe	″	3,	256
Thronlehne. Tilgung ber Renten resp. in 56 1/2, Jahren = 673 Wonaten over in 41 1/2, Jahren = 493 Monaten Tarflagen noch richt gutadhafte. Dem Marchisten	A.	2.	13
Lingung der Renten reip: in 30%, Jahren = 0/3	D	22.	178
Wonaten oder in 41 7, Jagren = 495 monaten	R.	ZZ,	110
Torflager, noch nicht aufgebedte, bem Berechtigten jugeborig, fommen bei Berechnung bes Umfangs			
der Berechtigung zur Torfinihung ber Grunbftice			
Underer nicht in Betracht	G.	4.	258
Tarfmpore, Theilung folder, welche fchon vor ber	u.	.4.	
Gemeinheitstheilung gemeinschaftlich waren, zuläffig	,,	2.	255
Torfnugung, felbftftandig ablosbar	"	Ī.	243
Torfftiche, aufgebedte; verbleiben ber Guteberrichaft	Ä.	88.	113
u.			
Ueberlaffung ber Gelbrente an Die Bant gegen			
Rentenbrick	R.	2.	140
- bei erblicher, eines Grundstude ift fortan nur	٠.		
bie Nebertragung beg vollen Gigenthums zuläffig .	A.	91.	123
Uebernahme einer Rente auf Die Bant, wann fie			
gulaffig (menn alle Reallaften in fefte Gelbrenten		Ġ	1.09
vermandelt find) Beberfchug bei Regulirung ber guisberrlichen und	R.	8.	163
Creverious bei Regulirung der guisherruchen und		ő.	111
	. ▲.	84.	311
Bigentgeltliche Aufhebung, wenn solde in Be-			
treff ber S. 3. bezeichneten Abgaben und Leiftungen		3.	19
ausgeschloffen ift Unfrautpfluden in bestellten Felbern felbstftanbig ab-	//	ø,	10
löstar	G.	1.	243
Unterftügung in Unglichefällen		80.	110
- phne Entschödigung	"	82.	110
- ohne Entschädigung Urfunde (öffentliche) genugt zuen Erweise ber Ber-	"	-,,,,	-
bilistuna in Laudemialabaaben	11	40.	57
- entfraftet Die Bermuthung ber Rechtmäßigfeit	••		

	Gefeț	§.	Geite
bes Befiges in Beireff ber Anfpruche ans ber Beit vor Bublifation bes Gesetzes vom 9. Oftober 1848.	A.	76. 81,	108 110
33.			
Berand er ungefälle, siehe Besitheranderungefälle. Berbindlich feit des Belasteten, bis zur Tilgung des Rentenbrief-Rapitale die Renten zu entrichten Vereinigung der Parteien über andere als feste	R.	2.	140
Gelbrenten unzuläffig . - über andere Ablöfungefäge und Bahlungeter-	G.	7.	263
mine julaffig; ber Ablöfungsfat barf aber ben 25=		8.	263
fachen Betrag nicht überfteigen	Ä.	79.	109
Bergutung megen ber Grundsteuern bis zur Ansfiths rung ber Ablofung	/ 1.	66.	89
Bergleich & weife Bestitellung ber Auseinandersetzung in anderer Urt, namentlich durch Land gulaffig . Berjahrung, erwerbende, ber im gegenwärtigen Ge-	,,	98.	127
fete bezeichneten Berechtigungen, mit ber Aublifa- tion biefes Gesethes (G.) unterbrochen	G.	12.	295
ber Bank	R.	36 .	187
- beginnt mit bem auf ben Falligkeitstermin fol- genben letten Dezember		36.	187
bom letten Dezember nach ben Fälligkeitsterminen	"	44.	191
Berlorengegangene Mentenbriefe, Deren Aufgebot und Amortisation Bermuthung spricht bafür, bag bei mehrern Befits-		57.	201
Bermuthung fpricht bafür, bag bei mehrern Befig- veranderungs-Abgaben eines und beffelben Grund- ftude die höhere eine Grundabgabe fei, Die geringere zu ben §. 3. aufgehobenen Abgaben gehore	A.	38.	56
— bes rechtmäßigen Befiges fpricht für ben, welscher bas Grundftud bei Bublifation bes Gefeges rom 9. Oftober 1848 aus eigenem Rechte befeffen		40.	57
bat	"	76.	108
— bie, daß eine Mühlenabgabe eine Grundubgabe fei, findet nicht mehr ftatt	M.	1.	304
ausgefertigt	R.	57.	201
Wernichtung ber ausgeloofeten Rentenbriefe	"	46.	192
- in welcher Beije fie erfolgt	n	47.	192
ten, Auftrage ber Auseinanderjetungs - Behörben			
ju übernehmen und ihre Befugniffe	A,	108.	134
geboben	"	2.	13
- jum Bertaufe landwirthschaftlicher Erzeugniffe .	"	3.	19

•	Befes	§ .	Seite
Berpflichtungen, gegenseitige, ber Guteberrichaft und ber regulirenben Birthe bauern bis gur Aus-	•		
führung ber Regulirung fort, mit Ausnahme bes			
Erfanes der Bofwebr.	A.	19.	42
Erfates ber Dofwehr		-0.	
erflaren, bag er ble vom Berpflichteten offerirte			
Baarzahlung gum 18fachen Betrage nicht annehme,			•
fondern bie Abfindung in Rentenbriefen zum 20fa-			
chen Betrage verlange	R.	59 .	212
den Betrage verlange . Berugniffe bei Ablofung ber	-		
Renten	"	9.	164
	,.	10.	166
- beffen Befreiung britten Berfonen gegenüber .	,,	49.	193
- wird burch Einzahlung bes Kapitals im Falle	•-		
Des S. 59. frei von jeder Berbindlichkeit gegen ben			
Berechtigten und britte Berfonen	,,	63.	213
		39 .	56
Bertheilung gemiffer Renten auf Die Trennftude bei			
Parzellirungen nach Berbaltnig beren Berthe	, ,,	93.	124
Bertrage, welche gegen die Bestimmung Des S. 91.			
anftoffen, find inforeit wirfungelos	,,	91.	123
Berginfung ber Rentenfapitalien bort mit bem gur			
Muszahlung ber Rentenbriefe bestimmten Termine			
auf	R,	43.	19 1
- Der Gemeinheitstheilunge - Rentenkapital = Ruck-	_		008
ftande mit 5 Brocent	Ģ.	8.	
Biebarten halten	A.	3.	19
Bortauferecht bei Expropriationen und wenn es			13
verloren geht	"	2.	
Manager to Mills and Manager to Manager to Col	"	4.	29
Borrecht ber Rittergutsbefiger und Domainen bei			
Brovofationen auf Gemeinheitstheilung nach ber			
Berordnung vom 28, Juli 1838 S. 2. Mr. 3. ift		13.	296
aufgehoben Borfdrift bes §. 43. ber Berordnung vom 30. Juni	G.	10.	2 30
20 richtift des 3. 45. der Werordnung vom 30. Juni	A.	108.	134
1834 wird aufgehoben		100.	101
Dienstbarkeiten in Forften Berechtigten, wenn bie-			
fer Provofant ift, abfinden	Ġ.	9.	266
Borzugsrecht ber Renten	_	18.	
confugatement att attment		•0.	•
28.			
Bads, Berpflichtung jum Bertaufe	` A.	3.	19
Babl ber Diftriftcommissionen	"	68.	97
Bahl ber Diftriftcommiffionen . — bes Berpflichteten, Die volle Rente zu überneb-	.,		
nehmen, ober 1/2 berfelben erlaffen zu erhalten .	R.	10.	
nehmen, ober /1. berfelben erlaffen zu erhalten fallt meg in Betreff überwiefener Rudftanbe .	,,	10.	
- Einfluß auf Die Amortisations-Beriobe	,,	10.	
		22.	178

	Balak	g	@ alka
Marianta Changa Manifestimum Sucre.	Befes	§. IK 16	Seite
Balgenbe Dienfte, Werthbestimmung berfelben .		15, 16,	
Beide, in Forften, Entschädigung bafür in Land	Ģ.	10.	285
Bein, Abgaben in Bein, beren Berthbestimmung	A.	31.	49
Berth ber Fischereigerathe	G.	6.	260
- der Mühlen durch Schiederichter festzustellen .	M.	6.	344
- ju bemfelben ift bie Entschädigung für Aufhebung			
ber Brange = und Bannrechte und ber gewerblichen			
Berechtigungen bingugurechnen	,,	6.	344
Berthermittelung ber Dienfte	Ä.	9.	34
		13.	36
- ber Laubemien		41.	58
— ber Laudemien	"	19.	42
— per jesten korneranganen.	"	19.	46
Bieberbefegung, wenn die Berpflichtung ber Gute-		~~	100
herrn dazu aufhört	"	77.	109
Widerspruch gegen Parzellirungen	"	3.	19
•			
· 3 ·			
Bablung ber Rapitalien an bie autorifirten Beamten .	R.	26.	179
- ber Baluta ausgeloofeter Rentenbriefe am fol-			
genben 1. Oftober refp. 1. April		42.	191
Bahlungstermine: 31. Marg und 30. September für	"		101
Rapitalien		24.	179
orupitutien	"		
San Charles 1 Charles and 1 Charles		25 .	179
- ber Renten: 1. April und 1. Oftober	"	16.	170
Behnjahriger refp. zwanzigjahriger Durch- ichnitt ber gezahlten Gelbvergutigung refp. von ber	:		
ichnitt der gezahlten Geldvergütigung resp. von der			
Provokation auf Ablöfung oder von Bublikation des			
Gejeges vom 9. Oftober 1848	A,	9.	34
Behnt, fann von ganbereien, von benen er nicht gur	•		
Beit ber Publifation bes Gefenes vom 2. Mary			
1850 (A.) bezogen worben, nicht mehr geforbert	1		
werben		35 .	50
Behntel ber Rente, Erlaß beffelben	Ř.	10.	166
- Kolgen des Erlaffes		22.	178
	· "	62 .	74
Behntschnitt-Berhaltniß	A.	UÆ,	172
Beitpunkt bes lebhafteften Marktverfehre außer ber		01	40
Martinizeit besonders feftzustellen	"	21.	42
- ber Abfindung bes Berechtigten ift berfelbe, an	. 1		
welchem Die Rente bon ber Rentenbant übernom-	•		
men wird	. R.	30 .	185
	•	15.	170
•		16.	170
- ben, an welchem eine Rente auf ber Bant über-	, '		
nommen und zuerft entrichtet werben foll, beftimmt	•		
Die Direftion und ift bis dahin die Rente an ben		15.	170
		17.	170
Berechtigten zu zahlen	• "	17.	110
Berftudelungen, fiebe Bargellirungen.	n	99	100
Binecoupone der Mentenbriefe, Deren Korm	. R.	33.	186
— auf acht Jahre	• //	34.	186
- in allen Roniglichen Raffen gultig	• //	35,	187
4 7 11 0 0 1	•••		

Sin	s Scoup - fehle tenbelefi 18 getr 18 getr tent Ab 18 ga h l behör Rentent rücktier gaman e ftücke re	ende, toi ber eide sug ung bes briefe feri	mul En Ren ger ste qb	B.ft. tenipfo tening gefi gefi	ch in and in a street in the s	der de se	Infa	Pabelap Rap Briffer Pliffer Spul brid brid on	er a ital ocei uhe pril is efe 111	s f nt it, t blei izul	ielo ürzi iesh iben äffi	ofete m l alb i. de	offi 5 9 Offi Pro	Bro obe	·······································	Sefeth R	45.	197 192 186 44 186
	: •		•	•	•	•		•	•		•	•					:	
	ı		•	•	•	•	.•	•										
				-					9 0	-	-			-				
•				•		٠										•		•
•			•						٠	٠	•	•		•		•		
					•													
				•			•											
																	· :	
•				•		`.								•		•		
•			•	٠		•		•		•							. •	
•		·		•				•								•	٠.	
, . <u>.</u>			•				,					•		·	•		2.	
														-			: 	•
														•			٠.	
٠.							•									٠,		



